



historia scribere

Jahrgang 14
Juni 2022

Online Zeitschrift der Institute für Alte Geschichte und Altorientalistik, Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie sowie Zeitgeschichte der Universität Innsbruck zur Publikation studentischer Arbeiten

**Vorwort zur vierzehnten
Ausgabe 2022**

Eva Pfanzerler, Ute Hasenöhr, Eric Burton

I–VII

**Best-Paper-Awards von
historia.scribere 14**

9

(gesponsert von
Reinhold Bichler
und der **Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Sarah Stöckl
Die römische Sexualmoral im ersten nachchristlichen
Jahrhundert. Sexualität im Spannungsfeld zwischen
Ehegesetzen und Prostitution

11–30

(gesponsert von
Margaretha Friedrich
und der **Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Maria Gebhard
„Mein Bauch gehört mir!“ Über den Einfluss der „Neuen“
Frauenbewegung auf die Einführung der Fristenregelung
in Österreich

31–49

(gesponsert von
Franz Mathis
und der **Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Alexander Renner
„Heimkehrer“, „Kriegswucherer“ und „unerwünschte Ausländer“
– Migrationsberichterstattung in der österreichischen Tagespresse
1918–1919. Eine medienhistorische Diskursanalyse

51–77

(gesponsert von
Brigitte Mazohl
und der **Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Theresa Kleinheinz
„... nur soll man mich von dem kommenden schweren
Leid befreien.“ Leserbriefe in den Frauenzeitschriften „Wiener
Hausfrau“ und „Die Unzufriedene“ im Jahr 1925 im Vergleich

79–108

(gesponsert von
Josef Riedmann
und der **Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Verena Hechenblaikner
Kuntersweg – Der mittelalterliche Verkehrsweg zwischen
Brenner und Bozen. Die Geschichte des Weges 1314–1484

109–134



historia scribere

Jahrgang 14
Juni 2022

Online Zeitschrift der Institute für Alte Geschichte und Altorientalistik, Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie sowie Zeitgeschichte der Universität Innsbruck zur Publikation studentischer Arbeiten

**UNO Center Austria
Prize in Transatlantic
History 2022 &
Best-Paper-Award von
historia.scribere 14**
(gesponsert vom **UNO
Center Austria** und der
**Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Moritz Oberhollenzer
Paneuropa oder Eurafrika? Richard Nikolaus Coudenhove-
Kalergis koloniale Ambitionen in der Zwischenkriegszeit

135–160

**Sonderpreis des Landes
Vorarlberg 2022 &
Best-Paper-Award von
historia.scribere 14**
(gesponsert vom **Land
Vorarlberg** und der
**Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Marina Blum
Die Sprache der „Protokolle der Weisen von Zion“. Eine para-
textuelle, rhetorische Analyse einer der bekanntesten
Verschwörungstheorien der Welt

161–187

**Runner-Up-Awards von
historia.scribere 14**

189

(gesponsert von
Heinz Noflatscher
und der **Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Mandy Brandt
Competing for the greater good? Zum Verhältnis von
Ehreninschriften, Konkurrenz und politischem
Handlungsspielraum der Elite Erythrais und Prienes
im frühen Hellenismus

191–206



historia scribere

Jahrgang 14
Juni 2022

Online Zeitschrift der Institute für Alte Geschichte und Altorientalistik, Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie sowie Zeitgeschichte der Universität Innsbruck zur Publikation studentischer Arbeiten

Runner-Up-Awards von *historia.scribere* 14

(gesponsert von
Thomas Albrich
und der **Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Dietmar Riedl
Amerikanische Geheimdienstaktivitäten in Tirol:
Operation Greenup

207–227

(gesponsert von
Klaus Eisterer
und der **Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Leonhard Lorenz Knabl
Österreichische Waffenexporte in den Globalen Süden.
Der Diskurs um Panzerexporte im öffentlich-rechtlichen
Rundfunk

229–255

Lobende Erwähnungen von *historia.scribere* 14

(gesponsert von
Hermann Kuprian
und der **Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Karlheinz Bachmann
Freiwillige Feuerwehren und Erinnerungsräume:
Denkmäler, Rituale, Festschriften – Fallbeispiele

259–286

(gesponsert von
Christoph Ulf
und der **Philosophisch-
Historischen Fakultät**)

Theresa Möisinger
Abdankung oder Absetzung? – Der Fall Königin Maria
Stuarts als Zeugnis für die Macht des schottischen Adels

287–305

Vorwort zur vierzehnten Ausgabe von *historia.scribere* (2022)

In wissenschaftlichen Veröffentlichungen, mit ihren langfristigeren Publikationsrhythmen, bilden sich Einschnitte und Neuerungen immer erst mit einer gewissen Verzögerung ab. Waren in der Vorjahresausgabe von *historia.scribere*, die im Juni 2021 erschienene Nummer 13, gut ein Drittel aller publizierten Texte unter Corona-Bedingungen entstanden, so versammelt die aktuelle Ausgabe Nummer 14 nun ausschließlich studentische Arbeiten, die im Rahmen von Online- bzw. Hybridlehre und angesichts von Erschwernissen wie Lockdowns, Reisebeschränkungen, zeitweise geschlossenen Archiven und Bibliotheken, Erkrankungen und Quarantäneregelungen sowie verringerten sozialen Kontakten verfasst wurden. Dass unter diesen fordernden Umständen, die sorgfältig geplante Forschungs- und Schreibprozesse oft zunichtemachten, trotzdem wieder eine Vielzahl hervorragender Texte entstanden ist und eingereicht wurde, ist ein bemerkenswertes Zeugnis des Engagements von Studierenden und Lehrenden an den Innsbrucker Geschichtsinstituten. Gleichzeitig haben sich neue Routinen und Verhaltensweisen herausgebildet und einige dieser neuen „Normalitäten“ haben sich auch im Redaktionsprozess von *historia.scribere* niedergeschlagen. So konnten durch Onlinesitzungen, die vor wenigen Jahren noch fast undenkbar waren, Absprachen und gemeinsame Entscheidungen nun auch mit Redaktionsmitgliedern getroffen werden, die nicht in Innsbruck anwesend waren, sondern sich aus Kufstein oder Prag zuschalteten. Eine zufriedenstellende Ersatzlösung für die mitgebrachten Kekse und Kuchen lässt allerdings auf sich warten – in Zukunft steigt also hoffentlich die Quote der Redaktionstreffen in Präsenz wieder!

Eine Neuerung für *historia.scribere* hat sich allerdings ganz unfreiwillig ergeben. Die Software, mit der die Zeitschrift seit vielen Jahren als Open Access-Journal läuft, bedurfte aufgrund fehlender Sicherheitsstandards nach einem Hackerangriff eines längst überfälligen Updates. Dies bedeutete leider auch, dass die Seite von *historia.scribere* seit Herbst 2021 nicht mehr online ist und das Team erst in den letzten Wochen mit einer alternativen Publikationsplattform arbeiten konnte. Bedauerlicherweise gingen dadurch die ansonsten durchgehend vorhandenen Klick- und Downloadzahlen verloren, an der Rekonstruktion der älteren Ausgaben arbeiten wir jedoch beständig. Ebenso ist das derzeit vorliegende Design eine aus der Not entstandene Minimallösung. Auch hier hoffen wir auf Verbesserungen in den nächsten Monaten, ebenso wie auf eine technisch stabile Version für unsere Zeitschrift.

Dass *historia.scribere* die größeren und kleineren Hürden der Corona-Zeit so gut meistern konnte, ist auch und vor allem wieder unserem kompetenten **Redaktionsteam** zu verdanken, das diese 14. Ausgabe mit viel Engagement und Herzblut begleitet hat.

Zu den „alten Hasen und Häsinnen“ im Team gehören Marina Blum und Alexander Renner, welche uns auch dieses Jahr wieder als studentische Mitarbeiter*innen unterstützt haben – dankenswerterweise finanziert von der Philosophisch-Historischen Fakultät, ohne deren Grundfinanzierung *historia.scribere* in dieser Form nicht umsetzbar wäre. Seit Ausgabe 10 erhalten wir zudem Unterstützung durch Best-Practice-Stellen im Rahmen des „Wissenschaftlichen Ausbildungsprogramms der Richard & Emmy-Bahr-Stiftung in Schaffhausen“ – auch hier ein herzlicher Dank für die großzügige Unterstützung! Die Stellen wurden in diesem Jahr mit Katharina Föger und Lukas Stelzhammer besetzt. Vervollständigt wurde das Redaktionsteam durch Sabrina Schober als Praktikantin im Rahmen des Masterstudiums Geschichte. Wir hoffen sehr, die eine oder den anderen unserer Mitarbeiter*innen auch in den folgenden Ausgaben wieder im Team begrüßen zu können.

Der erste **Reviewprozess** wurde wie gewohnt vom Redaktionsteam sowie einer großen Zahl an Kolleg*innen, darunter auch Dissertant*innen und Projektmitarbeiter*innen, vorgenommen. Dazu gehörten in alphabetischer Reihenfolge in diesem Jahr: Marcel Amoser, Gunda Barth-Scalmani, Günter Bischof, Ingrid Böhler, Andrea Brait, Elisabeth Dietrich-Daum, Stefan Ehrenpreis, Ellinor Forster, Mona Garloff, Nayra Hammann, Levke Harders, Nina Hechenblaikner, Maria Heidegger, Marina Hilber, Julia Hörmann-Thurn und Taxis, Benedikt Kapferer, Elias Knapp, Roland Köchl, Andrea Kronberger, Patrick Kupper, Irene Madreiter, Andreas Maier, Wolfgang Meixner, Stephan Nicolussi-Köhler, Reinhard Nießner, Sarah Oberbichler, Jakob Riemenschneider, Kurt Scharr, Martina Schmidinger, Kordula Schnegg, Jack Schropp, Felix Schulz, Jörg Schwarz, Alexander Steiner, Clemens Steinwender, Elena Taddei, Brigitte Truschnegg und Noam Zadoff. Herzlichen Dank an alle, die uns ihre knapp bemessene Zeit geschenkt und durch ihre fundierten Gutachten die Zusammenstellung dieser Ausgabe und den Auswahlprozess für die Best Papers wesentlich mitbestimmt haben!

Ebenso ist es mittlerweile schon Tradition, dass wir all jenen Institutionen und Personen danken dürfen, die **Preisgelder** für die Best Papers und für die Runner-Ups zur Verfügung gestellt haben. Erneut treu geblieben sind uns die Philosophisch-Historische Fakultät und die Emerita/Emeriti bzw. Ruheständler*innen der beteiligten Institute: Thomas Albrich, Reinhold Bichler, Klaus Eisterer, Margaretha Friedrich, Hermann Kuprian, Franz Mathis, Brigitte Mazohl, Heinz Noflatscher, Josef Riedmann und Christoph Ulf. Sonderpreise stiften das UNO-Center-Austria sowie (für Arbeiten mit Vorarlbergbezug) das Land Vorarlberg. Wir bedanken uns ganz herzlich!

Besonders hervorheben möchten wir das anhaltende Engagement der Wagner'schen Buchhandlung in Person von Markus Renk, der auch in diesem Jahr die verliehenen Geldpreise durch Buchgutscheine großzügig unterstützt hat. Wir freuen uns sehr, die Preisverleihung der Best-Paper-Awards 2022 endlich wieder in seinen Räumlichkeiten feierlich begehen zu können! Ein weiterer Dank geht an das Vizerektorat für Forschung der Universität Innsbruck, das durch einen Druckkostenzuschuss die fortgesetzte Zusammenarbeit mit *innsbruck university press (iup)* ermöglichte. Carmen Drolshagen und Romana Fiechtner haben auch 2022 das Layout und die Formatierung der Beiträge

übernommen. Der *iup* und dem VR-Forschung sei deshalb abermals für die kollegiale, professionelle und anhaltend konstruktive Zusammenarbeit gedankt. Ganz besonders möchte das Team von historia.scribere heuer Anton Walder und Valentin Umlauf vom Zentrum für Informationskompetenz der Universitätsbibliothek danken. Sie haben den Zitationsstil unserer Zeitschrift für das Literaturmanagementsystem Citavi neu adaptiert und erweitert, ebenso wie sie einen Stil für das Programm Endnote erstellt haben.

Die Auswahl der „Best Papers“ ist uns auch dieses Jahr aufgrund der hohen Qualität und Vielfalt der Einsendungen nicht leichtgefallen. Von den 31 im Herbst 2021 eingereichten Manuskripten durchliefen 14 Arbeiten erfolgreich das zweistufige Peer-Review-Verfahren; zwölf Autor*innen stellten sich daraufhin den Mühen und zeitlichen Hürden des Lektoratsprozesses und finden sich nun mit ihren überarbeiteten Texten in dieser 14. Ausgabe. Neben sieben Best-Paper-Awards werden dieses Jahr drei Runner-Up-Awards (also zweite Preise) sowie zwei Lobende Erwähnungen vergeben. Das **Themenspektrum** der prämierten Arbeiten spiegelt die diesjährigen Schwerpunkte der Einreichungen, bei denen zeitgeschichtliche Texte, aber auch Untersuchungen zu Fragen der Alten Geschichte besonders stark vertreten waren. Auch wenn dieses Jahr nicht alle historischen Kernfächer mit prämierten Arbeiten glänzen können, zeugen die publizierten Texte doch nachdrücklich von der großen Themenvielfalt der Innsbrucker Lehre und Forschung. Neben Quellenstudien zur römischen Sexualmoral oder den Handlungsspielräumen hellenistischer Eliten finden sich in dieser 14. Ausgabe beispielweise mehrere historische Medienanalysen, Arbeiten zu mittelalterlichen Verkehrswegen, zur Erinnerungskultur Südtiroler Feuerwehren oder den kolonialen Dimensionen des Paneuropa-Gedankens – und noch vieles Spannende mehr!

Werfen wir zunächst einen Blick auf die sieben **Best Papers**:

Der erste Best-Paper-Award, gesponsort von **Reinhold Bichler**, geht an die von **Sarah Stöckl** im Fach Alte Geschichte verfasste Bachelor-Arbeit „Die römische Sexualmoral im ersten nachchristlichen Jahrhundert. Sexualität im Spannungsfeld zwischen Ehegesetzen und Prostitution“. Anknüpfend an jüngere Debatten der *Subaltern Studies* um Marginalität und Handlungsmacht lotet Stöckl die sexuellen Aktionsräume und Erfahrungswelten verschiedener sozialer Gruppen anhand eines breiten Quellenkorpus aus, das Alltagsquellen wie pompejanische Graffiti mit sexuellem Inhalt ebenso berücksichtigt wie rechtliche Quellen (z. B. die Ehe- und Moralgesetze des Augustus). Stöckls Untersuchung der römischen Sexualmoral offenbart einerseits eine streng regulierte Gesellschaft, die von einer rigiden sexuellen Hierarchie geprägt war, akzentuiert andererseits aber auch vielschichtige Formen des sexuellen Widerstands und der Subversion. Eine besondere Bedeutung kam dabei laut Stöckl dem Einritzen selbstreferenzieller Graffiti sowie der Verbalisierung von Inschriften durch weibliche Leserinnen zu. Indem sie Männer etwa auf der sexuellen Ebene diffamierten, erfuhren Frauen Handlungsmacht und überwandten damit zumindest vorübergehend auch ihren Subalternitätsstatus.

Es freut uns sehr, dass auch eine Proseminar-Arbeit in diesem Jahr zu den mit einem Best-Paper-Award ausgezeichneten Arbeiten gehört. Die zeitgeschichtliche Unter-

suchung „Mein Bauch gehört mir!“. Über den Einfluss der ‚Neuen‘ Frauenbewegung auf die Einführung der Fristenregelung in Österreich“ von **Maria Gebhard**, die von **Margaretha Friedrich** gesponsert wird, besticht durch ihre klare Darstellung der Debatten zur Frage des Schwangerschaftsabbruchs. Wie Gebhard einleitend mit Blick auf die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes in Polen im Jahr 2021 deutlich macht, sind sozialpolitische Errungenschaften und die Durchsetzung von Frauenrechten Ergebnisse längerer Auseinandersetzungen und Machtkämpfe. Gebhard beschreibt für den Fall Österreichs den jahrzehntelangen Weg von politischen Forderungen nach einem selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch im Jahr 1919 bis hin zur Fristenregelung im Jahr 1973. Dabei hebt sie insbesondere die Tätigkeiten der „Neuen“ Frauenbewegung in den 1960er-Jahren als ausschlaggebend hervor und zeigt in einem weiteren Schritt, wie die Fristenregelung auch in den kommenden Jahrzehnten für Kontroversen sorgte – und Schwangerschaftsabbrüche bis heute v. a. in den westlichen Bundesländern nicht unproblematisch durchführbar sind.

Ein weiterer Best-Paper-Award, gesponsort von **Franz Mathis**, geht an **Alexander Renner** für seine im Fach Zeitgeschichte eingereichte Bachelor-Arbeit „Heimkehrer‘, ‚Kriegswucherer‘ und ‚unerwünschte Ausländer‘ – Migrationsberichtserstattung in der österreichischen Tagespresse 1918–1919“. Renner untersucht in einer medienhistorischen Diskursanalyse von fünf österreichischen Tageszeitungen, wie in der hiesigen Tagespresse zwischen 1. Oktober 1918 und 31. Dezember 1919 über Immigration und Flucht aus den ehemaligen Gebieten Österreich-Ungarns in die junge Republik berichtet wurde. Die Arbeit besticht durch die hohe wissenschaftliche Reflexions- und Methodenkompetenz des Autors. Sie gewährt zum einen aufschlussreiche empirische Einblicke in die politisch gefärbte Migrationsberichterstattung der Zeit. Beispielweise lassen sich in allen politischen Lagern Ressentiments gegenüber jüdischen Kriegsflüchtlings feststellen und nicht nur in der national-konservativen Presse. Zum anderen bieten die theoretisch-methodischen Kapitel eine anschauliche Einführung in die Vorgehensweisen der Diskursanalyse, welche zukünftigen medienhistorischen Arbeiten als Anleitung und Inspiration dienen kann.

Ebenfalls eine medienhistorische Perspektive verfolgt die Bachelor-Arbeit von **Theresa Kleinheinz** aus dem Fach Zeitgeschichte. Kleinheinz vergleicht Leserbriefe, die 1925 in den zwei österreichischen Frauenzeitschriften „Wiener Hausfrau“ und „Die Unzufriedene“ abgedruckt wurden. Mit einer vielschichtigen quantitativen und qualitativen Auswertung kommt sie zum Ergebnis, dass „Die Unzufriedene“ – eine sozialdemokratische Publikation – Raum für ein breiteres Themenspektrum bot als die bürgerlich-konservativ geprägte „Wiener Hausfrau“; so wurde hier etwa auch über Schwangerschaftsabbrüche debattiert. In beiden Zeitschriften jedoch blieb das Modell der bürgerlichen Kleinfamilie als Norm unhinterfragt. Kleinheinz zeigt weiters, wie Ideen der selbstbestimmten, städtischen „neuen Frau“ in Leserbriefen beider Medien kritisiert wurden, allerdings aus verschiedenen Stoßrichtungen: Während in der „Wiener Hausfrau“ Zigarettenkonsum und Bubikopf im Zentrum standen, wurde in „Die Unzufriedene“ moniert, dass die Berichterstattung zu diesem Thema den Platz für politische Forderungen wegnehme.

Der methodisch reflektierte und differenziert argumentierende Aufsatz wird mit einem Best-Paper-Award ausgezeichnet, welcher von **Brigitte Mazohl** gesponsort wurde.

Verena Hechenblaikner erhält in diesem Jahr einen Best-Paper-Award für ihre Bachelor-Arbeit „Kuntersweg – Der mittelalterliche Verkehrsweg zwischen Brenner und Bozen“. Die im Fach Mittelalter verfasste Arbeit, die von **Josef Riedmann** gesponsort wird, bietet einen ebenso detail- wie kenntnisreichen Einblick in die Verkehrs- und Handelsgeschichte des „Transitlands“ Tirol in den Jahren 1314 bis 1484. Die urkundliche Überlieferung auswertend, zeichnet Hechenblaikner die wechselvolle Geschichte des Weges von der Verleihung des Lehens an das namensgebende Bozner Ehepaar Heinrich und Katharina Kunters bis zum Übergang in die direkte landesfürstliche Kontrolle nach. Hechenblaikner arbeitet in ihrer Untersuchung die große wirtschaftliche Relevanz dieser Nord-Süd-Verbindung für die Entwicklung Tirols heraus, kommt aber nach einer sorgfältigen Auswertung der Quellen auch zu dem Schluss, dass eine Vorrangstellung der Verkehrslinie durch das Eisacktal und über den Brennerpass gegenüber Alternativwegen (wie etwa den Reschenpass) in dieser Zeit noch nicht gegeben war.

Den **Sonderpreis des UNO Center Austria in Transatlantic History** erhält in diesem Jahr die aus dem Bereich der Zeitgeschichte stammende Bachelor-Arbeit „Paneuropa oder Eurafrika? Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergis koloniale Ambitionen in der Zwischenkriegszeit“ von **Moritz Oberhollenzer**. In dieser Arbeit wird das Bild von Coudenhove-Kalergi, dem Begründer der transnational einflussreichen Paneuropa-Bewegung, revidiert: Ist er bisher vor allem mit Blick auf seine Vision europäischer Einigung und sein Engagement gegen Antisemitismus eingeschätzt worden, haben die kolonialistischen und rassistischen Dimensionen seines politischen Denkens bisher wenig Beachtung gefunden. In einer sorgsam analysierten Inhaltsanalyse von Coudenhove-Kalergis Beiträgen in der Zeitschrift „Paneuropa“ zwischen 1924 und 1938 weist Oberhollenzer nach, dass die wirtschaftliche Ausbeutung des afrikanischen Kontinents einen ebenso integralen Teil der Einigungsvisionen bildete wie der Glaube an eine Hierarchie von Rassen, in der afrikanischen Gesellschaften keine staatsbürgerlichen Rechte und politische Selbstbestimmung zukommen sollten. Afrika war Instrument zur Lösung europäischer Probleme: Coudenhove-Kalergi unterstützte dementsprechend kolonialrevisionistische Ambitionen in Deutschland, die Vergabe von Kolonien an osteuropäische Staaten und die italienische Invasion in Abessinien 1935.

Auch das **Land Vorarlberg** stiftet abermals einen Best-Paper-Award, der in diesem Jahr an die gebürtige Vorarlbergerin **Marina Blum** geht. In „Die Sprache der ‚Protokolle der Weisen von Zion‘. Eine paratextuelle, rhetorische Analyse einer der bekanntesten Verschwörungstheorien der Welt“ fragt Blum, welche sprachlichen Strategien in Vorworten zu Neuauflagen der „Protokolle“ aus den Jahren 1920 und 1941 angewendet wurden, um diesen wohl einflussreichsten aller verschwörungstheoretischen Texte überzeugend wirken zu lassen. Das Ergebnis von Blums minutiöser linguistischer Analyse ist, dass bereits in diesen rahmenden und interpretationsleitenden Einführungen verschwörungstheoretische Begriffe verwendet werden und über evokative Aufzählungen von Einzelbeispielen der Eindruck einer Verschwörung hergestellt wird.

Obwohl diese einzelnen Beispiele keine kausal zusammenhängende Argumentation erlauben, zielen sie doch auf eine emotionale Wirkung ab und versuchen, aus dem folgenden, inhaltlich wirren Textkörper klare Aussagen herauszudestillieren – Aussagen, die sich trotz ihrer Realitätsferne hartnäckig im Diskurs halten. Blums Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag, die Überzeugungsstrategien dieser Texte gleichermaßen zu erklären wie auch zu dekonstruieren.

Drei Arbeiten aus den Fächern Alte Geschichte und Zeitgeschichte erhalten **Runner-Up-Preise**. Der erste Runner-Up-Award (gesponsert von **Heinz Noflatscher**) geht an **Mandy Brandt** für die althistorische Seminar-Arbeit „Competing for the greater good? Zum Verhältnis von Ehreninschriften, Konkurrenz und politischem Handlungsspielraum der Eliten Erythrais und Prienes im frühen Hellenismus“. Durch die Auswertung von Primärquellen und Sekundärliteratur zeigt Brandt, wie das Streben nach Ehre einen zentralen Aspekt politischen Wettbewerbs darstellte. Ehreninschriften waren in diesem Wettbewerb ein Mittel, die potenziell gefährlichen Elitekonflikte so zu regulieren, dass diese das Gemeinwohl nicht negativ beeinträchtigten.

Der zweite Runner-Up-Award (gesponsert von **Thomas Albrich**) wird an **Dietmar Riedl** für seine zeithistorische Seminar-Arbeit zur „Operation Greenup“ verliehen. Riedl zeichnet in seinem spannend geschriebenen Text die Aktivitäten des US-amerikanischen Geheimdienstes in Tirol im Frühjahr 1945 nach, welche am 3. Mai des Jahres zur (weitgehend) kampflosen Übergabe der Stadt Innsbruck an die Alliierten führten. Auf dem Stand der Forschung argumentierend, arbeitet Riedl dabei im Anschluss an Peter Pirker die Bedeutung dreier US-Agenten (Franz Weber, Fred Mayer und Hans Wijnberg) für das Kriegsende in Tirol heraus und unterzieht bekannte Darstellungen der österreichischen Nachkriegsliteratur zur „Selbstbefreiung Innsbrucks“ und zu der Rolle des österreichischen Widerstands einer kritischen Reflexion.

Leonhard Lorenz Knabl erhält den dritten Runner-Up-Award (gesponsert von **Klaus Eisterer**) für seine ebenfalls im Kernfach Zeitgeschichte verfasste Bachelor-Arbeit „Österreichische Waffenexporte in den Globalen Süden. Der Diskurs um Panzerexporte im öffentlich-rechtlichen Rundfunk“. Im Rückgriff auf Beiträge aus dem Ö1-Mittagsjournal zeigt Knabl, dass die Debatte über Waffenlieferungen an autoritäre Regime in den 1970er- und 1980er-Jahren nicht einfach entlang politischer Trennlinien verlief. So verteidigten hochrangige SPÖ-Politiker*innen in Regierungsfunktionen und im ÖGB ebenso wie konservative Kräfte die Waffenlieferungen mit Verweis auf die Sicherung von Arbeitsplätzen. Gegner*innen in der SPÖ und den Gewerkschaften, aber auch kirchliche und aktivistische Kreise wiederum wiesen auf die Verletzung von Menschenrechten und die geringe Bedeutung der Waffenindustrie hin.

Zwei Arbeiten werden schließlich mit **Lobenden Erwähnungen** gewürdigt. Die von **Hermann Kuprian** gesponserte Arbeit stammt aus dem Bereich der Zeitgeschichte. **Karlheinz Bachmann** nimmt in seiner Bachelor-Arbeit zum Südtiroler Feuerwehrwesen die Funktion von Erinnerungsräumen wie Denkmälern, Ritualen und Festschriften in den Blick. Dabei betont er insbesondere, wie sich die Freiwilligen Feuerwehren durch derartige identitätsstiftende und legitimatorische Praktiken nicht nur ein positi-

ves Selbstbild schafften, sondern auch versuchten, dieses an eine breitere Öffentlichkeit zu vermitteln. **Theresa Möisinger** geht in ihrer Bachelor-Arbeit (gesponsert von **Christoph Ulf**) aus dem Fach Neuzeit der Frage „Abdankung oder Absetzung?“ beim Thronverzicht der schottischen Königin Maria Stuart im Jahre 1567 nach und streicht dabei vor allem die Bedeutung und Handlungsmacht des schottischen Adels heraus. Die **Philosophisch-Historischen Fakultät** hat in diesem Jahr die Preisträger*innen mit großzügigen Buchgutscheinen unterstützt. Der Fakultät und den emeritierten bzw. pensionierten Kolleg*innen danken wir herzlich.

Wir wünschen den Autor*innen der vierzehnten Ausgabe von *historia.scribere* eine ähnlich rege Leserschaft wie in den letzten Jahren – und hoffen natürlich nicht zuletzt, dass die hohe Qualität und enorme Bandbreite der veröffentlichten Arbeiten weitere Studierende inspirieren wird und wir im Herbst 2022 abermals eine Vielzahl spannender Arbeiten für den Review-Prozess der 15. Ausgabe erhalten werden. Doch vorerst freuen wir uns über die Fertigstellung der gelungenen 14. Ausgabe und wünschen allen Leser*innen *bonne lecture!*

Eric Burton, Ute Hasenöhr und Eva Pfanzer

Best-Paper-Awards von *historia.scribere* 14

(gesponsert von **Reinhold Bichler** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

(gesponsert von **Margaretha Friedrich** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

(gesponsert von **Franz Mathis** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

(gesponsert von **Brigitte Mazohl** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

(gesponsert von **Josef Riedmann** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

**UNO Center Austria Prize in Transatlantic History 2022 &
Best-Paper-Award von *historia.scribere* 14**

(gesponsert vom **UNO Center Austria** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

**Sonderpreis des Landes Vorarlberg 2022 &
Best-Paper-Award von *historia.scribere* 14**

(gesponsert vom **Land Vorarlberg** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

Die römische Sexualmoral im ersten nachchristlichen Jahrhundert. Sexualität im Spannungsfeld zwischen Ehegesetzen und Prostitution

Sarah Stöckl

Kerngebiet: Alte Geschichte

eingereicht bei: Dr. Sabine Fick

eingereicht im: SoSe 2021

Rubrik: Bachelor-Arbeit

Abstract

Roman Sexual Morality in the First Century AD

The following thesis investigates Roman sexual morality in the first century AD by examining Augustus' legislation on marriage and morals as well as scrutinizing sexually obscene Pompeian graffiti. As will be demonstrated, the sexual moral demands of Roman society manifested themselves in a rigid sexual hierarchy, which regulated the sexual lives of men and women on diverging levels.

1. Einleitung

„fututa sum hic“¹

Das einleitende Zitat, das sich mit „Ich [eine Frau] wurde hier gefickt“² übersetzen lässt, ist eines von über 5.600 pompejanischen Graffiti und determiniert den Duktus der vorliegenden Arbeit.³ Jene Botschaft steht repräsentativ für die sexuell expliziten

1 CIL (Corpus Inscriptionum Latinarum) IV 2217.

2 Englische Übersetzung bei Sarah Levin Richardson, *fututa sum hic*. Female Subjectivity and Agency in Pompeian Sexual Graffiti, in: *The Classical Journal* 108 (2013), Heft 3, S. 319–345, hier S. 319.

3 Innerhalb der altertumswissenschaftlichen Forschung herrscht kein übergreifender Konsens im Hinblick auf die Gesamtanzahl der pompejanischen Graffiti. Die vorliegende Arbeit schließt sich Polly Lohmanns Auffassung an und geht von rund 5.600 graphio (in)scripta aus, die im Zuge der Ausgrabungsarbeiten in Pompeji gefunden wurden. Kontrastiv dazu spricht Craig Williams beispielsweise von 7.500 Inschriften. Die unterschiedlichen Zahlen ergeben sich aus divergierenden Zählweisen. Beispielsweise fasst das CIL in einigen Einträgen mehrere Graffiti zusammen. Zudem kann zwischen dem Stadtgebiet Pompejis und den extra-urbanen Arealen (Villen, Nekropolen) differenziert werden. Werden diese extra-urbanen Areale zusätzlich berücksichtigt, steigt die Anzahl der graphio (in)scripta dementsprechend an. Lohmann konzentriert sich in ihrer Zählung ausschließlich auf die Graffiti aus

Graffiti, die im Folgenden zum zentralen Analysegegenstand erhoben werden. Der Begriff „Graffito“ ist ein aus dem 18. Jahrhundert stammender Neologismus, welcher sich aus dem italienischen *graffiare* ableitet und so viel wie „einritzen“ oder „zerkratzen“ bedeutet. Graffiti implizieren primär Textbotschaften und kleinere Zeichnungen, die mit einem Stilus oder einem anderen harten Gegenstand in natürliche Oberflächen wie Felsen oder Klippen geritzt werden.⁴ Neben Graffiti, die sich durch den Prozess des Einritzens auszeichnen, wurden zudem auch Botschaften mit Kohle oder Kreide als Farbstoff aufgetragen. Jene Kohle-/ Kreidetexte und Zeichnungen werden in der Fachwissenschaft als *Dipinti* bezeichnet. Dennoch fasst die altertumswissenschaftliche Forschung Graffiti und *Dipinti* unter dem Terminus *graphio (in)scripta* zusammen. Aufgrund dessen behandelt die vorliegende Arbeit *Dipinti* als einen Typus von Graffiti.⁵

Wie die Inschrift „*fututa sum hic*“ indiziert, berichten pompejanische Graffiti neben der Thematisierung von Alltäglichem und Banalem ebenso von sexuellen Bedürfnissen und Praktiken. Sexuell obszöne⁶ Graffiti befinden sich dabei überwiegend an den Wänden des bekanntesten pompejanischen Bordells, dem *Lupanar VII 12,18–20*⁷, und bilden den Analyseschwerpunkt der vorliegenden Arbeit. Im Wesentlichen sind jene Graffiti von Prostitution und damit verbundenen sexuellen Erfahrungen geprägt.

Sklavinnen, die die größte Gruppe an Prostituierten darstellten⁸, galten als entmenslichte Sexualobjekte und wurden zu sexuellen Akten gezwungen. Außerdem waren sie der Bedürfnisbefriedigung ihrer männlichen Kunden gänzlich ausgeliefert, denn es kam neben körperlicher Ausbeutung in vielen Fällen auch zu psychischer Gewalt. Um dies näher zu illustrieren, kann der Subalternitätsbegriff herangezogen werden, welcher Gruppen umfasst, die Marginalisierung, Ausbeutung und Repression erfahren haben, und „über geringe Aktionspotentiale [...] verfügen“.⁹ Aufgrund ihres objektifizierten Status waren sich die Prostituierten einerseits permanent ihres subalternen Daseins bewusst, andererseits reproduzierten die erzwungenen sexuellen Handlungen gleichzeitig ihre Subalternität.

Obwohl die Autorenschaft der sexuell obszönen Graffiti in der Forschung oft Männern zugeschrieben wurde, weisen eine Vielzahl an Botschaften wie das Graffito „*CIL*“ IV 2217

dem Stadtgebiet Pompejis. Polly Lohmann, *Graffiti als Interaktionsform. Geritzte Inschriften in den Wohnhäusern Pompejis (Materiale Textkulturen 16)*, Berlin-Boston 2018, S. 19; Craig Williams, *Sexual Themes in Greek and Latin Graffiti*, in: Thomas K. Hubbard (Hrsg.), *A Companion to Greek and Roman Sexualities*, West Sussex 2014, S. 493–508, hier S. 493.

4 In selteneren Fällen können Graffiti auch auf Gipswänden und Keramikfragmenten platziert sein: Williams, *Sexual Themes in Greek and Latin Graffiti*, S. 493.

5 Lohmann, *Graffiti als Interaktionsform*, S. 5.

6 Als ‚obszön‘ versteht die folgende Arbeit Beschreibungen und Ausrufe, die sich explizit auf sexuelle Praktiken beziehen. Das *CIL* IV 2217 steht dabei repräsentativ für die Kategorie des Obszönen und schließt daher sowohl das antike als auch das zeitgenössische Verständnis des Begriffes ein.

7 Das *Lupanar* beherbergt „mit einem Anteil von 16 % der erotischen Graffiti die größte Ballung an Obszönem“: Lohmann, *Graffiti als Interaktionsform*, S. 139.

8 Bettina E. Stumpp, *Prostitution in der römischen Antike (Antike in der Moderne)*, Berlin 1998, S. 25; Erin K. Fenton, *Prostitution as Labor in Imperial Rome*, in: *Studies in Mediterranean Antiquity and Classics* 1 (2006), Heft 1, S. 1–15, hier S. 2; Amanda Devitt, *Sites of the Sex Trade. Spatial Analysis and Prostitution at Pompeii*, Masterarbeit Hamilton/Ontario 2014, S. 4.

9 Stephanie Merten/Martin Renger, *Räume, ihre Orte und Subalternität. Reflexionen am Beispiel von Pompeji*, in: *Subalterne Räume (Themenheft)* 8 (2019), S. 135–166, hier S. 142.

auf weibliche Autorinnen hin. Wie Sarah Levin-Richardson postuliert, ist ein eindeutiger Nexus zwischen den Erfahrungen der weiblichen Prostituierten und den sexuell obszönen Graffiti erkennbar. Im Folgenden wird daher überprüft, inwieweit Graffiti, die sexuelle Handlungen thematisieren, weiblichen Widerstand gegen die Marginalisierung innerhalb des dominanten sozialen Paradigmas repräsentieren. Darüber hinaus wird untersucht, ob die Graffiti als Ausdruck von Subalternität gesehen werden können. Ziel dieser Arbeit ist es zu erläutern, welche Schlüsse die Analyse der pompejanischen Graffiti mit sexuell obszönem Inhalt im Hinblick auf die Sexualmoral der Gesellschaft im ersten Jahrhundert nach Christus zulässt.

Um Aussagen über die Sexualmoral der Gesellschaft tätigen zu können, muss nicht nur die sozio-ökonomische Situation von Prostituierten beleuchtet, sondern auch der allgemeine Status der Frau expliziert werden. Dazu werden die Ehe- und Moralgesetze des Augustus herangezogen, die vor allem die Sexualität der freien Römerinnen tangierten und die augusteische Herrschaft mithilfe „von moralischer Restaurierung und einer Kontrolle des Sexualverhaltens“¹⁰ sichern sollten. Die Ehe- und Moralgesetzgebung, die sich aus drei verschiedenen, sukzessiv erschienenen Teilen¹¹ zusammensetzt, wird in der vorliegenden Arbeit als Gesamtwerk behandelt. Die sexuell obszönen Graffiti und ihre Bedeutung werden jedoch nicht mit den Gesetzen des Augustus verglichen. Vielmehr dient die Analyse der Ehegesetzgebung einer Erweiterung des Blickfeldes, die zusätzliche Einblicke auf einer gesamt-gesellschaftlichen Ebene ermöglicht.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in insgesamt vier größere Abschnitte: Das erste Kapitel untersucht die sexuell obszönen Graffiti und nimmt Bezug auf prävalente Leitmotive. Der darauffolgende Abschnitt beschäftigt sich mit dem Prostitutionsgewerbe im ersten nachchristlichen Jahrhundert und beleuchtet die soziale Stellung und die Beweggründe von Frauen, die Teil des Prostitutionsgeschäftes waren. Der nächste Teil der Arbeit konzentriert sich auf die Ehe- und Moralgesetzgebung des Augustus und zieht Schlüsse im Hinblick auf die gesamtgesellschaftliche Sexualmoral. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen diskutiert das letzte Kapitel eine mögliche weibliche Autorenschaft, bewertet deren Plausibilität und stellt eine Verbindung zum Subalternitätsbegriff her.

2. Pompejis Graffiti

Die Stadt Pompeji nimmt im Diskurs über antike Graffiti eine exponierte Stellung ein: Ihre Erhaltung durch den Vesuvausbruch im Jahre 79 n. Chr. fungiert wie eine zeitlich unverfälschte Momentaufnahme des römischen Alltagslebens. Der Vulkanausbruch führte zur Konservierung von rund 5.600 pompejanischen Graffiti, die primär im vierten Band des „Corpus Inscriptionum Latinarum“ (CIL) enumeriert sind. Jenes von Karl Zangemeister¹² u.a. erstellte, 1871 erschienene, „CIL“ IV repräsentiert dabei die „wich-

10 Maïke Steenblock, *Sexualmoral und politische Stabilität. Zum Vorstellungszusammenhang in der römischen Literatur von Lucilius bis Ovid*, Berlin-Boston 2013, S. 29.

11 Dazu zählen: 1) *lex Iulia de maritandis ordinibus*, 2) *lex Iulia de adulteriis coercendis* (beide aus dem Jahr 18 v. Chr.), 3) *lex Papia Poppaea* (9 n. Chr.).

12 Karl Zangemeister (1837–1902) war ordentlicher Professor der Klassischen Philologie und als deutscher

tigste Grundlage für die pompejanische Graffiti-Forschung“.¹³ Wie Polly Lohmann in ihrer Auswertung der im „CIL“ IV edierten Graffiti expliziert, umfasst der Zeitraum, in welchem der Großteil der Graffiti in Pompeji entstand, „nicht weniger als 16 bzw. 17 Jahre“.¹⁴ Die Graffiti sind allerdings weder paläografisch noch absolut datierbar. Lediglich die Renovierung der Wände nach dem Erdbeben 62/63 n. Chr. fungiert als *terminus post quem*, während der Ausbruch des Vesuvs 79 n. Chr. als *terminus ante quem* gilt. Trotzdem muss hervorgehoben werden, dass das Korpus an pompejanischen Graffiti wohl das Resultat mehrerer Jahrzehnte darstellt und die meisten Inschriften nicht aus der letzten Phase Pompejis stammen. Die vorliegende Arbeit möchte weder eine Entstehungsgeschichte der pompejanischen Graffitikultur abbilden noch diachrone Entwicklungsparadigme beleuchten. Vielmehr wird der *Status quo* von 79 n. Chr. analysiert, d. h. die Graffiti, die sich zum Zeitpunkt des Vulkanausbruchs an den Wänden der Gebäude befanden, werden im Folgenden untersucht.

Im Hinblick auf die Themenbandbreite der pompejanischen Graffiti ist zu sagen, dass sich jene durch eine ausgesprochene Vielfalt auszeichnet.¹⁵ Daher muss betont werden, dass die folgende Untersuchung ausschließlich Graffiti einschließt, die durch sexuelle Obszönitäten oder Reflexionen über körperliche Lust determiniert sind. Primär beziehen sich diese Graffiti auf Prostitutionserfahrungen und damit verbundene sexuelle Handlungen. Darüber hinaus werden grundsätzlich nur Graffiti herangezogen, die sexuelle Akte zwischen heterosexuellen Individuen beleuchten. Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf die Handlungsspielräume und Aktionspotentiale von weiblichen Prostituierten, deren Dienste primär von Männern in Anspruch genommen wurden. Aufgrund dessen wird das große Korpus an Graffiti, das homosexuelle körperliche Erfahrungen aufzeigt, nicht berücksichtigt. Ausgehend von einem intersektionalen Ansatz wurden homosexuelle Männer (im Vergleich zu weiblichen Prostituierten) durch andere Achsen der Ungleichheit beeinflusst. Daher bedarf es im Hinblick auf die zahlreichen Botschaften homosexueller Liebe und Lust einer gesonderten Analyse.

Den Impetus, das antike Geschlechts- und Sexualleben zu untersuchen, gab ursprünglich die sozialhistorische Forschung der späten 1970er-Jahre.¹⁶ Der vor den 1970er-Jahren prävalente kulturgeschichtliche Forschungszugang widmete sich ausschließlich sexuell aufgeladenen Themenfeldern wie der Sinnlichkeit in Bereichen der Kunst und Literatur. Als „anrühlich wahrgenommene“¹⁷ Praktiken wie die Prostitution oder die Knabenliebe wurden jedoch dezidiert außer Acht gelassen. Diese Nichtbeachtung von an-

Oberbibliothekar an der Universitätsbibliothek Heidelberg tätig. Als Mitarbeiter des Projektes „Corpus Inscriptionum Latinarum“ (CIL) hielt er sich mehrere Jahre in Italien auf. Berlin-brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Karl Zangemeister, o. D., <https://www.bbaw.de/die-akademie/akademie-historische-aspekte/mitglieder-historisch/historisches-mitglied-karl-zangemeister-3080>, eingesehen 13.5.2021.

13 Lohmann, Graffiti als Interaktionsform, S. 117.

14 Ebd., S. 54.

15 Unter den Botschaften befinden sich Einkaufslisten, Zahlungsbelege, Beleidigungen, Witze, Gedichte und literarische Zitate. Der Großteil der Graffiti sind kurze Nachrichten, einige davon können jedoch als elaborierte Texte bezeichnet werden: Williams, *Sexual Themes in Greek and Latin Graffiti*, S. 493–494.

16 Stefan Ritter, Zur Situierung erotischer Bilder in der pompejanischen Wandmalerei, in: Philipp von Rummel/Ulrike Wulf-Rheidt (Hrsg.), *Jahrbuch des Deutschen Archäologischen Instituts*, Bd. 132, Berlin-Boston 2018, S. 225–270, hier S. 226.

17 Elke Hartmann, *Sexualität, Medizin und Moralvorstellungen in der Antike*, Berlin 2006, S. 2.

stößigen Themenkomplexen diene dazu, das erhabene Bild der Antike nicht zu beflecken. Erst die Entstehung kulturanthropologisch ausgerichteter Studien in den späten 1970er-Jahren ermöglichte es, die Vorstellung von Sexualität als zeitlosem Phänomen zu überwinden.¹⁸ Mit der Adaption des kulturgeschichtlichen Ansatzes ging die Bemühung einher, die Paradigmen der antiken Sexualmoral zu ermitteln. Somit wurden sexuelle Praktiken, die lange als unbedeutend und „privat“ eingestuft worden waren, zum relevanten Forschungsgegenstand erhoben. Außerdem kam dem sexuellen Akt eine neue Bedeutung im Hinblick auf die soziale Definition von Geschlechtlichkeit zu, indem betont wurde, dass die „gesellschaftlichen Rollen von Frauen und Männern [...] durch sexuelle [Praktiken] gestaltet und geformt wurden“.¹⁹ Die Sensibilisierung für die Apperzeption von subtilen Machtverhältnissen, die durch sexuelle Handlungen entstehen, gefestigt oder aufgehoben werden, ist folglich ein wesentliches Verdienst der kulturanthropologischen Studien. In Bezug auf die vorliegende Arbeit ist zu sagen, dass jene als ein Beitrag zur altertumswissenschaftlichen Geschlechtergeschichte verstanden werden kann, da sie neben der Erforschung der Sexualmoral einen Fokus auf die Untersuchung des weiblichen Aktionspotentials marginalisierter Gruppen legt.²⁰

2.1 Leitmotive der sexuell obszönen Graffiti

2.1.1 Sexuelle Erniedrigung

Viele pompejanische Graffiti sind durch eine spürbar aggressive Qualität gekennzeichnet. Oft kommt es zu einer Nennung expliziter Personen, welche auf einer sexuellen Ebene degradiert werden. So lassen sich misogyne Invektive, wie sie in der literarischen Tradition zu verzeichnen sind, auch in den Graffiti wiederfinden.²¹ An einer Hauswand in Pompeji ist beispielsweise zu lesen, dass eine gewisse Euplia schlaff/ausgeweitet²² sei und eine große Klitoris habe.²³ Einerseits impliziert jenes Graffito eine Aversion gegenüber dem weiblichen Geschlechtsorgan. Wie Regina Höschele hervorhebt, greift die schreibende Person damit die dominante literarische Tradition auf, weibliche Genitalien als „abstoßend und [...] widerlich“²⁴ zu beschreiben. Andererseits zielt das Attribut „schlaff/ausgeweitet“ auf eine Abwertung der Frau ab: Das Adjektiv *laxa* suggeriert, dass Euplias Sexualleben durch eine Vielzahl an Partnern charakterisiert ist, was

18 In diesem Kontext sind vor allem Michel Foucaults „Geschichte der Sexualität“ sowie Thomas Lacquers „Making Sex: Body and Gender from the Greeks to Freud“ als wegweisende Studien zu nennen. Foucault geht davon aus, dass ‚Sexualität‘ eine moderne Begriffskonstruktion ist, die es einem Individuum ermöglicht, sich als sexuelles Subjekt wahrzunehmen. Darüber hinaus skizziert der Medizinhistoriker Lacquer in seinem Werk das ‚Zwei-Geschlechter-Modell‘, bei dem es sich um ein Produkt des 18. Jahrhunderts handle. Vor dem 18. Jahrhundert, dominierte, so Lacquer, das in der Antike entstandene ‚Ein-Geschlecht-Modell‘, das die Frau als eine unvollständige Version des Mannes darstellte. Ebd., S. 2–3.

19 Ebd., S. 2–3.

20 Insgesamt beschäftigen sich zwar einige Forscher*innen mit der Frage der Autorenschaft der sexuell obszönen Graffiti in Pompeji (siehe im Detail Kapitel 5). Jedoch ist Levin-Richardsons Ansatz, der sowohl die Handlungsspielräume marginalisierter Gruppen als auch die Mechanismen weiblichen Widerstands in den Blick nimmt, in der altertumswissenschaftlichen Geschlechtergeschichte einzigartig. Dies zeigt, dass es in diesem Bereich noch eine Forschungslücke zu schließen gibt.

21 Williams, *Sexual Themes in Greek and Latin Graffiti*, S. 498.

22 Englische Übersetzung bei ebd.

23 CIL IV 10004: *Eupl(i)a laxa landicosa*.

24 Regina Höschele, *Verrückt nach Frauen. Der Epigrammatiker Rufin*, Tübingen 2006, S. 115.

negative Auswirkungen auf die Konstitution ihres Sexualorgans habe. Die Inschrift „CIL“ IV 10004 steht dabei repräsentativ für eine große Gruppe²⁵ an Graffiti, die sich durch einen patriarchalen Blick, misogynen Bedeutungsparadigmen und die Erniedrigung der Adressatinnen auszeichnet.

Gleichzeitig werden aber auch Männer als Rezipienten beleidigt. Viele Graffiti beinhalten etwa Referenzen zur Aktivität des *cunnilingus*, die sich auf die orale Befriedigung der Frau bezieht. Bereits die Existenz dieses lateinischen Substantivs ist bezeichnend, denn *cunnilingus* verweist schließlich nicht auf die Handlung an sich, sondern auf den Mann, der sie ausführt. Wie Craig Williams expliziert, kann davon ausgegangen werden, dass *cunnilingus* als eine allgemein gebräuchliche Beleidigung für Männer fungierte. Ähnlich verhält es sich mit der Bezeichnung *fellator*, die einen Mann beschreibt, der das Genital eines anderen Mannes oral stimuliert.²⁶ Dabei ist auffallend, dass sich jene Beleidigungen sexueller Natur immer auf die männliche Praktizierung von Oralsex beziehen. Wie Angela betont, entsprach es zwar der Norm, orale Befriedigung passiv zu genießen, jedoch war es ein männliches Tabu, jene auch aktiv auszuüben. Der Mund als soziales und politisches Instrument galt als erhaben und sollte daher rein und unbefleckt sein.²⁷ Individuen, die die *fellatio* praktizierten, wurden folglich nicht nur als unrein angesehen, es wurde ihnen zusätzlich eine unnatürliche Blässe sowie Mundgeruch zugeschrieben. Darüber hinaus war auch der *cunnilingus* in der phallozentrischen römischen Gesellschaft mit einer überaus negativen Konnotation behaftet. Männer, die jene sexuelle Praktik trotz ihrer Stigmatisierung durchführten, galten als entwürdigt und impotent, weil die übliche Penetration nicht vollzogen wurde.²⁸

Die römische Sexualität differenzierte präzise zwischen Aktivität und Passivität: Ersteres implizierte phallische Handlungen, d. h. zu penetrieren, während Letzteres bedeutete, penetriert zu werden. Im antiken Selbstverständnis wurden Männer und Frauen somit ihren „natürlichen“ Rollen zugewiesen und sollten ihre Geschlechtsorgane dementsprechend einsetzen. Im Falle des *cunnilingus* sowie der *fellatio* wird der vermeintlich aktive männliche Part zur Frau und verstößt somit gegen die „natürliche“ Ordnung in der sexuellen Hierarchie. Der *cunnilingus* und der *fellator* werden durch ihre Stilisierung zur Frau bzw. zum Objekt abgewertet, was die Misogynie innerhalb der patriarchalen römischen Gesellschaft hervorhebt.²⁹

2.1.2 Käufliche Liebe

Zahlreiche pompejanische Graffiti knüpfen einen Preis an den Namen einer Person, in manchen Fällen auch an eine bestimmte sexuelle Dienstleistung. Angesichts der Omnipräsenz von Prostitution im römischen Mittelmeerraum scheint es so, als würden die

25 Im Rahmen dieser Bachelorarbeit ist es nicht möglich, die Graffiti dieser Gruppe zu quantifizieren. Dafür müssten alle 5.600 Graffiti zunächst übersetzt, dann systematisiert und abschließend zugeordnet werden.

26 Williams, *Sexual Themes in Greek and Latin Graffiti*, S. 499–500.

27 Alberto Angela, *Ein Tag im Alten Rom. Alltägliche, geheimnisvolle und verblüffende Tatsachen*, München 2014, S. 383.

28 Stumpp, *Prostitution in der römischen Antike*, S. 262.

29 Mark Lamas, *The Sin of Cunnilingus*, 25.10.2017, <http://www.christianorigins.div.ed.ac.uk/2017/10/25/the-sin-of-cunnilingus/>, eingesehen 21.5.2021.

Graffiti als eine Art Werbung für verfügbare Prostituierte in der Nähe fungieren. Jedoch müssen Graffiti nicht zwingend die Verfügbarkeit der angekündigten Dienste indizieren.³⁰ Das einzige Gebäude in Pompeji, das ohne Zweifel als Bordell diente, ist das Lupanar VII 12, 18. Jenes besteht aus einer zentralen Empfangshalle, welche von einer Reihe einzelner Schlafzimmer umgeben ist. An den Wänden dieser Einrichtung befinden sich etwa hundert Graffiti, die fast³¹ alle in lateinischer Sprache verfasst wurden. Aufgrund des Funktionszusammenhangs zwischen den Graffiti und ihrem Anbringungsort kann davon ausgegangen werden, dass die Ausführung sexueller Dienstleistungen, wie sie in den Graffiti erwähnt wird, tatsächlich auch stattfand. Trotzdem kann auch hier die historische Wahrhaftigkeit nicht für jedes einzelne Graffito angenommen werden.³²

3. Prostitution im ersten nachchristlichen Jahrhundert

3.1 Das Stigma der Infamie

Wie die bisher angeführten Beispiele demonstrieren, ist der Nexus zwischen pompejanischen, sexuell obszönen Graffiti und Prostitutionserfahrungen bezeichnend. Aus diesem Grund soll in Folge das römische Prostitutionsgewerbe im ersten Jahrhundert nach Christus näher charakterisiert werden. Wie Thomas McGinn konstatiert, gibt es insgesamt drei konstitutive Merkmale der römischen Prostitution: 1) Promiskuität bei der Wahl der Partner*innen, 2) eine Form der Bezahlung für sexuelle Dienste und 3) eine emotionale Indifferenz zwischen den Parteien.³³ Jene drei Spezifika unterscheiden die Prostitution von anderen Formen außerehelichen Geschlechtsverkehrs wie dem Ehebruch oder dem Konkubinat.

Im Hinblick auf den sozialen Status von weiblichen und männlichen Prostituierten muss akzentuiert werden, dass jene zu den *infames* gezählt wurden, was sie auf einer gesellschaftlichen Ebene denunzierte und marginalisierte. Neben Prostituierten waren auch Schauspieler*innen und Gladiatoren mit dem Stigma der Infamie behaftet. Dieser degradierte Status exkludierte jene Gruppe von diversen Aspekten des öffentlichen Lebens. Die erwähnten Personen durften beispielsweise nicht als Zeug*innen vor Gericht aussagen, waren „*incapax*, unfähig eine Erbschaft zu erwerben“³⁴ und konnten keine Ehe mit Senatoren und frei geborenen Römern (*ingenui*) eingehen. Die Eheverbote galten vor allem seit den Ehe- und Moralgesetzen des Augustus, die eine langfristige Hierarchisierung der Gesellschaft bezweckten und soziale Mobilität für Prostituierte und andere Geächtete verunmöglichten (siehe im Detail, Kapitel 4). Um die oberen Schichten auf einer standespolitischen Ebene abzuschließen, war es für Prostituierte zudem ausgeschlossen, sich vom Stigma der Infamie zu lösen. Soziale und rechtliche

30 Lamas, *The Sin of Cunnilingus*.

31 Einige wenige Botschaften im Lupanar VII 12,18 bedienen sich der griechischen Sprache: CIL IV 2173–2296.

32 Williams, *Sexual Themes in Greek and Latin Graffiti*, S. 502.

33 Thomas McGinn, *The Economy of Prostitution in the Roman World. A Study of Social History & the Brothel*, Ann Arbor 2004, S. 7.

34 Stumpp, *Prostitution in der römischen Antike*, S. 318.

Rehabilitation waren folglich unerreichbar, auch wenn das Prostitutionsgewerbe aufgegeben wurde.³⁵

Daraus resultierte, dass Prostituierte ein Leben lang stigmatisiert waren und sich die damit einhergehende Ächtung auch in der Gesetzgebung widerspiegelte. Da Prostituierte als Personifikation von Schande galten, durften sie außerdem ohne rechtliche Konsequenzen von anderen geschlagen, misshandelt und vergewaltigt werden. Trotzdem war die Ausübung von Prostitution per se nicht illegal. Obwohl die römische Gesellschaft den „unmoralischen“ Lebensstil von Prostituierten missbilligte, war der Besuch in einem Bordell nicht besonders schambesetzt. Vielmehr wurde die Inanspruchnahme der Dienste einer Prostituierten sogar als notwendiges Mittel zur Aufrechterhaltung einer monogamen Ehe betrachtet. Um die ehrbaren Ehefrauen vor sozial geächteten und die Ehemänner vor emaskulierenden Praktiken zu schützen, wurden sexuelle Vorlieben oft in den Bordellen ausgelebt.³⁶

3.2 *Die soziale Herkunft der Frauen im Prostitutionsgewerbe*

Da die antike römische Gesellschaft durch strikt patriarchale Strukturen determiniert war, fehlt es an literarischen Zeugnissen, die sich auf Frauen im Prostitutionsgewerbe beziehen. Schriftliche Evidenzen stammen hauptsächlich von Männern, was Einzelschicksale von weiblichen Prostituierten gänzlich unsichtbar macht. Dennoch ist davon auszugehen, dass Sklavinnen die größte Gruppe der Prostituierten darstellten.³⁷ Da sie als Rechtsobjekte galten, erfuhren sie keinerlei Schutz durch das Gesetz. Sie waren der sexuellen Ausbeutung durch ihre Kundschaft ausgeliefert und dienten als Quelle der Bedürfnisbefriedigung.

In vielen Fällen wurden ausgesetzte Kinder zu Prostituierten rekrutiert. Die Findelkinder wurden nicht selten von Zuhältern als Versklavte aufgezogen und „von kleinauf zur Prostitution ‚abgerichtet‘“.³⁸ Wie anthropologische und demographische Untersuchungen affirmieren, kam es primär zur Aussetzung von Mädchen. Diese Tatsache ist auf die Geringschätzung des weiblichen Geschlechts zurückzuführen, die in antiken Gesellschaften prävalent war. Zudem sind die Angst vor sozialer Ächtung bei unehelichen Kindern sowie das Fehlen an ökonomischen Mitteln als zusätzliche Motive anzuführen. Im Gegensatz zu Jungen evozierten Mädchen Kosten, denn sie erhielten nicht nur eine Mitgift, sondern wurden bereits im jungen Alter verheiratet und konnten somit innerhalb der Familie nicht mehr als Arbeitskraft eingesetzt werden. Die Verschleppung von ausgesetzten Mädchen, die sich in Bordellen als Sklavinnen zwangsprostituieren mussten, generierte schon im ersten nachchristlichen Jahrhundert harsche Kritik. Zu einem recht-

35 Stumpp, Prostitution in der römischen Antike, S. 309, 311.

36 Ebd.; Amanda Devitt, *Sites of the Sex Trade*, S. 3–8.

37 Neben Sklavinnen gab es aber auch freie Frauen, die Teil des Prostitutionsgewerbes waren. Obwohl freie Frauen nicht durch Verschleppung oder Versklavung zu sexuellen Handlungen genötigt wurden, kann ihre Entscheidung, in Bordellen zu arbeiten, dennoch nicht als freiwillig eingestuft werden. In den meisten Fällen sahen sich freie Frauen gezwungen, ihre Körper zu verkaufen, um einer ökonomischen Zwangslage zu entfliehen. Aufgrund dessen negiert die vorliegende Arbeit die Verwendung des Begriffes der „freiwilligen Prostitution“. Stumpp, Prostitution in der römischen Antike, S. 37.

38 Ebd., S. 29.

lichen Verbot der Kindesaussetzung kam es aber erst im dritten Jahrhundert n. Chr.³⁹

Darüber hinaus eruiert Bettina Stumpp, dass auch der organisierte Menschenraub durch Betrugerei und Piraterie eine große Gefahr für Kinder und Jugendliche darstellte. Die durch Profitstreben motivierten Menschenräuber verschleppten einzelne Individuen willkürlich, um sie zu versklaven und zur Zwangsprostitution anzustellen. Obwohl der organisierte Menschenraub kein römisches Spezifikum war, kulminierte er im ersten Jahrhundert der Kaiserzeit. Insbesondere in Randgebieten des römischen Reiches (aber auch innerhalb der Provinzen) galt der Menschenraub und der damit einhergehende Handel mit Prostituierten als florierendes Geschäft, das den Weizen- und Weinexporten gleichkam, so berichtet es Clemens von Alexandria im ersten Jahrhundert n. Chr.⁴⁰

Insgesamt wurde eine Sklavin folglich nicht nur als objektifiziertes Eigentum, sondern auch als Ware betrachtet. Ihr Schicksal lag somit im Ermessen einer meist männlichen Instanz. Außerdem negierte die Klassifizierung als Objekt die Unabhängigkeit und Freiheit der Sklavin. Der Profit, den die Sexualität der Prostituierten bzw. Sklavin akkumulierte, ging direkt an die Sklavenhalter oder an die Zuhälter. Die Prostituierte selbst erfuhr durch den Verkauf ihres Körpers eine sich immer wiederholende Kommodifizierung ihrer Sexualität, die sie nicht nur entmenschlichte, sondern sie auch in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkte.⁴¹

4. Die Ehe- und Moralgesetze des Augustus

Die augusteischen Ehe- und Moralgesetze repräsentieren ein kulturgeschichtliches Novum, da der römische Staat durch sie erstmals in die Privatsphäre der Bürger*innen eingriff und ihr Eheverhalten zu regulieren versuchte. Die implizierten Eheverbote der augusteischen Gesetzgebung hatten dabei das Ziel, eine Neustrukturierung der sozialen Hierarchie zu evozieren und die in der Oberschicht vorherrschende „Eheunlust“⁴² zu überwinden. Darüber hinaus akzentuiert die neuere Forschung innerhalb der altertumswissenschaftlichen Studien immer wieder die moralische Komponente der Gesetzgebung. Wie Maïke Steenblock expliziert, waren die Ehe- und Moralgesetze ein Versuch, die augusteische Herrschaft mithilfe „von moralischer Restaurierung und einer Kontrolle des Sexualverhaltens“⁴³ zu sichern. Die Verflechtung von politischer und sexueller Kontrolle, die zur Konsolidierung der Macht verhelfen sollte, manifestierte sich vor allem in der Regulierung des Sexualverhaltens der freigebohrenen, ehrbaren Frau.⁴⁴ Im Folgenden wird untersucht, inwiefern Frauen und ihre Sexualität durch die augusteische Gesetzgebung tangiert waren und welche Sexualmoral den Ehegesetzen zugrunde lag.

39 Stumpp, Prostitution in der römischen Antike, S. 29, 31.

40 Ebd., S. 33–37.

41 Erin K. Fenton, Prostitution as Labor in Imperial Rome, S. 9–10.

42 Raimund Friedl, Der Konkubinat im kaiserzeitlichen Rom. Von Augustus bis Septimius Severus, Stuttgart 1996, S. 62.

43 Steenblock, Sexualmoral und politische Stabilität, S. 29.

44 Dies trifft vor allem auf die *lex Iulia de adulteriis coercendis* zu.

Obwohl sich die Gesetze aus drei sukzessiv erschienenen Dokumenten zusammensetzen, werden sie in der Forschung weitgehend als Gesamtwerk gesehen. Diesem Konsens schließt sich auch die vorliegende Arbeit an und behandelt die *lex Iulia de maritandis ordinibus*, die *lex Iulia de adulteriis coercendis* (beide traten 18 v. Chr. in Kraft) und die *lex Papia Poppaea* (9 n. Chr.) somit als eine zusammenhängende Gesetzgebung. Erstere implizierte eine Ehepflicht für alle freien römischen Personen innerhalb einer spezifischen Altersspanne: Die Gesetze betrafen Frauen im Alter von zwanzig bis fünfzig Jahren und Männer zwischen fünfundzwanzig und sechzig. Darüber hinaus nahm die *lex Iulia de maritandis ordinibus* Einfluss auf die Partnerwahl, denn römischen Freigeborenen war die Eheschließung⁴⁵ mit Sklav*innen und *probrosi*⁴⁶ untersagt.⁴⁷ Eine Missachtung jener gesetzlichen Bestimmungen effiziente erb- und steuerrechtliche Sanktionen. Zusätzlich sahen die Gesetze Privilegien und Strafen im Hinblick auf die Zeugung von legitimem Nachwuchs vor. Während kinderlose Paare Nachteile erbrechtlicher Natur hinnehmen mussten, wurden kinderreiche Familien auf verschiedenen Ebenen begünstigt. Beispielsweise wurden Väter legitimer Kinder⁴⁸ in Bezug auf Amtsbesetzungen gegenüber Kinderlosen präferiert.⁴⁹

Daher lässt sich schließen, dass römische Frauen des ersten nachchristlichen Jahrhunderts innerhalb des gesellschaftlichen Gefüges primär auf ihre Funktion als Ehefrau und Mutter reduziert wurden. Da die Legitimität der Nachkommen als oberstes Gebot fungierte, war die prestigebehaftete, weibliche *castitas* (Keuschheit) eine Grundvoraussetzung, um das Fortbestehen der Familie zu garantieren. Die Bedeutsamkeit der *castitas* war außerdem nicht an einen bestimmten Stand gebunden, sondern prädominierte als weibliches Ideal für Frauen jeglicher sozialen Stellung.⁵⁰ Das heißt, dass Mädchen und Frauen keinerlei vorehelicher oder außerehelicher sexueller Kontakt erlaubt war. Männer hingegen waren von jenen sexualmoralischen Beschränkungen grundsätzlich ausgenommen. Wie Raimund Friedl konstatiert, war ein „sexuelles Austoben“ junger Römer „gesellschaftlich akzeptiert, wenn nicht gar erwünscht“.⁵¹ Darüber hinaus war es für Männer zulässig, außereheliche sexuelle Beziehungen zu führen. Zwar durfte kein sexueller Kontakt zu freigeboenen, ehrbaren Frauen gepflegt werden, das Besuchen von Bordellen wiederum wurde aber als notwendiges Mittel zur Aufrechterhaltung der monogamen Ehe erachtet. Während die sexuelle Freiheit des Mannes hervorgehoben wurde, war das Sexualleben der Frau durch den Imperativ der Keuschheit determiniert.⁵²

45 Zudem gab es eine Sonderregelung für Senatoren sowie deren Kinder, Enkel und Urenkel; sie durften keine Ehe mit *probrosi* oder ihren Kindern eingehen. Siehe dazu: Steenblock, Sexualmoral und politische Stabilität, S. 25.

46 Individuen mit dem Status *probrosus* waren neben Prostituierten auch Schauspieler*innen und Wirt*innen: Paulus Dig. 23,2,44 pre.; Steenblock, Sexualmoral und politische Stabilität, S. 25.

47 Ulpianus Dig. 23,2,43. Die Gesetzestexte der augusteischen Ehegesetzgebung sind nicht als Gesamtkorpus überliefert. Vielmehr sind die Gesetze in Form von Kommentaren späterer Rechtgelehrter tradiert worden. Ulp. Dig. verweist in Folge auf eine Zusammenführung von Rechtstexten, die Ulpian zugeschrieben wird. Diese Sammlung beinhaltet auch die augusteische Ehegesetzgebung. Ein großer Teil der justinianischen Digesten stammen von Ulpian.

48 Dies schloss adoptierte Kinder mit ein.

49 Steenblock, Sexualmoral und politische Stabilität, S. 24–26.

50 Diese Behauptung begründet sich in der Tatsache, dass sich die Betonung der *castitas* auch auf Grabinschriften Freigelassener finden lässt: Stumpp, Prostitution in der römischen Antike, S. 251.

51 Friedl, Der Konkubinat im kaiserzeitlichen Rom, S. 69.

52 Stumpp, Prostitution in der römischen Antike, S. 250–252.

Diese Ungleichbehandlung der Geschlechter lässt sich in „vielen hierarchisch patrilinear strukturierten Gesellschaften“⁵³ wiederfinden, so Stumpp. Die Doppelmoral, die sich vor allem im Hinblick auf die Differenzierung zwischen weiblicher und männlicher Sexualität manifestierte, war auch in den Ehe- und Moralgesetzen (insbesondere in der *lex Iulia de adulteriis coercendis*) verankert. Das heißt, dass die augusteischen Gesetze neben Ehegeboten und Verboten zusätzlich die Strafbemessung von außerehelichen Sexualbeziehungen regulierten. Zu den Delikten, die strafrechtlich verfolgt wurden, gehörten *lenocinium*⁵⁴ (Zuhälterei oder Kuppelei)⁵⁵, *incestum*⁵⁶ (Inzest), *stuprum* und *adulterium*. *Stuprum* bezeichnete männliche Verführungen von freigebohrenen, unverheirateten oder verwitweten Römerinnen.⁵⁷ Kontrastiv dazu stand *adulterium* repräsentativ für die außerehelichen sexuellen Handlungen einer verheirateten Frau.⁵⁸ Da *adulterium* als Strafbestand Teil der Ehe- und Moralgesetze war, zählten außereheliche Sexualbeziehungen von Frauen nicht mehr – wie in der Republik üblich – zur Verantwortlichkeit des *pater familias*⁵⁹, sondern fielen in den Zuständigkeitsbereich eines staatlichen Gerichtes. Um jene Zuwiderhandlungen zu bestrafen, wurden die Ehefrau und der Ehebrecher auf verschiedene Inseln exiliert, wo sie ihr Leben lang als Verbannte ausharren mussten. Zudem war es dem Vater der Ehebrecherin gesetzlich erlaubt, seine Tochter und deren Sexualpartner ohne weitere rechtliche Konsequenzen zu töten⁶⁰, „sofern er die *patria potestas* über sie besaß und das Paar *in flagranti* in seinem oder im Haus des Ehemannes ertappte“.⁶¹ Der Ehemann hingegen konnte zwar den Geliebten seiner Ehefrau straffrei töten, wenn dieser zu den *infames* gehörte, er disponierte aber, anders als in der Republik, über kein Tötungsrecht an seiner Frau.⁶² Aufgrund dieser Gesetzesänderung ist zu konkludieren, dass die *lex Iulia de adulteriis* eine Reduzierung von privater Gewaltanwendung und Lynchjustiz beabsichtigte. Darüber hinaus war der betrogene Ehemann dazu verpflichtet, neben einer Scheidung auch ein gerichtliches Verfahren gegen seine Ehefrau und ihren Sexualpartner einzuleiten. Wurde dieser Pflicht innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nicht nachgekommen, machte sich der Ehemann der Kuppelei schuldig.⁶³

53 Stumpp, Prostitution in der römischen Antike, S. 252.

54 Ulp. Dig. 48,5,2,2.

55 Ein Ehemann machte sich der Kuppelei bzw. Zuhälterei schuldig, wenn er 1) aus dem Ehebruch seiner Frau einen finanziellen Vorteil zog oder 2) vom Ehebruch seiner Frau wusste, und innerhalb von 60 Tagen kein gerichtliches Verfahren gegen sie und den Ehebrecher einleitete. Ulp. Dig. 48,5,2,2.

56 Ulp. Dig. 48,5,7,1.

57 Papinianus Dig. 48,5,10 pre. Zudem wurde auch die Homosexualität unter *stuprum* strafrechtlich verfolgt: Steenblock, Sexualmoral und politische Stabilität, S. 28.

58 Papin. Dig. 48,5,6,1.

59 Ein *pater familias* war ein „Hausvater“, der über Sklav*innen, Kinder und Frauen herrschte und neben seiner Führungsfunktion auch mit einer Strafgewalt ausgestattet war. Er hatte außerdem die *patria potestas* inne, was eine rechtliche Unterordnung seiner Kinder implizierte. Erst nach dem Tod des *pater familias* konnten seine Kinder Individuen eigenen Rechts werden: Aloys Winterling, „Öffentlich“ und „privat“ im kaiserzeitlichen Rom, in: Aloys Winterling/Tassilo Schmitt u. a. (Hrsg.), Gegenwärtige Antike – antike Gegenwarten. Kolloquium zum 60. Geburtstag von Rolf Rilinger, München 2005, S. 221–244, hier S. 221; Steenblock, Sexualmoral und politische Stabilität, S. 12.

60 Papin. Dig. 48,5,22,4.

61 Steenblock, Sexualmoral und politische Stabilität, S. 27; Ulp. Dig. 48,5,23 pre.; 48,5,23,2–3.

62 Macer Dig. 48,5,24 pre.; Martha C. Nussbaum, The Incomplete Feminism of Musonius Rufus, Platonist, Stoic, and Roman, in: Martha C. Nussbaum/Juha Sihvola (Hrsg.), The Sleep of Reason. Erotic Experience and Sexual Ethics in Ancient Greece and Rome, Chicago 2002, S. 283–326, hier S. 304.

63 Ulp. Dig. 48,5,2; Scaevola Dig. 48,5,14 pre.; Steenblock, Sexualmoral und politische Stabilität, S. 27–28.

Neben der Verbannung von Ehebrecher*innen auf entlegene Inseln war die Verurteilung von *stuprum* und *adulterium* mit einer zusätzlichen Konsequenz verbunden: Die verurteilten Römer*innen wurden infamiert.⁶⁴ Dabei ist anzumerken, dass sich die Infamierung bei Frauen und Männern divergent manifestierte. Beispielsweise evozierte die Infamie eines Mannes den Verlust seiner bürgerlichen Ehrenrechte. Die damit einhergehenden Einschränkungen bezogen sich ausschließlich auf den männlichen (öffentlichen) Lebensbereich, d. h. auf das „Klagerecht für Dritte und die Rolle in Politik und Verwaltung“.⁶⁵ Indessen musste eine verurteilte Ehebrecherin mit Folgen privatrechtlicher Natur rechnen: Ihr wurde das Recht entzogen, eine Ehe mit einem freien Römer einzugehen.⁶⁶ Daraus resultierte, dass jenes in der *lex Iulia de adulteriis* festgelegte Heiratsverbot verurteilte Frauen zu *probrosi* degradierte, was nicht nur einen maßgeblichen Verlust an Reputation implizierte, sondern zudem auch existenzgefährdend sein konnte.⁶⁷

Insgesamt ist die Misogynie der augusteischen Ehe- und Moralgesetze in der neueren Forschung unumstritten. Die Verabschiedung jenes Gesetzespaketes affirmierte, dass das weibliche Sexualverhalten von öffentlichem bzw. staatlichem Interesse war. Während die prävalente Sexualmoral Frauen zu Keuschheit verpflichtete und sie dadurch sexuelle Repression erfuhren, galt der außereheliche sexuelle Kontakt des Ehemannes mit Prostituierten als „probates Mittel gegen Ehebruch und Verführung von Jungfrauen“.⁶⁸ Wie Stahlmann asseriert, wurde die freigebozene römische Frau durch die augusteische Gesetzgebung „als *virgo* [und] *mater familias* [...] in ihrem Sexualverhalten [...] zum Hauptobjekt rechtlicher Normierung“.⁶⁹ Die sexuelle Freizügigkeit, die teilweise in der ausgehenden Republik vorherrschte, wurde somit durch Augustus beendet. Umso plausibler scheint es, dass Frauen sich gegen Prozesse der Marginalisierung und sexuellen Repression innerhalb des dominanten sozialen Paradigmas auflehnten.

5. Stimmen weiblichen Widerstands

5.1 Selbst-referenzielle Graffiti als Ausdruck weiblicher Handlungsfähigkeit

Obwohl viele Historiker*innen für eine gänzlich männliche Autorenschaft der pompejanischen, sexuell obszönen Graffiti plädieren, herrscht kein übergreifender Konsens innerhalb der altertumswissenschaftlichen Forschung.⁷⁰ Aufgrund dessen soll das

64 Ulp. Dig. 23,2,43,12.

65 Ines Stahlmann, *Der gefesselte Sexus. Weibliche Keuschheit und Askese im Westen des Römischen Reiches*, Berlin 1997, S. 64.

66 Ulp. Dig. 48,5,29,1.

67 Stahlmann, *Der gefesselte Sexus*, S. 63–65.

68 Stumpp, *Prostitution in der römischen Antike*, S. 252.

69 Angelika Mette-Dittmann, *Die Ehegesetze des Augustus. Eine Untersuchung im Rahmen der Gesellschaftspolitik des Princeps*, Diss. Berlin 1989, S. 85.

70 Zur Möglichkeit einer weiblichen Autorenschaft, siehe: Levin-Richardson, *fututa sum hic*; Kristina Milnor, *Graffiti and the Literary Landscape in Roman Pompeii*, Oxford 2014, S. 191–224; Devitt, *Sites of the Sex Trade*, S. 47–54; Williams, *Sexual Themes in Greek and Latin Graffiti*, S. 503–505; Zur männlichen Autorenschaft, siehe: Lohmann, *Graffiti als Interaktionsform*, S. 329–351; Opendenhoff, Fanny, *Die Stadt als beschriebener Raum, Die Beispiele Pompeji und*

Geschlecht der Graffiti-schreibenden im Folgenden einer kritischen Evaluierung unterzogen werden. Indem überprüft wird, inwiefern sexuell aufgeladene Graffiti auch weiblichen Widerstand gegen Marginalisierungsmechanismen und sexuelle Unterdrückung repräsentieren können, examiniert die vorliegende Arbeit zugleich die prävalente Doktrin einer männlichen Autorenschaft.

Wie Levin-Richardson postuliert, spricht eine Vielzahl an Indizien dafür, dass Frauen ebenfalls mögliche Autorinnen und Leserinnen der pompejanischen Graffiti waren: Grundsätzlich erhielten Mädchen keine klassenübergreifende Bildung, jedoch gab es für einige wenige Frauen an den Polen des sozialen Spektrums die Möglichkeit, lesen und schreiben zu erlernen.⁷¹ Beispielsweise galt die Bildung der Tochter innerhalb der elitären Schichten als Zeichen von Prestige und Vermögen. Außerdem wurden auch weibliche Zugehörige der untersten Schichten – wie Sklavinnen – unterrichtet, sodass jene als Hebammen oder Buchhalterinnen dienen konnten. Im Allgemeinen affirmieren neue Erkenntnisse aus der Geschlechterforschung, dass die Zahl an Frauen, welche teilweise über eine Lese- oder Schreibkompetenz verfügten, größer war als jahrelang angenommen.⁷²

Zudem indizieren die Graffiti in vielen Fällen eine weibliche Perspektive, die sich auch auf einer grammatikalischen Ebene manifestiert: In den prominentesten Beispielen weiblicher Autorenschaft wird ein weibliches Adjektiv mit der grammatikalischen Form der ersten Person kombiniert. So enthält etwa das Graffito „CIL“ IV 5296 im Stil einer erotischen Liebesbotschaft die Worte „[ego] *perdita*“ („Ich [eine Frau] bin hoffnungslos verliebt“)⁷³, das auf eine weibliche Autorin hinweist. Ähnlich verhält es sich für die Inschrift „CIL“ IV 2217, das sich mit „Ich [eine Frau] wurde hier gefickt“⁷⁴ übersetzen lässt. Da Pompeji und seine umliegenden Gebiete über eine besonders ausgeprägte Schriftkultur verfügten, ist davon auszugehen, dass viele Pompejaner*innen als semi-alphabetisiert einzustufen waren. Dies implizierte die Fähigkeit, mit Mühe zu lesen und/oder kurze Notizen zu verfassen. Die Hervorhebung jener partiellen Lese- und Schreibkompetenz ist deshalb wesentlich, weil eine signifikante Anzahl an pompejanischen Frauen in einer rigiden Dichotomie als Analphabetinnen gelten würden.⁷⁵ Die Verwendung des weiblichen Partizips wie in „CIL“ IV 2217 und ähnlichen Fällen legt nahe, dass diese Botschaften mit einer hohen Wahrscheinlichkeit von einer Frau in die Wand geritzt wurden.⁷⁶ Außerdem unterstreichen diese Graffiti mit der Verbform in der ersten Person sehr deutlich die weibliche Konstituierung von Subjektivität. Wie Levin-Richardson expliziert, kann das Einritzen von Botschaften wie „*fututa sum hic*“ als Prozess der Subjektformation gesehen werden. Indem sich Frauen selbst repräsentieren, betonen sie nicht nur ihre eigene sexuelle Handlungsfähigkeit, sondern wirken zudem der dominanten, unterdrückerischen Objektifizierung ihres Körpers subversiv entgegen. Die Graffiti bo-

Herculaneum (Materiale Textkulturen 33), Berlin/Boston 2021, S. 10–16.

71 Levin-Richardson, *fututa sum hic*, S. 321.

72 Ebd., S. 321; Milnor, *Graffiti and the Literary Landscape*, S. ix.

73 Englische Übersetzung bei Levin Richardson, *fututa sum hic*, S. 324.

74 CIL IV 2217: *fututa sum hic*; englische Übersetzung bei Levin Richardson, *fututa sum hic*, S. 319.

75 Levin Richardson, *fututa sum hic*, S. 326.

76 Ebd., S. 321–326.

ten marginalisierten Gruppen (wie den Prostituierten) folglich eine Möglichkeit, sozio-kulturelle Narrative über sich selbst neu zu gestalten. Zusätzlich fügt die Ich-Konstruktion der Inschrift „CIL“ IV 2217 ein Element des verbalen Spiels zwischen der Autorin und den Leserinnen des Graffitos hinzu: Da das Graffito keine Namen nennt, konnte sich jede Leserin die darin implizierte Subjektivität aneignen, d. h. sich in die Rolle der handelnden Frau versetzen. Andererseits verstärkten Botschaften wie diese durch das dominante sexuelle Paradigma die Subordination von prostituierten Frauen⁷⁷ immer weiter. Daher lässt sich folgern, dass Prostituierte ihre eigene Unterdrückung durch das Einritzen sexuell obszöner Graffiti reproduzierten, während sie gleichzeitig als Subjekte handelten und sich somit demselben Paradigma widersetzen.⁷⁸

5.2 *Lautes Vorlesen: temporäre Flucht aus der Marginalisierung*

Darüber hinaus bot die epigrafische Landschaft Pompejis zahlreiche Gelegenheiten für Frauen, Graffiti sowohl im öffentlichen als auch im privaten Rahmen laut vorzulesen. Im Allgemeinen, so Williams, nahm die Mündlichkeit im Leben der Römer*innen eine zentrale Rolle ein. Beispielsweise wurden politische Neuerungen zu einem großen Teil durch das gesprochene Wort vermittelt. Darüber hinaus wurden öffentliche Aufführungen und Rezitationen besucht und Sklav*innen dazu angehalten, ihren Besitzer*innen auch im privaten Raum vorzulesen.⁷⁹ In Anbetracht der weit verbreiteten Praxis des Vorlesens plädiert die vorliegende Arbeit dafür, dass auch die pompejanischen Graffiti laut vorgelesen wurden.⁸⁰ Wie Rebecca Benefiel assertiert, waren die Graffiti durch eine dialogische Natur geprägt. Um jene Behauptung zu untermauern, kann folgende Botschaft herangezogen werden: „Wer dies schreibt, ist verliebt und ich, der dies liest, bin ein Arschloch.“⁸¹ Jenes Graffito affirmiert die antike Tradition des lauten Vorlesens, da es versucht, die Leser*innen aktiv miteinzubinden und am Gespräch teilhaben zu lassen. Zudem ergibt jene Botschaft nur Sinn, wenn sie verbalisiert wird.

Die formelhafte Qualität und grammatikalische Einfachheit vieler Botschaften ermöglichten die Rezitation auch für ungeübte Leser*innen. Außerdem konnten sogar Frauen mit eingeschränkter oder unzureichender Lesefähigkeit die Inhalte der Graffiti wiedergeben, indem sie anderen beim Vorlesen zuhörten. Die Verbalisierung von bereits existierenden Graffiti, die Männer diffamierten oder objektifizierten, bot Frauen eine Möglichkeit, vorübergehend einen gesellschaftlich dominanten Status einzunehmen.

77 Es ist zwar möglich, dass die Graffiti von nicht-prostituierten Frauen stammen und/oder gelesen wurden – jedoch befindet sich ein großer Teil der sexuell obszönen Inschriften an den Wänden von Bordellen/Tabernen. Diese Orte wurden in der Regel von Prostituierten aufgesucht. Um diese These aber eingehend überprüfen zu können, müsste man sie zum Gegenstand eines eigenen Forschungsvorhabens erheben.

78 Judith Butler, *The Psychic Life of Power. Theories in Subjection*, Stanford 1997, S. 10–11; Levin Richardson, *fututa sum hic*, S. 333–334.

79 William V. Harris, *Ancient Literacy*, Cambridge 1998, S. 36.

80 Williams, *Sexual Themes in Greek and Latin Graffiti*, S. 501; Milnor, *Graffiti and the Literary Landscape*, S. 76; Levin Richardson, *fututa sum hic*, S. 335–341; Harris, *Ancient Literacy*, S. 35–36; Rebecca R. Benefiel, *Dialogues of Ancient Graffiti in the House of Maius Castricius in Pompeii*, in: *American Journal of Archaeology* 114 (2010), Heft 1, S. 59–101, hier S. 65–69.

81 CIL IV 2360: *Amat qui scribet ... et ego verpa qui lego*; englische Übersetzung bei Benefiel, *Dialogues of Ancient Graffiti*, S. 65.

Des Weiteren konnten gerade weibliche Prostituierte eine temporäre Handlungsfähigkeit erfahren, indem sie Graffiti mit sexuellen Drohungen gegen Männer laut vorlasen.⁸²

Wie bereits im ersten Kapitel erläutert, fungierte die Bezeichnung *fellator* als eine besondere Diffamierung, die sich in vielen Graffiti wiederfindet. Da Beleidigungen sexueller Art meist einen männlichen Namen mit dem Titel *fellator* zusammensetzten (z. B. *Victor fellator*⁸³), war es außerdem sehr einfach, die Botschaften laut vorzulesen, auch wenn die Frau nur über eine partielle Lesekompetenz verfügte. Ein Graffito, das noch einen Schritt weiter geht, ist die Inschrift „CIL“ IV 1253, die zusätzlich eine geschlechtliche Transgression des Protagonisten hervorhebt: „*lustus Lemnio felatorex sal(utem)*“ („*lustus*, der feminine Schwanzlutscher grüßt *Lemnio*“⁸⁴). Durch den hybriden Titel *felatorex* (der sich aus dem männlichen *fellator* und seinem weiblichen Pendant *fellatrix* konstituiert) wurde *lustus* durch jede Verbalisierung des Graffitos feminisiert und somit degradiert. Obwohl Prostituierte mit dem Stigma der Infamie behaftet waren, konnten sie sich durch das Vorlesen der denunzierenden Graffiti mit dem normativen Wertekorsett der Gesellschaft identifizieren. Die angeführten Botschaften betonten die Nonkonformität der Männer mit sexuellen und geschlechtlichen Rollenerwartungen. Daher reproduzierte der weibliche Prozess des Vorlesens die dominanten geschlechtlichen Sexualnormen, indem abweichendes sexuelles Verhalten herabgewürdigt und beleidigt wurde.⁸⁵

Darüber hinaus konnten Frauen auch vom Vorlesen diffamierender Graffiti profitieren, die auf *futuere* anspielen. Beispielweise behauptet ein Graffito: „*Messius* hat hier gar nicht gefickt.“⁸⁶ Das heißt, *Messius* wird für das, was er nicht tut, verspottet. Die Implikation ist, dass er entweder impotent sei oder etwas anderes als *futuere* genieße. Dieses Graffito illustriert, dass auch das Nicht-Handeln im römischen Selbstverständnis zum Gegenstand von Verhöhnung erhoben werden konnte.⁸⁷

Zudem konnten weibliche Leserinnen durch die Artikulation von aggressiv aufgeladenen Graffiti wie „Beweg dich, Schwanzlutscher“⁸⁸ Handlungsfähigkeit demonstrieren. Wie bei anderen Graffiti, die keine namentlich erwähnten Subjekte aufweisen, konnte jeder männliche Zuhörer zum verbalen Ziel dieses Ausspruches werden. Einige besonders aggressive Botschaften befähigten Frauen dazu, männliche Zuhörer sogar zu bedrohen und sie zu sexuellen Objekten zu stilisieren. Das deutlichste Beispiel einer solchen Bedrohung auf einer sexuellen Ebene befindet sich an den Wänden des Lupanar VII 12, 18. „Wenn du mir das Geld (über)gibst, *Batacarus*, werde ich dich anal penetrieren.“⁸⁹ Zusätzlich zur Diffamierung von *Batacarus* durch die Unterstellung des Wunsches nach analer Penetration transformiert das Graffito den männlichen Prota-

82 Levin Richardson, *fututa sum hic*, S. 335–336.

83 CIL IV 1708.

84 Englische Übersetzung bei Levin Richardson, *fututa sum hic*, S. 336.

85 Ebd., S. 336–337.

86 CIL IV 5187: *Messius hic nihil futuit*; englische Übersetzung bei Levin Richardson, *fututa sum hic*, S. 339.

87 Ebd., S. 339–340.

88 CIL IV 8400: *move te fellator*; englische Übersetzung bei Levin Richardson, *fututa sum hic*, S. 340.

89 CIL IV 2254: *ratio mi cum ponis Batacare te pedicaro*; englische Übersetzung bei Levin Richardson, *fututa sum hic*, S. 340–341.

gonisten in ein grammatikalisches (te) und sexuelles Objekt. Wenn jene Botschaft von einer Sklavin mit niedrigem Status vorgetragen wurde, erfuhr Batacarus zudem eine doppelte Form von Erniedrigung. Einerseits wurde er durch den Status der vorlesenden Frau, andererseits durch die Usurpierung seiner männlichen Position als sexuelles Subjekt erniedrigt. Insgesamt ermöglichte die Verbalisierung von denunzierenden Graffiti marginalisierten Frauen, sich eine gesellschaftlich dominante Subjektivität anzueignen und jene temporär zu verkörpern. Indem sie Männer in den Graffiti zu unterworfenen, penetrierten Sexualobjekten machten, wurden die römischen Leserinnen unweigerlich zu aktiv handelnden, sexuellen Subjekten.⁹⁰

5.3 Graffiti als Ausdruck von Subalternität

Um zu bewerten, inwiefern Graffiti, die Männer denunzierten, als Ausdruck weiblicher Subalternität eingestuft werden können, bedient sich die vorliegende Arbeit der Begriffsauffassung des Subalternen nach Stephanie Merten und Martin Renger. Die beiden knüpfen dabei an Gayatri Chakravorty Spivaks⁹¹ Konzeption an und machen den Subalternitätsbegriff für die Archäologie greifbar. Ihr Ansatz entspricht einer „Archäologie von unten“⁹², die eine *Bottom-up*-Blickrichtung einnimmt und die Handlungsspielräume historischer Akteur*innen mit nur wenig Aktionspotential untersucht. In Anlehnung an Spivak ziehen Merten und Renger einen Subalternitätsbegriff heran, „der all jene fasst, die – im weitesten Sinn und in verschiedenen Formen – Marginalisierung, Ausbeutung und Repression erfahren“.⁹³ Subalternität figuriert dabei als mehrdimensionaler, kontextgebundener und veränderbarer Zustand, in dem sich Individuen partiell oder gänzlich befinden. Diese Auffassung impliziert die Negation einer antithetischen Einteilung, die subalterne Subjekte an einem Ende und die herrschende Elite am anderen Ende des sozialen Spektrums positioniert. Subalternisierung, so Merten und Renger, findet an „gesellschaftlichen Horizontal- und Vertikallinien“⁹⁴ statt.

Gleichzeitig konzentriert sich Subalternität vor allem dort, wo Gruppen über eingeschränkte Handlungsspielräume und geringe Aktionspotentiale disponieren. Im Gegensatz zu Spivak⁹⁵ attestieren Merten und Renger den subalternen Individuen jedoch weder eine allgemeine Unfähigkeit zu handeln noch ein Unvermögen, für sich selbst zu sprechen. Merten und Rengers Ansatz zufolge kann der subalterne Zustand folglich nicht überwunden werden, wenn es zu einer Verbalisierung gegen Marginalisierungs-

90 Levin Richardson, *fututa sum hic*, S. 340–341.

91 Mit ihrem programmatischen und viel rezipierten Essay „Can the Subaltern Speak?“ trug Spivak zu Beginn der 1990er zur Neuformierung der *Subaltern Studies* bei. Nach Spivaks Begriffsverständnis manifestiert sich das Subalterne in Identitäten, die durch Differenzen determiniert sind: Gayatri Chakravorty Spivak, *Can the Subaltern Speak?*, in: Patrick Williams (Hrsg.), *Colonial Discourse and Post-Colonial Theory. A Reader*, Harlow 2003, S. 66–111, hier S. 80.

92 Merten/Renger, *Räume, ihre Orte und Subalternität*, S. 142.

93 Ebd.

94 Ebd.

95 Spivaks Auffassung von Subalternität impliziert, dass sich subalterne Subjekte niemals politisch repräsentieren oder für sich selbst sprechen können. Jegliche Form, sich Gehör zu verschaffen, geht nach Spivaks Begriffsverständnis mit einer Auflösung des Subalternitätsstatus einher: Chakravorty Spivak, *Can the Subaltern Speak?*, S. 104; Merten/Renger, *Räume, ihre Orte und Subalternität*, S. 140.

mechanismen kommt. Vielmehr müssen sich subalterne Subjekte „unterschiedlichen Marginalisierungsformen dauerhaft [...] entziehen“⁹⁶, um ihren Subalternitätsstatus aufzuheben.

Da davon auszugehen ist, dass die pompejanischen Prostituierten zu sexuellen Handlungen genötigt wurden und der männlichen Dominanz ihrer Kunden gänzlich ausgeliefert waren, erfuhren sie Repression und Marginalisierung auf verschiedenen Ebenen. Die intersektionale Verflochtenheit an Unterdrückungsmechanismen, die die Frauen erleiden mussten, machte sie folglich unmissverständlich zu subalternen Subjekten. Da die prostituierten Frauen zudem mit dem Stigma der Infamie behaftet waren und als sozial geächtet galten, waren sie sich ihrer Subalternität immerzu bewusst. Gleichzeitig kam es durch die rekurrente sexuelle Befriedigung der Kundschaft zu einer kontinuierlichen Reproduzierung von Subalternität.⁹⁷ Da den unterdrückten Frauen das Einritzen von selbst-referentiellen Graffiti dazu diente, temporär ihrer Marginalisierung zu entfliehen und sich als sexuell dominante Subjekte wahrzunehmen, können die Graffiti demnach zugleich als Ausdruck von Subalternität gesehen werden. Darüber hinaus spricht sich die vorliegende Arbeit dafür aus, auch den Prozess der Verbalisierung von bereits existierenden Graffiti, die Männer sexuell degradieren, als Ausdruck von Subalternität zu betrachten. Die Artikulation von beleidigenden Graffiti ermöglichte es marginalisierten Frauen ohne Schreibkompetenzen, sich vorübergehend ihrer Subalternität zu entziehen. Jedoch boten diese subversiven Mechanismen nur eine temporäre Flucht aus den patriarchalen römischen Strukturen.

6. Fazit

Die vorliegende Arbeit machte es sich zum Ziel, die gesellschaftliche Sexualmoral im ersten nachchristlichen Jahrhundert zu skizzieren. Die Analyseergebnisse der sexuell obszönen, pompejanischen Graffiti sowie der augusteischen Ehe- und Moralgesetzgebung affirmieren, dass sich die sexualmoralischen Ansprüche der römischen Gesellschaft in einer rigiden sexuellen Hierarchie manifestierten. Jene hierarchische Anordnung regulierte das Sexualleben der Geschlechter auf divergierenden Ebenen. Während die Sexualität der Römerin durch den Imperativ der Keuschheit determiniert war, wurde die sexuelle Freiheit des Mannes nicht nur geduldet, sondern vielmehr begrüßt. Beispielsweise galt die männliche Inanspruchnahme der Dienste von Prostituierten als ein probates Mittel zur Aufrechterhaltung einer monogamen Ehe. Die Doppelmoral, die sich insbesondere in der Differenzierung zwischen weiblicher und männlicher Sexualität offenbarte, spiegelte sich ferner auf der gesetzlichen Ebene wider. So ist die sexuelle Ungleichbehandlung der Geschlechter, ein typisches Indiz einer patrilinearen Gesellschaft, auch in den Ehe- und Moralgesetzen des Augustus verankert. Da das Gesetzespaket das weibliche Sexualverhalten zum Gegenstand staatlichen

96 Merten/Renger, Räume, ihre Orte und Subalternität, S. 143.

97 Ebd., S. 156.

Interesses erhob, wurde vor allem die freigeborene römische Frau zur Protagonistin „rechtlicher Normierung“.⁹⁸

Außerdem ist ein eindeutiger Nexus zwischen der patriarchalen römischen Gesellschaftsstruktur und den sexuellen Rollen der Geschlechter erkennbar: Im römischen Selbstverständnis wurde stark zwischen sexueller Aktivität und Passivität unterschieden. Die vermeintlich „natürliche“ Ordnung in der sexuellen Hierarchie stilisierte die Frau zum passiven Objekt, während der Mann als penetrierendes Subjekt fungierte. Verstieß der Mann gegen jene hierarchisch angeordneten sexuellen Normen, erfuhr er eine Stilisierung zur Frau bzw. zum Objekt. Jener Prozess ging stets mit einer Abwertung des Mannes einher, was die misogynen Paradigmen innerhalb der römischen Gesellschaft abermals akzentuiert.

Da die römische Sexualität insgesamt von einer Vielzahl an Tabus geprägt war, bot das Prostitutionsgewerbe den männlichen Kunden eine Möglichkeit, stigmatisierte und als emaskulierend erachtete sexuelle Bedürfnisse und Vorlieben jenseits der eigenen Ehe auszuleben. Da prostituierte Frauen entgegen der römischen Sexualmoral handelten, waren sie ohnehin mit dem Stigma der Infamie behaftet. Als *infames* hatten sie nicht nur einen degradierten sozialen Status inne, vielmehr wurden sie auch auf einer gesellschaftspolitischen Ebene exkludiert, was zusätzlich zu ihrer Marginalisierung beitrug.

Zu Beginn dieser Arbeit stellte sich die Frage, inwieweit Graffiti, die sexuelle Handlungen thematisieren, weiblichen Widerstand gegen die Marginalisierung innerhalb des dominanten sozialen Paradigmas repräsentieren. Die diesbezügliche Analyse der Inschriften hat ergeben, dass Frauen als Leserinnen und teilweise auch als Autorinnen fungiert haben. Dies indizieren vor allem selbst-referenzielle Graffiti, deren weibliche Perspektive sich auch auf einer grammatikalischen Ebene manifestiert. Darüber hinaus ermöglichte die Verbalisierung von Inschriften, die Männer auf einer sexuellen Ebene diffamierten und objektifizierten, eine temporäre Flucht aus der Marginalisierung. Durch das laute Vorlesen von sexuellen Graffiti, die Männer degradierten und beleidigten, konnten weibliche Prostituierte nicht nur eine sozial dominante Stellung einnehmen, sondern zudem auch eine vorübergehende Handlungsfähigkeit erfahren. Demnach können das Einritzen selbst-referenzieller Graffiti sowie der Prozess des Vorlesens von diffamierenden Inschriften als Ausdruck von Subalternität gesehen werden. Jene subversiven Praktiken boten den Prostituierten eine Möglichkeit, ihren Subalternitätsstatus zumindest vorübergehend zu überwinden.

7. Quellen

Corpus Inscriptionum Latinarum IV. Inscriptiones parietariae Pompeianae Herculanaenses Stabianae, hrsg. v. K. Zangemeister et al., Berlin 1871.

The Civil Law. The Digest or Pandects of the emperor Justinian, hrsg. und übers. v. S.P. Scott, Cincinnati 1932.

98 Stahlmann, *Der gefesselte Sexus*, S. 60.

8. Literatur

Angela, Alberto, Ein Tag im Alten Rom. Alltägliche, geheimnisvolle und verblüffende Tatsachen, München 2014.

Benefiel, Rebecca R., Dialogues of Ancient Graffiti in the House of Maius Castricius in Pompeii, in: *American Journal of Archaeology* 114 (2010), Heft 1, S. 59–101.

Berlin-brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Karl Zangemeister, o. D., <https://www.bbaw.de/die-akademie/akademie-historische-aspekte/mitglieder-historisch/historisches-mitglied-karl-zangemeister-3080>, eingesehen 13.5.2021.

Butler, Judith, *The Psychic Life of Power. Theories in Subjection*, Stanford 1997.

Devitt, Amanda, *Sites of the Sex Trade. Spatial Analysis and Prostitution at Pompeii*, Masterarbeit Hamilton/Ontario 2014.

Fenton, Erin K., Prostitution as Labor in Imperial Rome, in: *Studies in Mediterranean Antiquity and Classics* 1 (2006), Heft 1, S. 1–15.

Friedl, Raimund, *Der Konkubinat im kaiserzeitlichen Rom. Von Augustus bis Septimius Severus*, Stuttgart 1996.

Harris, William V., *Ancient Literacy*, Cambridge 1998.

Hartmann, Elke, *Sexualität, Medizin und Moralvorstellungen in der Antike*, Berlin 2006.

Höschele, Regina, *Verrückt nach Frauen. Der Epigrammatiker Rufin*, Tübingen 2006.

Lamas, Mark, *The Sin of Cunnilingus*, 25.10.2017, <http://www.christianorigins.div.ed.ac.uk/2017/10/25/the-sin-of-cunnilingus/>, eingesehen 21.5.2021.

Levin Richardson, Sarah, *fututa sum hic*. Female Subjectivity and Agency in Pompeian Sexual Graffiti, in: *The Classical Journal* 108 (2013), Heft 3, S. 319–345.

Lohmann, Polly, *Graffiti als Interaktionsform. Geritzte Inschriften in den Wohnhäusern Pompejis (Materiale Textkulturen 16)*, Berlin-Boston 2018.

McGinn, Thomas, *The Economy of Prostitution in the Roman World. A Study of Social History & the Brothel*, Ann Arbor 2004.

Merten, Stephanie/Renger, Martin, Räume, ihre Orte und Subalternität. Reflexionen am Beispiel von Pompeji, in: *Subalterne Räume* (Themenheft) 8 (2019), S. 135–166.

Mette-Dittmann, Angelika, *Die Ehegesetze des Augustus. Eine Untersuchung im Rahmen der Gesellschaftspolitik des Princeps*, Diss. Berlin 1989.

Milnor, Kristina, *Graffiti and the Literary Landscape in Roman Pompeii*, Oxford 2014.

Nussbaum, Martha C., *The Incomplete Feminism of Musonius Rufus, Platonist, Stoic, and Roman*, in: Martha C. Nussbaum/Juha Sihvola (Hrsg.), *The Sleep of Reason. Erotic Experience and Sexual Ethics in Ancient Greece and Rome*, Chicago 2002, S. 283–326.

Opdenhoff, Fanny, Die Stadt als beschriebener Raum, Die Beispiele Pompeji und Herculaneum (Materiale Textkulturen 33), Berlin/Boston 2021.

Ritter, Stefan, Zur Situierung erotischer Bilder in der pompejanischen Wandmalerei, in: Philipp von Rummel/Ulrike Wulf-Rheidt (Hrsg.), Jahrbuch des Deutschen Archäologischen Instituts, Bd. 132, Berlin-Boston 2018, S. 225–270.

Spivak, Gayatri Chakravorty, Can the Subaltern Speak?, in: Patrick Williams (Hrsg.), Colonial Discourse and Post-Colonial Theory. A Reader, Harlow 2003, S. 66–111.

Stahlmann, Ines, Der gefesselte Sexus. Weibliche Keuschheit und Askese im Westen des Römischen Reiches, Berlin 1997.

Steenblock, Maik, Sexualmoral und politische Stabilität. Zum Vorstellungszusammenhang in der römischen Literatur von Lucilius bis Ovid, Berlin-Boston 2013.

Stumpp, Bettina E., Prostitution in der römischen Antike (Antike in der Moderne), Berlin 1998.

Williams, Patrick (Hrsg.), Colonial Discourse and Post-Colonial Theory. A Reader, Harlow 2003.

Winterling, Aloys, „Öffentlich“ und „privat“ im kaiserzeitlichen Rom, in: Aloys Winterling/Tassilo Schmitt u. a. (Hrsg.), Gegenwärtige Antike – antike Gegenwarten. Kolloquium zum 60. Geburtstag von Rolf Rilinger, München 2005, S. 221–244.

Sarah Stöckl ist Studentin im Masterstudiengang Lehramt für Sekundarstufe Englisch/Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung im 1. Semester an der Universität Innsbruck. Sarah.Stoeckl@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Sarah Stöckl, Die römische Sexualmoral im ersten nachchristlichen Jahrhundert. Sexualität im Spannungsfeld zwischen Ehegesetzen und Prostitution, in: *historia.scribere* 14 (2022), S. 11–30, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 21.6.2022 (=aktuelles Datum).

„Mein Bauch gehört mir!“ Über den Einfluss der „Neuen“ Frauenbewegung auf die Einführung der Fristenregelung in Österreich

Maria Gebhard

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Mag. Dr. Ingrid Böhler

eingereicht im: SoSe 2021

Rubrik: Proseminar-Arbeit

Abstract

“My belly belongs to me!” About the Influence of the “New” Women’s Movement on the Legalisation of Abortion in Austria

This paper deals with the liberalisation of the abortion law in 1975 in the course of the updating of the penal code in Austria. It focusses on the historical attitudes to abortion in the 20th century and the role feminist figures played on the way to legalisation. Based on critical literature, the analysis will show political constellations in favour of and opposed to the liberalisation of the abortion law, offering an overview of the developments on the argumentation from 1975 until now.

1. Einleitung

„Das Gesetz soll uns beschützen, nicht niedermachen!“¹ Transparente mit Aufschriften wie dieser waren im Vorjahr auf zahlreichen Protestmärschen, auf denen sich Frauenrechtsaktivist*innen in Polen unter dem Slogan *#czarnyprotest* gegen die geplante Gesetzesänderung zur Verschärfung des Abtreibungsgesetzes wehrten, zu sehen.² Trotz des öffentlichen Widerstands trat die Verschärfung am 27. Januar 2021 in

1 Tagesschau, Gericht verschärft Abtreibungsverbot, in: *tagesschau.de*, 22.10.2020, <https://www.tagesschau.de/ausland/polen-abtreibungen-101.html>, eingesehen 5.5.2021.

2 Maria Sagmeister, Defensiverfolge – Das Recht auf Abtreibung, in: *juridikum* 4 (2016), S. 413–414, hier S. 413.

Kraft, mit der Folge, dass polnische Frauen fortan schwer fehlgebildete Föten nicht mehr abtreiben dürfen und ein Schwangerschaftsabbruch nur mehr nach einer Vergewaltigung oder im Falle einer Gefährdung des Lebens der Schwangeren erlaubt ist.³

Polen ist eines der wenigen europäischen Länder, in denen ein Schwangerschaftsabbruch derart rigiden Regelungen unterliegt und das sich dadurch gegen den liberalen Konsens im Europäischen Parlament stellt, das 2015 die sichere und legale Abtreibung als wesentlich für die Gleichstellung der Geschlechter definierte.⁴

In den meisten Ländern Europas kam es in den vergangenen Jahrzehnten zu einer rechtspolitischen Liberalisierung in Bezug auf die Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch.⁵ In Österreich ist es etwa seit dem 1. Januar 1975 gesetzlich zulässig, bis zum dritten Schwangerschaftsmonat abzutreiben. Damit zählt Österreich zu den Vorreitern der Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, was angesichts der starken katholischen Prägung des Landes erstaunlich ist – immerhin steht die moralpolitische Substanz von Abtreibungen in Widerspruch zu christlich-katholischen Glaubenslehren.⁶

Ziel der folgenden Ausführungen ist es, herauszuarbeiten, wie es in Österreich zur Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes kam und welchen Einfluss die „Neue“ Frauenbewegung darauf hatte. Überprüft werden soll diesbezüglich die These, ob der Druck der sozialistisch gesinnten „Neuen“ Frauenbewegung tatsächlich so groß war, dass selbst die politischen Abtreibungsgegner*innen – allen voran die katholische Kirche und die Österreichische Volkspartei (ÖVP) – eine Erleichterung der Abtreibungsbestimmungen nicht verhindern konnten. Diesen Ausführungen ist ein kontextualisierender Teil vorangestellt, in welchem das entsprechende Gesetz und die politischen Umstände zu Beginn der 1970er erläutert werden. Außerdem zeigt das letzte Kapitel an ausgewählten Ereignissen der letzten 46 Jahre auf, dass der Schwangerschaftsabbruch auch in Österreich ein nach wie vor kontrovers diskutiertes Thema ist.

Als besonders hilfreich für die Vertiefung der Thematik in rechtlicher Hinsicht erwies sich Eva-Maria Mosers Werk „Strafrechtliche und zivilrechtliche Aspekte der Fristenregelung. Die Entwicklung des Abtreibungsstrafrechts unter besonderer Berücksichtigung des NS-Zeitalters“.⁷ Informationen in Bezug auf die Wechselbeziehung zwischen der sozialdemokratischen Politik und der Zweiten Frauenbewegung wurden vorwiegend

3 ORF, Spontane Proteste. Polen verschärft Abtreibungsgesetz, in: *ORF News*, 27.1.2021, <https://orf.at/stories/3199222/>, eingesehen 5.5.2021.

4 Sagmeister, *Defensiverfolge*, S. 414.

5 Edith Obinger-Gindulis, Ein Blick über die Grenzen: Die Abtreibungsregelungen der OECD-Länder und ihre Bestimmungsfaktoren im Vergleich, in: Ulrike Busch/Daphne Hahn (Hrsg.), *Abtreibung. Diskurse und Tendenzen*, Bielefeld 2015, S. 121–138, hier S. 122.

6 Christoph Knill/Caroline Preidel u. a., Die katholische Kirche und Moralpolitik in Österreich: Reformdynamiken in der Regulierung von Schwangerschaftsabbrüchen und der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften* 3 (2014), S. 275–292, hier S. 276–277.

7 Eva-Maria Moser, *Strafrechtliche und zivilrechtliche Aspekte der Fristenregelung. Die Entwicklung des Abtreibungsstrafrechts unter besonderer Berücksichtigung des NS-Zeitalters* (Linzer Schriften zur Frauenforschung 18), Linz 2001.

den Beiträgen von Maria Mesner⁸, von Marion Wisinger⁹ und aus Käthe Kratz'/Lisbeth N. Tralloris Sammelband¹⁰ entnommen.

2. Kontextualisierung: §§ 96–98 StGB

Im Jahr 1973 stimmte der österreichische Nationalrat über das im Zuge der „Großen“ Strafrechtsreform entstandene, modernisierte Strafgesetzbuch ab.¹¹ Die überarbeitete Version wurde von allen politischen Vertreter*innen akzeptiert, allerdings verweigerten alle Parteien, abgesehen von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), welche im Nationalrat die absolute Mehrheit besaß, ihre Zustimmung wegen des „heißen Eisens“¹² Schwangerschaftsabbruch, welches in § 96 bis § 98 StGB definiert war. Trotz dieses Widerstands vonseiten der anderen Parlamentsparteien trat das neue Strafgesetzbuch inklusive des Artikels zum Schwangerschaftsabbruch mit 1. Januar 1975 in Kraft.¹³

2.1 Inhalt der Artikel zum Schwangerschaftsabbruch

In § 96 wird das prinzipielle Verbot des Schwangerschaftsabbruchs definiert, der gemeinhin als Fristenregelung oder Indikationslösung umschriebene § 97 StGB informiert hingegen über die neu beschlossenen Ausnahmen von dieser Regel:

„§ 97 (1) Die Tat ist nach § 96 nicht strafbar, 1. wenn der Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten drei Monate nach Beginn der Schwangerschaft nach vorhergehender ärztlicher Beratung von einem Arzt vorgenommen wird; 2. wenn der Schwangerschaftsabbruch zur Abwendung einer nicht anders abwendbaren ernsten Gefahr für das Leben oder eines schweren Schadens für die körperliche oder seelische Gesundheit der Schwangeren erforderlich ist oder eine ernste Gefahr besteht, dass das Kind geistig oder körperlich schwer geschädigt sein werde [...]; 3. wenn der Schwangerschaftsabbruch zur Rettung der Schwangeren aus einer unmittelbaren, nicht anders abwendbaren Lebensgefahr unter Umständen vorgenommen wird, unter denen ärztliche Hilfe nicht rechtzeitig zu erlangen ist.“¹⁴

8 Maria Mesner, Auf dem Weg zur Fristenlösung. Eine Reform mit Hindernissen, in: Irmtraut Karlsson (Hrsg.), Frauen in Bewegung – Frauen in der SPÖ (Die sozialdemokratische Bewegung 2), Wien 1998, S. 83–113; dies., Die Frau im Käfig. Zur Geschichte der österreichischen Frauenbewegungen in den 1970er Jahren, in: Schallaburg Kulturbetriebsges. m. b. H. (Hrsg.), Die 70er. Damals war Zukunft, Schallaburg 2016, S. 60–67.

9 Marion Wisinger, Land der Töchter. 150 Jahre Frauenleben in Österreich, Wien 1992.

10 Käthe Kratz'/Lisbeth N. Trallori (Hrsg.), Liebe, Macht und Abenteuer. Zur Geschichte der Neuen Frauenbewegung in Wien, Wien 2013.

11 Roland Miklau, Christian Broda und die Reform des Strafrechts, in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), 100 Jahre Christian Broda. Ein Leben im Zeichen großer Justizreformen; Symposium „100 Jahre Christian Broda“ 11. und 12. März 2016 in Wien, Innsbruck 2017, S. 75–83, hier S. 80.

12 Ebd., S. 76.

13 Moser, Aspekte, S. 69.

14 § 97 StGB Strafflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs, in: jusline, aktualisiert am 1.1.2016, <https://www.jusline.at/gesetz/stgb/paragraf/97>, eingesehen 4.7.2021.

Aus strafrechtlicher Perspektive wurde eine dreifache Zäsur der Schwangerschaft in zeitlicher Hinsicht vorgenommen, bei der die Früh- von der Anfangs- und der Spätphase unterschieden wird.¹⁵

Die Frühphase umfasst den Zeitraum von der Empfängnis, also dem Verschmelzen von Ei- und Samenzelle, bis zur Nidation am 13. Tag. Da strafrechtlich gesehen die Schwangerschaft erst mit der Nidation beginnt, sind alle Vorkehrungen, die zum Abbruch der Schwangerschaft führen, in dieser ersten Phase straflos.¹⁶

Als Anfangsphase werden die ersten drei Schwangerschaftsmonate nach der Nidation bezeichnet, die Fristenregelung bezieht sich auf diesen Zeitraum.¹⁷

Ab Beginn des vierten Schwangerschaftsmonats wird von der Spätphase gesprochen. Ein Schwangerschaftsabbruch in dieser Phase kann nur unter den in § 97 (1) Punkt 2 und Punkt 3 festgelegten Bedingungen legal durchgeführt werden.¹⁸

Des Weiteren wird in § 97 festgelegt, dass Mediziner*innen nicht dazu verpflichtet sind, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen, es sei denn, die Schwangere befindet sich in einer unmittelbar drohenden Lebensgefahr. Niemand darf wegen der Entscheidung für oder gegen die Mitwirkung an einem Schwangerschaftsabbruch in irgendeiner Weise diskriminiert werden.

In § 98 wird das jeweils zu verhängende Strafmaß in Form von Freiheitsstrafen definiert, die von sechs Monaten bis zu fünf Jahren reichen. Jedenfalls wird die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs mit Freiheitsentzügen von bis zu fünf Jahren bestraft, wenn die Schwangere dem Eingriff nicht zugestimmt hat.

2.2 Die politische Situation im Jahr 1973

Die Abstimmung über die Verabschiedung des neuen Strafgesetzbuches im Jahr 1973 fiel in die Regierungszeit der SPÖ. Nach den Nationalratswahlen im Jahr 1970, bei denen die SPÖ stimmenstärkste Partei wurde und die relative Mehrheit errang, bildete sie unter Bundeskanzler Bruno Kreisky (1911–1990) eine Minderheitsregierung. Dank der erzielten absoluten Mehrheit regierte die SPÖ ab den Nationalratswahlen 1971 ohne Koalitionspartner.¹⁹ 1983 verlor die SPÖ die absolute Mehrheit und bildete eine Koalition mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ).²⁰ Gesellschaftspolitisch zeichnete sich die SPÖ-Alleinregierung dieser Jahre durch umfassende Reformen im Strafrecht, im Familienrecht und zugunsten der Arbeitnehmer*innen aus.²¹

15 Moser, Aspekte, S. 71.

16 Ebd., S. 72.

17 Ebd.

18 Ebd., S. 73.

19 Oliver Rathkolb, Die Zweite Republik (seit 1945), in: Thomas Winkelbauer (Hrsg.), Geschichte Österreichs, Stuttgart 2018³, S. 525–599, hier S. 550.

20 Ebd., S. 557.

21 Josef Cerny, Die Sozialpolitik der „Ära Kreisky“ 1970–1983, in: Werner Gatty/Gerhard Schmid u. a. (Hrsg.), Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970–1983 (Bruno Kreisky International Studies 1), Innsbruck 1997, S. 107–117, hier S. 111.

Die Zusammensetzung des Nationalrats sah im Jahr 1973 in der Gesetzgebungsperiode XIII beziehungsweise Kreisky II²² wie folgt aus: Von den 183 Sitzen im Nationalrat waren 93 von der SPÖ besetzt, während die ÖVP über achtzig Sitze und die FPÖ über zehn Sitze verfügte.²³ Da es sich bei der Verabschiedung der Fristenregelung um ein Thema handelte, das vor allem für Frauen von besonderer Bedeutung ist, erscheint eine genauere Betrachtung der Zusammensetzung nach dem Geschlecht interessant. Von den 183 Abgeordneten im Nationalrat waren in der Gesetzgebungsperiode XIII nur elf weiblich, was einem Frauenanteil von 6,01 Prozent entspricht.²⁴ Die Bundesregierung Kreisky II setzte sich aus 15 Männern und zwei Frauen – der langjährigen Vorsitzenden der sozialistischen Frauen Hertha Firnberg (1909–1994), Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung, und der für die Einführung bedeutender Gesundheitsvorsorgemaßnahmen in Österreich bekannten Ingrid Leodolter (1919–1986), Bundesministerin für Gesundheit und Umweltschutz – zusammen.²⁵

Angesichts dieser niedrigen Frauenquote verwundert es im ersten Moment, dass es in der Gesetzgebungsperiode XIII überhaupt zur Verabschiedung des neuen Strafbuches inklusive Fristenregelung kam. Tatsächlich war es so, dass sowohl Bruno Kreisky als auch sein für die „Große“ Strafrechtsreform zuständiger Justizminister Christian Broda (1916–1987) der geforderten Einführung der Fristenregelung kritisch gegenüberstanden.²⁶ Während Kreisky die Thematik des Schwangerschaftsabbruches vor allem als Gefahr für die laufende historische Aussöhnung mit der katholischen Kirche sah, fürchtete Broda um das positive Justizklima und die gute Zusammenarbeit mit den Justizsprechern von ÖVP und FPÖ.²⁷ Letztlich ließen sich die beiden aber dennoch überzeugen. Inwieweit die „Neue“ Frauenbewegung dabei involviert war, soll im dritten Kapitel beleuchtet werden.

Auch wenn die ÖVP in ihrem Programm von 1972 unterstrich, dass sie Abtreibungen als Mittel zur Geburtenregelung ablehne, stimmte sie in anderen Punkten mit der SPÖ überein. So sprachen sich beide Parteien für flankierende Maßnahmen wie die Einrichtung und Förderung von Familienberatungsstellen, die Aufklärung über die Möglich-

22 Republik Österreich, Wer ist wer. Bundesregierungen seit 1918, o. D., <https://www.parlament.gv.at/WWER/BREG/REG/>, eingesehen 7.5.2021.

23 Republik Österreich, Wer ist wer. Zusammensetzung des Nationalrates seit 1945, o. D., <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/MandateNr1945/>, eingesehen 7.5.2021.

24 Republik Österreich, Service. Entwicklung des Frauenanteils im Nationalrat, o. D., https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/entwicklung_frauenanteil_NR.shtml, eingesehen 8.5.2021.

25 Wolfgang C. Müller, Die Organisation der SPÖ. 1945–1995, in: Wolfgang Maderthaler/Wolfgang C. Müller (Hrsg.), Die Organisation der Österreichischen Sozialdemokraten 1889–1995 (Die sozialdemokratische Bewegung 1), Wien 1996, S. 195–356, hier S. 282. Die Quotenregelung wurde von der SPÖ 1985 eingeführt, der Frauenanteil sollte fortan mindestens 25 Prozent der zu Wählenden entsprechen, 1993 wurde dieser Prozentsatz auf 40 Prozent erhöht. Auf überparteilicher Ebene gibt es in Österreich bis heute keine einheitlichen gesetzlichen Quotenregelungen, seit 2019 werden allerdings jene Parlamentsklubs finanziell belohnt, die im Nationalrat und im Bundesrat mit über 40 Prozent Frauen vertreten sind – zurzeit ist das bei allen Parteien außer der ÖVP und der FPÖ der Fall: Bundeskanzleramt, Frauen und Gleichstellung. Frauen als Entscheidungsträgerinnen in der Politik, o. D., <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichstellung-am-arbeitsmarkt/frauen-in-fuehrungs-und-entscheidungspositionen/frauen-als-entscheidungstragende-in-der-politik.html>, eingesehen 8.5.2021.

26 Miklau, Christian Broda, S. 80.

27 Ebd.

keiten der Empfängnisverhütung und die Erhöhung der Geburten- und Familienbeihilfe aus.²⁸

3. Der lange Weg zur Fristenregelung: Akteur*innen und wichtige Schritte

3.1 *Die Forderungen nach einem legalen Schwangerschaftsabbruch in geschichtlicher Perspektive*

Das Verlangen nach Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die damit verbundene Entscheidungsfreiheit über das Austragen eines Kindes wurden in Österreich zum ersten Mal 1919, kurz nachdem Frauen das Wahlrecht zugestanden worden war, als politische Forderungen geäußert.²⁹ Bis zum 1. Januar 1975 galt in Österreich das nach 1945 wiedereingeführte Strafgesetzbuch von 1804 in der Fassung von 1852.³⁰ Dieses definierte den Schwangerschaftsabbruch in den §§ 144–148 als Verbrechen, das mit Haftstrafen zwischen einem halben Jahr (bei versuchter Abtreibung) und fünf Jahren (bei gelungener Abtreibung) geahndet wurde.³¹ Ausgenommen waren lediglich jene Fälle, in denen ein Schwangerschaftsabbruch der Abwendung allgegenwärtiger, nicht abwendbarer Lebensgefahr oder der Gefahr dauernden schweren Schadens der Schwangeren diene.³²

1919 wurde der sozialreformatorische Bund gegen den Mutterschaftszwang gegründet, der es sich zum Ziel machte, das Selbstbestimmungsrecht der Mütter und erhöhten Schutz von Müttern und Kindern durchzusetzen. In Bezug auf den Schwangerschaftsabbruch verlangten die Beteiligten um Initiator Johann Ferch (1879–1954) die Straffreiheit bis zum dritten Monat.³³ Zustimmung erhielten diese Forderungen insbesondere von den sozialdemokratischen Frauen, welche auf der Frauenreichskonferenz 1920 einen Antrag auf Beseitigung der geltenden Abtreibungsbestimmungen mit der Begründung beschlossen, dass das geltende Gesetz die soziale Schere verstärke und insbesondere für Frauen aus unteren Schichten verhängnisvolle gesundheitliche Probleme mit sich bringe.³⁴ Den sozialdemokratischen Frauen gelang es schließlich, einen innerparteilichen Konsens in Bezug auf die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zu finden und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) brachte im Dezember 1920 einen Abänderungsantrag in den Nationalrat ein. Widerspruch regte sich jedoch innerhalb der Partei wegen der alleinigen Entscheidungsfreiheit der Frauen über eine Fortführung oder einen Abbruch der Schwangerschaft. Es wurde die Meinung vertreten, dass Frauen zu wenig aufgeklärt und intelligent seien, um eigenmächtig über einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden zu können und dass daher

28 Miklau, Christian Broda, S. 80.

29 Mesner, Weg, S. 84.

30 Regina Köpl, *State Feminism and Policy Debates on Abortion in Austria*, in: Dorothy E. Mc Bride Stetson (Hrsg.), *Abortion politics, women's movements, and the democratic state. A comparative study of state feminism*, Oxford-New York 2001, S. 17–38, hier S. 18.

31 Mesner, Weg, S. 84.

32 Moser, *Aspekte*, S. 65.

33 Ebd.

34 Ebd., S. 85.

die letzte Entscheidung von staatlichen Institutionen (im Idealfall von einem „älteren Amtsarzt“³⁵) getroffen werden solle. Die Debatte hielt bis zur Frauenreichskonferenz 1926 an, nach der die SDAP entschied, dass eine Abschaffung des § 144 erst dann umgesetzt werden könne, wenn die Menschen sozial genügend abgesichert und über die rationalen Methoden der Empfängnisverhütung besser informiert seien.³⁶

Infolge der nationalsozialistischen Machtübernahme pausierte die politische Auseinandersetzung mit dieser Thematik, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg lebte die Debatte aber wieder auf.³⁷ Die sozialdemokratischen Politiker*innen widmeten sich nach Wiederherstellung des österreichischen Strafrechts im begrenzten Rahmen der Reform des § 144, da die Regierungszusammenarbeit mit der ÖVP nicht gefährdet werden sollte.³⁸ Nichtsdestotrotz wurde der Meinungsstreit auch in der Öffentlichkeit ab 1946 verstärkt fortgesetzt, nachdem die sozialistische Nationalratsabgeordnete und in frauenpolitischen Belangen sehr engagierte Marianne Pollak (1891–1963) eine Diskussion des § 144 unter Verweis auf die Grundrechte des Menschenrechtskatalogs gefordert hatte:

„Die Menschlichkeit fordert, daß auch der weiblichen Öffentlichkeit, das heißt den weiblichen Bürgern Österreichs, Gerechtigkeit zugestanden wird und daß das Schicksal der Frau von der Frau selbst bestimmt wird. Jeder Menschenkörper ist Eigentum dieses Menschen selbst!“³⁹

Diese Rechtfertigung für die Abschaffung des § 144 war neu, Pollak erklärte deutlich, dass sie eine Aufrechterhaltung des § 144 als „Faustschlag gegen die Gleichberechtigung der Geschlechter“⁴⁰ verstehe. Innerhalb der Partei stand Pollak mit dieser Ansicht auf der Seite der Frauenorganisation, während die Parteiführung eine Reform der Abtreibungsregelungen explizit ablehnte, da erneut die Zusammenarbeit mit der ÖVP, welche sich klar gegen eine Indikationslösung ausgesprochen hatte, nicht gefährdet werden sollte. In Hinblick auf Wahlen erschien der Parteiführung die Fokussierung auf eine Liberalisierung der Abtreibungsbestimmung außerdem wenig vielversprechend.⁴¹ Die sozialdemokratischen Frauenorganisationen fügten sich um der Koalition willen und verzichteten in der Folge auf eine offensive Beschäftigung mit der Thematik.

Erst 1954, als der Nationalrat eine Strafrechtsenquete damit beauftragte, herauszuarbeiten, in welchen Bereichen eine Reform des Strafgesetzes, das lediglich eine Neuauflage von 1852 war, nötig war, widmete sich die Politik wieder dieser Thematik.⁴² Bei diesem Expert*innentreffen war außer der Vorsitzenden des Frauenzentalkomitees der SPÖ, Gabriele Proft (1879–1971), von der SPÖ keine einzige Frau anwesend. Proft nutzte ihre

35 Moser, Aspekte, S. 86.

36 Raimund Sagmeister, *Fristenlösung – Wie kam es dazu?*, Salzburg-München 1981, S. 20.

37 Ebd., S. 22.

38 Moser, Aspekte, S. 88.

39 Ebd., S. 89.

40 Ebd.

41 Ebd., S. 90.

42 Sagmeister, *Fristenlösung*, S. 23.

Wortmeldung bei der Enquete dafür, eine Reform der §§ 144–148 zu fordern.⁴³ Nach der Enquete wurde eine (ausschließlich männliche) Expertenkommission eingerichtet, die sich 1954 bis 1962 mit der Ausarbeitung eines Strafgesetzentwurfes beschäftigte.⁴⁴ Ende 1955 zog die SPÖ nach und richtete die Bevölkerungs- und Familienpolitische Kommission ein, in der die Geburtenregelung konsequent diskutiert werden sollte.⁴⁵ Der Unterausschuss für Strafrecht einigte sich auf eine Position der SPÖ zur Reform des Abtreibungsgesetzes, die von dem Ausschussleiter Christian Broda 1965 der Parteivertretung vorgetragen wurde. Wenn medizinische (Abwendung einer ernsthaften Gefahr für das Leben oder eines schweren Schadens für die Schwangere), ethische (Unmündigkeit der Schwangeren zum Zeitpunkt der Zeugung) und eugenische (Gefahr einer schweren geistigen oder körperlichen Schädigung des Kindes) Umstände gegeben seien, soll ein Schwangerschaftsabbruch gesetzlich ermöglicht werden.⁴⁶ Zudem forderte der Ausschuss die Umwandlung der Tat der Schwangeren von einem Verbrechen in ein Vergehen.⁴⁷ 1957 wurde die Expertenkommission neu besetzt, jene für Bevölkerungs- und Familienpolitik allerdings nicht mehr nachbesetzt. Die SPÖ-Führung war der Meinung, dass die Frauen ihre Probleme besser im Rahmen separater Organisationen diskutieren sollten.⁴⁸ Im Ministerialentwurf, den das Justizministerium unter Christian Broda bis 1966 erarbeitete, fielen die vorgeschlagenen Bestimmungen für den Schwangerschaftsabbruch letztlich strenger aus als von der Bevölkerungs- und Familienpolitischen Kommission vorgesehen, da die Gesamtheit der Strafgesetzreform nicht gefährdet werden sollte.⁴⁹

In der Zeit der ÖVP-Alleinregierung (1966–1970) verschärfte sich der Ton zwischen ÖVP und SPÖ. Auf die Ankündigung des ÖVP-Justizministers Hans Klecatsky (1920–2015) im Jahr 1967, dass über die Strafrechtsreform noch 1968 im Parlament abgestimmt werden sollte, reagierte die SPÖ ablehnend, unter anderem wurden die verschärften Bestimmungen für den Schwangerschaftsabbruch kritisiert.⁵⁰ In Vorbereitung auf die Nationalratswahlen suchte die SPÖ vermehrt über die Medien Kontakt zur Bevölkerung. Im Kommissionsentwurf von 1970 wurde auch zum Thema Schwangerschaftsabbruch Stellung bezogen:

„Bei der Schwangerschaftsunterbrechung ist der besonderen Konfliktsituation der Frau dadurch Rechnung zu tragen, daß ein gerichtlicher ‚Schuldspruch ohne Strafe‘ erfolgen kann. Die Verjährungs- und Tilgungsfristen des geltenden Rechts sind zu kürzen. Die sozialmedizinische, eugenische und ethische Komponente der medizinischen Indikation soll durch das Strafgesetz im Sinne der Formulierungen der Strafrechtskommission anerkannt werden.“⁵¹

43 Moser, Aspekte, S. 91.

44 Ebd., S. 92.

45 Ebd., S. 93.

46 Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft, Vom Volksbegehren zum Schutz des menschlichen Lebens, Wien 1975, S. 20.

47 Sagmeister, Fristenlösung, S. 25.

48 Moser, Aspekte, S. 94.

49 Ebd., S. 95.

50 Sagmeister, Fristenlösung, S. 30.

51 Moser, Aspekte, S. 99.

Nach dem Wahlsieg der SPÖ wurde die entsprechende Erklärung über den Schwangerschaftsabbruch in die Regierungsvorlage eingearbeitet. Im Jahr 1971 konnte die „Kleine“ Strafrechtsreform auch mit den Stimmen der ÖVP verabschiedet werden, die wesentliche Lockerungen bezüglich Homosexualität unter Erwachsenen vorsah – Broda wollte die Kompromissbereitschaft nicht gefährden und knüpfte daher nicht an die in den 1960er-Jahren erarbeiteten Kommissionsentwürfe für eine weitgehende Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs an.⁵² Auf dem Bundesfrauenkomitee der SPÖ von 1971, auf dem Broda über seine Regierungsvorlage sprach, wurden die geplanten Regelungen als unzureichend angesehen, während von der katholischen Kirche und von der ÖVP vehementer Widerstand gegen Forderungen nach der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs kam.⁵³ Im Jahr 1972 änderte Broda auf dem Villacher Parteitag den Antrag für die Erleichterung des Schwangerschaftsabbruchs, indem er Forderungen der SPÖ-Frauen nachgab. Am 11. Mai 1973 brachte die sozialistische Fraktion im Justizunterausschuss einen Antrag ein, der die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten vorsah.⁵⁴ Im selben Jahr stellten die ÖVP und die FPÖ Anträge für unterschiedliche Indikationenlösungen; bis zur Abstimmung im Nationalrat im November 1973 änderte keine der drei Parteien ihren Standpunkt.⁵⁵ Nur mit den Stimmen der SPÖ wurde das neue Strafgesetz inklusive Fristenregelung am 29. November 1973 beschlossen.⁵⁶ Der Bundesrat, in dem die SPÖ in der Minderheit war, beeinspruchte es und es kam daraufhin 1974 zum Beharrungsbeschluss im Nationalrat. In Letzterem wurde wiederum nur mit den Stimmen der SPÖ das neue Strafgesetz bestätigt, das schließlich mit 1. Januar 1975 in Kraft trat.⁵⁷

3.2 Zur „Neuen“ Frauenbewegung als treibenden Kraft im Diskurs über die Fristenregelung

Spätestens im Laufe der 1960er entstanden weltweit neue sozialkritische und -reformistische Bewegungen, die zu einer politischen Polarisierung beitrugen.⁵⁸ Während in anderen Ländern die 68er-Bewegung zu einer Massenbewegung anwuchs, wurden in Österreich Demokratie- und Frauenfragen sowie der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit hauptsächlich innerhalb der Studierendenbewegungen thematisiert.⁵⁹

52 Sagmeister, Fristenlösung, S. 32.

53 Moser, Aspekte, S. 103.

54 Sagmeister, Fristenlösung, S. 55.

55 Die Politikwissenschaftlerin Sabine Berghahn betont in diesem Zusammenhang, dass die Abgeordneten in Bezug auf die Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch weniger persönlichen Überzeugungen und mehr parteipolitischen Richtlinien folgten: Sabine Berghahn, 100 Jahre Frauenwahlrecht, politische Partizipation und der Kampf um Gleichberechtigung – ein kursorischer Überblick über die Entwicklung in Deutschland und Österreich, in: *Zeitschrift für öffentliches Recht* 74 (2019), Heft 4, S. 617–649, hier S. 643.

56 Moser, Aspekte, S. 105.

57 Ebd.

58 Sonja Grusch, *Im Hamsterrad. Lehren aus der Geschichte der SPÖ-Linken von 1945 bis heute*, Berlin 2017, S. 84.

59 Ingrid Strobl, *Sisterhood oder: Wie kommen von weit, weit her ...*, in: Käthe Kratz/Lisbeth N. Trallori (Hrsg.), *Liebe, Macht und Abenteuer. Zur Geschichte der Neuen Frauenbewegung in Wien*, Wien 2013, S. 18–52, hier S. 29.

Insbesondere die „Neue“ (Zweite) Frauenbewegung trat im Ausland immer stärker in den Vordergrund. Sie hinterfragte die konventionelle Geschlechterrolle in der Ehe, den gesellschaftlichen Druck, Kinder zu bekommen und den Beruf für ein Hausfrauenleben aufzugeben sowie den Ausschluss der Frau aus vielen Berufen und Bereichen der Gesellschaft.⁶⁰ Im Gegensatz zur „Alten“ (Ersten) Frauenbewegung, die sich auf die „natürliche Wesensdifferenz“ zwischen Frau und Mann konzentriert hatte, stellte die Zweite Frauenbewegung gesamtgesellschaftliche Verhältnisse in Frage und forderte weitgehende Autonomie für die Frau.⁶¹

In feministisch motivierten sozialpolitischen Diskussionen hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter lassen sich verschiedene Gruppierungen unterscheiden, die jeweils andere Ansätze zur Erreichung dieses Ziels propagieren. Die „Neue“ Frauenbewegung ist teils dem *Gender Reform Feminism* zuzuordnen. Darunter werden liberale, marxistische und sozialistische Strömungen zusammengefasst, die grundsätzlich von der Gleichheit der Geschlechter ausgehen.⁶² Das Ziel dieser Strömungen ist das Aufbrechen patriarchal-kapitalistischer Strukturen und die Ermöglichung gleicher Teilhabe im öffentlichen Bereich, was egalitären Zugang zu Bildung, gleichgestellte Partizipation am Arbeitsmarkt und das Recht auf Schwangerschaftsabbruch inkludiert. Vertreter*innen dieser Strömungen sind nämlich der Überzeugung, dass die Reproduktionsarbeit in patriarchalen Familienkontexten Frauen daran hindert, am öffentlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen.⁶³ Für sie stellt das Abtreibungsverbot folglich das zentrale Symbol für die gesellschaftliche Unterdrückung des weiblichen Geschlechts dar.⁶⁴

Im deutschsprachigen Raum bildeten sich zu Beginn der 1970er vermehrt frauenpolitische Netzwerke, die die Überlegungen der „Neuen“ Frauenbewegung aufgriffen und auf diese Weise zur Popularisierung der Abtreibungsdebatte beitrugen.⁶⁵ Das bedeutendste Netzwerk in Österreich war die Plattform Aktionskomitee zur Abschaffung des § 144, welche mehrere Gruppierungen umfasste, darunter auch die politische Bewegung Aktion unabhängiger Frauen (AUF), die 1971 von acht Frauen aus der Jungen Generation, der Jugendorganisation der SPÖ, und der Sozialistischen Jugend (SJ) in Wien gegründet wurde.⁶⁶ Im „Neuen Forum“, der damals wichtigsten linkspolitischen Zeitung schrieb sie über sich: „(Wir) projektieren eine Gruppe, die einerseits als Selbsthilfeorganisation Frauen in ihrer augenblicklichen Bedrängnis hilft, andererseits eine

60 Strobl, *Sisterhood*, S. 18.

61 Wisinger, *Land*, S. 194.

62 Bettina Leibetseder, *Gender und Sozialpolitik: Ein Transformationsansatz*, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 39 (2014), S. 23–41, hier S. 30.

63 Leibetseder, *Gender und Sozialpolitik*, S. 30.

64 Mesner, *Weg*, S. 100.

65 Monika Frommel, *Der mühsame Prozess der Reform des § 218 StGB – Welche Rolle spielte die Neue Frauenbewegung 1968 bis heute?*, in: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft* 92 (2009), Heft 2, S. 181–192, hier S. 181.

66 Sabine Perthold, „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine“. Der Kampf der österreichischen autonomen Frauenbewegung gegen den § 144, in: Marianne Enigl/Sabine Perthold (Hrsg.), *Der weibliche Körper als Schlachtfeld. Neue Beiträge zur Abtreibungsdiskussion*, Wien 1993, S. 98–102, hier S. 99.

Politisierung möglichst vieler Frauen anstrebt.⁶⁷ Die Gruppe lud zu ausschließlich weiblichen Treffen ein und nach zunächst monatlichen Besprechungen, die konzeptuell an den amerikanischen *Consciousness Raisings*, also Selbsterfahrungsgruppen, orientiert waren, trat die Gruppe im Dezember 1971 erstmals öffentlich in Erscheinung, als sie prominente Persönlichkeiten um Unterschriften für die Aktion zur Beseitigung des § 144 bat.⁶⁸ Im Januar 1972 folgte die erste Pressekonferenz, in der sie eine umfassende Aufklärungskampagne über Verhütungsmittel forderte und sich gegen Brodas Entwurf, der eine Bestrafung der Abtreibung vorsah, aussprach. Kurz vor Weihnachten 1972 wurde eine erste Demonstration auf der Wiener Mariahilferstraße organisiert, welche allerdings kaum für Aufsehen sorgte.⁶⁹ Deutlich größeren Zulauf erlebte die Plattform kurz vor der Abstimmung über die Fristenlösung im Parlament im November 1973, unter anderem weil im Vorfeld durch die Verteilung von Flugblättern vor weitgehend weiblichen Betrieben und durch Briefaktionen Aufmerksamkeit auf die Thematik gelenkt worden war.

Die politische Bedeutung der Plattform lag in ihrer Zusammensetzung: Neben der AUF beteiligten sich auch die Freie österreichische Jugend, die Gruppe revolutionärer Marxisten, die Kommunistische Jugend Österreichs und der Kommunistische Studentenverband.⁷⁰ Naheliegenderweise fühlten sich diese politischen Gruppierungen ideologisch der SPÖ nahe und verfügten teilweise auch über Verbindungen zu Parteimitgliedern. Unterschieden werden müssen an dieser Stelle die im Zuge der „Neuen“ Frauenbewegung entstandenen Organisationen von der bereits bestehenden und fest in die SPÖ integrierten Organisation der sozialdemokratischen Frauen, welche im Gegensatz zur AUF weniger radikal und stärker entsprechend politischer Norm agierte.⁷¹ Ausschlaggebend auf dem Weg zur Verabschiedung der Fristenregelung war der bereits erwähnte Villacher Parteitag im April 1972, auf dem es der Plattform gelang, die Parteibasis unter Druck zu setzen und von einer erweiterten Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbrüchen zu überzeugen.⁷² Broda forderte seine Partei nach der Frauenbundeskonferenz im April 1972 auf, deren Antrag auf die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zuzustimmen – mit nur zehn Gegenstimmen folgte die große Mehrheit des Parteitages seinem Aufruf.⁷³ Die Zustimmung der Parteispitze zu den Forderungen für eine Fristenlösung war außerdem wahlpolitisch motiviert. Kurz vor der Einführung der Fristenlösung ergaben die Meinungsbefragungen des Instituts für Markt-Sozialanalysen (IMAS) eine mehrheitliche Zustimmung der SPÖ-Wähler*innen für die Fristenlösung.⁷⁴ Ab den 1950ern bis in die 1970er entwickelte sich die SPÖ

67 Strobl, *Sisterhood*, S. 49.

68 Käthe Kratz/Lisbeth N. Trallori, *Schauplatz Sexualität*, in: Käthe Kratz/Lisbeth N. Trallori (Hrsg.), *Liebe, Macht und Abenteuer. Zur Geschichte der Neuen Frauenbewegung in Wien*, Wien 2013, S. 100–111, hier S. 101.

69 Mesner, *Frau*, S. 60.

70 Perthold, *Kinder*, S. 99.

71 Köpl, *State Feminism*, S. 19.

72 Ebd., S. 112.

73 Strobl, *Sisterhood*, S. 104.

74 Oskar Lehner, *Schwangerschaftsabbruch in Österreich. Legistische, politische und soziale Aspekte*, in: Marianne Enigl/Sabine Perthold (Hrsg.), *Der weibliche Körper als Schlachtfeld. Neue Beiträge zur Abtreibungsdiskussion*, Wien 1993, S. 103–127, hier S. 120.

nämlich immer stärker zu einer Catch-All-Partei⁷⁵, die die Erweiterung ihrer sozialen Basis auf die gesamte Bevölkerung anstrebte.⁷⁶

Eine politische Ikone der Frauenbewegung war die SPÖ-Politikerin Johanna Dohnal (1939–2010), die 1979 zur Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen ernannt wurde und von 1990 bis 1995 die erste Frauenministerin Österreichs war.⁷⁷ Die AUF-Aktivistinnen arbeiteten eng mit ihr zusammen, nutzten aber nicht nur die Partei- und Organisationsstruktur, um ihr Anliegen in Form von rechtspolitischen Initiativen vorzubringen, sondern umgingen den zentralen Informations- und Entscheidungsfindungsprozess, indem sie die Willensbildung der Gesamtpartei durch Öffentlichkeitsarbeit in Form von Demonstrationen zu ihrem Vorteil beeinflussten.⁷⁸ Wichtig zu erwähnen ist in diesem Kontext allerdings, dass die AUF zwar provozieren wollte, allerdings auf radikale Aktionen nach dem Vorbild der militanten *Mouvement pour la liberté de l'avortement et pour la contraception* (MLAC) in Frankreich, die im Untergrund Abtreibungsausbildungen organisierte und Geräte aus Krankenhäusern stahl, verzichtete, da ein Minimalkonsens in der Bevölkerung nicht gefährdet werden sollte und die Verabschiedung einer Fristenlösung in der Politik bereits diskutiert wurde.⁷⁹ Diese binäre Vorgangsweise zahlte sich aus. Es mehrten sich innerhalb der SPÖ die Stimmen, die eine liberalere Lösung der Abtreibungsbestimmungen forderten. Für das endgültige Inkrafttreten der Fristenlösung 1975 war die AUF an der Spitze letztlich laut Soziologin Hanna Hacker und Kommunikationswissenschaftlerin Brigitte Geiger nicht unwesentlich, weil sie die Initiativen der SPÖ unterstützte. Allerdings könne nicht behauptet werden, dass das Engagement der AUF ausschlaggebend dafür gewesen sei.⁸⁰

Für die Fristenlösung stimmten insbesondere die SPÖ-Frauen, welche zum einen zur Abkapselung des politischen Lagers beitrugen und zum anderen an Ideen des Lagers weiterarbeiteten und dieses auszuweiten versuchten.⁸¹ Parteiinterne Spezialorganisationen dieser Art für bestimmte Gruppen umfassten 1973 beispielsweise Frauenkomitees, die Junge Generation oder die Sozialistische Jugend.⁸² Interessanterweise blieb die Frauenmitgliedsquote in der SPÖ trotz dieser Möglichkeiten und der frauen- und familienfreundlichen Kreisky-Politik von 1945 bis 1990 beinahe unverändert bei einem Drittel.⁸³

Gerade die Zusammenarbeit der „Neuen“ Frauenbewegung mit der SPÖ und ihre teilweise Einbindung in Partei- und Organisationsstrukturen behinderten letztlich die freie

75 Eine Catch-All-Partei reduziert die Bedeutung ihrer Ideologie, stärkt die Parteiführung gegenüber der Mitgliedschaft und strebt Verbindungen zu den verschiedensten Interessensverbänden an.

76 Käthe Kratz/Lisbeth N. Trallori, Ein großes Privileg, in: Käthe Kratz/Lisbeth N. Trallori (Hrsg.), *Liebe, Macht und Abenteuer. Zur Geschichte der Neuen Frauenbewegung in Wien*, Wien 2013, S. 322–328, hier S. 323.

77 Wisinger, Land, S. 190.

78 Strobl, *Sisterhood*, S. 102.

79 Brigitte Geiger/Hanna Hacker, *Donauwalzer Damenwahl. Frauenbewegte Zusammenhänge in Österreich*, Wien 1989, S. 23.

80 Ebd.

81 Käthe Kratz/Lisbeth N. Trallori, *Zwei Schritte vor – wie viele zurück?*, in: Käthe Kratz/Lisbeth N. Trallori (Hrsg.), *Liebe, Macht und Abenteuer. Zur Geschichte der Neuen Frauenbewegung in Wien*, Wien 2013, S. 310–319, hier S. 312.

82 Ebd., S. 315.

83 Ebd., S. 319.

politische Arbeit und die Etablierung eigener struktureller und bürokratischer Basen, was dazu führte, dass die „Neue“ Frauenbewegung nicht wie in anderen Ländern zu einem Massenphänomen wurde.⁸⁴ Es gab außerdem keine gesicherte finanzielle Unterstützung und klaren Organisationsstrukturen, wodurch die Bereitschaft für Engagement sank und engagierte Feminist*innen Veranstaltungen vermehrt privat organisierten. Die endgültige Zersplitterung setzte in den 1980ern ein, als die inhaltlichen Differenzen größer wurden; autonome Nischen blieben weiterhin bestehen, bekamen aber keinen großen Zulauf, während die in Organisationen verankerte Frauenbewegung in verschiedene Referate aufgeteilt wurde.⁸⁵

Die Verabschiedung der Fristenregelung wurde von der autonomen Frauenbewegung zwiespältig aufgenommen, weil es sich dabei um eine Kompromisslösung handelte. AUF hätte viel weitgehendere Liberalisierungen des Schwangerschaftsabbruchs bevorzugt. Es existierte zum Beispiel die Hoffnung auf die Übernahme der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs durch die Krankenkassen, um ärmere Frauen vor einem unsachgemäßen Schwangerschaftsabbruch zu schützen.⁸⁶

Nach der Durchsetzung der Fristenregelung fokussierte sich die AUF stärker auf andere Themen und distanzierte sich auch von den SPÖ-nahen Aktivist*innen, während der Schwangerschaftsabbruch von katholisch-konservativen Gruppen immer wieder öffentlich thematisiert wurde.⁸⁷ Nach der von 1973 bis 1975 währenden Blütezeit der AUF trieb vorwiegend die SPÖ eine öffentliche Diskussion der Abtreibungsthematik voran, während die Aktivist*innen der AUF um die Einrichtung von Beratungsstellen bemüht waren.⁸⁸

4. Von 1975 bis heute: die Fristenregelung als bleibende Kontroverse

Nach Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches inklusive Fristenregelung leitete die von der katholischen Kirche und der ÖVP unterstützte Aktion Leben im Herbst 1975 ein Volksbegehren ein, das von 895.665 Österreicher*innen unterzeichnet wurde, was 17,92 Prozent der damaligen wahlberechtigten Bevölkerung entsprach.⁸⁹ Befeuert wurden diese Bestrebungen durch die Tatsache, dass das englische Unterhaus 1974 die liberalen Bestimmungen bezüglich des Schwangerschaftsabbruchs eingeschränkt hatte und eine Abtreibung nur mehr bis zur zwanzigsten Woche unter der medizinischen Indikation zuließ, während die soziale Indikation gestrichen wurde.⁹⁰ Ähnliche Entwicklungen konnten auch in der Schweiz und in Norwegen erkannt werden, beide Staaten lehnten 1975 eine Einführung der Fristenlösung ab.⁹¹

84 Wisinger, Land, S. 195.

85 Ebd., S. 196.

86 Úlküm Fürst-Boymann, „Mein Bauch gehört mir!“, in: Käthe Kratz/Lisbeth N. Trallori (Hrsg.), *Liebe, Macht und Abenteuer. Zur Geschichte der Neuen Frauenbewegung in Wien*, Wien 2013, S. 61–77, hier S. 69.

87 Maria Mesner, *Von der Ungunst der Stunde und der Kunst, sie zu erkennen*, in: Eva Kreisky/Margit Niederhuber (Hrsg.), *Johanna Dohnal. Eine andere Festschrift*, Wien 1998, S. 78–82, hier S. 81.

88 Geiger/Hacker, *Donauwalzer*, S. 24.

89 Mesner, *Weg*, S. 105.

90 Arbeitsgemeinschaft, *Volksbegehren*, S. 24.

91 Ebd.

Nach Verabschiedung der Fristenregelung und der Erfolglosigkeit verschiedener Aktionen gegen die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zog sich die ÖVP von der Thematik zurück, auch weil ihre Forderungen nach einer Strafverschärfung Wähler*innen abschreckten.⁹² Überzeugte Abtreibungsgegner*innen setzen ihre Manifestationen dennoch bis heute fort und belästigen beispielsweise Frauen vor Eingängen von Abtreibungskliniken.⁹³

Immer wieder in den öffentlichen Fokus rückte die Fristenregelung in der Vergangenheit auch, wenn Medikamente für einen erleichterten Schwangerschaftsabbruch – beispielsweise 1990 *RU 486* oder 1999 *Mifegyne* – zugelassen oder leichter zugänglich gemacht wurden.⁹⁴

Auch wenn die Fristenregelung schon vor 46 Jahren in Kraft trat, ist es heute noch nicht überall in Österreich problemlos möglich, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen.⁹⁵ Während in der östlichen Staatshälfte Abtreibungen auch in Krankenhäusern vorgenommen werden, ist die Durchführung des Schwangerschaftsabbruchs in den westlichen, traditionell katholischeren Bundesländern – vor allem Tirol, Vorarlberg und Salzburg – nur bei Privatärzt*innen und unter wesentlich höherem Kostenaufwand durchführbar, da es bis heute keine einheitlichen Richtlinien für die Preisgestaltung gibt.⁹⁶

5. Fazit

Wie der Überblick über die einzelnen Schritte auf dem Weg zur Fristenlösung zeigte, war die Stärkung der Autonomie der Frau durch die Erleichterung von Abtreibungsbestimmungen ein traditionell sozialistisches Bestreben, das wegen seiner Klassenunterschiede verstärkenden Tendenz ideologisch passend war: Abtreibungen wurden vor Verabschiedung der Fristenlösung illegal von sogenannten Engelmacher*innen durchgeführt und stellten ein großes gesundheitliches Risiko und eine größere finanzielle Ausgabe dar, die sich Frauen aus dem Arbeitermilieu kaum leisten konnten. Die SPÖ-Alleinregierung Kreisky II erbt also ein Anliegen, das seit Beginn des Jahrhunderts von ideologisch ähnlich Gesinnten forciert worden war.⁹⁷ Zu Beginn der 1970er-Jahre, als sich die „Neue“ Frauenbewegung für eine Fristenlösung in der Gesellschaft stark machte, wurde insbesondere die AUF von der SPÖ als „zu feministisch“ abgestempelt. Finanzielle Unterstützung für öffentliche Veranstaltungen, die von der AUF organisiert wurden, verweigerte die SPÖ mit der Erklärung, „dass die Verteidigung der Fristenlösung Angelegenheit der Regierung und nicht der autonomen Frauenbewegung sei“.⁹⁸

92 Mesner, Weg, S. 107.

93 Ülküm, Bauch, S. 75.

94 Mesner, Weg, S. 107.

95 Ebd., S. 105.

96 Ebd., S. 104; Ludwig Boltzmann Institut für Frauengesundheitsforschung, Schwangerschaftskonflikt. Motive für bzw. gegen den Schwangerschaftsabbruch, Wien 2001, S. 9.

97 Geiger/Hacker, Donauwalzer, S. 19.

98 Ebd., S. 26.

Im Sinne einer sich verändernden politischen Kultur entstanden so autonome Organisationen, die Raum für politische Betätigungen außerhalb der Partei boten.⁹⁹

War die Verabschiedung der Fristenregelung also Werk der unter dem Slogan „Mein Bauch gehört mir!“ agierenden „Neuen“ Frauenbewegung? Die anfänglich aufgestellte These muss diesbezüglich relativiert werden – die „Neue“ Frauenbewegung mit der AUF an der Spitze schärfte durch ihre öffentlichen Veranstaltungen (auch gegen die Aktion Leben) zwar das gesellschaftliche Bewusstsein für die Thematik und verfügte über einen gemeinsamen Grundkonsens mit feministischen SPÖ-Parlamentarier*innen, den ausschlaggebenden Faktor für die Verabschiedung der Fristenlösung stellte sie allerdings nicht dar. Die Beeinflussung der Regierung erfolgte vielmehr indirekt: Durch Agitationen in der Öffentlichkeit in ihrem Interesse gelang eine subtile Druckausübung auf die Parteispitze, die, die nächsten Wahlen vor Augen, eine möglichst große Wählerschaft für sich gewinnen wollte. Außerdem war eine Erleichterung der Abtreibungsbestimmungen in der Politik schon vor Entstehen der „Neuen“ Frauenbewegung zu Beginn der 1970er debattiert worden. Uneinigkeit bestand hauptsächlich darüber, unter welchen Indikationen Straffreiheit gelten sollte.¹⁰⁰ Justizminister Christian Broda war zudem persönlich in Frauenfragen engagiert und widmete seine politische Laufbahn der Erneuerung und Liberalisierung des Strafgesetzbuches, worunter auch die Reform der Abtreibungsbestimmungen fiel.¹⁰¹ Der Einfluss der „Neuen“ Frauenbewegung zeigte sich in vielerlei Hinsicht erst nach Verabschiedung des Strafgesetzbuches – Maria Mesner, die auf zeitgeschichtliche Genderforschung spezialisiert ist, spricht davon, dass es der Zweiten Frauenbewegung gelungen ist, einen „Paradigmenwechsel des Politischen“¹⁰² einzuleiten, der in einer von der SPÖ angeleiteten Forcierung frauenpolitischer Anliegen in der zweiten Hälfte der 1970er fruchtete.

Im Sinne der Multiperspektivität böte sich für ein weiterleitendes Forschungsvorhaben an, die Vorgangsweise der Abtreibungsgegner*innen im Österreich der frühen Siebzigerjahre in den Blick zu nehmen. Interessant wäre es, mit soziologischen Methoden – auch im Kontrast zur „Neuen“ Frauenbewegung – zu untersuchen, wie die Aktion Leben durch ihre Manifestationen die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen versuchte und welche Erfolge sie diesbezüglich verbuchen konnte. Der Soziologe Josef Kytir und die Politikwissenschaftlerin Irene Tazi-Preve heben in diesem Zusammenhang hervor, dass sich in Österreich im Gegensatz zu angelsächsischen – folglich eher protestantisch geprägten – Ländern deutliche Parallelen zwischen konservativen Positionen zur Abtreibung und religiösen Weltanschauungen erkennen lassen.¹⁰³ Sie stützen sich dabei auf den Familien- und Fertilitätssurvey (FFS), eine 1996 durchgeführte Meinungserhebung zu Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich, die

99 Mesner, Frau, S. 63–64.

100 Heidi Siller/Margarethe Hochleitner, Abortion as one aspect of Women's Health, in: *Health Care for Women International* 38 (2017), Heft 9, S. 907–912, hier S. 909.

101 Geiger/Hacker, Donauwalzer, S. 19.

102 Mesner, Frau, S. 64.

103 Irene M.Tazi-Preve/Josef Kytir, Schwangerschaftsabbruch in Österreich: „Alte“ Streitpunkte – „neue“ Konfliktlinien, in: *Demographische Informationen* (1997), S. 20–29, hier S. 24, https://www.jstor.org/stable/23026726?seq=1#metadata_info_tab_contents, eingesehen 13.7.2021..

gezeigt hat, dass lediglich 23 Prozent der Menschen, die sich als sehr religiös bezeichneten, den Entschluss einer Frau, abzutreiben, wenn sie kein (weiteres) Kind haben möchte, akzeptierten, während dies 58 Prozent der Befragten, die sich als überhaupt nicht religiös einstufen, toleriert hätten.¹⁰⁴

Seit der Jahrhundertwende ist es ruhiger geworden um die Abtreibungsdebatte, was sich auch in sinkenden Publikationszahlen wissenschaftlicher Literatur ausdrückt; während andere Länder (Frankreich, die Niederlande oder Italien) die Zugänglichkeit zu Schwangerschaftsabbrüchen etwa durch Einführung der Übernahme der Kosten durch die Krankenkasse weiter erleichterten, stagnierte die rechtliche Weiterentwicklung in Österreich seit der Einführung der Fristenregelung.¹⁰⁵ Zudem gibt es in Österreich bis heute keine offizielle Statistik, aus der Rückschlüsse auf die Häufigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen gezogen werden können, und die konservativen Parteien ÖVP und FPÖ sprechen sich nach wie vor gegen weitere fertilitätspolitische Lockerungen aus.¹⁰⁶ Die Vorreiterrolle, die das katholische Österreich in den 1970ern überraschend durch die (im europäischen Ländervergleich) frühe Einführung der Fristenregelung einnahm, scheint daher ein singuläres Ereignis progressiver Moralpolitik gewesen zu sein. Die zögerliche Liberalisierung der Regelungen in Bezug auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften verstärkt diesen Eindruck.¹⁰⁷

6. Literatur und Quellen

§ 97 StGB Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs, in: jusline, aktualisiert am 1.1.2016, <https://www.jusline.at/gesetz/stgb/paragraf/97>, eingesehen 4.7.2021.

Berghahn, Sabine, 100 Jahre Frauenwahlrecht, politische Partizipation und der Kampf um Gleichberechtigung – ein cursorischer Überblick über die Entwicklung in Deutschland und Österreich, in: *Zeitschrift für öffentliches Recht* 74 (2019), Heft 4, S. 617–649.

Bundeskanzleramt, Frauen und Gleichstellung. Frauen als Entscheidungsträgerinnen in der Politik, o. D., <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichstellung-am-arbeitsmarkt/frauen-in-fuehrungs-und-entscheidungspositionen/frauen-als-entscheidungstragende-in-der-politik.html>, eingesehen 8.5.2021.

Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), 100 Jahre Christian Broda. Ein Leben im Zeichen großer Justizreformen; Symposium „100 Jahre Christian Broda“ 11. und 12. März 2016 in Wien, Innsbruck 2017.

104 Tazi-Preve/Kytir, Schwangerschaftsabbruch, S. 27.

105 Caroline Voithofer, Abtreibung immer wieder & immer noch Thema, Rezension zu: Rebecca J. Cook/Joanna N. Erdmann u. a. (Hrsg.), *Abortion Law in Transnational Perspective. Cases and Controversies*, Philadelphia 2014, in: *juridikum* 1 (2017), <https://www.verlagoesterreich.at/abtreibung-immer-wieder-immer-noch-thema/99.105005-juridikum201701000501>, eingesehen 9.3.2022.

106 Der Standard, Reproduktive Rechte. Wie die Parteien zu Abtreibung und Verhütung stehen, in: *DerStandard*, 26.9.2019, <https://www.derstandard.at/story/2000109058070/wie-die-parteien-zu-abtreibung-und-verhuetung-stehen>, eingesehen 9.3.2022.

107 Knill/Preidel u. a., Kirche, S. 276, 280.

Busch, Ulrike/Hahn, Daphne (Hrsg.), *Abtreibung. Diskurse und Tendenzen*, Bielefeld 2015.

Cerny, Josef, Die Sozialpolitik der „Ära Kreisky“ 1970–1983, in: Werner Gatty/Gerhard Schmid u. a. (Hrsg.), *Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970–1983* (Bruno Kreisky International Studies 1), Innsbruck 1997, S. 107–117.

Der Standard, Reproductive Rechte. Wie die Parteien zu Abtreibung und Verhütung stehen, in: *DerStandard*, 26.9.2019, <https://www.derstandard.at/story/2000109058070/wie-die-parteien-zu-abtreibung-und-verhuetung-stehen>, eingesehen 9.3.2022.

Enigl, Marianne/Perthold, Sabine (Hrsg.), *Der weibliche Körper als Schlachtfeld. Neue Beiträge zur Abtreibungsdiskussion*, Wien 1993.

Frommel, Monika, Der mühsame Prozess der Reform des § 218 StGB – Welche Rolle spielte die Neue Frauenbewegung 1968 bis heute?, in: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft* 92 (2009), Heft 2, S. 181–192.

Geiger, Brigitte/Hacker, Hanna, *Donauwalzer Damenwahl. Frauenbewegte Zusammenhänge in Österreich*, Wien 1989.

Grusch, Sonja, *Im Hamsterrad. Lehren aus der Geschichte der SPÖ-Linken von 1945 bis heute*, Berlin 2017.

Knill, Christoph/Preidel, Caroline u. a., Die katholische Kirche und Moralpolitik in Österreich: Reformdynamiken in der Regulierung von Schwangerschaftsabbrüchen und der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften* 3 (2014), S. 275–292.

Köpl, Regina, State Feminism and Policy Debates on Abortion in Austria, in: Dorothy E. Mc Bride Stetson (Hrsg.), *Abortion Politics, Women's Movements, and the Democratic State. A Comparative Study of State Feminism*, Oxford-New York 2001, S. 17–38.

Kratz, Käthe/Trallori, Lisbeth N. (Hrsg.), *Liebe, Macht und Abenteuer. Zur Geschichte der Neuen Frauenbewegung in Wien*, Wien 2013.

Leibetseder, Bettina, Gender und Sozialpolitik: Ein Transformationsansatz, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 39 (2014), S. 23–41.

Ludwig Boltzmann Institut für Frauengesundheitsforschung, *Schwangerschaftskonflikt. Motive für bzw. gegen den Schwangerschaftsabbruch*, Wien 2001.

Maderthaler, Wolfgang/Müller, Wolfgang C. (Hrsg.), *Die Organisation der Österreichischen Sozialdemokraten 1889–1995* (Die sozialdemokratische Bewegung 1), Wien 1996.

Mesner, Maria, Auf dem Weg zur Fristenlösung. Eine Reform mit Hindernissen, in: Irmtraut Karlsson (Hrsg.), *Frauen in Bewegung – Frauen in der SPÖ* (Die sozialdemokratische Bewegung 2), Wien 1998, S. 83–113.

Dies., Von der Ungunst der Stunde und der Kunst, sie zu erkennen, in: Eva Kreisky/Margit Niederhuber (Hrsg.), *Johanna Dohnal. Eine andere Festschrift*, Wien 1998, S. 78–82.

Dies., Die Frau im Käfig. Zur Geschichte der österreichischen Frauenbewegungen in den 1970er Jahren, in: Schallaburg Kulturbetriebsges. m. b. H. (Hrsg.), Die 70er. Damals war Zukunft, Schallaburg 2016, S. 60–67.

Moser, Eva-Maria, Strafrechtliche und zivilrechtliche Aspekte der Fristenregelung. Die Entwicklung des Abtreibungsstrafrechts unter besonderer Berücksichtigung des NS-Zeitalters (Linzer Schriften zur Frauenforschung 18), Linz 2001.

ORF, Spontane Proteste. Polen verschärft Abtreibungsgesetz, in: *ORF News*, 27.1.2021, <https://orf.at/stories/3199222/>, eingesehen 5.5.2021.

Rathkolb, Oliver, Die Zweite Republik (seit 1945), in: Thomas Winkelbauer (Hrsg.), *Geschichte Österreichs*, Stuttgart 2018³, S. 525–599.

Republik Österreich, o. D., <https://www.parlament.gv.at/index.shtml>, eingesehen 8.5.2021.

Sagmeister, Maria, Defensiverfolge – Das Recht auf Abtreibung, in: *juridikum* 4 (2016), S. 413–414.

Sagmeister, Raimund, Fristenlösung – Wie kam es dazu?, Salzburg-München 1981.

Siller, Heidi/Hochleitner, Margarethe, Abortion as one Aspect of Women's Health, in: *Health Care for Women International* 38 (2017), Heft 9, S. 907–912.

Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft, Vom Volksbegehren zum Schutz des menschlichen Lebens, Wien 1975.

Tagesschau, Gericht verschärft Abtreibungsverbot, in: *tagesschau.de*, 22.10.2020, <https://www.tagesschau.de/ausland/polen-abtreibungen-101.html>, eingesehen 5.5.2021.

Tazi-Preve, Irene M./Kytir, Josef, Schwangerschaftsabbruch in Österreich: „Alte“ Streitpunkte - „neue“ Konfliktlinien, in: *Demographische Informationen* (1997), S. 20-29, https://www.jstor.org/stable/23026726?sid=primo&seq=1#meta-data_info_tab_contents, eingesehen 13.7.2021.

Voithofer, Caroline, Abtreibung immer wieder & immer noch Thema, Rezension zu: Rebecca J. Cook/Joanna N. Erdmann u. a. (Hrsg.), *Abortion Law in Transnational Perspective. Cases and Controversies*, Philadelphia 2014, in: *juridikum* 1 (2017), <https://www.verlagoesterreich.at/abtreibung-immer-wieder-immer-noch-thema/99.105005-juridikum201701000501>, eingesehen 9.3.2022.

Wisinger, Marion, Land der Töchter. 150 Jahre Frauenleben in Österreich, Wien 1992.

Maria Gebhard ist Lehramtsstudentin der Fächer Deutsch und Geschichte/Sozialkunde/Politische Bildung an der Universität Innsbruck. Maria.Gebhard@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Maria Gebhard, „Mein Bauch gehört mir!“ Über den Einfluss der „Neuen“ Frauenbewegung auf die Einführung der Fristenregelung in Österreich, in: *historia.scribere* 14 (2022), S. 31–49, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 22.6.2022 (=aktuelles Datum).

„Heimkehrer“, „Kriegswucherer“ und „unerwünschte Ausländer“ – Migrationsberichterstattung in der österreichischen Tagespresse 1918–1919. Eine medienhistorische Diskursanalyse

Alexander Renner

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: assoz. Prof. Mag. Dr. Eva Pfanzerter, MA

eingereicht im: SoSe 2020

Rubrik: Bachelor-Arbeit

Abstract

“Heimkehrer”, “Kriegswucherer” and “unerwünschte Ausländer” – Reports on Migration in the Austrian Press 1918–1919. A Media-Historical Discourse Analysis

The following paper contributes to topical research on migration and media. Utilizing the methodological framework of historical discourse analysis, it analyses and compares reports on immigration and flight to the First Republic published in five Austrian newspapers – the “Arbeiter-Zeitung”, “Reichspost”, “Deutsches Volksblatt”, “Neue Freie Presse” and “Innsbrucker Nachrichten” – directly after World War I and the disintegration of the Habsburg monarchy between late 1918 and 1919. As will be shown, one cannot make generalized statements about the press coverage on immigration and flight during the period of investigation. The discourse was determined by the political and ideological orientation of a newspaper, its target audience and the sub-topics of the discourse.

1. Einleitung

Eine „Warnung vor dem Zuzug nach Deutschösterreich“¹ veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung“ am 14. April 1919, von einer „Überschwemmung von Osten“² berichtete die

1 *Arbeiter-Zeitung*, 14.4.1919, S. 3.

2 *Reichspost*, 30.1.1919, S. 15.

„Reichspost“ am 30. Jänner und „Gegen die frechen landfremden Elemente“³ titelten die „Innsbrucker Nachrichten“ am 12. August desselben Jahres. Dies sind nur einige wenige Beispiele für Artikel aus dem Bereich der Migrationsberichterstattung in österreichischen Tageszeitungen⁴ im Zeitraum von Ende 1918 bis Ende 1919.⁵

Zeitungen haben seit jeher eine zentrale Stellung in unserer Gesellschaft. Sie informieren, tragen zur Meinungsbildung bei und ermöglichen damit politische sowie gesellschaftliche Partizipation. Gleichzeitig haben sie eine „Gatekeeper-Funktion“ inne, indem sie entscheiden, welche Informationen in welcher Form an Leser*innen vermittelt werden.⁶ Zentral wird diese Tatsache unter anderem in Krisenzeiten. Krisen polarisieren, das gilt insbesondere für Flüchtlingskrisen. Und die jüngste Vergangenheit zeigte, wie stark Medien – darunter Zeitungen – zu dieser Polarisierung beitragen können, indem sie beispielsweise überdurchschnittlich oft oder negativ über Migration berichten.⁷ Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Entwicklungen erscheint es besonders lohnenswert, die Berichterstattung über vergangene Flucht- und Migrationsbewegungen zu untersuchen, um aktuelle Phänomene in der Migrationsberichterstattung besser verstehen sowie Parallelen und Unterschiede zwischen Gegenwart und Vergangenheit aufzeigen zu können.

Als geeignetes Beispiel für eine solche Untersuchung erweist sich die Berichterstattung österreichischer Tageszeitungen, dem „politisch-kulturelle[n] Leitmedium der Ersten Republik“⁸ über die „erste ‚moderne‘ Flüchtlingskrise“⁹: Die Umbrüche am Beginn des 20. Jahrhunderts, genauer gesagt der Erste Weltkrieg und die Gründung der Nachfolgestaaten der Ende 1918 zerfallenen Habsburgermonarchie, führten zu Gewaltmigration, also zu Wanderungen aufgrund der Androhung und/oder Anwendung von Gewalt, von insgesamt etwa 9,5 Millionen Menschen.¹⁰ Auch das Ende 1918 neugegründete Deutschösterreich – die spätere Republik Österreich¹¹ – war davon betroffen.

3 *Innsbrucker Nachrichten*, 12.8.1919, S. 2.

4 Die vorliegende Arbeit nutzt eine klassische Definition von „Zeitung“, wonach Periodizität, Universalität, Aktualität und Publizität die zentralen Merkmale darstellen: Otto Groth, *Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaften (Periodik)*, Bd. 1, Berlin 1960, S. 102–104; Thomas Schröder, *Die ersten Zeitungen: Textgestaltung und Nachrichtenauswahl*, Tübingen 1995, S. 228.

5 Der ausgewählte Zeitraum wird in Kapitel 3.1.3 näher erläutert.

6 Philipp Strobl (Hrsg.), *Die Flüchtlingskrise der 1930er Jahre in australischen Tageszeitungen. Eine medienhistorische Diskursanalyse*, Hamburg 2019, S. 7.

7 APA-DeFacto, *Medienanalyse: Migrationsdiskurs dominierte 2018 erneut die österreichische Berichterstattung*, o. D., https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181217_OTS0025/medienanalyse-migrationsdiskurs-dominierte-2018-erneut-die-oesterreichische-berichterstattung-anhang, eingesehen 20.3.2020; o. A., *Negative Berichterstattung über Flüchtlinge steigt*, in: *Der Standard*, 26.4.2019, <https://www.derstandard.at/story/2000102080413/negative-berichterstattung-ueber-fluechtlinge-steigt>, eingesehen 20.3.2020; o. A., *Deutsche Medien berichten überdurchschnittlich viel über Migration*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.1.2020, <https://www.sueddeutsche.de/medien/medien-migration-studie-1.4757010>, eingesehen 20.3.2020.

8 Gabriele Melischek/Josef Seethaler, *Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik*, in: Matthias Karmasin/Christian Oggolder (Hrsg.), *Österreichische Mediengeschichte. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute)*, Bd. 2, Wiesbaden 2019, S. 7–36, hier S. 9.

9 Albert Kraller, *Zur Einführung: Migration und Globalgeschichte*, in: ders./Karl Husa u. a. (Hrsg.), *Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850*, Wien 2007, S. 10–29, hier S. 21.

10 Jochen Oltmer, *Kleine Globalgeschichte der Flucht im 20. Jahrhundert*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26–27 (2016), Heft 66, S. 18–25, hier S. 21.

11 Der Name der am 12. November 1918 ausgerufenen Republik Deutschösterreich wurde mit dem am 10. September 1919 unterzeichneten Friedensvertrag von Saint-Germain in „Republik Österreich“ geändert: Demokratiezentrum

Schon zu Beginn des Krieges mussten mehr als eine Million Menschen in das Innere der Monarchie, darunter auch in das heutige Staatsgebiet Österreichs, flüchten. Allein in Wien und Niederösterreich befanden sich Mitte 1915 über 180.000 Kriegsflüchtlinge.¹² Schätzungen zufolge hielten sich Ende 1918 insgesamt etwa 310.000 „nicht-deutsche Flüchtlinge“ im heutigen Staatsgebiet auf.¹³ Zudem versuchten nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Saint-Germain im Jahr 1919, welcher den Bewohner*innen der zerfallenen Monarchie die Möglichkeit einräumte, die Staatsbürgerschaft in einem der Nachfolgestaaten gemäß ihrer *race* oder *nation* zu beantragen, etwa 540.000 Menschen die Staatsbürgerschaft Österreichs zu erlangen.¹⁴ Diese Zahlen verdeutlichen, dass Migration ein zentrales innen- und außenpolitisches Thema der jungen Republik war.¹⁵ Entsprechend berichtete auch die Tagespresse der Ersten Republik ausgiebig und (mehr oder weniger) vielgestaltig über Einwanderung und Flucht in diesem Zeitraum.

An dieser Berichterstattung setzt die vorliegende Arbeit an. Es wird der Forschungsfrage nachgegangen, wie die österreichische Tagespresse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Zerfall der Habsburgermonarchie über Immigration und Flucht aus den ehemaligen Gebieten Österreich-Ungarns in die Republik berichtete. Die These lautet, dass die Inhalte des medialen Diskurses¹⁶ abhängig von der jeweiligen politischen und ideologischen Ausrichtung einer Zeitung, deren Zielpublikum sowie den Unterthemen des Diskurses¹⁷ waren. Generalisierende Aussagen zur Berichterstattung, zu den Diskursinhalten sowie den Diskurssträngen¹⁸ können dementsprechend nicht getroffen werden.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde die medienhistorische Diskursanalyse als geeignete Methode gewählt. Um alle Forschungsergebnisse nachvollziehbar zu machen, folgt die Analyse den praktischen Anleitungen des deutschen Historikers Achim Landwehr und des deutschen Sprachwissenschaftlers Siegfried Jäger. Mit Hilfe dieser Methode und Vorgehensweise wurden Artikel aus insgesamt fünf österreichischen Tageszeitungen, der „Arbeiter-Zeitung“, der „Reichspost“, dem „Deutschen Volks-

Wien, Österreich entsteht. Die Ausrufung der Ersten Republik 1918, o. D., <http://www.demokratiezentrum.org/bildung/lernmodule/demokratieentwicklung.html?type=98>, eingesehen 12.8.2020. Wird im Folgenden von Deutschösterreich oder Österreich gesprochen, so ist damit jedenfalls die Erste Republik gemeint.

12 Wolfgang Schellenbacher, Von Flucht und Abschiebung zur Vertreibung. Der Raum Niederösterreich als Beispiel für den Umgang mit Flüchtlingen und Abgeschobenen in Österreich zwischen 1914 und 1938, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien, Wien 2016, S. 267–284, hier S. 268–269.

13 Gernot Heiss/Oliver Rathkolb (Hrsg.) Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien 1995, S. 8.

14 Pieter M. Judson, The Habsburg Empire. A New History, Cambridge 2016, S. 443–444.

15 Walter Mentzel, Kriegsflüchtlinge im Ersten Weltkrieg in Österreich-Ungarn, 2017, <https://waltermentzel.wordpress.com/portfolio/kriegsfluechtlinge-im-ersten-weltkrieg/>, eingesehen 3.5.2020.

16 Der Begriff „Diskurs“ wird im dritten Kapitel definiert.

17 Diese werden in Kapitel 3.2.1 präzisiert.

18 Diskursstränge sind thematisch einheitliche Verläufe von Diskursen, die aus einer Vielzahl von Elementen, sogenannten Diskursfragmenten, zusammengesetzt sind: Siegfried Jäger, Bemerkungen zur Durchführung von Diskursanalysen (Vortrag auf der Tagung „Das große Wuchern des Diskurses. Der Diskurs als unberechenbares Ereignis“ am 3. und 4.7.1997 in der Universität GH Paderborn), 25.9.2006, http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Durchfuehrung_Diskursanalyse.htm, eingesehen 28.5.2020.

blatt“, der „Neuen Freien Presse“ und den „Innsbrucker Nachrichten“, untersucht. Alle analysierten Artikel erschienen zwischen dem 1. Oktober 1918 und dem 31. Dezember 1919.¹⁹ Bei der Auswahl der Zeitungen wurde darauf geachtet, dass sowohl Parteienzeitungen wie auch Blätter aus dem freien Markt mit unterschiedlichen politischen und ideologischen Ausrichtungen vertreten waren. Mit den „Innsbrucker Nachrichten“ befindet sich zudem auch eine Zeitung im Quellenkorpus, bei der es sich nicht um ein Wiener Tagblatt handelte, was den geografischen Schwerpunkt der Analyse erweitert.

Zwar existieren zum Forschungsthema bisher keine diskursanalytischen Publikationen, dennoch konnte auf Forschungsliteratur zu etlichen themenrelevanten Teilbereichen zurückgegriffen werden. So wurde der Zeitungsmarkt der Ersten Republik bereits umfassend von Gabriele Melischek und Josef Seethaler²⁰ untersucht. Der historische Kontext des Forschungsthemas und damit Aspekte wie das Ende der Habsburgermonarchie, die Gründung der Nachfolgestaaten oder die daraus resultierten Flucht- und Migrationsbewegungen wurden beispielsweise von Regina Wonisch²¹, Pieter M. Judson²², Oliver Rathkolb²³, Heinz Fassmann²⁴ oder Albert Kraller²⁵ bearbeitet. Darüber hinaus sind bereits einige Publikationen zum Umgang mit Flüchtlingen und zwischen 1918–1919 eingewanderten Personen vorhanden, so etwa von Therese Garstenauer²⁶, Hannelore Burger²⁷ und Rainer Bauböck²⁸.

Im Folgenden wird zuerst der historische Kontext kurz behandelt, welcher als Ausgangspunkt der Flucht- und Migrationsbewegungen sowie der daraus resultierten Berichterstattung gesehen werden muss. Anschließend werden die Methode, die Vorgehensweise bei der Analyse sowie der Quellenkorpus näher erläutert, bevor dann die gewonnenen Forschungsergebnisse präsentiert werden.

19 Genauere Informationen zur Methode, zur Vorgehensweise bei der Analyse und dem Quellenkorpus folgen im dritten Kapitel.

20 Gabriele Melischek/Josef Seethaler, Auflagenzahlen der Wiener Tageszeitungen 1895–1933 in quellenkritischer Betrachtung, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation Nr. 1, 2001, https://www.oeaw.ac.at/fileadmin/Institute/CMC/PDF/Publications/Research_Papers/KMK_Arbeitsbericht_No_1.pdf, eingesehen 23.3.2020; Melischek/Seethaler, Die österreichische Tagespresse.

21 Regina Wonisch, Entwicklung der Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich, in: Senol Grasl-Akkilic/Marcus Schober u. a. (Hrsg.), Aspekte der österreichischen Migrationsgeschichte, Wien 2019, S. 431–470.

22 Judson, The Habsburg Empire.

23 Oliver Rathkolb, Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945), in: Thomas Winkelbauer (Hrsg.), Geschichte Österreichs, Wien 2015, S. 447–524.

24 Heinz Fassmann, Europäische Migration im 19. und 20. Jahrhundert, in: Albert Kraller/Karl Husa u. a. (Hrsg.), Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850, Wien 2007, S. 32–54.

25 Kraller, Zur Einführung.

26 Therese Garstenauer, Die Remigration ehemaliger Bediensteter der Habsburgermonarchie in die Republik Österreich 1918–1921, in: *first*, 2019, <http://first-research.ac.at/2019/02/26/die-remigration-ehemaliger-bediener-der-habsburgermonarchie-in-die-republik-oesterreich-1918-1921/>, eingesehen 20.3.2020.

27 Hannelore Burger, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, Wien-Köln-Graz 2014.

28 Rainer Bauböck, „Nach Rasse und Sprache verschieden“. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute (IHS Political Science Series, Working Paper 31), 1996, https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/899/1/pw_31.pdf, eingesehen 3.5.2020.

2. Historischer Kontext

2.1 *Der Erste Weltkrieg, das Ende der Habsburgermonarchie und die Gründung der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns*

Mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien am 28. Juli 1914 nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajevo wurde „the greatest seminal catastrophe of this century“, also die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ eingeläutet.²⁹ Es folgten vier Jahre Weltkrieg, welcher Ende 1918 mit dem Sieg der Entente endete und das Ende der Habsburgermonarchie bedeutete. Bereits im Sommer 1918 beschloss die Entente, Österreich-Ungarn zu zerbrechen und Nachfolgestaaten zu schaffen.³⁰ Nationale Bewegungen in den nicht-deutschsprachigen Gebieten der Monarchie, welche bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aufgekommen waren, sahen diese Pläne als Legitimation für die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung, also nach der Loslösung von der Monarchie und der Gründung eines eigenständigen Staates.³¹ Die Habsburgermonarchie begann in der Folge im Oktober 1918 zu zerfallen.³² Nachdem der geplante Umbau der österreichischen Reichshälfte der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn in einen Bundesstaat, wie es Kaiser Karl I. mit seinem am 16. Oktober erlassenen Völkermanifest geplant hatte, gescheitert war, waren die Auflösungstendenzen selbst in Wien spürbar. Am 21. Oktober trat dort deshalb die sogenannte Provisorische Nationalversammlung aus – nach Eigenbezeichnung – „deutschen Abgeordneten“ zusammen, um die Gründung des (Nachfolge-) Staates Deutschösterreich vorzubereiten. Nur wenige Tage später, am 28. Oktober, übernahm der tschechoslowakische Nationalrat die Verwaltung in Prag und beschloss die Gründung der Tschechoslowakischen Republik. Am 29. Oktober wurde der SHS-Staat, der Staat der Slowenen, Kroaten und Serben (ab 1929 das Königreich Jugoslawien) in Zagreb proklamiert. Am 30. Oktober kündigte Ungarn die Realunion mit der österreichischen Reichshälfte auf, was die endgültige Auflösung der Doppelmonarchie bedeutete. Mit dem Verzicht Kaiser Karls auf die Regierungsgeschäfte am 11. November 1918 und der Proklamation der Republik Deutschösterreich am 12. November wurde schließlich der letzte Rest der Monarchie in einen neuen Staat überführt.³³ Das Territorium Österreich-Ungarns wurde von insgesamt sieben Staaten – von Deutschösterreich, Ungarn, Italien, Rumänien, der Tschechoslowakei, Polen und dem SHS-Staat – übernommen.³⁴

29 George F. Kennan, *The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations 1875–1890*, Princeton 1979, S. 3.

30 Judson, *The Habsburg Empire*, S. 431.

31 Ebd., S. 9, 431.

32 Die neuere Forschung ist wohlgermerkt skeptisch, ob nationale Bewegungen bzw. aufgekommener Nationalismus die alleinigen Gründe für den Zerfall der Monarchie waren. Vielmehr seien darüber hinaus nationale Unterdrückung, mangelhafte demokratische Willensbildung, soziale und politische Ausbeutung der Arbeiter*innen für „Kriegsnotwendigkeiten“, soziale Unruhen, Streiks, zivile Demonstrationen, Meutereien in der Armee und die Kriegserfahrung im Allgemeinen dafür verantwortlich gewesen: Rathkolb, *Erste Republik*, S. 447–524.

33 Österreichische Mediathek, *Der Zerfall der Monarchie*, o. D., <https://www.mediathek.at/der-erste-weltkrieg/der-erste-weltkrieg-ausgabe-6/der-zerfall-der-habsburgermonarchie/der-zerfall-der-monarchie/>, eingesehen 12.8.2020.

34 Judson, *The Habsburg Empire*, S. 442.

2.2 Die „erste, moderne“ Flüchtlingskrise“

Wie in der Einleitung bereits erwähnt wurde, führten sowohl das Kriegsgeschehen wie auch die Gründung der Nachfolgestaaten der Monarchie zu einer Gewaltmigration von Millionen von Menschen. Neben den eigentlichen Kriegsflüchtlingen waren vor allem jene Personen betroffen, welche aus den Nachfolgestaaten flüchteten bzw. diese verlassen mussten. Hauptgrund dafür war die nach dem Ersten Weltkrieg aufgekommene Idee eines homogenen, also eines ethnisch einheitlichen Nationalstaates.³⁵ In der Realität war diese Idee aus zwei Gründen nicht umsetzbar.

Zum einen handelt es sich bei Migration um ein Phänomen, welches seit jeher unsere Gesellschaft prägt, so auch jene der Habsburgermonarchie.³⁶ Wanderungen über kurze und lange Distanzen waren etwas Alltägliches.³⁷ Die Historikerin Annemarie Steidl, welche sich mit Migration in der späten Phase der Monarchie auseinandersetzte, spricht von einer „Vielfalt an Mobilitätsformen“ im 19. und 20. Jahrhundert. Sowohl Binnenmigration, innereuropäische Migration wie auch Abwanderung in die USA seien vollkommen üblich gewesen.³⁸ Die Volkszählung in Österreich-Ungarn aus dem Jahr 1910 zeigt, dass 37,6 Prozent aller Einwohner*innen zumindest einmal ihre eigentliche Heimatgemeinde verließen und ihren Wohnsitz in einer anderen Gemeinde hatten. Insgesamt lebten 1910 etwa 1,5 Millionen Menschen aus der Monarchie in anderen europäischen Staaten, während 860.000 Binnenmigrant*innen gezählt wurden.³⁹ Zusätzlich wanderten im 19. Jahrhundert alleine nach Nordamerika etwa 3,5 Millionen Bewohner*innen Österreich-Ungarns aus, wovon der Großteil jedoch wieder zurückkehrte.⁴⁰ Diese Zahlen zeigen, wie intensiv die Mobilität in der Monarchie war und sind eine Erklärung dafür, wieso sich zur Zeit der Staatsbildungsprozesse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ethnische Minderheiten in allen Nachfolgestaaten befanden.⁴¹ Zum anderen wurde bei der Ziehung der Grenzen dieser neuen Staaten eben nicht auf jene Minderheiten geachtet. Gebiete wurden aus strategischen und ethnischen Gründen sowie aufgrund

35 Judson, *The Habsburg Empire*, S. 22.

36 Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Grundlegendossier „Migration“, o. D., <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/>, eingesehen 20.3.2020.

37 Annemarie Steidl, Ein ewiges Hin und Her. Kontinentale, transatlantische und lokale Migrationsrouten in der Spätphase der Habsburgermonarchie, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 19 (2008), Heft 1, S. 15–42, hier S. 16.

38 Ebd.

39 Annemarie Steidl, Migration Patterns in the late Habsburg Empire, in: Günter Bischof/Dirk Rupnow (Hrsg.), *Migration in Austria (Contemporary Austrian Studies 26)*, Innsbruck 2017, S. 69–90, hier S. 75–76.

40 Steidl, *Migration Patterns*, S. 80–82. Nordamerika war dabei jedoch nur ein Ziel der Auswanderung nach (Nord-, Mittel- und Süd-)Amerika insgesamt. Siehe dazu beispielsweise die Forschungen von Ursula Prutsch und Thomas Albrich: Ursula Prutsch, *Migration und Identität. Österreichisch-ungarische Auswanderung nach Argentinien und Brasilien (1876–1914)*, in: Johannes Feichtinger/Peter Stachel (Hrsg.), *Das Gewebe der Kultur*, Innsbruck 2001, S. 127–148; Thomas Albrich, *Die organisierte Tiroler Auswanderung nach Brasilien ab 1858 in Presseberichten*, in: ders./Ingrid Böhler (Hrsg.), *Österreich–Spanien–Lateinamerika: Festschrift für Klaus Eisterer*, Innsbruck 2021, S. 243–278.

41 Wonisch, *Entwicklung der Migrations- und Flüchtlingspolitik*, S. 435. An dieser Stelle darf die vorangegangene, zeitlich ausgedehnte Siedlungsgeschichte jedoch nicht verkannt werden, die neben der Migration im 19. und 20. Jahrhundert als Ausgangspunkt der Verbreitung ethnischer Minderheiten im gesamten Reichsgebiet angesehen werden muss.

angeblicher historischer Ansprüche oft einfach annektiert, ohne dass der Zusammensetzung der Bevölkerung in diesen Gebieten genauer Beachtung geschenkt wurde.⁴²

Ende 1918 befanden sich deshalb Millionen Menschen ethnischer Minderheiten in den neu geschaffenen Nationalstaaten. So sprach etwa ein Drittel der Einwohner*innen Polens und Rumäniens nicht die Amtssprache oder gehörte nicht der dominanten Konfession an. Etwa ein Drittel der Einwohner*innen der Tschechoslowakei sprach nicht Tschechisch und/oder Slowakisch und in Italien lebten Hunderttausende Deutsche, Slowen*innen und Kroat*innen.⁴³ Diese Tatsache stand im direkten Gegensatz zum Leitprinzip der Nachfolgestaaten: ethnische Homogenität. Einwohner*innen, die nicht die Amtssprache sprachen und nicht die Staatsreligion ausübten, waren in den neuen Staaten unerwünscht, da diese nach der zeitgenössischen Auffassung weder Staatsbürger*innen waren noch jemals werden konnten. Es folgten Maßnahmen gegen jene Personen, die von gesetzlicher und kultureller Benachteiligung bis hin zu Pogromen, Umsiedlungen und Deportationen reichen konnten.⁴⁴ Zusätzlich dazu kam die Idee des sogenannten „Bevölkerungsaustausches“ zwischen den Nachfolgestaaten auf, was die Schaffung einer ethnisch homogenen Gesellschaft erleichtern bzw. überhaupt erst ermöglichen sollte.⁴⁵

Um die Fluchtbewegungen Ende 1918 umfassend darstellen zu können, müssen noch jene Personen hinzugezählt werden, die bereits während des Krieges vor dem Kriegsgeschehen flüchten mussten. Die Zahl der eigentlichen Kriegsflüchtlinge kann heute nicht mehr genau bestimmt werden. Offizielle zeitgenössische Statistiken konnten beispielsweise keine nicht-registrierten Flüchtlinge erheben.⁴⁶ Insgesamt waren europaweit Mitte der 1920er-Jahre etwa 9,5 Millionen Menschen in Bewegung. Diese Fluchtbewegungen waren eine direkte Folge des Ersten Weltkrieges und der Neuordnung Europas.

In der Ersten Republik führten Diskurse über Zuwanderung in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zu einer Angst vor „Überfremdung“. Insbesondere Jüdinnen und Juden aus dem östlichen Europa, welche als kulturell fremd wahrgenommen wurden, sahen sich damit konfrontiert. Antisemitische Vorurteile bestimmten den politischen und medialen Diskurs der Zeit. Jüdinnen und Juden galten als „Wucherer“, „Preistreiber“ und Personen, die sich auf Kosten der einheimischen Bevölkerung bereichern wollten. Zeitgenössische Begriffe wie „Fremde“, „Ausländer“ und „Ostjuden“ waren Schlagwörter, welche die politischen Debatten und die mediale Berichterstattung prägten.⁴⁷

2.3 *Die Migrationspolitik der Ersten Republik*

Um die medialen Reaktionen auf Flucht- und Migrationsbewegungen im Untersuchungszeitraum besser nachvollziehen zu können, muss an dieser Stelle kurz erläutert

42 Judson, *The Habsburg Empire*, S. 447.

43 Ebd., S. 446–447.

44 Ebd., S. 447; Oltmer, *Kleine Globalgeschichte*, S. 21

45 Kraler, *Zur Einführung*, S. 22.

46 Mentzel, *Kriegsflüchtlinge*.

47 Schellenbacher, *Von Flucht und Abschiebung*, S. 268–270.

werden, wie die Politik auf diese reagierte, also welche Migrationspolitik die Republik in dieser Zeit verfolgte.

Zur Zeit der Habsburgermonarchie strebte der Staat keine Migrationspolitik im heutigen Sinn an.⁴⁸ Es gab also keine Gesetze, die Ein- oder Abwanderung begünstigen bzw. verhindern und in die Lebenssituation von Migrant*innen eingreifen sowie diese regeln sollten.⁴⁹ Dies passt zur zeitgenössischen Einstellung, nach welcher Migration grundsätzlich positiv konnotiert war und vor allem mit wirtschaftlichen Vorteilen für das eigene Land in Verbindung gebracht wurde.⁵⁰ Diese Ansicht änderte sich mit dem Ersten Weltkrieg und der Gründung der neuen Nationalstaaten allerdings. Während sich Grenzkontrollen vor dem Krieg in der Regel gegen arme, kranke und kriminelle Personen richteten, wurden diese nach 1918 massiv verschärft und ausgeweitet, wobei mit der großen Zahl an Flüchtlingen argumentiert wurde.⁵¹

Mit ihrer neu gewonnenen Souveränität verfügten die Nachfolgestaaten auch über die Möglichkeit, ihre Migrations- und Flüchtlingspolitik selbst zu bestimmen. Einen internationalen Rechtsrahmen für den Umgang mit Schutzsuchenden gab es zu dieser Zeit noch nicht.⁵² Auch die Republik Deutschösterreich entwickelte in diesem Zeitraum eine Flüchtlingspolitik im heutigen Sinn.⁵³ Wie in anderen europäischen Staaten war diese auf eine Restriktion von Zuwanderung ausgelegt und richtete sich gegen „nicht-weiße“, „nicht-deutsche“ und nach zeitgenössischer Auffassung „minderwertige“ Personen aus dem östlichen Europa, dabei vor allem gegen Jüdinnen und Juden.⁵⁴ Um diese Restriktionen umsetzen zu können, schuf die Politik mehrere Steuerungsinstrumente für Einwanderung. Schon zu Beginn des Krieges, im Dezember 1914, wurde Wien aufgrund von „Überlastung“ für Flüchtlinge gesperrt, was zwar bis zum Ende des Krieges aufrecht blieb, jedoch zu keinem Zeitpunkt konsequent gehandhabt wurde. Außerdem kam es bereits während des Krieges zu ersten Ausweisungsaktionen ausländischer Personen.⁵⁵ Diese wurden auch nach 1918 auf Basis des „Schubgesetzes“ aus dem Jahr 1871 fortgesetzt, welches die Abschiebung mittelloser Einwanderinnen und Einwanderer geregelt hatte.⁵⁶ Ende 1918 richteten sich die Ausweisungsaktionen vor allem gegen Kriegsflüchtlinge und in Wien lebende „Ostjuden“, ab Mitte 1919 auch gegen politische Flüchtlinge.⁵⁷

48 Albert Kraler, *The Case of Austria*, in: Giovanna Zincone/Rinus Penninx u. a. (Hrsg.), *Migration Policymaking in Europe. The Dynamics of Actors and Contexts in Past and Present*, Amsterdam 2011, S. 21–59, hier S. 27.

49 Trotzdem verfügte der Staat über Möglichkeiten, die Bewegung der Untertanen steuern zu können. Als Beispiel sei an dieser Stelle das Heimatrecht als Notwendigkeit für einen permanenten Aufenthalt sowie den Erhalt von Unterstützungszahlungen zu nennen: Ebd., S. 27.

50 Wonisch, *Entwicklung der Migrations- und Flüchtlingspolitik*, S. 435.

51 Ebd.

52 Dieser wurde erst mit der Genfer Flüchtlingskonvention im Jahr 1951 geschaffen: Oltmer, *Kleine Globalgeschichte*, S. 20.

53 Kraler, *The Case of Austria*, S. 27.

54 Kraler, *Zur Einführung*, S. 17.

55 Wonisch, *Entwicklung der Migrations- und Flüchtlingspolitik*, S. 433.

56 Bauböck, „Nach Rasse und Sprache verschieden“, S. 3.

57 Schellenbacher, *Von Flucht und Abschiebung*, S. 271.

Ein zweites wichtiges Steuerungsinstrument der Migrationspolitik war die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft, welche von einer nationalstaatlichen und ethnisch exklusiven Logik geprägt war.⁵⁸ Geschaffen wurde diese mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz vom 5. Dezember 1918. Staatsbürger*innen wurden alle Personen, die in einer deutschösterreichischen Gemeinde „heimatberechtigt“ waren und nicht für einen der anderen Nachfolgestaaten optieren wollten.⁵⁹ Voraussetzung für die Erlangung des Heimatrechts war wiederum ein zehnjähriger Wohnsitz in einer Gemeinde im neuen Staatsgebiet.⁶⁰ Damit wurden alle Personen, die während oder nach dem Krieg zuwanderten, offiziell zu Ausländer*innen.⁶¹ Zeitgleich erhielten auf Basis des Staatsbürgerschaftsgesetzes aber auch alle Personen, die seit 1914 einen Wohnsitz in Wien hatten und eine Erklärung abgaben, getreue Staatsbürger*innen sein zu wollen, die Staatsbürgerschaft.⁶² Die ehemaligen österreichischen Gebiete Dalmatien, Istrien und Galizien, Regionen, mit einem geringen deutschen Bevölkerungsanteil und einem hohen Anteil an jüdischer Bevölkerung, waren von dieser Regelung jedoch ausgeschlossen.⁶³ Das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1918 räumte zusätzlich ein Optionsrecht ein: Alle Personen über 18 Jahren, die ein Heimatrecht in einer Gemeinde besaßen, die nun nicht mehr zu Österreich gehörte, konnten innerhalb eines Jahres für die Zugehörigkeit zum neuen Staat Deutschösterreich optieren.⁶⁴ Aber auch hierbei sollten Jüdinnen und Juden exkludiert werden. Sowohl von christlichsozialer, deutschnationaler wie auch von sozialdemokratischer Seite⁶⁵ kam es zu Hetze gegen jüdische Kriegsflüchtlinge, denen die Staatsbürgerschaft aus den bereits erwähnten Gründen vorenthalten werden sollte.⁶⁶ Der Friedensvertrag aus dem Jahr 1919 regelte die Staatsbürgerschaft und das Optionsrecht dann neu. Ein Heimatschein bzw. eine Heimatberechtigung wurden Voraussetzung für den automatischen Erwerb der Staatsbürgerschaft.⁶⁷ Ein neues Optionsrecht räumte Personen, die in einem Nachfolgestaat außerhalb Österreichs „heimatberechtigt“ und „dort nach Rasse und Sprache von der Mehrheit der Bevölkerung verschieden“ waren, die Möglichkeit ein, innerhalb von sechs Monaten „für die österreichische Staatsbürgerschaft [zu] optieren, wenn sie nach Rasse und Sprache zur deutschen Mehrheit der Bevölkerung Österreichs gehör[t]en“.⁶⁸ Es folgten wiederum Hetzkampagnen der Christlichsozialen und Deutschnationalen gegen jüdische Personen, mit der Hoffnung, diesen die Staatsbürgerschaft verwehren zu können.⁶⁹

58 Burger, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft, S. 133.

59 Bauböck, „Nach Rasse und Sprache verschieden“, S. 4.

60 Demokratiezentrum Wien, Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Österreich, 2015, <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/timelines/entwicklung-der-staatsbuergerschaft.html>, eingesehen 23.3.2020.

61 Bauböck, „Nach Rasse und Sprache verschieden“, S. 4.

62 Demokratiezentrum Wien, Entwicklung der Staatsbürgerschaft.

63 Burger, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft, S. 136.

64 Demokratiezentrum Wien, Entwicklung der Staatsbürgerschaft.

65 Gemeint sind an dieser Stelle Vertreter*innen der Christlichsozialen Partei, mehrerer deutschnationaler Kleinparteien sowie der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Bei allen handelte es sich um politische Parteien der Ersten Republik.

66 Demokratiezentrum Wien, Entwicklung der Staatsbürgerschaft.

67 Bauböck, „Nach Rasse und Sprache verschieden“, S. 4.

68 Zit. nach Sylvia Pelz, Ausländerbeschränkungen Österreichs in der Zwischenkriegszeit, Dipl. Salzburg 1994, S. 23.

69 Bauböck, „Nach Rasse und Sprache verschieden“, S. 4.

Ein drittes und letztes wichtiges Steuerungsinstrument für Migration stellte die staatliche finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge bzw. Schutzsuchende dar. Diese wurde am 12. November 1918, dem Tag, an dem die Republik ausgerufen wurde, auf „deutschösterreichische“ und „deutsche Flüchtlinge christlicher Konfession“ beschränkt.⁷⁰ Alle Personen, die nicht in diese beiden Kategorien fielen, waren von diesem Zeitpunkt an auf private Unterstützung angewiesen. Am 15. März 1919 wurde die staatliche Fürsorge für Flüchtlinge gänzlich eingestellt.⁷¹

Die besprochenen Punkte verdeutlichen, dass die Migrationspolitik der Republik auf eine Restriktion von Zuwanderung ausgelegt war und sich vor allem gegen Jüdinnen und Juden aus dem östlichen Europa richtete. Es wurde gezeigt, wie die Politik auf die Zuwanderung ab 1918 reagierte. Im folgenden Analyseteil wird nun die Diskussion in der Tagespresse dargestellt.

3. Analyse

Im folgenden Abschnitt werden die Methode, die Vorgehensweise bei der Analyse sowie der Quellenkorpus näher erläutert. Dies soll gewährleisten, dass der Forschungsprozess sowie alle gewonnenen Forschungsergebnisse nachvollziehbar sind. Anschließend werden die eigentlichen Ergebnisse der Untersuchung präsentiert. Dabei werden die zentralen Diskursinhalte aufgezeigt und diese mit repräsentativen Artikeln verdeutlicht. Nach einer Darlegung der Grundzüge der Berichterstattung wird auf drei vom Autor ausgewählte Schwerpunkte – Migration aus dem Osten Europas, Rückkehrmigration und Asyl – genauer eingegangen, um so den Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht zu sprengen.

3.1 *Methode und Quellen*

3.1.1 Diskurstheorie und Diskursanalyse

Bei Fragestellungen, die untersuchen, wie ein bestimmtes Phänomen (medial) dargestellt wird bzw. wurde, ist die (historische) Diskursanalyse ein zentrales Instrument, um Kommunikation analysieren, dekonstruieren und folglich vergleichen zu können. Theoretische Grundlage dieser Methode ist die sogenannte Diskurstheorie. Diese bezeichnet „die systematische Ausarbeitung des Stellenwertes von Diskursen im Prozess der gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit“.⁷² Der Diskurstheorie liegt wiederum der Diskursbegriff zu Grunde. Da dieser als vielgestaltig gilt und unterschiedlich verwendet wird, erscheint eine Klärung des Begriffes an dieser Stelle notwendig.

Der französische Philosoph Michel Foucault versteht unter Diskurs die Gesamtheit von Äußerungen und Aussagen, die zum selben Formationssystem⁷³ gehören. Diskurs

70 Mentzel, Kriegsflüchtlinge.

71 Ebd.

72 Achim Landwehr, Diskurs und Diskursgeschichte, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 1.3.2019, https://docupedia.de/zg/Landwehr_diskursgeschichte_v2_de_2018, eingesehen 27.5.2020.

73 Ein Formationssystem bezeichnet nach Foucault „ein komplexes Bündel von Beziehungen [...], die als Regel funktionieren“ und damit den Ab- und Verlauf von Diskursen vorgeben: Michel Foucault, *Archäologie des Wissens*, Frankfurt am Main 1981, S. 108.

sei jedoch lediglich als die sprachliche Seite einer umfassenderen diskursiven Praxis aufzufassen, welche die Gesamtheit einer speziellen Wissensproduktion meint. Foucault postuliert, der Diskurs würde nicht die Gegenstände der Realität reflektieren, sondern diese Gegenstände überhaupt erst produzieren.⁷⁴ Der deutsche Literaturwissenschaftler Jürgen Link definiert Diskurs als eine „institutionell verfestigte Redeweise, insofern eine solche Redeweise schon Handeln bestimmt und [...] Macht ausübt und verfestigt“.⁷⁵ Siegfried Jäger versteht unter Diskurs einen „Fluß von ‚Wissen‘ beziehungsweise sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“.⁷⁶ Diskurse würden Macht ausüben, da sie das individuelle und kollektive Bewusstsein mit diesem transportierten Wissen speisen und somit die Grundlage für individuelles und kollektives Handeln sowie „die Gestaltung von Wirklichkeit“ darstellen.⁷⁷ Auf Basis der an dieser Stelle vorgebrachten Definitionen kann der Diskursbegriff umfassend erläutert werden: Diskurse sind als die Gesamtheit von Äußerungen und Aussagen zu verstehen, die Macht- und Machtverhältnisse erzeugen sowie zum Ausdruck bringen, das Handeln von Individuen und ganzen Gesellschaften bestimmen und somit soziale Wirklichkeit konstruieren. Sie sind eine Kategorie, die das Sagbare, Denkbare und Machbare beschreibt.⁷⁸

Die historische Diskursanalyse hat es sich als methodische Umsetzung von diskurstheoretischen Ansätzen zur Aufgabe gemacht, diese vermeintlichen Wirklichkeiten und geschaffenen Machtverhältnisse zu dekonstruieren sowie den Wandel von Diskursen aufzuzeigen.⁷⁹ Das allgemeine Ziel von Diskursanalysen besteht darin, einen oder mehrere miteinander verschränkte Diskursstränge historisch und gegenwartsbezogen zu analysieren.⁸⁰ Aufgrund der vielgestaltigen und unterschiedlichen Verwendung des Diskursbegriffes sind auch die Formen der Diskursanalyse vielfältig. Dementsprechend muss nach Achim Landwehr immer jene gefunden und angewandt werden, welche für die jeweilige Forschungsfrage am geeignetsten erscheint.⁸¹ Die vorliegende Arbeit verfolgt den diskursanalytischen Ansatz des Schweizer Medienwissenschaftlers Heinz Bonfadelli. Dieser versteht unter Diskursanalyse die Untersuchung des Aufbaus von Medienaussagen mit dem Schwerpunkt auf verwendeten Metaphern, rhetorischen Strategien und Argumentationsmustern.⁸² Bonfadellis Ansatz wurde ausgewählt, da sich die vorliegende Arbeit auf Zeitungsartikel und somit Medienaussagen konzentriert und die Analyse von Metaphern, rhetorischen Strategien und Argumentationsmustern eine umfangreiche Diskussion der zugrunde liegenden Forschungsfrage ermöglicht.

74 Siegfried Jäger, *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, Münster, 2009⁵, S. 125–126.

75 Jürgen Link, Was ist und was bringt Diskurstaktik, in: *kulturRevolution 2* (1983), S. 60–66, hier S. 60.

76 Siegfried Jäger, Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Reiner Keller (Hrsg.), *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Bd. 1, Opladen 2001, S. 81–112, hier S. 82.

77 Ebd., S. 87.

78 Landwehr, *Diskurs und Diskursgeschichte*.

79 Achim Landwehr, *Historische Diskursanalyse (Historische Einführungen)*, Frankfurt am Main-New York 2018², S. 22–24.

80 Jäger, *Bemerkungen zur Durchführung*.

81 Landwehr, *Diskurs- und Diskursgeschichte*.

82 Heinz Bonfadelli, *Medieninhaltsforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Konstanz 2002, S. 56.

3.1.2 Vorgehensweise bei der Diskursanalyse

Nach der Zusammenstellung des Quellenkorpus – welcher im folgenden Abschnitt besprochen wird – wurde dieser nach einer festgelegten Vorgehensweise analysiert, um so einerseits vergleichbare Ergebnisse zu erhalten, andererseits aber auch den Weg zu eben diesen Resultaten nachvollziehbar zu gestalten. Der Vorgehensweise bei der Untersuchung des Quellenmaterials lagen praktische Anleitungen zur Durchführung von Diskursanalysen von Siegfried Jäger und Achim Landwehr zu Grunde.⁸³ Diese Anleitungen ermöglichten eine systematische Untersuchung der Zeitungsartikel und waren zudem dem diskursanalytischen Ansatz Bonfadellis dienlich, da dadurch alle relevanten Informationen – Metaphern, rhetorische Strategien und Argumentationsmuster – gewonnen und so die angestrebten Diskursinhalte bzw. Aussagen herausgefiltert werden konnten.

In einem ersten Schritt wurde die bereits erwähnte Forschungsfrage definiert und im Zuge der Korpusbildung jenes Material gesammelt, welches für diese von Relevanz war. Es wurden also Zeitungsartikel zusammengetragen, die Migration und Flucht in die Republik behandelten. In einem zweiten Schritt wurden die Diskursebene⁸⁴ und die Diskursposition⁸⁵ der Quellen bestimmt. Folglich war eine erste Auswertung des Quellenmaterials möglich. Diese beinhaltete die Charakterisierung der Zeitungen in Hinblick auf ihre politische und ideologische Ausrichtung sowie die Schaffung eines ersten Überblicks über die Berichterstattung. Jener ermöglichte dann die Identifizierung von Aussagen, welche den Diskurs bestimmten und somit typisch bzw. repräsentativ für den medialen Diskurs waren. Bei diesem Schritt war es von Bedeutung, nicht zu sehr von den eigenen Thesen geleitet zu werden. Anschließend folgten die Fein- bzw. Makro- und Mikroanalysen des herangezogenen Quellenmaterials, wodurch Aussagen herausgefiltert werden konnten, welche möglichst charakteristisch für den Diskurs waren. Des Weiteren lag der Fokus bei der Feinanalyse auf dem Kontext, der Textoberfläche, sprachlichen und rhetorischen Mitteln, inhaltlichen sowie ideologischen Aussagen und weiteren Auffälligkeiten. Präsentiert wird in der vorliegenden Arbeit nun die Gesamtanalyse des Quellenmaterials. Das bedeutet, dass alle erzielten Ergebnisse reflektiert und einer Gesamtaussage über den Diskursstrang in einer jeweiligen Zeitung zugeordnet wurden.

3.1.3 Quellenkorpus

Mit Hilfe des zuvor beschriebenen diskursanalytischen Ansatzes sowie der festgelegten Vorgehensweise wurden Zeitungsartikel aus den fünf bereits in der Einleitung erwähnten Tageszeitungen analysiert. Alle Artikel erschienen zwischen dem 1. Oktober 1918 und dem 31. Dezember 1919, was den in der Forschungsfrage angegebenen unmittelbaren Zeitraum nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und den Zerfall der Habsburgermonarchie abdeckt. In diesen Untersuchungszeitraum fallen zudem Ereignisse wie

83 Siehe dazu: Jäger, Bemerkungen zur Durchführung; Landwehr, Diskurs- und Diskursgeschichte.

84 Die Diskursebene bezeichnet jene Ebene, auf welcher ein jeweiliger Diskurs stattfindet. Für die vorliegende Analyse stellen Medien, genauer gesagt Zeitungen, die Diskursebene dar: Jäger, Bemerkungen zur Durchführung.

85 Eine Diskursposition bezeichnet jenen (ideologischen) Ort, von dem aus ein Medium am Diskurs teilnimmt: Ebd.

der Erlass des Staatsbürgerschaftsgesetzes, das Optionsrecht für Bewohner*innen der zerfallenen Monarchie, das durch die Pariser Friedensverhandlungen ins Leben gerufene (ausgeweitete) Optionsrecht sowie (politische) Umbrüche in den Nachfolgestaaten. Der ausgewählte Zeitraum ermöglichte es also, Immigration und Flucht in die Republik Österreich sowie die medialen Reaktionen darauf umfassend untersuchen zu können. Obgleich der gewählte Untersuchungszeitraum gut argumentiert werden kann, handelt es sich natürlich auch um eine Kompromisslösung, welche den Quellenkorpus in einem gut bearbeitbaren Rahmen halten sollte.

Eingesehen wurden die Zeitungsartikel mittels Volltextsuche auf der Plattform „ANNO“.⁸⁶ Auf dieser ist es möglich, Suchergebnisse nach Themen, wie Bildung, Medizin oder Politik, zu filtern. Migration oder Flucht existieren jedoch als solche Themenkomplexe nicht. Dementsprechend mussten alle Suchergebnisse manuell und kontextbasiert gefiltert werden. Um überhaupt erst zu relevanten Suchergebnissen kommen zu können, war es zuvor notwendig, einen Katalog aus Begriffen mit Bezug zu Migration zusammenzustellen. Die Problematik bestand darin, dass einzelne Begriffe nie das gesamte Spektrum der Berichterstattung über Migration wiedergeben können.⁸⁷ Es musste folglich ein umfangreicher Begriffskatalog erstellt werden, damit dieses Problem minimiert werden konnte. Insgesamt wurde die Volltextsuche für jede Zeitung mit 30 gleichbleibenden Termini betrieben.⁸⁸ Die Anzahl der Suchergebnisse nach den einzelnen Zeitungen gestalteten sich folgendermaßen:

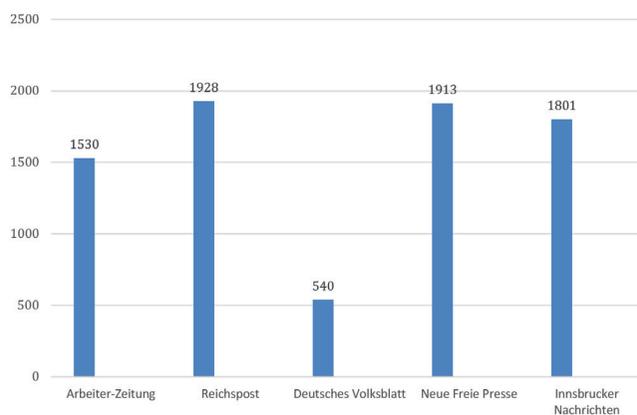


Abbildung 1: Addierte Suchergebnisse der Volltextsuche auf „ANNO“ (Artikel im Zeitraum vom 1.10.1918–31.12.1919 erschienen; festgelegter Begriffskatalog; mindestens ein Treffer im Text pro Zeitungsausgabe)

- 86 Bei „ANNO“ (AustriaN Newspapers Online) handelt es sich um eine Plattform der Österreichischen Nationalbibliothek, auf welcher digitalisierte historische österreichische Zeitungen und Zeitschriften abrufbar sind: ANNO, <http://anno.onb.ac.at>, eingesehen 19.8.2020.
- 87 Siehe dazu: Sarah Oberbichler/Eva Pfanzelter, Von „billigen Preisen“, Landarbeitern und Auswandereragenten: Migrationsdiskurse in historischen, österreichischen Zeitungen (1850 bis 1950), in: *NewsEye*, 5.5.2020, <https://www.newseye.eu/blog/news/von-billigen-preisen-landarbeitern-und-auswandereragenten-migrationsdiskurse-in-historischen-oesterr/>, eingesehen 10.6.2020.
- 88 Folgende dreißig Termini wurden in den für die Volltextsuche zusammengestellten Begriffskatalog aufgenommen: Ausländer*in, Beamte, Eingemeindung(en), Einwanderin/Einwanderer, Einwanderung, Flüchtling(e), Flüchtlingshilfe, Flüchtlingsunterstützung, Fremde, Fremdenausweisung(en), Heimatschein, Heimkehr, heimkehren, Heimkehrer*in, Jüdinnen/Juden, jüdische(r) Kriegsflüchtling(e), Kriegsflüchtling(e), Kriegsgefangene, Landfremde, Migrant*in, Migration, Optionsrecht, Ostjuden, Rückkehr, Rückkehrer*in, Staatenlose, Staatsbürgerrecht, Staatsbürgerschaft, zurückkehren, Zuzug.

Das obenstehende Diagramm zeigt die addierten Suchergebnisse für alle festgelegten Suchbegriffe pro Zeitung. Angegeben sind die Treffer für einzelne Ausgaben, nicht die Anzahl der Artikel insgesamt. Eine jeweilige Ausgabe konnte durchaus mehr als einen Artikel mit Suchtreffern enthalten. Wie viele Artikel insgesamt mit Hilfe des Begriffskatalogs gefunden werden konnten, ist aber nicht weiter von Bedeutung, da natürlich nicht alle Artikel für die Forschungsfrage relevante Informationen bzw. Aussagen enthielten. Wichtig ist dementsprechend die Gesamtzahl jener Artikel, die für die aufgestellte Forschungsfrage von Relevanz waren und im Zuge der Diskursanalyse untersucht wurden. Diese Zahlen gestalteten sich folgendermaßen:

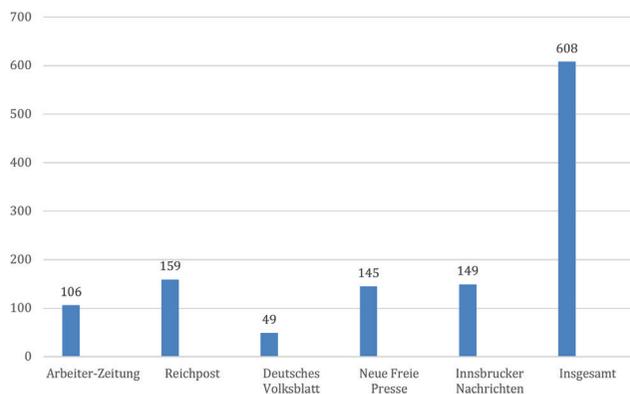


Abbildung 2: Anzahl der analysierten Artikel pro Zeitung

Die Zahlen zeigen, dass pro Zeitung eine ähnliche Anzahl an Artikeln in die Analyse miteinbezogen wurde. Ausreißer ist das „Deutsche Volksblatt“, welches jedoch auch mit Abstand die wenigsten Suchtreffer pro Ausgabe aufwies. Insgesamt wurden 606 themenrelevante Artikel in die Analyse mitaufgenommen. Die festgelegte Vorgehensweise bei der Analyse, der gleichbleibende Begriffskatalog bei der Volltextsuche sowie die ähnliche Anzahl der für die Forschungsfrage relevanten Artikel pro Zeitung bekräftigen, dass vergleichbare Untersuchungsergebnisse gewonnen werden konnten. Diese werden im folgenden Teil dargestellt.

3.2 Präsentation der Forschungsergebnisse

3.2.1 Grundzüge der Berichterstattung

Essenziell für die Analyse der Diskursstränge und Diskursinhalte war die Bestimmung der ideologischen Diskursposition der einzelnen Tageszeitungen. Dies war notwendig, da sowohl Parteienzeitungen als auch Medien aus dem freien Zeitungsmarkt prinzipiell redaktionelle Linien verfolgten.⁸⁹ Diese Linien mussten herausgearbeitet werden, damit einzelne Aussagen im Diskurs verortet werden konnten.

Die „Arbeiter-Zeitung“, welche sich auf jeder Titelseite als „Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs“ bzw. ab September 1919 als „Zentralorgan der Deut-

89 Österreichische Akademie der Wissenschaften, Der Zeitungsmarkt in der Ersten Republik 1918–1934, o. D., https://www.oeaw.ac.at/cmc/hyppress/per_02.htm, eingesehen 23.3.2020.

schen Sozialdemokratie in Österreich“ bezeichnete, war die offizielle Parteizeitung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Als Parteiblatt orientierte sich das Medium an der Parteilinie.⁹⁰ Da diese im gesamten Untersuchungszeitraum mit Karl Renner den Staatskanzler und somit das Oberhaupt der Regierung stellte, war die Zeitung dementsprechend verhältnismäßig unkritisch gegenüber der Regierungsarbeit eingestellt. Zielpublikum der Zeitung waren vorrangig die Anhänger*innen und Wähler*innen der Partei.

Die „Reichspost“ stand der Christlichsozialen Partei zwar sehr nahe, war jedoch kein offizielles Parteiblatt.⁹¹ Die Zeitung nannte sich auf den Titelseiten „Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk“. Angestrebt wurde eine konservative Berichterstattung, die sich prinzipiell an den politischen Standpunkten der Christlichsozialen Partei orientierte.⁹² Die Zeitung richtete sich vor allem an Konservative und Wähler*innen der Partei. Obwohl sich diese im gesamten Untersuchungszeitraum in Koalitionen mit der regierenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei befand, präsentierte sich die „Reichspost“ als sehr kritisch gegenüber der Regierung, insbesondere den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern sowie deren Entscheidungen. Sowohl in der „Reichspost“ wie auch in der „Arbeiter-Zeitung“ wurden Konflikte zwischen beiden Parteien offen ausgetragen.

Das „Deutsche Volksblatt“ galt als die „traditionsreichste deutschnationale Zeitung“ der Ersten Republik.⁹³ Sie selbst bezeichnete das Blatt auf den Titelseiten als „Radikales Mittelstandsorgan“. Die Zeitung verfolgte eine konservative sowie deutschnationale Berichterstattung und sympathisierte mit der Christlichsozialen Partei sowie deren Entscheidungen und Forderungen.⁹⁴ Deutschnationale, Konservative und Anhänger*innen der Christlichsozialen stellten das Zielpublikum der Zeitung dar.

Die „Neue Freie Presse“ war eine unabhängige Tageszeitung mit bürgerlicher, antikommunistischer, antifaschistischer und wirtschaftsliberaler Berichterstattung. Die Zeitung trat offen für eine Koalition der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit der Christlichsozialen Partei ein und beteiligte sich nicht an den Grabenkämpfen zwischen den Parteien bzw. den Parteizeitungen.⁹⁵ Zielpublikum der Zeitung waren gemäß der Ausrichtung des Blattes liberal eingestellte Bürger*innen.

Während es sich bei allen bisher genannten Zeitungen um Wiener Tagblätter handelte, repräsentieren die „Innsbrucker Nachrichten“ in der Analyse einen anderen geografischen Schwerpunkt, nämlich den Westen Österreichs und dabei insbesondere das Bundesland Tirol. Die Zeitung nannte sich auf jeder Titelseite „Unabhängige Tageszeitung für die Landeshauptstadt Innsbruck“. Die „Innsbrucker Nachrichten“ verfolgten eine konservative und deutschnationale Berichterstattung und waren prinzipiell kritisch gegenüber der Regierungsarbeit in Wien eingestellt.⁹⁶ Nicht-lokale Berichte ähnelten oft jenen der „Reichspost“, welche von den „Innsbrucker Nachrichten“ des Öfteren zitiert

90 Meliscek/Seethaler, Die österreichische Tagespresse, S. 30–31.

91 Ebd.

92 Ebd.

93 Meliscek/Seethaler, Auflagenzahlen.

94 Meliscek/Seethaler, Die österreichische Tagespresse, S. 30–31.

95 Ebd., S. 30–31.

96 Ebd.

oder Wort für Wort abgedruckt wurden. Die „Innsbrucker Nachrichten“ richteten sich an deutschnational und konservativ eingestellte Leser*innen.

Während Immigration und Flucht die zentralen Themen der vorliegenden Analyse darstellten, ließen sich die Inhalte der untersuchten Artikel in mehrere Unterthemen einteilen:

- Die Veröffentlichung und Verbreitung amtlicher Verordnungen im Originalwortlaut, welche politische Entscheidungen rund um das Thema „Migration“ beinhalteten;
- Berichte über Kriegsflüchtlinge, die während des Krieges nach Österreich kamen;
- Artikel über Personen, die nach dem Ende des Krieges in das Gebiet der Republik einwanderten;
- Berichte über die Einwanderung und den Aufenthalt jüdischer Kriegsflüchtlinge;
- Berichterstattung über Migration und was diese für die Versorgungslage in der Republik bedeutete;
- Meldungen über Ausweisungsaktionen, welche insbesondere Kriegsflüchtlinge aus dem östlichen Europa betrafen;
- Artikel über die Rückkehrmigration von ehemaligen Staatsbediensteten, Soldat*innen⁹⁷ und Privatpersonen, welche die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten wollten bzw. bereits besaßen;
- Berichterstattung über die Rückführung nicht-österreichischer Kriegsgefangener sowie die Rückkehr österreichischer Kriegsgefangener (sowohl Soldat*innen als auch Zivilist*innen);
- Meldungen über die Gewährung von Asyl;

Wie Abbildung 1 zeigt, waren die Themen „Immigration“ und „Flucht“ sowie die eben genannten Unterthemen in allen Tageszeitungen ähnlich stark präsent. Migration war dabei jedoch selten ein Thema der Titelseiten. Nur 13 der in die Analyse aufgenommenen Artikel aus der „Arbeiter-Zeitung“ befanden sich auf der ersten Seite. Bei der „Reichspost“ waren es 15, beim „Deutschen Volksblatt“ nur drei, bei der „Neuen Freien Presse“ lediglich sechs und bei den „Innsbrucker Nachrichten“ insgesamt zwölf.

Ob eine Zeitung Migration gegenüber prinzipiell „pro“ oder „contra“ eingestellt war, ließ sich nicht pauschal bestimmen, wie die folgenden Kapitel aufzeigen. Letztendlich muss noch festgehalten werden, dass es sich bei Migration um nur eines der zentralen Themen in der Tagespresse im Zeitraum von 1918 bis 1919 handelte. Das Ende des Krieges, die Friedensverhandlungen sowie die Gründung und der Aufbau der Republik stellten weitere wichtige Themen der Berichterstattung im Untersuchungszeitraum dar.

⁹⁷ Im Ersten Weltkrieg meldeten sich Frauen freiwillig für den Dienst an der Front. Dort arbeiteten sie als Krankenschwestern und administrative Hilfskräfte, nahmen jedoch auch aktiv an bewaffneten Auseinandersetzungen teil: Michaela Scharf, Die Frau im Schützengraben, o. D., <https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/die-frau-im-schuetzengraben>, eingesehen 21.3.2022.

3.2.2 „Unerwünschte Ausländer“ aus dem Osten Europas

Wurde in den Tageszeitungen über Immigration und Flucht in die Republik berichtet, so waren Kriegsflüchtlinge aus dem östlichen Europa die mit Abstand am häufigsten thematisierte Gruppe. Hervorgehoben wurden dabei insbesondere jüdische Personen, die aus den ehemaligen Kronländern Galizien und der Bukowina stammten. Bis Ende Oktober 1918 galten diese zwar als Einwohner*innen der Monarchie, mit deren Zerfall und den folgenden Staatsbildungsprozessen wurden sie jedoch zu „feindlichen Ausländern“, wie die „Arbeiter-Zeitung“ bereits am 3. November 1918 unmissverständlich klarstellte.⁹⁸ Die Darstellung von Kriegsflüchtlingen als „Feinde“ der Republik sowie deren Einwohner*innen teilten alle analysierten Tageszeitungen. Die öffentlich kommunizierten Gründe dafür waren ein Mangel an Lebensmitteln, Wohnraum und Arbeitsplätzen in Österreich nach dem Ende des Krieges. Diese Knappheit war ein zentrales Thema in der Tagespresse und Kriegsflüchtlinge galten in den Zeitungen als jene Gruppe, welche angeblich die ohnehin schon knappen Ressourcen auf Kosten der einheimischen Bevölkerung für sich beanspruchen würde. Es war jedoch zeitungsfähig, wie extrem diese Position vertreten und kommuniziert wurde.

In der „Arbeiter-Zeitung“ beschränkte sich dies neben der Bezeichnung als „feindliche Ausländer“ auf den Abdruck amtlicher Verordnungen der Landes- und Staatsregierungen im Originalwortlaut, welche beispielsweise die Ausweisung von Kriegsflüchtlingen aus dem Osten Europas thematisierten. In Folge dieser Verordnungen engagierte sich die Zeitung dann „gegen den Zuzug aus dem Osten“ und berichtete über eine notwendige „Ausweisung der Fremden“ aufgrund der bereits erwähnten Mangelversorgung.⁹⁹ In einigen Fällen trat die Zeitung jedoch auch im Interesse der Kriegsflüchtlinge ein. So wurde beispielsweise argumentiert, dass diese aufgrund der Kriegsverwüstungen nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten, geplante Ausweisungen wurden als „radikaler Schritt“ angesehen und Deutschnationale sowie Christlichsoziale, welche gegen Flüchtlinge aus dem Osten Europas protestierten, wurden von der Zeitung verurteilt und als „Hetzer“ bezeichnet.¹⁰⁰

Deutlich aggressiver traten die „Reichspost“, das „Deutsche Volksblatt“ und die „Innsbrucker Nachrichten“ auf. In diesen wurden Kriegsflüchtlinge – insbesondere jüdische Kriegsflüchtlinge, welche oft unter dem Begriff „Ostjuden“ zusammengefasst wurden – häufig als „unerwünscht“, „lästig“ oder „frech“ bezeichnet, was Leser*innen eine eindeutig negative Konnotation vermitteln sollte.¹⁰¹ Vor allem die Reichspost zeichnete mit Begriffen wie „Massenaufnahme“ und mit Flutmetaphern wie „Überschwemmung“ und „Zustrom“ bedrohliche Bilder von Zuwanderung.¹⁰² Alle drei Zeitungen forderten zudem wiederholt Abschiebungen, wobei die „Reichspost“ die Ausweisung jüdischer Kriegsflüchtlinge zur „Schicksalsfrage der Republik“ hochstilisierte.¹⁰³ Als Begründun-

98 *Arbeiter-Zeitung*, 3.11.1918, S. 5.

99 *Arbeiter-Zeitung*, 16.4.1919, S. 4; *Arbeiter-Zeitung*, 31.7.1919, S. 5; *Arbeiter-Zeitung*, 13.9.1919, S. 1.

100 *Arbeiter-Zeitung*, 2.10.1918, S. 6; *Arbeiter-Zeitung*, 31.7.1919, S. 5; *Arbeiter-Zeitung*, 26.9.1919, S. 5.

101 *Deutsches Volksblatt*, 29.10.1919, S. 1; *Innsbrucker Nachrichten*, 12.8.1919, S. 2; *Reichspost*, 24.4.1919, S. 6.

102 *Reichspost*, 30.1.1919, S. 15; *Reichspost*, 14.4.1919, S. 4; *Reichspost*, 1.5.1919, S. 8.

103 *Reichspost*, 26.9.1919, S. 1–2.

gen für die geforderten Ausweisungen dienten auch in diesen Zeitungen der Mangel an Lebensmitteln, Wohnungen und Arbeitsplätzen. Neben der strikten Ablehnung von Aufnahme und Verbleib von Kriegsflüchtlingen war offener Antisemitismus charakteristisch für die Berichterstattung jener drei Tageszeitungen. Bestimmend war dabei das Narrativ von Jüdinnen und Juden als „Schmarotzern“, „Wucherern“ und „Schleichhändlern“, welche auf Kosten der einheimischen Bevölkerung in Österreich gelebt, sich dabei bereichert hätten und vor welchen die „bodenständigen“ und „christlichen“ Bewohner*innen Österreichs, insbesondere Wiens, geschützt werden müssten.¹⁰⁴ Dementsprechend aktiv unterstützten die „Reichspost“, das „Deutsche Volksblatt“ und die „Innsbrucker Nachrichten“ „antisemitische Kundgebungen“ gegen jüdische Flüchtlinge. „Hinaus!“, titelte beispielsweise die „Reichspost“ am 6. Oktober 1919 und stellte die Forderung „Wien den Christen“ auf. Wie für die Berichterstattung über „antisemitische Kundgebungen“ üblich, betonte die Zeitung dabei, dass keine Pogrome gegen die in Österreich lebenden Jüdinnen und Juden durchgeführt hätten werden dürfen, sondern die Demokratie als „Richtschnur“ aller Maßnahmen gegen jüdische Kriegsflüchtlinge gelten sollte.¹⁰⁵ Ähnliche Berichte fanden sich im Oktober 1919 in den „Innsbrucker Nachrichten“, in welchen Reden und Forderungen von Teilnehmer*innen der „Antisemitenkundgebungen“ publiziert wurden und dabei auf die vom „Ostjudentum“ ausgehende „Gefahr“ hingewiesen wurde.¹⁰⁶ Im medialen Diskurs in der „Reichspost“, dem „Deutschen Volksblatt“ und den „Innsbrucker Nachrichten“ galt das Schicksal der Republik, insbesondere der Hauptstadt Wien, zusammengefasst als abhängig von der „Abschaffung des Ostjudentums“, was unter anderem mit der Phrase „Lösung der Judenfrage“ ausgedrückt wurde.¹⁰⁷

Eine andere Art der Berichterstattung verfolgte die „Neue Freie Presse“. Auch diese veröffentlichte amtliche Verordnungen, wie beispielsweise Kundmachungen über die „Abschaffung der Fremden aus dem deutschösterreichischen Staatsgebiet“, im Originalwortlaut.¹⁰⁸ Ebenso nannte sie die mangelnde Versorgung als Hauptgrund für angeblich notwendige Ausweisungen¹⁰⁹ und berichtete einerseits von Kundgebungen gegen (jüdische) Kriegsflüchtlinge, während sie diese andererseits aber als „judenhetzerische Demonstrationen“ verurteilte.¹¹⁰ Die „Neue Freie Presse“ befürchtete, dass die USA, welche von der Zeitung als wichtige Verbündete für den Wiederaufbau nach dem Krieg angesehen wurden, in Folge derartiger Demonstrationen der Republik die Unterstützung mit Krediten und Rohstoffen entziehen könnte. Dementsprechend verurteilend trat sie gegen die Proteste „radikaler Elemente“ auf.¹¹¹ Während in allen bisher behandelten Zeitungen stets über Kriegsflüchtlinge geschrieben und diesen keine eigene Stimme eingeräumt wurde, traten einzelne Vertreter*innen in der „Neuen

104 *Deutsches Volksblatt*, 30.1.1919, S. 6; *Innsbrucker Nachrichten*, 3.3.1919, S. 3; *Reichspost*, 5.12.1919, S. 4.

105 *Reichspost*, 6.10.1919, S. 1–3. Was „Demokratie als Richtschnur“ laut Zeitung konkret bedeutete, wurde nicht weiter ausgeführt.

106 *Innsbrucker Nachrichten*, 6.10.1919, S. 2; *Innsbrucker Nachrichten*, 10.10.1919, S. 4.

107 *Reichspost*, 26.9.1919, S. 1–2.

108 *Neue Freie Presse*, 12.9.1919, S. 9.

109 *Neue Freie Presse*, 18.10.1918, S. 10; *Neue Freie Presse*, 14.4.1919, S. 6.

110 *Neue Freie Presse*, 6.10.1919, S. 1.

111 *Neue Freie Presse*, 4.10.1919, S. 1; *Neue Freie Presse*, 6.10.1919, S. 1.

Freien Presse“ als aktive Subjekte auf und kamen in zahlreichen Fällen selbst zu Wort. Dabei war es Kriegsflüchtlingen und offiziellen Vertreter*innen möglich zu erklären, wieso eine sofortige Auswanderung oder Ausweisung aus Österreich nicht umsetzbar sei. Als Hauptgründe wurden Kriegsverwüstungen in deren Heimat, Kohlemangel für Transportmittel und Blockaden der Regierungen in den Nachfolgestaaten genannt.¹¹² Doch auch die „Neue Freie Presse“ war Zuwanderung aus dem östlichen Europa kritisch gegenüber eingestellt. Grund dafür waren jedoch nicht (jüdische) Kriegsflüchtlinge, sondern vor allem die von der Zeitung befürchtete Einwanderung „kommunistischer Hetzer“.¹¹³ Gemäß ihrer antikommunistischen redaktionellen Linie lehnte die Zeitung jene Personen kategorisch ab und begrüßte Maßnahmen, die deren Einwanderung erschweren bzw. verhindern sollten.¹¹⁴

Die vorgebrachten Beispiele verdeutlichen, dass Kriegsflüchtlinge – und dabei insbesondere jüdische Kriegsflüchtlinge aus dem Osten Europas – ein überaus präsent Thema in der österreichischen Tagespresse im untersuchten Zeitraum waren. „Reichspost“, „Deutsches Volksblatt“ und „Innsbrucker Nachrichten“ lehnten die Einwanderung und den Verbleib jener Kriegsflüchtlinge kategorisch ab, forderten wiederholt ihre Ausweisung und unterstützten antisemitische Bewegungen. Die „Arbeiter-Zeitung“ und „Neue Freie Presse“ traten ablehnend gegenüber den von den anderen drei Tageszeitungen unterstützten Bewegungen auf und verfolgten eine gemäßigte Berichterstattung, die oft nur die Publikation amtlicher Verordnungen, welche Kriegsflüchtlinge betrafen, umfasste. Doch auch diese beiden Zeitungen standen Zuwanderung (jüdischer) Kriegsflüchtlinge in Teilen kritisch bzw. ablehnend gegenüber.

3.2.3 Kriegsgefangene und „Heimkehrer“

Deutlich einheitlicher als die Meldungen über die Einwanderung von Kriegsflüchtlingen gestaltete sich die Berichterstattung über die Rückkehr österreichischer Soldat*innen, Kriegsgefangener, ziviler Gefangener und Privatpersonen – zusammengefasst von sogenannten „Heimkehrern“. In allen fünf Tageszeitungen fanden sich hierzu sehr ähnliche bis dieselben Diskursinhalte. Während es sich bei der Rückkehrmigration von zivilen Kriegsgefangenen und Privatpersonen, wie beispielsweise ehemaligen Staatsangestellten, um Themen handelte, die in allen Zeitungen oft nur am Rande erwähnt wurden, war insbesondere die Heimkehr von Frontsoldat*innen sowie Kriegsgefangenen ein zentrales Thema im Untersuchungszeitraum. Der Diskursstrang rund um die Rückwanderung von diesen wurde in der „Arbeiter-Zeitung“ in der Ausgabe vom 18. November 1918 treffend auf den Punkt gebracht: „Wann kommen die Internierten zurück?“¹¹⁵ In allen analysierten Zeitungen wurde im gesamten Untersuchungszeitraum immer wieder die Rückkehr österreichischer Soldat*innen thematisiert und gleichzeitig gefordert, wobei der Fokus häufig auf in Sibirien internierten Kriegsgefangenen lag.

112 *Neue Freie Presse*, 5.10.1918, S. 9; *Neue Freie Presse*, 24.4.1919, S. 9; *Neue Freie Presse*, 12.8.1919, S. 22; *Neue Freie Presse*, 12.9.1919, S. 9; *Neue Freie Presse*, 13.9.1919, S. 8; *Neue Freie Presse*, 14.9.1919, S. 3; *Neue Freie Presse*, 19.9.1919, S. 2–3; *Neue Freie Presse*, 19.9.1919, S. 18.

113 *Neue Freie Presse*, 26.6.1919, S. 5.

114 *Neue Freie Presse*, 6.7.1919, S. 13.

115 *Arbeiter-Zeitung*, 18.11.1918, S. 4.

So berichtete beispielsweise die „Arbeiter-Zeitung“ regelmäßig über die „Lage unserer Kriegsgefangenen“ und forderte die Entente dazu auf, die Heimkehr der österreichischen Kriegsgefangenen zu ermöglichen, um so „Hunderttausende vor dem Tod im Elend zu retten“.¹¹⁶ Ähnliche Berichte fanden sich in der „Reichspost“, in welcher unter anderem das „harte Schicksal [...] unserer Kriegsgefangenen“ thematisiert, gleichzeitig aber auch die Rückkehr „christlicher Heimkehrer“ gefeiert wurde.¹¹⁷ Auch im „Deutschen Volksblatt“ war die Hoffnung auf Heimkehr österreichischer Soldat*innen und Kriegsgefangener, wie etwa in der Ausgabe vom 8. November 1918, präsent. An dieser Stelle fand die Zeitung lobende Worte für „deutschösterreichisch[e] Soldaten und Volksgenossen“ und deren „heldenmütig[e] Verteidigung des deutschen Vaterlandes“.¹¹⁸ Im November 1918 lag der Fokus der Berichterstattung im „Deutschen Volksblatt“ im Vergleich zu den anderen vier Tageszeitungen jedoch nicht auf der Heimkehr österreichischer Soldat*innen, sondern auf der Rückkehr deutscher Truppen in deren Heimatland.¹¹⁹ Die „Neue Freie Presse“ berichtete ebenfalls laufend über die hoffentlich baldige Heimkehr österreichischer Soldat*innen, doch auch in dieser Zeitung mit einem speziellen Fokus. Das Tagblatt schrieb immer wieder über Frauenbewegungen, welche sich für die Rückkehr von Kriegsgefangenen einsetzten. In diesen Berichten kamen Vertreterinnen von Bewegungen wie der „Frauenvereinigung der Mütter und Frauen Kriegsgefangener in Rußland, Sibirien und Turkestan“ zu Wort und konnten ihre Forderungen, wie beispielsweise die „rasche Freilassung unserer Kriegsgefangenen“, aussprechen.¹²⁰ Die „Innsbrucker Nachrichten“ traten ebenso regelmäßig „für die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen“ ein, der Schwerpunkt der Berichterstattung lag dabei unter anderem auf der Rückkehr der in Italien internierten Gefangenen sowie dem Abtransport italienischer Kriegsgefangener aus Tirol.¹²¹

Während die fünf Tageszeitungen im gesamten Untersuchungszeitraum regelmäßig und ausgiebig über die Rückkehrmigration militärischer Kriegsgefangener und Frontsoldat*innen berichteten, war die Heimkehr von Privatpersonen und ehemaligen Staatsbediensteten oft nur ein Randthema. Laut einem Bericht der „Schutzstelle für die deutschen öffentlichen Angestellten aus den Nationalstaaten“ kamen bis 1921 1.733 ehemalige Staatsangestellte aus den Nachfolgestaaten zurück nach Österreich.¹²² In den analysierten Artikeln war dies kein präsent Thema. Lediglich das „Deutsche Volksblatt“ stach an dieser Stelle heraus. In der Ausgabe vom 17. Dezember 1919 erschienen mehrere Artikel über die „Not der heimgekehrten Privatbeamten“. In diesen wurden „Fürsorgeaktionen“ für nach Österreich zurückgekehrte (ehemalige) Staatsbedienstete gefordert.¹²³

116 *Arbeiter-Zeitung*, 19.2.1919, S. 6; *Arbeiter-Zeitung*, 25.9.1919, S. 6.

117 *Reichspost*, 15.10.1919, S. 5; *Reichspost*, 3.1.1919, S. 4.

118 *Deutsches Volksblatt*, 8.11.1918, S. 5.

119 *Deutsches Volksblatt*, 20.11.1918, S. 7; *Deutsches Volksblatt*, 26.11.1918, S. 2; *Deutsches Volksblatt*, 18.11.1919, S. 1.

120 *Neue Freie Presse*, 22.8.1919, S. 8.

121 *Innsbrucker Nachrichten*, 8.11.1918, S. 1; *Innsbrucker Nachrichten*, 10.2.1919, S. 4; *Innsbrucker Nachrichten*, 1.4.1919, S. 4.

122 Garstenaue, Die Remigration.

123 *Deutsches Volksblatt*, 17.12.1919, S. 7.

Während die „Reichspost“, das „Deutsche Volksblatt“ und die „Innsbrucker Nachrichten“ ablehnend gegenüber einer Einwanderung nicht-österreichischer Kriegsflüchtlinge eingestellt waren, wurde die Heimkehr österreichischer Soldat*innen und Zivilist*innen unmissverständlich gefordert und unterstützt. Auch in der „Arbeiter-Zeitung“ und der „Neuen Freien Presse“ war dies der Fall. Mit der Analyse der Berichterstattung über Rückkehrmigration wurde ein weiterer Grund ersichtlich, wieso einige der Tageszeitungen die Immigration ausländischer Personen ablehnten. Die Versorgung sollte neben der einheimischen Bevölkerung für die „Heimkehrer“ – also für die „eigenen Leute“ – gesichert bleiben.

3.2.4 Asyl als politische und mediale Streitfrage

Während Berichte über die Einwanderung, den Verbleib und die Ausweisungen von Kriegsflüchtlingen sowie die Rückkehrmigration im gesamten Untersuchungszeitraum präsent waren, kam es im Juli und August 1919 zu einer zwischen 1918 und 1919 einzigartigen Episode in der Migrationsberichterstattung. Beinahe alle Tageszeitungen diskutierten in diesem Zeitraum die Frage nach Asyl für politisch verfolgte Personen. Lediglich im „Deutschen Volksblatt“ konnten zu diesem Thema keine relevanten Artikel gefunden werden. Was war die Ursache für diese bis zu jenem Zeitpunkt nicht vorhandenen Diskursinhalte?

Anfang August 1919 gewährte die österreichische Regierung Béla Kun¹²⁴, einem der mächtigsten Volkskommissare der sozialistischen Räterepublik Ungarn, sowie weiteren Mitgliedern der Räteregierung Ungarns Asyl, nachdem diese nach dem Sturz der Räteregierung am 1. August 1919 nach Österreich geflüchtet waren.¹²⁵ Diese Entscheidung wurde in den untersuchten Tageszeitungen kritisch diskutiert und unterschiedlich bewertet. Aufgeheizt wurde die Berichterstattung durch die Tatsache, dass die österreichische Regierung Anfang August 1919 verkündet hatte, dass alle sonstigen ungarischen Flüchtlinge, die nach dem 1. März 1919 nach Österreich gekommen waren, das Staatsgebiet bis zum 5. August 1919 verlassen mussten.¹²⁶ Zwar wurde diese Frist nur kurze Zeit später verlängert, es entbrannte jedoch trotzdem eine mediale Debatte über die Gewährung von Asyl für politische Flüchtlinge. Die Hauptkritik in einigen Tageszeitungen war, dass während ungarischen Flüchtlingen, welche ursprünglich als Opfer politischer Verfolgung durch die Räteregierung nach Österreich kamen, das Asyl verwehrt blieb und diese nach dem Sturz der Räteregierung nun abgeschoben werden sollten, die Täter dieser Verfolgung, die ungarischen Volkskommissare, durch den Asylstatus in Österreich bleiben konnten. Dieser Umstand war für einige der Tageszeitungen nicht hinnehmbar.

124 Béla Kun war ein ungarischer Journalist und Politiker, welcher maßgeblich an der Errichtung der am 21. März 1919 ausgerufenen Räterepublik Ungarn beteiligt war und bis 1. August 1919 das Amt des Volkskommissars für Äußeres innehatte: Munzinger Online, Bela Kun, o. D., <http://www.munzinger.de/document/00000010645>, eingesehen 2.9.2020.

125 Zur Geschichte der ungarischen Räterepublik siehe z. B.: Christian Koller/Matthias Marschik (Hrsg.), *Die ungarische Räterepublik 1919. Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen*, Wien 2018.

126 Die Verkündung wurde beispielsweise in der *Neuen Freien Presse* veröffentlicht: *Neue Freie Presse*, 31.7.1919, S. 23.

Insbesondere die antikommunistisch und antisozialistisch auftretenden „Innsbrucker Nachrichten“ hatten „gar kein Verständnis“ für die Gewährung von Asyl für Kun.¹²⁷ Dabei trat die Zeitung bereits vor dem Sommer 1919 konsequent „gegen den Zuzug der Budapester Kommunisten“ ein.¹²⁸ In Bezug auf die Aufnahme Kuns kritisierte das Blatt die „freundliche Aufnahme“ durch die österreichische Regierung und merkte an, dass der „besonnene Teil“ der österreichischen Bevölkerung mit dem Asyl Kuns und anderer ungarischer Volkskommissare sicherlich nicht einverstanden sei. Insbesondere, dass „Verbrecher“ aufgenommen wurden, während deren Opfer abgeschoben werden sollten, wurde vom Tagblatt scharf verurteilt.¹²⁹ Deutlich ambivalenter berichtete die „Reichspost“. Auch diese stellte die Frage in den Raum, ob die sozialdemokratische Regierung denn nur kommunistische Personen in Schutz nehmen wolle, begrüßte aber gleichzeitig die Entscheidung der Asylgewährung Kuns, da dies als ein „leitendes Prinzip der Demokratie“ gezeigt habe, dass im „Wesen eines freien Volksstaates auch das Asylrecht für politische Flüchtlinge begründet sei“.¹³⁰ Zwar hatte die Zeitung das Asyl der Mitglieder der Räteregierung bei Bekanntwerden scharf verurteilt, sah diese Entscheidung ab dem 4. August aber zur „Wiederherstellung der Ruhe“ in Ungarn als „augenblicklich unvermeidlich“ an und arrangierte sich folglich damit.¹³¹ Eine ähnliche Position vertrat die „Neue Freie Presse“, welche das Asyl Kuns und weiterer Mitglieder der Räteregierung trotz ihrer grundsätzlich antikommunistischen Einstellung im „Interesse der Wiederherstellung der Ruhe“ im Nachbarstaat Ungarn als „unvermeidlich“ bezeichnete.¹³² Die „Arbeiter-Zeitung“ hingegen hatte vollstes Verständnis für die Entscheidung der sozialdemokratischen Regierung und verteidigte diese: Asyl musste als ein „Grundsatz der Demokratie“ gewahrt bleiben.¹³³ Zentral in der Berichterstattung der „Arbeiter-Zeitung“ war die Kritik an Meldungen anderer Blätter, wie in der Ausgabe vom 22. August ersichtlich wurde. „Wegen der paar politischen Flüchtlinge, die interniert sind und deren Anwesenheit niemanden wehtut, will sich die Kapitalistenpresse nicht beruhigen“, hieß es in der Parteizeitung.¹³⁴

Während die „Asylfrage“ im Juli und August 1919 medial heiß diskutiert wurde, war sie bald darauf – wie auch zuvor – kein Thema mehr. Im gesamten Untersuchungszeitraum wurde Asyl für politisch Verfolgte in diesem Ausmaß nur dieses eine Mal thematisiert.

4. Fazit

Die vorliegende Arbeit versteht sich als ein Beitrag zur Untersuchung historischer Migrationsberichterstattung. Es wurde der Fragestellung nachgegangen, wie österreichische Tageszeitungen im Zeitraum von Ende 1918 bis Ende 1919 über Migration und Flucht in die Republik berichteten.

127 *Innsbrucker Nachrichten*, 7.8.1919, S. 3–4.

128 *Innsbrucker Nachrichten*, 24.6.1919, S. 11.

129 *Innsbrucker Nachrichten*, 7.8.1919, S. 3–4.

130 *Reichspost*, 3.7.1919, S. 4; *Reichspost*, 14.8.1919, S. 8.

131 *Reichspost*, 4.8.1919, S. 3.

132 *Neue Freie Presse*, 4.8.1919, S. 5.

133 *Arbeiter-Zeitung*, 12.8.1919, S. 3.

134 *Arbeiter-Zeitung*, 22.8.1919, S. 1.

Ausgangspunkt der Arbeit war der historische Kontext. Der Erste Weltkrieg und die Neuordnung Europas führten zu einer Gewaltmigration von etwa 9,5 Millionen Menschen. Auch die neugegründete Republik Deutschösterreich, die spätere Republik Österreich, blieb von dieser „ersten ‚modernen‘ Flüchtlingskrise“ nicht unberührt. Dementsprechend präsent war das Thema Migration in österreichischen Zeitungen in diesem Zeitraum. Damit der mediale Diskurs rund um diese „Flüchtlingskrise“ dargestellt werden konnte, wurden Artikel aus insgesamt fünf Tageszeitungen mittels medienhistorischer Diskursanalyse untersucht.

Die Analyse zeigte, dass die Zeitungen regelmäßig und in unterschiedlicher Art und Weise über Migration und Flucht in die Republik berichteten. Dabei konnten neben den zentralen Themen „Immigration“ und „Flucht“ zahlreiche Unterthemen im medialen Diskurs ausgemacht werden, welche sich beispielsweise auf bestimmte „Gruppen“ oder konkrete Ereignisse bezogen. Ob eine Zeitung gegenüber Migration prinzipiell „pro“ oder „contra“ eingestellt war, konnte nicht eindeutig bestimmt werden. Dieser Umstand wurde durch die Analyse von drei ausgewählten Schwerpunkten der Berichterstattung ersichtlich gemacht. Die „Reichspost“, das „Deutsche Volksblatt“ und die „Innsbrucker Nachrichten“ traten gegen die Aufnahme und den Verbleib von Kriegsflüchtlingen, insbesondere von jüdischen Kriegsflüchtlingen, auf und verfolgten dabei eine Berichterstattung mit xenophoben und antisemitischen Inhalten. Die Einwanderung der sogenannten „Heimkehrer“, bei denen es sich meist um christliche und deutschsprachige Personen handelte, wurde von den drei Zeitungen jedoch begrüßt und unterstützt. Auch die „Arbeiter-Zeitung“ und die „Neue Freie Presse“ hießen „Heimkehrer“ willkommen, traten jedoch „nur“ teilweise offen gegen Kriegsflüchtlinge auf. Am Beispiel des Asyls für politisch verfolgte Flüchtlinge wurden die unterschiedlichen Diskurspositionen der Zeitungen nochmals ersichtlich.

Abschließend kann die eingangs aufgestellte These also bestätigt werden. Es erwies sich als nicht möglich, generalisierende Aussagen zur Berichterstattung bzw. zum medialen Diskurs zu treffen. Die von den Zeitungen transportierten Diskursinhalte waren abhängig von deren politischer und ideologischer Ausrichtung, dem Zielpublikum sowie dem jeweiligen Unterthema des Diskurses.

5. Quellen

Arbeiter-Zeitung, 1.10.1918–31.12.1919.

Deutsches Volksblatt, 1.10.1918–31.12.1919.

Innsbrucker Nachrichten, 1.10.1918–31.12.1919.

Neue Freie Presse, 1.10.1918–31.12.1919.

Reichspost, 1.10.1918–31.12.1919.

6. Literatur

Albrich, Thomas, Die organisierte Tiroler Auswanderung nach Brasilien ab 1858 in Presseberichten, in: ders./Ingrid Böhler (Hrsg.), Österreich–Spanien–Lateinamerika: Festschrift für Klaus Eisterer, Innsbruck 2021, S. 243–278.

ANNO, <http://anno.onb.ac.at>, eingesehen 19.8.2020.

APA-DeFacto, Medienanalyse: Migrationsdiskurs dominierte 2018 erneut die österreichische Berichterstattung, o. D., https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181217_OTS0025/medienanalyse-migrationsdiskurs-dominierte-2018-erneut-die-oesterreichische-berichterstattung-anhang, eingesehen 20.3.2020.

Bauböck, Rainer, „Nach Rasse und Sprache verschieden“. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute (IHS Political Science Series, Working Paper 31), 1996, https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/899/1/pw_31.pdf, eingesehen 3.5.2020.

Bonfadelli, Heinz, Medieninhaltsforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Konstanz 2002.

Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Grundlagendossier „Migration“, o. D., <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/>, eingesehen 20.3.2020.

Burger, Hannelore, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, Wien-Köln-Graz 2014.

Demokratiezentrum Wien, Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Österreich, 2015, <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/timelines/entwicklung-der-staatsbuergerschaft.html>, eingesehen 23.3.2020.

Demokratiezentrum Wien, Österreich entsteht. Die Ausrufung der Ersten Republik 1918, o. D., <http://www.demokratiezentrum.org/bildung/lernmodule/demokratieentwicklung.html?type=98>, eingesehen 12.8.2020.

Fassmann, Heinz, Europäische Migration im 19. und 20. Jahrhundert, in: Albert Kraler/Karl Husa u. a. (Hrsg.), Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850, Wien 2007, S. 32–54.

Foucault, Michel, Archäologie des Wissens, Frankfurt am Main 1981.

Garstenauer, Therese, Die Remigration ehemaliger Bediensteter der Habsburgermonarchie in die Republik Österreich 1918–1921, in: *first*, 2019, <http://first-research.ac.at/2019/02/26/die-remigration-ehemaliger-bediensteter-der-habsburgermonarchie-in-die-republik-oesterreich-1918-1921/>, eingesehen 20.3.2020.

Groth, Otto, Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaften (Periodik), Bd. 1, Berlin 1960.

Heiss, Gernot/Rathkolb, Oliver (Hrsg.) Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien 1995.

Jäger, Siegfried, Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Reiner Keller (Hrsg.), Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1, Opladen 2001, S. 81–112.

Ders., Bemerkungen zur Durchführung von Diskursanalysen (Vortrag auf der Tagung „Das große Wuchern des Diskurses. Der Diskurs als unberechenbares Ereignis“ am 3. und 4.07.1997 in der Universität GH Paderborn), 25.9.2006, http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Durchfuehrung_Diskursanalyse.html, eingesehen 28.5.2020.

Ders., Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster, 2009⁵.

Judson, Pieter M., The Habsburg Empire. A New History, Cambridge 2016.

Kennan, George F., The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations 1875–1890, Princeton 1979.

Koller, Christian/Marschik, Matthias (Hrsg.), Die ungarische Räterepublik 1919. Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen, Wien 2018.

Kraler, Albert, Zur Einführung: Migration und Globalgeschichte, in: ders./Karl Husa u. a. (Hrsg.), Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850, Wien 2007, S. 10–29.

Ders., The Case of Austria, in: Giovanna Zincone/Rinus Penninx u. a. (Hrsg.), Migration Policymaking in Europe. The Dynamics of Actors and Contexts in Past and Present, Amsterdam 2011, S. 21–59.

Landwehr, Achim, Historische Diskursanalyse (Historische Einführungen), Frankfurt am Main-New York 2018².

Ders., Diskurs und Diskursgeschichte, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 1.3.2019, https://docupedia.de/zg/Landwehr_diskursgeschichte_v2_de_2018, eingesehen 27.5.2020.

Link, Jürgen, Was ist und was bringt Diskurstaktik, in: *kultuRRevolution* 2 (1983), S. 60–66.

Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef, Auflagenzahlen der Wiener Tageszeitungen 1895–1933 in quellenkritischer Betrachtung, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation Nr. 1, 2001, https://www.oeaw.ac.at/fileadmin/Institute/CMC/PDF/Publications/Research_Papers/KMK_Arbeitsbericht_No_1.pdf, eingesehen 23.3.2020.

Dies./Ders., Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik, in: Matthias Karmasin/Christian Oggolder (Hrsg.), Österreichische Mediengeschichte. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute), Bd. 2, Wiesbaden 2019, S. 7–36.

Mentzel, Walter, Kriegsflüchtlinge im Ersten Weltkrieg in Österreich-Ungarn, 2017, <https://waltermentzel.wordpress.com/portfolio/kriegsfluechtlinge-im-ersten-weltkrieg/>, eingesehen 3.5.2020.

Munzinger Online, Bela Kun, o. D., <http://www.munzinger.de/document/00000010645>, eingesehen 2.9.2020.

o. A., Deutsche Medien berichten überdurchschnittlich viel über Migration, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.1.2020, <https://www.sueddeutsche.de/medien/medien-migration-studie-1.4757010>, eingesehen 20.3.2020.

o. A., Negative Berichterstattung über Flüchtlinge steigt, in: *Der Standard*, 26.4.2019, <https://www.derstandard.at/story/2000102080413/negative-berichterstattung-ueber-fluechtlinge-steigt>, eingesehen 20.3.2020.

Oberbichler, Sarah/Pfanzelter, Eva, Von „billigen Preisen“, Landarbeitern und Auswandereragenten: Migrationsdiskurse in historischen, österreichischen Zeitungen (1850 bis 1950), in: *NewsEye*, 5.5.2020, <https://www.newseye.eu/blog/news/von-billigen-preisen-landarbeitern-und-auswandereragenten-migrationsdiskurse-in-historischen-oesterr/>, eingesehen 10.6.2020.

Oltmer, Jochen, Kleine Globalgeschichte der Flucht im 20. Jahrhundert, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26–27 (2016), Heft 66, S. 18–25.

Österreichische Akademie der Wissenschaften, Der Zeitungsmarkt in der Ersten Republik 1918–1934, o. D., https://www.oeaw.ac.at/cmc/hyppress/per_02.html, eingesehen 23.3.2020.

Österreichische Mediathek, Der Zerfall der Monarchie, o. D., <https://www.mediathek.at/der-erste-weltkrieg/der-erste-weltkrieg-ausgabe-6/der-zerfall-der-habsburgermonarchie/der-zerfall-der-monarchie/>, eingesehen 12.8.2020.

Prutsch, Ursula, Migration und Identität. Österreichisch-ungarische Auswanderung nach Argentinien und Brasilien (1876–1914), in: Johannes Feichtinger/Peter Stachel (Hrsg.), *Das Gewebe der Kultur*, Innsbruck 2001, S. 127–148.

Rathkolb, Oliver, Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945), in: Thomas Winkelbauer (Hrsg.), *Geschichte Österreichs*, Wien 2015, S. 447–524.

Scharf, Michaela, Die Frau im Schützengraben, o. D., <https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/die-frau-im-schuetzengraben>, eingesehen 21.3.2022.

Schellenbacher, Wolfgang, Von Flucht und Abschiebung zur Vertreibung. Der Raum Niederösterreich als Beispiel für den Umgang mit Flüchtlingen und Abgeschobenen in Österreich zwischen 1914 und 1938, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien*, Wien 2016, S. 267–284.

Schröder, Thomas, *Die ersten Zeitungen. Textgestaltung und Nachrichtenauswahl*, Tübingen 1995.

Steidl, Annemarie, Ein ewiges Hin und Her. Kontinentale, transatlantische und lokale Migrationsrouten in der Spätphase der Habsburgermonarchie, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 19 (2008), H. 1, S. 15–42.

Dies., Migration Patterns in the Late Habsburg Empire, in: Günter Bischof/Dirk Rupnow (Hrsg.), *Migration in Austria (Contemporary Austrian Studies 26)*, Innsbruck 2017, S. 69–90.

Strobl, Philipp (Hrsg.), Die Flüchtlingskrise der 1930er Jahre in australischen Tageszeitungen. Eine medienhistorische Diskursanalyse, Hamburg 2019.

Wonisch, Regina, Entwicklung der Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich, in: Senol Grasl-Akkilic/Marcus Schober u. a. (Hrsg.), Aspekte der österreichischen Migrationsgeschichte, Wien 2019, S. 431–470.

Alexander Renner ist Student der Geschichtswissenschaften sowie studentischer Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck. Alexander.Renner@uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Alexander Renner, „Heimkehrer“, „Kriegswucherer“ und „unerwünschte Ausländer“ – Migrationsberichterstattung in der österreichischen Tagespresse 1918–1919. Eine medienhistorische Diskursanalyse, in: *historia.scribere* 14 (2022), S. 51–77, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 21.6.2022 (=aktuelles Datum).

„... nur soll man mich von dem kommenden schweren Leid befreien.“ Leserbriefe in den Frauenzeitschriften „Wiener Hausfrau“ und „Die Unzufriedene“ im Jahr 1925 im Vergleich

Theresa Kleinheinz

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: assoz. Prof. Mag. Dr. Eva Pfanzelter, MA

eingereicht im: WiSe 2020/21

Rubrik: Bachelor-Arbeit

Abstract

“... Let Me Just Be Freed from the Suffering to Come.” A Comparison of Readers’ Letters in the Women’s Magazines “Wiener Hausfrau” and “Die Unzufriedene” in 1925

Nowadays, the “Golden Twenties” are perceived as a time in which women were able to break out of the bourgeois corset. A new image of women, the “Neue Frau” (“New Woman”), emerged. But what did women themselves say about the time they were living in? The following bachelor thesis will compare reader’s letters in two Austrian women’s magazines, published in 1925. With the help of digital tools, hundreds of reader’s letters are analyzed in a quantitative, but also qualitative manner. The paper concludes that the social democratic magazine “Die Unzufriedene” contains a broader spectrum of themes and political issues than the conservative magazine “Wiener Hausfrau”.

1. Einleitung

„Bitte, liebe ‚Unzufriedene‘, vielleicht weißt du, wo ich mich hinwenden soll. Ich würde die Kosten gern in Raten zahlen, nur soll man mich von dem kommenden schweren Leid befreien.“¹ Verfasserin unbekannt, 11. Juli 1925

1 Die fluchwürdigen §§ 141 bis 144, *Die Unzufriedene*, 11.7.1925, S. 2.

Diese Sätze stammen aus der Rubrik „Was sich Frauen von der Seele reden“ in der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Die Unzufriedene“. Die Verfasserin klagt über eine ungewollte Schwangerschaft, die sie sich nicht im Stande sieht, zu Ende zu führen – der Ehemann ist krank und arbeitsunfähig, ihre beiden Kinder noch klein. Interaktive Rubriken in Frauenzeitschriften geben Aufschluss über Schicksale wie dieses. Dort wird aber auch geklärt, wie eine Sportweste zu färben² oder was nach einer Blinddarmerreizung zu essen sei.³ In der vorliegenden Arbeit sind es „Die Unzufriedene“ und die „Wiener Hausfrau“, aus welchen die interaktiven Rubriken analysiert werden, um herauszufinden, inwiefern das Bild der „neuen Frau“ in den Zeitschriften vorkommt. Als Untersuchungszeitraum wurde das Jahr 1925 gewählt, das exemplarisch für eine Zeit steht, in der sich das Bild der Frau gewandelt hat – so ist zumindest der herkömmliche Eindruck: Frauen tragen kurze Haare und Hosen, sie rauchen und tanzen, fahren Rad und gehen arbeiten. Die „neue Frau“ hat sich als prototypisches Weiblichkeitsbild der „goldenen Zwanziger“ verfestigt. Doch wie äußerten sich Frauen selbst über die Veränderung ihrer Situation? Welche Aspekte der „neuen Frau“ sind in den Leserbriefen erkennbar? Dabei stellt sich auch die Frage, inwiefern Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der politischen „Unzufriedenen“, die sich an Arbeiter*innen richtet und der unpolitischen, bürgerlichen Hausfrauenzeitschrift „Wiener Hausfrau“ erkennbar sind. Die These, dass in der sozialdemokratischen „Unzufriedenen“ mehr Aspekte der „neuen Frau“ erkennbar sind, als in der Hausfrauenzeitschrift, gilt es zu überprüfen.

Zunächst ist es allerdings notwendig, das Bild der „neuen Frau“ historisch einzuordnen, wobei überdies die Lebensrealität von Frauen in der Zwischenkriegszeit betrachtet wird. In den methodischen Vorbemerkungen wird in die Quellengattung des Leserbriefs eingeführt. Hier soll zudem geklärt werden, welche Motive Verfasser*innen und Redaktionen im Hinblick auf das Verfassen bzw. das Veröffentlichen von Leserbriefen hatten. Schließlich gilt es zudem, das Quellenkorpus zu definieren und Leserbriefe quellenkritisch zu betrachten. In diesem Kapitel werden weiters die Methoden der quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse vorgestellt.

Für die vorliegende Arbeit sind drei Forschungsfelder auszumachen: erstens, die Lebensrealität von Frauen in den 1920er-Jahren, zweitens, die Leserbriefforschung und drittens, Frauenzeitschriften in Österreich. Der erste Themenkomplex erweist sich als blühendes Forschungsfeld, insbesondere rund um das Schlagwort der „neuen Frau“. Für diese Arbeit besonders geeignete Forschungsliteratur stammt vorwiegend aus den frühen 2000er-Jahren. Fruchtbar war hier insbesondere die Tagung „Zwischenkriegszeit/Entre-deux-Guerres. Frauenleben in Politik, Gesellschaft und Kultur 1918–1939“ im November 2003 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Die Forschungsergebnisse sind im Sammelband „Zwischenkriegszeit. Frauenleben 1918–1939“⁴, herausgegeben von Susanne Elpers und Anne-Rose Meyer, gesammelt. Die Forschungstätigkeit konzentriert sich auf Deutschland und Frankreich. Seltener Be-

2 Briefkasten, *Wiener Hausfrau*, 14.6.1925, S. 20.

3 Ärztlicher Ratgeber, *Wiener Hausfrau*, 15.6.1925, S. 20.

4 Susanne Elpers/Anne-Rose Meyer (Hrsg.), *Zwischenkriegszeit. Frauenleben 1918–1939*, Berlin 2004.

träge zu Österreich finden sich beispielsweise im Sammelband „Das Werden der ersten Republik... der Rest ist Österreich“⁵.

Den zweiten Themenkomplex bildet das Feld der Leser*inneninteraktion, insbesondere der Leserbriefforschung. Lange Zeit als historische Quelle unterschätzt, fällt die Forschungsliteratur dementsprechend dürftig aus. Als problematisch erweist sich laut Julia Heupel vor allem die fehlende Vernetzung von Forschungstätigkeiten.⁶ Für die Definition und Funktion von Leserbriefen sind insbesondere Andrea Mlitz' „Dialogorientierter Journalismus. Leserbriefe in der deutschen Tagespresse“⁷ sowie Julia Heupels „Der Leserbrief in der deutschen Presse“⁸ hilfreich. Eine mit der vorliegenden Arbeit vergleichbare stellt Inke Deichmanns Magisterarbeit „An Dr. Sommer und Co...! Illustrierte als medizinische Ratgeber“⁹ dar. Deichmanns Methode der Inhaltsanalyse ist richtungsgebend für die vorliegende Arbeit.

Als dritter und die beiden Themen verbindender Forschungskomplex sind Frauenzeitschriften zu nennen. Für die Forschung zu österreichischen Frauenzeitschriften ist Larissa Krainer¹⁰ tongebend. Sie liefert neben einem historischen Überblick auch hilfreiche Kategorisierungen von Frauenzeitschriften.

Der praktische, quellenbezogene Teil ist in drei Teile gegliedert. Auf die quantitative Analyse von Worthäufigkeiten folgt eine qualitative Inhaltsanalyse. Der dritte Abschnitt besteht aus einem detaillierten Vergleich der beiden Zeitschriften hinsichtlich der exemplarisch ausgewählten Themen Schwangerschaftsabbruch und Bubikopf. Dieses Vorgehen macht einen quantitativen Überblick bis hin zu einer detaillierten qualitativen Detailstudie möglich.

Methodisch steht die Bachelorarbeit im Zeichen der Digital History, beginnend beim Quellenkorpus, der zur Gänze aus ANNO, dem digitalen Zeitungs- und Zeitschriftenarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek, stammt. Digitale Werkzeuge, allen voran Voyant Tools, ermöglichen eine quantitative Auswertung und Visualisierung des Quellenkorpus. Neben der quantitativen Auswertung, die u. a. Aufschluss über Worthäufigkeiten gibt, ist die Inhaltsanalyse von zentraler Bedeutung. Hierfür wird das Text-Annotation-Programm CATMA verwendet, womit alle Texte beschlagwortet, quantitativ ausgewertet und kategorisiert werden können.

In der vorliegenden Arbeit werden für die Analyse zwei Geschlechter unterschieden, wobei stets die sozialen Kategorien Frau und Mann gemeint sind. Für dieses Vorgehen

5 Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaler (Hrsg.), *Das Werden der Ersten Republik... der Rest ist Österreich*, Bd. 2, Wien 2008.

6 Julia Heupel, *Der Leserbrief in der deutschen Presse*, München 2007, S. 58.

7 Andrea Mlitz, *Dialogorientierter Journalismus. Leserbriefe in der deutschen Tagespresse*, Konstanz 2008.

8 Heupel, *Leserbrief*.

9 Inke Deichmann, „An Dr. Sommer und Co...! Illustrierte als medizinische Ratgeber“, Münster u. a. 1998.

10 Larissa Krainer, *Österreichische Frauenzeitschriften. Zwischen Kommerz- und Alternativmedien*, Dissertation, Klagenfurt 1995; dies., *Geschichte der Österreichischen Frauenzeitschriften*, in: Matthias Karmasin/Christian Oggolder (Hrsg.), *Österreichische Mediengeschichte*, Bd. 1: *Von den frühen Drucken zur Ausdifferenzierung des Mediensystems (1500 bis 1918)*, Wiesbaden 2016, S. 193–221; dies., *Zur Entwicklung der Österreichischen Frauenzeitschriften nach dem Ersten Weltkrieg*, in: Matthias Karmasin/Christian Oggolder (Hrsg.), *Österreichische Mediengeschichte*, Bd. 2: *Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute)*, Wiesbaden 2019, S. 227–258.

spricht auch, dass die Einsender*innen Geschlechtsidentitäten außerhalb dieser Binari-tät nicht thematisieren. Nichtsdestotrotz soll nicht in Abrede gestellt werden, dass das zweiteilige Geschlechterkonzept im frühen 20. Jahrhundert, etwa von Magnus Hirschfeld, in Frage gestellt wurde.¹¹ Um auf die Vielgeschlechtlichkeit hinzuweisen, wird in der vorliegenden Arbeit der Genderstern (*) verwendet.

2. Frauenbild und Frauenzeitschriften in der Zwischenkriegszeit

2.1 Frauen zwischen konservativen Rollenbildern und Emanzipation

Von einer „typischen“ Frau kann weder heute noch in den 1920er-Jahren die Rede sein. Dieses Kapitel behandelt vielmehr die gesellschaftlichen Konventionen, die den Entfal-tungsraum einer Frau in dieser Zeit vorgaben. Die Lebensumstände von Frauen in der Zwischenkriegszeit sind stets in Rückkopplung auf den Ersten Weltkrieg zu betrachten. Während (ihre) Männer im Krieg an der Front waren, übernahmen Frauen die Verant-wortung an der „Heimatfront“. Sie gewannen „nicht zuletzt durch diese Aufgaben zuse-hends [...] an Mobilität und Selbstvertrauen.“¹² Doch den Krieg als Motor für die Eman-zipation der Frau zu bezeichnen, wäre eindimensional. Julia Paulus weist darauf hin, „dass [...] der Erste Weltkrieg in Europa das weibliche Modell von Mutter und Hausfrau eher noch verfestigt hat und [...] die Emanzipationsbewegungen eher blockierte, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts in ganz Europa zu beobachten waren.“¹³

Viele Frauen arbeiteten danach in neuen Berufen, zum Beispiel als Sekretärinnen, Te-lefonistinnen oder Verkäuferinnen. Allerdings waren arbeitende Frauen „auch in den zwanziger Jahren in Europa noch relativ selten.“¹⁴ Ob verheiratete Frauen arbeiteten, war von der finanziellen und sozialen Situation des Ehemannes abhängig.¹⁵ Vielen blieb nichts anderes übrig als weiterzuarbeiten, weil sie verwitwet und/oder alleiner-ziehend waren oder der Mann zu wenig verdiente. Nichtsdestotrotz „gingen letzten Endes viele von ihnen aus dem Kampf um die Arbeitsplätze als Verliererinnen hervor.“¹⁶ Krainer skizziert die Situation folgendermaßen:

„Die Diskriminierung der Frau bleibt nach wie vor aufrecht, Akademikerinnen haben kaum Aussicht auf ausbildungsadäquate Berufe, weibliche Angestellte wenig Chancen, eine Karriereleiter zu erklimmen, berufstätige Frauen schlech-tere Verdienstaussichten als Männer (auch bei gleichwertiger Arbeit), weibliche Beamte sind gleich den Lehrerinnen dem Zölibat unterworfen und auch die

11 Christian Scheuß/Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, Magnus Hirschfeld, o. D., <https://mh-stiftung.de/biografien/magnus-hirschfeld/>, eingesehen 3.12.2021.

12 Julia Paulus, Die rechtliche, soziale und politische Situation von Frauen in der Zwischenkriegszeit in Europa, in: Susanne Elpers/Anne-Rose Meyer (Hrsg.), *Zwischenkriegszeit. Frauenleben 1918–1939*, Berlin 2004, S. 15–32, hier S. 16.

13 Paulus, *Frauen in der Zwischenkriegszeit*, S. 16.

14 Ebd., S. 19.

15 Ebd.

16 Karin Maria Schmidlechner, Die neue Frau? Zur sozioökonomischen Position und kulturellen Lage, in: Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaner (Hrsg.), *Das Werden der Ersten Republik... der Rest ist Österreich*, Bd. 2, Wien 2008, S. 87–102, hier S. 95.

wenigen Politikerinnen haben in ihren Machtpositionen praktisch keine Möglichkeit, eine Besserstellung der Frauen zu bewirken.“¹⁷

Frauen mussten 1919 per Gesetz der hohen Arbeitslosigkeit wegen ihren Platz im Berufsleben zugunsten heimkehrender Männer aufgeben.¹⁸ „Verheiratete Beamtinnen entfernte das ‚Doppelverdienergesetz‘ von ihren Arbeitsplätzen. Vielen Frauen blieb danach nur mehr die Möglichkeit der Heimarbeit, die damals starken Zulauf verzeichnete. Manch eine Frau ohne Arbeit oder mit geringem Lohn wurde auch in die Prostitution getrieben [...]“¹⁹ Sowohl Zeitungen als auch Egodokumente sprechen laut Karin Maria Schmidlechner dafür, dass der „Rolle als Hausfrau und Mutter weiterhin Vorrangstellung zukam [...], der bürgerliche Haushalt baute wieder auf die Kernfamilie auf, es kam zu einer Renaissance der getrennten Geschlechter-Sphäre.“²⁰ Doch dieses bürgerliche Ideal konnte nach dem Krieg nicht ohne weiteres wieder aufgenommen werden. Häusliche Gewalt, Geheimprostitution, Geschlechtskrankheiten und Alkoholmissbrauch wurden als moralischer Verfall der Gesellschaft gewertet. Aus katholisch-konservativer Sicht sollte diesem Sittenverfall mit der „Rückkehr zur alten, gottgewollten Ordnung“²¹ in Form der bürgerlichen Familie Einhalt geboten werden. Die sozialdemokratische Perspektive auf die Ehe unterschied sich laut Schmidlechner davon nur insofern, als dass „Gleichrangigkeit von Frau und Mann [gefordert], wenngleich die traditionelle Aufgabenteilung zwischen beiden nicht in Frage gestellt wurde.“²² Das galt unabhängig davon, ob die Frau berufstätig war oder nicht: Für Haushalt und Kinder war sie trotzdem zuständig.²³

Wie kam es aber bei all dem bisher Beschriebenen zum Bild der „neuen Frau“? Es fußte auf den „Versuchen, die Lebensrealität von Frauen neu zu gestalten.“²⁴ Der selbstständige und selbstbewusste Frauentypus entstand in England und Frankreich. „Androgynität“ ist laut Schmidlechner das Stichwort. Diese kumuliert in einer Frisur: dem Bubikopf. Kurze Röcke und zum Teil auch Hosen ersetzten das Korsett. Neue Freiheiten eröffneten sich auch beim Sport. Die „neue Frau“ fuhr Fahrrad und tanzte, sie rauchte in der Öffentlichkeit und traf sich mit Freund*innen.²⁵ „Eine Massenerscheinung war sie nicht unbedingt, sondern eher ein Phänomen gehobener und intellektueller Kreise, obwohl sich der Bubikopf zumindest in den Städten großer Beliebtheit erfreute.“²⁶

Der Literaturwissenschaftlerin Inge Stephan zufolge ist der „Kampfbegriff“ „neue Frau“ auf die „femme nouvelle“ der Französischen Revolution zurückzuführen.²⁷ Lange habe das literaturwissenschaftliche Interesse „der Aufarbeitung der proletarisch-revolutio-

17 Krainer, *Frauenzeitschriften*, S. 87–88.

18 Ebd., S. 88.

19 Schmidlechner, *Frau*, S. 95.

20 Ebd., S. 96.

21 Schmidlechner, *Frau*, S. 99.

22 Ebd., S. 100.

23 Ebd.

24 Ebd.

25 Ebd., S. 101.

26 Ebd.

27 Inge Stephan, *Literatur in der Weimarer Republik*, in: Wolfgang Beutin/Matthias Beilein u. a. (Hrsg.), *Deutsche Literaturgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Berlin 2019⁹, S. 391–436, hier S. 406.

nären Literaturbewegung“²⁸ gegolten, weshalb die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem „Aufbruch von Frauen“ hintangestellt wurde.

„[In den] letzten Jahrzehnten [...] entstand eine Reihe von historischen Untersuchungen, und es kam zur Neuentdeckung von Autorinnen (Marieluise Fleißer, Irmgard Keun, Mascha Kaléko, Rahel Sanzara, Ilse Langner u. a.), deren Texte wieder zugänglich gemacht wurden. Dieser Prozess der Wiederentdeckung und Neubewertung ist bis heute nicht abgeschlossen.“²⁹

In diesem Sinne leistet auch die vorliegende Arbeit einen Beitrag, allerdings zum nicht-literarischen Forschungsfeld.

2.2 *Frauenzeitschriften und ihre Rolle in der Verbreitung des Frauenbildes*

Die Kommunikationswissenschaftlerin Larissa Krainer definiert Frauenzeitschriften „als Zeitschriften, die ein weibliches Publikum adressieren“³⁰, was nicht bedeutet, dass sie nicht auch von Männern gelesen wurden. Bis 1918 gab es in Österreich 150 Frauenzeitschriften. Sie entwickelten sich ausgehend von der Aufklärung zu Bildungszwecken.³¹ Die ersten deutschsprachigen Frauenzeitschriften entstanden Mitte des 17. Jahrhunderts.³² Das Feld differenzierte sich, ebenso wie das Pressewesen im Allgemeinen, angesichts der Revolutionsbewegungen in den 1840er-Jahren aus. Krainer beschreibt die Veränderungen folgendermaßen:

„Frauen traten vermehrt als Herausgeberinnen und Redakteurinnen von Frauenzeitschriften auf, politische und konfessionelle Blätter entstanden, während unterhaltende Zeitschriften und Journale bestehen blieben, vermehrt wurden Blätter auch in anderen Nationalsprachen aufgelegt.“³³

Sie fasst nach ihrer Analyse von Frauenzeitschriften bis 1918 zusammen, dass „[d]ie Geschichte der Frauenzeitschriften [...] in engem Zusammenhang mit historischen Prozessen und der jeweiligen Frauensituation [steht].“³⁴ In diesem Sinne unterscheidet sie sieben Arten von Frauenzeitschriften: bürgerlich-liberale und sozialdemokratische Zeitschriften, konfessionelle Zeitschriften, Zeitschriften der Frauenstimmrechtsbewegung, Vereinsorgane für Berufsgruppen, Frauenzeitschriften in anderen Nationalsprachen sowie Frauenzeitschriften für Bildung und Unterhaltung.³⁵

Aus dem Ersten Weltkrieg ging die Presse weitgehend unbeschadet hervor und konnte nach einem Auflagenrückgang während des Krieges wieder reüssieren. Frank Bösch sieht einen inhaltlichen Wandel in der Mitte der 1920er-Jahre von der Parteipresse hin zum Boulevard: „Zugleich vermischten sich die Grenzen zwischen der populä-

28 Stephan, *Literatur*, S. 406.

29 Ebd.

30 Krainer, *Geschichte*, S. 193.

31 Ebd.

32 Krainer, *Frauenzeitschriften*, S. 228.

33 Krainer, *Geschichte*, S. 193.

34 Ebd., S. 218.

35 Ebd., S. 207–217.

ren und parteinahen Presse.“³⁶ Larissa Krainer hingegen unterscheidet klar zwischen „politische[n] Frauenzeitschriften, in denen die Besserstellung der Frau am Weg zur erkämpften Gleichheit der Geschlechter gefordert werden [sic!]“³⁷ und Haushalts- und Modezeitschriften. Letztere waren jene, die insbesondere das äußere Erscheinungsbild der Frau prägten. Wie bereits erörtert, galt das neue Frauenbild der 1920er-Jahre lediglich für eine Minderheit von meist urbanen Frauen. Dieses Erscheinungsbild wurde von Modezeitschriften verbreitet und bestimmt.³⁸ Doch der Aufstieg zum Luxus blieb für die meisten ein Traum.³⁹

Modezeitschriften, die sich nicht zuletzt aufgrund der enthaltenen Schnittmuster großer Beliebtheit erfreuten, standen oft in Zusammenhang mit Haushaltsthemen. „Im historischen Kontext von Restauration und Konservatismus“ beeinflussten sie Krainer zufolge gemeinsam mit „Familien und Haushaltszeitschriften gesellschaftliche Rollenvorstellungen.“⁴⁰ Die Herausgeber*innen wussten dies, wie Krainer zusammenfasst, auch konsumtechnisch auszunutzen:

„Die neue Devise ‚Frauen zurück an den Herd‘ bleibt von ZeitungsmacherInnen weder unbemerkt noch ungenützt. Zeitungen wie ‚Blatt für die Hausfrau‘, ‚Frau und Mutter‘, ‚Die Wiener Hausfrau‘ [...] nehmen sich der biedermeierlichen Renaissancebewegung an und nehmen Frauen vor allem als Konsumentinnen von Haushaltsartikeln wahr.“⁴¹

Mirjam Sachse⁴² hat sich linken Frauenleitbildern in sozialdemokratischen und kommunistischen Frauenzeitschriften⁴³ gewidmet. Im Hinblick auf ihr Forschungsvorhaben, das zeitlich ebenso in der Zwischenkriegszeit angesiedelt ist, konstatiert sie Folgendes, auch für die vorliegende Arbeit Geltendes:

„Zeitungen und Zeitschriften sind für den hier zu berücksichtigenden Zeitraum die Medien mit der höchsten Aktualität und dem größten Wirkungsgrad. Sie spiegeln am zutreffendsten die gesellschaftlichen Zustände und Strömungen wider und haben dadurch nicht nur eine beobachtende und berichtende Funktion, sondern bieten auch Hilfe zur Orientierung und Meinungsbildung.“⁴⁴

Sachse kommt zum Schluss, dass sich sozialistische Frauenzeitschriften zwar von „bürgerlichen Frauenzeitschriften“ abheben wollten, „[t]atsächlich aber näherten sie sich ihnen an, indem sie zugunsten einer größeren Popularität auf kleinbürgerli-

36 Frank Bösch, *Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen*, Frankfurt a. M.-New York 2011, S. 168.

37 Krainer, *Frauenzeitschriften*, S. 89.

38 Ebd.

39 Ebd., S. 92.

40 Krainer, *Geschichte*, S. 193.

41 Krainer, *Frauenzeitschriften*, S. 92.

42 Mirjam Sachse, *Entwicklung und Wandel linker Frauenleitbilder im Spiegel sozialdemokratischer und kommunistischer Frauenzeitschriften*, in: Susanne Elpers/Anne-Rose Meyer (Hrsg.), *Zwischenkriegszeit. Frauenleben 1918–1939*, Berlin 2004, S. 191–210.

43 Sachses Korpus besteht aus den folgenden Zeitschriften: *Die Gleichheit* (mit und nach Clara Zetkin), *Die Kommunistin* und *Die Kommunistische Fraueninternationale, Frauenwelt, Genossin*.

44 Sachse, *Frauenleitbilder*, S. 191.

che Rollenklischees und unterhaltende Inhalte zurückgriffen.⁴⁵ In kommunistischen Frauenzeitschriften wiederum sei der unterhaltende Teil den „politisch-agitatorischen Inhalten“⁴⁶ untergeordnet gewesen. Dieses Forschungsergebnis weist darauf hin, dass der Konkurrenzdruck zwischen den Frauenzeitschriften Redaktionen von der eigentlichen Intention des Blattes abweichen ließ.

Unmittelbar nach dem Krieg „[reagierten] Frauenvereine und Frauenzeitschriften [...] durchaus unterschiedlich auf die beschriebene Tendenz, Frauen nach dem Zusammenbruch der Monarchie aus dem Wirtschaftsleben auszugliedern.“⁴⁷ Sowohl auf konfessioneller als auch auf bürgerlicher Seite sind ambivalente Ansichten zu lesen. Einerseits sollte Frauen ihr Platz im Arbeitsleben zugestanden werden, andererseits sollten sie Berufe ergreifen, die zu ihren „Anlagen“ und ihrer „Eigenart“ passten.⁴⁸ Zum Thema „neue Frau“ in der Presse geht aus der Sekundärliteratur immer wieder hervor, was Ute Scheub auf den Punkt bringt:

„Genau genommen war die ‚Neue Frau‘ ein Mythos, ein in den Zeitungsfeuilletons herbeigeschriebenes Konstrukt, so ähnlich wie das ‚Superweib‘ von heute. Die ‚Neue Frau‘ sollte alles sein: eigenständig verdienende Berufstätige, zärtliche Mutter, sexuell aktive Geliebte, verständnisvolle Kameradin, ernährungsbewusste Konsumentin, gesundheitsbewusste Sportlerin, praktische Hausfrau, elegante Hausherrin. Natürlich konnte so gut wie keine Frau all diese Anforderungen gleichzeitig erfüllen, ohne sich Migräne, Magenschmerzen und Stresssymptome aller Art einzuhandeln.“⁴⁹

Im Hinblick auf die Ausführungen zu den Lebensrealitäten von Frauen in der Zwischenkriegszeit und dem nicht zuletzt durch Frauenzeitschriften propagierten Bild der „neuen Frau“ stellt sich nun die Frage, inwiefern sich diese beiden Faktoren in Leserbriefen widerspiegeln, wurden sie doch von jenen verfasst, die einerseits in der Realität der Zwischenkriegszeit lebten und gleichzeitig durch Frauenzeitschriften das Bild der „neuen Frau“ konsumierten. Lässt sich die Einstellung der Leser*innen zur „neuen Frau“ herauslesen? Hingen sie dem Ideal an, auch wenn sie selbst „die Utopien und Aufbruchphantasien, die das Bild der neuen Frau [versprach], [...] in der sozialen Realität“⁵⁰ schwer erfüllen konnten?

45 Sachse, *Frauenleitbilder*, S. 206.

46 Ebd.

47 Schmidlechner, *Frau*, S. 95.

48 Ebd.

49 Ute Scheub, *DIN A Sex. Liebe, Ehe, Sexualität, Lesbianismus*, in: Susanne Elpers/Anne-Rose Meyer (Hrsg.), *Zwischenkriegszeit. Frauenleben 1918–1939*, Berlin 2004, S. 91–105, hier S. 101–102.

50 Julia Freytag/Alexandra Tacke, Einleitung, in: Julia Freytag/Alexandra Tacke (Hrsg.), *City Girls. Bubiköpfe & Blaustrümpfe in den 1920er Jahren (Literatur – Kultur – Geschlecht 29)*, Köln-Weimar-Wien 2011, S. 9–19.

3. Methodische Vorbemerkungen

3.1 *Leserbriefe als historische Quellen*

Die Quellen der vorliegenden Arbeit sind Zusendungen von Leser*innen an Frauenzeitschriften. Zunächst ist festzuhalten, dass Leserbriefe bisherigen Forschungen zufolge keinen Aufschluss über das Lesepublikum geben.⁵¹ Die vorliegende Arbeit ist also nicht als Rezeptions- oder Publikumsforschung zu verstehen.

Erste Leserbriefe erschienen in den „Moralischen Wochenschriften“ des 18. Jahrhunderts: „Die Zuschriften waren als Fragen an den Herausgeber, Bitten, Vorschläge und Meinungsbeiträge zu vorangegangenen Beiträgen des Blattes formuliert; kennzeichnend für diese Briefe war die Ratgeberfunktion.“⁵² Eine Konjunktur erlebte die Leserbriefkommunikation laut Heupel am Ende der Weimarer Republik, „womit sich die [...] These bewahrheitet, dass die Zahl der eingehenden Briefe ansteigt, sobald sich die allgemeine Lage verschlechtert.“⁵³

Definitionen für den Begriff „Leserbrief“ gibt es viele, wobei hier nur einzelne diskutiert werden können. Der Journalist Hanns Braun definiert den Leserbrief als einen „Leserbeitrag zu etwas von der Zeitung Erörtertem, und zwar [...] in Form einer Bestätigung und Bekräftigung oder aber eines Widerspruchs zu der von dem Blatt vertretenen Meinung, oder einer informativen Erweiterung bzw. einer Korrektur des Ausgesagten.“⁵⁴ Für das in der vorliegenden Arbeit verwendete Korpus ist diese Definition zu eng, da Braun die Texte als Reaktionen auf Veröffentlichungen im Blatt beschränkt.

Peter Stromberger hingegen fasst den Begriff weiter. Der Leserbrief sei ein „Text, in dem sich der Leser mit einem Sachverhalt außerhalb seiner persönlichen Sphäre befaßt.“ Er schreibt weiter, dass

„[a]uch die Zeitschrift selbst [...] Thema solcher Betrachtungen werden [kann]“. Zur Leserintention merkt er an, dass die Verfasser*innen „eigene Erfahrungen oder Informationen beisteuern, Korrekturen bewirken oder durch Kritik Einfluß nehmen [wollen]; der Brief ist zur Veröffentlichung bestimmt.“⁵⁵

Für diese Arbeit eignet sich eine noch weitere Definition, die bei Inke Deichmann zu finden ist: Sie „umfaßt neben der bloßen Meinungsäußerung auch Richtigstellungen, Dementis, Fragen, Einsendungen von Fotos, Dankschreiben, Erwidern auf vorangegangene Leserbriefe etc.“⁵⁶ Deichmann wirft zudem die Frage auf, ob es in allen Fällen angebracht ist, von Leserbriefen zu sprechen. Sie schlägt vor, angesichts der großen Vielfalt (z. B. Witze, Suchaktionen etc.) von „Einsendungen“ oder „Mitteilungen

51 Heupel, *Leserbrief*, S. 27.

52 Ebd., S. 29.

53 Ebd., S. 35. Analoge Aussagen sind aufgrund der geringen Forschungsaktivität in diesem Bereich für Österreich nicht wissenschaftlich nachweisbar.

54 Hanns Braun, *Der Leserbrief im Lichte zeitungswissenschaftlicher Theorie*, in: *Publizistik* 5 (1960), S. 10–20, hier S. 15, zit. nach: Heupel, *Leserbrief*, S. 19.

55 Peter Stromberger, *Leserbriefe als Feedback?*, in: *Rundfunk und Fernsehen* 24 (1976), S. 385–393, hier S. 388, zit. nach: Heupel, *Leserbrief*, 2007, S. 20.

56 Deichmann, „An Dr. Sommer und Co...“, S. 25.

aus dem Publikum“ zu sprechen.⁵⁷ Deichmann selbst entscheidet sich aufgrund ihres Quellenkorpus, das aus Einsendungen besteht, die ein „vertrauliches“ Gefühl zwischen Leser und Illustrierte[r]⁵⁸ vermitteln, beim Begriff „Leserbrief“ zu bleiben. In der vorliegenden Arbeit werden „Einsendungen“ und „Leserbriefe“ synonym verwendet.

Nicht zuletzt aufgrund der Provokationen, aber auch der sprachlichen Raffinesse mancher Texte, liegt die Vermutung nahe, dass sie aus der Feder professioneller Journalist*innen stammen. Für Leser*innen, aber auch Historiker*innen bleiben diese Fälle ungeklärt. Inke Deichmann führt an, „welche Beweggründe Redaktionen dazu führen könnten, Leserbriefe zu erfinden.“⁵⁹ Auch wenn sie aus der Perspektive des späten 20. Jahrhunderts schreibt, können diese Motive durchaus auf das Quellenkorpus dieser Bachelorarbeit zutreffen:

- „Anstoß für die Diskussion“
- Fingierter „Gegenpol“ zu homogenen Meinungen
- Um gewagte Meinungen zu platzieren
- Um Leserbindung zu suggerieren

Für die vorliegende Arbeit kann nicht geklärt werden, ob die abgedruckten Einsendungen echt oder fingiert sind. Die Beantwortung der Fragestellung schränkt dies insofern ein, als nicht geklärt werden kann, ob die Themen von den Schreiber*innen selbst in den Diskurs eingebracht wurden. Nichtsdestotrotz ist angesichts der Themenvielfalt sowie der Größe des Korpus nicht davon auszugehen, dass gefälschte Leserbriefe ins Gewicht fallen. Außerdem unterliegen Leserbriefe ständig einer Zensur durch die Redaktion, die letztendlich entscheidet, was abgedruckt wird und damit das Sagbare festlegt.

3.2 *Korpus*

3.2.1 Wiener Hausfrau

Die erste Ausgabe der „Wiener Hausfrau“ erschien am 20. März 1904 mit dem Untertitel „Wochenschrift für Hauswirtschaft, Mode, Handarbeiten und Unterhaltung mit Kindermode und ‚Für Klein Wien‘“. Am 19. September 1920 erschien aus finanziellen Gründen die vorerst letzte Ausgabe.⁶⁰ Am 8. Juni 1924 meldete sich die „Wiener Hausfrau“ mit dem leicht geänderten Untertitel „Praktische Wochenschrift für Hauswirtschaft und Mode, Handarbeit und Unterhaltung. Mit der Beilage ‚Fürs kleine Volk‘“ zurück. Am 12. März 1936 gab sie bekannt, dass eine Fusion mit der Zeitschrift „Fürs Haus“ bevorstehe.⁶¹ Erscheinen werde sie unter dem Titel der Schwesternzeitung. Dieser Titel scheint allerdings nicht im Verzeichnis von ANNO auf. Ab 5. Mai 1938 erschien die „Wiener Hausfrau“ wieder unter dem alten Titel. Diese Ausgabe war bereits gleichgeschaltet. Am 26.

57 Deichmann, „An Dr. Sommer und Co.“, S. 25.

58 Ebd., S. 26.

59 Ebd., S. 55.

60 An unsere lieben Leserinnen!, *Wiener Hausfrau*, 19.9.1920, S. 3.

61 An unsere verehrten Leserinnen und Leser!, *Wiener Hausfrau*, 12.3.1936, S. 3.

Jänner 1939 erschien die „Wiener Hausfrau“ ohne Kommentar seitens der Schriftleitung zum letzten Mal.

Die redaktionelle Verantwortung hatte Anton Felix Latus inne. Herausgegeben wurde die Zeitschrift von der deutschen Guido Hackebeil AG. Ihr standen die Direktoren Willi Böcker⁶², Hans Strauß und Otto Trapper vor.⁶³ „Verlagsspezialität waren Zeitschriften und Bücher für Photo- und Kinotechnik [...]; Kinoliteratur und Kunstphotographie, [...] Verkehrstechnik, technisch-wirtschaftliche Werke. [...] Daneben befasste sich der Verlag mit Jugendschriften und Belletristik.“⁶⁴ Zweigniederlassungen reichten von Kiel über Breslau bis nach Wien.⁶⁵ Eine einschlägige Verbindung des Verlages und redaktionellen Leiters zu politischen Parteien geht aus der Sekundärliteratur nicht hervor, Edith Rigler zufolge jedoch kann die „Wiener Hausfrau“ der Presse bürgerlicher Frauenvereine zugeordnet werden.⁶⁶

Inhaltlich entspricht die Zeitschrift 1925 ihrem Untertitel. Als „praktisches Wochenblatt für alle Hausfrauen“ finden sich Artikel zu Etikette, Astrologie und Unterhaltungsveranstaltungen, vor allem aber Schnittmuster und Handarbeitsvorlagen sowie Tipps für Küche und Haushalt. Julia Heupel unterteilt Leserbriefe in die folgenden Kategorien:

- „(1) Leserbriefe an Nachrichtenmedien
- (2) individuelle (medizinische) Ratgeberbriefe in Fachzeitschriften und -zeitungen sowie Illustrierten und
- (3) Leserfragen, die sich nicht für einen Abdruck eignen bzw. bei denen auch der Autor nicht an eine Veröffentlichung gedacht hat“⁶⁷

Demnach sind die Leserbriefe der „Wiener Hausfrau“ vorwiegend der zweiten Kategorie zuzuordnen, wobei in der vorliegenden Arbeit zusätzlich zwischen Kurz- und Langrubriken unterschieden wird. Zum einen gab es 1925 den Briefkasten und Fernsprecher mit 66 kurzen Fragen von Leser*innen bzw. Antworten seitens der Redaktion. Zum anderen tauschten sich die Leser*innen im Meinungsaustausch in 398 längeren Abhandlungen aus. Im Gegensatz zur „Unzufriedenen“ gibt es in der „Wiener Hausfrau“ eine eigene Gesundheitsrubrik mit dem Titel „Ärztlicher Ratgeber“. 69 Antworten einer*eines Dr. H. (z. T. auch Dr. A. H.) wurden 1925 in dieser Rubrik veröffentlicht.

3.2.2 Die Unzufriedene

„Die Unzufriedene“ folgte im Gegensatz zur „Wiener Hausfrau“ im Jahr 1925 trotz des Untertitels „Eine unabhängige Wochenschrift für alle Frauen“ klar einer politischen

62 Fehlerhafte Schreibweise „Bröcker“ im Lexikon Deutscher Verlage; für korrekte Schreibweise siehe: Helmut H. Diederichs, Frühgeschichte deutscher Filmtheorie. Ihre Entstehung und Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg, Habilitationsschrift, Frankfurt a. M. 1996, S. 20, <https://d-nb.info/980342805/34>, eingesehen 18.2.2022.

63 Reinhard Würffel, Guido Hackebeil AG Verlag, in: Lexikon Deutscher Verlage, Berlin 2000, S. 307.

64 Ebd.

65 *Anzeiger für den Buch-, Kunst- und Musikhandel*, 13.4.1928, S. 80.

66 Edith Rigler, *Frauenleitbild und Frauenarbeit in Österreich vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg*, Wien 1976, S. 98.

67 Heupel, Leserbrief, S. 20.

Linie: „Rechtzeitig vor den Wahlen 1923 bringen die SozialdemokratInnen die ‚Unzufriedene‘ [...] heraus, die bereits 1924 eine wöchentliche Auflage von 106.000 Stück verzeichnet, und politisch indifferente beziehungsweise uninformierte Frauen ansprechen soll.“⁶⁸ Krainer hebt hervor, dass unter der redaktionellen Leitung von Max Winter „auch Tabu-Themen familiärer Privatsphäre“ wie „Kampagnen gegen Prügelstrafe oder Alkoholismus“⁶⁹ aufgegriffen wurden.

„Die journalistische Strategie folgte dabei vielfach einer dreistufigen Logik: Zunächst sollte Unzufriedenheit durch das Aufzeigen von Missständen geschürt werden, um Frauen aus ihrer politischen Lethargie zu reißen, ehe Verbesserungen aus sozialdemokratischer Perspektive angeboten wurden und schließlich Kritik an der Regierung aufgrund ihres mangelnden Engagements für eine soziale Besserstellung der ArbeiterInnenschaft geübt wurde.“⁷⁰

Die inhaltliche Ausrichtung macht Krainer an drei Arten von Texten fest: 1) „Artikel, die Frauen von Notwendigkeit und Möglichkeit politischen Engagements überzeugen“ 2) Texte, die das traditionelle Klischee der Hausfrau und Familienmutter ändern sollen“ 3) „Fortsetzungsromane“.⁷¹

„Die Unzufriedene“ erschien immer samstags vom 22. September 1923 bis zum 11. Feber 1934.⁷² Herausgegeben wurde sie von der sozialdemokratischen Parteifunktionärin Eugenie Brandl.⁷³ Angesichts der Februarkämpfe musste „Die Unzufriedene“ vorübergehend bis 22. April 1934 eingestellt werden. Bis 24. Juni 1934 erschien die Zeitschrift wieder in gewohnter Form. Ab dem 1. Juli 1934 wurde sie unter dem neuen Titel „Das kleine Frauenblatt. Eine unabhängige Wochenschrift für alle Frauen“ bis 1944 publiziert. Krainer zufolge nahm im Laufe der 1930er Jahre „das politische Engagement der Zeitung ab“⁷⁴, was einerseits auf die Zensur unter Engelbert Dollfuß und andererseits darauf zurückzuführen sei, dass die Sozialdemokratie eine konservativere Linie verfolgte.⁷⁵ Die letzte auf ANNO einsehbare Ausgabe der „Unzufriedenen“ ist jene vom Jahresende 1938.

Der Briefkasten der „Unzufriedenen“ war im Jahr 1925 mit 269 Texten deutlich umfangreicher als jener der „Wiener Hausfrau“. Hier beantwortete ausschließlich die Redaktion die Fragen der Leser*innen, wobei nur die Antworten abgedruckt wurden. Manche Antworten bleiben, ohne die Fragen zu kennen, deshalb inhaltlich völlig unverständlich. Die Langrubrik in der „Unzufriedenen“ trug den Titel „Was sich Frauen von der Seele reden.“ Die Antworten bzw. Reaktionen auf diese Leserbriefe stammten aus der

68 Krainer, Frauenzeitschriften, S. 90.

69 Ebd.

70 Krainer, Entwicklung, S. 234.

71 Krainer, Frauenzeitschriften, S. 90.

72 Mit einzelnen Ausnahmen im Jahr 1931.

73 o. A., Frauen in Bewegung, Eugenie Brandl, o. D., <https://fraueninbewegung.onb.ac.at/node/1410>, eingesehen 18.2.2022.

74 Krainer, Entwicklung, S. 234.

75 Ebd.

Redaktion der „Unzufriedenen“. In einigen Fällen reagierten aber auch Leser*innen auf Einsendungen. 1925 wurden in der Langrubrik 142 Texte abgedruckt.

3.3 *Methoden*

Um das Korpus, das zur Gänze der Plattform ANNO entnommen wurde, für die Analysen fruchtbar zu machen, wurden die Zeitungsseiten im Portable Document Format (PDF) gespeichert und mithilfe des Programms „Transkribus“ in Textdateien umformatiert. Die transkribierten Texte wurden einem Korrekturprozess unterzogen.

Die quantitativen Methoden zeichnen sich insbesondere durch die Analyse mittels computergestützter Werkzeuge aus. Mithilfe von Online-Tools war es möglich, das Korpus quantitativ zu analysieren und die Ergebnisse zu visualisieren. In einem ersten Schritt wurden die Texte, getrennt nach Zeitschrift und Rubrik, mithilfe der Voyant Tools⁷⁶ auf Worthäufigkeiten durchsucht. Dies gab einen ersten Aufschluss über die Gewichtung der Themen.

Noch differenzierter sollte dies durch die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring⁷⁷ geschehen. Für das vorliegende Material wurde die strukturierende Inhaltsanalyse gewählt. Hierfür wurden zunächst Themenkategorien zur Textkodierung aufgestellt. Die Einzeltexte wurden mithilfe des Text-Annotierungsprogramms CATMA mit einem solchen Code beschlagwortet. Dies wurde quantitativ ausgewertet und in relativen Häufigkeiten aufgeschlüsselt. In einem dritten Schritt wurden die Inhalte der Leserbriefe exemplarisch anhand der Kategorien Schwangerschaftsabbruch und Bubikopf inhaltlich verglichen.

76 Voyant Tools, <https://voyant-tools.org>, eingesehen 14.4.2022.

77 Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, in: Uwe Flick/Ernst von Kardoff u. a. (Hrsg.), Handbuch qualitative Forschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen, München 1991, S. 209–213.

4.2 Qualitative Inhaltsanalyse

4.2.1 Qualitative Inhaltsanalyse der Kurzzubriken

Im Folgenden sind die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring – aufgrund der unterschiedlichen Größe der Korpora in relativer Häufigkeit – aufgeschlüsselt:

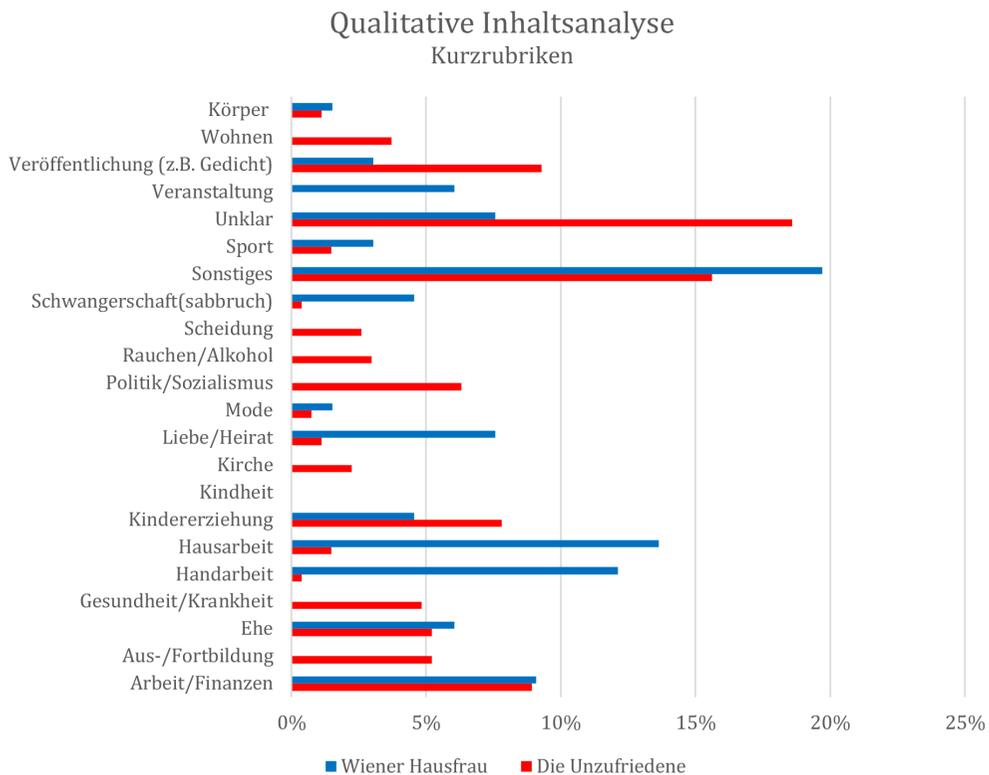


Abbildung 5: Diagrammdarstellung des qualitativen Vergleichs der Kurzzubriken von „Wiener Hausfrau“ und „Die Unzufriedene“

Der Vergleich zeigt zunächst, dass viele Einsendungen keinem eindeutigen Themenbereich zuzuordnen sind.⁸⁶ Hierunter fallen Texte, deren Inhalt aufgrund fehlenden Zusammenhangs nicht auszumachen ist, sowie Themen, die so speziell sind, dass sie keiner Kategorie zuordenbar sind. Auffällig ist, dass die Themenvielfalt in der „Unzufriedenen“ deutlich größer ist: Wohnen (10), Aus-/Fortbildung (14), Scheidung (7), Rauchen/Alkohol (8) – diese Themen kommen in der „Wiener Hausfrau“ nicht vor. Wenig überraschend spielt das Themenfeld Politik/Sozialismus mit 17 Nennungen eine wesentliche Rolle in der „Unzufriedenen“. Auch das Thema Kirche kommt sechsmal vor, wobei häufig Kritik an der Kirche geübt wird. Beim Thema Scheidung ist zu betonen, dass diese häufig von der „Unzufriedenen“ selbst ins Spiel gebracht wird. Beispielhaft ist dieser Text:

86 Sonstige & Unklar: 27,3% in „Die Unzufriedene“, 34,2% in „Wiener Hausfrau“.

„L. I. In Ihrer Einschätzung des Mannes können wir Ihnen nicht vollkommen beipflichten. Man kann und muß dem Mann einen Vorwurf machen, wenn er die Frau mißbraucht [...]. Wenn Mann und Frau glauben, nicht mehr zusammenleben zu können, dann sollen sie sich lieber scheiden lassen, als ein Leben in Unfrieden zu führen.“⁸⁷

Die Haltung der „Unzufriedenen“ – nicht nur in diesem Beispiel – ist eindeutig: Bei Nachteilen der Frau in der Ehe ist jedenfalls eine Scheidung anzudenken. Auch zeigt sich, dass in den Einsendungen der Leser*innen Zustände wie Missbrauch angeprangert werden. Werden demgegenüber die vier Texte in der „Wiener Hausfrau“ verglichen, in denen das Eheleben thematisiert wird, so ergibt sich ein anderes Bild:

„Liebe Frau L. Darf der Mann der Frau den Ausgang verweigern? Auf Ihre Frage können wir Ihnen kaum Bestimmtes sagen. Es kommt doch da wesentlich nicht nur auf Sie an, sondern auf Ihren Mann. Selbstverständlich darf Ihnen Ihr Mann einen Ausgang nicht verweigern, aber was tun Sie, wenn Sie nach Hause kommen und der Mann zankt? Wie gesagt, ein prinzipieller Rat läßt sich da kaum erteilen.“⁸⁸

An dieser Stelle ergibt sich ein methodisches Problem. In den Kurzbrieken können zwar Themen auf Einsendungen zurückgeführt werden. Über die Meinung der Einsender*innen ist jedoch wenig zu erfahren. Vielmehr kann hier die Linie der Zeitschrift nachvollzogen werden. Nichtsdestotrotz zeigt sich in den beiden obigen Beispielen, dass beide Einsenderinnen das sexistische Verhalten von Männern in Frage stellen. Im historischen Kontext kann dies als selbstbewusster Akt bewertet werden.

Deutlich häufiger kommen die Themen Handarbeit und Hausarbeit in der „Wiener Hausfrau“ als in der „Unzufriedenen“ vor. Dass das Thema Handarbeit in den Kurzbrieken der „Wiener Hausfrau“ aufscheint, ist nicht überraschend, denn die Zeitschrift beinhaltet Vorlagen für Textilien. Im Themenfeld Hausarbeit finden sich insbesondere Fragen zur Reinigung von Kleidungsstücken und zur Zubereitung von Speisen. Dies bestätigt die bereits in der quantitativen Analyse interpretierte Beobachtung, dass Hausarbeit in den Kurzbrieken der „Wiener Hausfrau“ stärker vertreten ist als in der „Unzufriedenen“.

Der Vergleich des Themas Gesundheit im Briefkasten der „Unzufriedenen“ mit dem Ärztlichen Ratgeber der „Wiener Hausfrau“ war wenig ergiebig, da es in der „Unzufriedenen“ lediglich 15 thematisch vergleichbare Einsendungen gab. Diese sind wiederum heterogen und zielen eher auf Gesundheitsversorgung (z. B. Krankenkasse) als auf konkrete gesundheitliche Anliegen ab. Nichtsdestotrotz lohnt sich ein Blick in den Ärztlichen Ratgeber, der auf ein zusätzliches Themenfeld hinweist: Körperästhetische Fragen, die nicht in direktem Zusammenhang mit Krankheiten stehen, nehmen einen nennenswerten Teil der Einsendungen ein. Sie zielen auf das Körpergewicht sowie die Größe einzelner Körperteile, z. B. Brüste, Beine und Hüften, ab. Auch eine zu breite Nase

87 Briefkasten, *Die Unzufriedene*, 4.4.1925, S. 7.

88 Briefkasten, *Wiener Hausfrau*, 1.11.1925, S. VI.

wird thematisiert. Die Einsender*innen beschäftigt auch, mit welchen Methoden sie zu einem reinen Hautbild und vollem Haar kommen.

4.2.2 Qualitative Inhaltsanalyse der Langrubriken

Eine qualitative Inhaltsanalyse wurde ebenso für die längeren Rubriken durchgeführt. Auch hier ist das Korpus von unterschiedlicher Größe, weshalb die relative Häufigkeit abgebildet ist:

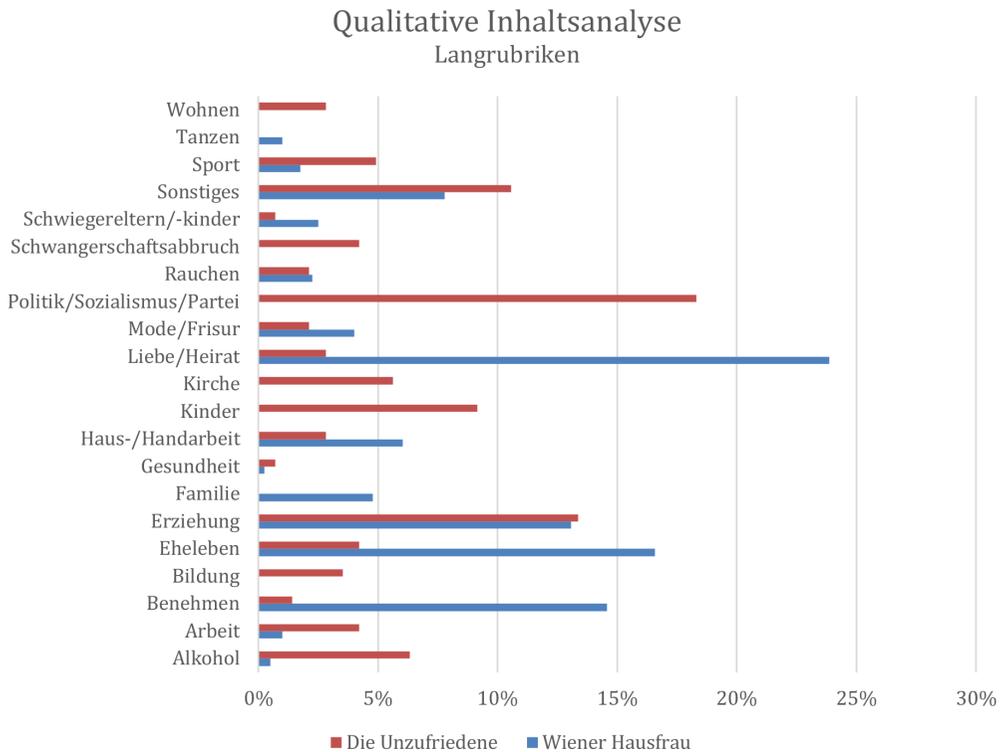


Abbildung 6: Diagrammdarstellung des qualitativen Vergleichs der Langrubriken von „Wiener Hausfrau“ und „Die Unzufriedene“.

Abseits vom Themenblock Politik, der in der „Unzufriedenen“ mit 18 Prozent ausgeprägt ist, in der „Wiener Hausfrau“ hingegen gar nicht vorkommt, ist der Themenblock Liebe/Heirat auffällig. Fast ein Viertel aller Einsendungen in der „Wiener Hausfrau“ befinden sich in diesem Themenkreis, dem stehen drei Prozent in der „Unzufriedenen“ gegenüber. Hier werden konkrete Heiratspläne bis zu Fragen, wie ein*e ideale*r Ehepartner*in sein soll, abgedeckt. Somit kann die Beobachtung aus der qualitativen Analyse, dass Liebe im Sinne von Zuneigung in der „Wiener Hausfrau“ häufiger vorkommt, inhaltlich bestätigt werden. Analog dazu ist auch das Thema Eheleben mehr als viermal so stark vertreten als in der „Unzufriedenen“.

Im Gegensatz zu den Kurzurubriken kommen die Themen Erziehung, Rauchen und Gesundheit in den Langrubriken beider Zeitschriften ähnlich häufig vor. Die Kindererziehung liegt klar im Zuständigkeitsbereich der Frauen. Dieser Umstand wird von den Frauen auch nicht in Frage gestellt und das „traditionelle Klischee der [...]

Familienmutter⁸⁹ bleibt entgegen Krainers Aussage über die redaktionellen Texte in der „Unzufriedenen“ aufrecht.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Themen in der „Wiener Hausfrau“ vor allem den privaten-familiären Raum betreffen. Die Themen Liebe/Heirat, Eheleben, Familie, Erziehung, Schwiegereltern/-kinder nehmen insgesamt rund 61 Prozent ein. Zum Vergleich betreffen in der „Unzufriedenen“ nur rund 21 Prozent der Einsendungen diese Themen. Auch zeigt sich, dass in der „Unzufriedenen“ private Themen häufig mit politischen Fragen in Verbindung gebracht werden. So werden beispielsweise eigene Nöte durch Arbeitslosigkeit oder Alkoholismus als strukturelle gesellschaftliche Probleme betrachtet. Diese Beobachtung deckt sich mit der Erkenntnis Larissa Krainers zur journalistischen Strategie der „Unzufriedenen“: „Zunächst sollte Unzufriedenheit durch das Aufzeigen von Missständen geschürt werden.“⁹⁰

Frauen eroberten Anfang des 20. Jahrhunderts auch den Radsport. Sabine Hering und Gudrun Maierhof schreiben diesbezüglich: „Das Velo wird für sie zum Zeichen ihrer Emanzipation, entgegen den Konventionen [...], gegen alle Vorbehalte von der ‚Schwäche‘ des weiblichen Geschlechts. Das Fahrrad hat den Rock geteilt.“⁹¹ Zwei Einsenderinnen in der „Wiener Hausfrau“ sind sich hinsichtlich dieser Entwicklung noch nicht ganz sicher, und fragen sich, ob „eine Frau in Sporthosen Radeln [darf].“⁹² „Zwei Schwestern, Mitglieder des Bundes Deutscher Radfahrer, erlauben sich zu dieser Frage zu äußern“⁹³ und berichten, selbst stets in Hosen zu radeln, bei der Rast im Gasthaus werde allerdings rasch ein Rock übergezogen.

Neben dem Radfahren geht auch das Rauchen aus der Sekundärliteratur als Merkmal der „neuen Frau“ hervor. Das Thema wird in beiden Zeitschriften ähnlich häufig erwähnt, allerdings unter unterschiedlichen Gesichtspunkten. So wird in der „Wiener Hausfrau“ diskutiert, ob es sich schickt, dass Frauen rauchen. Frau Marga zufolge stehe es Frauen genauso wie Männern zu. Sie kritisiert aber gleichzeitig die Androgynisierung in der Mode: „Ich kann nicht finden, daß es den Eindruck von Unweiblichkeit macht, wenn eine Frau raucht. Jedenfalls erscheint es mir viel unweiblicher, wenn eine Frau in der Kleidung Männlichkeit nachäfft.“⁹⁴ Frau Wanda ist ebenfalls der Meinung, dass Frauen fürs Rauchen nicht verurteilt werden sollen, allerdings sei es neben Kindern oder beim Kochen nicht angebracht.⁹⁵ Walter hingegen hält rauchende Frauen für unweiblich und missbilligt den Trend. Er zieht einen interessanten Vergleich: „Gewiß, gibt es Männer, die auch Schokolade und Konfekt knabbern; in diesen Sachen ist aber auch ein gewisser Nährwert, also warum sollten denn die Männer nicht auch mal ein Stück Schokolade essen, aber daraus kann die Frau noch lange nicht die Berechtigung

89 Krainer, Frauenzeitschriften, S. 90.

90 Krainer, Entwicklung, S. 234.

91 Sabine Hering/Gudrun Maierhof, Die unpaßliche Frau. Sozialgeschichte der Menstruation und Hygiene, Frankfurt a. M. 2002, S. 73.

92 Darf eine Frau in Sporthosen radeln?, *Wiener Hausfrau*, 17.5.1925, S. 13.

93 Darf eine Frau in Sporthosen radeln?, *Wiener Hausfrau*, 14.6.1925, S. 18.

94 Darf eine Frau rauchen?, *Wiener Hausfrau*, 15.3.1925, S. 21.

95 Darf eine Frau rauchen?, *Wiener Hausfrau*, 22.3.1925.

zum Rauchen herleiten.“⁹⁶ Alfred F.G. plädiert dafür, dass Frauen ausschließlich zuhause, nicht in der Öffentlichkeit rauchen.⁹⁷ Insgesamt sind die Meinungen ausgeglichen, wobei auffällt, dass sich ausschließlich Männer gegen rauchende Frauen aussprechen. In der „Unzufriedenen“ plädiert X. Y. hingegen im Sinne der Gesundheit für rauchfreie Versammlungen.⁹⁸ Dem pflichten alle Einsender*innen, die sich dieses Themas annehmen, in der Lang- sowie in der Kurzubrik bei. Rauchende Frauen sind in den Einsendungen in der „Unzufriedenen“ hingegen kein Thema.

Das Thema Bildung spielt sowohl in den Lang- als auch in den Kurzubriken ausschließlich in der „Unzufriedenen“ eine Rolle. Rosa B. aus dem Selztal⁹⁹ beispielsweise bittet um Rat betreffend Ausbildungsmöglichkeiten für ihre Tochter zur „Kindergärtnerin, Säuglingspflegerin, Fürsorgerin oder dergleichen“¹⁰⁰ und damit typisch weibliche Berufe, was eher der bürgerlichen Vorstellung weiblicher Berufstätigkeit entspricht. Nichtsdestotrotz zeigt sich, dass junge Frauen zum Erlernen eines Berufes im Sinne der „neuen Frau“ erzogen werden sollen.

4.2.3 Inhaltlicher Vergleich der Themen Schwangerschaftsabbruch und Bubikopf

Im dritten und abschließenden Analyseteil werden die Themen Schwangerschaftsabbruch und Bubikopf inhaltlich genauer betrachtet. Sie eignen sich, weil sie sich inhaltlich gut abgrenzen lassen, während Themen wie Familie und Arbeit sehr heterogen und umfangreich sind. Die Einstellung der Frauen gegenüber Schwangerschaftsabbrüchen ist aussagekräftig, weil es sich um ein emanzipatorisches Thema handelt. Das Thema Bubikopf ist deshalb relevant, weil er eines der zentralen Merkmale der „neuen Frau“ ist.

Zunächst zum Thema Schwangerschaftsabbruch: Im Briefkasten der „Unzufriedenen“ wird das Thema in einer Einsendung angesprochen, in der Langrubrik sechsmal, was 4,2 Prozent ausmacht. Alle sechs Einsender*innen sprechen sich in der Langrubrik eindeutig gegen den „Fluch des §144“¹⁰¹ und damit für die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen aus. So schildert eine Frau ihr Schicksal:

„[...] Ich bin im vierten Monat schwanger und habe schon zwei Kinder im Alter von 2½ Jahren und 5 Monaten. Wie mich diese Schwangerschaft niederdrückt und zur Verzweiflung bringt, kann ich nicht schildern. Dazu habe ich einen Mann, der mich während der ganzen Zeit bis aufs Blut sekkiert. Er ist fast ein halbes Jahr arbeitslos, meist ohne Unterstützung [...]“¹⁰²

Im Briefkasten bekommt Leopoldine Schuster am 1. August 1925 folgende Antwort auf ihre Einsendung: „Sie haben gewiß recht, das Verhüten der Schwangerschaft ist besser, als die Unterbrechung. Aber die meisten Menschen sind heute noch nicht in der Lage,

96 Darf eine Frau rauchen?, *Wiener Hausfrau*, 12.4.1925, S. 19.

97 Ebd.

98 Tuberkulose sind vom Parteileben ausgeschlossen!, *Die Unzufriedene*, 17.1.1925, S. 4.

99 Das Kind will in Wien lernen, *Die Unzufriedene*, 21.11.1925, S. 4.

100 Ebd.

101 Der Fluch des §144, *Die Unzufriedene*, 13.6.1925, S. 4.

102 Ebd.

sich entsprechend zu schützen.“¹⁰³ Daraus geht zwar nicht hervor, ob sich die Einsenderin gegen Schwangerschaftsunterbrechungen per se ausspricht, jedoch deutet ihre Einstellung gegenüber Schwangerschaftsverhütung auf ein emanzipiertes Frauenbild hin. Ute Scheub zufolge lässt sich in der Zwischenkriegszeit eine neue Sexualmoral beobachten. So sei etwa Sex außerhalb der Ehe im Arbeitermilieu selbstverständlich gewesen.¹⁰⁴

Ein Vergleich mit der „Wiener Hausfrau“ scheint auf den ersten Blick nicht möglich, denn dort ist das Thema nicht Teil des Diskurses. Zwar kann daraus nicht geschlossen werden, dass es keine Einsendungen gab – von der „Wiener Hausfrau“ wurden sie zumindest im Jahr 1925 nicht abgedruckt. Nichtsdestotrotz wurde Larissa Krainer zufolge in den 1920er-Jahren eine öffentliche Debatte über Sexualität und Abtreibung geführt, unter anderem auch über die Abschaffung des Paragraphen 144.¹⁰⁵ Zur Einführung der Fristenlösung in Österreich kam es allerdings erst 1973 in der Alleinregierung der SPÖ unter Bruno Kreisky.¹⁰⁶ Erich Griebler, der sich mit dem Weg der SPÖ zur Fristenlösung befasst hat,¹⁰⁷ sieht den Grundstein dafür allerdings bereits in der Ersten Republik gelegt. 1920 brachte die sozialdemokratische Nationalratsabgeordnete Adelheid Popp, im Parlament einen Antrag zur Änderung des Strafgesetzes ein, der einer dreimonatigen Fristenregelung entsprochen hätte.¹⁰⁸ Auch im Linzer Parteiprogramm wurde sechs Jahre später „die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs auf Antrag der Frau (ohne Indikation) und auf Kosten des Staates gefordert.“¹⁰⁹ Die Motive der Befürworter*innen „beinhalteten bevölkerungspolitische, eugenische Begründungen, Argumente der rationalen Familienplanung und sehr vereinzelt auch die Forderung nach weiblicher Selbstbestimmung.“¹¹⁰ Aus den Leserbriefen in der „Unzufriedenen“ geht hervor, dass es meist persönliche Erfahrungen betreffend Krankheit oder Geldnöten waren, die die Frauen dazu bewegten, sich für straffreie Schwangerschaftsabbrüche auszusprechen. Eine Frau berichtete, während der Schwangerschaft lungenkrank gewesen zu sein und ihr Mädchen unter „gräßlichen Schmerzen“ geboren zu haben. Nach wenigen Wochen sei das Kind – an Händen und Beinen gelähmt – an einer Lungenentzündung und Gehirnkrämpfen gestorben.¹¹¹ Sich für die Selbstbestimmung über den eigenen Körper auszusprechen, kann als emanzipativer Akt im Sinne der selbstbewussten „neuen Frau“ gewertet werden.

Im Gegensatz zu Schwangerschaftsabbrüchen wird der Bubikopf in beiden Zeitschriften diskutiert. Selbst „Die Unzufriedene“ macht als politisches Medium das äußere Er-

103 Leopoldine Schuster, *Die Unzufriedene*, 1.8.1925, S. 5.

104 Scheub, *DIN A Sex*, S. 94.

105 Krainer, *Frauenzeitschriften*, S. 87.

106 Bruno Kreisky musste sich schließlich der „Kräftekonstellation“ in seiner Partei beugen und sah „trotz seiner Skepsis gegenüber der Fristenregelung keine andere Möglichkeit [...], als dem *policy change* in seiner permissiveren Ausprägung zuzustimmen.“: Erich Griebler, „Policy Learning“ im österreichischen Abtreibungskonflikt. Die SPÖ auf dem Weg zur Fristenlösung, Wien 2006, S. 73.

107 Griebler, „Policy Learning“.

108 Ebd., S. 18.

109 o. A., *Wie es zur Fristenlösung kam*, in: *Der Standard*, 16.11.2004, <https://www.derstandard.at/consent/tcf/story/969482/wie-es-zur-fristenloesung-kam>, eingesehen 1.3.2021.

110 Griebler, „Policy Learning“, S. 17.

111 Geburten für den Totengräber, *Die Unzufriedene*, 11.4.1925, S. 6–7.

scheinungsbild von Frauen zum Thema, bildet Modezeichnungen und prägt so das äußere Erscheinungsbild mit. Sigrid Follmann, die sich aus soziologischer Perspektive dem Thema Mode als Zeichen gesellschaftlichen Wandels in den 1920er-Jahren gewidmet hat, konstatiert, dass sich „an der Veränderung des äußeren Erscheinungsbildes der Frau [...] Radikalität und Freiheitsdrang besonders gut nachweisen“ lassen: „Erst durch die Macht der Medien kann eine größere Verbreitung dieses neuen Bildes erreicht werden.“¹¹² Follmann führt weiter aus: „Die Mode der zwanziger Jahre fordert und fördert einen weiblichen Körper, der durch sportliche Betätigung und Diäten zu einer knabenhaften Erscheinung mutiert.“¹¹³ Gleichzeitig wertet sie Mode als Zeichen der Demokratisierung, denn der soziale Stand sei nicht mehr einfach an der Kleidung abzulesen. Paula P. aus Klagenfurt befindet, dass dem Bubikopf, dem Symbol der „neuen Frau“ schlechthin, im redaktionellen Teil der „Unzufriedenen“ zu viel Aufmerksamkeit geschenkt wird und spricht sich „Für den Zopf“ aus:

„Liebe ‚Unzufriedene‘! Ist der Bubikopf eine so wichtige Frage, daß er in allen Deinen Nummern spaltenlang zur Sprache kommen muß? Ich glaube nicht, denn es gibt in der jetzigen wirtschaftlichen Lage sehr wenig Proletarierfrauen, die Interesse für Bubikopf und Reithose haben. Es wäre angezeigter, daß sich die liebe ‚Unzufriedene‘ mit wirtschaftlichen Ratschlägen und Aufklärungsarbeit anderer Art beschäftigen würde, dann wäre auch die Abnehmerzahl größer, denn für ein gutes Aufklärungsblatt hat auch eine Proletarierfrau Interesse. Soll sich eine mit Not und Sorge kämpfende Mutter für Bubikopf und Reithose interessieren?“¹¹⁴

Diese Meinung war der Sekundärliteratur zufolge kein Einzelfall. Die „neue Frau“ war keinesfalls ein Massenphänomen. Viele „Proletarierfrauen“ hatten wohl weder zeitliche noch finanzielle Ressourcen, um sich optisch dem neuen Frauenbild zu verschreiben. Ausgeprägter ist die Diskussion rund um den Bubikopf in der „Wiener Hausfrau“. Frau Lisette hat diesbezüglich entsprechend der gängigen Geschlechterverhältnisse mit ihrem Ehemann zu kämpfen:

„Ich beabsichtige, mir einen Bubikopf schneiden zu lassen, stoße aber mit meinem Vorhaben bei meinem Mann auf hartnäckigsten Widerstand. Ja, er behauptet sogar, das würde zu einem Bruch in der Ehe führen und unter Umständen einen Scheidungsgrund ergeben, da er vor der Hochzeit keine Kenntnis von meiner Absicht gehabt habe. Bin 26 Jahre alt, ein halbes Jahr verheiratet. Ist die Ansicht meines Mannes gerechtfertigt oder übertrieben?“¹¹⁵

Ein paar Wochen später antwortet ihr Herr F.H, der selbst aus Erfahrung spricht und dessen Bericht es wert ist, ausführlicher zitiert zu werden:

112 Sigrid Follmann, Wenn Frauen sich entblößen... Mode als Ausdrucksmittel der Frau der zwanziger Jahre, Marburg 2010, S. 34.

113 Follmann, Wenn Frauen sich entblößen..., S. 34.

114 Für den Zopf, *Die Unzufriedene*, 21.11.1925, S. 6.

115 Ist Bubikopf ein Scheidungsgrund, *Wiener Hausfrau*, 11.10.1925, S. 15.

„[...] Sie beabsichtigen, sich einen Bubikopf schneiden zu lassen. Schön. Auch ohne Einwilligung Ihres Gatten? Dazu würde ich nicht raten! Und wenn Sie nun doch Ihr Köpfchen durchsetzen, was haben Sie dann? Streit, nicht wahr? Ist das ein Bubikopf wert? Ob unter Umständen ein fescher, reizender Bubikopf einen Scheidungsgrund ergeben könnte, entzieht sich meiner Kenntnis. [...] Sie sind doch nun schon 26 Jahre alt, ich nehme an — ‚vernünftig?‘ — und da wollen Sie doch noch entgegen dem Willen Ihres Mannes handeln. Erst ein halbes Jahr verheiratet und schon Streit; haben Sie für letzteren Vorliebe? [...] Ob nun die Ansicht Ihres Gatten gerechtfertigt oder übertrieben ist, bleibt sich gleich. Er mag nun keinen Bubikopf leiden, nicht sehen, zumal an seiner eigenen Frau — womöglich noch neuester Herrenschnitt — Ohren freibleibend, Zigarette im Munde, Hände in den Hosentaschen. Reizend nicht? Einfach süß, entzückend. [...] Ich weiß, Sie denken: Auch einer mit verschrobenen Ansichten. Auch einer von denen, die nicht für die Vermännlichung der Frau eintreten; der da sagt: Weib muß Weib bleiben. Weit gefehlt! Mein Frauchen welches erst 20 Lenze zählt, bat mich auch nach einjähriger Ehe, sich einen Bubikopf schneiden lassen zu dürfen. Sehen Sie, ich, als Kavalier, sagte zu. Meine Frau war glücklich. Bin nun mal nicht so. Aber, wenn ich gesagt hätte: Nein, lasse das, ich hasse das, so wäre es auch gut gewesen. Ein wenig hätte sie dann geschmollt; doch nur ein Viertelstündchen! [...] Meinem zweiten ‚Ich‘ ist doch noch anzusehen, daß es ein Weib ist, auf zehn Kilometer! Uns beiden geht es nicht, wenn man uns zusammensieht, wie einem meiner Bekannten, der mit seiner Frau die Abendluft genoß, und an denen ich vorbeiging mit den Worten: ‚Guten Abend, die Herren!‘ So passiert im Jahre des Heils 1925. Wie bitte? Nein! ich benötige keine Brille. F. H.“¹¹⁶

Traute K. ist ähnlicher Meinung:

„Mit Ihrer Liebe zu Ihrem Manne muß es nicht weit her sein, wenn Sie ihm nicht einmal das kleine ‚Opfer‘ (wenn man von einem solchen überhaupt sprechen kann) bringen wollen. Ich denke mir jedenfalls eine Hausfrau und Mutter im schlicht frisierten, hochgesteckten Haar schöner, repräsentabler und achtungsgebietender, als die ‚Mutti im Bubikopf‘, überlassen Sie doch den Bubikopf den Backfischen und Modepüppchen. [...]“¹¹⁷

Herr Dr. jur. H. glänzt in dieser rechtlichen Frage mit juristischem Wissen: „Diese Frage mutet einem Juristen eher als Scherz, denn als Ernst an“, meint Herr H. und führt weiter Scheidungsgründe nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch auf: Geisteskrankheit, Ehebruch, Lebensnachstellung, böswilliges Verlassen. Hinzu kämen „relative Scheidungsgründe“, die nur dann gültig wären, „wenn die Ehe dadurch so zerrüttet ist, daß ihre Fortsetzung dem anderen Ehegatten nicht zugemutet werden kann“. Herrn H. zufolge sei dies im vorliegenden Fall keinesfalls gegeben.¹¹⁸ Während der Jurist im Bubikopf

116 Ist Bubikopf ein Scheidungsgrund, *Wiener Hausfrau*, 8.11.1925, S. V.

117 Ebd., 15.11.1925, S. V.

118 Ebd.

eine „Modetorheit“ sieht, erkennt „ein täglicher Fahrgast“¹¹⁹ darin ein politisches Statement. In seiner Einsendung beschwert sich der junge Mann über fehlende Dankbarkeit von jungen Frauen, denen er einen Sitzplatz in der Bahn angeboten hat. Er fragt sich deshalb, ob „ein junger Mann einem jungen Mädchen in der Bahn seinen Platz anbieten [muss]“:

„[...] aber jungen Mädchen, die heute alle auf dem Standpunkt stehen, sie wollen ebenso viel verdienen wie die Männer (kleiden sich männlich, siehe Bubikopf, Bubikragen, Bubikleider usw.), halte ich es heute nicht mehr für nötig, meinen Platz anzubieten.“¹²⁰

Während in den vorigen Beispielen vordergründig ästhetische Argumente ins Treffen geführt wurden, wird in diesem Textausschnitt erstmals eine politische Botschaft des Bubikopfs explizit gemacht. „Er stand für Emanzipation, Selbstbestimmung, Fortschrittlichkeit, Modernität und Urbanität“¹²¹, schreibt Susanne Breuss in einem Artikel in der „Wiener Zeitung“. Der Einsender des Leserbriefes koppelt den Bubikopf und darüber hinaus den „männlichen“ Kleidungsstil mit der Forderung nach gleichem Gehalt. Der Bubikopf wurde Breuss zufolge aber auch abseits der Geschlechtergerechtigkeit als politisches Statement gewertet:

„Konservativklerikalen sowie deutsch-nationalen Kreisen war er nicht zuletzt deshalb ein Ärgernis, weil er im sozialdemokratischen und kommunistischen Milieu für das neue Selbstbewusstsein der jungen, klassenbewussten Proletarierin stand – sie verunglimpften ihn daher als ‚Propaganda für den Bolschewismus‘. Der linke Journalist Ernst Fischer hingegen zählte ihn zu den ‚republikanischen Institutionen‘ und sah in ihm einen Ausdruck für freieres Denken.“¹²²

Dies mag faktisch zwar richtig sein, berücksichtigt aber nicht die obenstehende Beobachtung, dass manche Frauen aus dem sozialdemokratischen Milieu dem Bubikopf skeptisch gegenüberstanden, weil sie andere Themen als wichtiger erachteten.

5. Fazit

Die vorliegende Arbeit hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, inwiefern Aspekte des in der Zwischenkriegszeit vor allem medial verbreiteten Bildes der „neuen Frau“ in den Leserbriefen der Frauenzeitschriften „Die Unzufriedene“ und „Wiener Hausfrau“ im Jahr 1925 behandelt werden. Da die „Unzufriedene“ als sozialdemokratische, politische Zeitschrift gilt, die „Wiener Hausfrau“ hingegen als bürgerliche, unpolitische Zeitschrift gewertet werden kann, wurde im Rahmen der Analyse nach Unterschieden, aber auch Gemeinsamkeiten gefragt. Auf Basis dieser Voraussetzung wurde die These aufgestellt,

119 Muß ein junger Mann einem jungen Mädchen in der Bahn seinen Platz anbieten?, *Wiener Hausfrau*, 1.3.1925, S. 16.

120 Ebd.

121 Susanne Breuss, Der radikale Schnitt. Wie der „Bubikopf“ in den zwanziger Jahren sowohl die Geschlechterordnung als auch die politischen Anschauungen durcheinander brachte, in: *Wiener Zeitung*, 18.12.2009, https://austriaforum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Soziologie_und_Ethik/Bubikopf, eingesehen 7.12.2021.

122 Ebd.

dass in der „Unzufriedenen“ die „neue Frau“ deutlicher zum Vorschein kommt als in der „Wiener Hausfrau“.

Um diese These zu überprüfen, wurden die Leserbriefe zunächst einer quantitativen Analyse unterzogen. Eine Erkenntnis daraus ist, dass in beiden Zeitschriften zahlreiche Substantive die Familie betreffend vorkommen. Das legt die These nahe, dass der Frau in beiden Zeitschriften die Mutterrolle zugeschrieben wird. Dies wird durch die qualitative Inhaltsanalyse gestützt, wonach in beiden Zeitschriften Frauen für die Kindererziehung zuständig sind. Diese klassische Rollenteilung deckt sich mit Erkenntnissen in der Sekundärliteratur, wonach sowohl konservative als sozialdemokratische Kreise ein bürgerliches Familienmodell propagierten. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Literatur zufolge allerdings die Gleichrangigkeit von Frau und Mann gefordert. Diese Beobachtung konnte auch in den Leserbriefen gemacht werden. Es kann als Aspekt der „neuen Frau“ bewertet werden, dass Frauen sowohl in der „Unzufriedenen“ als auch in der „Wiener Hausfrau“ zum Teil die herrschende Geschlechterordnung in Frage stellen.

Als entgegengesetztes Modell zur „neuen Frau“, die unabhängig vom Mann sein wollte, kann der starke Fokus der „Wiener Hausfrau“ auf den familiären Raum gewertet werden. Es spricht eher für ein konservatives Frauen- und Familienbild, dass insgesamt drei Fünftel aller Einsendungen in der Langrubrik diesem Themenkomplex zugeordnet werden können. Insgesamt stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob es Frauen überhaupt möglich war, dem Bild der „neuen Frau“ als verheiratete Hausfrau und Mutter vollständig zu entsprechen. Ein tiefgehender Blick in diesen großen Themenkomplex wäre für weitergehende Erkenntnisse, die im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich waren, aufschlussreich. Aufgrund der bisher dürftigen Forschungslage zum Thema Leserbriefe, insbesondere in Frauenzeitschriften, musste jedoch im Rahmen dieser Bachelorarbeit zunächst ein Überblick über die Themen geschaffen werden.

Die quantitative und qualitative Analyse hat zudem Unterschiede zwischen den beiden Zeitschriften aufgezeigt, die auf das unterschiedliche Publikum zurückzuführen sein können. So sind die Themen (Ski-)Sport, Handarbeit und Hausarbeit in der „Wiener Hausfrau“ stärker vertreten als in der „Unzufriedenen“. Dieser Umstand kann darauf zurückgeführt werden, dass das Arbeiter*innenmilieu weniger finanzielle und zeitliche Ressourcen hatte, sich intensiv diesen Tätigkeiten zu widmen. Für das Frauenbild bedeutet dies allerdings nicht, dass die Einsender*innen der „Unzufriedenen“ die Rolle der Frau als Hausfrau überwunden haben. Zwar kann es als Zeichen für ein modernes Frauenmodell gewertet werden, dass sich die Einsender*innen in der „Unzufriedenen“ mehr mit Arbeit außerhalb des Haushalts beschäftigen als in der „Wiener Hausfrau“, doch liegt die Motivation wohl nicht rein emanzipatorisch begründet. Wie in der Sekundärliteratur erwähnt, mussten viele Frauen nach dem Krieg arbeiten, weil sie verwitwet oder alleinerziehend waren oder es die finanzielle Situation des Ehemannes nicht anders zuließ.

Zwar geht aus der Sekundärliteratur hervor, dass die „neue Frau“ kein Massenphänomen war, jedoch hat die vorliegende Arbeit aufgezeigt, dass damit verbundene Themen durchaus von den Leser*innen der Frauenzeitschriften diskutiert wurden und in ihrem privaten Lebensbereich eine Rolle spielten. Allerdings zeigt sich auch, dass die

Gewichtung einzelner Themen stark von der Zeitschrift und ihrem Publikum abhängt. So fand einerseits eine Diskussion über Schwangerschaftsabbrüche in der „Wiener Hausfrau“ nicht statt, andererseits wurde der Bubikopf oder Zigarettenkonsum von Frauen in der bürgerlichen Zeitschrift ausgiebiger behandelt als in der Arbeiter*innen-Zeitschrift. Somit kann die eingangs aufgestellte These, dass in den Einsendungen der „Unzufriedenen“ mehr Aspekte der „neuen Frau“ zu finden sind, nicht bestätigt werden.

Wie Mirjam Sachse beobachtet, griffen auch sozialistische Frauenzeitschriften auf „unterhaltende Inhalte“ zurück. Dieser Umstand wurde in der „Unzufriedenen“ mehrmals kritisiert. Während es nichts Neues ist, dass die Mode der „neuen Frau“ und insbesondere der Bubikopf von konservativen Kreisen kritisiert wurden, ist es bemerkenswert, dass Kritik auch von sozialdemokratischen Frauen kam. Sie sahen in der Berichterstattung der „Unzufriedenen“ über den Bubikopf wertvolle Seiten zu Ungunsten politischer Forderungen verschwendet. Abschließend muss betont werden, dass Leserbriefe zwar keinen eindeutigen Aufschluss über das Publikum geben, etwa über Geschlechterverhältnis der Leser*innen, jedoch konnte die Arbeit zeigen, dass die Ausrichtung der Zeitschrift Einfluss auf die Diskurse in den interaktiven Rubriken hat.

Zudem hat diese Arbeit gezeigt, dass die Leser*inneninteraktion in Frauenzeitschriften einen Quellenschatz für diverse historische Themen bereithält und auch persönliche Schicksale offenbart. Die Texte eröffnen neben der Frauen- und Geschlechtergeschichte auch Fragestellungen für die Erziehungs-, Körper- oder Parteigeschichte, die mit historischer Leserbriefforschung bearbeitet werden können.

6. Quellen

Anzeiger für den Buch-, Kunst- und Musikhandel, 13.4.1928.

Die Unzufriedene. Eine unabhängige Wochenschrift für alle Frauen, 1925.

Wiener Hausfrau. Praktisches Wochenblatt für alle Hausfrauen, 1925.

7. Literatur

Bösch, Frank, *Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen*, Frankfurt-New York 2011.

Breuss, Susanne, *Der radikale Schnitt. Wie der „Bubikopf“ in den zwanziger Jahren sowohl die Geschlechterordnung als auch die politischen Anschauungen durcheinander brachte*, in: *Wiener Zeitung*, 18.12.2009, https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Soziologie_und_Ethik/Bubikopf, eingesehen 7.12.2021.

Deichmann, Inke, *„An Dr. Sommer und Co...“: Illustrierte als medizinische Ratgeber*, Münster u. a. 1998.

Diederichs, Helmut H., *Frühgeschichte deutscher Filmtheorie Ihre Entstehung und Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg*, Habilitationsschrift, Frankfurt a. M. 1996, <https://dnb.info/980342805/34>, eingesehen 18.2.2022.

Duma, Veronika, Die Neue Frau und der Aufstieg der Rechten, 15.3.2020, <https://www.univie.ac.at/fernetzt/2020315-2/>, eingesehen 16.2.2022.

Elpers, Susanne/Meyer, Anne-Rose (Hrsg.), Zwischenkriegszeit. Frauenleben 1918–1939, Berlin 2004.

Follmann, Sigrid, Wenn Frauen sich entblößen... Mode als Ausdrucksmittel der Frau der zwanziger Jahre, Marburg 2010.

Freytag, Julia/Tacke, Alexandra, Einleitung, in: Julia Freytag/Alexandra Tacke (Hrsg.), City Girls. Bubiköpfe & Blaustrümpfe in den 1920er Jahren (Literatur – Kultur – Geschlecht 29), Köln-Weimar-Wien 2011, S. 9–19.

Grießler, Erich, „Policy Learning“ im österreichischen Abtreibungskonflikt. Die SPÖ auf dem Weg zur Fristenlösung, Wien 2006.

Hering, Sabine/Maierhof, Gudrun, Die unpäpliche Frau. Sozialgeschichte der Menstruation und Hygiene, Frankfurt a. M. 2002².

Heupel, Julia, Der Leserbrief in der deutschen Presse, München 2007.

Konrad, Helmut/Maderthaler, Wolfgang (Hrsg.), Das Werden der Ersten Republik ... der Rest ist Österreich, Bd. 2, Wien 2008.

Krainer, Larissa, Österreichische Frauenzeitschriften. Zwischen Kommerz- und Alternativmedien, phil. Diss. Klagenfurt 1995.

Dies., Geschichte der Österreichischen Frauenzeitschriften, in: Matthias Karmasin/Christian Oggolder (Hrsg.), Österreichische Mediengeschichte, Bd. 1: Von den frühen Drucken zur Ausdifferenzierung des Mediensystems (1500 bis 1918), Wiesbaden 2016, S. 193–221.

Dies., Zur Entwicklung der Österreichischen Frauenzeitschriften nach dem Ersten Weltkrieg, in: Matthias Karmasin/Christian Oggolder (Hrsg.), Österreichische Mediengeschichte, Bd. 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute), Wiesbaden 2019, S. 227–258.

Mayring, Philipp, Qualitative Inhaltsanalyse, in: Uwe Flick/Ernst von Kardoff u. a. (Hrsg.), Handbuch qualitative Forschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen, München 1991.

Mlitz, Andrea, Dialogorientierter Journalismus. Leserbriefe in der deutschen Tagespresse, Konstanz 2008.

o. A., Frauen in Bewegung, Eugenie Brandl, o. D., <https://fraueninbewegung.onb.ac.at/node/1410>, eingesehen 18.2.2022.

o. A., Wie es zur Fristenlösung kam, in: *Der Standard*, 16.11.2004, <https://www.derstandard.at/content/tcf/story/969482/wie-es-zur-fristenloesung-kam>, eingesehen 1.3.2021.

Paulus, Julia, Die rechtliche, soziale und politische Situation von Frauen in der Zwischenkriegszeit in Europa, in: Susanne Elpers/Anne-Rose Meyer (Hrsg.), Zwischenkriegszeit. Frauenleben 1918–1939, Berlin 2004, S. 15–32.

Pfister, Gertrud, Frauen in Bewegung, 13.9.2018, <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/frauen-bewegung>, eingesehen 16.2.2022.

Rigler, Edith, Frauenleitbild und Frauenarbeit in Österreich vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg, Wien 1976.

Sachse, Mirjam, Entwicklung und Wandel linker Frauenleitbilder im Spiegel sozialdemokratischer und kommunistischer Frauenzeitschriften, in: Susanne Elpers/Anne-Rose Meyer (Hrsg.), Zwischenkriegszeit. Frauenleben 1918–1939, Berlin 2004, S. 191–210.

Scheub, Ute, DIN A Sex. Liebe, Ehe, Sexualität, Lesbianismus, in: Susanne Elpers/Anne-Rose Meyer (Hrsg.), Zwischenkriegszeit. Frauenleben 1918–1939, Berlin 2004, S. 91–105.

Scheuß, Christian/Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, Magnus Hirschfeld, o. D., <https://mh-stiftung.de/biografien/magnus-hirschfeld/>, eingesehen 3.12.2021.

Schmidlechner, Karin Maria, Die neue Frau? Zur sozioökonomischen Position und kulturellen Lage, in: Helmuth Konrad/Wolfgang Maderthaler (Hrsg.), Das Werden der Ersten Republik... der Rest ist Österreich, Bd. 2, Wien 2008, S. 87–102.

Stephan, Inge, Literatur in der Weimarer Republik, in: Wolfgang Beutin/Matthias Beilein u. a. (Hrsg.), Deutsche Literaturgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Berlin 2019⁹, S. 391–436.

Voyant Tools, <https://voyant-tools.org>, eingesehen 14.4.2022.

Würffel, Reinhard, Guido Hackebeil AG Verlag, in: Lexikon Deutscher Verlage, Berlin 2000, S. 307.

Theresa Kleinheinz schloss im Dezember 2021 das Bachelorstudium Geschichte an der Universität Innsbruck ab. Die gebürtige Tirolerin wuchs in Salzburg auf und studiert aktuell Germanistik im Master. Theresa.Kleinheinz@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Theresa Kleinheinz, „... nur soll man mich von dem kommenden schweren Leid befreien.“ Leserbriefe in den Frauenzeitschriften „Wiener Hausfrau“ und „Die Unzufriedene“ im Jahr 1925 im Vergleich, in: *historia.scribere* 14 (2022), S. 79–108, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 21.6.2022 (=aktuelles Datum).

Kuntersweg – Der mittelalterliche Verkehrsweg zwischen Brenner und Bozen. Die Geschichte des Weges 1314–1484

Verena Hechenblaikner

Kerngebiet: Mittelalter

eingereicht bei: ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Julia Hörmann-Thurn und Taxis

eingereicht im: SoSe 2020

Rubrik: Bachelor-Arbeit

Abstract

Kuntersweg – The Medieval Traffic Route Between Brenner and Bozen. The History of the Trail 1314–1484

The following paper examines the history of the so called Kuntersweg, the medieval traffic route between Brenner and Bozen, which was built in 1314 by Heinrich Kunter. It gives a chronological overview of the trail's history from its construction to its transition to direct sovereign control in 1484 and emphasizes the importance of the Kuntersweg for medieval Tyrol.

1. Einleitung

Aufgrund der geografischen Lage in den Alpen, die eine natürliche Barriere darstellen, ist Tirol schon seit Jahrhunderten ein wichtiges Transitland für den Handel zwischen Nord- und Südeuropa. Bereits die Römer legten Straßen in den Tälern und über die Alpenpässe an, um den Warenaustausch und die Reisen zu erleichtern. Zu einem erneuten Aufschwung und zunehmenden Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur kam es vor allem im 13. und 14. Jahrhundert.¹ Eine der wohl bedeutendsten Maßnahmen zum Ausbau der mittelalterlichen Verkehrswege Tirols stellte der Bau einer Trasse durch das Eisacktal dar. Da der südliche Zugang zum Brennerpass erleichtert werden sollte,²

1 Klaus Brandstätter, Verkehr und Handel, in: Josef Riedmann (Hrsg.), Eines Fürsten Traum – Meinhard II. Das Werden Tirols, Tiroler Landesausstellung 1995, Schloß Tirol-Stift Stams-Dorf Tirol-Innsbruck 1995, S. 267–271, hier S. 267.

2 Thomas Szabó, Die Straßen in Deutschland und Italien im Mittelalter, in: Rainer Christoph Schwinges (Hrsg.), Straßen- und Verkehrswesen im hohen und späten Mittelalter (Vorträge und Forschungen Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte 66), Ostfildern 2007, S. 71–118, hier S. 86.

errichtete der Bozner Bürger Heinrich Kunter gemeinsam mit seiner Frau Katharina Kunter 1314 zwischen Kardaun und Kollmann den nach ihnen benannten Kuntersweg. Dieser Weg, welcher im Laufe seiner Geschichte mehrmals die Lehensinhaber*innen wechselte, immer wieder ausgebaut und mit verschiedenen Zollbestimmungen versehen wurde,³ steht im Zentrum der vorliegenden Untersuchung.

Die Bachelorarbeit beschäftigt sich mit der Frage, welche Bedeutung der Kuntersweg für das Transitland Tirol hatte. Damit einhergehend wird untersucht, welchen Veränderungen der Weg zwischen seiner ersten urkundlichen Erwähnung 1314 und der Aufhebung der Zollfreiheit durch den Landesfürsten Erzherzog Siegmund 1484⁴ unterlag. Die leitende These lautet, dass Tirol bereits im Mittelalter ein wichtiges Transitland mit verschiedenen Nord-Süd-Verbindungen war. Der Kuntersweg hatte dabei einen besonderen Stellenwert, da er – gegenüber dem Weg über den Ritten oder den Reschenpass – die Reisedauer erheblich verkürzte und den Handel erleichterte. Vor allem die verhängten Zollbestimmungen, die regelmäßigen Kontrollen durch landesfürstliche Kommissionen sowie der Ausbau des Weges zeigen seine wirtschaftliche Relevanz für Tirol. Ziel der Arbeit ist, die Bedeutung des Kuntersweges für das Transitland Tirol hervorzuheben und chronologisch die wechselvolle Geschichte des Weges von einem Lehen bis zum Übergang in direkte landesfürstliche Kontrolle darzustellen.

Da Urkunden als wichtigste Quellen zur Rekonstruktion mittelalterlicher Rechtsverhältnisse gelten,⁵ nimmt die vorliegende Arbeit auf zwei ausgewählte Urkunden, die wertvolle Informationen über die Geschichte des Kuntersweges enthalten, Bezug. Zum einen wird die Lehensurkunde von 1314, das erste zum Kuntersweg ausgestellte Rechtsdokument,⁶ hinsichtlich seiner äußeren und inneren Merkmale beschrieben, zum anderen wird eine Abrechnungsurkunde aus dem Jahr 1391 als exemplarisches Beispiel für die Verwaltungsstruktur des Weges herangezogen.⁷ Neben diesen Primärquellen basiert die Arbeit hauptsächlich auf Literatur, wobei sowohl Werke älteren Datums als auch neueste Forschungsergebnisse Berücksichtigung finden. Als ein Hauptwerk im Forschungsstand gilt die Quellenübersicht von Julia Hörmann, welche eine Zusammenfassung der „Kuntersweg-Urkunden“ von 1314 bis 1400 bietet.⁸ Eine der aktuellsten Veröffentlichungen mit zum Teil neuen Forschungsergebnissen stellt der Aufsatz von Gustav Pfeifer aus dem Jahr 2018 dar.⁹ Darüber hinaus liefert die Broschüre von Norbert Mumelter, welche anlässlich des 670. Jubiläums der Verkehrsverbindung 1984 veröffentlicht wurde, interessante Einblicke

3 Julia Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“ – Eine Quellenübersicht, in: *Tiroler Heimat* 67 (2003), S. 49–61, hier S. 49–50.

4 Max Straganz, Zur Geschichte des Kuntersweges, in: *Neue Tiroler Stimmen*, Nr. 12, 16.1.1902, S. 1–3, hier S. 2.

5 Zur mittelalterlichen Diplomatik siehe überblicksweise: Thomas Vogtherr, Einführung in die Urkundenlehre, Stuttgart 2017².

6 Südtiroler Landesarchiv, Archiv Staffler, v. 24.

7 Tiroler Landesarchiv, Urkunden II 458.

8 Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“.

9 Gustav Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau in den Südalpen. Der Kuntersweg im unteren Eisacktal, in: Kurt Andermann/Nina Gallion (Hrsg.), Weg und Steg. Aspekte des Verkehrssewesens von der Spätantike bis zum Ende des Alten Reiches (Kraichtaler Kolloquien 11), Ostfildern 2018, S. 169–194.

in die Geschichte des Weges.¹⁰ Auch in der Zeitschrift „Der Schlern“ erschienen einige bedeutende Beiträge zum Weg durch das Eisacktal, unter anderem Josef Nössings Artikel zu den lokalen Zollbedingungen.¹¹ Genauere Abhandlungen vor allem im Bereich des Zollwesens lassen sich in den Schriften von Otto Stolz finden.¹² Zudem sind die 1902 in der Zeitung „Neue Tiroler Stimmen“ publizierten Artikel von Max Straganz nach wie vor als Forschungsliteratur relevant.¹³

Der Aufbau der Bachelorarbeit erfolgt chronologisch und gliedert sich in zwei Teile. Der erste Abschnitt dient der Kontextualisierung und arbeitet die Jahrhunderte alte Bedeutung von Verkehr und Handel für das Transitland Tirol heraus. Im zweiten Teil wird mit dem Kuntersweg auf ein ausgewähltes Straßenbauprojekt im Tiroler Raum Bezug genommen. Es handelt sich dabei um ein exemplarisches Beispiel, welches den schrittweisen Wandel im Tiroler Verkehrswesen verdeutlichen soll. Zunächst wird in einem Unterkapitel auf die historische und verkehrstechnische Bedeutung des Brennerpasses verwiesen, der in engem Zusammenhang mit dem Kuntersweg steht. Anschließend thematisiert die Autorin den Wegebau unter Heinrich und Katharina Kunter, die mit der Lehensvergabe verbundenen Rechte und Pflichten sowie die Rolle von Kunters Nachfolger*innen. Die Stiftung von Arnold Jaudes rückt ebenso ins Zentrum der Betrachtungen wie der Übergang des Weges in unmittelbar landesfürstliche Obhut. In einem abschließenden Fazit wird die Entwicklung des Weges von 1314 bis 1484 zusammenfassend dargestellt und im Rahmen der gewonnenen Erkenntnisse erläutert.

2. Transitland Tirol – Verkehr und Handel im Mittelalter

Wie bereits erwähnt, spielte die geografische Lage Tirols eine zentrale Rolle für die Bedeutung des Transits. Die Tatsache, dass Tirol zwischen den florierenden Wirtschaftsräumen und den politischen Machtzentren Italiens im Süden und dem fränkischen bzw. deutschen Reich im Norden lag, ließ dem Land eine entscheidende verkehrsstrategische Rolle zukommen. Grund hierfür waren vor allem die vergleichsweise niederen Passsituationen: So sind die Alpen im Osten – wie etwa in Tirol – deutlich niedriger als im Westen – wie beispielsweise in der Schweiz. Tiroler Pässe, wie der Brennerpass (1.370 Meter) und der Reschenpass (1.504 Meter), zählen zu den am einfachsten begehbaren Übergängen in den Alpen und werden Richtung Osten erst von den Rottenmanner Tauern in der Steiermark mit einer Höhe von 1.274 Meter unterboten. Im Gegensatz dazu liegen die Alpenübergänge im Westen – beispielsweise

10 Norbert Mumelter, *Der Kuntersweg. Die Überwindung der Eisackschlucht „zwischen Botzen und Trostperch“*, Karneid-Bozen 1984.

11 Josef Nössing, *Der Zoll am Kuntersweg*, in: *Der Schlern* 60 (1986), Heft 1/2, S. 88–95.

12 Otto Stolz, *Geschichte des Zollwesens, Verkehrs und Handels in Tirol und Vorarlberg von den Anfängen bis ins XX. Jahrhundert*, Innsbruck 1953; ders., *Das mittelalterliche Zollwesen Tirols bis zur Erwerbung des Landes durch die Herzöge von Österreich (1363)*, in: *Archiv für österreichische Geschichte* 97 (1909), S. 539–806.

13 Max Straganz, *Zur Geschichte des Kuntersweges*, in: *Neue Tiroler Stimmen*, Nr. 9, 13.1.1902, S. 1–2; ders., *Zur Geschichte des Kuntersweges*, in: *Neue Tiroler Stimmen*, Nr. 11, 15.1.1902, S. 1–2; ders., *Zur Geschichte des Kuntersweges*, in: *Neue Tiroler Stimmen*, Nr. 12, 16.1.1902, S. 1–3.



Abbildung 1: Überblick mittelalterliche Verkehrswege in Tirol

der Septimer (2.310 Meter), der St. Gotthard (2.109 Meter) oder der Große St. Bernhard (2.469 Meter) in der Schweiz – alle über 2.000 Meter, was eine Benutzung im Winter angesichts großer Schneehöhen und drohender Lawinen unmöglich machte.¹⁴

Somit liegt es nahe, dass die Menschen im Mittelalter die niederen Alpenpässe bevorzugten und auf ihrem Weg zwischen Nord- und Südeuropa häufig durch Tirol zogen. Das verhältnismäßig große Einzugsgebiet (etwa Richtung Poebene, in den bayrischen Raum oder in den Donaauraum) sowie die Anbindung an die Wasserwege Eisack, Etsch und Inn lieferten weitere Argumente für die Tiroler Alpenpässe Brenner und Reschen. Die Wege orientierten sich an den natürlichen Gegebenheiten des Geländes und folgten vielfach den Tälern und Flussläufen.¹⁵ Während die Route über den Reschenpass als „Oberer Weg“ bezeichnet wurde, war die Strecke über den Brennerpass als „Unterer Weg“ bekannt.¹⁶ Beide Varianten verfügten über günstige Zugänge. Wenn die Wahl auf den Brennerpass fiel und die Reisenden durch das Inntal zogen, konnte das Gebirge mit nur einem Anstieg überwunden werden. Beim Weg über den Reschenpass galt es hingegen zwei Übergänge zu meistern; sowohl der

14 Christoph Haidacher, Verkehr am Oberen Weg im Mittelalter, in: Rainer Loose (Hrsg.), Von der Via Claudia Augusta zum Oberen Weg. Lehnen an Etsch und Inn. Westtirol und angrenzende Räume von der Vorzeit bis heute (Schlern-Schriften 334), Innsbruck 2005, S. 67–86, hier S. 68.

15 Ebd.

16 Herbert Hassinger, Der Verkehr über Brenner und Reschen vom Ende des 13. bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Ernst Troger/Georg Zwanowetz (Hrsg.), Neue Beiträge zur geschichtlichen Landeskunde Tirols. Festschrift für Univ.-Prof. Dr. Franz Huter anlässlich der Vollendung des 70. Lebensjahres (Tiroler Wirtschaftsstudien 26), Innsbruck-München 1969, S. 137–194, hier S. 137.

Fernpass (1.216 Meter) als auch der Seefelder Sattel (1.185 Meter) stellten jedoch relativ kleine Hindernisse dar.¹⁷

Auch wenn das Wort Transit heute – gerade im Tiroler Raum – oft negativ konnotiert ist und an überlastete Straßen, Lärm und Luftverschmutzung erinnert, sollten die positiven Aspekte nicht in Vergessenheit geraten. Der Alpenraum und nicht zuletzt das Land Tirol profitierten von der Lage zwischen den miteinander kommunizierenden Wirtschaftsregionen im Norden und Süden Europas, vor allem der Aufstieg Venedigs und der oberdeutschen Städte im Hochmittelalter waren wichtige Impulsgeber. Menschen samt verschiedener Waren zogen durch die Alpen, Siedlungen entstanden an verkehrstechnisch günstigen Punkten und Zollstationen boten eine lukrative Einnahmequelle.¹⁸ Verkehr und Handel waren also eine wichtige Voraussetzung „für Beziehungssysteme, für Lebensräume, für Kommunikation, für Information [und] für den Austausch von Waren, Personen und Ideen“.¹⁹ Die Verkehrslinien können somit als Lebensadern für das Land Tirol bezeichnet werden und veranschaulichen gleichzeitig die in geografischer Hinsicht verbindende Funktion Tirols für Europa.²⁰

Neben wirtschaftlichen Gründen waren militärische und machtpolitische Motive für eine Überquerung der Alpen ausschlaggebend. Darunter fallen etwa die Romzüge der Karolinger bzw. der römisch-deutschen Könige, um vom Papst die Kaiserwürde zu erhalten, sowie die Eingriffe fremder Mächte in Italien im Allgemeinen. Selbst wenn aus den Quellen nicht immer eindeutig hervorgeht, welche Übergänge dafür benutzt wurden, steht außer Frage, dass Tirol auch in dieser Hinsicht Bedeutung erlangte. Zwischen 754 und 1452 sind beispielsweise 144 Italienzüge der fränkischen und deutschen Könige belegt, wobei laut Uwe A. Oster 65-mal der Weg über den Brenner gewählt wurde. Nicht zu Unrecht wird der Brennerpass daher als „Kaiserstraße“ bezeichnet.²¹

Die Streckenführung über Brenner und Reschen war im Mittelalter aber keineswegs neu, sondern folgte jahrhundertealten Trassen. Bereits die Römer, bekannt für ihr ausgeklügeltes Straßensystem,²² legten im Zuge des Alpenfeldzugs 15 v. Chr. Verkehrswege durch das Gebirge an. Eine besonders wichtige Route stellte dabei die unter Kaiser Claudius 46/47 n. Chr. fertiggestellte Via Claudia Augusta dar, welche Oberitalien mit den eroberten Territorien nördlich der Alpen verband.²³ Der Verlauf

17 Josef Riedmann, *Mittelalter*, in: Josef Fontana/Peter W. Haider (Hrsg.), *Die Geschichte des Landes Tirol. Von den Anfängen bis 1490*, Bozen 1985, S. 265–661, hier S. 372.

18 Ebd., S. 372–374; Haidacher, *Verkehr am Oberen Weg*, S. 68–69.

19 Rainer Christoph Schwinges, *Straßen- und Verkehrswesen im hohen und späten Mittelalter. Eine Einführung*, in: ders. (Hrsg.), *Straßen- und Verkehrswesen im hohen und späten Mittelalter (Vorträge und Forschungen Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte 66)*, Ostfildern 2007, S. 9–18, hier S. 9.

20 Haidacher, *Verkehr am Oberen Weg*, S. 68–69.

21 Uwe A. Oster, *Kaiser und Kaufleute, Päpste und Pilger. Alpenüberquerungen im Mittelalter*, in: ders. (Hrsg.), *Wege über die Alpen. Von der Frühzeit bis heute*, Darmstadt 2006, S. 57–86, hier S. 64.

22 Eine Übersicht des römischen Straßennetzes bietet etwa: Martin Frey, *Wege zu Macht und Wohlstand. Das Straßensystem der Römerzeit*, in: Kurt Andermann/Nina Gallion (Hrsg.), *Weg und Steg. Aspekte des Verkehrswesens von der Spätantike bis zum Ende des Alten Reiches (Kraichtaler Kolloquien 11)*, Ostfildern 2018, S. 12–28.

23 Gerald Grabherr, *Die Via Claudia Augusta in Nordtirol. Die Überwindung von Pässen und Steilstufen*, in: Rainer Loose (Hrsg.), *Von der Via Claudia Augusta zum Oberen Weg. Lehen an Etsch und Inn. Westtirol und angrenzende Räume von der Vorzeit bis heute (Schlern-Schriften 334)*, Innsbruck 2005, S. 51–66, hier S. 51.

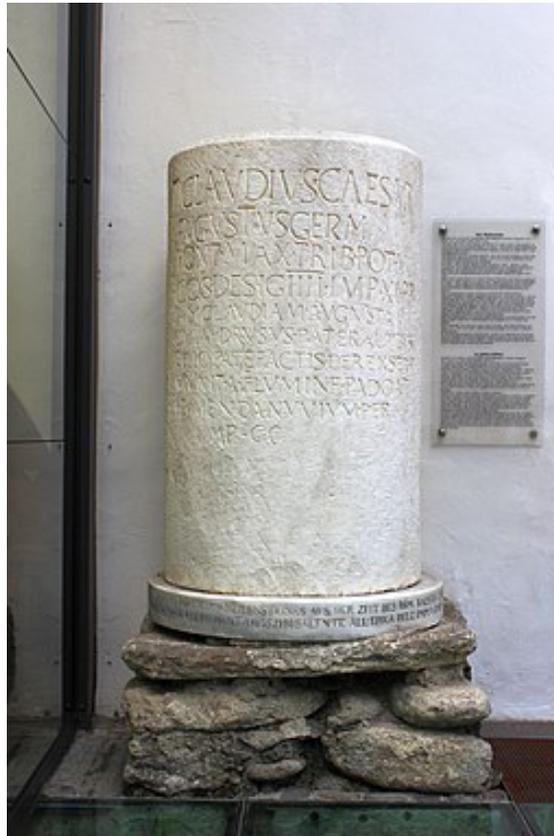


Abbildung 2: Replikat eines römischen Meilensteins an der Via Claudia Augusta

dieser Straße kann anhand von Meilensteinen rekonstruiert werden, wobei es für den südlichen Bereich noch Unsicherheiten gibt und im italienischen Raum vermutlich mehrere Äste der Via Claudia Augusta existiert haben dürften.²⁴ Im Gebiet des historischen Tirols gilt der Wegverlauf jedoch als weitestgehend gesichert: Die antike Trasse führte von Bozen durch den Vinschgau nach Meran und weiter über den Reschenpass und Finstermünz ins Inntal sowie über Landeck, Imst und Reutte zum Fernpass,²⁵ wie etwa ein Fund des Meilensteins in Nauders belegt.²⁶ Die Strecke über den Brenner war zunächst eher eine Nebenlinie; Anfang des 3. Jahrhunderts ließ Kaiser Septimius Severus den Weg jedoch ausbauen und die Brennerroute gewann an Bedeutung.²⁷ Neben dem Reschen nutzten die Römer also auch den Brenner als Übergang und erschlossen die enge Eisackschlucht mit einem Weg.²⁸ Ein Beleg dafür

24 Gerald Grabher., Die Via Claudia Augusta – Methode, Verlauf, Funde, in: Elisabeth Walde/Gerald Grabherr (Hrsg.), *Via Claudia Augusta und Römerstraßenforschung im östlichen Alpenraum (IKARUS 1)*, Innsbruck 2006, S. 35–336, hier S. 65–69.

25 Eine detaillierte Beschreibung über den Verlauf der Via Claudia Augusta in Nordtirol liefert: Grabherr, *Die Via Claudia Augusta in Nordtirol*.

26 Johannes Pöll, Der römische Meilenstein von Nauders, in: Elisabeth Walde/Gerald Grabherr (Hrsg.), *Via Claudia Augusta und Römerstraßenforschung im östlichen Alpenraum (IKARUS 1)*, Innsbruck 2006, S. 337–360.

27 Pöll, *Der römische Meilenstein von Nauders*, S. 347; Uwe A. Oster, *Der Brenner*, in: ders. (Hrsg.), *Wege über die Alpen. Von der Frühzeit bis heute*, Darmstadt 2006, S. 46–49, hier S. 48.

28 Josef Riedmann, *Verkehrswegen, Verkehrsmittel*, in: Siegfried de Rachewiltz/Josef Riedmann (Hrsg.), *Kommunikation*

ist ein auf etwa 310 n. Chr. datierbarer Meilenstein, der in Blumau im Eisacktal gefunden wurde.²⁹

Mit dem Untergang des weströmischen Reiches verfiel das Straßennetz allerdings zunehmend.³⁰ Während die Römer noch einen Weg durch das Eisacktal unterhielten, gab es im Mittelalter keine Möglichkeit mehr, am Talboden entlang des Eisacks zu reisen. Um die gefährliche Schluchtstrecke zu umgehen, musste der bereits in der Römerzeit bekannte Weg über den Ritten genommen werden. Dabei existierten zwei verschiedene Möglichkeiten: zum einen der Weg, der schon bei Rentsch hinter Bozen das Tal verließ; zum anderen die Route, die sich erst beim Ort Steg vom Tal abwandte. Beide Wegstücke trafen schließlich bei Lengstein zusammen und führten über die Hänge nach Kollmann ins Tal hinab. Häufiger genutzt wurde wahrscheinlich die erste Variante, doch auch hier galt es, eine beträchtliche Steigung und nahezu 800 Höhenmeter zu überwinden. Zu bewerkstelligen war dies lediglich mit Saumtieren, da die „Strata de Ritten“ nicht mit Wagen befahren werden konnte.³¹

Mit dem Entstehen eines großräumigen Handelsnetzes in Europa und der Zunahme des Waren- und Personenverkehrs lassen sich ab Mitte des 13. Jahrhunderts erste Maßnahmen zur Verbesserung der Straßeninfrastruktur greifen.³² In Tirol sind um 1300 vermehrt Reparaturen an den verschiedenen Durchzugslinien überliefert. Zu nennen wären hier etwa Ausbesserungsarbeiten auf der Straße von Bozen nach Meran, im Passeiertal und am Jaufenpass.³³ Die sich ab dem Spätmittelalter häufenden Eingriffe von Seiten der Obrigkeit lassen sich nicht zuletzt auf die Verleihung der „Zoll-, Straßen- und Verkehrshoheit“ an die Tiroler Landesfürsten zurückführen.³⁴

Das für den Bau und die Instandhaltung der Verkehrswege zuständige römisch-deutsche Reich konnte dieser Aufgabe häufig nicht nachkommen, weshalb der römisch-deutsche König Albrecht I. den Söhnen Meinhards II. und deren Nachfolgern als Grafen von Tirol und Herzöge von Kärnten diese Rechte zur gesamten Hand als Reichslehen übertrug.³⁵ Im Zuge der Belehnung 1305 ging neben den Hauptzöllen in Bozen, an der Töll (westlich von Meran) und am Lueg (nördlich des Brennerpasses)³⁶ auch die „Obsorge für den Zustand und die Sicherheit der Wege und Straßen in ihrer Grafschaft“ auf Meinhards Söhne Otto, Ludwig und Heinrich über.³⁷ Dementsprechend konnten in Tirol nun nur mehr die Landesfürsten den Bau von neuen Straßen bewilligen.³⁸ Als die Route von Venedig durch das Piavetal, die Dolomiten und das Pustertal bei Kaufleuten

und Mobilität im Mittelalter. Begegnungen zwischen dem Süden und der Mitte Europas (11.–14. Jahrhundert), Sigmaringen 1995, S. 61–76, hier S. 61.

29 Mumelter, *Der Kuntersweg*, S. 4.

30 Riedmann, *Verkehrswege*, S. 61.

31 Stolz, *Das mittelalterliche Zollwesen*, S. 646; Bruno Mahlknecht, *Bozen durch die Jahrhunderte*, Bd. 4, Bozen 2007, S. 31.

32 Riedmann, *Mittelalter*, S. 373; Brandstätter, *Verkehr und Handel*, S. 267.

33 Szabó, *Die Straßen in Deutschland*, S. 84–85.

34 Mahlknecht, *Bozen durch die Jahrhunderte*, S. 32.

35 Ebd.

36 Pfeifer, *Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau*, S. 172.

37 Brandstätter, *Verkehr und Handel*, S. 267–268.

38 Stolz, *Geschichte des Zollwesens*, S. 19, 178.

immer populärer wurde und diese damit weniger lang auf Tiroler Gebiet unterwegs waren, galt es für die Tiroler Fürsten zu handeln. So kam der Gedanke auf, einen Weg durch die Eisackschlucht zu errichten, um den beschwerlichen Umweg über den Ritten zu vermeiden und die Handelswege in Tirol, insbesondere den Brennerübergang, für die Reisenden und Handeltreibenden attraktiver zu machen.³⁹

3. Der Kuntersweg

3.1 *Die historische und verkehrstechnische Bedeutung des Brennerpasses*

Dass der Brennerpass von großer verkehrspolitischer Relevanz für Tirol war bzw. nach wie vor ist, steht außer Frage. Allerdings herrscht in der Geschichtswissenschaft Uneinigkeit darüber, wann die mittelalterliche Straße über den Brenner gegenüber anderen Verbindungen, wie beispielsweise dem Reschenpass, endgültig ihre Vormachtstellung erreichte. Während etwa Klaus Brandstätter den Brenner als den „verkehrsreichste[n] Paß“⁴⁰ im Mittelalter bezeichnet und auch Herbert Hassinger die „überragende Bedeutung der Brennerstraße im [...] Mittelalter“⁴¹ betont, sieht es die neuere Forschung unter Gustav Pfeifer etwas differenzierter. So soll der Weg über den Reschen seiner Expertise zufolge bis in die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts das Feld behauptet haben und erst dann von der Strecke über den Brennerpass abgelöst worden sein.⁴²

Versuche einer Quantifizierung von Brenner- und Reschenpass stellten sich allerdings als schwierig heraus. Zwar geben Zollbestimmungen und Zolleinnahmen Auskunft über die transportierten Waren, aber ein aussagekräftiger Vergleich ist aufgrund zum Teil fehlender Quellen – Zollregister sind nur bruchstückhaft erhalten – kaum möglich.⁴³ 1953 nahm Otto Stolz um 1300 eine jährliche Frachtmenge von 3.000 Tonnen am Brennerpass an.⁴⁴ Herbert Hassinger äußerte in den 1960er-Jahren Kritik an dieser Zahl und ging um 1300 von mindestens 4.000 Tonnen Fracht pro Jahr aus.⁴⁵ Neueste Forschungsergebnisse setzen das jährliche Warenvolumen über den Brenner eher noch höher an.⁴⁶ Klaus Brandstätter nimmt um 1340 beispielsweise eine Frachtmenge von bis zu 5.000 Tonnen an und berechnet – unter der Annahme, dass alle Waren von Tieren mit einer Traglast von 150 kg transportiert wurden – eine tägliche Frequenz von 91 Saumtieren am Brennerpass. Ab der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts ging das Transportvolumen aufgrund mehrerer grassierender Pestwellen in Europa und der damit einhergehenden Krise im internationalen Transitverkehr zurück. So wird um 1400 ein jährliches Frachtvolumen von 3.500 Tonnen am Brenner vermutet und die

39 Stolz, *Das mittelalterliche Zollwesen*, S. 646.

40 Brandstätter, *Verkehr und Handel*, S. 267.

41 Hassinger, *Der Verkehr über Brenner*, S. 137.

42 Pfeifer, *Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau*, S. 178.

43 Hassinger, *Der Verkehr über Brenner*, S. 138.

44 Stolz, *Geschichte des Zollwesens*, S. 149.

45 Hassinger, *Der Verkehr über Brenner*, S. 179.

46 Pfeifer, *Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau*, S. 170.

Warenmengen reichten erst um 1500 wieder an die Zahlen vor dem Pestausbruch heran.⁴⁷ Eine ähnliche Berechnung für den Reschenpass ist wegen der über längere Zeiträume hinweg fehlenden Aufzeichnungen kaum durchführbar.⁴⁸

Bis sich der Brenner gegenüber dem Reschen endgültig als wichtigster Tiroler Handelsweg über die Alpen durchsetzen konnte, war es ein langer Prozess, der sich über mehrere Jahrhunderte zog. In unmittelbarem Zusammenhang damit stand die allgemeine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere der Ausbau des südlichen Zugangs durch das Eisacktal zum Brennerpass. Daher nimmt die vorliegende Arbeit ausführlich auf die wechselvolle Geschichte dieses historisch wie wirtschaftlich bedeutenden Straßenabschnitts, welcher die Reisedauer erheblich verkürzte und den Handel erleichterte, Bezug. Wie sich in den folgenden Kapiteln zeigen wird, war die als Kuntersweg bekannte Verbindungslinie vor allem ab der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts von enormer wirtschaftlicher Relevanz für das Land Tirol, da sie schrittweise ausgebaut wurde und nun auch erstmals mit Wagen befahren werden konnte.⁴⁹

3.2 *Heinrich Kunter und die Lehensurkunde von 1314*

Der Tiroler Landesfürst Heinrich, Herzog von Kärnten und Graf von Tirol, kümmerte sich allerdings nicht selbst um den Bau des Weges durch das Eisacktal, sondern übertrug diese Aufgabe 1314 dem Bozner Bürger Heinrich Kunter, der im Gegenzug mit verschiedenen Rechten am Weg belehnt wurde. Dass ein Privatmann den Weg errichtete, demonstriert einerseits das große Interesse des Bozner Bürgertums an einem regen Handel durch das Tal und an den damit in enger Verbindung stehenden Zollrechten entlang des Weges, die eine gute Einnahmequelle versprachen.⁵⁰ Andererseits erhoffte sich der Landesfürst dadurch einen Aufschwung im Warenverkehr und einen leichteren Vertrieb des Haller Salzes sowie gesteigerte Zolleinnahmen in Bozen.⁵¹

Warum die Wahl gerade auf Heinrich Kunter fiel, lässt sich heute nur mehr schwer rekonstruieren; es sind nur wenige Informationen zu seiner Person und seinem familiären Umfeld überliefert. So unterscheiden sich in der Literatur bereits die Angaben zu seinem Geburtsort. Während Julia Hörmann vermutet, dass Heinrich Kunter in Hall in Tirol geboren wurde,⁵² schreibt ihm Gustav Pfeifer eine Bozner Herkunft zu.⁵³ Fest steht, dass Kunter mit beiden Städten eng verbunden war. Zum einen kam der Name Kunter, in der zeitgenössischen Schreibweise „Chunter“, im 14. Jahrhundert mehrfach bei Bozner Bürger*innen vor.⁵⁴ Zum anderen wurde der Name Heinrich Kunter häufig in Zusammenhang mit der Haller Saline genannt; die älteste urkundliche Erwähnung stammt aus einem Rechnungsbuch von 1294. Sein Haupttätigkeitsfeld war demnach

47 Brandstätter, *Verkehr und Handel*, S. 270.

48 Hassinger, *Der Verkehr über Brenner*, S. 179.

49 Pfeifer, *Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau*, S. 194.

50 Stolz, *Das mittelalterliche Zollwesen*, S. 647–648.

51 Pfeifer, *Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau*, S. 180.

52 Hörmann, *Die „Kuntersweg-Urkunden“*, S. 50.

53 Pfeifer, *Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau*, S. 173.

54 Mahlknecht, *Bozen durch die Jahrhunderte*, S. 36.

das mittlere Inntal bei Hall und Thaur, aber auch in Lermoos an der Fernpassstraße scheint sein Name auf.⁵⁵

Eine wichtige Voraussetzung für die spätere Belehnung mit dem Weg im Eisacktal stellte wahrscheinlich seine Erfahrung im Wegebau dar. Anfang des 14. Jahrhunderts war Kunter für den Ausbau eines Weges von Hall Richtung Brenner zuständig; Innsbruck sollte über das Mittelgebirge bei Ampass und Lans Richtung Matrei umgangen werden.⁵⁶ Laut Norbert Mumelter gibt es für Kunters Verbindung zu diesem Weg zwar keine urkundlichen Beweise,⁵⁷ aber dass Kunter im Laufe seines Lebens an Wegebauprojekten beteiligt war und somit wohl über ein einschlägiges Fachwissen verfügte, belegen zahlreiche schriftliche Beschwerden gegen seine Person. Am Fernpass etwa häuften sich Vorwürfe, die Heinrich Kunter der Güterbeschlagnehmung bezichtigten. Derartige Enteignungen traten mit großer Wahrscheinlichkeit im Zuge von neuen Wegerrichtungen und damit einhergehenden Beeinträchtigungen der Grundbesitzer auf.⁵⁸ Ebenso wie Kunters Rolle bei diversen Wegebauten ist auch seine soziale Position umstritten.⁵⁹ Entgegen der Annahme von Otto Stolz, welcher Kunter dem Kaufleutemilieu zuordnet,⁶⁰ sieht ihn Gustav Pfeifer als Teil der „aus nicht-adligen Gruppen stammenden meinhardinischen Funktionseleiten“.⁶¹ Ungeachtet dieser unterschiedlichen Angaben steht fest, dass Heinrich Kunter eine bedeutende Rolle beim Ausbau der Eisackschlucht spielte.

Mit einer Urkunde verlieh Heinrich, Herzog von Kärnten und Graf von Tirol und Görz, dem Ehepaar Heinrich und Katharina Kunter sowie deren Nachkommen 1314 das Wegstück zwischen Bozen und Trostburg bei Waidbruck als Lehen.⁶² Sie ist im Original im Archiv Staffler, einer Bozener Sammlung, die mittlerweile im Südtiroler Landesarchiv untergebracht ist,⁶³ erhalten und befindet sich als Abschrift im Tiroler Lehenbuch Cod. 18 (1336) im Tiroler Landesarchiv in Innsbruck.⁶⁴

Aufgrund dieser sorgfältigen Archivierung ist es möglich, auf die äußeren Merkmale der Urkunde einzugehen. Als Beschreibstoff wählte der Verfasser, wie im europäischen Raum zu dieser Zeit üblich,⁶⁵ Pergament, welches auf der Vorderseite in Querformat beschrieben wurde. Der Rechtsakt wurde in deutscher Sprache verfasst. Beim Schriftbild fallen der vergrößerte Anfangsbuchstabe, die sogenannte Initiale, am Beginn der Urkunde sowie die häufigen Ober- und Unterlängen, die typisch für eine Minuskelschrift sind, auf. Insgesamt ist die Schrift, wie für eine Privaturkunde üblich, eher einfach gehalten und bei weitem nicht so kunstvoll mit grafischen Zeichen

55 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 174–175.

56 Ebd.

57 Mumelter, Der Kuntersweg, S. 14.

58 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 175.

59 Ebd., S. 175–176.

60 Stolz, Das mittelalterliche Zollwesen, S. 647.

61 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 193.

62 Oskar Wanka Edler von Rodlow, Die Brennerstraße im Altertum und Mittelalter (Prager Studien aus dem Gebiete der Geschichtswissenschaft 7), Prag 1900, S. 128; Mumelter, Der Kuntersweg, S. 8–9.

63 Südtiroler Landesarchiv, Archiv Staffler, v. 24.

64 Tiroler Landesarchiv, Codex 18, fol. 82.

65 Vogtherr, Einführung in die Urkundenlehre, S. 55.

ausgestaltet, wie es bei Kaiser-, Königs- oder Papsturkunden oft der Fall ist.⁶⁶ Die Maße des Dokuments betragen 25,5 x 24,5 Zentimeter,⁶⁷ wobei der untere Rand vermutlich verstärkt und längs der Kante zu einer Plica umgebogen wurde.⁶⁸ An dieser Stelle wurden in der Regel die Beglaubigungsmittel in Form von Siegeln angebracht.⁶⁹ Bei der beschriebenen Lehensurkunde ist allerdings kein solches mehr erhalten.⁷⁰

Die inneren Merkmale einer Urkunde folgen einem formelhaften Aufbau, der zwar je nach Zeit, Ort und Aussteller variieren kann, ganz grundlegend jedoch in die drei Teile Protokoll, Kontext und Eschatokoll untergliedert wird.⁷¹ Im Protokoll wird typischerweise der Aussteller und der Empfänger genannt; im Falle der Lehensurkunde von 1314 fungierte Heinrich von Tirol-Görz und (Titular-)König von Böhmen als Aussteller der Urkunde und er belehnte „Heinrich den Chunt(er) und Katreinen seiner hausfrawen“⁷² sowie deren Erben.⁷³ Der Kontext, der Hauptteil des Rechtsdokuments, besteht unter anderem aus den Entstehungsumständen der Urkunde, der sogenannten *Narratio*, aus dem eigentlichen Rechtsinhalt der *Dispositio* sowie aus der *Sanctio*, in der Strafen bei Zuwiderhandlung vermerkt sind.⁷⁴

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das Ehepaar Kunter mit der Urkunde von 1314 die Aufgabe übertragen bekam, den Weg durch das Eisacktal zwischen Bozen und Trostburg bei Waidbruck neu zu errichten und im Falle von Zerstörungen durch Naturkatastrophen wieder in Stand zu setzen. Im Gegenzug dazu erhielten sie die Einnahmen aus den in der Urkunde festgesetzten Zollbestimmungen, eine Befreiung von jeglicher Steuerleistung und das Recht, entlang des nach ihnen benannten Kuntersweges zwei Gasthäuser zu eröffnen. Nach Ablauf einer zehnjährigen Frist sollte eine Kommission vom Landesfürsten den Pfad besichtigen und je nach Zustand des Weges die Zolltarife erhöhen oder verringern. Falls der Weg vernachlässigt oder der Zoll eigenmächtig erhöht werden sollte, würden alle Rechte verloren gehen und zurück an den Grafen von Tirol fallen.⁷⁵ Diesen Rechtsinhalt bestätigten in der *Corroboratio* (Beglaubigung) fünfzehn Zeugen, wie etwa der Hofmeister Heinrich von Rotenburch oder Ulrich von Cord als Burggraf von Tirol.⁷⁶ Im letzten Teil der Urkunde, dem Eschatokoll, folgt schließlich die Signumszeile und die Datierung.⁷⁷ Die Ausstellung der Lehensurkunde fand am 22. September 1314 in Gries statt.⁷⁸

66 Zu den grafischen Ausgestaltungen einer Urkunde: Vogtherr, Einführung in die Urkundenlehre, S. 60.

67 Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 53.

68 Vogtherr, Einführung in die Urkundenlehre, S. 70.

69 Ebd., S. 64.

70 Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 53.

71 Vogtherr, Einführung in die Urkundenlehre, S. 77–80.

72 Zit. nach Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 53.

73 Ebd.

74 Vogtherr, Einführung in die Urkundenlehre, S. 79–80.

75 Stolz, Geschichte des Zollwesens, S. 179; Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 50.

76 Ebd., S. 53.

77 Vogtherr, Einführung in die Urkundenlehre, S. 80.

78 Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 53.

3.3 *Der Wegebau und die damit verbundenen Rechte ab 1314*

Wann mit dem Bau des 18 km langen Weges zwischen Kardaun und Kollmann begonnen wurde und wie lang dieser tatsächlich dauerte, lässt sich heute kaum mehr eruieren.⁷⁹ Damit der wasserreiche Eisack den Weg nicht oder zumindest nur in geringem Ausmaß in Mitleidenschaft ziehen konnte, verlief die Trasse etwas oberhalb entlang des Hanges, was zahlreiche Brücken über Seitenbäche notwendig machte. Weil der Weg mit den vorherrschenden technischen Mitteln nur händisch mit Hilfe von Brechstangen und Meißeln in den Fels geschlagen werden konnte, war der Bau äußerst aufwendig und teuer.⁸⁰ Nichtsdestotrotz soll der Weg bereits im Sommer 1317 fertig gewesen sein.⁸¹ Bekräftigt wird dieser Umstand dadurch, dass Heinrich Kunter dem Augustiner-Kloster in Neustift am 12. Juli 1317 Zollfreiheit für alle für das Stift vorgesehenen Waren gewährte.⁸² Die These von Otto Stolz, nach welcher die Bauarbeiten am Weg bereits 1307 im Gang gewesen sein sollen, widerlegt Norbert Mumelter schlüssig. Stolz behauptet, der Begriff „via Chunteronis“ sei in einer Urkunde aus dem Jahre 1307 zur Beschreibung eines Hofes herangezogen worden.⁸³ Mumelter konnte allerdings belegen, dass die originale Urkunde diesen Wortlaut gar nicht enthält, sondern dieser lediglich in der später verfassten Urkundenzusammenfassung, dem sogenannten Regest, zu finden ist.⁸⁴

Durch den Kuntersweg, der weit weniger Höhenmeter aufwies als die Route über den Ritten, wurde die Reisedauer bereits am Anfang des 14. Jahrhunderts verkürzt und der Handel erleichtert.⁸⁵ Aber trotz aller Bemühungen, einen Weg durch das unwegsame Gelände zu schaffen, gelang es nur, einen Saumpfad zu erbauen, der noch eine „holperige und recht unvollkommene Straße“ darstellte.⁸⁶ Der Weg verfügte lediglich über eine begrenzte Kapazität und war mit Pferden schwierig zu begehen. So ist in den Reitbüchern dieser Zeit immer wieder vermerkt, dass Pferde auf diesem Abschnitt zu Tode kamen. Langfristig erwies sich der Bau des Kuntersweges aber als zukunftsweisend und stellte einen ersten wichtigen Schritt für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur dar, was sich auch auf die steigende Bedeutung der Bozner Märkte auswirkte.⁸⁷

Da die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit maximal 20 bis 30 Kilometer pro Tag betrug, war es für die Reisenden notwendig, auf ihrem Weg mehrmals zu übernachten. Aus diesem Grund entstanden im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts an den Hauptwegen vermehrt Hospize und Gasthäuser zur Bewirtung und Unterbringung der durchreisenden Gäste.⁸⁸ Diese Form des Beherbergungswesens kam auch dem

79 Mahlkecht, *Bozen durch die Jahrhunderte*, S. 33.

80 Mumelter, *Der Kuntersweg*, S. 13.

81 Pfeifer, *Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau*, S. 180.

82 Hörmann, *Die „Kuntersweg-Urkunden“*, S. 54.

83 Stolz, *Das mittelalterliche Zollwesen*, S. 648.

84 Mumelter, *Der Kuntersweg*, S. 15.

85 Hörmann, *Die „Kuntersweg-Urkunden“*, S. 49.

86 Rodlow, *Die Brennerstraße*, S. 129.

87 Pfeifer, *Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau*, S. 178.

88 Brandstätter, *Verkehr und Handel*, S. 269.

Ehepaar Kunter zugute; es allein hatte das Recht, entlang des Kuntersweges zwei Gasthäuser zu betreiben, welche sowohl als Schenken als auch als Herbergen genutzt wurden und zusätzliche Einnahmen lukrierten. An welchen Stellen sich die Tavernen befanden, lässt sich heute nicht mehr eindeutig feststellen. Vermutlich waren sie auf dem Felsvorsprung der Hochklause, dem höchsten Punkt der Straße, und in Atzwang – einem Ort, dessen Name auf eine Raststätte mit öffentlicher Weide hinweist und der als Sitz des nördlichen Wegmachers belegt ist – angesiedelt.⁸⁹

Bedeutsame Handelsgüter im Hoch- und Spätmittelalter waren vor allem Salz, Metalle, Wein, Stoffe, Leder, Pelze, Gewürze, Früchte, Getreide, Öl, Holz und Glas sowie Vieh und tierische Produkte. Nur ein Bruchteil dieser Waren wurde in Tirol selbst verbraucht, der Großteil wurde auf überregionalen Transitstrecken hauptsächlich nach Deutschland oder Italien gebracht. Die Einnahmen aus den Wegzöllen sind dementsprechend nicht zu unterschätzen. Als besonders gewinnbringend galten vor allem die Zollstationen an den Hauptverkehrswegen, wie am Lueg, in Bozen und an der Töll. Um 1300 sollen die Zolleinnahmen in Tirol etwa ein Achtel der jährlichen landesfürstlichen Einkünfte betragen haben.⁹⁰

Auch im Falle des Kuntersweges brachte der Zoll neben der Deckung der Erbauungs- und Erhaltungskosten einen finanziellen Gewinn ein.⁹¹ Wo der Zoll eingehoben wurde, ist nicht genau bekannt, wahrscheinlich erfolgte dies aber an den jeweiligen Beginn- bzw. Endpunkten des Weges, also in Kardaun oder in Kollmann.⁹² Da es im 14. Jahrhundert noch kein Papiergeld gab, wurden die Zölle mit Münzen bezahlt, wobei der Wert der Münzen vor allem vom Metallgehalt abhing. Die kleinste Münze war ein Berner, dessen Wert dem Zwanzigstel eines Kreuzers entsprach.⁹³ Als Vergleich kostete zum Beispiel eine Kuh im Jahr 1307 3.200 Berner und ein Pferd 4.000 Berner.⁹⁴ Die 1314 erlassenen Zollbestimmungen am Kuntersweg variierten zwischen einem und zwanzig Berner. Für eine durchgetriebene Ziege war ein Berner Zoll zu entrichten, für ein Schwein und ungelöschten Kalk zwei Berner und für ein Rind, ein Schaf, einen Esel, ein Pferd ohne Reiter sowie für ein Fässchen Pech waren vier Berner zu zahlen. Für einen Saum⁹⁵ Wein, Salz oder Schindeln mussten acht Berner bezahlt werden. Ein Klafter⁹⁶ Holz, ein Reiter zu Pferd und ein Protzen⁹⁷ wurden mit zehn Berner verzollt. Für einen Saum Öl, Eisen und nicht näher erläuterte trockene Waren galt es zwölf Berner zu zahlen. Ein aus der Lombardei stammender Reiter musste mit zwanzig Berner den höchsten Betrag entrichten. Hofleute und Hofgesinde waren vom Zoll ausdrücklich befreit ebenso wie Pilgerreisende und all jene Personen, die den Weg zu Fuß benutzten

89 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 179–180.

90 Brandstätter, Verkehr und Handel, S. 269.

91 Stolz, Das mittelalterliche Zollwesen, S. 649.

92 Mahlknecht, Bozen durch die Jahrhunderte, S. 37.

93 Einen Überblick zum Tiroler Münzwesen und den Umrechnungen bietet: Ferd Kogler, Übersicht über das Münzwesen Tirols bis zum Ausgang des Mittelalters, in: *FinanzArchiv* 19 (1902), Heft 2, S. 133–135.

94 Mumelter, Der Kuntersweg, S. 11–12.

95 Ein Saum entsprach der Menge, die ein Pferd in kleinen Holzfässern tragen konnte.

96 Ein Klafter Holz entsprach rund 3 Festmeter Holz.

97 Ein Protzen war ein Fahrgestell mit zwei Rädern, das von einem Pferd gezogen wurde. Für vierrädrige Fahrzeuge war der Weg zu schmal.

und Waren auf dem Rücken trugen.⁹⁸ Wer sich allerdings den Zolltarifen widersetzte, hatte eine Strafe von fünfzig Pfund (entspricht 12.000 Berner) zu zahlen.⁹⁹

3.4 Der Weg nach Heinrich Kunters Tod 1317

Heinrich Kunter hatte die nach ihm benannte Straße allerdings nicht lange inne; er starb bereits kurz nach ihrer Eröffnung. Ein genaues Sterbedatum ist nicht überliefert, sein Tod lässt sich aber zwischen dem 12. Juli 1317, an dem er das letzte Mal in einer Urkunde genannt wurde, und dem 25. November 1317, an dem seine Frau in einer Urkunde erstmals als Witwe bezeichnet wurde, datieren. Nach Kunters Ableben erlaubte der Tiroler Landesfürst Heinrich der Witwe Katharina Kunter, ihre Rechte am Weg zu verkaufen oder zu verpfänden. Aufgrund finanzieller Engpässe, eine Folge der Kredittilgungen und letzten Verfügungen Kunters, schien Katharina diese Möglichkeit zunächst in Betracht gezogen zu haben und trat wahrscheinlich auch mit möglichen Vertragspartnern in Verhandlung. So ist in der Urkunde vom 25. November 1317 ein Burkard Wadler, Fernhandelskaufmann aus München, verzeichnet, der vermutlich ein Kaufinteresse hegte. Aufgrund der zu dieser Zeit noch eher geringen Rentabilitätsaussichten gilt es aber als unwahrscheinlich, dass sich ein Investor längerfristig am Weg beteiligte. Jedenfalls lässt sich aus den Quellen nicht erschließen, dass es unter Katharina Kunter zu einem Verkauf der Lehensrechte gekommen wäre.¹⁰⁰

Die Urkunden belegen, dass der Weg weiter im Zuständigkeitsbereich von Kunters Witwe blieb. Im Laufe der 1320er-Jahre gelang es Katharina allerdings, doch noch eine Geschäftspartnerin für den Kuntersweg zu gewinnen. Zwar ist ein solches Übereinkommen nicht schriftlich überliefert, aber eine Verbindung der Ruedig(er)in von Potzen¹⁰¹ – vermutlich die Witwe Heilka des 1322 verstorbenen Wirtes Rüdiger aus der Bozner Eisackgasse – zum Kuntersweg wird in einer landesfürstlichen Urkunde vom 9. November 1326 eindeutig belegt.¹⁰² 1326 bestätigte der Tiroler Landesfürst Katharina Kunter nämlich die alten Zollrechte von 1314, da die Instandhaltung des Pfades, der durch Hochwasser und andere Naturereignisse ständig in Mitleidenschaft gezogen wurde, äußerst kostspielig war. In diesem Zusammenhang wurde versichert, dass der wechselseitige Vertrag zwischen Katharina und Heilka durch die neue Urkunde nicht verändert wurde.¹⁰³

Zwei Jahre später erhielt Kunters Witwe weitere Zugeständnisse von Heinrich, Herzog von Kärnten und Graf von Tirol-Görz. In einer am 21. Jänner 1328 ausgestellten Urkunde führte der Herzog Ergänzungen der Zollordnung durch und betonte, dass nur jene Personen, die in einem Rückentragekorb, einer sogenannten Kraxe, Waren zur Deckung ihres Lebensunterhalts mit sich führten, den Kuntersweg zollfrei

98 Mumelter, *Der Kuntersweg*, S. 12; Mahlknecht, *Bozen durch die Jahrhunderte*, S. 37; Max Straganz, *Zur Geschichte des Kuntersweges*, in: *Neue Tiroler Stimmen*, Nr. 9, 13.1.1902, S. 1–2, hier S. 1.

99 Ders., *Zur Geschichte des Kuntersweges*, in: *Neue Tiroler Stimmen*, Nr. 11, 15.1.1902, S. 1–2, hier S. 1.

100 Pfeifer, *Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau*, S. 181.

101 Zit. nach Hörmann, *Die „Kuntersweg-Urkunden“*, S. 54.

102 Pfeifer, *Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau*, S. 182.

103 Mumelter, *Der Kuntersweg*, S. 16.

passieren durften. Ausnahmslos zollpflichtig war dagegen der Transport von Holz.¹⁰⁴ Darüber hinaus erhielt der von Heinrich und Katharina Kunter errichtete Weg den Status einer Landstraße.¹⁰⁵ Laut Otto Stolz kam das Wort „lantstrazze“ zu jener Zeit das erste Mal in einer Tiroler Urkunde vor und bedeutete eine erhebliche Steigerung der Rechtsverhältnisse.¹⁰⁶

Katharina und ihre Erben hatten nun die Befugnis, die Wegtrasse ober- und unterhalb des Eisacks sowie auf beiden Seiten des Flusses so zu führen, wie es ihnen am zweckmäßigsten erschien. Niemand durfte sie an dafür notwendigen Enteignungen von Grundstücken hindern, da der Ausbau einer Landstraße gegenüber anderen Nutzungsformen des Geländes ausdrücklich Vorrang hatte. Es bestand also bereits damals eine Art verbrieftes Enteignungsrecht, wobei der Kaufpreis der benötigten Flächen von einem gerichtlich bestimmten Schätzer festgesetzt wurde. Wenn die Lehensinhaber*innen der Straße Material aus der direkten Umgebung benötigten, um etwa Brücken zu bauen, war dies ebenso zulässig. Auch in diesem Fall gab es einen gerichtlich ausgewählten Schätzer, welcher den Preis für Holz, Stein oder Kalk berechnete.¹⁰⁷ Sollte eine Brücke durch Hochwasser, Muren oder andere Geschehnisse beschädigt und das Holz samt der Uferverbauungen weggeschwemmt worden sein, galt dieses als Eigentum der Lehensträger*innen am Kuntersweg. Anderen Personen war es mit einer Strafe von fünfzig Pfund (entspricht 12.000 Berner) verboten, diese Baustoffe einzusammeln.¹⁰⁸

Die Witwe blieb in ihren Rechten jedoch nicht unangefochten. Im Jahr 1333 kam es zu einem Streit mit Heinrich von Völs, dem Schloss- und Gerichtsherrn von Karneid. Seine Eigen- und Gerichtsleute benutzten häufig den angelegten Pfad durch das Eisacktal, da der Gerichtssprengel den südlichen Teil des Kuntersweges umfasste. Allerdings weigerten sie sich den vorgeschriebenen Zollbetrag zu zahlen, weshalb Katharina Kunter klagte.¹⁰⁹ Das landesfürstliche Schiedsgericht entschied im Juni 1333 zu Gunsten von Kunters Witwe und legte in einer Urkunde fest, dass die Leute des Völsers die gleichen Zolltarife wie alle anderen Durchreisenden zu bezahlen hatten.¹¹⁰ Zusätzlich bekam Katharina im selben Jahr das Wegmonopol zugesprochen, das einem Art Straßenzwang glich. Heinrich von Tirol-Görz legte fest, dass es von nun an verboten war, einen Konkurrenzweg zum Kuntersweg zu errichten bzw. eine Straße zu verbessern, welche zur Umgehung der Eisackschlucht benützt werden könnte.¹¹¹ Personen, die auf ihrer Reise einen anderen Weg als den Kuntersweg benutzten, mussten eine Strafe von zehn Pfund (entspricht 2.400 Berner) entrichten, wovon die

104 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 182.

105 Eduard Widmoser, Südtirol A–Z, Bd. 3, Innsbruck-München 1988, S. 57; Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 54–55.

106 Stolz, Geschichte des Zollwesens, S. 179.

107 Ebd.

108 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 182.

109 Ebd., S. 183

110 Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 55.

111 Mumelter, Der Kuntersweg, S. 16; Otto Stolz, Verkehrsgeschichte der Brenner- und Reschenstraße, in: *Großdeutscher Verkehr* 36 (1942), Heft 11/12, S. 270–302, hier S. 281.

Hälfte des Betrags dem Landesfürsten gehörte und der andere Teil an den zuständigen Richter fiel.¹¹²

Katharina Kunter überlebte ihren Gatten Heinrich Kunter um mindestens 16 Jahre. Ihr genaues Sterbedatum ist nicht bekannt, ihr Tod muss sich aber zwischen 1333 und 1344 ereignet haben, da sie 1344 nicht mehr als Lehensinhaberin bezeugt ist. Ihre Erben gerieten aller Wahrscheinlichkeit nach in Zahlungsschwierigkeiten und mussten die Rechte am Kuntersweg aufgrund ihrer Verschuldung verkaufen.¹¹³ Eine Urkunde, ausgestellt auf den 8. Dezember 1344, belegt, dass Agnes Stegel, vermutlich die Tochter von Heinrich Kunter,¹¹⁴ und ihr Mann Thomas Stegel, die ein Viertel des Weges besaßen, ihre Rechte sowie ein Haus an der Feigenbrücke in Kardaun um siebzig Mark (entspricht 168.000 Berner) an Friedrich Mautner veräußerten.¹¹⁵ Der aus Burghausen stammende Mautner war nach dem Herrschaftswechsel 1341/42 als Hofmeister des damaligen Landesfürst Ludwig von Brandenburg nach Tirol gekommen und schien hier auch geschäftlich tätig gewesen zu sein.¹¹⁶ Jedenfalls erwarb er die restlichen Anteile des Weges, welche die verschiedenen Erben der Katharina Kunter innehatten.

Aber nur zwei Jahre später, im März 1346, verpfändete er um 83 Mark (entspricht 199.200 Berner) einen Teil des Weges an den Bozner Bürger Anselm von Florenz und seine Frau Heilbig. Da Mautners Haupttätigkeitsbereich nicht im südlichen Tirol lag und seine Rechte am Kuntersweg dementsprechend eher einen Außenposten für ihn darstellten,¹¹⁷ verkaufte er noch im selben Jahr seine gesamten Rechte am Weg um 220 Mark (entspricht 528.000 Berner) an den Bozner Bürger Arnold Jaudes. Jaudes, der aus einer eingesessenen Familie stammte, die im Ministerialendienst des Trienter Bischofs stand, zählte zu einer „adelsgleich lebenden Führungsgruppe in Bozen“.¹¹⁸ Um seinen Einfluss zu vergrößern und das Lehen als Ganzes innezuhaben, kaufte Jaudes auch das Stück von Anselm von Florenz und seiner Frau Heilbig um dasselbe Pfand wieder zurück. Der Landesfürst bestätigte den Kauf und gestand Jaudes dieselben Rechte und Pflichten zu, wie sie Katharina Kunter innegehabt hatte. So wurden etwa die 1328 erlassenen Bestimmungen, nach denen die Wegtrasse beliebig geführt werden konnte, erneuert.¹¹⁹

3.5 Die Stiftung des Arnold Jaudes und die Abrechnungsurkunde von 1391

Im Widerspruch zum 1333 erlassenen Wegmonopol, wonach es verboten war, einen Konkurrenzweg zum Kuntersweg zu schaffen, stand der um 1350 entstandene Plan, die Straße über den Ritten auszubauen. Der Tiroler Landesfürst wollte die von der Pest

112 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 182–183.

113 Mumelter, Der Kuntersweg, S. 17.

114 Max Straganz, Zur Geschichte des Kuntersweges in: *Neue Tiroler Stimmen*, Nr. 11, 15.1.1902, S. 1–2, hier S. 2.

115 Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 56.

116 Karl Mittermaier, Arnold Jaudes und der Kuntersweg, in: *Der Schlern* 57 (1983), Heft 5, S. 22–23, hier S. 22; Mumelter, Der Kuntersweg, S. 17.

117 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 184.

118 Ebd., S. 185.

119 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 184–185.

geschwächte Wirtschaft wiederbeleben und zu diesem Zweck die Verkehrsinfrastruktur verbessern. Aus diesem Grund sollte der Weg über den Ritten als alternativer Zugang zum Brennerpass für Wagen passierbar gemacht werden. Trotz der Einführung einer eigenen Landsteuer zur Durchführung des Projektes scheiterte das Vorhaben aber schlussendlich doch an der Finanzierung. Somit blieb der acht Kilometer kürzere und wesentlich flachere Kuntersweg weiterhin eine führende Zugangsstraße zum Brenner und ein wichtiger Handelsweg in der Region.¹²⁰

Die Quellen zum Weg durch die Eisackschlucht sind nach der Lehensübernahme von Arnold Jaudes im Jahr 1346 nur spärlich. So ist nicht bekannt, wie der Bozner Bürger die Erhaltungskosten des Kuntersweges in den ersten Jahren decken konnte. Wahrscheinlich erhob er weiterhin Zoll zur Instandhaltung, möglicherweise praktizierte er aber auch ohne schriftliche Genehmigung schon eine neue Rechtsform.¹²¹ Jedenfalls geht aus einer auf Burg Tirol ausgestellten Urkunde vom 15. November 1360 hervor, dass Jaudes eine andere finanzielle Basis für die Wegerhaltung wählte.¹²² Er bestimmte die Aufhebung der Zollpflicht am Kuntersweg und gründete für diesen Zweck eine eigene Stiftung, um die Kosten für die Wegerhaltung aus den Einkünften seiner Güter zu decken.¹²³ Ludwig von Brandenburg und seine Frau Margarethe genehmigten dies und bestätigten, selbst keinen Zoll am Kuntersweg einzuheben bzw. die gestifteten Güter zu schützen.¹²⁴

1365, als Tirol bereits zu den habsburgischen Territorien gehörte, legte Jaudes die Güter für die Stiftung fest, deren Einnahmen für Ausbesserungsarbeiten am Handelsweg verwendet wurden. Dazu gehörten 2,3 Hektar Weingarten, eine Mühle und vier Häuser in Bozen, neun kleinere Hofstätten an der Bozner Eisackbrücke sowie weitere Höfe samt Gütern im Umland von Bozen. Aufgrund von fehlenden Nachkommen übergab Arnold Jaudes all diese Güter seinem Neffen Arnold von Niederthor und dessen Erben, welche die Stiftung als Treuhänder verwalten sollten. Wie Jaudes in seinem sechs Jahre später verfassten Testament erklärte, war der Hauptgrund für diese Übertragung ein Konflikt mit dem Landesherrn, dem er damit einen möglichen Zugriff auf die Stiftung entziehen wollte.¹²⁵

Um sicherzustellen, dass der Stiftungszweck auch erfüllt wurde und sich niemand unerlaubterweise daran bereicherte, setzte Jaudes verschiedene Klauseln fest: Es war ausdrücklich verboten, die Güter, deren Einkünfte lediglich für Instandhaltungsarbeiten am Kuntersweg verwendet werden durften, zu verkaufen. Falls die Ausgaben für den Weg die Einnahmen in einem Jahr überschreiten sollten, ordnete er an, dies mit den Einkünften aus ertragreicheren Jahren auszugleichen.¹²⁶ Sollten die Erben sich nicht an diese Regeln halten, würden die Güter und Einkünfte an den Deutschen

120 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 186; Stolz, Das mittelalterliche Zollwesen, S. 650; Rodlow, Die Brennerstraße, S. 130.

121 Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 50.

122 Ebd., S. 57.

123 Ebd.; Widmoser, Südtirol A–Z, S. 57.

124 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 187.

125 Ebd.

126 Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 57–58.

Orden übergehen und die Wegerhaltung von den Niederlassungen des Ordens in Weggenstein in Bozen und in Lengmoos am Ritten übernommen werden.¹²⁷

Nach dem Tod Arnolds von Niederthor gingen die Rechte und Verpflichtungen am Kuntersweg an seine Söhne Veit, Peterman und Siegmund über. Bis zum Erreichen ihrer Volljährigkeit war der Landeshauptmann Heinrich von Rottenburg ihr Vormund, weshalb sich die Rechnungen der Stiftung aus jener Zeit in staatlichen Archiven erhalten haben.¹²⁸ So sind die Einnahmen aus den Gütern und die Ausgaben für die Instandhaltungsarbeiten bis heute relativ detailreich überliefert. Ein Beispiel dafür stellt etwa eine im Tiroler Landesarchiv verwahrte Abrechnungsurkunde zwischen Peterman von Niederthor und Hans dem Werberger, der Propst und Einnehmer am Kuntersweg war, dar.¹²⁹ Auf diese 1391 ausgestellte Urkunde und ihre äußeren und inneren Merkmale soll nun im Folgenden näher eingegangen werden.

Zu den äußeren Merkmalen lässt sich sagen, dass die Urkunde im Original erhalten ist und ein Maß von 24,9 x 39,5 Zentimetern hat. Sie besteht aus Pergament, das sowohl auf der Vorder- als auch auf der Rückseite in Querformat beschrieben wurde. Auf der Vorderseite ist der eigentliche Rechtsakt in deutscher Sprache verzeichnet. Es handelt sich dabei um eine Kursivschrift, die der Gotischen Minuskel zugeordnet werden kann. Da die Urkunde aber am Ende des 14. Jahrhunderts verfasst wurde, sind die Buchstaben schon sehr eng zusammengeschrieben und weisen besonders viele Ober- und Unterlängen auf.¹³⁰ Das erste Wort in der ersten Zeile beginnt mit einem vergrößerten Anfangsbuchstaben, einer Initiale, welche durch eine Verzierung hervorgehoben ist. Ansonsten ist das Schriftbild wie für eine Privaturkunde üblich eher einfach gehalten.¹³¹

Damit die Urkunde durch das Gewicht des Siegels nicht reißt, wurde der untere Rand zu einer ca. drei Zentimeter breiten Plica umgebogen. Beim Siegel, welches den Rechtsakt beglaubigt, handelt es sich um ein mit einer Pergamentpressel anhängendes, rundes Wachssiegel. Es ist noch vollständig erhalten und hat einen Durchmesser von ungefähr vier Zentimetern. Das Siegel stammt von Niklas Vintler, einem reichen Bozner Bürger,¹³² der als Zeuge geladen war. Aufgrund eines weiteren Einschnittes in der Plica liegt die Vermutung nahe, dass die Urkunde noch mit einem zweiten Siegel beglaubigt gewesen war. In der Urkunde ist zu lesen, dass auch Peterman von Niederthor das Rechtsdokument besiegelte.¹³³

Zu den inneren Merkmalen der Urkunde zählt etwa der typisch formelhafte Aufbau. Der Text beginnt mit dem sogenannten Protokoll, der Einleitung. In der *Intitulatio* wird Peterman von Niederthor als Aussteller genannt, der eine Abrechnung über die

127 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 188.

128 Mumelter, Der Kuntersweg, S. 19.

129 Tiroler Landesarchiv, Urkunden II 458.

130 Zu der Schriftentwicklung im Mittelalter siehe etwa: Vogtherr, Einführung in die Urkundenlehre, S. 57–60.

131 Ebd. S. 57–63.

132 Zu Nikolaus Vintler siehe unter anderem: Armin Torrgler/Florian Hofer, Eine Burg für Aufsteiger, Landesherren und Fürsten. Aus der Besitzergeschichte von Schloss Runkelstein, in: Die Bilderburg Runkelstein. Erhaltenes, Verlorenes und Wiederentdecktes (Runkelsteiner Schriften zur Kulturgeschichte 12), Bozen 2018, S. 11–45, hier S. 23–25.

133 Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 59; Tiroler Landesarchiv, Urkunden II 458.

Einnahmen und Ausgaben am Kuntersweg zwischen Michaeli¹³⁴ 1390 und Michaeli 1391 vornimmt. Der Text setzt mit dem Hauptteil, dem Kontext, fort und erläutert im weiteren Verlauf in der *Narratio* und der *Dispositio* den Entstehungszusammenhang und den Rechtsinhalt der Urkunde. So prüft Peterman von Niederthor mit Hans dem Werberger, Propst und Einnehmer am Kuntersweg, die Finanzen des Weges. Die Beträge der Einnahmen aus den Gütern durch Wein, Korn und Weisat werden der Reihe nach aufgezählt. Auch die Ausgaben, welche für die Erhaltung des Weges und den Lohn des Werbergers nötig waren, sind verzeichnet. Zusätzlich sind ebenso die Einkünfte Arnolds von Niederthor, welche seinen Söhnen zu gleichen Teilen gehören, sowie die Einnahmen aus dem halben Gericht auf Tautschnorf, aus den Gütern Siegmunds und aus den Zinsen verrechnet. Es wurden 133 Mark (entspricht 319.200 Berner) und 7,5 Pfund (entspricht 1.800 Berner) eingenommen, im Gegenzug dazu galt es 123 Mark (entspricht 295.200 Berner), ein Pfund (entspricht 240 Berner) und 2,5 Kreuzer (entspricht 50 Berner) Ausgaben zu begleichen.¹³⁵ Danach folgt die *Corroboratio*, welche die Zeugen auflistet und den Siegelbefehl beinhaltet. Im Schlussteil, dem sogenannten Eschatokoll, ist ausschließlich die Datierung angegeben, welche dem 19. Dezember 1391 entspricht; eine Ortsangabe gibt es keine.¹³⁶

Die Abrechnungsurkunde von 1391 bietet Historiker*innen einen detaillierten Einblick in die Verwaltungsstruktur des Weges. Sie ermöglicht es, im Vergleich mit anderen aus dieser Zeit erhaltenen Abrechnungsurkunden, die wirtschaftliche Rentabilität der Stiftung in etwa einzuschätzen. Während die Güterstiftung am Kuntersweg für das Geschäftsjahr vom 29. September 1390 bis zum 29. September 1391 ein Plus verzeichnete, erwirtschaftete sie beispielsweise im selben Rechnungszeitraum des Folgejahrs einen Verlust von über 26 Mark (entspricht 62.400 Berner). Immer wieder galt es, Reparaturen durchzuführen und morsche Holzteile zu ersetzen. Um die Verantwortung für die Instandhaltungsarbeiten klar zuordnen zu können, war der Kuntersweg in zwei Abschnitte unterteilt: Der nördliche Abschnitt wurde von einem Wegmacher in Atzwang betreut, der südliche Teil von seinem Kollegen aus Blumau. Am Beispiel des Rechnungsjahres 1390/91 zeigt sich jedoch, dass die Ausgaben für die Wegerhaltung lediglich 13 Prozent betragen und die höchsten Kosten – nahezu 40 Prozent der Gesamtausgaben – beim Lohn und der Kost der Weinbergarbeiter entstanden. Die von Arnold Jaudes gegründete Stiftung sollte noch über achtzig Jahre bestehen; es stellte sich allerdings zunehmend heraus, dass dieses Modell den sich wandelnden Bedürfnissen des 15. Jahrhunderts nicht mehr gerecht werden konnte.¹³⁷

3.6 *Der Weg in unmittelbarer Kontrolle des Landesfürsten um 1480*

Trotz der Stiftung und den Einkünften aus den Gütern war der Kuntersweg im 15. Jahrhundert in einem miserablen Zustand. Der Verkehrsweg war (unabhängig von seinem Landstraßen-Status) immer noch lediglich ein Saumpfad und für breite

134 Der Michaelistag ist jedes Jahr am 29. September.

135 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 189.

136 Tiroler Landesarchiv, Urkunden II 458; Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 59.

137 Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 49–61.

Fuhrwerke nicht zu befahren. Eine Benützung soll derart gefährlich gewesen sein, dass Reiter oftmals absteigen und die Pferde an der Hand führen mussten.¹³⁸ Über die schlechte Beschaffenheit des Weges wurden sogar Spottlieder gesungen. Im Reisebericht des Dominikanermönchs Felix Fabri von 1480 heißt es dazu: „Ich erinnere mich, mit welchen Gefährlichkeiten ich auf meiner ersten Pilgerreise diesen Weg zurückgelegt habe. Da gähnten zur rechten Seite tiefe Abgründe unmittelbar am Weg, zur linken stiegen steile Felswände empör.“¹³⁹

Der Landesfürst von Tirol konnte diese Tatsachen aus wirtschaftlichen Gründen wohl nicht weiter dulden und so ging der Kuntersweg um 1480, das exakte Jahr ist heute nicht mehr bekannt, von einem Lehensobjekt in unmittelbaren landesfürstlichen Besitz über.¹⁴⁰ 1483 ließ Erzherzog Siegmund der Münzreiche den Saumpfad zu einer breiten Straße, die auch für Wagen und Fuhrwerke passierbar war, ausbauen.¹⁴¹ Dies führte endgültig dazu, dass der Verkehrsweg durch das Eisacktal und über den Brenner gegenüber der Route über Meran und den Reschenpass immer mehr an Bedeutung gewann.¹⁴² Zur Umsetzung der Bauarbeiten wurde der Domherr Wolfgang Neudinger aus Brixen beauftragt, welcher dafür die Einkünfte aus dem Amt von Bozen und den Zoll von Unterrain erhielt.¹⁴³ Im Zuge des Ausbaus kam zum ersten Mal im Tiroler Straßenbau Schwarzpulver zum Sprengen der Felsen zum Einsatz. Felix Fabri berichtet im Jahr 1483 über den nun gut ausgebauten Kuntersweg Folgendes:

„Nachdem wir Brixen den Rücken gekehrt hatten, kamen wir zum Kuntersweg, auf dem wir gute Weiterreise hatten. Der Herzog von Österreich hatte ihn so herrichten lassen, das man mit Fuhrwerken auf demselben hinauf- und hinabfährt, und alle anderen Wege verlassen sind.“¹⁴⁴

Während die Güter aus der Stiftung von Arnold Jaudes im Besitz der Familie Niederthor verblieben, hob Erzherzog Siegmund die Zollfreiheit des Kuntersweges am 22. September 1484 wieder auf und verlangte nun ebenso von den Kraxenträgern einen Zollbeitrag.¹⁴⁵ Auch wenn gegen den Wegzoll zahlreiche Beschwerden eingebracht wurden,¹⁴⁶ errichtete der Landesfürst in Kollmann und Kardaun Zollhäuser. Felix Fabris Berichten zufolge war der Bau des viereckigen Zollhauses in Kollman bereits im Frühjahr 1483 fertiggestellt, obwohl der Kaufvertrag des Grundstücks erst am 24. August 1484 unterzeichnet wurde. Dass der Vertrag nach dem Bau abgeschlossen wurde, belegt die verkehrsstrategische Wichtigkeit des Gebäudes und lässt sich auch damit begründen, dass Erzherzog Siegmund der Obereigentümer am Rittenfuß war.¹⁴⁷

138 Max Straganz, Zur Geschichte des Kuntersweges, in: *Neue Tiroler Stimmen*, Nr. 12, 16.1.1902, S. 1–3, hier S. 2.

139 Zit. nach Josef Nössing, Der Zoll am Kuntersweg, in: *Der Schlern* 60 (1986), Heft 1/2, S. 88–95, hier S. 90.

140 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 191.

141 Hörmann, Die „Kuntersweg-Urkunden“, S. 51.

142 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 194.

143 Fritz Maurer, Zur Geschichte des Kuntersweges, in: *Der Schlern* 39 (1965), Heft 1, S. 291.

144 Zit. nach Nössing, Der Zoll am Kuntersweg, S. 89.

145 Max Straganz, Zur Geschichte des Kuntersweges, in: *Neue Tiroler Stimmen*, Nr. 12, 16.1.1902, S. 1–3, hier S. 2.

146 Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 192.

147 Nössing, Der Zoll am Kuntersweg, S. 90.



Abbildung 3: Zollhaus in Kollmann

Kuntersweg samt Zollamt blieben bis 1829 im Besitz der Hoheitsverwaltung, welche immer wieder mit Widerständen der betroffenen Grundstückseigentümer gegen Wegverbreiterungen zu kämpfen hatte. In Kollmann steht das Zollhaus zwar noch heute, es ist mittlerweile aber eher unter dem Namen Schloss Friedburg bekannt und entspricht aufgrund zahlreicher Umbauten und Bränden nicht mehr dem ursprünglichen Bau von 1483. Der Kuntersweg blieb noch für einige Jahrhunderte eine wichtige Verkehrslinie durch das Eisacktal und wurde als bedeutende Zugangsstraße zum Brenner mehrfach ausgebaut. Mit der Errichtung der Eisenbahn im 19. Jahrhundert und der Autobahn im 20. Jahrhundert verlor der Weg aber seine Bedeutung als Handelsstraße und besteht heute nur mehr in Teilstücken als Wanderweg.¹⁴⁸

4. Fazit

Die vorliegende Bachelorarbeit hat gezeigt, dass Verkehr und Handel für das Transitland Tirol seit jeher von Bedeutung waren. Schon die Römer zogen auf ihrem Weg über die Alpen durch Tirol und benutzten sowohl die über den Reschenpass führende Via Claudia Augusta als auch den Weg durch das Eisacktal und über den Brennerpass. Nach dem Ende des weströmischen Reiches verfielen die Straßen allerdings zunehmend und der Pfad durch die Eisackschlucht war nicht mehr passierbar. Um den Brennerpass von Süden aus zu erreichen, mussten nun andere Routen gewählt werden, etwa der Umweg über den Ritten. Im Zuge der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im 13. und 14. Jahrhundert entstand die Idee, auch die unzugängliche Eisackschlucht wieder zu erschließen und Tiroler Handelswege somit attraktiver zu gestalten.

148 Nössing, Der Zoll am Kuntersweg, S. 90–95; Mumelter, Der Kuntersweg, S. 21–25; Pfeifer, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau, S. 169.

1314 übertrug Heinrich, Herzog von Kärnten und Graf von Tirol und Görz, Heinrich und Katharina Kunter sowie deren Erben diese Aufgabe und sprach ihnen gleichzeitig bestimmte Rechte für das Lehen zu, wie etwa die im Voraus festgesetzten Zölle einnehmen zu dürfen. Katharina Kunter, die nach dem Tod ihres Mannes den nach ihnen benannten Kuntersweg weiterführte, bekam 1326 die Zolltarife aus dem Jahr 1314 vom Landesfürsten bestätigt und 1328 für den Weg den Status einer Landstraße verliehen. 1333 erhielten die Lehensinhaber zusätzlich ein Wegmonopol; es war nun per Strafe verboten einen Konkurrenzweg zum Kuntersweg zu errichten oder auch nur zu begehen. Die Erben des Ehepaar Kunter mussten das Lehen aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten 1344 an den Hofmeister Friedrich Mautner verkaufen. Mautner behielt die Rechte am Weg aber für lediglich zwei Jahre und verpfändete während dieser Zeit auch einen Teil davon. 1346 kaufte der Bozner Bürger Arnold Jaudes die Rechte am gesamten Handelsweg und hob die Zollbestimmungen auf. Um die Erhaltungskosten für den Weg zu decken, gründete er im Jahr 1360 eine Stiftung aus Gütern, welche von seinem Neffen Arnold von Niederthor und dessen Nachkommen weiter verwaltet wurde. Erst als der Landesfürst Erzherzog Siegmund um 1480 den mittlerweile desolaten Weg übernahm und zu einer Fahrstraße ausbaute, wurde die Zollfreiheit 1484 wieder aufgehoben. Dieser Ausbau führte nun endgültig dazu, dass die Verkehrslinie durch das Eisacktal und der Brennerpass eine Vorrangstellung gegenüber dem Alternativweg über den Reschenpass erreichten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Frage, welche Bedeutung der Kuntersweg für das Transitland Tirol hatte und welchen Veränderungen der Weg zwischen seiner ersten urkundlichen Erwähnung 1314 und der Aufhebung der Zollfreiheit durch den Landesfürsten Siegmund 1484 unterlag, zumindest überblicksweise beantwortet werden konnte. Die eingehende Beschäftigung mit dem Thema hat unter Berücksichtigung der Lehensurkunde von 1314 und der Abrechnungsurkunde von 1391 gezeigt, dass die eingangs aufgestellte These zumindest zum Teil verifiziert werden kann. So hatte der Kuntersweg als südliche Zugangsstraße zum Brennerpass eindeutig einen besonderen Stellenwert unter den Tiroler Handelswegen inne, dies verdeutlichen etwa der Status einer Landstraße und die Verleihung des Wegmonopols. Auch die verhängten Zollbestimmungen, die regelmäßigen Kontrollen durch landesfürstliche Kommissionen sowie der schrittweise Ausbau des Weges zeigen seine wirtschaftliche Relevanz für Tirol. Entgegen früherer Annahmen konnte sich der Kuntersweg allerdings erst nach seinem Ausbau zur Fahrstraße in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts endgültig gegenüber seinen Konkurrenzwegen durchsetzen.

5. Literatur und Quellen

Andermann, Kurt/Gallion, Nina (Hrsg.), *Weg und Steg. Aspekte des Verkehrswesens von der Spätantike bis zum Ende des Alten Reiches* (Kraichtaler Kolloquien 11), Ostfildern 2018.

Brandstätter, Klaus, *Verkehr und Handel*, in: Josef Riedmann (Hrsg.), *Eines Fürsten Traum – Meinhard II. Das Werden Tirols*, Tiroler Landesausstellung 1995, Schloß Tirol-Stift Stams-Dorf Tirol-Innsbruck 1995, S. 267–271.

Fontana, Josef/Haider, Peter W. (Hrsg.), *Die Geschichte des Landes Tirol. Von den Anfängen bis 1490*, Bozen 1985.

Frey, Martin, *Wege zu Macht und Wohlstand. Das Straßensystem der Römerzeit*, in: Kurt Andermann/Nina Gallion (Hrsg.), *Weg und Steg. Aspekte des Verkehrswesens von der Spätantike bis zum Ende des Alten Reiches* (Kraichtaler Kolloquien 11), Ostfildern 2018, S. 12–28.

Grabherr, Gerald, *Die Via Claudia Augusta in Nordtirol. Die Überwindung von Pässen und Steilstufen*, in: Rainer Loose (Hrsg.), *Von der Via Claudia Augusta zum Oberen Weg. Lehen an Etsch und Inn. Westtirol und angrenzende Räume von der Vorzeit bis heute* (Schlern-Schriften 334), Innsbruck 2005, S. 51–66.

Ders., *Die Via Claudia Augusta – Methode, Verlauf, Funde*, in: Elisabeth Walde/Gerald Grabherr (Hrsg.), *Via Claudia Augusta und Römerstraßenforschung im östlichen Alpenraum* (IKARUS 1), Innsbruck 2006, S. 35–336.

Haidacher, Christoph, *Verkehr am Oberen Weg im Mittelalter*, in: Rainer Loose (Hrsg.), *Von der Via Claudia Augusta zum Oberen Weg. Lehen an Etsch und Inn. Westtirol und angrenzende Räume von der Vorzeit bis heute* (Schlern-Schriften 334), Innsbruck 2005, S. 67–86.

Hassinger, Herbert, *Der Verkehr über Brenner und Reschen vom Ende des 13. bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts*, in: Ernst Troger/Georg Zwanowetz (Hrsg.), *Neue Beiträge zur geschichtlichen Landeskunde Tirols. Festschrift für Univ.-Prof. Dr. Franz Huter anlässlich der Vollendung des 70. Lebensjahres* (Tiroler Wirtschaftsstudien 26), Innsbruck-München 1969, S. 137–194.

Hörmann, Julia, *Die „Kuntersweg-Urkunden“ – Eine Quellenübersicht*, in: *Tiroler Heimat* 67 (2003), S. 49–61.

Kogler, Ferdinand, *Übersicht über das Münzwesen Tirols bis zum Ausgang des Mittelalters*, in: *FinanzArchiv* 19 (1902), Heft 2, S. 133–135.

Loose, Rainer (Hrsg.), *Von der Via Claudia Augusta zum Oberen Weg. Lehen an Etsch und Inn. Westtirol und angrenzende Räume von der Vorzeit bis heute* (Schlern-Schriften 334), Innsbruck 2005.

Mahlknecht, Bruno, *Bozen durch die Jahrhunderte*, Bd. 4, Bozen 2007.

- Maurer, Fritz, Zur Geschichte des Kuntersweges, in: *Der Schlern* 39 (1965), Heft 1, S. 291.
- Mittermaier, Karl, Arnold Jaudes und der Kuntersweg, in: *Der Schlern* 57 (1983), Heft 5, S. 22–23.
- Mumelter, Norbert, Der Kuntersweg. Die Überwindung der Eisackschlucht „zwischen Botzen und Trostperch“, Karneid-Bozen 1984.
- Nössing, Josef, Der Zoll am Kuntersweg, in: *Der Schlern* 60 (1986), Heft 1/2, S. 88–95.
- Oster, Uwe A. (Hrsg.), Wege über die Alpen. Von der Frühzeit bis heute, Darmstadt 2006.
- Ders., Der Brenner, in: ders. (Hrsg.), Wege über die Alpen. Von der Frühzeit bis heute, Darmstadt 2006, S. 46–49.
- Ders., Kaiser und Kaufleute, Päpste und Pilger. Alpenüberquerungen im Mittelalter, in: ders. (Hrsg.), Wege über die Alpen. Von der Frühzeit bis heute, Darmstadt 2006, S. 57–86.
- Pfeifer, Gustav, Spätmittelalterlicher Verkehrswegebau in den Südalpen. Der Kuntersweg im unteren Eisacktal, in: Kurt Andermann/Nina Gallion (Hrsg.), Weg und Steg. Aspekte des Verkehrswesens von der Spätantike bis zum Ende des Alten Reiches (Kraichtaler Kolloquien 11), Ostfildern 2018, S. 169–194.
- Pöll, Johannes, Der römische Meilenstein von Nauders, in: Elisabeth Walde/Gerald Grabherr (Hrsg.), Via Claudia Augusta und Römerstraßenforschung im östlichen Alpenraum (IKARUS 1), Innsbruck 2006, S. 337–360.
- Rachewiltz, Siegfried de/Riedmann, Josef (Hrsg.), Kommunikation und Mobilität im Mittelalter. Begegnungen zwischen dem Süden und der Mitte Europas (11.–14. Jahrhundert), Sigmaringen 1995.
- Riedmann, Josef, Mittelalter, in: Josef Fontana/Peter W. Haider (Hrsg.), Die Geschichte des Landes Tirol. Von den Anfängen bis 1490, Bozen 1985, S. 265–661.
- Ders. (Hrsg.), Eines Fürsten Traum – Meinhard II. Das Werden Tirols, Tiroler Landesausstellung 1995, Schloß Tirol-Stift Stams-Dorf Tirol-Innsbruck 1995.
- Ders., Verkehrswege, Verkehrsmittel, in: Siegfried de Rachewiltz/Josef Riedmann (Hrsg.), Kommunikation und Mobilität im Mittelalter. Begegnungen zwischen dem Süden und der Mitte Europas (11.–14. Jahrhundert), Sigmaringen 1995, S. 61–76.
- Rodlow, Oskar Wanka Edler von, Die Brennerstraße im Alterthum und Mittelalter (Prager Studien aus dem Gebiete der Geschichtswissenschaft 7), Prag 1900.
- Schwinges, Rainer Christoph (Hrsg.), Straßen- und Verkehrswesen im hohen und späten Mittelalter (Vorträge und Forschungen Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte 66), Ostfildern 2007.
- Stolz, Otto, Das mittelalterliche Zollwesen Tirols bis zur Erwerbung des Landes durch die Herzöge von Österreich (1363), in: *Archiv für österreichische Geschichte* 97 (1909), S. 539–806.

Ders., Verkehrsgeschichte der Brenner- und Reschenstraße, in: *Großdeutscher Verkehr* 36 (1942), Heft 11/12, S. 270–302.

Ders., Geschichte des Zollwesens, Verkehrs und Handels in Tirol und Vorarlberg von den Anfängen bis ins XX. Jahrhundert, Innsbruck 1953.

Straganz, Max, Zur Geschichte des Kuntersweges, in: *Neue Tiroler Stimmen*, Nr. 9, 13.1.1902, S. 1–2.

Ders., Zur Geschichte des Kuntersweges, in: *Neue Tiroler Stimmen*, Nr. 11, 15.1.1902, S. 1–2.

Ders., Zur Geschichte des Kuntersweges, in: *Neue Tiroler Stimmen*, Nr. 12, 16.1.1902, S. 1–3.

Südtiroler Landesarchiv, Archiv Staffler, v. 24.

Szabó, Thomas, Die Straßen in Deutschland und Italien im Mittelalter, in: Rainer Christoph Schwinges (Hrsg.), *Straßen- und Verkehrswesen im hohen und späten Mittelalter (Vorträge und Forschungen Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte 66)*, Ostfildern 2007, S. 71–118.

Tiroler Landesarchiv, Codex 18, fol. 82.

Tiroler Landesarchiv, Urkunden II 458.

Torrgler, Armin/Hofer, Florian, Eine Burg für Aufsteiger, Landesherren und Fürsten. Aus der Besitzergeschichte von Schloss Runkelstein, in: *Die Bilderburg Runkelstein. Erhaltenes, Verlorenes und Wiederentdecktes (Runkelsteiner Schriften zur Kulturgeschichte 12)*, Bozen 2018, S. 11–45.

Troger, Ernst/Zwanowetz, Georg (Hrsg.), *Neue Beiträge zur geschichtlichen Landeskunde Tirols. Festschrift für Univ.-Prof. Dr. Franz Huter anlässlich der Vollendung des 70. Lebensjahres (Tiroler Wirtschaftsstudien 26)*, Innsbruck-München 1969.

Vogtherr, Thomas, *Einführung in die Urkundenlehre*, Stuttgart 2017².

Walde, Elisabeth/Grabherr, Gerald (Hrsg.), *Via Claudia Augusta und Römerstraßenforschung im östlichen Alpenraum (IKARUS 1)*, Innsbruck 2006.

Widmoser, Eduard, *Südtirol A–Z*, Bd. 3, Innsbruck-München 1988.

6. Abbildungen

Abbildung 1: Überblick mittelalterliche Verkehrswege in Tirol, Hörmann, Julia, Kartenteil, in: Josef Riedmann (Hrsg.), Eines Fürsten Traum – Meinhard II. Das Werden Tirols, Tiroler Landesausstellung 1995, Schloß Tirol-Stift Stams-Dorf Tirol-Innsbruck 1995, S. 311, ©Tirol Atlas, Institut für Geographie, Universität Innsbruck.

Abbildung 2: Replikat eines römischen Meilensteins an der Via Claudia Augusta, ManfredK, „Partschins Römischer Meilenstein Replikat“, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Partschins_Römischer_Meilenstein_Replikat.jpg, eingesehen 11.4.2022, CC BY-SA 3.0, (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>).

Abbildung 3: Zollhaus in Kollmann, Klaus Graf, „Raum Brixen 2013 006“, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Raum_Brixen_2013_006.jpg, eingesehen 11.4.2022, CC BY-SA 3.0, (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>).

Verena Hechenblaikner ist Masterstudentin der Geschichtswissenschaften an der Universität Innsbruck und studentische Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte. Verena.Hechenblaikner@uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Verena Hechenblaikner, Kuntersweg – Der mittelalterliche Verkehrsweg zwischen Brenner und Bozen. Die Geschichte des Weges 1314–1484, in: *historia.scribere* 14 (2022), S. 109–134, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 21.6.2022 (=aktuelles Datum).

Paneuropa oder Eurafrika? Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergis koloniale Ambitionen in der Zwischenkriegszeit

Moritz Oberhollenzer

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Ass.-Prof. Mag. Dr. Eric Burton

eingereicht im: SoSe 2021

Rubrik: Bachelor-Arbeit

Abstract

Panurope or Eurafrika?

The following paper deals with the colonialist plans of Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, who is often praised as a pioneer of European unification, in the interwar period. As will be shown, Coudenhove-Kalergi's colonialist ambitions were inspired by his exaltation of European culture and his dread of its destruction. His racist views upon humankind – in combination with his quasi-nationalist views upon an idealised version of Europe and his fear of the destruction thereof – were what made them compatible with his other ideas.

Anmerkung: Im Sinne der Sensibilität für fortgesetzte Formen und negative Folgen von Diskriminierung wird vorab darauf hingewiesen, dass in dieser Arbeit rassistisch geprägte Begriffe bei der Zitation von Primärquellen wiedergegeben werden. Damit soll in dokumentarischer Absicht nicht zuletzt einer Verharmlosung der damaligen Diskurse entgegengewirkt werden.

1. Einleitung

Nationalismus und Imperialismus waren neben dem Sozialismus die beiden wohl dominantesten ideologischen Strömungen im West- und Mitteleuropa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Aus der Vielfalt politischer Bewegungen in der Zwischenkriegszeit scheint jedoch gerade eine Strömung durch ihren vermeintlich „unnationalen Charakter“¹ herauszuragen: die Paneuropa-Bewegung des Schriftstellers, Politikers

¹ Siehe dazu: Vanessa Conze, Richard Codenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas (Persönlichkeit und Geschichte 165), Gleichen-Zürich 2004, S. 11–12; zwar ist der Titel auf dem Cover korrekt geschrieben, im

und Philosophen Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894–1972). „Als Kinder eines Europäers und einer Asiatin dachten wir nicht in nationalen Begriffen, sondern in Kontinenten“²; äußerte sich der Begründer und ideologische Architekt Paneuropas später zu seiner Kindheit.

Seine ersten beiden Lebensjahre hatte er als Sohn des österreichisch-ungarischen Diplomaten Heinrich Coudenhove-Kalergi und der japanischen Kaufmannstochter Mitsuko Aoyama in Tokio verbracht, bevor die Familie auf den Familiensitz der Coudenhove-Kalergis in Deutschland, Schloss Ronsberg, zog.³ Nach dem frühen Tod des Vaters verbrachte er seine späte Schulzeit in Wien, wo er auch sein Studium der Philosophie abschloss.⁴ In Wien lernte er zudem die Schauspielerin Ida Roland kennen, die er noch während seiner Studienzeit im Jahr 1914 kirchlich heiratete.⁵ Nach dem Krieg fühlte er sich zunehmend der Politik verpflichtet, auch wenn die Philosophie wohl Zeit seines Lebens seine Hauptleidenschaft blieb.⁶

Europa existiere zersplittert, so schrieb Coudenhove-Kalergi in seinem 1923 erstmals erschienenen Werk „Paneuropa“⁷, in einer Welt, die sich durch technologischen Fortschritt immer stärker in Richtung großräumig organisierter Machtsphären entwickle. Wenn es in Zukunft weiterhin Einfluss auf die Weltgeschichte nehmen wolle, müsse es über seine nationalen Differenzen hinwegsehen und sich zu einem geeinten Europa zusammenschließen.⁸ Gelingt dies nicht, würde Europa von den wachsenden Weltmächten verschlungen werden.⁹

Doch für Coudenhove-Kalergi beschränkte sich Paneuropa nicht alleine auf den europäischen Kontinent. Wenig beachtet in den bisher erschienenen historischen Analysen zu Coudenhove-Kalergi ist die durch ihn vorgenommene Eingliederung Afrikas in das ideologische Konzept Paneuropa: „Europa ist die Tochter Asiens – die Mutter Amerikas – aber die Herrin Afrikas. Darum ist Europa an das Schicksal Afrikas gebunden, für das Schicksal Afrikas verantwortlich.“¹⁰

Dabei ist gerade Coudenhove-Kalergis Beziehung zu Afrika auch heute noch hochaktuell: Nachdem der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel 2010 der Europapreis für außerordentliche Verdienste im europäischen Einigungsprozess von der „European Society Coudenhove-Kalergi“ verliehen wurde, warfen rechtsextreme Verschwörungstheoretiker ihr vor, in einen angeblich von Coudenhove-Kalergi ausgearbeiteten „Kalergiplan“ involviert zu sein, welcher die „Heranzüchtung“ einer „eurasisch-negroiden

eigentlichen Titel im Buch kommt es aber zu einem Druckfehler: an Stelle von Coudenhove wird „Codenhove“ geschrieben.

2 Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, *Ein Leben für Europa. Meine Lebenserinnerungen*, Köln-Berlin 1966², S. 37.

3 Anita Ziegerhofer-Pretenthaler, *Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren*, Wien-Köln-Weimar 2004, S. 35–36.

4 Ebd., S. 38–42.

5 Ebd., S. 40–42.

6 Ebd., S. 40, 58.

7 R[ichard] N[ikolas] Coudenhove-Kalergi, *Paneuropa*, Wien-Leipzig 1926, S. 16–19.

8 Ebd., S. 15–16.

9 Ebd., S. 19.

10 R[ichard] N[ikolas] Coudenhove-Kalergi, *Afrika*, in: *Paneuropa* 5 (1929), Heft 2, S. 1–19, hier S. 1.

Zukunftsrasse“ und einer „jüdischen Adelsrasse“ anstrebe;¹¹ eine Verschwörungstheorie, die bereits 1929 von der Zeitschrift „Paneuropa“ als Zitatfälschung ausgewiesen wurde.¹²

Die vorliegende Arbeit soll sich der Frage widmen, welche kolonialen Ideen im ideologischen Konzept der „Paneuropa-Union“ – dem von Coudenhove-Kalergi gegründeten Arm der Paneuropa-Bewegung – in den Jahren zwischen ihrer Gründung in Wien 1924 und ihrer Vertreibung aus Wien durch die Nationalsozialist*innen 1938 vorhanden waren. Dabei soll auch beschrieben werden, wie diese kolonialen Gedanken in den ideologischen Gesamtkomplex „Paneuropa“ passen. Als These gilt, dass Coudenhove-Kalergis Forderung nach einer europäischen Kolonialherrschaft über Afrika von ihm durch eine vermeintliche kulturelle Überlegenheit der „europäischen Völker“ gerechtfertigt wurde, die sich durch ihre Eigenheiten von den anderen Völkern der Welt abgrenzen und so eine „europäische Kulturgemeinschaft“ bilden würden. In der Annahme, dass diese „europäische Kulturgemeinschaft“ durch außereuropäische Mächte in ihrer Existenz bedroht sei, forderte Coudenhove-Kalergi die gemeinsame „Erschließung“ der europäischen Kolonien durch die Staaten Europas zur Stärkung des europäischen Kontinents.

Über einen Großteil des 20. Jahrhunderts hinweg war die Historiografie zu Coudenhove-Kalergi einerseits geprägt von einer Verehrung des paneuropäischen Architekten durch Anhänger*innen seiner bis heute existierenden „Paneuropa-Union“¹³ und andererseits von scharfer Kritik an seinem politischen Wirken.¹⁴ Um die Jahrtausendwende wurde schließlich von verschiedenen Seiten versucht, diesen Mangel an wertfreier Forschung auszugleichen. Hier hat insbesondere Anita Ziegerhofer-Prettenthaler einen wichtigen Beitrag zur wissenschaftlichen Erschließung der Paneuropa-Bewegung geleistet, „mit dem Ziel, eine gesamtheitliche Darstellung der Paneuropa-Bewegung in der Zwischenkriegszeit zu verfassen“.¹⁵

In diesem Sinne liefert ihre 2004 erschienene Monographie „Botschafter Europas“¹⁶ das bis dato detaillierteste und umfassendste Bild vom Leben und Schaffen Coudenhove-Kalergis in der Zwischenkriegszeit. In diesem Werk führte sie nicht nur die Ergebnisse ihrer vorherigen Schriften zum paneuropäischen Architekten¹⁷ – eine davon hatte sie

11 Gruppe der informierten Bürger, Der Kalergi-Plan und die Abschaffung der europäischen Völker – Merkel erhielt 2010 den Kalergi-Preis, 14.6.2018, <https://www.gdib.eu/der-kalergi-plan-und-die-abschaffung-der-europaeischen-voelker-merkel-erhielt-2010-kalergi-preis/>, eingesehen 9.2.2022.

12 R[ichard] N[ikolas] Coudenhove-Kalergi, Plumpe Fälschung, in: *Paneuropa* 5 (1929), Heft 2, S. 40.

13 Conze, Coudenhove-Kalergi, S. 8; Ziegerhofer-Prettenthaler, Botschafter, S. 28.

14 Conze, Coudenhove-Kalergi, S. 8; Emanuel Richter, Die Paneuropa-Idee. Die aristokratische Rettung des Abendlandes, in: Jürgen Nautz/Richard Vahrenkamp (Hrsg.), Die Wiener Jahrhundertwende. Einflüsse. Umwelt. Wirkungen, Wien-Köln-Graz 1993, S. 788–812, hier S. 788–789.

15 Ziegerhofer-Prettenthaler, Botschafter, S. 27.

16 Ebd.

17 Anita Ziegerhofer-Prettenthaler, Österreich und das „gewollte“ Europa. Von der Paneuropa-Bewegung in die Europäische Union, in: Anita Ziegerhofer-Prettenthaler/Josef F. Desput (Hrsg.), Das „gewollte“ Europa. Von der Utopie zur Realität (Arbeiten zu Recht, Geschichte und Politik in Europa 5), Graz 2004, S. 81–109; Anita Prettenthaler-Ziegerhofer, „Alles ist möglich, nichts ist sicher“. Richard Coudenhove-Kalergis Paneuropa-Idee und die Steiermark, in: *Zeitschrift des historischen Vereines für Steiermark* 96 (2005), S. 381–388; Anita Ziegerhofer-Prettenthaler, Europäische Christdemokraten und die Paneuropa-Bewegung von Richard Nikolaus Coudenhove-

in Zusammenarbeit mit Michael Gehler verfasst¹⁸ – zusammen, sondern erweiterte sie zudem maßgeblich.¹⁹ Auch Vanessa Conze lieferte 2004 eine Monographie zu Coudenhove-Kalergi²⁰, die obgleich eines Fehlers bei der Einordnung Franz Dinghofers im paneuropäischen Gefüge²¹ eine konzise und sachliche Überblicksdarstellung ist. Zu erwähnen ist außerdem der 1993 erschienene Text Emanuel Richters²², wie auch die 2014 erschienene Version von Ulrich Wyrwa 2005 an der Universität Potsdam gehaltenen Antrittsvorlesung.²³

Doch trotz der inzwischen beachtlichen Ausmaße der historiographischen Beschäftigung mit Coudenhove-Kalergi wurde sein Verhältnis zum Kolonialismus bisher wenig beachtet. Bis auf eine kurze Seitenbemerkung²⁴ kommen seine kolonialen Ideen im Werk Conzes überhaupt nicht zum Ausdruck. Im Text von Wyrwa wird ihnen zwar ausdrücklich Beachtung geschenkt,²⁵ jedoch widmet er ihrer Darstellung ob der Kürze des Aufsatzes nur zwei Absätze. Am ausführlichsten beschäftigt sich wohl Ziegerhofer-Prettenthaler in ihrer 2004 erschienenen Monographie mit Coudenhove-Kalergis kolonialen Ambitionen.²⁶ Sie widmet ihnen allerdings kein eigenes Kapitel, wodurch der koloniale Aspekt der Paneuropa-Ideologie ein Randthema bleibt. Mit der vorliegenden Arbeit soll Licht auf diesen bislang vernachlässigten Aspekt Paneuropas geworfen und damit eine Forschungslücke gefüllt werden.

2. Quellen, Methodik und Begriffe

Untersucht werden die Forschungsfragen dieser Arbeit durch eine qualitative Inhaltsanalyse der von Coudenhove-Kalergi verfassten Artikel in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Paneuropa“, in welcher er selbst Hauptautor war.²⁷ Eine ausschließliche Analyse der Schriften Coudenhove-Kalergis ist dadurch gerechtfertigt, dass er keine Meinung neben seiner eigenen in der ideologischen Ausgestaltung der Bewegung akzeptierte²⁸ und somit im Grunde alleine die Idee von Paneuropa verkörperte.²⁹ Die Zeitschrift „Paneuropa“ diente Coudenhove-Kalergi als Propagandamittel für diesen

Kalergi, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser u. a. (Hrsg.), *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert* (Arbeitskreis Europäische Integration. Historische Forschungen. Veröffentlichungen. 4), Wien-Köln-Weimar 2001, S. 574–603.

18 Michael Gehler/Anita Ziegerhofer, Richard Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung. Von ihren Anfängen bis in die Gegenwart, in: Robert Rill/Ulrich E. Zellenberg (Hrsg.), *Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute*, Graz-Stuttgart 1999, S. 291–312.

19 Es ist an dieser Stelle anzumerken, dass es sich bei der Autorin der hier genannten Texte stets um die gleiche Person handelt, auch wenn die Schreibweise des Namens von Text zu Text variiert.

20 Conze, Coudenhove-Kalergi.

21 Ebd., S. 24; Ziegerhofer-Prettenthaler, Botschafter, S. 174.

22 Richter, Paneuropa-Idee.

23 Ulrich Wyrwa, Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi (1894–1972) und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger Jahren, in: *Historische Zeitschrift* 283 (2014), Heft 1, S. 103–122.

24 Conze, Coudenhove-Kalergi, S. 20.

25 Wyrwa, Graf Coudenhove-Kalergi, S. 110.

26 Ziegerhofer-Prettenthaler, Botschafter, S. 73, 76–77, 89, 91, 148, 208–209, 240–241.

27 Gehler/Ziegerhofer, Paneuropa-Bewegung, S. 293; Ziegerhofer-Prettenthaler, Botschafter, S. 95, 119.

28 Conze, Coudenhove-Kalergi, S. 25.

29 Richter, Paneuropa-Idee, S. 788, S. 801; Ziegerhofer-Prettenthaler, Christdemokraten, S. 576; dies., Botschafter, S. 186.

Feldzug.³⁰ Herausgegeben von April 1924 bis März 1938³¹ war sie ob seiner Rolle als Hauptautor die Blaupause seiner Gedanken und Ideen.³² Aus diesen Gründen wurde die Zeitschrift als Hauptquelle dieser Arbeit gewählt.³³

Untersucht werden zunächst Aspekte der Weltanschauung Coudenhove-Kalergis, die mit seinen kolonialen Ambitionen in Zusammenhang stehen, für sich alleine betrachtet jedoch nicht als kolonialistisch bezeichnet werden können. Am Ende werden diese Aspekte mit seinen kolonialen Plänen zusammengeführt. Eine solche Herangehensweise soll eine möglichst detaillierte Darstellung von Coudenhove-Kalergis kolonialistischen Ideen ermöglichen.

Diese Ideen lassen sich, wie am Ende dieser Arbeit aufgezeigt sein soll, passgenau in das von Jürgen Osterhammel und Jan C. Jansen beschriebene Modell des Kolonialismus eingliedern. Die beiden schreiben der modernen Form des Kolonialismus drei grundlegende Komponenten zu: Erstens werde die kolonialisierte Gesellschaft „fremdgesteuert“ und an die (vor allem wirtschaftlichen) Bedürfnisse der Kolonialherren angepasst, zweitens werde von ihr eine „Akkulturation“ an die Gepflogenheiten der Kolonisor*innen erwartet, drittens sei „der moderne Kolonialismus meist gerechtfertigt durch seine Interpretation „als Beitrag zu einem göttlichen Heilsplan der Heidenmission, als weltliches Mandat zur ‚Zivilisierung‘ der ‚Barbaren‘ oder ‚Wilden‘, als privilegiert zu tragende ‚Bürde des weißen Mannes‘ usw.“.³⁴ Dieser letzte Aspekt wird im Folgenden als „Zivilisierungsmission“ bezeichnet.

Diese Zivilisierungsmission steht oft, so auch bei Coudenhove-Kalergi, in direktem Zusammenhang mit einer rassistischen Abwertung der „zu zivilisierenden“ Menschengruppen, wie auch einer rassistischen Aufwertung derjenigen Gruppe, der sich die Kolonisor*innen selbst zugehörig fühlen.³⁵ Durch die vermeintlich naturgegebene Diskrepanz zwischen Herrschenden und Beherrschten wird auch das hierarchische Verhältnis zwischen den Gruppen, den beiden „Rassen“, als naturgegeben dargestellt. In diesem Sinne ist der Rassismus stets darauf ausgerichtet, die Menschheit in hierarchische Kategorien einzuteilen.³⁶ Die konstruierten „Rassen“ werden von Befürworter*innen einer „Rassenlehre“ meist als biologisch voneinander unterscheid-

30 Ziegerhofer-Prettenthaler, Botschafter, S. 118.

31 Ebd.

32 Ebd., S. 119.

33 Die genauen Heftnummern der Jahrgänge 1928, 1930, 1932, 1933, 1935, 1936 und 1937 waren dem Bestand der Universitäts- und Landesbibliothek Tirol leider nicht zu entnehmen, da in ebenjahren Jahrgängen die Titelblätter der Zeitschrift entfernt worden sind. Auch eine weiterführende Recherche, für die sich die Zeitschriftenabteilung der Bibliothek freundlicherweise bereit erklärte, konnte keine Ergebnisse erbringen. Daher wird in der Zitation dieser Jahrgänge nicht die eigentliche Heftnummer verwendet, sondern die Heftnummer der Zählung nach. Die betroffenen Heftnummern sind mit „[?]“ versehen. Da die Seitennummerierung der Zeitschrift in jenen Jahren (außer 1928) allerdings durchlaufend ist, sollte eine Identifikation der zitierten Artikel in Zeitschriftenbeständen anderer Bibliotheken dennoch in der Regel ohne Probleme möglich sein.

34 Jürgen Osterhammel/Jan C. Jansen, *Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen*, München 2020, S. 18–20.

35 Arno Sonderegger, *Rasse und Rassismus im wissenschaftlichen Diskurs: Eine Skizze*, in: Bea Gomes/Walter Schicho u. a. (Hrsg.), *Rassismus. Beiträge zu einem vielgesichtigen Phänomen* (Gesellschaft. Entwicklung. Politik 10), Wien 2008, S. 10–26, hier S. 10.

36 Ebd., S. 13.

bar dargestellt,³⁷ sind jedoch nichts anderes als soziale Konstrukte, Fiktionen, die einer wissenschaftlichen Untersuchung nicht standhalten.³⁸

Coudenhove-Kalergis Klassifikationen der Menschheit unterscheiden sich von rein „rasse-biologischen“ Klassifikationen dadurch, dass er in seinen Ausführungen der Kultur vergleichsweise große Bedeutung zumisst. Doch nimmt der Rassismus oft kulturalistische Züge an³⁹ und Coudenhove-Kalergi fällt trotz seiner Betonung der kulturellen Unterschiede zwischen den „Rassen“ immer wieder auf Hautfarbe als Unterscheidungsmerkmal zurück. Gleichzeitig stellt er die hierarchische Stellung der „Rassen“ als naturgegeben dar, weshalb auch bei ihm ohne Zweifel von Rassismus zu sprechen ist. Im Folgenden soll zur präziseren Analyse der Quellen eine Unterscheidung der Begriffe „rassisch“ und „rassistisch“ verwendet werden: Mit „rassisch“ wird in diesem Text die bloße Einteilung der Menschheit in „Rassen“ bezeichnet, mit dem Begriff „rassistisch“ die damit verbundene Auf- und Abwertung dieser „Rassen“. In der Praxis sind die beiden Begriffsdimensionen jedoch nicht voneinander trennbar.

Zugrunde liegt dieser Arbeit schließlich ein konstruktivistisches Nationsverständnis. Der Nationalismus ist nach Christian Jansen und Henning Borggräfe:

„Erstens ein Konglomerat politischer Ideen, Gefühle und damit verbundener Symbole, das sich zu einer geschlossenen Ideologie fügen kann (aber nicht muss); und zweitens die politischen Bewegungen, die diese Idee tragen. Der Nationalismus fordert für das, was seine Anhänger für eine Nation halten, staatliche Einheit und Autonomie, also einen Nationalstaat. Sobald sie dieses Ziel erreicht haben, wollen nationalistische Bewegungen die innere Einheit und politische Handlungsfähigkeit dieses Staates erhalten und in der Regel ausbauen.“⁴⁰

Coudenhove-Kalergis Vorstellung von Paneuropa scheint allen hier angeführten Merkmalen des Nationalismus zu entsprechen und für Europa eine nationale Identität zu konstruieren. Aus diesem Grund wird im Folgenden von einer quasi-nationalen Mythologisierung und Überhöhung Europas gesprochen werden.

3. Paneuropa zwischen Rassismus, Nationalismus und Kolonialismus

3.1 „Rassen“ und Rassismus

Bereits Anita Ziegerhofer widmete dem Aspekt des Rassismus ein Kapitel unter dem Titel „Paneuropa, der Antisemitismus und die Rassenfrage“⁴¹, geht hierin allerdings ausschließlich auf Coudenhove-Kalergis Kampf gegen den rassistischen Antisemitismus und seine Gedanken zur „Heranzüchtung“ eines Idealmenschen durch Eugenik ein. Ein großer Teil der rassistisch-rassistischen Äußerungen Coudenhove-Kalergis bleibt unbeachtet, wodurch seine Position nahezu vollständig antirassistisch wirkt.

37 Imanuel Geiss, *Geschichte des Rassismus*, Frankfurt a. M. 1988, S. 14–15; Sonderegger, *Rasse und Rassismus*, S. 12–13.

38 Geiss, *Rassismus*, S. 20–22, 35–40; Sonderegger, *Rasse und Rassismus*, S. 13–14.

39 Ebd., S. 12.

40 Christian Jansen/Henning Borggräfe, *Nation – Nationalität – Nationalismus*, Frankfurt/Main 2007, S. 18.

41 Ziegerhofer-Prettenthaler, *Botschafter*, S. 413–425.

Dass er die Menschheit jedoch in Rassen einteilte, geht aus einigen seiner in der Zeitschrift „Paneuropa“ veröffentlichten Artikel hervor. 1927 publizierte er den Artikel „Weltherrschaft“, worin er schreibt, das Ringen Großbritanniens und Sowjetrusslands um die Weltherrschaft sei „zugleich internationaler Klassenkampf und internationaler Rassenkampf“.⁴² Während er in Großbritanniens Politik das Ziel verortete, die Menschheit „in vier Kasten nach den Schattierungen der Hautfarbe“ zu gliedern, nämlich in „weiße Rasse“, „gelbe Rasse“, „braune Rasse“ und „schwarze Rasse“;⁴³ kann dies alleine noch nicht als Indiz für seine rassische Einteilung der Menschheit begriffen werden. Coudenhove-Kalergi versucht in diesem Zusammenhang zunächst bloß, den Standpunkt der britischen Politik aufzuzeigen. Erst seine unreflektierte Übernahme des Rassenbegriffes und die in seiner eigenen Argumentation erfolgte Beschreibung des Konfliktes als „Rassenkampf“⁴⁴ deutet auf sein Verständnis menschlicher „Rassen“ als gegebenes Faktum hin. Dieser Artikel ist der erste, in dem er ungeschminkt von „Rassen“ schreibt.

Der von Coudenhove-Kalergi als solcher aufgefasste Kampf zwischen „Rassendemokratie“ und „weißer Weltoligarchie“ wird in seinem 1929 veröffentlichten Artikel „Afrika“ wieder aufgegriffen.⁴⁵ Dass der von ihm in diesem Zusammenhang verwendete Rassenbegriff zumindest teilweise biologischer Natur ist, zeigt eine Textstelle des Artikels, in welcher der um das „Knie“ Afrikas liegende Teil des Kontinents als „unbesiedelbar für die weiße Rasse“ dargestellt wird. Dieses „tropische Afrika“ sei für die „weiße Rasse“ zu heiß.⁴⁶ Des Weiteren wird in diesem Text ebenso von der Existenz einer „schwarzen Rasse“ gesprochen, die für die „weiße Rasse“ das Problem der „Negerfrage“ aufwerfe.⁴⁷

Wie selbstverständlich für Coudenhove-Kalergi die Existenz von „Rassen“ war, geht aus dem Artikel „Freiheit und Sicherheit“ von 1930 hervor, in welchem die Existenz menschlicher „Rassen“ als gegeben vorausgesetzt wird, wenn Coudenhove-Kalergi die Weltgeschichte als „Kette von Freiheitskämpfen“ beschreibt, „von Menschen, Nationen, Religionen, Klassen, Geschlechtern, Generationen und Rassen [!]“.⁴⁸ Der Begriff „Rassen“ wird hier auf eine natürlich erscheinende Art in die Liste anderer über die Menschheit legbarer Raster integriert, ohne dass dazu weiter Stellung genommen wird. Er ist für Coudenhove-Kalergi also nichts Hervorzuhebendes, sondern eine Schablone neben anderen, die je nach Fragestellung mehr oder weniger sinnvoll einsetzbar ist.

Neben der „weißen Rasse“ und der „schwarzen Rasse“ kommt im behandelten Quellenmaterial eine dritte „gelbe Rasse“ prominent zum Vorschein. Diese fand vor allem im Kontext der Auseinandersetzung Chinas und Japans um die Mandschurei Einzug in Coudenhove-Kalergis Schriften in der Zeitschrift „Paneuropa“. Im Jahr 1932 unternahm Coudenhove-Kalergi anlässlich jenes Konfliktes eine Beschreibung der diese Ausein-

42 R[ichard] N[ikolas] Coudenhove-Kalergi, Weltherrschaft, in: *Paneuropa* 3 (1927), Heft 2, S. 1–16, hier S. 4–5.

43 Ebd.

44 Coudenhove-Kalergi, Weltherrschaft, S. 4–5.

45 Coudenhove-Kalergi, Afrika, S. 8–11.

46 Ebd., S. 7–8.

47 Ebd., S. 4–5.

48 R[ichard] N[ikolas] Coudenhove-Kalergi, Freiheit und Sicherheit, in: *Paneuropa* 6 (1930), Heft 8 [?], S. 316–320, hier S. 316.

andersetzung umrahmenden politischen Begebenheiten unter dem Titel „Ostasien“, in welchem er China und Japan als „durch die Gemeinschaft der Rasse“ verbunden beschreibt.⁴⁹ Zwei Jahre später, 1934, als die japanische Eroberung der Mandschurei sich auf Sibirien auszuweiten drohte, veröffentlichte er den Text „Kriegsgefahr in Ostasien“, in welchem er den drohenden russisch-japanischen Konflikt als Krieg zwischen „Rassen“ darstellte.⁵⁰ Aus dem Artikel „Falsche Geographie“ desselben Jahres geht noch einmal deutlich hervor, dass Coudenhove-Kalergi nur aus Ostasien entstammende Menschen zur „gelben Rasse“ zählte, alle Asiat*innen.⁵¹

Die Umriss der von Coudenhove-Kalergi als solche aufgefassten „Rassen“ lassen sich an seinen ab 1933 einsetzenden Stellungnahmen zum Antisemitismus gut ablesen. Diese entstanden im Kontext der Machtübernahme der Nationalsozialist*innen. Hier trat er nicht als Antisemit auf, sondern als dessen genauer Gegensatz, als Anti-Antisemit, denn im Antisemitismus begründet bestünde die Möglichkeit künftiger „Rassekriege“ in Europa, trotz gänzlich „weißer Bevölkerung“. Verhängnisvoller sei diese mögliche „Zerreißung der Weißen [sic] Rasse“, wenn sie „im gleichen Augenblick einsetzt, in dem die Gelbe Rasse den ersten Versuch unternimmt, sich zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammenzuschließen.“⁵² Es ist also nicht die Rassentheorie an sich, gegen die Coudenhove-Kalergi sich sträubt, sondern die Unvereinbarkeit der antisemitischen Rassentheorie mit dem Europagedanken sowie mit seinen eigenen Rassenkonstruktionen. Im Artikel „Europäische Rasse“ von 1934 wird genauer auf diese Unvereinbarkeit eingegangen. Denn während die nationalsozialistische Rassentheorie die „weiße Rasse“ spalte, „in eine blonde nordische und eine dunkle mittelländische“, so sei es eigentlich genau die Mischung jener „beiden hochbegabten Rassenelemente“, die zur Ausformung einer „Europäischen Rasse“ geführt habe.⁵³ Auch Coudenhove-Kalergis Heirat könnte ihn in seinem Anti-Antisemitismus zumindest bestärkt haben, da der Vater Ida Rolands Jude war und sie einen großen Einfluss auf ihren Ehemann ausübte – er äußerte sich zumindest positiv über ihre „jüdisch-slawische Blutmischung“.⁵⁴

Im Text „Der Rassenmythos“, der 1935 in der Zeitschrift „Paneuropa“ abgedruckt wurde, unternimmt der Paneuropäer schließlich den Versuch, die Herkunft der antisemitischen Rassentheorie zu erklären, die sich „nicht unmittelbar aus dem Ariermythos“ ergebe.⁵⁵ Neben anderen Punkten führt Coudenhove-Kalergi die Existenz der antisemitischen Rassenvorurteile in diesem Text auf einen „Instinkt des nordischen Menschen“ zurück, seine Umwelt „in der dualistischen Welteinstellung von Tag und Nacht, Licht und Schatten, Weiß und Schwarz, Hell und Dunkel“ zu begreifen, wodurch die „zumeist

49 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Ostasien, in: *Paneuropa* 8 (1932), Heft 6 [?], S. 179–187, hier S. 179.

50 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Kriegsgefahr in Ostasien, in: *Paneuropa* 10 (1934), Heft 3, S. 71–79, hier S. 74.

51 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Falsche Geographie, in: *Paneuropa* 10 (1934), Heft 5, S. 105–110, hier S. 106.

52 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Der Deutsch-Europäische Konflikt, in: *Paneuropa* 9 (1933), Heft 7 [?], S. 225–248, hier S. 242–244.

53 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Europäische Rasse, in: *Paneuropa* 10 (1934), Heft 5, S. 99–105, hier S. 99–101.

54 Ziegerhofer-Pretenthaler, Botschafter, S. 44–45.

55 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Der Rassenmythos, in: *Paneuropa* 11 (1935), Heft 8 [?], S. 312–318.

den dunklen Typus des Europäers“ vertretenden Jüdinnen und Juden als negatives Gegenstück zu den „Germanen mit ihrer Blondheit“ betrachtet werden würden.⁵⁶ Dies geschehe auch in Ermangelung des Kontakts mit einer nach Coudenhove-Kalergi „wirklich“ schwarzen „Rasse“. So werde „der Jude“ zum „Ersatzneger“. Der „Neger“ als „der dunkelste Mensch“ sei der „eigentliche Antipode des Ariers“. Die Hautfarbe habe mit dem „kulturellen Tiefstand der Neger“ jedoch nichts zu tun, dieser existiere unabhängig von ihr.⁵⁷ Die häufige Betonung der Hautfarbe sei allein auf die obgenannte „primitive Einstellung“ des „nordischen Menschen“ zurückzuführen, die Welt durch eine Farbskala zu betrachten.⁵⁸

Ein letzter Eintrag zum Thema „Rasse“ findet sich in der Zeitschrift „Paneuropa“ 1937, wo Coudenhove-Kalergi im Artikel „Der Judenstaat“ anstelle von Palästina verschiedene afrikanische Gebiete als bessere Siedlungsorte für die europäischen Jüdinnen und Juden vorschlägt. Er argumentiert, „daß der künstliche Rassengegensatz zwischen Juden und Christen hier [in Afrika] in erster Linie zurücktreten muß gegenüber dem echten Rassengegensatz zwischen Weißen und Schwarzen.“⁵⁹ So lässt sich über beinahe den gesamten untersuchten Zeitraum eine durch Coudenhove-Kalergi vorgenommene rassische Einteilung der Menschheit aus den in der Zeitschrift „Paneuropa“ veröffentlichten Artikeln ablesen.

Es lässt sich aus den bisher angeführten Quellen aber auch bereits die rassistische Abwertung der zur „schwarzen Rasse“ gezählten Personen feststellen, wurden Jüdinnen und Juden im Artikel von 1935 doch als „Ersatzneger“ bezeichnet. Die „Neger“ benennt er im Gegensatz hierzu als das eigentliche „natürliche Objekt“ der deutschen „Rasseninstinkte“; der „kulturelle Tiefstand der Neger“ wird der „kulturelle[n] Höhe der Germanen“ gegenübergestellt.⁶⁰ Am deutlichsten lässt sich diese rassistische Abwertung der „schwarzen Rasse“ anhand des bereits zitierten Artikels „Afrika“ von 1929 darstellen, in welchem Coudenhove-Kalergi von der „Negerfrage“ spricht.⁶¹ Im Text wird die Nähe zu Schwarzen als „bedrohlich“ dargestellt,⁶² ein vergleichsweise hoher Anteil an schwarzer Bevölkerung als „ungünstig“.⁶³ Aus diesem Grund müsse Europa „verhindern, daß schwarze Arbeiter und Soldaten in größerer Zahl nach Europa einwandern.“⁶⁴ Neben die Abwertung der „schwarzen Rasse“ zu einer primitiven rückt hier Coudenhove-Kalergis Angst, dass sich diese angebliche Primitivität negativ auf Europa auswirken könne, sollte es zu einer zu starken Vermischung kommen. Es ist jedoch hervorzuheben, dass Coudenhove-Kalergi „Nordafrikaner“ hier als mit den „Europäern“ verwandt darstellt und „das braune Nordafrika“ schutzwalmäßig zwischen der „weißen Rasse“ und der

56 Coudenhove-Kalergi, Rassenmythos, S. 315–316.

57 Ebd.

58 Ebd.

59 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Der Judenstaat, in: *Paneuropa* 13 (1937), Heft 7 [?], S. 197–201, hier S. 199.

60 Coudenhove-Kalergi, Rassenmythos, S. 315–316.

61 Coudenhove-Kalergi, Afrika, S. 4–5.

62 Ebd.

63 Ebd.

64 Ebd., S. 5.

„schwarzen Rasse“ verortet.⁶⁵ Die Diskriminierung bezieht sich also vornehmlich auf die schwarze afrikanische Bevölkerung südlich der Sahara, aber auch auf jene Menschen, deren Vorfahren bereits vor Generationen nach Europa und Amerika gekommen sind.

Zusätzlich zur Zuschreibung von kultureller Rückständigkeit und Primitivität erkennt Coudenhove-Kalergi der „schwarzen Rasse“ auch eigenständige politische Handlungsfähigkeit ab. Diese Aberkennung findet sich bereits auf der ersten Seite des Textes wieder, wenn Coudenhove-Kalergi Europa als „für das Schicksal Afrikas verantwortlich“ bezeichnet.⁶⁶ Etwas später im Text wird Europa als „Kopf Eurafrikas“, Afrika als „dessen Körper“ dargestellt; die „Zukunft Eurafrikas“ hänge davon ab, „was Europa [!] daraus zu machen weiß“.⁶⁷ Es seien also nicht die Afrikaner*innen für das Schicksal Afrikas verantwortlich, sondern vorrangig die Europäer*innen. Begründet wird diese Übertragung der Verantwortung durch die Aussage, dass, solange „die schwarze Rasse nicht in der Lage“ sei, „ihren Erdteil zu erschließen und zu zivilisieren, [...] dies die weiße Rasse tun“ müsse.⁶⁸

Die somit erfolgte doppelte Abwertung der „schwarzen Rasse“ – sowohl primitiv und rückständig als auch politisch nicht handlungsfähig – hat schließlich die Forderung nach einer faktischen Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung Afrikas zur Folge:

„Seine [Europas] Beziehung zum schwarzen Afrika kann in den kommenden Jahrzehnten nicht auf Gleichberechtigung aufgebaut sein, sondern auf Herrschaft, Erziehung und Führung. Diese Forderung, die dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes widerspricht, entspricht der Tatsache der Ungleichheit der Menschenrassen.“⁶⁹

Dass solche Ausführungen kein einmaliger Ausreißer waren, zeigt eine durchgängige Diskriminierung von Afrikaner*innen in den bearbeiteten Quellen, die sich über den gesamten behandelten Zeitraum erstreckt. Der „schwarzen Rasse“ wird immer wieder die „weiße Rasse“ als überhöhter Gegensatz gegenübergestellt.

Hier ist nun anzumerken, dass Coudenhove-Kalergi bereits vor dem Artikel „Weltherrschaft“ 1927 von einer „europäischen Blutsgemeinschaft“ gesprochen hatte und diese in überhöhter Form darstellte,⁷⁰ dass diese Überhöhung jedoch eher als nationale Überhöhung zu beschreiben ist denn als rassistische. Ein klares Bekenntnis zur „weißen Rasse“ findet sich erst in einer Rede Coudenhove-Kalergis, gehalten in Berlin am 18. Dezember 1927, abgedruckt 1928 unter dem Titel „Eine Europäische National-Bewegung“⁷¹: Das einzig klare Ziel der Paneuropa-Bewegung sei Paneuropa, „ein Staaten-

65 Coudenhove-Kalergi, Afrika, S. 4.

66 Ebd., S. 1.

67 Ebd., S. 3.

68 Ebd., S. 5.

69 Ebd., S. 4–5.

70 R[ichard] N[i]kolas Coudenhove-Kalergi, Offener Brief an die französische Kammer, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 3, S. 3–23, hier S. 19; ders., Europa und die Welt, in: *Paneuropa* 2 (1926), Heft 10, S. 3–16, hier S. 15.

71 R[ichard] N[i]kolas Coudenhove-Kalergi, Eine Europäische National-Bewegung, in: *Paneuropa* 4 (1928), Heft 1, S. 1–12, hier S. 3.

bund und Zollverein zur Rettung Europas, der abendländischen Kultur und der weißen Rasse []“.⁷²

Der generellen Erkenntnis, dass es eine „weiße Rasse“ gebe, kam in Coudenhove-Kalergis Argumentationen eine Schlüsselrolle zu. So war es zu Beginn noch die „Gemeinschaft des Blutes“, mit der er neben anderen Aspekten für eine europäische Gemeinschaft warb.⁷³ 1928 wurde das geplante Paneuropa als „Rassennation“ beschrieben.⁷⁴ Im Artikel „Afrika“ pocht Coudenhove-Kalergi darauf, „daß die Solidarität der Rasse der Solidarität der Staatsbürgerschaft vorangeht“, dass „Franzosen, Briten, Belgier und Portugiesen [...] eine tiefe und stärkere Solidarität mit ihren weißen Nachbarn verbindet als mit ihren schwarzen Untertanen“.⁷⁵ Im 1934 erschienenen Artikel „Europäische Rasse“ wehrt sich Coudenhove-Kalergi gegen deren Aufteilung und wirbt für den paneuropäischen Zusammenschluss mit der Begründung, dass „die Zukunft der Menschheit“ größtenteils in den Händen der „weißen Rasse“ liege.⁷⁶ 1927 setzte er sich im Artikel „Weltherrschaft“ für ein europäisches Bündnis mit Großbritannien mit dem Ziel der „Sicherung der weißen Weltherrschaft“ ein.⁷⁷ Immer wieder spricht der Paneuropäer also von der „weißen Rasse“ gerade dann, wenn es ihm darum geht, die Leserschaft für einen paneuropäischen Zusammenschluss im Allgemeinen oder aber dessen weltpolitische Orientierung Richtung Westen zu begeistern.

Eine ähnliche Rolle wie der „weißen Rasse“ kam in der Argumentation des Paneuropäers der „gelben Rasse“ zu. Diese wertete er im Gegensatz zur „schwarzen Rasse“ nämlich nicht ab, sondern sprach sich geradezu begeistert für ihre Einigung aus. Bereits im Artikel „Pan-Europa und Völkerbund“ von 1924 ist zu erkennen, dass Coudenhove-Kalergi den aus Asien stammenden Menschen großen Respekt entgegenbrachte, wenn er die „Völker Asiens“ als „die halbe Kulturmenschheit“ bezeichnete.⁷⁸ Dieser Respekt liegt möglicherweise auch in der japanischen Herkunft seiner Mutter⁷⁹ begründet, zu der er ein hervorragendes Verhältnis hatte. Während er seinen Vater vergötterte, liebte er seine Mutter sogar noch mehr.⁸⁰ „Unsere Mutter verkörperte für uns Asien, unser Vater Europa“, schrieb Coudenhove-Kalergi in seinen 1966 veröffentlichten Lebenserinnerungen,⁸¹ eine Formulierung, die mit der Bezeichnung der Asiat*innen als „halbe Kulturmenschheit“ in Analogie gesetzt werden kann – es könnte für ihn schlichtweg unmöglich gewesen sein, dasjenige, was für ihn seine Mutter verkörperte, abzuwerten. Zwar knapp, jedoch noch deutlich überschwänglicher, fiel seine Beschreibung Chinas 1927 im Artikel „Alarm“ aus.⁸²

72 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Eine Europäische National-Bewegung, in: *Paneuropa* 4 (1928), Heft 1, S. 1–12, hier S. 3.

73 Coudenhove-Kalergi, Offener Brief, S. 19; Coudenhove-Kalergi, Europa und die Welt, S. 5, 15.

74 Coudenhove-Kalergi, National-Bewegung, S. 7.

75 Coudenhove Kalergi, Afrika, S. 5.

76 Coudenhove-Kalergi, Europäische Rasse, S. 101.

77 Coudenhove-Kalergi, Weltherrschaft, S. 10–11.

78 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Pan-Europa und Völkerbund, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 6, S. 3–23, hier S. 9.

79 Conze, Coudenhove-Kalergi, S. 10; Ziegerhofer-Prettenthaler, Botschafter, S. 36.

80 Ziegerhofer-Prettenthaler, Botschafter, S. 37–38.

81 Coudenhove-Kalergi, Lebenserinnerungen, S. 37–38.

82 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Alarm, in: *Paneuropa* 3 (1927), Heft 4, S. 1–5, hier S. 4.

Diesen beiden Beiträgen ist jedoch noch keine rassistische Einteilung der Menschheit zu entnehmen. Nur in Retrospektive lassen sie sich in die Kontinuität der rassistisch-rassistischen Beschreibungen der Bevölkerung Asiens einordnen, die 1928 mit dem Artikel „Die Europäische National-Bewegung“ begannen.⁸³ In all diesen Artikeln werden Asiens von Coudenhove-Kalergi als solche wahrgenommene Pan-Bewegungen als Sprungbrett genutzt, von dem aus die europäische Einigung propagandistisch beworben werden kann.

3.2 *Eine „europäische Nation“*

Die rassistische Überhöhung der „weißen Rasse“ wird ergänzt durch die vergleichsweise häufiger wiederkehrende Betonung einer „europäischen Kulturgemeinschaft“ und die damit verbundene quasi-nationale Mythologisierung und Überhöhung einer „europäischen Nation“. Diese Aspekte werden hier allerdings nicht im gleichen Umfang dargestellt, wie Coudenhove-Kalergis rassistisch-rassistische Unterteilung der Menschheit im Kapitel zuvor, da Anita Ziegerhofer-Prettenthaler diesem Aspekt der paneuropäischen Ideologie in ihrer Monographie zur Paneuropa-Bewegung bereits einige ausführliche Kapitel gewidmet hat.⁸⁴ In diesen setzt sie sich zum einen mit den praktischen Versuchen Coudenhove-Kalergis auseinander, das „Bewusstsein“ für eine „europäische Nation“ in der Bevölkerung Europas zu verbreiten, zum anderen beschreibt sie aber auch die identitätsstiftenden Umrisslinien, die dieser quasi-nationalen Gemeinschaft ihre Form geben, wenn sie sich mit den genauen Mythen befasst, mit denen der Paneuropäer das Konzept der „europäischen Nation“ zu untermauern versucht.

Die Überhöhung des quasi-national mythologisierten Europas findet sich in der Zeitschrift „Paneuropa“ bereits ab 1924. Im Artikel „Weltpolitik 1924“ verortet der Paneuropäer den „Schwerpunkt der Weltkultur“ bereits in Europa, dessen Aufgabe es sei, nicht zugrunde zu gehen im „drohenden Zusammenstoß zwischen Ost und West“, um im Falle eines neuerlichen Weltkrieges „einer erneuten [sic] Menschheit dieses Erbe zu bewahren.“⁸⁵ Wenn Europa den beschriebenen Weltkrieg nicht verhindern könne, „so bleibt wenigstens einem einigen Europa die letzte Möglichkeit, sich selbst durch eine starke Neutralität zu retten und in dieser Lage den völligen Zusammenbruch menschlicher Kultur zu verhindern.“⁸⁶ Wenn auch erst angedeutet, ist an dieser Stelle der Topos der kulturellen Überlegenheit Europas dennoch bereits erkennbar. Im Artikel „Europa und die Welt“ von 1926 ist die Überhöhung Europas dann deutlicher herauszulesen. Darin wird Europa als „das heilige Land des Individualismus, der Persönlichkeit, der Freiheit“ beschrieben.⁸⁷ Etwas später heißt es: „Nicht die gleichmäßige Sorgenlosigkeit des Südens ist hier Ideal – sondern Kampf und Sieg.“⁸⁸ Schließlich, sollte Paneuropa Realität geworden sein, würden „plötzlich die erstaunten Europäer erkennen, daß Europa das

83 Coudenhove-Kalergi, National-Bewegung, S. 9–11.

84 Ziegerhofer-Prettenthaler, Botschafter, S. 329–367, 474–497.

85 R[ichard] N[ikolas] Coudenhove-Kalergi, Weltpolitik 1924, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 9/10, S. 5–40, hier S. 13.

86 Ebd.

87 Coudenhove-Kalergi, Europa und die Welt, S. 6.

88 Ebd., S. 9.

verlorene Paradies ist [...]. Und daß das einige Europa von Skandinavien bis Spanien und Griechenland der schönste Teil dieser Welt ist“, das „mehr große Geister und Helden gezeugt hat als die ganze übrige Welt.“⁸⁹ Der Text endet mit der Prophezeiung: „Bleibt aber Europa seiner Sendung treu, so wird es die Krone dieser Welt mit dem Lorbeer tauschen und aus dem Herrscher zum Führer dieser Erde werden.“⁹⁰ Dieses Programm wird von Coudenhove-Kalergi über die Jahre stetig wiederholt.⁹¹

Die angeblich überlegene europäische Kultur sei aber in Gefahr: „Niemand darf sich der Illusion hingeben, daß Kulturen nicht gestürzt werden können“;⁹² heißt es 1935 im aus dem Werk „Europa erwacht“ abgedruckten Text „Nationalkultur und Weltkultur“. Die Leserschaft müsse sich „stets vor Augen halten, wie kurz die Zeit der kulturellen Überlegenheit Europas ist, gemessen an den langen Jahrhunderten, wo ihm andere Kulturen überlegen waren.“⁹³ So müsse die „europäische Kultur“ einerseits gegen die äußere Gefahr des Bolschewismus, andererseits auch gegen eine Auflösung von innen geschützt werden.

3.3 Europas Untergang?

Damit ist bereits der letzte der drei Aspekte angesprochen, der zum besseren Verständnis von Coudenhove-Kalergis kolonialen Ambitionen dargelegt werden soll: Die Angst vor dem Untergang der „europäischen Kultur“. Auch dieser Aspekt seiner Paneuropa-Ideologie wurde in der Literatur bereits aufgearbeitet⁹⁴ und soll daher nur kurz analysiert werden. Michael Gehler und Anita Ziegerhofer argumentierten beispielsweise, dass Coudenhove-Kalergis Bestrebungen zur Einigung Europas der Gedanke der „Rettung der abendländischen Kultur“ zugrunde lag,⁹⁵ Emanuel Richter spricht von der paneuropäischen Idee in seinem 1993 erschienenen Aufsatz als „die aristokratische Rettung des Abendlandes“.⁹⁶

Coudenhove-Kalergis Angst vor der Vernichtung Europas tritt bereits in der ersten Ausgabe der Zeitschrift „Paneuropa“ prominent zum Vorschein, wenn er prophetisch offenbart, Europa gehe „einer dreifachen Katastrophe entgegen: dem Vernichtungskrieg; der Unterwerfung durch Russland; dem wirtschaftlichen Ruin.“⁹⁷ Einzig „Pan-Europa“ könne diese Katastrophen abwenden und somit Europa vor der Vernichtung

89 Coudenhove-Kalergi, *Europa und die Welt*, S. 15–16.

90 Ebd., S. 16.

91 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, An die europäische Jugend, in: *Paneuropa* 2 (1926), Heft 11/12, S. 3–8, hier S. 6; ders., Europäische Parteien, in: *Paneuropa* 3 (1927), Heft 3, S. 1–18, hier S. 11; ders., Die geistige Grundlage Paneuropas. Radiovortrag, gehalten in Berlin, am 16. Dez. 1928 von R. N. Coudenhove-Kalergi, in: *Paneuropa* 5 (1929), Heft 1, S. 13–21, hier S. 13; ders., Bücherverbrennung, in: *Paneuropa* 6 (1930), Heft 2 [?], S. 44–47, hier S. 46.

92 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Nationalkultur und Weltkultur, in: *Paneuropa* 11 (1935), Heft 3 [?], S. 69–72, hier S. 71.

93 Ebd.

94 Conze, *Coudenhove-Kalergi*, S. 16–17, 21; Wyrwa, *Graf Coudenhove-Kalergi*, S. 112–113; Ziegerhofer-Prettenthaler, *Christdemokraten*, S. 579–582; dies., *Paneuropa-Bewegung der Zwischenkriegszeit*, S. 578–581; dies., *Das „gewollte“ Europa*, S. 83; dies., *Botschafter*, S. 62–64, 369–425.

95 Gehler/Ziegerhofer, *Paneuropa-Bewegung*, S. 291.

96 Richter, *Paneuropa-Idee*.

97 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, *Das Pan-Europäische Manifest*, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 1, S. 3–19, hier S. 6.

bewahren.⁹⁸ Es ist hier einerseits die Zerstörung von innen, vor der der Paneuropäer mit Bezugnahme auf einen innereuropäischen Vernichtungskrieg warnt, zweitens die Eroberung Europas durch Russland und drittens die wirtschaftliche Unterwerfung Europas durch die USA, denn Europas wirtschaftlicher Ruin würde schließlich „zur Versklavung der europäischen Arbeiterschaft durch das amerikanische Kapital führen“ und Europa als „amerikanische Wirtschaftskolonie“ zurücklassen.⁹⁹

In insgesamt fünf der sieben im ersten Jahr erschienenen Hefte der Zeitschrift warnt Coudenhove-Kalergi direkt vor einer Zerstörung Europas. Vor einer Invasion durch Russland mahnt er in gleich vier der fünf Beiträge,¹⁰⁰ vor einem innereuropäischen Vernichtungskrieg in zweien,¹⁰¹ vor einem erneuten Weltkrieg¹⁰² oder dem wirtschaftlichen Ruin¹⁰³ in jeweils einem. All diesen Ausführungen ist die Idee eigen, die im letzten der Artikel benannt wird: Allein ein „starkes und einiges Europa“ könne der Zerstörung entgehen. Paneuropa stelle damit eine sofortige Lösung für all diese Probleme dar. So dient Coudenhove-Kalergi die Angstpropaganda immer wieder als Sprungbrett, um für seine paneuropäische Idee zu werben. Dennoch ist sie nicht einzig als Werkzeug zur Verwirklichung Paneuropas zu verstehen. Gerade die häufige Wiederkehr der Thematik in seinen Schriften zeugt von einer realen Furcht, die wahrscheinlich auch durch die erfahrenen Kriegsjahre gespeist wurde, während derer der Autor in Wien und München studierte.¹⁰⁴

Die Thematisierung der drohenden Vernichtung Europas und der „europäischen Kultur“ zieht sich über die gesamte Erscheinungsdauer der Zeitschrift „Paneuropa“ hin, ist also keine Eigenheit des Jahres 1924. Die Darstellung seiner Angst vor dem russischen Kommunismus findet in der 54-seitigen Sonderausgabe der Zeitschrift mit dem Titel „Stalin & Co.“ im Jahr 1931 ihren Höhepunkt.¹⁰⁵ Coudenhove-Kalergi beendet die Ausgabe mit den Worten:

„Stalins Mahnung an Europa heißt: Einigkeit. Stalins Beispiel für Europa heißt: Energie und Entschlossenheit. Stalins Frage an Europa heißt: Kapitulation oder Widerstand. An der Antwort Europas hängt die Zukunft der Welt: FREIHEIT oder DESPOTISMUS – MENSCHLICHKEIT oder SKLAVEREI.“¹⁰⁶

Wie stark im Verständnis Coudenhove-Kalergis der Untergang Europas und der Untergang der von ihm überhöhten „europäischen Kultur“ miteinander verwoben sind, geht aus dem 1926 veröffentlichten Artikel „Amerika und Paneuropa“ besonders gut hervor. In diesem stellt er die USA als positives Vorbild für einen paneuropäischen Einigungs-

98 Coudenhove-Kalergi, Das Pan-Europäische Manifest, S. 6.

99 Ebd.

100 Ebd.; ders., Das Pan-Europa-Programm, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 2, S. 3–5, hier S. 4; ders., Pazifismus, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 4/5, S. 3–39, hier S. 19–21; ders., Deutschlands europäische Sendung. Ein Gespräch, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 7/8, S. 7–58, hier S. 28.

101 Coudenhove-Kalergi, Das Pan-Europäische Manifest, S. 6; ders., Pazifismus, S. 19.

102 Coudenhove-Kalergi, Weltpolitik 1924, S. 8–13.

103 Coudenhove-Kalergi, Das Pan-Europäische Manifest, S. 6.

104 Ziegerhofer-Prettenthaler, Botschafter, S. 40–42.

105 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Stalin & Co., *Pan-Europa* 7 (1931), Heft 7/8, S. 3–54.

106 Ebd., S. 54.

prozess dar,¹⁰⁷ warnt aber davor, dass der „wirtschaftliche Vorsprung Amerikas Europa in seiner Kulturmission nicht beirren“ dürfe.¹⁰⁸ „Europa“, so führt Coudenhove-Kalergi weiter aus, „muß zugleich seine wirtschaftliche und politische Struktur ändern und seine kulturelle Tradition wahren: nur so kann es sein Leben retten und seine Seele.“¹⁰⁹

In seiner Rede auf dem vierten Paneuropa-Kongress in Wien verband der Philosoph die vermeintlichen Bedrohungen durch die USA und die Sowjetunion mit einer Warnung vor dem Nationalsozialismus. „Persönlichkeit, Menschlichkeit und Ritterlichkeit, die drei Dimensionen des europäischen Geistes“, so leitet der Paneuropäer Coudenhove-Kalergi diesen Abschnitt seiner Rede ein, „begegnen sich in einem einzigen Wort. Im Begriff des europäischen Idealismus.“¹¹⁰ Dieser sei allerdings „von allen Seiten bedroht“, einerseits durch „die materialistische Weltanschauung Rußlands“, zweitens durch „die materialistische Lebensform Amerikas“ und drittens durch „den Rassenmaterialismus im Herzen Europas selbst“.¹¹¹

Den Begriff des „Idealismus“ erklärt Coudenhove-Kalergi mit der Aussage, dass sich die „drei Dimensionen der europäischen Seele“ begegnen würden „in der Ueberzeugung, daß der Körper nur ein Schatten ist der Seele, daß die Materie nichts ist als sichtbarer Geist, daß das Sichtbare vergänglich ist und das Unsichtbare ewig.“¹¹² Bedroht durch die im Gegensatz zu Europa „materialistischen“ „Lebensformen“ der USA und der UdSSR, aber auch durch den „Rassenmaterialismus“ Hitlerdeutschlands sei „der Kampf um Paneuropa [...] ein Kampf auf Leben und Tod gegen den Einbruch des neuen Barbarentums.“¹¹³ Für ihn ist Europa damit in seiner philosophischen Überzeugung ein tatsächliches Wesen mit Seele und Körper, das leben oder sterben kann.

3.4 Eurafrika

Während Coudenhove-Kalergi seinen Traum einer europäischen Einigung meist mit dem Begriff Paneuropa bedachte, so darf diese Namensgebung nicht darüber hinwegtäuschen, dass dessen Grenzen weit über den europäischen Kontinent hinausreichen sollten. Bereits in der ersten Ausgabe der Zeitschrift „Paneuropa“ beschreibt er den Umfang seines geplanten Staatenbundes:

„Pan-Europa umfaßt die Halbinsel zwischen Rußland, dem Atlantischen und dem Mittelländischen Meer; dazu Island und die Kolonien der europäischen Staaten. Die große europäische Kolonie, die zwischen Tripolis und Kongo, Marokko und Angola halb Afrika umfaßt, könnte bei rationeller Bewirtschaftung Europa mit Rohstoffen versorgen.“¹¹⁴

107 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Amerika und Paneuropa, in: *Paneuropa* 2 (1926), Heft 8/9, S. 3–14.

108 Ebd., S. 6.

109 Ebd., S. 7.

110 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Die Referate, in: *Paneuropa* 11 (1935), Heft 6 [?], S. 192–262, hier S. 260.

111 Ebd.

112 Ebd., S. 260–261.

113 Ebd.

114 Coudenhove-Kalergi, Das Pan-Europäische Manifest, S. 7.

Diese europäischen Kolonien stellten für Coudenhove-Kalergi über die Jahre hinweg immer wieder eine mögliche Lösung für europäische Probleme dar.

Das in der zweiten Ausgabe der Zeitschrift veröffentlichte „Pan-Europa-Programm“ deutet darauf hin, dass er die koloniale „Erschließung“ Westafrikas bereits zu diesem Zeitpunkt nicht einfach angesichts der realpolitischen Umstände akzeptieren wollte, sondern sie als aktiv anzustrebendes Ziel betrachtete. Unter den „wichtigsten wirtschaftlichen Forderungen des Pan-Europa-Programmes“ listet Coudenhove-Kalergi neben anderen Punkten nämlich die „[p]lanmäßige Erschließung der geschlossenen europäischen Wirtschaftskolonie Westafrika (Französisch-Afrika, Lybien, Kongo, Angola) zur europäischen Rohstoffquelle“ auf.¹¹⁵ Im Artikel „Afrika“ des Jahres 1929 formuliert er seine kolonialen Träume schließlich aus:

„Afrika ist das tropische Europa. [...] Europa ist ein Haus mit vielen Wohnungen und vielen Parteien – aber Afrika ist sein Garten. [...] Afrika könnte Europa Rohstoffe für seine Industrie, Nahrungsmittel für seine Bevölkerung, Siedlungsraum für seine Überbevölkerung, Arbeitsmöglichkeit für seine Arbeitslosigkeit, Märkte für seinen Absatz bieten. [...] So bildet Afrika in vieler Hinsicht die natürliche und ideale Ergänzung Europas.“¹¹⁶

Politische Mitbestimmung spricht er den afrikanischen Gebieten jedoch nicht zu. Im zweiten Heft der Zeitschrift ist trotz Miteinbeziehung afrikanischer Gebiete in das geplante politische Gebilde Paneuropa von einem „paneuropäischen Bundesstaat“ die Rede, „dessen Staatenhaus [...] die 26 Vertreter der 26 Bundesmitglieder bilden“ würden, „dessen Völkerhaus die 300 Delegierten von je einer Million Europäern.“¹¹⁷ Von einer Regierungsvertretung für die afrikanischen Einwohner*innen des erdachten Paneuropa ist nichts zu lesen. Im Artikel „Afrika“ bekennt sich Coudenhove-Kalergi klar zu dieser Problematik mit der bereits zuvor zitierten Aussage, dass eine europäische Herrschaft über Afrika zwar „dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes widerspricht, [...] der Tatsache der Ungleichheit der Menschenrassen“ allerdings entspreche.¹¹⁸ So ist für ihn die rassistische Abwertung der „schwarzen Rasse“ grundlegend für die Rechtfertigung der Diskriminierung schwarzer Afrikaner*innen im Kontext einer kolonialen europäischen Oberherrschaft.

Bereits zitiert wurde in diesem Zusammenhang seine Forderung, dass solange die „schwarze Rasse nicht in der Lage ist, ihren Erdteil zu erschließen und zu zivilisieren, [...] dies die weiße Rasse“ tun müsse.¹¹⁹ „Europas afrikanische Mission“ sei es daher, „Licht in diesen dunkelsten Erdteil zu tragen.“¹²⁰ Coudenhove-Kalergis Wahrnehmung der kulturellen Unterlegenheit der schwarzen Bevölkerung Afrikas ist also verbunden mit dem Gedanken einer kolonialen Aufklärung der beherrschten Menschengruppen im Sinne der Zivilisierungsmission.

115 Coudenhove-Kalergi, Pan-Europa-Programm, S. 5.

116 Coudenhove-Kalergi, Afrika, S. 3.

117 R[ichard] N[ikolas] Coudenhove-Kalergi, Etappen zu Pan-Europa, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 2, S. 6–7, hier S. 7.

118 Coudenhove-Kalergi, Afrika, S. 5.

119 Ebd., S. 5.

120 Ebd.

Im selben Atemzug fordert er auch eine Reform kolonialer Praktiken, denn „Europa hat seine afrikanische Mission oft mißbraucht.“¹²¹ Es solle die „öffentliche Meinung der zivilisierten Welt“ aber nicht gegen das „koloniale Prinzip an sich“ richten, sondern stattdessen „gegen viele seiner Formen“.¹²² Die europäische Öffentlichkeit sollte durch eine dahingehende Meinungsbildung „mitarbeiten an der Heilung, Erziehung und Hebung der schwarzen Rasse.“¹²³

Nun ist diesen Gedanken zur „Erziehung und Hebung der schwarzen Rasse“ im rund 19-seitigen Text aber nur eine knappe Seite eingeräumt, dem kolonialreformatoryschen Teil ein vierzeiliger Absatz; außerhalb des Textes „Afrika“ sind dem Aufklärungsgedanken trotz häufiger Befürwortung der kolonialen „Erschließung“ Afrikas durch Europa nur wenige Zeilen gewidmet. Es ist somit unwahrscheinlich, dass die Notwendigkeit der europäischen Kolonialherrschaft über Afrika für Coudenhove-Kalergi in der Zivilisierungsmission begründet lag. Eher stellten solche Gedanken für ihn wohl einerseits ein Werkzeug dar, mit dem er die europäische Kolonialherrschaft auch einem dem Gedanken abgeneigten Publikum schmackhaft machen wollte, versuchte er in diesem Ausschnitt doch eine mögliche Kritik an der Kolonialherrschaft per se auf die Praktiken dieser umzulenken. Andererseits waren diese Überlegungen wahrscheinlich einfach eine moralische Rechtfertigung für seine kolonialen Pläne, möglicherweise auch vor sich selbst.

Weit ausführlicher behandelt Coudenhove-Kalergi den wirtschaftlichen Nutzen, den Europa aus einer gemeinsamen Kolonialisierung Afrikas ziehen könne – sowohl im Artikel „Afrika“ selbst als auch in seinem gesamten in der Zeitschrift „Paneuropa“ veröffentlichten Schriftgut. Bereits im ersten Heft spricht der Paneuropäer von Afrika als möglicher Rohstoffbasis für Europa¹²⁴ – und dann auch noch einmal im zweiten.¹²⁵

Im fiktiven Streitgespräch „Deutschlands europäische Sendung“, ebenfalls 1924 veröffentlicht, bringt Coudenhove-Kalergi den Gedanken der kolonialen „Erschließung“ Afrikas erstmals in Verbindung mit seiner Angst vor dem Untergang Europas. Die Verbindung der beiden Narrative ist in diesem Text allerdings noch so unpräzise, dass sie nur vor dem Hintergrund der später veröffentlichten Artikel auffällt. Er lässt hier den „Paneuropäer“ gegenüber dem „Antieuropäer“ bemerken, „daß in der kommenden Weltepoche nur Weltvölker oder Völkergruppen politisch lebensfähig sind.“¹²⁶ In diesem Sinne stellt er in der Person des „Paneuropäers“ die „Völker Europas“ vor eine Wahl: „entweder gemeinsam die paneuropäische Weltmacht zu schaffen – oder zu warten, bis sie einzeln von jenen Weltvölkern [die Rede ist von den Angelsachsen, den Russen, den Chinesen und den Indern] verschlungen oder zerrieben werden: es

121 Coudenhove-Kalergi, Afrika, S. 5–6.

122 Ebd., S. 6.

123 Ebd.

124 Coudenhove-Kalergi, Das Pan-Europäische Manifest, S. 7.

125 Coudenhove-Kalergi, Pan-Europa-Programm, S. 5.

126 Coudenhove-Kalergi, Deutschlands europäische Sendung, S. 38.

gibt kein Drittes!“¹²⁷ In der Antwort auf die Frage des „Antieuropäers“, wie groß denn „Pan-Europa“ sei, kommt es zur Miteinbeziehung der Kolonien in die Diskussion: „Es umfaßt auf 5 Millionen Quadratkilometern 300 Millionen Menschen. Dazu kommen seine Kolonien.“¹²⁸ So ist in diesem Artikel noch kaum der später immer wiederkehrende Gedanke angedeutet, dass die europäischen Kolonien Paneuropa die wirtschaftliche Kraft geben sollen, sich selbst vor der Vernichtung zu bewahren.

Im Text „Afrika“ arbeitet Coudenhove-Kalergi diese Überlegung schließlich aus. Er schreibt hier, dass „die Emanzipation Amerikas und Asiens“ Europa seiner lateinamerikanischen und ostasiatischen Märkte beraube, welche es zunehmend an die USA und an Japan verliere. Dies führt ihn zum Schluss, dass „Europa [...] gezwungen sein [wird], als Ersatz für den drohenden Verlust jener überseeischen Märkte seinen inneren, europäischen Markt durch Beseitigung der Binnenzölle auszubauen und durch die Erschließung Afrikas zu ergänzen.“¹²⁹ Es ist also gerade der internationale bzw. interkontinentale Wettkampf, der ihn für die Kolonisation Afrikas begeistert.

Die Wahrnehmung Afrikas als Siedlungsraum für europäische Überbevölkerung stellte für ihn wahrscheinlich ebenso einen Grund dar, mit der Kolonisation dieses Kontinents zu liebäugeln. Bereits auf der zweiten Seite des Artikels „Afrika“ bespricht Coudenhove-Kalergi die Siedlungsdichte in den europäischen Kolonien und kommt zum Schluss, „daß Europäisch-Afrika mit vier Menschen auf 1 km² ein fast menschenleerer Erdteil ist.“¹³⁰ Später im Text geht er darauf ein, wie dieser Faktor für Europa von Bedeutung sein könne: „Das größte Hindernis dieser Besiedlung ist das Klima. [...] Dennoch gibt es auch hier Raum für Millionen Europäer.“¹³¹

Durch die europäische Besiedlung Afrikas erhoffte er sich zudem die Lösung mehrerer europäischer Probleme auf einen Schlag. Coudenhove-Kalergi befürchtete eine Spaltung Europas „in die westliche Staatengruppe mit Kolonialbesitz – und in die östliche Staatengruppe ohne Kolonialbesitz.“¹³² Sein erstes Anliegen ist es, durch eine Beteiligung der „östlichen Staatengruppe“ (vornehmlich Deutschlands und Italiens) an der „Erschließung“ Afrikas, die kriegerische „Zerreißung Europas [...] durch die Kolonialfrage“ zu vermeiden.¹³³ Eine solche Beteiligung würde in einem zweiten Schritt der nicht überbevölkerten „westlichen Staatengruppe“ helfen, da „nur überbevölkerte Gebiete eine größere Zahl von Pionieren nach Afrika entsenden“ würden.¹³⁴ Eine Beteiligung Italiens würde die zu jener Zeit zahlreichen italienischen Emigranten „der europäischen Wirtschaft [...] erhalten“.¹³⁵ Eine Beteiligung Deutschlands gebe diesem die Möglichkeit, „auf breiterer Produktionsbasis seine Reparationsverpflichtungen leisten“

127 Coudenhove-Kalergi, Deutschlands europäische Sendung, S. 38–39.

128 Ebd., S. 38.

129 Coudenhove-Kalergi, Afrika, S. 4.

130 Ebd., S. 2.

131 Ebd., S. 7.

132 Ebd., S. 8.

133 Ebd., S. 8–12.

134 Ebd., S. 13.

135 Ebd., S. 13–14.

zu können.¹³⁶ Schließlich könne eine europäische Zusammenarbeit in der Kolonisation Afrikas auch als Übungsgelände für einen größeren europäischen Zusammenschluss dienen.¹³⁷

Der Autor schlägt gegen Ende des Artikels „Afrika“ außerdem drei verschiedene Konzepte vor, die eine Miteinbeziehung Deutschlands und Italiens in die Kolonisation Afrikas ermöglichen würden. Erstens „eine Neuverteilung der Kolonialmandate“, bei der Kamerun und Togo zwischen den beiden Staaten aufgeteilt werden könnten.¹³⁸ Zweitens die „Gründung großer Handelsgesellschaften [...], die mit weitgehenden Vollmachten ausgedehnte Länderstrecken zur Besiedlung und Erschließung pachten sollen.“¹³⁹ Drittens „die persönliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung aller europäischen Kolonisten und Pioniere auf afrikanischem Boden, ohne Rücksicht auf Muttersprache und Staatsbürgerschaft.“¹⁴⁰ Dieser dritte Vorschlag wird von ihm bevorzugt, denn er liege „am meisten im Sinne Paneuropas“.¹⁴¹

In den folgenden Jahren greift Coudenhove-Kalergi diese Gedanken in verschiedenen Artikeln immer wieder auf und spricht von einer gemeinsamen Kolonisation Afrikas durch die europäischen Staaten. 1932 argumentiert er beispielsweise in gleich zwei Artikeln für eine Übergabe Kameruns und Togos an Deutschland, mit dem Ziel, die Auseinandersetzungen um die deutschen Reparationszahlungen zu lösen und Europa näher aneinander zu bringen.¹⁴² Hier ist der um 1930 stattfindende Umbruch in seiner Einstellung zum Versailler Frieden zu erkennen: Während er sich zu Beginn der 1920er-Jahre noch entschieden gegen eine Revision von Versailles aussprach, da sie der europäischen Verständigung im Wege stehe,¹⁴³ machte er zu Beginn des neuen Jahrzehnts eine Kehrtwende mit dem Ziel, Paneuropa gerade in Deutschland populärer zu machen.¹⁴⁴

Diese im Vergleich zu den Zeilen zur Zivilisierungsmission unverhältnismäßig weiten Ausführungen über die möglichen Nutzen einer gemeinsamen Kolonisation Afrikas für Europa deuten darauf hin, dass eben diese praktischen Überlegungen den Kern seiner Beweggründe ausmachten. Dass Coudenhove-Kalergi die Kolonisation Afrikas wohl eher zum Eigennutz des von ihm überhöhten Europas anstrebte als zur „Aufklärung“ der „schwarzen Rasse“, geht außerdem aus den angeführten Bedingungen hervor, durch die Europa dazu bewegt werden könne, eines Tages „Afrika aufzugeben und es den jungen afrikanischen Kulturstaaten zu überlassen“:¹⁴⁵

136 Coudenhove-Kalergi, Afrika, S. 14–15.

137 Ebd., S. 18.

138 Ebd., S. 16.

139 Ebd., S. 16–17.

140 Ebd., S. 17.

141 Ebd.

142 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Reparationen und Kolonien, in: *Paneuropa* 8 (1932), Heft 1, S. 7–11; ders., Versailles und Wilson, in: *Paneuropa* 8 (1932), Heft 6 [?], S. 164–178.

143 Conze, Codenhove Kalergi, S. 19–20.

144 Ebd., S. 38–45.

145 Coudenhove-Kalergi, Afrika, S. 6–7.

„Durch die Zivilisierung der Neger; durch die Abnahme der europäischen Bevölkerung; durch neue chemische Erfindungen, die eine synthetische Erzeugung der tropischen Rohstoffe ermöglichen; durch eine Überproduktion der europäischen Landwirtschaft; durch den wirtschaftlichen Anschluß Rußlands und asiatischer Gebiete an Paneuropa.“¹⁴⁶

Mit Ausnahme des ersten Aspektes konzentrieren sich die Punkte allesamt auf Bedingungen, die mit Afrika selbst kaum etwas zu tun haben. So ist es vor allem Europas Wohlergehen, das Coudenhove-Kalergi für die Kolonisation Afrikas eintreten lässt.

Afrikanische Interessen bleiben in seinen Texten meist unbeachtet. Wenn sie in manchen dennoch nominell Erwähnung finden, wie im Falle der Gedankengänge zur Zivilisierungsmission, so sind diese den Afrikaner*innen nur von Coudenhove-Kalergi zugeschrieben. In einigen Fällen werden ihre Interessen sogar explizit missachtet. Im Artikel „Reparationen und Kolonien“ von 1932 schlägt er beispielsweise vor, das zu diesem Zeitpunkt noch unabhängige Abessinien durch Verträge einem italienischen Kolonialismus zu unterwerfen, damit Italien einer Übergabe Kameruns und Togos an Deutschland zustimme. Abessinien sei „das natürliche Gebiet italienischer Wirtschaftsexpansion“.¹⁴⁷ Coudenhove-Kalergi geht wahrscheinlich bewusst nicht darauf ein, ob Abessinien solchen Verträgen zustimmen würde, denn er deutet kurz darauf die moralische Rechtmäßigkeit einer gewaltsamen Durchsetzung solcher Verträge an: „In diesem Lande, das trotz seiner Zugehörigkeit zum Völkerbund noch an der Sklaverei festhält, könnte es [Italien] eine ähnliche Rolle spielen, wie einst England in Ägypten.“¹⁴⁸

Ab 1935 kam es dann zu einer ausführlichen Berichterstattung über den in diesem Jahr beginnenden Abessinienkrieg. Während der Großteil der in der Rubrik „Rings um Europa“ veröffentlichten Berichte auf scheinbar neutrale Weise über die Kriegsgeschehnisse sprach, kann die Nichterwähnung verschiedener Aspekte der italienischen Kriegsführung, wie beispielsweise des Einsatzes von Giftgas gegen Zivilist*innen, als passive Stellungnahme zugunsten Italiens gedeutet werden.¹⁴⁹ Coudenhove-Kalergi schrieb neben diesen Berichten auch zwei Leitartikel zu dem Konflikt. In diesen sprach er sich äußerst positiv über den italienischen Eroberungskrieg aus, wenn er im ersten beispielsweise feststellt, dass vom „Standpunkt Paneuropas [aus] [...] eine italienische Vorherrschaft in Abessinien jeder anderen vorzuziehen“ sei, „denn sie erweitert die europäische Rohstoffbasis und den europäischen Lebensraum und bildet zugleich ein natürliches Ventil für die italienische Expansion, die sonst zu europäischen Katastrophen zu führen droht.“¹⁵⁰ So stellt er europäische Interessen klar über die Interessen der Abessinier*innen und rechtfertigt damit eine militärische Invasion, in deren Zuge hunderttausende Einwohner*innen Abessiniens ihr Leben verloren.

146 Coudenhove-Kalergi, *Afrika*, S. 6–7.

147 Coudenhove-Kalergi, *Reparationen und Kolonien*, S. 11.

148 Ebd.

149 Ziegerhofer-Prettenthaler, *Botschafter*, S. 240–241.

150 R[ichard] N[ikolas] Coudenhove-Kalergi, *Der abessinische Konflikt*, in: *Paneuropa* 11 (1935), Heft 7 [?], S. 277–281, hier S. 278.

Dass Coudenhove-Kalergi sich hier nicht einfach für das kleinere zweier Übel entschied, zeigt der Enthusiasmus, den er im zweiten der beiden Leitartikel der italienischen Herrschaft entgegenbrachte:

„In Wahrheit bedeutet die italienische Annexion für Abessinien Fortschritt, nicht Rückschritt: die größte soziale Revolution seit Jahrtausenden. Sie bedeutet für den größten Teil Abessiniens, d. h. für alle nichtamharischen Gebiete, nur einen Tausch des Herrenvolkes. An die Stelle der Amharen treten die Italiener; an die Stelle der Herrschaft einer unzivilisierten die einer zivilisierten Nation; das Ende der Sklaverei und des Sklavenhandels; Rechtsschutz statt Faustrecht; Hygiene statt Lepra; wirtschaftliche und geistige Entwicklungsmöglichkeiten statt Elend und Barbarei.“¹⁵¹

Damit beschrieb er das genaue Gegenteil dessen, was viele Historiker*innen heute über die italienische Herrschaft in Abessinien annehmen. Aram Mattioli nennt die Taten italienischer Truppen und Milizionäre zwischen 1935 und 1941 beispielsweise „Massenverbrechen von genozidaler Dimension, ja sogar einen vergessenen Völkermord“.¹⁵²

Schließlich akzeptierte Coudenhove-Kalergi auch die wirtschaftliche Ausbeutung Afrikas zugunsten des europäischen Lebensstandards. Bereits im Artikel „Wirtschaftskrise“ von 1931 malte er ein utopisches Bild von Afrika als „tropisches und subtropisches Riesenreich“, mit dessen Hilfe die europäische Wirtschaft saniert werden könne.¹⁵³ 1935 wird dieser Gedanke im Text „Europa ohne Elend“ wieder aufgegriffen: „Nur der ganze europäische Kontinent, ergänzt durch seine Kolonien, wäre imstande, alle Europäer mit allen Lebensnotwendigkeiten zu versorgen und das Elend der Massen zu brechen.“¹⁵⁴ Während Coudenhove-Kalergi sein ganzes Augenmerk auf die Versorgung der Bevölkerung Europas richtet, verliert er kein Wort über die Versorgung des afrikanischen Bevölkerungsteils des angepriesenen „europäisch-afrikanischen Wirtschaftsgebietes“. Im Artikel „Paneuropa – die Forderung des Tages“ aus dem Jahr 1936 wiederholt er seine wirtschaftlichen Träume.¹⁵⁵ Coudenhove-Kalergi vollzog also eine klare Kosten-Nutzen-Rechnung, in welcher der Nutzen für Europa im Zentrum stand, die Afrika auferlegten Kosten rückte er in den Hintergrund. Die von Coudenhove-Kalergi geforderte „Erschließung“ Afrikas ist nichts als ein Euphemismus für einen Raubzug Europas in seinen dortigen Kolonien.

151 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Abessinische Bilanz, in: *Paneuropa* 12 (1936), Heft 9 [?], S. 210–216, hier S. 211–212.

152 Aram Mattioli, Entgrenzte Kriegsgewalt. Der italienische Giftgaseinsatz in Abessinien 1935–1936, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (2003), Heft 3, S. 311–337, hier S. 312.

153 Coudenhove-Kalergi, Wirtschaftskrise, S. 73.

154 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Europa ohne Elend, in: *Paneuropa* 11 (1935), Heft 7 [?], S. 281–288, hier S. 286–287.

155 R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Paneuropa – die Forderung des Tages, in: *Paneuropa* 12 (1936), Heft 8 [?], S. 174–180, hier S. 175.

4. Fazit

Wenngleich Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi nach Eigenaussage also nicht in Nationen, sondern in Kontinenten dachte, so kann eine quasi-nationale Beschaffenheit zumindest Europas im ideologischen Konstrukt des Paneuropäers – wie in bereits bestehender Forschung schon zuvor aufgezeigt werden konnte – nicht geleugnet werden. Während er nämlich die verschiedenen extremen Nationalismen seiner Zeit ablehnte, dachte er im weiteren Sinne dennoch in nationalen Kategorien. Allerdings fühlte er sich keiner der bereits bestehenden Nationen zugehörig, sondern entwarf für sich selbst Europa, umrankt von quasi-nationalen Mythen. In diesem Zusammenhang stellte er Europa und die „wahren“ Europäer*innen auf eine Empore, als „Nation“, aber auch als „Rasse“.

Bedroht von außen, wie auch von innen, schien ihm Europa jedoch zu schwach. Er ahnte nur kurze Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkrieges bereits einen zweiten europäischen Krieg voraus, der nach seiner Befürchtung die Vernichtung des Kontinents zur Folge haben würde. Außerdem sah er den Kontinent durch die Wirtschaftskrise der Verarmung und der Marginalisierung angesichts einer neuen Weltpolitik der Supermächte entgegengehen. Um dem vorzubeugen, entwarf er Paneuropa, einen Zusammenschluss der europäischen Staaten zu einer Föderation bzw. einer Konföderation. Er schwankte zwischen den beiden Konzepten im Laufe der Jahre immer wieder hin und her. Dass dieses Paneuropa allerdings als „Eurafrika“ geplant war, wurde aus dem öffentlichen Diskurs über Coudenhove-Kalergi verdrängt, in welchem er lange Zeit einen Ehrenplatz als Vordenker der Europäischen Union einnahm.

Es konnte in dieser Arbeit nachgewiesen werden, wie die koloniale Ausbeutung Afrikas von Beginn bis Ende der Paneuropa-Union der Zwischenkriegszeit einen wesentlichen Aspekt der paneuropäischen Ideologie ausmachte. Oft geradezu naiv gegenüber kolonialen Herrschaftspraktiken – wie beispielsweise in der paradiesischen Beschreibung der italienischen Herrschaft über Abessinien – sprach sich Coudenhove-Kalergi für eine „Zivilisierung“ der von ihm rassistisch abgewerteten „schwarzen Rasse“ aus. Ob es sich bei dieser Naivität um tatsächliche Unwissenheit oder bewusste Ignoranz handelte, könnte als Forschungsfrage einer anderen Arbeit dienen. Am Ende konnte aber aufgezeigt werden, dass die Zivilisierungsmission für Coudenhove-Kalergi bloß eine Legitimation der europäischen Kolonialherrschaft darstellte und dass seine eigentlichen Gründe für die koloniale Ausbeutung Afrikas praktischer Natur waren, dass Afrika vor allem zum Nutzen des von ihm überhöhten Europas kolonialisiert werden sollte. Besonders gut geht dies aus den von ihm angeführten Bedingungen hervor, die in entfernter Zukunft die Unabhängigkeit Afrikas ermöglichen würden: Vier der fünf genannten Punkte beziehen sich auf die Ressourcenbedürfnisse Europas.¹⁵⁶ Coudenhove-Kalergis Angst vor dem Untergang Europas nahm eine zentrale Rolle ein, durch welche er veranlasst war, die wirtschaftliche Ausbeutung der Kolonien als unabdingbar für das Überleben des noch im Mutterleib befindlichen Paneuropa anzusehen.

Im Zuge der Darlegung seiner Beweggründe wurden auch die in der bisherigen Forschung vernachlässigten rassistisch-rassistischen Grundannahmen Coudenhove-Kalergis deutlich. Während er sich zwar als Anti-Antisemit gegen eine rassistische Diskriminierung der Jüdinnen und Juden ausgesprochen hat, so war sein Denken bei weitem nicht frei von rassistischen (Vor-)Urteilen. Gerade seine Aufwertung der „weißen Rasse“ und Diskriminierung der „schwarzen Rasse“ – Gedanken, durch welche er seine kolonialen Pläne zugunsten Paneuropas rechtfertigte – traten angesichts der Forschungsfragen dieser Arbeit zu Tage. Hervorzuheben ist hier, dass er zwar große Teile seiner rassistischen Gedanken aus zeitgenössischen Narrativen übernahm, jedoch in ihrer Zusammensetzung ein sehr eigenes rassistisches Weltbild entwarf. Besonders seine der „gelben Rasse“ entgegengebrachte Wertschätzung fiel aus dem Rahmen der üblichen rassistischen Grundannahmen seiner Zeit. Auch hervorzuheben ist, dass Coudenhove-Kalergi in einer Zeit, in der der biologische Rassismus noch nicht diskreditiert war, bereits einen stark kulturell geprägten Rassismus vertrat. Dennoch, obwohl er sich im Laufe seiner publizistischen Tätigkeit für die Zeitschrift „Paneuropa“ entschieden gegen die Gültigkeit der „Farbskala“ zur Einteilung der Menschheit ausgesprochen hatte, fiel er selbst immer wieder auf farbliche Einordnungen der Menschen zurück, wenn er von der „weißen Rasse“, der „schwarzen Rasse“, der „gelben Rasse“ oder dem „braunen Nordafrika“ sprach. Selbst wenn er die Hautfarbe nicht für den „kulturellen Tiefstand der Neger“ verantwortlich machte, so kulminierte seine rassistische Abwertung der „schwarzen Rasse“ dennoch in der Aussage, dass Jüdinnen und Juden in Europa nur „Ersatzneger“ seien und dass ihre rassistische Abwertung nur durch den Mangel an „wirklich schwarzer Bevölkerung“ zu erklären sei.¹⁵⁷

Im Artikel „Europäische Großraumwirtschaft“ von 1936 stellt Coudenhove-Kalergi entschieden fest, dass der „Kern der paneuropäischen Wirtschaftsbewegung [...] nicht der imperiale, sondern der soziale Gedanke“ sei.¹⁵⁸ Es konnte nun klar belegt werden, dass der imperiale und koloniale Gedanke, gestützt auf ein rassistisches Fundament, entgegen dieser Argumentation ein wesentlicher Aspekt der Paneuropa-Bewegung unter der Führung Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergis war, sei es als Werkzeug zur Einigung Europas, sei es zur Stärkung Europas gegen Anfeindungen von außen, sei es zur Befriedung der sozialen Gegensätze in Europa. Afrika war für ihn ein Mittel zur Lösung der mannigfaltigen europäischen Probleme.

157 Coudenhove-Kalergi, *Rassenmythos*, S. 315–316.

158 [Richard] [Nikolaus] Coudenhove-Kalergi, *Europäische Großraumwirtschaft*, in: *Paneuropa* 12 (1936), Heft 6 [?], S. 143–154, hier S. 146–147.

5. Quellen

Gruppe der informierten Bürger, Der Kalergi-Plan und die Abschaffung der europäischen Völker – Merkel erhielt 2010 den Kalergi-Preis, 14.6.2018, <https://www.gdib.eu/der-kalergi-plan-und-die-abschaffung-der-europaeischen-voelker-merkel-erhielt-2010-kalergi-preis/>, eingesehen 9.2.2022.

R[ichard] N[ikolaus] Coudenhove-Kalergi, Abessinische Bilanz, in: *Paneuropa* 12 (1936), Heft 9 [?], S. 210–216.

Ders., Afrika, in: *Paneuropa* 5 (1929), Heft 2, S. 1–19.

Ders., Alarm, in: *Paneuropa* 3 (1927), Heft 6, S. 1–5.

Ders., Amerika und Paneuropa, in: *Paneuropa* 2 (1926), Heft 8/9, S. 3–14.

Ders., An die europäische Jugend, in: *Paneuropa* 2 (1926), Heft 11/12, S. 3–8.

Ders., Bücherverbrennung, in: *Paneuropa* 6 (1930), Heft 2 [?], S. 44–47.

Ders., Das Pan-Europa-Programm, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 2, S. 3–5.

Ders., Das Pan-Europäische Manifest, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 1, S. 3–19.

Ders., Deutschlands europäische Sendung. Ein Gespräch, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 7/8, S. 7–58.

Ders., Der abessinische Konflikt, in: *Paneuropa* 11 (1935), Heft 7 [?], S. 277–281.

Ders., Der Deutsch-Europäische Konflikt, in: *Paneuropa* 9 (1933), Heft 7 [?], S. 225–248.

Ders., Der Judenstaat, in: *Paneuropa* 13 (1937), Heft 7 [?], S. 197–201.

Ders., Der Rassenmythos, in: *Paneuropa* 11 (1935), Heft 8 [?], S. 312–318.

Ders., Die geistige Grundlage Paneuropas. Radiovortrag, gehalten in Berlin, am 16. Dez. 1928 von R. N. Coudenhove-Kalergi, in: *Paneuropa* 5 (1929), Heft 1, S. 13–21.

Ders., Die Referate, in: *Paneuropa* 11 (1935), Heft 6 [?], S. 192–262.

Ders., Ein Leben für Europa. Meine Lebenserinnerungen, Köln-Berlin 1966².

Ders., Eine Europäische National-Bewegung, in: *Paneuropa* 4 (1928), Heft 1, S. 1–12.

Ders., Etappen zu Pan-Europa, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 2, S. 6–7.

Ders., Europa ohne Elend, in: *Paneuropa* 11 (1935), Heft 7 [?], S. 281–288.

Ders., Europa und die Welt, in: *Paneuropa* 2 (1926), Heft 10, S. 3–16.

Ders., Europäische Großraumwirtschaft, in: *Paneuropa* 12 (1936), Heft 6 [?], S. 143–154.

Ders., Europäische Parteien, in: *Paneuropa* 3 (1927), Heft 3, S. 1–16.

Ders., Europäische Rasse, in: *Paneuropa* 10 (1934), Heft 5, S. 99–105.

Ders., Falsche Geographie, in: *Paneuropa* 10 (1934), Heft 5, S. 105–110.

Ders., Freiheit und Sicherheit, in: *Paneuropa* 6 (1930), Heft 8 [?], S. 316–320.

- Ders., Kriegsgefahr in Ostasien, in: *Paneuropa* 10 (1934), Heft 3, S. 71–79.
- Ders., Nationalkultur und Weltkultur, in: *Paneuropa* 11 (1935), Heft 3 [?], S. 69–72.
- Ders., Offener Brief an die französische Kammer, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 3, S. 3–23.
- Ders., Ostasien, in: *Paneuropa* 8 (1932), Heft 6 [?], S. 179–187.
- Ders., *Paneuropa*, Wien-Leipzig 1926.
- Ders., *Paneuropa – die Forderung des Tages*, in: *Paneuropa* 12 (1936), Heft 8 [?], S. 174–180.
- Ders., Pan-Europa und Völkerbund, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 6, S. 3–23.
- Ders., Pazifismus, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 4/5, S. 3–39.
- Ders., Plumpe Fälschung, in: *Paneuropa* 5 (1929), Heft 2, S. 40.
- Ders., Reparationen und Kolonien, in: *Paneuropa* 8 (1932), Heft 1, S. 7–11.
- Ders., Stalin & Co., *Paneuropa* 7 (1931), Heft 7/8, S. 3–54.
- Ders., Versailles und Wilson, in: *Paneuropa* 8 (1932), Heft 6 [?], S. 164–178.
- Ders., Weltherrschaft, in: *Paneuropa* 3 (1927), Heft 2, S. 1–16.
- Ders., Weltpolitik 1924, in: *Pan-Europa* 1 (1924), Heft 9/10, S. 5–40.
- Ders., Wirtschaftskrise, in: *Paneuropa* 7 (1931), Heft 3, S. 67–74.

6. Literatur

- Conze, Vanessa, Richard Codenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas (Persönlichkeit und Geschichte 165), Gleichen-Zürich 2004.
- Gehler, Michael/Ziegerhofer, Anita, Richard Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung von ihren Anfängen bis in die Gegenwart, in: Robert Rill/Ulrich E. Zellenberg (Hrsg.), *Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute*, Graz-Stuttgart 1999, S. 291–312.
- Geiss, Imanuel, *Geschichte des Rassismus*, Frankfurt a. M. 1988.
- Jansen, Christian/Borggräfe, Henning, *Nation – Nationalität – Nationalismus*, Frankfurt-Main 2007.
- Mattioli, Aram, Entgrenzte Kriegsgewalt. Der italienische Giftgaseinsatz in Abessinien 1935–1936, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (2003), Heft 3, S. 311–337.
- Osterhammel, Jürgen/Jansen, Jan C., *Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen*, München 2020⁷.
- Prettenthaler-Ziegerhofer, Anita, „Alles ist möglich, nichts ist sicher“. Richard Coudenhove-Kalergis Paneuropa-Idee und die Steiermark, in: *Zeitschrift des historischen Vereines für Steiermark* 96 (2005), S. 381–388.

Richter, Emanuel, Die Paneuropa-Idee. Die aristokratische Rettung des Abendlandes, in: Jürgen Nautz/Richard Vahrenkamp (Hrsg.), *Die Wiener Jahrhundertwende. Einflüsse. Umwelt. Wirkungen*, Wien-Köln-Graz 1993, S. 788–812.

Sonderegger, Arno, Rasse und Rassismus im wissenschaftlichen Diskurs: Eine Skizze, in: Bea Gomes/Walter Schicho u. a. (Hrsg.), *Rassismus. Beiträge zu einem vielgesichtigen Phänomen (Gesellschaft. Entwicklung. Politik 10)*, Wien 2008, S. 10–26.

Wyrwa, Ulrich, Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi (1894–1972) und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger Jahren, in: *Historische Zeitschrift* 283 (2014), Heft 1, S. 103–122.

Ziegerhofer-Prettenthaler, Anita, Europäische Christdemokraten und die Paneuropa-Bewegung von Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser u. a. (Hrsg.), *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert (Arbeitskreis Europäische Integration. Historische Forschungen. Veröffentlichungen. 4)*, Wien-Köln-Weimar 2001, S. 574–603.

Dies., *Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren*, Wien-Köln-Weimar 2004.

Dies., Österreich und das „gewollte“ Europa. Von der Paneuropa-Bewegung in die Europäische Union, in: dies./Josef F. Desput (Hrsg.), *Das „gewollte“ Europa. Von der Utopie zur Realität (Arbeiten zu Recht, Geschichte und Politik in Europa 5)*, Graz 2004, S. 81–110.

Moritz Oberhollenzer ist Student der Geschichtswissenschaften an der Universität Innsbruck. Moritz.Oberhollenzer@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Moritz Oberhollenzer, Paneuropa oder Eurafrika? Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergis koloniale Ambitionen in der Zwischenkriegszeit, in: *historia.scribere* 14 (2022), S. 135–160, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 21.6.2022 (=aktuelles Datum).

Die Sprache der „Protokolle der Weisen von Zion“. Eine paratextuelle, rhetorische Analyse einer der bekanntesten Verschwörungstheorien der Welt

Marina Blum

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Mag. Mag. Dr. Claus Oberhauser & Mag. Stornig Thomas, PhD

eingereicht im: SoSe 2021

Rubrik: Bachelor-Arbeit (Lehramt)

Abstract

The Language of “The Protocols of the Elders of Zion”. A Paratextual, Rhetorical Analysis of One of the World's Best-Known Conspiracy Theories

This bachelor thesis examines linguistic strategies of German-language prefixed paratexts of “The Protocols of the Elders of Zion”. By means of close reading, it shows how lexis and rhetoric are used to convince readers of a 100-year-old structureless and inconsistent text – for example by the use of conspiracy-theory vocabulary and the presentation of supposed credibility and transparency. The interest in the persuasive content of the text arises from a philological approach and shall show how language can be used for manipulative purposes.

Der Wortlaut der Arbeit ist auf E-Mail-Anfrage bei der Redaktion bestellbar:
historia.scribere@uibk.ac.at

Marina Blum ist Studentin der Geschichte und der Germanistik an der Universität Innsbruck sowie studentische Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte.
Marina.Blum@student.uibk.ac.at

Runner-Up-Awards von *historia.scribere* 14

(gesponsert von **Heinz Noflatscher** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

(gesponsert von **Thomas Albrich** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

(gesponsert von **Klaus Eisterer** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

Competing for the greater good? Zum Verhältnis von Ehreninschriften, Konkurrenz und politischem Handlungsspielraum der Elite Erythrais und Prienes im frühen Hellenismus

Mandy Brandt

Kerngebiet: Alte Geschichte

eingereicht bei: assoz. Prof. Mag. Dr. Brigitte Truschnegg

eingereicht im: SoSe 2021

Rubrik: Seminar-Arbeit

Abstract

Competing for the Greater Good? The Relationship Between Honorary Inscriptions, Competition, and Political Scope of Action of the Elite in Erythrae and Priene in Early Hellenism

This paper examines the relationship between honorary inscriptions and elite competition to identify the political scope of action of the members of the elite in Erythrae and Priene in early Hellenism. By doing so, the paper contributes to research about the existence of a "régime des notables" in early Hellenistic poleis. It shows that the poleis attempted to direct the elite towards a competition of honours given to the *demos* in order to prevent the establishment of a *tyrannis*.

1. Einleitung

„Denn Neid waltet unter den Lebenden gegen den Konkurrenten“¹

Mit diesen Worten prophezeit der thukydideische Perikles den Überlebenden des ersten Kriegsjahres den Wettstreit, den sie aufgrund des Neides auf die Konkurrenten² untereinander austragen werden. Die treibende Kraft dieser Konkurrenz hat in der modernen Forschung viel Beachtung gefunden³ und sich auch auf die Betrachtung der

1 Thuk. 2.45,1 „φθόνος γὰρ τοῖς ζῶσι πρὸς τὸ ἀντίπαλον“.

2 An dieser Stelle und im Folgenden wird bewusst nicht gegendert, weil es sich in der historischen gesellschaftlichen Realität bei den behandelten Gruppen tatsächlich ausschließlich um Männer handelte.

3 Hans van Wees, Rivalry in history. An introduction, in: Nick R. Fisher/Hans van Wees (Hrsg.), Competition in the Ancient World, Swansea 2011, S. 1–36.

Praxis des Euergetismus in den hellenistischen Poleis ausgeweitet. Der Euergetismus, der dem Konzept des Gabentausches⁴ folgt, bezeichnet ein reziprokes System, bei dem auf eine empfangene Wohltat ein Dank folgt. Dabei sind die Beurteilungen der Bedeutung einer intra-elitären Konkurrenz für diese Praxis kontrovers. So sieht Paul Veyne es als fehlgeleitet an, diesen auf eine „Freude am Wettbewerb“⁵ zurückzuführen, während Mark Beck die Konkurrenz als Teilbereich der Motivation der Elite ansieht, sich euergetisch zu betätigen.⁶ Darüber hinaus ist auch die grundlegende Rolle der Elite in den hellenistischen Poleis umstritten. Ausgehend besonders von Veyne wurde der Euergetismus als Regierungssystem einer Schicht von Honoratioren angesehen, die damit in den formell bestehenden Demokratien die faktische politische Macht innehatten.⁷ Im Gegensatz dazu ist besonders in der jüngeren Forschung vermehrt auf das Weiterbestehen der Polisinstanzen und die politische Gleichberechtigung der Bürger hingewiesen worden, welche gegen die Existenz eines Honoratiorenregimes sprechen.⁸

Auf der Basis der Ehreninschriften, welche die Hauptquellen für das Phänomen des Euergetismus darstellen, wirft die Arbeit die Frage auf, inwieweit das Verhältnis zwischen Ehreninschriften und elitärem Konkurrenzverhalten Rückschlüsse auf den politischen Handlungsspielraum der frühhellenistischen Elite Erythrais und Prienes zulässt. Als frühhellenistisch wird im Folgenden der Zeitraum zwischen dem Auftreten Alexanders in Kleinasien und der zweiten Hälfte des 2. Jahrhunderts v. u. Z. verstanden. Die Zensur ergibt sich durch die veränderten außenpolitischen Umstände infolge des wachsenden Einflusses des Römischen Reiches.⁹ Der geographische Fokus liegt dabei auf den ionischen Poleis Erythrai und Priene. Die Arbeit schlägt eine Brücke zwischen der Frage nach den Motivationen der Euergeten und deren Handlungsspielräumen.

Dazu wird zunächst die Kontroverse um die Existenz eines Honoratiorenregimes im frühen Hellenismus und das Phänomen des Euergetismus untersucht, um anschließend die Charakteristika der Ehreninschriften Erythrais und Prienes aufzuzeigen. Nachdem der Rahmen der Untersuchung abgesteckt ist, geht die Arbeit der Frage nach dem Verhältnis zwischen elitärer Konkurrenz und Ehreninschriften nach. Dazu ist die Rolle der *φιλοτιμία*, der Ehrliebe, als Motivation für die Euergesien und ihre Auswirkungen auf die elitäre Konkurrenz zu klären. Darauf aufbauend ist anschließend zu untersuchen, welche Auswirkungen diese Konkurrenz auf die Ehreninschriften der betrachteten Poleis hatten. Dazu soll anhand der Hortativformeln und der Motivberichte der Inschriften beleuchtet werden, inwieweit es den Poleis gelang, die Auswirkungen der

4 Marcel Mauss, Die Gabe. Form und Funktion des Austausch in archaischen Gesellschaften, übersetzt von Eva Moldenhauer (Suhkamp-Wissenschaft. Weisses Programm), Frankfurt a. M. 1982.

5 Paul Veyne, Brot und Spiele. Gesellschaftliche Macht und politische Herrschaft in der Antike (Theorie und Gesellschaft 11), Frankfurt a. M.-New York 1992, S. 250.

6 Mark Beck, Der politische Euergetismus und dessen vor allem nichtbürgerliche Rezipienten im hellenistischen und kaiserzeitlichen Kleinasien sowie dem ägäischen Raum, phil. Diss. Rahden/Westf. 2015, S. 172–186.

7 Veyne, Brot und Spiele.

8 Volker Grieb, Hellenistische Demokratie. Politische Organisation und Struktur in freien griechischen Poleis nach Alexander dem Großen, Stuttgart 2008, S. 356–357; Beck, Der politische Euergetismus, S. 14.

9 Zu den Veränderungen siehe: Christian Mann, Gleichheit und Ungleichheit in der hellenistischen Polis. Überlegungen zum Stand der Forschung, in: Christian Mann/Peter Scholz (Hrsg.), „Demokratie“ im Hellenismus. Von der Herrschaft des Volkes zur Herrschaft der Honoratioren? (Die hellenistische Polis als Lebensform 2), Mainz 2012, S. 11–27, hier S. 14–17.

Konkurrenz zu regulieren. In einem letzten Schritt ist zu eruieren, welche Schlüsse das Verhältnis zwischen elitärem Konkurrenzverhalten und Ehreninschriften auf den politischen Handlungsspielraum der Elite Erythrais und Prienes zulässt. Die vorliegende Arbeit knüpft damit an die Kontroverse um die Existenz eines Honoratiorenregimes an, versucht aber durch die Analyse des Konkurrenzverhaltens neue Anstöße zu liefern. Dabei wird von der These ausgegangen, dass der Handlungsspielraum der Elite durch eine Interdependenz zwischen den Ehreninschriften und der elitären Konkurrenz auf das Wohl der Polis geprägt war.

2. Wohltat und Ehre

2.1 *Euergeten und Honoratioren*

Während sich in der modernen Forschung der Konsens gebildet hat, dass die Polis über die klassische Zeit hinaus Bestand hatte und die hellenistische Zeit sogar als Blütezeit der Polis bezeichnet werden kann,¹⁰ wird die Frage nach der Verfasstheit dieser Poleis weiterhin kontrovers diskutiert. Die Standpunkte lassen sich auf zwei Positionen zuspitzen: Zum einen werden die hellenistischen Poleis als augenscheinliche Demokratien angesehen, die jedoch faktisch als Oligarchien zu bezeichnen sind.¹¹ Zum anderen wird die Ansicht vertreten, dass die Poleis bis zur Mitte des 2. Jahrhunderts v. u. Z. demokratisch waren, durch den Einfluss des Römischen Reiches jedoch zunehmend oligarchischer wurden.¹² Es wird dabei versucht, die Poleis einer der zwei Verfasstheiten „Demokratie“ und „Oligarchie“ zuzuordnen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen hängen davon ab, wie diese Begriffe definiert werden. Die Anwendung moderner Bedeutungen auf die hellenistische Zeit führt zu anachronistischen Ergebnissen, aber auch der Versuch, antike Maßstäbe anzulegen, stellt die Forschung vor das Problem der sich wandelnden Bedeutung der Begriffe.¹³ So ist die *δημοκρατία* bei Aristoteles die negative Form der *πολιτεία*.¹⁴ Sein Verständnis von Demokratie ist also ein anderes als jenes, das einer Urkunde der Polis Smyrna aus dem 3. Jahrhundert v. u. Z. entnommen werden kann, worin Demokratie und Isonomie¹⁵ als gleichwertig schützenswert aufgefasst werden.¹⁶ Diese Problematik hat dazu geführt, dass in der Forschung meist der Vergleich mit dem klassischen Athen als Probe herangezogen wird.¹⁷ Jedoch wird auch dessen Charakter kontrovers diskutiert.¹⁸ Daher wird im Folgenden nicht untersucht,

10 Mann, Gleichheit und Ungleichheit in der hellenistischen Polis, S. 13; Peter J. Rhodes, Polis, in: Der Neue Pauly, Bd. 10, Stuttgart-Weimar 2001, Sp. 22–26, hier Sp. 25.

11 Jochen Bleicken, Die athenische Demokratie, Paderborn-München u. a. 1994², S. 480; Veyne, Brot und Spiele, S. 108.

12 Christel Müller, Oligarchy and the Hellenistic City, in: Henning Börm/Nino Luraghi (Hrsg.), The polis in the Hellenistic world (Ancient History), Stuttgart 2018, S. 27–52, hier S. 28.

13 Mann, Gleichheit und Ungleichheit in der hellenistischen Polis, S. 19–22.

14 Aristot. Pol. 1279b 6.

15 Gleichheit vor dem Gesetz.

16 Milet I. 3, Nr. 146, Z. 31–33.

17 Mann, Gleichheit und Ungleichheit in der hellenistischen Polis, S. 22.

18 Christian Habicht, Ist ein ‚Honoratiorenregime‘ das Kennzeichen der Stadt im späteren Hellenismus?, in: Michael Wörle (Hrsg.), Stadtbild und Bürgerbild im Hellenismus. Kolloquium, München, 24. bis 26. Juni 1993 (Vestigia 47), München 1995, S. 87–92, hier S. 87.

wie demokratisch die Poleis Erythrai und Priene in frühhellenistischer Zeit waren, vielmehr wird nach dem Handlungsspielraum der städtischen Elite gefragt.

Der Begriff „Elite“ bezeichnet grundlegend Teile der Bevölkerung, die auf Grund von Bildung, Reichtum oder Abstammung von der übrigen Bevölkerung als privilegiert angesehen werden.¹⁹ Die Bedeutung der einzelnen Aspekte für die Zugehörigkeit zur Elite war nicht statisch und konnte auf zeitlicher und lokaler Ebene variieren. Der Aspekt des Reichtums hat dabei in der Untersuchung der Verfasstheit der hellenistischen Poleis einen besonderen Stellenwert eingenommen, da dieser als Grundlage des Euergetismus gewertet wird.²⁰

Der Begriff „Euergetismus“ leitet sich von dem griechischen Wort *εὐεργέτης* ab, welches in der Bedeutung des *Wohltäters* seit dem 5. Jahrhundert v. u. Z. belegt ist.²¹ Geprägt wurde der Begriff 1923 durch den Historiker André Boulanger.²² Verbreitung fand er besonders durch Pauly Veynes Werk „Le pain et le cirque“²³ aus dem Jahr 1976 sowie durch das 1985 erschienene Werk Philippe Gauthiers.²⁴ Seither versteht die Forschung unter dem Euergetismus ein reziprokes Phänomen, bei dem auf die Wohltat eines Bürgers, eines hellenistischen Herrschers oder eines römischen Kaisers für die Gemeinschaft eine Gegenleistung der Polis folgte.²⁵ Sowohl die Wohltaten als auch die erwiderten Ehrungen variierten. Es handelte sich meist um die Übernahme bestimmter Kosten für die Polis, aber auch um die Übernahme von Ämtern oder Hilfeleistung in Notlagen.²⁶ Im frühhellenistischen Erythrai und Priene betraf es meist Ehrungen für die vorbildliche Ausführung bestimmter Ämter. Die auf diese Handlungen erwiderten Ehren finden sich im Kern bereits bei Aristoteles: „Bestandteile der Ehre sind Opfer, Gedenkinschriften im Versmaß oder in Prosa, Ehrengaben, geweihte Bezirke, Vorsitz, Staatsbegräbnisse, Standbilder, Unterhalt aus öffentlichen Mitteln“.²⁷ Der Begriff „Ehre“ (*τιμῆ*) wird im Folgenden besonders als Begriff für die Gegengabe der Poleis an die Euergeten genutzt und umschließt damit nicht nur die Inschriften, sondern auch die damit einhergehenden Ehren.

Die Inschriften erlauben dabei Rückschlüsse auf die politische und gesellschaftliche Situation der jeweiligen Polis, wobei hier besonders die Angehörigen der städtischen Elite als Euergeten in den Blick zu nehmen sind. Veyne geht davon aus, dass der Euergetismus ein politisches Mittel eines seit dem frühen Hellenismus entstehenden

19 Josiah Ober, *Mass and Elite in Democratic Athens. Rhetoric, Ideology, and the Power of the People*, Princeton, N.J. 1989, S. 11.

20 Marc Domingo Gygas, Euergetismus und Gabentausch, in: *Mètis. Dossier. Alexandre le Grand, religion et tradition* (2003), S. 181–200.

21 Hdt. 8, 136; Mischa Meier, Euergetes, in: *Der neue Pauly*, Bd. 4, Stuttgart-Weimar 1998, Sp. 228.

22 André Boulanger, *Aelius Aristide et la sophistique dans la province d'Asie au IIe siècle de notre ère* (Bibliothèque des écoles françaises d'Athènes et de Rome 126), Paris 1923, S. 25.

23 Veyne, *Brot und Spiele*.

24 Philippe Gauthier, *Les cités grecques et leur bienfaiteurs* (Bulletin de correspondance hellénique 12), Paris 1985.

25 Hans-Joachim Gehrke, Euergetismus, in: *Der Neue Pauly*, Bd. 4, Stuttgart-Weimar 1998, Sp. 228–230, hier Sp. 228.

26 Hans-Joachim Gehrke, Bürgerliches Selbstverständnis und Polisidentität im Hellenismus, in: Karl-Joachim Hölkeskamp (Hrsg.), *Sinn <in> der Antike. Orientierungssysteme, Leitbilder und Wertkonzepte im Altertum*, Mainz am Rhein 2003, S. 225–254, hier S. 229.

27 Aristot. Rh. 1361a 34–35. „μέρη δὲ τιμῆς θυσίαι, μνημαὶ ἐν μέτροις καὶ ἄνευ μέτρων, γέρα, τεμένη, προεδρία, τάφοι, εἰκόνες, τροφαὶ δημόσια“.

Honoratiorenregimes sei. Dieses würden die Euergesien dazu nutzen, ihre politische Überlegenheit zu demonstrieren.²⁸ Da Veyne die Euergesien als Selbstdarstellung der Honoratioren deutet, spricht er den nicht-elitären Bürgern²⁹ das Mitwirken an den Ehrungen ab, wodurch auch der reziproke Charakter des Euergetismus übergangen wird: „Unter dem Vorwand, einen Euergeten zu ehren, errichteten sie [die Honoratioren] eine symbolische Klassenschranke.“³⁰ Daraus folge, dass die hellenistischen Poleis keine Demokratien gewesen seien, sondern der formell freie Zugang aller Bürger zur Politik nur den reichen Honoratioren offen gestanden sei. Die Prämisse eines die gesamte hellenistische Zeit hindurch herrschenden Honoratiorenregimes wurde bereits 1985 bei Philippe Gauthier einer Kritik unterzogen. Gauthier zufolge entwickelte sich erst im späten Hellenismus eine Abhängigkeit der Poleis von den Honoratioren, während sich die Rolle der städtischen Elite bis zum 2. Jahrhundert v. u. Z. kaum von der klassischen Zeit unterschieden hätte.³¹ Gegen Veynes Annahme eines durchgängigen Honoratiorenregimes wenden sich in der jüngeren Forschung zudem Untersuchungen, die nach dem Charakter der hellenistischen Demokratien fragen. So stellte Volker Grieb 2008 heraus, dass die politischen Entscheidungen in hellenistischen Poleis von der *Ekklesia*³² getroffen wurden und sowohl die Ämter als auch der Rat in Abhängigkeit zur Bürgerschaft standen.³³ Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangte 2018 auch Florin Forster. Dieser geht davon aus, dass die Kontinuitäten innerhalb der Gesellschaftsstrukturen nicht für die Existenz eines Honoratiorenregimes ab dem 3. Jahrhundert v. u. Z. sprechen. Vielmehr sei von einem Fortbestand des „politischen Systems der Polisdemokratien bis in den Späthellenismus zu sprechen.“³⁴ Demgegenüber geht Hans-Joachim Gehrke 1998, in Anlehnung an Friedemann Quaß' Werk von 1993, davon aus, dass der Euergetismus ab dem späten 4. Jahrhundert v. u. Z. die Grundlage einer „dauerhaften Dominanz einer Honoratiorenschicht in den griechischen Städten“³⁵ war.

Die aufgezeigten Kontroversen verdeutlichen, dass das Verständnis der politischen Strukturen der frühhellenistischen Poleis in hohem Maße von der Auffassung der Rolle der städtischen Elite in diesen Strukturen abhängig ist.

2.2 Frühhellenistische Ehreninschriften

Die ersten erhaltenen Ehreninschriften in Kleinasien stammen aus den letzten Jahrzehnten des 4. Jahrhunderts v. u. Z.³⁶ In den Poleis Priene und Erythrai wurden zwischen dem späten 4. Jahrhundert v. u. Z. und dem frühen 3. Jahrhundert v. u. Z. Ehreninschrif-

28 Veyne, Brot und Spiele, S. 213.

29 Demos wird mit Rückgriff auf die Inschriften und als Bezeichnung für alle Bürger der Polis genutzt. Um auszudrücken, dass die Elite exkludierend gemeint ist, wird die Phrase „nicht-elitäre Bürger“ verwendet.

30 Veyne, Brot und Spiele, S. 240; Dagegen: Beck, Euergetismus, S. 14–15.

31 Gauthier, Les cités grecques.

32 Hierunter ist die Versammlung der erwachsenen männlichen Bürger zu verstehen.

33 Grieb, Hellenistische Demokratie, S. 365–366.

34 Florian R. Forster, Die Polis im Wandel. Ehrendekrete für eigene Bürger im Kontext der hellenistischen Polisgesellschaft, Göttingen 2018, S. 21.

35 Gehrke, Euergetismus, Sp. 229; Friedemann Quaß, Die Honoratiorenschicht in den Städten des griechischen Ostens. Untersuchungen zur politischen und sozialen Entwicklung in hellenistischer und römischer Zeit, Stuttgart 1993.

36 I. Erythrai 21; I. Priene 4; Forster, Die Polis im Wandel, S. 45–46.

ten errichtet, die jedoch ab der Mitte des 3. Jahrhunderts v. u. Z. bis in den späten Hellenismus aussetzen.³⁷ Florian Forster geht davon aus, dass „[e]ine weite Verbreitung von Ehrendekreten während des gesamten Hellenismus ohne zeitliche Schwerpunkte und lokale Differenzierung [...] – entgegen der bisherigen Forschungsmeinung – nicht zu erkennen [sei].“³⁸ Vielmehr sei anzunehmen, dass die Ehrungen durch Inschriften in den von ihm untersuchten Poleis Einzelphänomene blieben.³⁹ Es ist jedoch zu beachten, dass nicht abzuschätzen ist, wie viele der Inschriften nicht erhalten sind oder noch nicht entdeckt wurden. Zudem ist davon auszugehen, dass nicht alle Inschriften auf Stein verfasst wurden, sondern auch auf vergänglichem Material, welches häufig eingeschmolzen und wiederverarbeitet wurde. Darüber hinaus ist die Datierung der Inschriften teilweise ungewiss und nur grob auf ein Jahrhundert festzulegen. Aussagen über die zeitliche und regionale Verteilung sind daher nur unter Vorbehalt zu treffen.⁴⁰

Der Aufbau der erhaltenen Inschriften lässt sich wie folgt beschreiben, wobei nicht alle Elemente in allen Inschriften zu finden sind und sich auch Variationen ergeben: Die Inschriften können eine Überschrift haben, die zum Beispiel aus dem Namen des Geehrten besteht.⁴¹ Der Text selbst beginnt mit dem Präskript, welches Auskunft über Amtsinhaber, das Datum, den Antragsteller und die Institutionen, welche das Dekret erlassen haben, gibt. Exemplarisch sei an dieser Stelle ein Präskript aus Erythrai aus 277/75 v. u. Z. zitiert: „Unter dem Oberpriester Apaturios, im Monat Artemision hat das Volk beschlossen, Polykritos der Sohn des Iatrokles hat den Antrag gestellt.“⁴² Im anschließenden Motivbericht wird der Grund für die beschlossene Ehrung genannt. Es folgt die Antragsformel, die die im Präskript genannten Institutionen dazu aufruft, den Antrag zu beschließen. Sie wird mit einer Variation von „Rat und Demos haben beschlossen“⁴³ eingeleitet und nennt die Ehrungen, die dem Wohltäter neben der Inschrift zuteilwerden. Den Abschluss bilden Anweisungen zur Abfassung der Inschrift, die sich mit direkten oder indirekten Hortativformeln verbinden können.⁴⁴

Anhand der Inschriften lässt sich das Verfahren, das dem Beschluss einer Ehrung vorausging, in Grundzügen rekonstruieren. Es ist jedoch zu beachten, dass die Inschriften vor allem ein Idealbild der politischen Gegebenheiten zeichnen. Das in den Inschriften beschriebene Verfahren ist daher nicht zwangsläufig deckungsgleich mit dem tatsächlichen Ablauf. Zunächst wurde durch eine Einzelperson bzw. ein oder mehrere Kollegien ein Antrag an den Rat gestellt, eine bestimmte Person zu ehren. Die Antragsstellen sind meist im Präskript der Inschriften genannt. Nach der positiven Abstimmung

37 Forster, *Die Polis im Wandel*, S. 46.

38 Ebd.; Anders Quaß, *Honoratiorenschicht*, S. 28.

39 Forster, *Die Polis im Wandel*, S. 462.

40 Beck, *Euergetismus*, S. 33–34.

41 I. Erythrai 24. Über der Inschrift sind die Namen der neun Strategen in Kränzen abgebildet.

42 Ebd., Z. 1–2. „ἐφ’ ἱεροποιοῦ Ἀπατουρίου, μηνὸς Ἀρτεμισιώνος, ἔδοξεν τῷ δήμῳ: Πολύκριτος Ἰατεοκλείους εἶπεν“.

43 I. Erythrai 28, Z. 49–50. „δεδοχθαι τῇ βουλῇ καὶ τῷ δήμῳ“ [Übers. d. Verf.].

44 Peter J. Rhodes/David M. Lewis (Hrsg.), *The decrees of the Greek states*, Oxford 1997, S. 4–5; Susanne Carlsson, *Hellenistic democracies. Freedom, independence and political procedure in some East Greek city-states* (Historia, Einzelschriften H. 206), Stuttgart 2010, S. 152–153.

im Rat wurde das Ansuchen in der nächsten *Ekklesia* diskutiert und verabschiedet.⁴⁵ Der Beschluss (*ψήφισμα*) wird in den Inschriften mit einer Variation der Formel „Rat und Demos haben beschlossen“⁴⁶ benannt, zunächst auf Pergament oder Papyrus festgehalten und archiviert. Die zusätzliche Abfassung in Stein musste in dem Beschluss festgehalten werden. Es kann angenommen werden, dass nicht alle beschlossenen Ehrungen auch als Inschrift aufgestellt wurden.⁴⁷ Zudem ist nicht immer zu sagen, ob alle Informationen aus den Dekreten in die Inschriften übertragen wurden – von Kürzungen ist jedoch auszugehen.⁴⁸ Der Beschluss zur zusätzlichen Errichtung einer Inschrift findet sich meist an dessen Schluss und verbindet sich mit der Hortativformel, welche den Grund für die inschriftliche Abfassung beinhaltet. So gibt die Inschrift für Phanes aus Erythrai an: „Den Beschluss aber soll man auf zwei Stelen aufschreiben und die eine im Athenaion, die andere im Herakleion aufstellen, damit alle sehen, dass es das Volk versteht, angemessenen Dank für (ihm) erwiesene Wohltaten zu erstatten.“⁴⁹ Diese formelhafte Begründung für die Aufstellung verdeutlicht einen wichtigen Aspekt des Euergetismus – die Reziprozität. Die Polis stellte öffentlich zur Schau, dass sie ihren Teil des reziproken Verhältnisses einhielt und versuchte somit auch, die Elite zu weiteren Wohltaten zu bewegen.⁵⁰ Daher soll im Folgenden nach der Rolle der elitären Konkurrenz in und für die Ehreninschriften gefragt werden.

3. Konkurrenz um die Ehre

Die Hinweise auf die Motivation der städtischen Elite, sich euergetisch zu betätigen, bleiben in den Ehreninschriften meist formelhaft. Die Mitglieder der Elite werden als „gute Männer“⁵¹ beschrieben, die immer bereit seien, sich für den *Demos* ihrer Polis einzusetzen.⁵² Die Motive werden also auf eine grundlegende Tugendhaftigkeit und die Liebe zur eigenen Polis zurückgeführt.

Um zu untersuchen, welche Rolle die elitäre Konkurrenz im Euergetismus gespielt hat, ist zunächst zu fragen, welche Vorteile sich die Elite davon versprach. Eine Antwort darauf liegt im Charakter des Euergetismus selbst – die Euergeten wurden geehrt. Die Bedeutung dieser Ehre findet sich auch in einer Inschrift aus Erythrai, die die geehrten Strategen als „gute und ehrliebende Männer“⁵³ bezeichnet. Die *φιλοτιμία*, die Ehrliche, stellt in dieser Inschrift, zusammen mit einer grundlegenden Tugendhaftigkeit, die Motivation der geehrten Strategen dar. Der Begriff *φιλοτιμία* tritt besonders ab dem späten 5. Jahrhundert v. u. Z. auf. So zählt Isokrates König Euagoras I. zu den „ehrliebenden und

45 Carlsson, *Hellenistic democracies*, S. 151.

46 I. Erythrai 21, Z. 1; I. Erythrai 27, Z. 1. „ἔδοξεν τῇ βουλῇ καὶ δήμῳ“ [Übers. d. Verf.].

47 Forster, *Die Polis im Wandel*, S. 36–38.

48 Carlsson, *Hellenistic democracies*, S. 157.

49 I. Erythrai 21, Z. 17–24. „ἀναγράψαι δὲ τὸ ψήφισμα τόδε εἰς στήλας δύο, καὶ θεῖναι μίᾱ μὲν εἰς τὸ Ἀθηναῖον, μίᾱ δὲ εἰς τὸ Ἡράκλειον, ἵνα ἅπαντες εἰδῶσιν ὅτι ἐπίσταται ὁ δήμος χάριτας ἀποδιδόναι κατ’ ἀξίαν τῶν εἰς αὐτὸν εὐ[ε]ργετημάτων.“

50 Beck, *Euergetismus*, S. 145.

51 I. Erythrai 24, Z. 8. „ἄνδρες ἀγαθοί.“

52 Ebd.; I. Erythrai 21.

53 I. Erythrai 24, Z. 8. „ἄνδρες ἀγαθοὶ καὶ φιλότιμοι.“

großmütigen Männern“.⁵⁴ Dabei ist *φιλοτιμία* „a highly competitive value“;⁵⁵ der sowohl positiv als auch negativ gewertet werden kann. Das Streben nach Ehre war demnach in der elitären Tradition verankert und kann als Motivation der Elite gesehen werden, sich euergetisch zu betätigen. So bezeichnet auch eine Ehreninschrift aus Priene, datiert auf 327/6 v. u. Z., den Geehrten als „gut und ehrliebend“.⁵⁶ Der Grund für dieses Streben nach Ehre ist, dass die erhaltenen Ehren das Sozialprestige der jeweiligen Angehörigen der Elite steigerten, wodurch sich auch der soziale und politische Einfluss steigerte.⁵⁷ „Die empfangenen Ehren befeuerten [daher] die Rivalität zwischen den Mitgliedern der Elite und führten zu Konkurrenz mit dem Geehrten.“⁵⁸ Die Ehrung eines Mitgliedes der Elite bedeutete für die übrigen Ranggleichen eine Herausforderung, das jüngst erlangte Sozialprestige des Geehrten durch größere Wohltaten zu übertreffen, sodass ein „agonistischer Wettstreit der Freigiebigkeit“ entstand.⁵⁹ Die Verweise der Inschriften auf *φιλοτιμία* zeichnen diese als positive Eigenschaft aus. Bereits bei Aristoteles ist die *φιλοτιμία* aber auch negativ charakterisiert: „Manchmal loben wir den Ehrgeizigen [*φιλότιμον*] als mannhaft und als Liebhaber des Wehrhaften, jemanden ohne Ehrgeiz [*ἀφιλότιμον*] aber als maßvoll und besonnen.“⁶⁰ Eine deutlich negative Bedeutung hat die Ehrliebe in Euripides „Phönikerinnen“, in denen sie als schlimmste Göttin erscheint: „Warum, Sohn, verlangst du nach der Ehrliebe [*Φιλοτιμίας*], der schlechtesten der Göttheiten? Tu es nicht. Die Göttin ist ungerecht.“⁶¹ Es wird deutlich, dass die Wertung der *φιλοτιμία* auch davon abhängig war, in welchem Kontext sie stand.

Die problematischen Auswirkungen einer überhöhten *φιλοτιμία* waren demnach bekannt. Da das elitäre Streben nach Ehre jedoch traditionell verwurzelt war, waren die hellenistischen Poleis darauf angewiesen, dieses Streben und daraus resultierend auch die Konkurrenz um Überlegenheit zu kontrollieren und für das Gemeinwohl nutzbar zu machen. Dieser Prozess stellt für Hans van Wees einen entscheidenden Faktor in der historischen Entwicklung einer Gemeinschaft dar: „If rivalry reaches a point at which it threatens social cohesion, the community will have to try to regulate it, and the struggle to contain competition becomes a major historical process in its own right.“⁶² Die Poleis mussten demnach einen Weg finden, dass Konkurrenzverhalten der Elite so zu beeinflussen, dass dieses dem Wohl der Polis dienlich war.⁶³

54 Isoc. Or. 9,3. „φιλοτίμους καὶ μεγαλοψύχους τῶν ἀνδρῶν“ [Übers. d. Verf.].

55 Evangelos Alexiou, Competitive Values in Isocrates and Xenophon. Aspects of Philotimia, in: Trends in Classics 10 (2018), Heft 1, S. 114–133, hier S. 114.

56 I. Priene 4, Z. 51. „καλῶς καὶ φιλοτίμως“ [Übers. d. Verf.].

57 Beck, Euergetismus, S. 156.

58 Ebd., S. 172.

59 Ebd., S. 178.

60 Aristot. Eth. Nic. 1125b 11f. „ἔστι δ' ὅτε τὸν φιλότιμον ἐπαινοῦμεν ὡς ἀνδρώδη καὶ φιλόκαλον, τὸν δ' ἀφιλότιμον ὡς μέτριον καὶ σώφρονα“.

61 Eur. Phoen. 531f. „τί τῆς κακίστης δαιμόνων ἐφίεσαι Φιλοτιμίας, παῖ; μὴ σύ γ': ἄδικος ἡ θεός.“ [Übers. d. Verf.]; Alexiou, Competitive Values in Isocrates and Xenophon, S. 115.

62 Van Wees, Rivalry in history, S. 3.

63 Beck, Euergetismus, S. 155.

4. Konkurrenz zum Wohl der Polis

4.1 Damit es alle sehen – Die Hortativformeln

Am besten erkennbar sind die Bemühungen, das Konkurrenzverhalten der Elite zu regulieren, in den Hortativformeln, die in vielen der erhaltenen Inschriften die Angehörigen der Elite dazu motivieren sollen, sich ebenfalls euergetisch zu betätigen. Die Hortativformeln bringen zunächst den reziproken Charakter des Euergetismus zum Ausdruck. Sie betonen, dass die betreffende Polis gewillt und in der Lage ist, sich für die Wohltaten der Elite erkenntlich zu zeigen. So endet die bereits einmal zitierte Ehreninschrift für Phanes von Erythrai aus 334–332 v. u. Z. mit den Worten: „Den Beschluss aber soll man auf zwei Stelen aufschreiben [...] damit alle sehen, dass es das Volk versteht, angemessenen Dank für (ihm) erwiesene Wohltaten zu erstatten.“⁶⁴ Die Formel dient damit vordergründig als Begründung, warum Rat und Demos beschlossen haben, das Dekret als Inschrift festzuhalten – der Demos demonstriert, dass er dem reziproken Charakter des Euergetismus nachkommt. Über diese Funktion hinaus hat der Schluss der Inschrift auch auffordernden Charakter. Indem ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass der Wohltat des Euergeten der Dank (*χάρις*) des Demos folgt, wird an die *φιλοτιμία* der Elite appelliert, sich ebenfalls euergetisch zu betätigen, um diesen Dank zu erlangen. Diese Intention wird auch in der um 275 v. u. Z. erlassenen Ehrung für Polykritos aus Erythrai deutlich, dessen Inschrift mit den folgenden Worten begründet wird: „damit es nun deutlich sei, dass das Volk [*δημος*] den verdienten Männern angemessenen Dank [*χάριτας*] erstattet, zum guten Glück, möge Rat und Volk beschliessen.“⁶⁵ Die Formel kann als direkte Aufforderung an die Angehörigen der Elite verstanden werden, sich als „verdiente[...] Männer[...]“⁶⁶ zu beweisen, um so den Dank des Demos zu erlangen, der ihnen die Ehre einbringt, die sie wiederum benötigen, um erfolgreich in Konkurrenz zu der übrigen Elite treten zu können. Auf diese Weise macht sich die Polis das elitäre Konkurrenzverhalten zunutze, indem sie das soziale Ansehen der Elite von den Ehrungen des Demos abhängig macht. Mehr noch hängt das System des Euergetismus daran, dass die Elite die erwiesenen Ehren als erstrebenswert ansieht – ein Umstand, der im elitären Konkurrenzverhalten begründet liegt. Die von der Polis verliehenen „*τιμαί*“⁶⁷ werden durch die Hortativformeln zum Preis des symbolischen Konkurrenzkampfes der Elite stilisiert, wodurch es der Polis gelingt, diesen zu einem Kampf um die *χάρις* des Demos zu machen.

4.2 Viel Gutes für die Polis – Die Motivberichte

Während die Hortativformeln meist losgelöst vom konkreten Inhalt der geehrten Leistungen sind, zeigen auch die Motivberichte in einigen Inschriften die Intention, die elitäre Konkurrenz auf das Wohl der Polis zu beziehen. So hat Priene ab Ende des

64 I. Erythrai 21, Z. 17–24. „ἀναγράψαι δὲ τὸ ψήφισμα τόδε εἰς στήλας δύο [...] ἵνα ἅπαντες εἰδῶσιν ὅτι ἐπίσταται ὁ δῆμος χάριτας ἀποδι[δ]όναι κατ’ ἀξίαν τῶν εἰς αὐτὸν εὐ[ε]ργετημάτων.“

65 I. Erythrai 28, Z. 48–50. „ὅπως οὖν ὁ δῆμος φαίνεται τοῖς ἀγαθοῖς τῶν ἀνδρῶν χάριτας ἀξίας ἀποδιδούς, τύχη ἀγαθῆ, δεδῶχθαι τῆι βουλῆ καὶ τῶι δήμῳ.“

66 Ebd., Z. 48–49. „τοῖς ἀγαθοῖς τῶν ἀνδρῶν.“

67 I. Erythrai 28, Z. 54.

4. Jahrhunderts v. u. Z. mehrere Ehreninschriften für Kommandanten (Phrurarchen) der Stadtfestung Teloneia errichtet. Die Phrurarchen hatten eine kleine Garnison, die oberhalb der Stadt auf der Akropolis stationiert war, befehligt.⁶⁸ Eine erste Inschrift, die auf 327/26 v. u. Z. datiert wird, ehrt Apellis für seine Leistungen als Kommandant der Teloneia.⁶⁹ Die Inschrift lobt seine vorbildliche Amtsausführung und dass er die Befehlsgewalt über die Garnison nach Ablauf seiner Amtszeit vorschriftsmäßig wieder an den *Demos* zurückgegeben hat: „Da nun Apellis, Sohn des Nikophon, als gewählter Kommandant der Burg in Teloneia die Festung gut und gewissenhaft bewacht und dem *Demos* wieder übergeben hat, haben Rat und *Demos* beschlossen“.⁷⁰ Einen genaueren Bericht der Kommandantentätigkeit bietet eine Inschrift für Nymphon, die zwischen 270 und 262 v. u. Z. erlassen wurde.⁷¹ Während der viermonatigen Amtszeit habe dieser die Festung nicht verlassen, wie es das Gesetz vorsah, habe er die Soldaten gerecht behandelt und nach Ende seiner Dienstzeit seine Befehlsgewalt wieder abgegeben. In beiden Inschriften wird betont, dass die Kommandanten die Befehlsgewalt nach Ablauf ihrer Amtszeit wieder zurückgegeben haben: „er hat dem *Demos* wieder übergeben“.⁷² Es ist dem Rat und *Demos* scheinbar wichtig gewesen, zu betonen, dass die Amtsausführung in Priene reibungslos verlaufen ist. Den Hintergrund dieses Hervorhebens der Rückgabe der Befehlsgewalt nach Ablauf der Dienstzeit sieht Forster in der machtvollen Position, die die Kommandanten eingenommen haben, „bestand für die Befehlshaber doch theoretisch immer die Möglichkeit, aus der machtvollen Stellung heraus nach der Tyrannis zu streben.“⁷³ Durch die Befehlsgewalt wären die Kommandanten in der Lage gewesen, die Macht über die Polis zu übernehmen und sich so über ihre Mitbürger zu erheben. Es ist davon auszugehen, dass diese Befürchtungen auch in Zusammenhang mit der dreijährigen Tyrannis des Hieron in Priene gestanden sind, die auf etwa 300 v. u. Z. zu datieren ist.⁷⁴ Hierons Machtübernahme wurde vermutlich durch das Kommando über die Teloneia realisiert.⁷⁵

Weniger eindeutig ist eine Ehreninschrift aus Erythrai, die zwischen 270 und 260 v. u. Z. erlassen wurde.⁷⁶ Die Inschrift ehrt die Strategen des mittleren Jahresdrittels, da diese im Krieg für den Schutz der Polis eingestanden sind und „sich mit aller Bereitwilligkeit bemüht haben das zu reden und zu tun, was der Stadt nütze, wodurch sie auch die Demokratie für unser Volk bewahrt haben und die Stadt als freie denjenigen übergeben

68 Patrice Hamon, Gleichheit, Ungleichheit und Euergetismus. Isotes in den kleinasiatischen Poleis der hellenistischen Zeit, in: Christian Mann/Peter Scholz (Hrsg.), „Demokratie“ im Hellenismus. Von der Herrschaft des Volkes zur Herrschaft der Honoratioren? (Die hellenistische Polis als Lebensform 2), Mainz 2012, S. 56–73, hier S. 60.

69 I. Priene 4, Z. 49–59.

70 Ebd., Z. 50–53. „ἐπειδὴ Ἀπελλίς Νικοφῶντος φρουρά[χος] ἀ[᾽]ἱεθεῖς τ[ῆ]ς ἄκρας τῆς ἐν Τηλωνείᾳ καλῶς καὶ φιλοτιμῶς διεφύλα[ξε] τὸμ [π]ύργ[ου] καὶ ἀπέδωκε τῶι δήμῳι, Ἀγαθῆι Τύχηι δεδῶχθαι τῆι βουλῆ[ι] κ[α]ί τῶι δήμῳι“ [Übers. d. Verf.].

71 I. Priene 21.

72 I. Priene 4, Z. 52. „ἀπέδωκε τῶι δήμῳι“ [Übers. d. Verf.].

73 Forster, Die Polis im Wandel, S. 104.

74 Hatto H. Schmitt, Ionien, in: Lexikon des Hellenismus, Wiesbaden 2005, Sp. 475–478, hier Sp. 476; I. Priene 11/37.

75 Forster, Die Polis im Wandel, S. 102.

76 I. Erythrai 29.

haben, die nach ihnen im Amt waren“.⁷⁷ Der genaue Hintergrund der Inschrift ist nicht bekannt, die Betonung der *δημοκρατία* und *ἐλευθερία* lässt jedoch vermuten, dass die Inschrift auch dem Zweck gedient hat, die als demokratisch angesehene Ordnung öffentlich zu preisen. Die Inschrift stellt die geehrten Strategen als Verteidiger der demokratischen Ordnung dar.⁷⁸ Damit demonstriert sie der Elite die Vorteile, die ein Einsatz für das Wohl der Polis für sie hat – der Schutz der demokratischen Ordnung soll erstrebenswerter erscheinen als der Versuch, eine Oligarchie oder eine Alleinherrschaft zu errichten, um so den elitären Konkurrenzkampf für sich zu entscheiden.

Auch die Ehrungen des vorbildlichen Verhaltens der Kommandanten Prienes scheinen die Funktion gehabt zu haben, den Angehörigen der Elite vor Augen zu führen, dass es ihrer politischen und sozialen Stellung dienlicher gewesen sei, sich als vorbildliche Kommandanten zu erweisen und die Befehlsgewalt wieder an den *Demos* zurückzugeben, als den Versuch zu unternehmen, mit Hilfe der Befehlsgewalt eine Alleinherrschaft anzustreben. Die Ehrungen der Kommandanten sind daher auch als „Präventivmaßnahme“⁷⁹ gegen einen möglichen Umsturz anzusehen. Die Poleis Priene und Erythrai haben die Inschriften genutzt, um das potenziell gefährliche Konkurrenzverhalten der Elite, welches zu einer Alleinherrschaft hätte führen können, durch die Ehrung der Kommandanten und Strategen, die ihre Macht wieder an den *Demos* zurückgaben, sich für die Demokratie einsetzten und damit nach den Idealen der Polis handelten, auf das Wohl der Polis umzuleiten. Die elitäre Konkurrenz und die Ehreninschriften bedingen sich demnach gegenseitig. Während die Inschriften das Konkurrenzverhalten der Elite auf eine Konkurrenz um das Wohl der Polis lenken, ist eben diese Konkurrenz ein entscheidender Faktor für die Art und Weise, wie die Poleis ihre Ehreninschriften formuliert und mit ihnen die Idealvorstellungen eines auf die Polis bedachten Bürgers stilisiert haben.

5. Politische Handlungsspielräume

Auf der Basis der herausgearbeiteten Interdependenz zwischen den Ehreninschriften und dem elitären Konkurrenzverhalten ist nun zu fragen, inwieweit dieses Verhältnis Rückschlüsse auf den politischen Handlungsspielraum der Elite und damit auf die Kontroverse um eine Honoratiorenschicht zulässt. Ein wichtiges Charakteristikum von Veynes Honoratiorenregime besteht darin, dass dieses die Inschriften als Repräsentation der Überlegenheit ihres Standes nutzen.⁸⁰ Daraus ergibt sich eine passive Rolle der nicht-elitären Bürger, die die Wohltaten lediglich empfangen, ohne diese beeinflussen zu können. Die untersuchten Inschriften zeugen jedoch nicht von einer passiven und einflusslosen nicht-elitären Bevölkerung. Zunächst ist festzuhalten, dass die Präskripte der Inschriften darauf verweisen, dass die Ehrungen nicht von den Angehörigen der

77 I. Erythrai 29, Z. 10–14. „προθύμως δὲ ἑα[ν]τοὺς ἐπιδιδόντες εἰς τὸ καὶ λέγειν καὶ πράττειν τὰ τῆι πόλ[ει] συμφέροντα, δι’ ο[ὗ] τὴν δημοκρατίαν συνδιετήρησαν τῶι [δῆ]μοι καὶ τὴν πόλιν ἐλευθέραν παρέδωχαν τοῖς μεθ’ αὐτοὺς ἄ[ρχ]ουσιν“.

78 Forster, *Die Polis im Wandel*, S. 125.

79 Forster, *Die Polis im Wandel*, S. 108.

80 Veyne, *Brot und Spiele*, S. 216–217, 240.

Elite selbst beschlossen und aufgestellt wurden. Zwar konnte die Antragstellung durch diese erfolgen⁸¹ und es ist nicht auszuschließen, dass sie auf Initiative des Geehrten selbst geschah. Die Antragstellung allein genügte jedoch nicht, um sicher zu gehen, dass ein Angehöriger der Elite tatsächlich geehrt wurde. Vielmehr zeichnet sich in den Inschriften ab, dass der Beschluss in letzter Instanz der Abstimmung in der Ekklesia oblag. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch die Ehreninschrift für den Richter Kallikrates aus Erythrai im 3. Jahrhundert v. u. Z. Diese geht im Detail darauf ein, wie der Platz für die Stele der Inschrift zu wählen ist. Nach der Inschrift soll der Platz durch den Demos gewählt werden, indem die Prytanen in der Ekklesia über den Platz beraten lassen. Ebenso soll der Demos bestimmen, wer für die Aufstellung zu sorgen hat.⁸² Die Inschrift verdeutlicht die bedeutende Rolle des Demos bei der Verleihung der Ehren. Zudem ist aus Priene auch ein Fall bekannt, indem die Ehrung durch die Besetzung der Teloneia erfolgte.⁸³

Auf Grund des formelhaften Charakters der Inschriften ist jedoch zu beachten, dass die Inschriften vor allem ein Idealbild der politischen Gegebenheiten zeichnen.⁸⁴ Es wäre demnach möglich, dass die Inschriften einen politischen Prozess bezeugen, der jedoch von einer Honoratiorenschicht nach Veyne bestimmt und kontrolliert wird. Die herausgearbeitete Interdependenz zwischen den Ehreninschriften und der intra-elitären Konkurrenz macht dies jedoch unwahrscheinlich. Ausgehend von der Ansicht, dass die Ehreninschriften die Konkurrenz der Elite auf eine Konkurrenz zum Wohle der Polis lenkten, bei der die Abstimmung in der Ekklesia zum Mittelpunkt dieser Konkurrenz wurde, ist eine passive Funktion der Ekklesia nicht anzunehmen. Vielmehr ermöglichte es die elitäre Konkurrenz, die Entscheidungsmacht der Ekklesia aufrechtzuerhalten und verhinderte, dass sie lediglich zur formellen Absegnung der Ehranträge wurde, die die Elite nutzte, um sich gegen die nicht-elitäre Bürgerschaft abzugrenzen. Die Inschriften haben gezeigt, dass besonders die Angehörigen der Elite geehrt wurden, die sich für das Wohl der Polis einsetzten. Da sich die Ehrungen in den untersuchten Poleis besonders auf die Ausführung der Ämter beziehen, sorgt die Konkurrenzsituation dafür, dass jene Angehörigen der Elite politisch erfolgreich waren, die sich nach dem Idealbild eines demokratischen Bürgers verhielten. So wurden die Kommandanten Prienes besonders dafür gewürdigt, dass sie ihre Position nicht nutzten, um eine Tyrannis zu erlangen und die Strategen Erythrais wurden explizit für den Schutz der Freiheit und Demokratie geehrt.⁸⁵ Der Prestigegewinn und damit auch der politische Erfolg der Elite „stand demnach in direkter Abhängigkeit vom eigenen *δημος*.“⁸⁶ Es ist daher festzuhalten, dass das Konkurrenzverhalten der Elite die Kontrolle der politischen Prozesse der Poleis Priene und Erythrai durch ein Honoratiorenregime erschwerte. Die Ehreninschriften

81 I. Erythrai 24, Z. 1–2.

82 I. Erythrai 114, Z. 22–26.

83 I. Priene 19.

84 Ruth Bielfeld, *Polis made manifest. The physiognomy of the public in the Hellenistic city with a case study on the agora in Priene*, in: Christina Kuhn (Hrsg.), *Politische Kommunikation und öffentliche Meinung in der antiken Welt*, Stuttgart 2012, S. 87–122, hier S. 93.

85 Forster, *Die Polis im Wandel*, S. 109.

86 Grieb, *Hellenistische Demokratie*, S. 226.

sind daher weniger als Statusmerkmal einer homogenen Honoratiorenschicht anzusehen, sondern zeugen vielmehr von dem Umgang der Poleis mit dem potenziell gefährdenden Konkurrenzverhalten der städtischen Elite.

6. Fazit

„Denn Neid waltet unter den Lebenden gegen den Konkurrenten.“⁸⁷

Die Ergebnisse der Untersuchung haben gezeigt, dass diese Aussage aus dem späten 5. Jahrhundert v. u. Z. auch für die städtische Elite der Poleis Erythrai und Priene von Bedeutung war. Die Ehreninschriften, die für Paul Veyne vor allem ein Statussymbol einer homogenen Honoratiorenschicht darstellten, zeugen in den Poleis vielmehr von dem Versuch, die potenziell gefährliche intra-elitäre Konkurrenz zu regulieren und zum Wohle der Gemeinschaft nutzbar zu machen. Indem die Poleis gerade jene Angehörigen der Elite ehrten, die sich um das Wohl der Polis bemühten, konnte verhindert werden, dass sich ein Honoratiorenregime nach Veyne etablierte. Die Konkurrenz unter den Angehörigen der Elite sorgte dafür, dass die Ekklesia zum Bezugspunkt und Schiedsrichter der Konkurrenz wurde und diese somit beeinflussen konnte. Dabei spielt die *φιλοτιμία* eine wichtige Rolle, um sowohl die Konkurrenz der Elite als auch die potenzielle Gefahr dieser Konkurrenz zu erklären. Die *φιλοτιμία* stellt einerseits die Grundlage dar, auf welcher der reziproke Euergetismus zu erklären ist, und andererseits im negativen Sinne den Grund, weshalb die Poleis Maßnahmen ergriffen, die Konkurrenz der Elite zu regulieren.

Diese Maßnahmen werden in den untersuchten Inschriften sowohl durch die Hortativformeln als auch die Motivberichte deutlich. Sie bieten Beispiele für den Versuch der Poleis, die elitäre Konkurrenz auf das Wohl der Polis zuzuschneiden. Der Erfolg dieses Versuches ist dabei durch eben diese Konkurrenz selbst bedingt. Durch das Streben nach Ehre, welches die Voraussetzung für politischen Erfolg darstellte, wurde die Ekklesia, die diese Ehren beschloss, zum Mittelpunkt der Konkurrenz. Die Entwicklung eines Honoratiorenregimes ist unter diesen Umständen nicht wahrscheinlich. Die Ansicht, die hellenistischen Poleis seien nur noch äußerlich Demokratien gewesen, ist daher mehr auf das traditionelle Bild eines Niedergangs der Poleis im Hellenismus gegründet⁸⁸ als auf dem Quellenmaterial, welches in den untersuchten Poleis nicht auf ein Honoratiorenregime schließen lässt.

87 Thuk. 2.45,1. „φθόνος γὰρ τοῖς ζῶσι πρὸς τὸ ἀντίπαλον“.

88 Zur Forschungstradition: Mann, Gleichheit und Ungleichheit in der hellenistischen Polis, S. 11–13.

7. Quellen

Aristoteles, *Aristotelis ars rhetorica*, griechisch-lateinisch, übersetzt und herausgegeben von W. D. Ross (*Scriptorum classicorum bibliotheca oxoniensis*), Oxford 1959.

Ders., *Politik. Schriften zur Staatstheorie*, übersetzt und herausgegeben von Franz F. Schwarz (*Reclams Universal-Bibliothek 8522*), Stuttgart 1989.

Ders., *Rhetorik*, übersetzt von Gernot Krapinger (*Reclams Universal-Bibliothek*), Ditzingen 2019.

Ders., *Nikomachische Ethik*, Griechisch-deutsch, übersetzt von Gernot Krapinger (*Reclams Universal-Bibliothek*), Ditzingen 2020.

Engelmann, Helmut (Hrsg.), *Die Inschriften von Erythrai und Klazomenai (Die Inschriften griechischer Städte aus Kleinasien 1)*, Bonn 1972.

Euripides, *Fabulae*, herausgegeben von James Diggle u.a. (*Oxford classic texts*), Oxford 1989.

Herodotus, *Historien*, übersetzt von Heinz-Günther Nesselrath (*Kröners Taschenausgabe 224*), Stuttgart 2017.

Hiller von Gaertringen, Friedrich (Hrsg.), *Inschriften von Priene*, Berlin 1906.

Isocrates, *In three volumes*, übersetzt und herausgegeben von George Norlin (*The Loeb classical library 209*), Cambridge 1980.

Kawerau, Georg/Rehm, Albert u. a. (Hrsg.), *Milet. Ergebnisse d. Ausgrabungen u. Untersuchungen seit d. Jahre 1899, Bd 1, 3: Das Delphinion in Milet*, Berlin 1914.

Thucydides, *Der Peloponnesische Krieg*, übersetzt von Michael Weißenberger (*Sammlung Tusculum*), Berlin-Boston 2017.

8. Literatur

Alexiou, Evangelos, *Competitive Values in Isocrates and Xenophon. Aspects of Philotimia*, in: *Trends in Classics* 10 (2018), Heft 1, S. 114–133.

Beck, Mark, *Der politische Euergetismus und dessen vor allem nichtbürgerliche Rezipienten im hellenistischen und kaiserzeitlichen Kleinasien sowie dem ägäischen Raum*, phil. Diss. Rahden/Westf. 2015.

Bielfeld, Ruth, *Polis made manifest. The physiognomy of the public in the Hellenistic city with a case study on the agora in Priene*, in: Christina Kuhn (Hrsg.), *Politische Kommunikation und öffentliche Meinung in der antiken Welt*, Stuttgart 2012, S. 87–122.

Bleicken, Jochen, *Die athenische Demokratie*, Paderborn-München u. a. 1994².

Boulanger, André, *Aelius Aristide et la sophistique dans la province d'Asie au IIe siècle de notre ère (Bibliothèque des écoles françaises d'Athènes et de Rome 126)*, Paris 1923.

Carlsson, Susanne, Hellenistic democracies. Freedom, independence and political procedure in some East Greek city-states (Historia, Einzelschriften H. 206), Stuttgart 2010.

Domingo Gygis, Marc, Euergetismus und Gabentausch, in: *Mètis. Dossier. Alexandre le Grand, religion et tradition* (2003), S. 181–200.

Forster, Florian R., Die Polis im Wandel. Ehrendekrete für eigene Bürger im Kontext der hellenistischen Polisgesellschaft, Göttingen 2018.

Gauthier, Philippe, Les cités grecques et leur bienfaiteurs (Bulletin de correspondance hellénique 12), Paris 1985.

Gehrke, Hans-Joachim, Bürgerliches Selbstverständnis und Polisidentität im Hellenismus, in: Karl-Joachim Hölkeskamp (Hrsg.), Sinn (in) der Antike. Orientierungssysteme, Leitbilder und Wertkonzepte im Altertum, Mainz am Rhein 2003, S. 225–254.

Ders., Euergetismus, in: Der Neue Pauly, Bd. 4, Stuttgart-Weimar 1998, Sp. 228–230.

Grieb, Volker, Hellenistische Demokratie. Politische Organisation und Struktur in freien griechischen Poleis nach Alexander dem Großen, Stuttgart 2008.

Habicht, Christian, Ist ein ‚Honoratiorenregime‘ das Kennzeichen der Stadt im späteren Hellenismus?, in: Michael Wörle (Hrsg.), Stadtbild und Bürgerbild im Hellenismus. Kolloquium, München, 24. bis 26. Juni 1993 (Vestigia 47), München 1995, S. 87–92.

Hamon, Patrice, Gleichheit, Ungleichheit und Euergetismus. Isotes in den kleinasiatischen Poleis der hellenistischen Zeit, in: Christian Mann/Peter Scholz (Hrsg.), „Demokratie“ im Hellenismus. Von der Herrschaft des Volkes zur Herrschaft der Honoratioren? (Die hellenistische Polis als Lebensform 2), Mainz 2012, S. 56–73.

Mann, Christian, Gleichheit und Ungleichheit in der hellenistischen Polis. Überlegungen zum Stand der Forschung, in: Ders./Peter Scholz (Hrsg.), „Demokratie“ im Hellenismus. Von der Herrschaft des Volkes zur Herrschaft der Honoratioren? (Die hellenistische Polis als Lebensform 2), Mainz 2012, S. 11–27.

Mauss, Marcel, Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften, übersetzt von Eva Moldenhauer (Suhrkamp-Wissenschaft. Weisses Programm), Frankfurt a. M. 1982.

Meier, Mischa, Euergetes, in: Der Neue Pauly, Bd. 4, Stuttgart-Weimar 1998, Sp. 228.

Müller, Christel, Oligarchy and the Hellenistic City, in: Henning Börm/Nino Luraghi (Hrsg.), The polis in the Hellenistic world (Ancient History), Stuttgart 2018, S. 27–52.

Ober, Josiah, Mass and Elite in Democratic Athens. Rhetoric, Ideology, and the Power of the People, Princeton, N.J. 1989.

Quaß, Friedemann, Die Honoratiorenschicht in den Städten des griechischen Ostens. Untersuchungen zur politischen und sozialen Entwicklung in hellenistischer und römischer Zeit, Stuttgart 1993.

Rhodes, Peter J., Polis, in: Der Neue Pauly, Bd. 10, Stuttgart-Weimar 2001, Sp. 22–26.

Rhodes, Peter J./Lewis, David M. (Hrsg.), *The decrees of the Greek states*, Oxford 1997.

Schmitt, Hatto H., *Ionien*, in: *Lexikon des Hellenismus*, Wiesbaden 2005, Sp. 475–478.

Van Wees, Hans, *Rivalry in history. An introduction*, in: Nick R. Fisher/Hans van Wees (Hrsg.), *Competition in the Ancient World*, Swansea 2011, S. 1–36.

Veyne, Paul, *Brot und Spiele. Gesellschaftliche Macht und politische Herrschaft in der Antike (Theorie und Gesellschaft 11)*, Frankfurt a. M.-New York 1992.

Mandy Brandt ist Studentin der Alten Geschichte und Altorientalistik im 4. Mastersemester an der Universität Innsbruck. Mandy.Brandt@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Mandy Brandt, *Competing for the greater good? Zum Verhältnis von Ehreninschriften, Konkurrenz und politischem Handlungsspielraum der Elite Erythrais und Prienes im frühen Hellenismus*, in: *historia.scribere* 14 (2022), S. 191–206, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 21.6.2022 (=aktuelles Datum).

Amerikanische Geheimdienstaktivitäten in Tirol: Operation Greenup

Dietmar Riedl

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Dr. Günter J. Bischof

eingereicht im: SoSe 2020

Rubrik: Seminar-Arbeit

Abstract

Activities of US Secret Services in Tyrol: Operation Greenup

The following seminar paper deals with American intelligence activities in Tyrol in 1945. It focusses on the agents of Operation Greenup and their contribution to the liberation of the city of Innsbruck without bloodshed and discusses the reception of these events in the Austrian post-war narrative.

1. Einleitung

Am 27. April 2016 erschien in der „Washington Post“ unter dem Titel „Jewish spy was part of a U.S. Team that dared return to Nazi Germany“ ein Nachruf auf einen Mann namens Frederick Mayer, der am 15. April in seinem Haus in Charles Town, West Virginia, im Alter von 94 Jahren verstorben war.¹ Der Nachruf erzählte eine abenteuerliche Geschichte aus dem Leben dieses Mannes, die ohne Weiteres als Vorbild für Quentin Tarantinos Film „Inglourious Basterds“ gedient haben könnte.

In der Nacht vom 25. auf den 26. Februar 1945 waren drei Agenten des amerikanischen Geheimdienstes „Office of Strategic Services“ (OSS) mit Fallschirmen über dem Stubai Gletscher in den Tiroler Alpen abgesprungen, um in der Nähe von Innsbruck eine Funkzelle einzurichten. Mit dieser unter dem Codenamen „Operation Greenup“ laufenden Operation sollten Informationen über mögliche Angriffsziele an der für den Nachschub vom Deutschen Reich nach Italien lebenswichtigen Brennerbahn gesammelt und an

¹ Emily Langer, Jewish spy was part of a U.S. team that dared return to Nazi Germany, in: *The Washington Post*, 27.4.2016.

das Kommando der alliierten Streitkräfte in Südtirol weitergeleitet werden. Die drei Männer – die aus Europa emigrierten Juden Fred Mayer und Hans Wijnberg sowie der aus Tirol stammende desertierte Wehrmachtsleutnant Franz Weber – schafften es, in Oberperfuss bei Innsbruck, dem Heimatort Webers, Unterschlupf zu finden und von dort aus ihre Nachrichten zu senden. Bei dieser – sehr erfolgreich durchgeführten – Tätigkeit blieb es jedoch nicht. Die Agenten der Operation Greenup, vor allem Fred Mayer, spielten in weiterer Folge eine entscheidende Rolle bei der kampflosen Übergabe der Stadt Innsbruck an die vorrückenden amerikanischen Truppen. Am 20. April wurde Fred Mayer enttarnt, von der Gestapo verhaftet und schwer gefoltert. Trotzdem gelang es ihm, mit dem Gauleiter von Tirol und Vorarlberg, Franz Hofer, in Verbindung zu treten, mit diesem über eine kampflose Übergabe der Stadt Innsbruck an die vorrückenden amerikanischen Truppen zu verhandeln und ihn letztendlich zur Kapitulation zu bewegen.

Die Arbeit beschäftigt sich neben der Darstellung der rein nachrichtendienstlichen Aktivitäten der drei mit der Operation Greenup in Tirol eingesetzten Agenten auch mit der Rolle, die diese Gruppe bei der unblutigen Einnahme der Stadt Innsbruck durch amerikanische Truppen zum Kriegsende spielte. Dabei soll auch auf den österreichischen Widerstand und dessen Rolle beim Kriegsende in Innsbruck eingegangen werden. Schließlich wird die Schilderung dieser Vorgänge durch dessen Proponent*innen und die daraus resultierende Wahrnehmung in der österreichischen Nachkriegsöffentlichkeit in den Blick genommen. Diese Wahrnehmung unterscheidet sich zum Teil erheblich von der amerikanischen Sichtweise, wie sie unter anderem in dem eingangs erwähnten Artikel der „Washington Post“ zu Ausdruck kommt. Die vorliegende Arbeit stellt die verworrenen Ereignisse dieser Tage dar, um die Frage zu beantworten, welchen Einfluss die amerikanischen Agenten der Operation Greenup einerseits und die österreichische Widerstandsbewegung andererseits auf die unblutige Einnahme der Stadt Innsbruck durch amerikanische Truppen zum Ende des Zweiten Weltkrieges nahmen und inwieweit daher das Narrativ von der allein entscheidenden Rolle der Widerstandsbewegung den Fakten entspricht. Dazu kann als These festgestellt werden, dass die Rolle der Widerstandsbewegung in der Folgezeit von deren Proponent*innen weit überhöht und so andere Faktoren in den Hintergrund gedrängt oder sogar völlig vernachlässigt wurden. So scheinen die US-Agenten in den aus den Kreisen des österreichischen Widerstandes stammenden Schilderungen der Geschehnisse um den 3. Mai 1945, wenn überhaupt, nur als Randnotiz auf, während der entscheidende Anteil ausschließlich der österreichischen Widerstandsbewegung zugesprochen wird. Tatsächlich war es jedoch vielmehr so, dass der Einsatz Fred Mayers wesentlich dazu beigetragen hat, der Stadt Innsbruck Blutvergießen und Zerstörung bei Kriegsende zu ersparen. In der Person Mayers sah der Gauleiter von Tirol und Vorarlberg, Franz Hofer, nach der nicht mehr abzuwendenden Niederlage Deutschlands die letzte – allerdings wenig realistische – Möglichkeit, das Kriegsende weitgehend unbeschadet zu überstehen.

Zu Beginn der Arbeit wird die nachrichtendienstliche Tätigkeit der Operation dargestellt, anschließend erfolgt eine Schilderung der Vorgänge um den 3. Mai 1945 in Inns-

bruck, die letztlich zur unblutigen Befreiung der Stadt führten. Abschließend widmet sich ein weiteres Kapitel der Rezeption der Ereignisse im Österreich der Nachkriegszeit. Die Arbeit stützt sich vor allem auf Peter Pirker's 2019 erschienenes Werk „Codename Brooklyn. Jüdische Agenten im Feindesland. Die Operation Greenup 1945“² sowie Horst Schreiber's „Endzeit. Krieg und Alltag in Tirol 1945“ aus dem Jahr 2020.³ Weitere Informationen konnten auch aus dem Aufsatz von Luis Schönherr „Unternehmen Greenup. Der amerikanische Geheimdienst in Innsbruck“⁴ gewonnen werden, abgedruckt in der 1989 erschienenen Nummer 23 der Zeitschrift „Das Fenster“, ebenso wie aus einem in derselben Nummer enthaltenen Interview mit Fred Mayer.⁵

2. Die nachrichtendienstliche Tätigkeit der Operation Greenup

2.1 Fred Mayer und Hans Wijnberg: Jüdische Migranten im Dienste des OSS

Die beiden amerikanischen Akteure der Operation Greenup waren die aus Europa emigrierten Juden Fred Mayer und Hans Wijnberg. Mayer stammte aus Freiburg im Breisgau und war 1938 infolge der immer heftigeren Repressionen gegenüber der jüdischen Bevölkerung mit seiner Familie in die USA geflohen.⁶ Wijnberg lebte bis zu seiner Emigration in Overveen, einer Kleinstadt westlich von Amsterdam, und wurde von seinen Eltern angesichts der durch den Nationalsozialismus drohenden Gefahr gemeinsam mit seinem Bruder Loek nach New York geschickt.⁷ Beide fühlten sich innerhalb kürzester Zeit als Amerikaner. Am 20. Oktober 1942 trat Fred Mayer in die US-Armee ein, bei seiner Ausbildung in der 81. Infanteriedivision fielen seine besonderen Eigenschaften auf: Zielgerichtetheit, Überzeugungskraft, Kühnheit, Unempfindlichkeit und Stehvermögen.⁸ Die Folge war die Versetzung zum amerikanischen Armeegeheimdienst OSS, die ihm seinen Wunsch näherbrachte: „To kill Nazis: that's why all the Jewish boys joined.“⁹ Im Juli 1943 trat Hans Wijnberg in die Armee ein, aufgrund seiner Intelligenz und seiner Sprachkenntnisse wurde der OSS auch auf ihn aufmerksam.¹⁰ Seine Anwerbung zum Geheimdienst schilderte Wijnberg folgendermaßen: „I hear that you speak Dutch. I say 'Yeah.' Do you want to liberate your country? I say 'Yeah.' All right, if you sign here you can go and join the OSS“.¹¹

2 Peter Pirker, *Codename Brooklyn. Jüdische Agenten im Feindesland. Die Operation Greenup 1945*, Innsbruck-Wien 2019.

3 Horst Schreiber, *Endzeit. Krieg und Alltag in Tirol 1945*, Innsbruck 2020.

4 Luis Schönherr, *Unternehmen Greenup. Der amerikanische Geheimdienst in Innsbruck*, in: *Das Fenster* 23 (1989), Heft 46, S. 4495–4515.

5 Absprung nach Tirol – Von den Finstertaler Seen auf den Lachhof. Maschinenschriftliches Manuskript vom 13. Dezember 1960 nach einem Interview mit Frederick Mayer in: *Das Fenster* 23 (1989), Heft 46, S. 4516–4523, hier S. 4518.

6 Pirker, *Codename Brooklyn*, S. 52.

7 Ebd., S. 33.

8 Ebd., S. 57.

9 Min Sok Lee, *The Real Inglorious Bastards*, Dokumentation auf YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=8ou4PtFa3HM>, 51:32 min., Toronto 2012, 2:05–2:12 min.

10 Pirker, *Codename Brooklyn*, S. 41.

11 Lee, *The Real Inglorious Bastards*, 6:30–6:41 min.

Mayer und Wijnberg freundeten sich während ihrer Ausbildung beim OSS an. Diese Freundschaft sollte eine wichtige Grundlage für den Erfolg ihres zukünftigen gemeinsamen Einsatzes bilden. Im Juni 1944 wurden beide nach Algier verlegt, nach der erfolgreichen Landung der Alliierten in Süditalien folgten sie dem Kommando des OSS nach Bari.¹²

2.2 *Operation Greenup: Der US-Geheimdienst in Innsbruck*

Die Angriffe der US-Luftwaffe auf militärische und infrastrukturelle Ziele im Reichsgebiet, so auch in Tirol, waren ursprünglich in mehreren Wellen von einer großen Anzahl von Bombern geflogen worden, die sogenannte „combat boxes“ bildeten. Dabei handelte es sich um eng beieinander fliegende Gruppen von 18 Flugzeugen, die sich auf diese Weise effektiv gegen angreifende Jäger verteidigen konnten. Darüber hinaus erfolgten diese Angriffe meist aus Höhen von sechstausend bis neuntausend Metern. Aus diesen Gründen wiesen die Abwürfe eine große Streuung auf und konnten nur großflächige Ziele wie etwa Verschiebebahnhöfe treffen. Die zunehmende Schwäche der deutschen Luftabwehr infolge des Treibstoff- und Munitionsmangels ab dem Winter 1944/45 bewirkte eine grundlegende Änderung der taktischen Ausrichtung der amerikanischen Luftangriffe. Diese erfolgten nunmehr in kleineren Einheiten, die selektiv ausgewählte Ziele bekämpfen konnten. In Tirol war für die Alliierten besonders die Bahnlinie über den Brennerpass von Bedeutung, da über diese ein umfassender Teil des Nachschubes für die in Italien kämpfenden deutschen Truppen lief. Tirol geriet durch den Vormarsch der alliierten Truppen in Italien zunehmend in die Reichweite ein- und zweimotoriger taktischer Bomber, die im Tiefflug auch Einzelziele angriffen. Um diese Aktionen erfolgreich gestalten zu können, bedurfte es jedoch laufender Informationen über die Bewegungen auf der Bahnlinie, welche von der Luftaufklärung nur unzureichend beschafft werden konnten. Es brauchte Personen, die laufende Informationen über die Bewegungen auf der Bahnstrecke liefern konnten, besonders in der Umgebung des Bahnhofes Innsbruck. Das konnte nur durch vor Ort installierte Agenten erfolgen.¹³

Mayer und Wijnberg waren ein in jeder Hinsicht ungleiches Paar, gerade deshalb schienen sie aber mit ihren sich ergänzenden Eigenschaften als Team hervorragend geeignet.¹⁴ Die beiden sollten daher in der Nähe von Innsbruck mit dem Fallschirm abspringen, für die 15. US-Luftflotte die Bahntransporte über den Brenner beobachten und darüber nach Bari berichten.¹⁵ Der Deckname dieses Unternehmens lautete Operation „Greenup“. Allerdings fehlte noch ein dritter Partner, der über Ortskenntnis verfügte und Kontakte zur lokalen Bevölkerung herstellen konnte. Dieser wurde im Dezember 1944 in einem Kriegsgefangenenlager in der Nähe von Neapel gefunden. Es war Leutnant Franz Weber, der im September 1944 aus der Wehrmacht desertiert war und aus

12 Pirker, Codename Brooklyn, S. 68.

13 Schönherr, Unternehmen Greenup, S. 4504.

14 Joseph E. Persico, Geheime Reichssache. Der US-Geheimdienst im Untergrundkampf gegen die deutsche Kriegsführung, Wien u. a., S. 271.

15 Ebd., S. 272.

Oberperfuss stammte, einem nur wenige Kilometer von Innsbruck entfernt gelegenen Dorf.¹⁶ Weber nahm dabei ein enormes Risiko auf sich, höher noch als das seiner beiden amerikanischen Partner. Im Falle einer Verhaftung durch die Gestapo hätten Mayer und Wijnberg noch eine geringe Möglichkeit gehabt, als Kriegsgefangene behandelt zu werden, der Wehrmachtsdeserteur Weber wäre jedoch mit Sicherheit sofort exekutiert worden.¹⁷

In der Nacht vom 25. auf den 26. Februar 1945 überflog ein einzelner B-24 Liberator Bomber der US-Luftwaffe ohne den üblichen Schutz durch Jagdflugzeuge die deutsch-amerikanische Frontlinie bei La Spezia und bewegte sich mit Nordkurs in Richtung Alpen. An Bord befanden sich keine Bomben, sondern drei Agenten des Geheimdienstes OSS, Fred Mayer, Hans Wijnberg und Franz Weber, samt Gepäck und Ausrüstung. Um 1.00 Uhr morgens am 26. Februar 1945 sprangen die drei Männer mit Fallschirmen über dem Sulztaler Ferner in den Ötztaler Alpen aus dem Flugzeug und landeten sicher im tiefen Schnee des Gletschers, die Ausrüstung folgte nach. Die Operation „Greenup“ hatte begonnen.¹⁸

Nachdem sie sich stundenlang durch meterhohen Schnee gekämpft hatten, erreichten die drei Agenten die im Winter vereinsamte Amberger Hütte in den Stubai Alpen, in der sie sich zwei Tage von den Strapazen erholten, um danach in das Ötztal abzusteigen. Mit einem Frächter gelangten sie zum nächstgelegenen Bahnhof, wo sie einen Zug bestiegen, den sie in Inzing, einem im Inntal wenige Kilometer westlich von Innsbruck gelegenen Dorf, wieder verließen, um zu Fuß nach Oberperfuss weiterzugehen.¹⁹ Der erste Weg führte Franz Weber zum Haus von Alois Abenthung, dem ehemaligen Bürgermeister des Dorfes, der bereits 1939 wegen seiner Nähe zu einer monarchistischen Vereinigung in Konflikt mit der Gestapo gekommen war.²⁰ Die ländlichen Gebiete Tirols mit ihrem katholisch-konservativen Umfeld waren kein guter Nährboden für den Nationalsozialismus. In dieser Umgebung, in der zudem weitverzweigte Verwandtschaftsbeziehungen herrschten, war die Wahrscheinlichkeit, dass Verfolgte oder Gegner*innen des Nationalsozialismus Unterstützung fanden, groß.²¹ Abenthung brachte die drei Agenten auf verschiedenen Bauernhöfen des Ortes unter. Ein großer Teil der Bewohner*innen wusste im Laufe der Zeit um deren Anwesenheit, trotzdem kam es nicht zur Denunziation.

Es waren vor allem Frauen in Oberperfuss, von denen die Agenten die meiste Unterstützung erhielten. An vorderster Stelle standen dabei Anna Niederkircher, eine Art graue Eminenz im Dorf und die Wirtin des Gasthofes „Zur Krone“, sowie ihre Tochter Anni, die Verlobte von Franz Weber. Anna Niederkircher war eine überzeugte Gegnerin des Nationalsozialismus, was sich unter anderem darin zeigte, dass sie sich standhaft weigerte,

16 Persico, Geheime Reichssache, S. 273.

17 Schönherr, Unternehmen Greenup, S. 4504.

18 Pirker, Codename Brooklyn, S. 163–165.

19 Ebd., S. 172–173.

20 Ebd., S. 104.

21 Schreiber, Endzeit, S. 336.

in ihrer Gaststube ein Porträt Adolf Hitlers aufzuhängen.²² Hinzu kamen die Schwestern von Franz Weber, Luise, Eva, Monika und Margarethe, verwitwete Kelderer, sowie Maria Hörtnagl, eine Freundin von Anni Niederkircher. Diese Frauen unterstützten die Agenten der Operation Greenup nicht nur durch Verschwiegenheit und Verheimlichung, sondern auch aktiv durch Botendienste und andere Formen der Unterstützung. Luise Weber, die als Krankenschwester an der Innsbrucker Klinik arbeitete, verschaffte Fred Mayer die Uniform eines dort verstorbenen Wehrmachtsoffiziers, während Margarethe Kelderer, die im Rektorat der Universität Innsbruck angestellt war, Mayer ihre Innsbrucker Wohnung als Unterschlupf und für konspirative Treffen zur Verfügung stellte.²³

Schon nach wenigen Tagen verließ Mayer Oberperfuss und übersiedelte nach Innsbruck. Weber, dessen Aufgabe mit der Herstellung des Kontaktes beendet und der überdies in Gefahr war, erkannt zu werden, blieb ebenso zurück wie Wijnberg, der als Funker fungierte und inzwischen seine Funkstation in Betrieb genommen hatte.²⁴

Über diese Funkstation schickte Greenup insgesamt 46 Meldungen an das Hauptquartier des OSS in Bari, wovon 39 als Quellen überliefert sind. Von diesen Funksprüchen hatte ein großer Teil auftragsgemäß den Eisenbahnverkehr zum Inhalt. Wie Mayer im Einzelnen zu diesen Informationen kam, ist nachträglich schwer nachzuvollziehen.²⁵ Eine dieser typischen Meldungen, wie sie beim OSS in Bari aufgezeichnet wurden, lautete beispielsweise: „Street to Aldrans grid eight one five packed with sixty seven four ton trucks with trailers loaded with coast artillery x also in Schlossamrass court yard x observed.“²⁶

2.3 Von der Geheimdienstoperation zum Widerstand

Die reine Aufklärungsarbeit war dem umtriebigen Fred Mayer auf Dauer zu wenig, zumal ihm bewusst war, dass diese Tätigkeit mit dem raschen Vordringen der alliierten Armeen in Italien und Süddeutschland mehr und mehr an Bedeutung verlor. Aus diesem Grund wandte er sich bereits ab Ende März einer weiteren, von seinem ursprünglichen Auftrag allerdings nicht gedeckten Aufgabe zu: der aktiven Vorbereitung eines Aufstandes mit dem Ziel der Befreiung Innsbrucks bereits vor dem Einmarsch der alliierten Truppen.²⁷

Dank der vielfältigen Beziehungen Franz Webers und dessen Schwestern und Bekannten gelang es Fred Mayer, zahlreiche Verbindungen mit den verschiedenen Gruppen des Innsbrucker Widerstandes zu knüpfen und diese miteinander zu vernetzen. Eines seiner wichtigsten Verdienste um die Befreiung Innsbrucks war es, diese unterschiedlichen Kreise der Widerstandsbewegung miteinander in Kontakt zu bringen.²⁸ Über Vermittlung von Webers Schwester Eva lernte er den Frächter Georg Wallnöfer und den

22 Pirker, Codename Brooklyn, S. 104.

23 Ebd., S. 179.

24 Ebd., S. 183.

25 Ebd., S. 188–191.

26 Schönherr, Unternehmen Greenup, S. 4499.

27 Pirker, Codename Brooklyn, S. 195.

28 Schreiber, Endzeit, S. 345.

Geschäftsmann Fritz Moser kennen. Vor allem Fritz Moser sollte in den folgenden Wochen eine entscheidende Rolle für ihn spielen. Mit einem jüdischen Elternteil galt Moser im Nationalsozialismus als „Halbjude“, der im Nationalsozialismus zwar diskriminiert wurde, aber trotzdem halbwegs unbehelligt leben konnte.²⁹ Über Wallnöfer bekam Mayer Zugang zu einer Gruppe von Regimegegnern in der Innsbrucker Kriminalpolizei um Josef Heiss und Alois Kuen, die ihre Position benutzten, um Wehrmachtsdeserteure und NS-Gegner*innen aus der Haft zu befreien.³⁰ Mit seiner Uniform eines Leutnants der 106. Gebirgsjäger verschaffte sich Mayer Zugang zum Innsbrucker Offizierskasino, wo er aus den Gesprächen wichtige Informationen gewinnen konnte.³¹

Von Fritz Moser kam die Idee, Mayer als französischen Fremdarbeiter zu tarnen und als Elektriker im Unternehmen seines Onkels Robert Moser unterzubringen, der Aufträge von Tiroler Großbetrieben erhielt.³² Französische Fremdarbeiter*innen waren keine Sklavenarbeiter*innen, sondern ursprünglich freiwillig ins Deutsche Reich gegangen, durften aber nach 1943 nicht mehr nach Frankreich zurückkehren. Sie konnten sich frei bewegen und wurden ähnlich wie ihre deutschen Kolleg*innen entlohnt. Mayer, der fließend Französisch sprach, meldete sich beim Arbeitsamt in Innsbruck mit der Geschichte, er habe beim Böhlerwerk in Kapfenberg gearbeitet und sei von dort vor den vorrückenden Russen geflohen. Dabei seien ihm seine Papiere abhandengekommen. Er bekam problemlos eine Arbeitskarte auf den Namen Frédéric Mayér, von Beruf Elektriker, und besaß damit legale Papiere.³³ Inwieweit Robert Moser von Beginn an die wahre Identität Mayers gekannt hat, ist unsicher. Spätestens ab Anfang April, als er Mayer als Elektriker in das Messerschmitt-Werk nach Kematen schickte, für das Mosers Unternehmen arbeitete, dürfte ihm diese aber bekannt gewesen sein.³⁴

Am Tage arbeitete Mayer im Messerschmitt-Werk, abends trieb er seine Verschwörungstätigkeit in Innsbruck weiter voran. Er traf sich laufend zu Besprechungen mit Gegner*innen des NS-Regimes um Alois Kuen und Fritz Moser und erweiterte so ständig den Kreis der teilnehmenden Personen. Allerdings musste er bald feststellen, dass diese Leute zwar interessante Nachrichten und Kenntnisse vermitteln konnten, die Möglichkeit, auf diese Weise eine größere Gruppe zum aktiven Widerstand zu mobilisieren, aber gering war.³⁵ Über Alois Kuen kam Mayer schließlich mit zwei Feldwebeln der Wehrmacht in Kontakt. Diese waren auf der Kemater Alm bzw. der höher gelegenen Adolf Pichler Hütte stationiert. Ein großer Teil ihrer Einheit, des Gebirgsjägerersatzregiments 136, war zwar zur Partisanenbekämpfung nach Kärnten abkommandiert worden, einige Offiziere waren jedoch zur Skiausbildung der Hitlerjugend auf den Hütten verblieben. Die Aussichtslosigkeit der militärischen Lage ließ in diesen Männern den Plan reifen, sich vom NS-Regime abzuwenden und die Hütten zu einem Stützpunkt

29 Pirker, Codename Brooklyn, S. 180–181.

30 Ebd., S. 183.

31 Persico, Geheime Reichssache, S. 291.

32 Ebd., S. 198.

33 Ebd., S. 345.

34 Pirker, Codename Brooklyn, S. 199.

35 Ebd., S. 201.

des Widerstandes zu machen.³⁶ Der Kommandant des Regiments, der Ritterkreuzträger Major Heine, und dessen Adjutant, Leutnant Ludwig Steiner, wurden schließlich die führenden militärischen Proponenten der Innsbrucker Widerstandsbewegung.

Zur selben Zeit traf Mayer den österreichischen Widerstandskämpfer Otto Molden. Dieser war, wie sein Bruder Fritz, aus der Wehrmacht desertiert und in die Schweiz geflohen, wo die Brüder Kontakt mit dem dortigen Residenten des OSS, Alan Dulles, aufgenommen hatten. Fritz und Otto Molden verfolgten die Idee eines organisierten österreichischen Widerstandes, den sie unter den Bezeichnungen „Provisorisches Österreichisches Nationalkomitee“ (POEN) und O5 betrieben.³⁷ Diese beiden Organisationen kamen allerdings über das Planungsstadium nie hinaus, in den Berichten an Dulles schilderten die Brüder Aktivitäten, die häufig nur Vorhaben waren und der Realität selten entsprachen.³⁸ Otto Moldens Aufgabe während seiner Anwesenheit in Innsbruck war es, die dortigen voneinander isoliert existierenden Widerstandszellen unter dem Dach des O5 zu vereinigen, wobei Mayer für ihn auch die Verbindung mit den Unteroffizieren des Gebirgsjägerersatzregiments herstellte.³⁹ Ein Nutznießer dieser Vorarbeiten Mayers und Moldens war Karl Gruber, der während des Krieges in Berlin als Hochfrequenztechniker an der Entwicklung des deutschen Radars zunächst bei AEG und später bei Telefunken beschäftigt war. Im Frühjahr 1945 setzte er sich in seine Heimat Tirol ab und stellte dort Kontakte zu den bereits bestehenden Widerstandsgruppen her. Diese Gruppen waren sich über die Besetzung der Führungsposition uneinig. Die Differenzen zwischen deren Spitzenvertretern Hans Gamper und Eduard Reut-Nicolussi ausnützend, präsentierte sich der tatkräftige und entschlossene Gruber als Kompromisskandidat und übernahm von April bis Mai 1945 die Führung der Widerstandsbewegung.⁴⁰

Am 18. April 1945 begann eine Verhaftungswelle der Gestapo gegen den Innsbrucker Widerstand. Diese Verhaftungen zwischen dem 18. und 20. April waren für die Widerstandsbewegung ein schwerer Schlag, der ihre Möglichkeiten stark einschränkte. Gruber beschloss daher, den ursprünglichen Plan für eine allgemeine Erhebung fallen zu lassen und stattdessen beim Herannahen der amerikanischen Truppen die wichtigsten öffentlichen Gebäude Innsbrucks zu besetzen.⁴¹ Die Verhafteten wurden von der Gestapo in deren Hauptquartier in der Herrengasse teilweise heftig gefoltert, um Geständnisse und weitere Denunziationen zu erpressen. Besonders hart traf es Robert Moser, den die Gestapo fälschlicherweise für den Kopf der Bewegung hielt, und Fred Mayer, von dem diese den Aufenthaltsort seines Funkers erfahren wollte. Moser über-

36 Pirker, Codename Brooklyn, S. 204.

37 Ebd., S. 210.

38 Schreiber, Endzeit, S. 341–342.

39 Pirker, Codename Brooklyn, S. 211–212.

40 Michael Gehler, Anpassung, Mittun, Resistenz und Widerstand. Charakteristika, Probleme und Ambivalenzen von Oppositionsverhalten am Beispiel des Karl Gruber 1934–1945, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes 2002, Wien 2002, S. 69–87, hier S. 69–70.

41 Radomir Luza, Der Widerstand in Nord- und Osttirol 1938–1945, in: Andreas Maislinger/Anton Pelinka (Hrsg.), Handbuch zur neueren Geschichte Tirols, Bd. 2, Zeitgeschichte 1. Teil, Politische Geschichte, Innsbruck 1993, S. 313–346, hier S. 339.

lebte die Torturen nicht, er verstarb wahrscheinlich in der Nacht vom 23. auf den 24. April.⁴²

Mayer war wesentlich widerstandsfähiger als Robert Moser und gestand erst, ein amerikanischer Agent zu sein, als er mit dieser Tatsache, welche die Gestapo anderen Gefangenen unter Folter abgepresst hatte, konfrontiert wurde. Er behauptete allerdings, keine Kompliz*innen zu haben und alleine aus der Schweiz gekommen zu sein.⁴³ Wie die Gestapo schließlich vom Versteck in Oberperfuss und der Anwesenheit von Hans Wijnberg und Franz Weber erfuhr, kann nachträglich nicht mehr zweifelsfrei geklärt werden. Mayer selbst bestritt später jedenfalls nachdrücklich, jemals ein diesbezügliches Geständnis abgelegt zu haben.⁴⁴

Durch seine Standhaftigkeit hatte Mayer eines erreicht: Es blieb genügend Zeit, seine Kameraden in Oberperfuss, Hans Wijnberg und Franz Weber, zu warnen.⁴⁵ Als am 22. April eine Patrouille der Gestapo mit dem schwer gezeichneten Fred Mayer Oberperfuss erreichte, waren die beiden längst in ein sicheres Versteck außerhalb des Ortes geflüchtet. Eine Durchsuchung der Häuser ergab außer ein paar Kleinigkeiten keine Spuren der Geflohenen, bei Gegenüberstellungen wollte keiner der Ortsbewohner*innen Fred Mayer kennen. Eine Fahndung in der Umgebung blieb erfolglos, sodass die Gestapomänner unverrichteter Dinge wieder abzogen und Mayer in das Gefängnis in der Herrengasse zurückbrachten.⁴⁶ Maria Hörtnagel hatte die Gestapo auf der Suche nach Wijnberg und Weber stundenlang in die Irre geführt, obwohl sie das Versteck der beiden genau kannte.⁴⁷ Mayer sagte später von den Frauen in Oberperfuss: „Die einzigen, denen man wirklich trauen konnte, waren die Frauen, die waren stur wie Eisen.“⁴⁸

3. Vom Terror der Gestapo zur offenen Stadt: Die unblutige Befreiung Innsbrucks

Die Beurteilung der Vorgänge in Innsbruck um den 3. Mai 1945, die es ermöglichten, dass am Abend dieses Tages die 103. amerikanische Infanteriedivision in die Stadt einmarschieren konnte, ohne auf Widerstand zu stoßen, ist aus nachträglicher Sicht schwierig und widersprüchlich. In der Stadt herrschte Chaos. Gestapo, Wehrmacht und Schutzstaffel (SS), der bis zum Schluss zwischen Kapitulation und Verteidigung lazierende Gauleiter Hofer, die österreichische Widerstandsbewegung und dazwischen die OSS-Agenten um Fred Mayer bilden im Rückblick ein schwer zu durchschauendes Konglomerat gegensätzlicher Parteien und Gruppierungen. Die Betrachtung des Geschehens wird zusätzlich noch durch den Umstand erschwert, dass die Ereignisse von verschiedenen Seiten oft nicht nur unterschiedlich, sondern teilweise sogar kontrovers dargestellt werden, auch zeitliche Zuordnungen weichen in diesen Tagen häufig von-

42 Pirker, Codename Brooklyn, S. 243.

43 Ebd., S. 228–229.

44 Persico, Geheime Reichssache, S. 351–352.

45 Ebd., S. 352.

46 Pirker, Codename Brooklyn, S. 28–30.

47 Interview mit Frederick Mayer, S. 4518.

48 Ebd.

einander ab. Trotzdem soll im Folgenden versucht werden, den Ablauf der Ereignisse nachzuvollziehen und dabei auf die unterschiedlichen Sichtweisen näher einzugehen.

Den Erinnerungen Fred Mayers zufolge holte ihn der Innsbrucker Kreisleiter Dr. Max Primbs am Nachmittag des 24. April aus seiner Zelle in der Herrengasse, um ihn zum Gauleiter Franz Hofer auf dessen Anwesen am Lachhof in der Nähe von Hall zu bringen.⁴⁹ Mayer wusste allerdings nicht, dass Hofer und andere führende Nationalsozialist*innen zu diesem Zeitpunkt bereits über Mittelspersonen mit Alan Dulles, dem Repräsentanten des OSS in der Schweiz, in Kontakt waren, um ihre persönliche Zukunft nach Kriegsende abzusichern. Der höchste SS- und Polizeiführer in Italien, Karl Wolff, verhandelte in Bern mit Dulles über einen separaten Waffenstillstand mit den Westalliierten.⁵⁰ In seiner Eigenschaft als Oberster Kommissar der Operationszone Alpenvorland war Hofer auch an den geheimen Kapitulationsverhandlungen, die bereits zwischen der in Italien kämpfenden Heeresgruppe C und den Alliierten geführt wurden, beteiligt.⁵¹ Für Hofer war Mayer eine weitere Karte im Spiel um seine Aussichten nach der zu erwartenden Niederlage, die nur mehr eine Frage von wenigen Tagen war. Der von der Folter immer noch schwer mitgenommene Mayer wurde von Hofer zum Mittagessen eingeladen und hervorragend bewirtet. In dem anschließenden Gespräch, das sich um die politische und militärische Lage drehte, gewann Mayer den Eindruck, dass der Gauleiter ihn deshalb so gut behandelte, weil er ihn für Übergabeverhandlungen einsetzen wollte.⁵² Anschließend wurde Mayer wieder in das Gestapo-Hauptquartier in die Herrengasse zurückgebracht, allerdings mit dem strikten Befehl, weitere Folterungen zu unterlassen.⁵³ Über die weitere Zeit der Inhaftierung Mayers und die Umstände seiner Freilassung aus der Gestapohaft existieren unterschiedliche Versionen. Wann er aus der Herrengasse in das Konzentrationslager Reichenau am Stadtrand von Innsbruck überstellt wurde, ist unklar. Nach den Angaben Mayers wurde er am 27. April vom Gestapomann Walter Güttner in die Reichenau überstellt, aber unmittelbar nach seiner Einlieferung vom Fahrer des Kreisleiters dort abgeholt und zu Dr. Primbs in die Kreisleitung gebracht.⁵⁴

In der Zwischenzeit war Hofer von Wolff informiert worden, dass die Verhandlungen mit Dulles gescheitert waren, für die Westalliierten kam nur die bedingungslose Kapitulation in Frage. Damit gewann die Person Fred Mayer für Hofers weiteres Verhalten entscheidende Bedeutung.⁵⁵ Für Hofer stand nun nicht weniger als sein persönliches Schicksal und die Zukunft seiner Familie auf dem Spiel. Die militärische Lage war aussichtslos, die Niederlage nur mehr eine Frage von wenigen Tagen. Am 30. April kapitulierte die deutsche Heeresgruppe C in Italien, von Norden her zog sich die Heeresgruppe G mit der 1. und der 19. Armee vor den angreifenden Alliierten auf Tirol

49 Absprung nach Tirol, S. 4520.

50 Pirker, Codename Brooklyn, S. 254.

51 Wilfried Beimrohr, Das Kriegsende 1945 in Tirol, o. D., <https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/kunst-kultur/landesarchiv/downloads/kriegsende1945.pdf>, eingesehen 21.5.2020, S. 1.

52 Absprung nach Tirol, S. 4520.

53 Pirker, Codename Brooklyn, S. 256–257.

54 Absprung nach Tirol, S. 4521.

55 Pirker, Codename Brooklyn, S. 258.

und Vorarlberg zurück. In Tirol selbst waren so gut wie keine Fronteinheiten, sondern lediglich schwache Ausbildungs- und Versorgungseinheiten stationiert. Aber auch die Kampfkraft der beiden auf Tirol zurückweichenden Armeen, besonders der 19. Armee, war stark geschwächt, sie bestand nur mehr aus zwei Divisionen, diese Einheiten waren demoralisiert und teilweise in Auflösung begriffen. Die 19. Armee sollte in der Zone vom Arlberg bis östlich von Hall verteidigen, daran anschließend über Kufstein und Kitzbühel die 1. Armee. Diese war im Gegensatz zur 19. Armee in einem besseren Zustand, in ihren Reihen befanden sich auch einige Einheiten der Waffen-SS. Diesen schwachen deutschen Verbänden standen drei kampfstärke Divisionen der 7. US-Armee gegenüber. Die 44. Infanteriedivision griff, unterstützt von der 10. Panzerdivision, im Raum Vils-Reutte an. Die 103. Infanteriedivision operierte aus dem Raum Mittenwald gegen Scharnitz und Seefeld, ihr Ziel war Innsbruck. Als letzte drang die 36. Infanteriedivision aus dem Raum München kommend bei Kufstein in Tirol ein. Die 103. Infanteriedivision überschritt am 1. Mai die Tiroler Grenze bei Scharnitz und rückte nach einem kurzen Gefecht bis Seefeld vor. Am 2. Mai überwand die Division eine weitere deutsche Widerstandslinie bei Reith und erreichte am Vormittag des 3. Mai bei Zirl das Inntal westlich von Innsbruck. Die Stadt lief nun Gefahr, bombardiert oder unter Artilleriefeuer genommen zu werden, wenn sie verteidigt würde.⁵⁶

Mit dem Vorrücken der US-Armee sah auch die österreichische Widerstandsbewegung die Gelegenheit zur Beseitigung der Nazi Herrschaft und begann am Morgen des 2. Mai den bewaffneten Aufstand. Im Laufe des Tages wurden die in Innsbruck gelegenen Wehrmachtskasernen sowie die Gendarmeriekaserne weitgehend kampflos eingenommen.⁵⁷ Die Widerstandsgruppen waren jedoch in militärischer Einheit nicht gut organisiert. Wolfgang Pfaundler, selbst aktiver Widerstandskämpfer, bezeichnete sie als „wilde Haufen“.⁵⁸ So konnte es zu Zwischenfällen und Pannen kommen, wie Pfaundler beschreibt:

„Nach Übereinnahme des Postens wurden in der Innkaserne der Standortälteste, Oberleutnant Heinzle, und sein Adjutant, Hauptmann Wenter, verhaftet. Verlässliche Leute besetzten dort die Fernsprechvermittlungsstelle, welche direkten Anschluß an alle hohen Kommandostellen der ‚Festung Alpenland‘ hatte, und blieben nach Abzug des ‚Haufens‘ zurück (so Wolfram Bi.), wurden aber dann später verhaftet und auf ein Haar an Ort und Stelle fast erschossen, weil man vergessen hatte [!], die Wachmannschaft aufzulösen.“⁵⁹

Weitere Gespräche zwischen Mayer und Hofer, dem in der Zwischenzeit sämtliche Optionen außer der bedingungslosen Kapitulation entglitten waren, folgten. Die NS-Führer sahen die Widerstandsbewegung mittlerweile wohl eher als Gefahr für ihr persönliches Überleben an als die US-Truppen. Die Angst, von den Gegner*innen des Regimes festgenommen zu werden oder möglicherweise sogar in die Hände von Kriegsgefan-

56 Beimrohr, *Das Kriegsende 1945 in Tirol*, S. 3.

57 Ebd., S. 4.

58 Wolfgang Pfaundler, *Zum Problem des Freiheitskampfes 1938–1945 an Hand von Beispielen*, insbesondere des Widerstandes eines Tiroler Tales, phil. Diss. Innsbruck 1950, S. 79.

59 Ebd., S. 79–80.

genen oder Zwangsarbeiter*innen zu geraten, war bei ihnen wesentlich größer als die Scheu vor Kriegsgefangenschaft.⁶⁰

Schließlich erklärte sich Hofer bereit, in einer Rundfunkansprache Innsbruck zur offenen Stadt zu erklären und die Stadt ohne Kampf und ohne die Sprengung von Brücken zu übergeben. Im Gegenzug sicherte ihm Mayer zu, sein Möglichstes zu tun, um für Hofer und seinen Stab den Status kriegsgefangener Offiziere zu erreichen.⁶¹ Um 14.20 Uhr am 2. Mai begann Hofer seine Rundfunkansprache, in der er Innsbruck zur offenen Stadt erklärte und die Sprengung von Brücken in der Stadt verbot. Allerdings enthielt seine Rede keine Erklärung einer Kapitulation, sodass die amerikanischen Truppen, die an diesem Tag immer noch bei Reith gegen den deutschen Widerstand kämpften, nun ein Ultimatum stellten. Sollte Innsbruck nicht binnen vier Stunden übergeben werden, so würde die Stadt durch einen Luftangriff bombardiert und zerstört werden. Um 17.00 Uhr traf daraufhin ein Vertreter General Johannes v. Böhaimb, des Befehlshabers der Divisionsgruppe Nord, bei der 103. US-Infanteriedivision ein, um die Kapitulationsverhandlungen einzuleiten. Als Ergebnis dieser Verhandlungen fuhr der Nachrichtenoffizier der Division, Major Bland West, mit dem deutschen Parlamentär zum Befehlsstand Böhaimb auf die Hungerburg, um die Kapitulation entgegenzunehmen. Dieser war allerdings in der Zwischenzeit von einem Kommando der Widerstandsbewegung unter der Führung von Major Werner Heine festgenommen worden und hatte keine Befehlsgewalt mehr. Für die amerikanische Seite wäre es jedoch wichtig gewesen, dass ein deutscher Offizier für seinen Befehlsbereich kapituliert hätte. Da somit niemand mehr anwesend war, der in ihren Augen die Stadt übergeben hätte können, kehrte Major West ohne Ergebnis wieder zu seiner Division zurück.⁶² Aus amerikanischer Sicht herrschten in Innsbruck chaotische Zustände. Die reguläre Übergabe der Stadt war vorerst gescheitert, und auch die Widerstandsbewegung war nicht Herrin der Lage.⁶³

Für Fred Mayer, der zu diesem Zeitpunkt offenbar keinen Kontakt zu den Widerstandsgruppen mehr hatte, war an diesem Tag die Zeit gekommen, sich mit Hans Wijnberg in Oberperfuss in Verbindung zu setzen und ihn zu seiner Unterstützung nach Innsbruck zu holen. Gemeinsam mit Kreisleiter Dr. Primbs fuhr er in dessen Auto nach Oberperfuss und traf dort zum ersten Mal nach seiner Verhaftung am 20. April wieder mit seinem Funker zusammen. Beide zogen nun amerikanische Offiziersuniformen an, die in der Zwischenzeit aus dem Versteck in der Amberger Hütte herbeigeschafft worden waren und die ihnen höhere Ränge zuwiesen, als sie tatsächlich bekleideten. Anschließend ließen sie sich von Primbs auf den Lachhof fahren.⁶⁴

Am folgenden Morgen setzte die Widerstandsbewegung ihre Aktivitäten fort, nach der Besetzung der Polizeidirektion wurde gegen 11.00 Uhr auch der Sender Aldrans übernommen.⁶⁵ In Innsbruck herrschte inzwischen totales Chaos. Zurückweichende

60 Pirker, Codename Brooklyn, S. 262.

61 Absprung nach Tirol, S. 4521.

62 Rauchensteiner, Der Krieg in Österreich 1945, S. 324.

63 Pirker, Codename Brooklyn, S. 267.

64 Ebd., S. 264.

65 Beimrohr, Das Kriegsende 1945 in Tirol, S. 4.

Streitkräfte der Wehrmacht und der Waffen-SS strömten durch die Stadt, es kam zu Plünderungen. Die bewaffnete Widerstandsbewegung, die ursprünglich nur rund 150 Personen umfasst hatte, schwoll durch die unkontrollierte Ausgabe von Waffen auf eine Zahl von 2.000 an. Gegen 14.00 Uhr besetzte die Widerstandsbewegung das bereits von der NS-Verwaltung verlassene Landhaus.⁶⁶ Vereinzelt kam es zu teils beabsichtigten, teils versehentlichen Schießereien, die in der Nähe des heutigen Kaufhauses Tyrol ein Todesopfer forderten. Der Innsbrucker Gymnasialprofessor Franz Mair wurde, wahrscheinlich von Angehörigen der Waffen-SS, niedergeschossen und verstarb wenige Tage später.⁶⁷

Am Morgen des 3. Mai erfuhren Hofer, Mayer und Wijnberg von der am Vortag in Kraft getretenen Kapitulation des Heeresgruppe C in Italien. Um 14.00 Uhr verkündete der Gauleiter vor den amerikanischen Agenten und den am Lachhof versammelten NS-Funktionären die Bereitschaft zur bedingungslosen Übergabe Innsbrucks und deren Erklärung zur offenen Stadt. In der Folge internierte Mayer Hofer sowie die anwesenden lokalen NS-Größen und übergab Hans Wijnberg das Kommando über die dortige Wachmannschaft.⁶⁸ Anschließend ließ er sich von einem Chauffeur in einem privaten PKW in den Westen von Innsbruck fahren, wo er bei Zirl auf die Vorposten der 103. US-Infanteriedivision, die sich gerade zu einem Angriff auf Innsbruck formierte, traf. Der in amerikanischer Uniform auftretende Mayer wurde zu Major Bland West gebracht, dem er die Lage auf dem Lachhof und die Kapitulationsbereitschaft des Gauleiters Hofer erklärte. Damit war die Gefahr eines Angriffes auf Innsbruck vorläufig abgewendet. Mayer kehrte nun mit Major West zum Lachhof zurück, wo der Amerikaner die offizielle Kapitulation des Gauleiters entgegennahm. Thomas Albrich zitiert dazu in seinem Buch „Franz Weber. Widerstand und Politik“ aus den Erinnerungen des ebenfalls anwesenden NS-Gauinspektors Klaus Mahnert: „Wir erwarteten die Amerikaner, die am Abend des 3. Mai eintrafen und unsere Internierung, vorläufig am Lachhof, aussprachen.“⁶⁹ Bei ihnen befand sich auch Leutnant Ludwig Steiner, den die Widerstandsbewegung noch in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai zu den Amerikanern geschickt hatte, wo er mehr oder weniger vergeblich mit diesen verhandelt hatte.⁷⁰

Einzelne deutsche Einheiten leisteten bei Zirl trotz des Befehls des Gauleiters immer noch Widerstand. Hans Wijnberg wurde entsandt, um die Anordnung Hofers persönlich zu überbringen. Als er dort anlangte, hatten die amerikanischen Truppen diese Stellungen allerdings bereits niedergekämpft. Der Weg nach Innsbruck war somit frei. Das 1. Bataillon der 103. US-Infanteriedivision marschierte um 19.45 Uhr in Innsbruck ein, „in the midst of chaos and confusion“, wie das Kriegstagebuch der Division vermerkte.⁷¹ Innsbruck war ohne weiteres Blutvergießen befreit worden.

66 Beimrohr, Das Kriegsende 1945 in Tirol, S. 4.

67 Ebd., S. 4–5.

68 Schönherr, Unternehmen Greenup, S. 4512.

69 Thomas Albrich, Franz Weber. Widerstand und Politik, Innsbruck 2019, S. 51.

70 Pirker, Codename Brooklyn, S. 268.

71 Ebd., S. 270.

4. Amerikanische Agenten oder österreichischer Widerstand: Die Rezeption im Österreich der Nachkriegszeit

„Ihnen verdanken wir Innsbrucks Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft ohne die geplante Bombardierung, ohne neues Blutvergießen. Nach 75 Jahren ist es wirklich an der Zeit, uns auch in Innsbruck an sie zu erinnern.“⁷² Mit diesen Worten würdigte der Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi am 3. Mai 2020 in einer zum 75. Jahrestag der unblutigen Befreiung Innsbrucks vom Balkon des Innsbrucker Rathauses gehaltenen Rede die drei OSS-Agenten Fred Mayer, Hans Wijnberg und Franz Weber. Der Dank des Innsbrucker Bürgermeisters an diese drei Männer ist zweifellos auch 75 Jahre nach den Ereignissen des Frühjahres 1945 noch immer keine Selbstverständlichkeit. Viele Jahre wurde die Rolle, die das Greenup-Team in diesen Tagen bei der Befreiung Innsbrucks spielte, in der österreichischen Nachkriegswahrnehmung vernachlässigt, an den Rand gedrängt oder ganz verschwiegen. Dabei überwog eine idealisierende Darstellung der Selbstbefreiung Innsbrucks durch den einheimischen Widerstand, die letztlich auch die allgemeine Wahrnehmung lange Zeit beeinflusste.

Mit der Veröffentlichung seines Buches „Codename Brooklyn. Jüdische Agenten im Feindesland. Die Operation Greenup 1945“ im Frühjahr 2019 rüttelte Peter Pirker entschieden an dem festgefahrenen Narrativ von einer Stadt, die sich selbst befreit und das Joch des NS-Regimes aus der Kraft seines eigenen Widerstandes heraus abgeschüttelt hatte. Heftige Diskussionen auf den Leserbriefseiten der „Tiroler Tageszeitung“ waren die Folge. Noch in der am 14. Mai 2020 erschienenen Ausgabe der Wochenzeitschrift „Die Furche“ kritisierte die Familie des 2015 verstorbenen Widerstandskämpfers und langjährigen Nationalratsabgeordneten Ludwig Steiner, dass in Pirkers Buch der Tiroler Anteil an der „Selbstbefreiung“ zu sehr in den Hintergrund gedrängt werde. „Codename Brooklyn“ konzentrierte sich bei der Beschreibung der damaligen Geschehnisse „zu sehr auf die amerikanische Sicht der Ereignisse“.⁷³

Gegen diese Feststellung muss allerdings eingewendet werden, dass die Geschichte vom Tiroler Anteil an der „Selbstbefreiung“ für Jahrzehnte alle anderen Beteiligten weitgehend in den Hintergrund gedrängt hat, sodass das Buch Pirkers, dem umfangreiche Recherchen in amerikanischen Archiven zugrunde liegen, lediglich ein längst notwendiges Korrektiv zur österreichischen Nachkriegsliteratur darstellt. So zeigen sich bei deren näherer Untersuchung sehr bald Widersprüchlichkeiten, Ungenauigkeiten und historische Unrichtigkeiten.

Das wohl interessanteste und auch meistgelesene Werk in diesem Zusammenhang ist Fritz Moldens „Fepolinski und Waschlapski auf dem berstenden Stern“ aus dem Jahr 1976⁷⁴, in dem Molden seine Jugend in Wien, seine Erlebnisse als Soldat in der deutschen Wehrmacht und vor allem seine spätere Tätigkeit in der österreichischen Widerstandsbewegung schildert. Moldens Aussage im Vorwort zu diesem Buch, dass alle

72 Tirol Heute, Österreichischer Rundfunk ORF Tirol, 20 min., Innsbruck 3.5.2020, 19 Uhr, 4:44–5:02 min.

73 Wolfgang Machreich, Innsbruck schlüsselfertig übergeben, in: *Die Furche* 20, 14.5.2020, S. 7.

74 Fritz Molden, *Fepolinski und Waschlapski auf dem berstenden Stern*, Genehmigte Taschenbuchausgabe, München 1980.

von ihm beschriebenen Handlungen und Geschehnisse den Tatsachen entsprechen würden, muss allerdings für zumindest einige Passagen stark angezweifelt werden. So werden wilde Schießereien zwischen widerstandskämpfenden Personen und der Gestapo bzw. der SS geschildert, wie anlässlich der Razzia der Gestapo am 27. April 1945 auf der Kemater Alm, die so nicht stattgefunden hat.⁷⁵ Fred Mayer, der von der amerikanischen Seite als „Scout Liaison Officer“, also als Verbindungsoffizier zum O5 bzw. POEN in Tirol, ausgewählt worden sei, lernte er angeblich in Paris kennen.⁷⁶

„Mayer wurde am Sulztaler Ferner abgeworfen und führte die Öztaler Partisanen; von der Gestapo im April 1945 gefangengenommen, kam er ins KZ Reichenau bei Innsbruck, von wo er flüchtete, um an der Befreiung Tirols mit der Waffe in der Hand teilzunehmen.“⁷⁷

Auch diese Schilderung entsprang zum Großteil Moldens Fantasie, ebenso wie der Bericht von einem angeblichen Wiedersehen mit Mayer, den Molden mit Sicherheit gar nicht gekannt hat, in Innsbruck nach der Befreiung: „Plötzlich kam ein amerikanischer Offizier in einer wilden Phantasieuniform zur Türe herein. Es war Freddy Mayer, unser Verbindungsoffizier aus dem Ötztal. Wir begrüßten uns jubelnd und waren froh, uns gegenseitig noch am Leben anzutreffen.“⁷⁸ Ähnlich fantasievoll geht Molden auch in einem weiteren Buch, dem 1988 erschienenen Werk „Die Feuer in der Nacht. Opfer und Sinn des österreichischen Widerstandes 1938–1945“⁷⁹ mit den Vorgängen in Innsbruck und der Person Fred Mayers um. Die Zahl der Todesopfer der Razzia auf der Kemater Alm wird nunmehr präzisiert: „Bei Kämpfen wurde der Funker Ludwig Novacek getötet, ebenso sieben weitere Widerstandskämpfer und eine Anzahl von Angehörigen der Gestapo und der SS.“⁸⁰ In Wahrheit wurden die wenigen Mitglieder der Widerstandsbewegung, die sich zur Zeit der Razzia auf der Kemater Alm aufhielten, um 5.00 Uhr morgens im Schlaf überrascht und verhaftet, lediglich Ludwig Totzenberger („Karl Novacek“) wurde bei einem Fluchtversuch erschossen.⁸¹ Fred Mayer ist jetzt nicht mehr der Anführer der Öztaler Partisanen, sondern hält mit seinem Greenup-Team die Funkverbindung zwischen den Tiroler Widerstandszentren und den Alliierten aufrecht.⁸²

Ludwig Steiner, in der Nachkriegszeit ÖVP-Nationalratsabgeordneter, Staatssekretär im Außenministerium und Botschafter der Republik Österreich, war als Leutnant im Gebirgsjäger Ersatzbataillon 136 und Adjutant von Major Heine im April und Mai 1945 führend am Innsbrucker Widerstand beteiligt. In der Nacht vom 2. auf den 3. Mai versuchte er im Auftrag der Widerstandsbewegung Kontakt mit den vorrückenden amerikanischen Truppen herzustellen, was ihm infolge des widrigen Wetters erst in den Morgenstunden des 3. Mai gelang. Seine Bemühungen, die amerikanischen Streitkräf-

75 Molden, Fepolinski und Waschlapski auf dem berstenden Stern, S. 392.

76 Ebd., S. 316.

77 Ebd., S. 317.

78 Ebd., S. 391.

79 Fritz Molden, Die Feuer in der Nacht. Opfer und Sinn des österreichischen Widerstandes 1938–1945, Wien-München 1988.

80 Molden, Die Feuer in der Nacht, S. 188.

81 Pirker, Codename Brooklyn, S. 248.

82 Molden, Die Feuer in der Nacht, S. 186.

te zum möglichst raschen Vorrücken auf Innsbruck zu veranlassen, gestalteten sich schwierig, da diese erst Aufklärungstrupps vorschicken wollten, um die Lage abzuklären. Erst als am Nachmittag Fred Mayer eintraf, kam Bewegung in die Angelegenheit. Steiner selbst beschrieb diesen Vorgang in einem im Herbst 1945 abgefassten Bericht. Nachdem Mayer die Bereitschaft des Gauleiters zur Kapitulation gemeldet habe, sei dieser mit Major West, einem Dolmetscher und ihm zum Lachhof gefahren:

„Am Lachhof kommen wir gegen 18.00 an, dort finden dann gleich die Kapitulationsverhandlungen statt. Anwesend sind: Hofer, Parson, Primbs, Mahnert, Walser – Kptn. Mayer, ein Funker desselben [gemeint ist wohl Hans Wijnberg], Mj. West, 1. Generalstabsoffz. der Kaktusdivision, ein amer. Obltn. als Dolmetscher und ich.“⁸³

In Steiners Erinnerungen „Der Botschafter. Ein Leben für Österreich“ aus dem Jahr 2005 hat sich allerdings die Darstellung dieses Geschehens vollkommen geändert, die Begegnung mit Mayer findet hier erst am Lachhof statt:

„Ich erklärte den Amerikanern, wie sie unter Umgehung des Stadtzentrums von Innsbruck dorthin [zum Lachhof] gelangen konnten. Gegen 16 Uhr fuhren wir mit mehreren Jeeps von Zirl ab. [...] Ich staunte nicht schlecht, als plötzlich der amerikanische Oberleutnant Fred Mayr hereinkam, den ich zuletzt vor drei Monaten als Funker auf der Kemater Alm getroffen hatte. Er war mit dem Fallschirm abgesprungen und von unseren Freunden in der Kemater Alm untergebracht und laufend mit Lebensmitteln und Nachrichten versorgt worden.“⁸⁴

Abgesehen davon, dass Steiner Fred Mayer nicht auf der Kemater Alm getroffen haben kann, da sich dieser dort nie aufgehalten hatte, kommt nun das Verdienst, die Amerikaner auf den Lachhof zur Kapitulation des Gauleiters gebracht zu haben, ihm selbst zu.

Eine besondere Verzerrung der Geschehnisse der ersten Maitage in Innsbruck, die angesichts der Opfer, welche die Angehörigen der US-Armee noch bei ihrem Vordringen nach Tirol gebracht hatten, geradezu zynisch anmutet, gelang allerdings Karl Gruber, als er in seinem Buch „Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen“ aus dem Jahr 1976, schrieb:

„Inzwischen marschierte die amerikanische siebente Armee verhältnismäßig rasch in Bayern vor, wobei sie es allerdings peinlich vermied, in Alpentäler einzudringen. Selbst als sich die Stadt Innsbruck schon in unseren Händen befand, wollten die Amerikaner noch immer auf schwere Waffen warten, bevor sie nach Tirol vorstießen.“⁸⁵

83 Bericht des Ludwig Steiner betreffend Tätigkeit der Gruppe Gruber – Molden – Mair – Pfaundler, Innsbruck, ab Sommer 1944, Ende August 1945, Privatbesitz Ferdinand Zöllner, DÖW 7203, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934–1945. Eine Dokumentation, Bd. 2, Wien 1984, S. 527–530, hier S. 530.

84 Ludwig Steiner, Der Botschafter. Ein Leben für Österreich, Bozen 2005, S. 102–104.

85 Karl Gruber, Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen, Wien u. a. 1976, S. 36.

Die Antwort auf die Frage, wie es dann den amerikanischen Truppen gelingen konnte, am Abend des 3. Mai so rasch nach Innsbruck zu kommen,⁸⁶ blieb Gruber allerdings schuldig. Es ist überflüssig zu sagen, dass Fred Mayer und die Operation Greenup in seinem Buch keinen Platz fanden.

Die führenden Köpfe der Widerstandsbewegung bauten das Narrativ von der Selbstbefreiung Innsbrucks in den Nachkriegsjahren systematisch aus. So verstieg sich Otto Molden 1958 zu der Feststellung:

„Durch die revolutionäre Aktion der in der Widerstandsbewegung vereinigten aktivistischen Gruppen der Bevölkerung hatte Tirol selbst das Dritte Reich innerhalb seiner Landesgrenzen gestürzt und die Wiederauferstehung Österreichs proklamiert.“⁸⁷

Noch in der Parlamentsenquete, die 2005 anlässlich des sechzigsten Jahrestages des Wiedererstehens der Republik Österreich unter dem Titel „Widerstand in Österreich 1938–1945“ stattfand, propagierte sein Bruder Fritz in einer Podiumsdiskussion dieselbe Darstellung:

„Ich selbst befand mich in den letzten Kriegswochen teils im Alliierten Hauptquartier in Caserta, teils bei Widerstandsgruppen in Mailand und Südtirol im Einsatz. Von dort kam ich noch rechtzeitig zur Befreiung der Stadt Innsbruck. Karl Gruber besetzte mit seinen Gruppen die Kasernen und das Landhaus. Die letzten deutschen Generäle und Naziführer wurden verhaftet. Innsbruck hatte sich am 2. Mai 1945 als einzige Stadt Großdeutschlands selbst befreit, noch bevor die Amerikaner kamen.“⁸⁸

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Mitglieder der Tiroler Widerstandsbewegung die Bedeutung ihrer eigenen Aktionen im Rückblick weit übertrieben.⁸⁹ Die ehrgeizigen Pläne und Vorhaben standen in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Ergebnis. Die Zahl der aktiven Mitglieder war ebenso unzulänglich wie deren Ausbildung, darüber hinaus erlaubte die mangelnde Bewaffnung kaum sinnvolle militärische Aktionen.⁹⁰ So ist es nicht verwunderlich, dass der Tiroler Widerstand bis Ende April 1945 nicht in der Lage war, bewaffnete Operationen durchzuführen.⁹¹ Erst die Auflösungserscheinungen des NS-Regimes ebenso wie das Vordringen der amerikanischen Truppen auf österreichisches Gebiet erzeugten ein Machtvakuum, das es auch einer kleinen Gruppe wie dem Innsbrucker Widerstand ermöglichte, aktiv zu werden.⁹² Die

86 Gruber, *Ein politisches Leben*, S. 46–47.

87 Otto Molden, *Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938–1945. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Widerstandsbewegung*, Wien u. a. 1958, S. 327.

88 Fritz Molden, Podiumsdiskussion „Widerstand in Österreich 1938–1945“, in: Stefan Karner/Karl Duffek (Hrsg.), *Widerstand in Österreich 1938–1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005*, Wien 2005, S. 265–269, hier S. 268.

89 Schreiber, *Endzeit*, S. 379.

90 Johann Holzner, *Überparteiliche Widerstandsgruppen – die Befreiung Tirols*, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934–1945. Eine Dokumentation*, Bd. 2, Wien 1984, S. 534–536, hier S. 534.

91 Schreiber, *Endzeit*, S. 337.

92 Ebd., S. 357.

führenden Funktionäre des NS-Regimes, der Gauleiter, der Kreisleiter sowie die Angehörigen der SS und Gestapo, die lange den Endkampf bis zur letzten Person beschworen hatten, bevorzugten zuletzt doch die Sicherung des eigenen Überlebens. Dieser Umstand, das Zusammenwirken mit österreichischen Angehörigen der Wehrmacht und mit deutschen Offizieren, besonders aber die Tätigkeit der Agenten der Operation Greenup, ermöglichten es der bis dahin schwachen Widerstandsbewegung, am 3. Mai 1945, kurz vor dem Einmarsch der 103. US-Infanteriedivision, die Macht in Innsbruck zu übernehmen.⁹³ Trotzdem darf bei einer Einschätzung der Leistungen des Tiroler Widerstandes nicht vergessen werden, welches Risiko dessen Mitglieder bis in die letzten Tage der NS-Herrschaft eingingen. Bis zuletzt drohten ihnen Verhaftung, Folterung und Tod.⁹⁴ Der Gymnasialprofessor Franz Mair, eines der führenden Mitglieder der Innsbrucker Widerstandsbewegung, wurde noch wenige Stunden vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen von einer abrückenden SS-Einheit erschossen.⁹⁵

5. Fazit

Die Operation Greenup war ein vom amerikanischen Geheimdienst OSS geplanter und durchgeführter Einsatz, mit dem Agenten in der Nähe von Innsbruck abgesetzt wurden, um Erkenntnisse über den für die in Italien kämpfenden Truppen der deutschen Wehrmacht lebensnotwendigen Eisenbahnverkehr über den Brennerpass zu gewinnen. Dass diese Agenten, vor allem der Anführer der Gruppe, Fred Mayer, eine entscheidende Rolle bei der Befreiung Innsbrucks durch die US-Armee spielen würden, war zu Beginn der Aktion für keinen der Beteiligten abzusehen. Durch die Vernetzung bis dahin getrennt agierender Widerstandszirkel leistete Mayer einen wichtigen Beitrag zur Entstehung einer geschlossenen Innsbrucker Widerstandsbewegung. Trotzdem wäre diese nicht in der Lage gewesen, in den letzten Stunden vor dem Eintreffen der US-Truppen in der Stadt die Macht zu übernehmen, wenn nicht besondere Umstände dies begünstigt hätten. Einen wesentlichen, wenn auch unbewussten Anteil an der unblutigen Befreiung Innsbrucks hatte der Gauleiter Franz Hofer, mit dem Bestreben sich verschiedene Möglichkeiten für seine persönliche Zukunft nach Kriegsende offenzuhalten. Hofer lavierte in diesen Tagen zwischen Treue zum Führer und seinem eigenen Schicksal nach dem Ende des Dritten Reiches.⁹⁶ Als seine Option eines Separatfriedens mit den westlichen Alliierten in den letzten Apriltagen 1945 scheiterte, blieb ihm als letzte Möglichkeit nur mehr die Person des amerikanischen Agenten Fred Mayer, von dessen Anwesenheit und Zusagen er sich günstige Perspektiven für eine schonende Behandlung durch die Siegerseite erwartete. Dass Mayer diese Chance zu nützen verstand und so zur unblutigen Befreiung Innsbrucks wesentlich beitrug, ist ein Verdienst, das viele Jahre nach Kriegsende kaum oder gar nicht gewürdigt wurde.

In der österreichischen Nachkriegsliteratur spielte das Greenup-Team, wenn überhaupt,

93 Schreiber, *Endzeit*, S. 339.

94 Holzner, *Überparteiliche Widerstandsgruppen*, S. 535–536.

95 Horst Schreiber, *Widerstand und Erinnerung in Tirol 1938–1998*. Franz Mair. Lehrer, Freigeist, Widerstandskämpfer, Innsbruck u. a. 2000, S. 91.

96 Schreiber, *Endzeit*, S. 353.

nur eine Nebenrolle. Fred Mayer selbst wurde häufig als „Verbindungsoffizier“ zwischen der österreichischen Widerstandsorganisation O5 und den Alliierten dargestellt. Dieses vor allem von Akteur*innen des Widerstandes wie Karl Gruber, Ludwig Steiner sowie Fritz und Otto Molden geprägte Bild passte bestens zu dem in der Moskauer Deklaration 1943 geforderten eigenen Beitrag Österreichs zu seiner Befreiung, der ein wichtiger Bestandteil des Weges zum Österreichischen Staatsvertrag war.⁹⁷ Es ging vor allem darum, Österreich als erstes Opfer des nationalsozialistischen Deutschland darzustellen, das sich zumindest teilweise selbst von der NS-Herrschaft befreit hatte. Den Gebrüdern Molden war auch daran gelegen, die eher bescheidene Rolle ihrer Organisation O5 entsprechend aufzuwerten.⁹⁸ Trotz der Bewunderung für den Mut der österreichischen Widerstandskämpfer*innen und des Respekts vor den Opfern des Nationalsozialismus darf eines nicht übersehen werden: Es waren letztlich die Armeen der Alliierten, im konkreten Fall Innsbrucks die 103. US-Infanteriedivision, die Österreich und Innsbruck unter großen eigenen Opfern befreit haben.

6. Literatur und Quellen

Absprunng nach Tirol – Von den Finstertaler Seen auf den Lachhof. Maschinenschriftliches Manuskript vom 13. Dezember 1960 nach einem Interview mit Frederick Mayer, in: Das Fenster 23 (1989), Heft 46, S. 4516–4523.

Albrich, Thomas, Franz Weber. Widerstand und Politik, Innsbruck 2019.

Beimrohr, Wilfried, Das Kriegsende 1945 in Tirol, o. D., <https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/kunst-kultur/landesarchiv/downloads/kriegsende1945.pdf>, eingesehen 21.5.2020.

Bericht des Ludwig Steiner betreffend Tätigkeit der Gruppe Gruber – Molden – Mair – Pfaundler, Innsbruck, ab Sommer 1944, Ende August 1945, Privatbesitz Ferdinand Zöllner, DÖW 7203, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934–1945. Eine Dokumentation, Bd. 2, Wien-München 1984, S. 527–530.

Gehler, Michael, Anpassung, Mittun, Resistenz und Widerstand. Charakteristika, Probleme und Ambivalenzen von Oppositionsverhalten am Beispiel des Karl Gruber 1934–1945, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes 2002, Wien 2002, S. 69–87.

Gruber, Karl, Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen, Wien u. a. 1976.

97 Wolfgang Neugebauer, Widerstand in Österreich – ein Überblick, in: Stefan Karner/Karl Duffek (Hrsg.), Widerstand in Österreich 1938–1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005, Wien 2007, S. 27–35, hier S. 35.

98 Schreiber, Endzeit, S. 379.

Holzner, Johann, Überparteiliche Widerstandsgruppen – die Befreiung Tirols, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934–1945. Eine Dokumentation*, Bd. 2, Wien-München 1984, S. 534–536.

Langer, Emily, Jewish Spy was part of a U.S. team that dared return to Nazi Germany, in: *The Washington Post*, 27.4.2016.

Lee, Min Sok, *The Real Inglorious Bastards*, Dokumentation auf YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=8ou4PtFa3HM>, 51:32 min., Toronto 2012.

Luza, Radomir, *Der Widerstand in Nord- und Osttirol 1938–1945*, in: Andreas Maislinger/Anton Pelinka (Hrsg.), *Handbuch zur neueren Geschichte Tirols*, Bd. 2, Zeitgeschichte 1. Teil, Politische Geschichte, Innsbruck 1993, S. 313–346.

Machreich, Wolfgang, Innsbruck schlüsselfertig übergeben, in: *Die Furche* 20, 14.5.2020, S. 7.

Molden, Fritz, *Die Feuer in der Nacht. Opfer und Sinn des österreichischen Widerstandes 1938–1945*, Wien-München 1988.

Ders., *Fepolinski & Waschlapski auf dem berstenden Stern*, München 1980.

Ders., Podiumsdiskussion „Widerstand in Österreich 1938–1945“, in: Stefan Karner/Karl Duffek (Hrsg.), *Widerstand in Österreich 1938–1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005*, Wien 2007, S. 265–269.

Molden, Otto, *Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938–1945. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Widerstandsbewegung*, Wien u. a. 1958.

Neugebauer, Wolfgang, *Widerstand in Österreich – ein Überblick*, in: Stefan Karner/Karl Duffek (Hrsg.), *Widerstand in Österreich 1938–1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005*, Wien 2007, S. 27–35.

Persico, Joseph E., *Geheime Reichssache. Der US-Geheimdienst im Untergrundkampf gegen die deutsche Kriegsführung*, Wien u. a. 1980.

Pfaundler, Wolfgang, *Zum Problem des Freiheitskampfes 1938–1945 an Hand von Beispielen, insbesondere des Widerstandes eines Tiroler Tales*, phil. Diss. Innsbruck 1950.

Pirker, Peter, *Codename Brooklyn. Jüdische Agenten im Feindesland. Die Operation Greenup 1945*, Innsbruck-Wien 2019.

Rauchensteiner, Manfred, *Der Krieg in Österreich 1945 (Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums 5)*, Wien 1984.

Schönherr, Luis, *Unternehmen Greenup. Der amerikanische Geheimdienst in Innsbruck*, in: *Das Fenster* 23 (1989), Heft 46, S. 4495–4515.

Schreiber, Horst, *Endzeit. Krieg und Alltag in Tirol 1945*, Innsbruck 2020.

Ders., Widerstand und Erinnerung in Tirol 1938–1998. Franz Mair. Lehrer, Freigeist, Widerstandskämpfer, Innsbruck u. a. 2000.

Steiner, Ludwig, Der Botschafter. Ein Leben für Österreich, Bozen 2005.

Tirol Heute, Österreichischer Rundfunk ORF Tirol, 20 min., Innsbruck 3.5.2020, 19:00 Uhr.

Dietmar Riedl ist Student im Masterstudium Geschichtswissenschaft an der Universität Innsbruck. Dietmar.Riedl@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Dietmar Riedl, Amerikanische Geheimdienstaktivitäten in Tirol: Operation Greenup, in: *historia.scribere* 14 (2022), S. 207–227, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 21.6.2022 (=aktuelles Datum).

Österreichische Waffenexporte in den Globalen Süden. Der Diskurs um Panzerexporte im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Leonhard Lorenz Knabl

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Ass.-Prof. Mag. Dr. Eric Burton

eingereicht im: SoSe 2021

Rubrik: Bachelor-Arbeit

Abstract

Austrian Arms Exports to the Global South. The Discourse About Tank Exports in Public Service Broadcasting

In the 1970s and 1980s, the Austrian arms industry sold a high proportion of their production to authoritarian regimes and dictatorships in the Global South. If these arms exports, especially tank sales, came to public attention it resulted in a storm of indignation, criticism, and protest. This bachelor thesis examines the reasons for the great public interest in these exports and analyses the discourses as well as arguments for and against the arms deals by looking at radio broadcasts. Radio broadcasts as source material are especially interesting, since they provide supposedly objective reporting independent of political biases.

1. Einleitung

Die österreichische Rüstungsindustrie profitierte in der zweiten Hälfte der 1970er- bis Beginn der 1980er-Jahre stark von Waffenexporten in den Globalen Süden und es waren Panzer des Betriebs Steyr-Daimler-Puch, die als Exportprodukt hauptsächlich (Jagdpanzer vom Typ Kürassier sogar ausschließlich) in die Dritte Welt¹ verkauft wurden. Die

¹ Gerald Hödl versteht unter dem Begriff „Dritte Welt“ die Staaten Afrikas, Südamerikas, Asiens und des Nahen Ostens (inklusive China, Vietnam, Kuba, Südafrika, ohne Japan und Sowjetunion/Russland): Gerald Hödl, Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995, Wien 2004, S. 7. In der vorliegenden Arbeit wird der im Kontext der Zeit passende Begriff „Dritte Welt“ im selben Sinn verwendet.

wichtigsten Kunden waren Diktaturen und Regime, welche die Panzer für innere Sicherheit, Bürgerkriege und bewaffnete Aggressionen benötigten. Kamen solche Waffenexporte an die Öffentlichkeit – für den involvierten Betrieb im Idealfall nach erfolgreichem Abschluss – so waren Entrüstung, Kritik und Protest die Folge. Doch welche Auslöser gab es für das Bekanntwerden und das darauffolgende große öffentliche Interesse an den Waffenverkäufen und von welchen Seiten kam Kritik? Welche Pro- und Contra-Argumente wurden schließlich in Debatten um österreichische Waffenexporte genannt? Die vorliegende Arbeit behandelt diese Fragestellungen, wobei als These gilt, dass vor allem linke Gruppen die Geschäfte publik machten und anhand der humanitären Situation in den Empfängerländern kritisierten, während konservative Kreise die Exporte durch innerösterreichische Aspekte, wie die Bedeutung für den Arbeitsmarkt, zu legitimieren suchten.

Ö1-Mittagsjournale des Österreichischen Rundfunks, digitalisiert verfügbar über die Österreichische Mediathek, sind die Hauptquelle der Arbeit. Sie geben die Debatten um Waffenexporte mit dem Anspruch eines parteifernen, objektiven Standpunkts wieder. Der Forschungsschwerpunkt liegt bei der Analyse der Journale auf den großen, für die Öffentlichkeit deutlich wahrnehmbaren Argumentationslinien, weniger auf den Aussagen und dem Sprachgebrauch einzelner Personen und politischer Parteien.

Österreichische Waffenexporte wurden in wissenschaftlichen Publikationen bisher nur wenig behandelt und Literatur, die sich den waffenproduzierenden Betrieben widmet, hat einerseits die Tendenz, den Umfang der Waffenproduktion herunterzuspielen, andererseits die durchgeführten Exporte als große Leistung und Beweis österreichischer Innovation und Qualität zu werten.² Peter Pilz widmet sein Buch „Die Panzermacher“³ von 1982 zu weiten Teilen den umstrittenen Waffenexporten. Spätere Geschäfte, etwa die Fortsetzung des Marokko-Geschäfts, werden darin allerdings nicht behandelt. Es ist „Geschäfte mit der Entwicklung“⁴ aus dem Jahr 1986, das Einblicke in diese späteren Vorfälle gibt. Gerald Hödl setzt sich in seinem Buch „Österreich und die Dritte Welt“⁵ aus dem Jahr 2004 mit Entwicklungshilfe auseinander und ist für die vorliegende Arbeit relevant, da er neben seinem eigentlichen Forschungsschwerpunkt auch Waffenexporte untersucht.

Zu Beginn der Arbeit werden die gesetzlichen Grundlagen österreichischer Waffenexporte vorgestellt, worauf ein Kapitel zu Verkäufen in den Globalen Süden mit Schwerpunkt auf Panzerverkäufen folgt. Anschließend wird das Quellenmaterial vorgestellt, um auf den größten Teil der Arbeit, die Analyse der Diskussionen um einzelne Panzergeschäfte (Chile, Bolivien, Argentinien, Marokko), überzuleiten.

der weniger abwertend konnotierte, im behandelten Zeitraum weniger geläufige Begriff des „Globalen Südens“ wird ebenfalls fallweise benutzt.

2 Folgendes Buch lässt sich in diese Linie einordnen: Roman Sandgruber/Michael John (Hrsg.), *Tradition – Innovation. Industrie im Wandel. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft*, Steyr 1998.

3 Peter Pilz, *Die Panzermacher. Die österreichische Rüstungsindustrie und ihre Exporte*, Wien 1982.

4 Walter Pohl/Guido Rüthemann u. a., *Geschäfte mit der Entwicklung. Österreich und die Dritte Welt*, Wien 1986.

5 Hödl, *Österreich*.

2. Gesetzliche Bestimmungen zum Waffenexport

Die wichtigste gesetzliche Grundlage für österreichische Waffenexporte ist das sogenannte Kriegsmaterialgesetz (KMG – Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial)⁶, das nach Bekanntwerden der Lütgendorf-Affäre⁷ verabschiedet wurde und bis heute gilt. Das Gesetz legt die Zuständigkeiten der Bewilligung von Waffenexporten fest, die „vom Bundesminister für Inneres in Einvernehmen mit dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesminister für Landesverteidigung nach Anhörung des Bundeskanzlers erteilt“⁸ wurden. Eine Bewilligung ist nicht zu geben, wenn völkerrechtliche, außenpolitische, neutralitätspolitische, sicherheitspolizeiliche, militärische oder „vergleichbare gewichtige Bedenken“ gegen eine Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial sprechen.⁹ Die Klassifikation von Kriegsmaterial findet sich in einer Verordnung der Bundesregierung vom 22. November 1977 und reicht von halbautomatischen Gewehren über Granaten und Minen bis hin zu Kriegsland-, Kriegsluft- und Kriegswasserfahrzeugen. Produkte, die sich in der Auflistung nicht finden oder für die Ausnahmen gelten, sind Jagd- und Sportgewehre, Jagd- und Sportpatronen, Handfeuerwaffen und Militärlastwagen. Bei Produktionsmaschinen und Anlagen sind schließlich nur jene betroffen, die ausschließlich Kriegsmaterial herstellen können.¹⁰

Die Klassifikation weist also Lücken auf, die in der Vergangenheit auch entsprechend ausgenutzt wurden. So wurden die Waffen und Patronen, die im Zuge der „Lütgendorf-Affäre“ nach Syrien transportiert werden sollten, im Bericht des Untersuchungsausschusses als „Sportartikel“ und „Sportmunition“ bezeichnet.¹¹ Ähnlich verhielt es sich 1980 bei einem österreichischen Export nach El Salvador: 32 Tonnen Munition gingen deklariert als „Sportmunition“ an das Kriegsministerium des Bürgerkriegslandes.¹²

Ergänzungen am KMG erfolgten 1982 (Verbot von Lieferungen in Konfliktregionen¹³ und Berücksichtigung der Menschenrechtssituation).¹⁴ Eine tatsächliche Änderung der Bewilligungspraxis lässt sich, zumindest hinsichtlich von Exporten der Steyr-Daimler-Puch AG, allerdings nicht feststellen und es wurden weiterhin die meisten Exportanträge bewilligt, selbst wenn die Empfängerländer den Richtlinien klar widerspra-

6 Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz – KMG), BGBl. 540/1977.

7 Ende 1976 versuchte Alois Weichselbaumer, ein Freund von Verteidigungsminister Karl Lütgendorf, 600 Scharfschützengewehre und 400.000 Schuss Munition (aus Heeresbeständen vorgestreckt) an den syrischen Kriegsminister Mustafa Tlass zu liefern, die Ausfuhr wurde jedoch durch den Zoll verhindert. Interne Ermittlungen blieben folgenlos und erst die Recherchen des Chefredakteurs der „Wochenpresse“, Gerald Freihofner, brachten die Ereignisse 1977 als „Lütgendorf-Affäre“ an die Öffentlichkeit: Kurt Tozzer/Günther Kallinger, Todesfalle Politik. Vom OPEC-Überfall bis zum Sekyra-Selbstmord, St. Pölten-Wien 1999, S. 22–24.

8 Pilz, Die Panzermacher, S. 77–85.

9 Ebd.

10 Ebd.

11 Ebd., S. 149.

12 Ebd., S. 130; Pohl/Rüthemann u. a., Geschäfte, S. 160.

13 Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz – KMG), BGBl. 540/1977 idF 358/1982.

14 Ebd.; Hödl, Österreich, S. 146.

chen.¹⁵ Wenn Exporte ausblieben, lag es nicht an der Gesetzeslage oder an Intervention der entscheidungstragenden Ministerien, sondern an zu starker Konkurrenz oder verhältnismäßig hohen Preisen österreichischer Waffen.¹⁶

Auf die VÖEST und ihren erhofften Export der GHN-45¹⁷ hatten die Novellierungen des KMG hingegen stärkere Auswirkungen und ein großes Geschäft mit Indien kam nicht zustande,¹⁸ da Österreich für den Fall eines Krieges mit Pakistan keine Ersatzteile hätte liefern können.¹⁹ Der „Noricum-Skandal“, also der illegale Verkauf von Noricum-Waffen an beide Kriegsparteien des Ersten Golfkrieges, den Irak und Iran, von hochrangigen Politiker*innen gebilligt, war die Folge.²⁰ Das KMG wurde 1991 im Zuge des Zweiten Golfkriegs erneut novelliert und erlaubte von nun an die Durchfuhr von Rüstungsgütern bei Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen,²¹ um die logistische Unterstützung der Interventionstruppen im Irak zu ermöglichen.²²

3. Waffenexporte in den Globalen Süden

Eine exportorientierte österreichische Rüstungsindustrie ist ein junges Phänomen und erst Mitte der 1970er-Jahre stiegen Firmen, unterstützt von den drei Parlamentsparteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ), vermehrt in das internationale Waffengeschäft ein, um der Wirtschaftskrise (Ölpreiskrise) mit ihren Auswirkungen auf die Schwerindustrie zu begegnen. Die Bemühungen zeigten Wirkung und bereits 1978 war Österreich der siebtgrößte westliche Exporteur von Rüstungsgütern.²³

Die wichtigste österreichische Firma im Waffengeschäft war die Steyr-Daimler-Puch AG, die mehrheitlich dem Staat gehörte, da sie Teil der Creditanstalt-Bankverein (CA) war, an der wiederum 60 Prozent von der Republik gehalten wurden.²⁴ Die schlechte wirtschaftliche Lage von Steyr in den 1980er-Jahren führte zum Verkauf oder der Ausgliederung der meisten Tochterfirmen zwischen 1987 bis 1998. Die Reste des Konzerns

15 Länder, für die Exportbewilligungen erteilt wurden, waren Jordanien und Syrien (formell im Kriegszustand), Libyen (faktisch im Kriegszustand), Zaire, Paraguay und Pakistan (massive Menschenrechtsverletzungen): Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 162.

16 Ebd.

17 Gun Howitzer Noricum (155 mm), von Noricum, einer Tochterfirma der VÖEST, im Werk von Liezen ab 1979 produziert. Die VÖEST teilte sich Produktion und Vermarktung des Geschützes mit dem geächteten Apartheid-Regime in Südafrika: ebd., S. 168.

18 Immerhin hätte das Geschäft die Geschützproduktion am Standort Liezen auf Jahre absichern sollen: Johannes Lutz, *Waffenproduktion und Waffenexport: Rüstungsindustrie in Österreich – Eine Analyse betriebswirtschaftlicher und unternehmenshistorischer Aspekte der Waffenproduzenten Steyr-Mannlicher und Glock*, Masterarbeit Graz 2019, S. 38.

19 Ebd.

20 Hödl, *Österreich*, S. 147. Die genaue Anzahl der gelieferten Haubitzen unterscheidet sich je nach Quellenlage. Das Handelsregister des Stockholm International Peace Research Institute gibt für Irak und Iran jeweils 200 Geschütze an: Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.), *Transfers of major weapons, 1951–2020*, Supplier: Austria, o. D., https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php, eingesehen 29.6.2021.

21 Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz – KMG), BGBl. 540/1977 idF 30a/1991.

22 Hödl, *Österreich*, S. 122.

23 Ebd., S. 145–146.

24 Pilz, *Die Panzermacher*, S. 66.

wurden schließlich an Magna verkauft und 2001 entstand der Betrieb Magna Steyr.²⁵ Als ausschließlicher Waffenhersteller verblieb die 1989 ausgegliederte Steyr-Mannlicher GmbH.²⁶ Ein weiterer österreichischer Betrieb im Waffengeschäft war die Hirtenberger Patronenfabrik, die 1981 von der staatlichen VÖEST gekauft wurde, um die Munition für die Noricum-Haubitze herzustellen.²⁷ Weitere Firmen wie Glock oder die ÖAF (Österreichische Automobil Fabriks-AG) stellten vorwiegend militärische Produkte her (Handfeuerwaffen, Militärlastwagen), die nicht als Kriegsmaterial galten und die daher auch keine Exportgenehmigung nach dem KMG benötigten.

In der Blütezeit der österreichischen Rüstungsindustrie (circa 1977–1981)²⁸ gingen 80 Prozent der Exporte in die Dritte Welt²⁹ und mit Stand 1982 waren es 37 Staaten des Globalen Südens, die Waffen in Österreich kauften.³⁰ Nach einer unveröffentlichten Studie von Alexander Van der Bellen machten Rüstungsgüter (im Zeitraum von Mitte der 1970er-Jahre bis Anfang der 1980er-Jahre) ein Zehntel der österreichischen Gesamtexporte in die Dritte Welt aus.³¹

Nicht jedes kleine neutrale Land mit eigener Rüstungsproduktion exportierte einen Großteil seiner Waffen in die Dritte Welt. In der Schweiz beispielsweise war es ein Maximum von 28,5 Prozent der Waffenexporte, die an Staaten des Globalen Südens gingen. Als Erklärung der österreichischen Situation lassen sich eine Reihe von Gründen anführen: Durch die restriktive Rüstungsexportpolitik der USA unter Präsident James „Jimmy“ Carter (1977–1981) war der weltweite Waffenmarkt offen für kleinere Akteure. Österreichische Waffen kosteten überdurchschnittlich viel, wodurch westliche Staaten, denen der gesamte Markt offenstand, vielfach die Konkurrenz bevorzugten, während Diktaturen und Regime der Dritten Welt, deren Wahlmöglichkeiten durch Waffenembargos eingeschränkt waren, bei österreichischen Firmen einkauften. Österreichische Waffen waren strategisch und technisch nicht auf dem neuesten Stand, so war beispielsweise das Konzept eines Jagdpanzers wie des Kürassiers in den 1970er- und 1980er-Jahren bereits veraltet. Staaten des Globalen Nordens zogen für die Panzerabwehr gewöhnliche Kampfpanzer oder Raketen vor, für Aufgaben der inneren Sicherheit war der Kürassier dennoch durchaus geeignet.³² Trotz veralteter Rüstungsgüter entstanden daher erfolgreiche Handelsbeziehungen mit Staaten des Globalen Südens, die unter anderem auf politische Kontakte, vor allem in den Nahen Osten, zurückzuführen sind. Exportförderungen und Exportgarantien versprachen Erfolg für österreichische Rüstungsunternehmen und das Bundesheer half bei Entwicklung, Testung und Vermarktung österreichischer Militärprodukte.³³

25 Lutz, *Waffenproduktion*, S. 78.

26 Ab 2019 STEYR ARMS GmbH genannt: STEYR ARMS GmbH (Hrsg.), *Geschichte*, o. D., <https://www.steyr-arms.com/de/unternehmen/geschichte/>, eingesehen 27.6.2021.

27 Lutz, *Waffenproduktion*, S. 37–38.

28 Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 157.

29 Hödl, *Österreich*, S. 146.

30 Pilz, *Die Panzermacher*, S. 110.

31 Alexander Van der Bellen u. a., *Rüstungskonversion in Österreich*, Wien 1985, S. 99, zit. nach Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 156.

32 Pilz, *Die Panzermacher*, S. 24.

33 Ebd., S. 111–112.

Diktaturen und Regime der Dritten Welt als wichtigste Abnehmer machten strengste Geheimhaltung der Exporte vor der Öffentlichkeit notwendig, da Waffenlieferungen ethisch und unter Berücksichtigung des Wortlauts des KMG nur schwer zu rechtfertigen waren. Lenkten Ereignisse das öffentliche Interesse auf Waffenexporte, so wurde bei journalistischen Nachfragen auf die verpflichtende Geheimhaltung und Amtsverschwiegenheit verwiesen.³⁴ Wenig aufschlussreich waren auch offizielle Unterlagen der Regierung und Betriebe:

„Geht es nach den offiziellen Geschäftsberichten der Rüstungsfirmen und der österreichischen Außenhandelsstatistik, dann gäbe es in Österreich praktisch keine Rüstungsexporte. Auch der gesetzlich vorgesehene jährliche Bericht der Bundesregierung über Waffenexporte ist nicht mehr als eine Farce.“³⁵

Zahlen und Angaben zu Waffenexporten stammen in der vorliegenden Arbeit daher aus Zeitungsartikeln sowie Recherchen von Forschungsteams oder Journalist*innen,³⁶ Radiobeiträgen bzw. von Forschungsinstitutionen wie dem IISS (International Institute for Strategic Studies), mit dessen jährlicher Publikation „The Military Balance“³⁷, und dem SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute)³⁸, mit dessen Datenbanken und Jahrbüchern.³⁹

3.1 Österreichische Panzerexporte

Steyr Jagdpanzer vom Typ Kürassier (Kennung: SK-105, verkauft im Zeitraum 1978 bis 2007) und Saurer Schützenpanzer (verkauft im Zeitraum 1978 bis 2000)⁴⁰ stellten mit insgesamt 541 verkauften Fahrzeugen⁴¹ den größten Aktivposten der österreichischen Rüstungsindustrie dar und konnten im Gegensatz zu den Noricum-Haubitzen legal exportiert werden. Während das Schützenpanzer-Geschäft mit Kunden wie Nigeria (1981–1986: 170 Schützenpanzer) und Griechenland (1981–1994: 444 Schützenpanzer in Lizenz produziert)⁴² kein öffentliches Aufsehen erregte, waren Kürassier-Verkäufe ab dem geplatzen Chile-Geschäft 1980 von Diskussionen begleitet. Radio-Reporter Fritz Pesata wies im Ö1-Mittagsjournal am 4. Juni 1985 auf die innenpolitische Dimension der Waffenexporte hin: „Die Geschichte des Kürassiers, der in den 60er-Jahren von den Steyr-Werken entwickelt wurde, ist, was den Export anlangt, auch die Geschichte ständiger innenpolitischer Auseinandersetzungen.“⁴³

34 Pilz, *Die Panzermacher*, S. 85–87.

35 Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 156. Peter Pilz bezeichnete das veröffentlichte Material der Rüstungsindustrie ebenfalls als wenig verlässlich: Pilz, *Die Panzermacher*, S. 1.

36 Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 156.

37 International Institute for Strategic Studies, o. D., <https://www.iiss.org/>, eingesehen 28.6.2021.

38 Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), o. D., <https://sipri.org/>, eingesehen 28.6.2021.

39 The Military Balance von 2000/2001 und das SIPRI-Jahrbuch von 2000 waren etwa die Grundlage der Parlamentarischen Anfrage zum Panzerverkauf an Botswana: 3182/J XXI.GP, 7.12.2001, in: [Parlament.gv.at \(Hrsg.\), https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/J/J_03182/fname_605131.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/J/J_03182/fname_605131.pdf), eingesehen 28.6.2021.

40 Beide Panzertypen und ihre Ausführungen wurden von Steyr im Saurerwerk in Wien Simmering produziert. Die Aktienmehrheit der Saurerwerke gehörte Steyr ab 1959 und 1970 ging der Betrieb endgültig in den Steyr-Werken auf: Lutz, *Waffenproduktion*, S. 75.

41 Davon 339 Kürassier-Jagdpanzer: SIPRI, *Transfers of major weapons*.

42 Griechenland produzierte zwischen 1981 und 1994 in Lizenz 444 Saurer-Schützenpanzer: ebd.

43 Ö1-Mittagsjournal, 4.6.1985, 15:40–31:30 min.

Die ersten Kürassier-Exporte an Tunesien (1977: 45 SK-105), Argentinien (1978: 53 SK-105)⁴⁴ und Bolivien (1978–1980: 34 SK-105, sechs Schützenpanzer, zwei Bergepanzer) erfolgten unter Geheimhaltung und ohne Protest der Öffentlichkeit. Es war das Marokko-Geschäft (1978–1980: 109 SK-105, elf Bergepanzer),⁴⁵ das zum ersten Mal öffentliche Aufmerksamkeit auf österreichische Panzerverkäufe lenkte. Die Jagdpanzer kamen im Krieg in der Westsahara gegen die Frente Polisario zum Einsatz, der es 1979 gelang, vier der Fahrzeuge zu erbeuten und der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Die öffentliche Entrüstung war groß und einige afrikanische Staaten drohten mit Abbruch der Handelsbeziehungen zu Österreich, woraufhin der Ministerrat weitere Waffenverkäufe an Marokko untersagte.⁴⁶

Nach dem missglückten Chile-Geschäft⁴⁷ folgten 1981 Panzerexporte an Argentinien (57 SK-105)⁴⁸ und 1985 weitere versuchte Exporte an Marokko (50 SK-105), die beide zu heftigen öffentlichen Diskussionen und Widerständen führten. Letzte Kürassier-Geschäfte gab es 1999 mit Botswana (20 SK-105, zwei Schützenpanzer), die Bundeskanzler Wolfgang Schüssel trotz eines Verweises des Außenministeriums auf die Spannungssituation im südlichen Afrika abgesegnete,⁴⁹ und im Jahr 2000 mit Brasilien (17 SK-105, ein Bergepanzer).⁵⁰

Ab den späten 1990er-Jahren wurden die Radpanzer Pandur und Pandur II mit 624 verkauften Fahrzeugen (Stand 2021) zum Erfolgsprodukt für die Nachfolgebetriebe von Steyr-Daimler-Puch. Wichtige Abnehmer waren Portugal (188 Pandur II), Kuwait (150 Pandur), Tschechien (127 Pandur II) und Slowenien (72 Pandur).⁵¹

4. Das Ö1-Mittagsjournal als Quelle

Radioprogramme sind ein in der historischen Forschung verhältnismäßig selten genutztes Quellenmaterial. Welche Erkenntnisse jedoch durch Radiobeiträge gewonnen werden können, verdeutlichen Michael Stollens Ausführungen:

„Diese Tondokumente [Live-Reportagen, Radiointerviews und öffentliche Reden] bilden eine einzigartige Quelle, um öffentlich-rechtliche, gebührenfinanzierte Sichtweisen auf zeitgeschichtliche Probleme auszumachen. Da der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen ausgewiesenen Informations- und Bildungsauftrag besaß und von den Hörern als zuverlässige und glaubwürdige Informationsquelle geschätzt wurde, gewinnen gerade die nicht-fiktionalen Berichte Bedeutung für die Analyse gesellschaftlicher Wahrnehmungsweisen. [...]

44 Pils, Die Panzermacher, S. 119–121.

45 SIPRI, Transfers of major weapons.

46 Pils, Die Panzermacher, S. 136–140.

47 Es ging dabei um 100 Kürassier-Jagdpanzer, sechs Bergepanzer, drei Saurer-Schützenpanzer, drei Kommandoschützenpanzer, 360 Maschinenpistolen und 124 Maschinengewehre (Wert: 2,075 Mrd. ö. S.): Pils, Die Panzermacher, S. 125–127.

48 Weitere Exporte an Argentinien gab es 1985 (zehn Bergepanzer) und 2006 (vier SK-105).

49 3182/J XXI.GP, 7.12.2001.

50 SIPRI, Transfers of major weapons.

51 Ebd.

Das Beeinflussungspotenzial der Sendungen kann zwar nicht genau geschätzt werden, aufgrund der öffentlich-rechtlichen Strukturen kann davon ausgegangen werden, dass sich sowohl Radiomacher wie Radionutzer eine Schnittmenge gemeinsamer Ansichten und Stimmungen teilten.⁵²

Diese Merkmale beziehen sich zwar auf den deutschen Rundfunk der 1950er-Jahre, haben allerdings für den Österreichischen Rundfunk und das Radioprogramm Ö1 ebenfalls Gültigkeit. Es ist hauptsächlich das Ö1-Mittagsjournal, laut Anton Hubauer „die wichtigste Journalsendung des Tages“⁵³ das im Folgenden untersucht werden soll, da es die meisten Zuhörer*innen erreichte und die ausführlichste tägliche Nachrichtensendung darstellte.⁵⁴ Vereinzelt sind es auch Abendjournale und ausführlichere Beiträge wie „Im Brennpunkt“ oder „Von Tag zu Tag“, die als Quellenmaterial in die Arbeit einfließen.

Das Mittagsjournal, ebenso wie das Morgen- und Abendjournal, erschien am 2. Oktober 1967 zum ersten Mal und gehört auch heute noch zum festen Bestandteil des Tagesablaufs vieler Radiohörer*innen. Die Dauer des Mittagsjournals sowie der Aufbau veränderten sich in den fünfzig Jahren seines Bestehens nicht nennenswert. Die Sendung setzt sich aus einem Überblick, Nachrichten, Wetterbericht und den einzelnen Beiträgen mit Schwerpunkt auf Innen- und Außenpolitik zusammen.⁵⁵ Die Anzahl der Beiträge variierte von den 1960ern bis in die 1980er-Jahre zwischen acht und elf Einspielungen und erhöhte sich auf 13 bis 18 Beiträge in den 1990ern.⁵⁶ Die Länge von 59 Minuten und einer unterschiedlichen Anzahl von Sekunden blieb unverändert und wird erreicht, indem bei Verzögerungen Beiträge zu Kunst oder Wissenschaft gestrichen werden.⁵⁷

Die österreichische Mediathek digitalisierte in drei wissenschaftlichen Projekten die Ö1-Mittagsjournale des Zeitraums von 1967 bis 1999 (circa 8.000 Stunden Sendezeit, über 100.000 Beiträge) und sie sind über die Website der Mediathek⁵⁸ bzw. über das Onlineportal „Ö1-Journale“⁵⁹ der Mediathek abrufbar.⁶⁰ Die einzelnen Beiträge sind beschlagwortet und Zugriff auf das Journal eines bestimmten Datums ist über das Onlineportal möglich.

52 Michael Stolle, Emotionale Wiedervereinigung. Das Radio und die Heimkehr der Kriegsgefangenen in die BRD, in: Frank Bösch (Hrsg.), *Die Massen bewegen*. Frankfurt am Main 2006, S. 325–343, hier S. 327–328.

53 Anton Hubauer, Ö1-Journale im Wandel der Zeit. Aufbau und Veränderungen der Ö1-Journalsendungen von den 1960ern bis in die 1980er-Jahre, in: Ö1-Journale. Ein Onlineportal der österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/oe1-journale-im-wandel-der-zeit/>, eingesehen 12.5.2021. Statistiken zu Hörerzahlen des Ö1-Mittagsjournals im untersuchten Zeitraum liegen nicht vor.

54 Anton Hubauer/Johannes Kapeller, Dokumentation des Arbeitsablaufs. Workflow, in: Ö1-Journale. Ein Onlineportal der österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/arbeitsablauf/>, eingesehen 12.5.2021.

55 Hubauer, Ö1-Journale.

56 Eva Reder, Audiomaterial als wissenschaftliche Quelle. Die Ö1-Mittagsjournale 1990–1999. Perspektiven, Probleme, Editionsmöglichkeiten, in: Ö1-Journale. Ein Onlineportal der österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/audiomaterial-als-wissenschaftliche-quelle/>, eingesehen 12.5.2021.

57 Hubauer, Ö1-Journale.

58 Österreichische Mediathek. Das österreichische Archiv für Tonaufnahmen und Videos aus Kultur- und Zeitgeschichte, o. D., <https://www.mediathek.at/>, eingesehen 12.5.2021.

59 Ö1-Journale. Ein Onlineportal der Österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/>, eingesehen 12.5.2021.

60 Reder, Audiomaterial als wissenschaftliche Quelle.

Die Mittagsjournale haben für die Fragestellung nach den Argumentationslinien um Waffenexporte einen besonderen Quellenwert, da sie viele Hörer*innen erreichten und Hintergründe, Ereignisse und Argumente in möglichst kurzer Zeit (die einzelnen Beiträge dauern selten länger als fünf Minuten und sind häufig nur zwei bis drei Minuten lang) und verdichtet wiedergeben. Minister, Politiker und Gewerkschafter⁶¹ erklären ihre Standpunkte in Kurzinterviews und Verantwortliche der Rüstungsfirmen geben, sofern sie für Stellungnahmen bereit sind, Einblicke in ihre Betriebe. In Zeiträumen, in denen keine neuen Entwicklungen bekannt wurden, die Diskussion in der Öffentlichkeit aber weiterhin andauerte, finden sich häufig intertextuelle bzw. intermediale Bezüge, wenn in Inlandspresseschauen Artikel und relevante Stellen verschiedenster Zeitungen teilweise inhaltlich, teilweise wörtlich wiedergegeben werden. Bemerkenswerte Aussagen von Politikern gegenüber anderen Medienorganen wurden ebenfalls vermittelt.

5. Argumente für und gegen die Waffenexporte

Die Diskussionen um vier der größten österreichischen Waffenexporte (an Chile, Bolivien, Argentinien, Marokko) werden im Folgenden auf Auslöser, Akteur*innen und Argumente hin untersucht. Die Reihenfolge, in der die Fallbeispiele behandelt werden, ist chronologisch.

5.1 Chile

„Seit dem Bekanntwerden der Absicht von Steyr-Daimler-Puch in Linz, an Chile Waffen im Wert von zwei Milliarden Schilling zu liefern, ist plötzlich eine Diskussion über dieses Geschäft entstanden.“⁶² Mit diesen Worten wurde im Mittagsjournal vom 2. August 1980 von Reinhold Henke der Bericht zum geplanten Panzerexport an das Regime von Augusto Pinochet eingeleitet. Im Journal am 28. Juli 1980 war zum ersten Mal von dem Geschäft die Rede, wer die Pläne allerdings publik machte (ein Ansuchen für die Exportbewilligung war bereits am 7. Juli im Bundeskanzleramt eingelangt)⁶³, ist nicht mehr ersichtlich. Deren Veröffentlichung wurde medial heftig diskutiert.⁶⁴

Protest ließ nicht lange auf sich warten und der Exportversuch entwickelte sich schnell zum bekanntesten österreichischen Waffengeschäft (später nur noch vom Noricum-Skandal übertroffen).⁶⁵ Linke und katholische Organisationen⁶⁶ mit ihren Jugendverbänden (Sozialistische Jugend, Katholische Jugend, Gewerkschaftsjugend)⁶⁷ waren die größten Kritiker*innen. Die Chile-Solidaritätsfront⁶⁸ nahm ebenfalls aktiv am Protest teil

61 An dieser Stelle und im Folgenden wurde bewusst nicht gegendert, denn tatsächlich kommen nur Männer aus Politik und in Gewerkschaften zu Wort.

62 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

63 Ö1-Mittagsjournal, 28.7.1980, 11:40–17:30 min.

64 Pilz, *Die Panzermacher*, S. 125.

65 Vom Zeitpunkt des Bekanntwerdens des Skandals bis zu den Verurteilungen und Freisprüchen 1991 (Lutz, *Waffenproduktion*, S. 42–51) vergingen immerhin sechs Jahre mit teils intensiver öffentlicher Berichterstattung. Eine Suche in der Mediathek mit dem Stichwort „Noricum“ ergibt für den Zeitraum des Skandals 305 Treffer.

66 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

67 Ö1-Mittagsjournal, 7.8.1980, 34:45–45:05 min.

68 Die CSF (1974–1990) bestand nicht aus Einzelpersonen, sondern aus Organisationen, wie dem Verband

und eine Aktion am Ballhausplatz, bei der 25 Personen (Österreicher*innen und chilenische Flüchtlinge) in einen 24-stündigen Hungerstreik traten, sorgte für große Aufmerksamkeit.⁶⁹ Die Argumentationslinien zogen sich auch durch die Regierungspartei SPÖ. Politiker wie Heinz Fischer (Klubobmann und stellvertretender Parteivorsitzender) und Karl Blecha (Zentralsekretär) äußerten sich ablehnend gegenüber dem Waffenhandel,⁷⁰ während Bruno Kreisky (Bundeskanzler), Hannes Androsch (Finanzminister), Anton Benya (Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes)⁷¹ und Otto Rösch (Verteidigungsminister) den Export befürworteten.⁷²

Das wichtigste Argument gegen den Waffenexport betraf die Menschenrechtslage in Chile. Es führte schließlich zum Scheitern des Geschäfts. Bereits nach dem Sturz des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende 1973 gab es Diskussionen, ob an die neue Militärjunta geliefert werden dürfe, allerdings ging es zu diesem Zeitpunkt nicht um Waffen, sondern um zivile Güter. Umso größer war die Entrüstung, als das Waffengeschäft publik wurde.⁷³ So resümierte Michael Kerbler im Mittagsjournal am 2. August 1980: „Ein Sturm der Entrüstung brach los. Es wurde auf Menschenrechtsverletzungen hingewiesen, auf die Verfolgung von Gewerkschaftern, auf Folter und das Verschwinden Oppositioneller.“⁷⁴ Immerhin hatte Österreich unter Kreisky nach dem Putsch politische Flüchtlinge aus Chile aufgenommen,⁷⁵ eine Tatsache, auf die im ersten Mittagsjournal zur Thematik am 28. Juli 1980 verwiesen wurde.

Tatsächlich war das Argument der schlechten Menschenrechtslage so verbreitet, dass nahezu jede Argumentation diese berücksichtigte. Dazu Kreisky im Telefoninterview während eines Mallorca-Urlaubs:

„Wir wollen also eine absolute Zusicherung haben, dass diese [kurzes Zögern] Geräte, für die wir, wobei ich noch einmal unterstreichen möchte, die äh Fahrzeuge sind nur von uns, die Ausrüstung selber ist ja eine französische, bekanntlich, dass diese Fahrzeuge, dass diese Geräte, nicht für [kurzes Zögern] Auseinandersetzungen im Inneren verwendet werden dürfen, ja, also nur den Zwecken der Landesverteidigung dienen.“⁷⁶

Kreisky umschrieb den Panzer euphemistisch mit den Begriffen „Gerät“ und „Fahrzeug“ und verwies hinsichtlich der Bewaffnung (umschrieben als „Ausrüstung“) auf Frank-

Sozialistischer Studenten Österreichs (VSSStÖ), dem Bund Demokratischer Frauen (BDF) oder der Aktion Kritisches Christentum (AKC): Clemens Drechsel, *Chilenische Flüchtlinge in Österreich. Biographische Studien zweier Generationen*, Dipl. Innsbruck 2005, S. 82–88.

69 Jakob Wurm, *Solidarität mit dem chilenischen Volk. Diskurspraxis der österreichischen Chile-Solidaritätsfront*, Dipl. Wien 2008, S. 59–60; Ö1-Mittagsjournal, 12.8.1980, 24:50–32:20 min.

70 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

71 Ö1-Mittagsjournal, 7.8.1980, 34:45–45:05 min.

72 Ö1-Mittagsjournal, 14.8.1980, 30:05–32:30 min.

73 Pilz, *Die Panzermacher*, S. 125.

74 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

75 Wurm, *Diskurspraxis*, S. 59.

76 Kreisky vermeidet bewusst die Begriffe „Panzer“ oder „Waffe“ und betont, dass nur die Fahrzeuge österreichisch, die Bewaffnung hingegen französisch sei: Ö1-Mittagsjournal, 28.7.1980, 14:45–15:50 min. Bei einer anderen Gelegenheit soll Kreisky den Kürassier sogar nur als „geländegängiges, geschütztes Fahrzeug“ bezeichnet haben (Mittagsjournal zum Panzerexport an Marokko): Ö1-Mittagsjournal, 4.6.1985, 15:40–31:30 min.

reich.⁷⁷ Auf die Frage nach der Glaubwürdigkeit der chilenischen Regierung entgegnete Kreisky sinngemäß, dass bei keiner Regierung eingeschätzt werden könne, ob sie ihr Wort hielte und bei einer Täuschung die Lieferung abgebrochen werde.⁷⁸ Was bei einem Bruch der Zusicherung nach abgeschlossener Lieferung geschehen würde, blieb offen. Die Inlandspresseschau im Mittagsjournal vom 29. Juni 1980, zusammengestellt von Hans Langsteiner, gab einen kritischen Kommentar auf diese Aussage von Kreisky aus der Zeitung „Kurier“ wieder:

„Der Bundeskanzler sagt, man werde von Chile ein Papier verlangen, wonach die dortigen Arbeitermörder versprechen, die Panzer nur zur Landesverteidigung nach außen zu verwenden. Da lachen nicht nur die Hühner, sondern sämtliche Kondore in den Anden. Der letzte Krieg zwischen südamerikanischen Staaten fand vor hundert Jahren statt. Sonst sind die Waffenarsenale Südamerikas nur gegen die eigene Bevölkerung verwendet worden.“⁷⁹

ÖGB-Präsident Anton Benya erkannte im Gespräch mit Michael Kerbler das Argument der schlechten Menschenrechtslage in Chile an: „Wie ich und wie wir als Gewerkschafter, als freie Gewerkschafter, zu Militärdiktaturen stehen, ist bekannt, wir lehnen dieses System dort ab, das System passt uns sicherlich nicht, aber auf der anderen Seite [...]“ und dann folgten Argumente der Arbeitsplatzsicherung und Verwendung der Einnahmen für Neuinvestitionen.⁸⁰

Robert Graf, Wirtschaftssprecher der ÖVP, war im Gespräch mit Leopold Esterle am 21. August „selbstverständlich“ und seine Partei „natürlich auch“ dagegen, „dass auf Arbeiter geschossen wird [...]“.⁸¹ Die Ablehnung des Exportantrags war zuvor im SP-Präsidium de facto beschlossen worden. Daraufhin stellte Graf einen ungleichen Umgang der SPÖ mit linken und rechten Diktaturen fest⁸² und meinte, die Bundesregierung hätte den Steyr-Werken nie Hoffnung auf einen Export machen dürfen, dann wären die Panzer nie gebaut worden. Auch erklärte er, es müsse versucht werden, Waffen zu verkaufen, wenn ein Waffengeschäft aufgebaut wird, doch unklare Exportrichtlinien verunsichern die Rüstungsindustrie und potentielle Käufer*innen.⁸³ Ein weniger bedächtiges Bild zeichnete Graf bei einem Auftritt im Fernsehen, als er erklärte, er „lehne das moralische Gejammer über die Waffenexporte ab“ und meinte, „man könne auf ein Geschäft über zwei Milliarden Schilling nicht aus moralischen Gründen verzichten.“ Diese Aussagen

77 Der „Kürassier“ war eine österreichisch-französische Kooperation und die Panzertürme wurden von Frankreich produziert und geliefert: Pilz, *Die Panzermacher*, S. 23–24.

78 Ö1-Mittagsjournal, 28.7.1980, 14:45–15:50 min.

79 Ö1-Mittagsjournal, 29.7.1980, 22:35–24:30 min.

80 Ö1-Mittagsjournal, 31.7.1980, 11:35–17:00 min.

81 Ö1-Mittagsjournal, 21.8.1980, 37:50–43:55 min.

82 „Es wurden ja Lieferungen an rechte Diktaturen getätigt und ich höre heute also, die Chile-Lieferung kommt nicht zustande.“ Robert Graf dürfte sich bei dieser Aussage versprochen haben und meinte wohl linke Diktaturen. Der Vorwurf einer ungleichen Bewertung blieb nach dem Scheitern des Geschäfts bestehen und wurde noch im Juni 1985 vom ÖVP-Nationalratsabgeordneten Friedrich König ausgesprochen: NR-Protokoll, XVI. GP – 93. Sitzung – 12. Juni 1985, in: *Parlament.gv.at* (Hrsg.), https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVI/NRSITZ/NRSITZ_00093/imfname_144219.pdf, eingesehen 13.6.2021.

83 Ö1-Mittagsjournal, 21.8.1980, 37:50–43:55 min.

wurden im „Neuen Volksblatt der ÖVP“, dem Organ der Partei Grafts, wiedergegeben und mit folgenden Worten scharf kritisiert: „Moral hat also nur dort zu gelten, wo sie nichts koste. Je höher der Gewinn, desto geringer die Ansprüche an die Moral.“ Der Fernsehauftritt und Artikel waren Teil der Inlandspressehau des Mittagsjournals am 7. August, zusammengestellt von Hans Langsteiner.⁸⁴

Andere Befürworter des Waffengeschäfts relativierten die humanitäre Situation. FPÖ-Wehrsprecher Helmuth Josseck nahm dazu folgendermaßen Stellung: „Ich gebe zu, dass es bedauerlich ist, die Entwicklung, die besonders vor Jahren [betont] in Chile stattgefunden hat, dass die sich so negativ hinsichtlich Demokratie ausgewirkt haben, aber auf der anderen Seite [...]“⁸⁵ Verteidigungsminister Otto Rösch umging eine klare Positionierung, indem er meinte, er sei für Menschenrechtsfragen nicht zuständig und werde Waffenexporten zustimmen, solange die Waffen nicht gegen Österreich verwendet werden würden.⁸⁶

Neben den moralischen Überlegungen zur Menschenrechtslage fanden internationale Solidarität mit der unterdrückten Bevölkerung Chiles sowie das internationale Ansehen Österreichs ebenfalls Berücksichtigung in der Diskussion. Der Journalist Peter Pelinka schrieb etwa in der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ von der positiven Auswirkung, die internationale Solidarität in Themen der Tagespolitik auf die sozialistische Partei haben könne und meinte, dass ein Verlust des Ansehens der Kreisky-Regierung und Österreichs bei Ländern der Dritten Welt ein zu hoher Preis für ein Zwei-Milliarden-Schilling-Geschäft sei.⁸⁷ Ein weiteres Manko stellte der Umstand dar, dass die Kreisky-Regierung bei einer genehmigten Waffenlieferung mit der konservativen Regierung von Margret Thatcher gleichgezogen hätte, die ihrerseits ein britisches Waffenembargo gegenüber Chile aufhob und dafür von der sozialdemokratischen Partei Großbritanniens, der Labour Party, kritisiert wurde.⁸⁸

Im Verlauf des bereits angeführten Telefoninterviews gab Kreisky neben seiner verlangten Zusicherung des Verwendungszwecks die Argumente der Arbeitsbeschaffung und Landesverteidigung an. Laut Kreisky solle nämlich das österreichische Bundesheer mit Waffen der österreichischen Rüstungsindustrie ausgerüstet werden, und da es als alleiniger Abnehmer für die Betriebe nicht ausreichte, müssten die Firmen ihre Produkte exportieren dürfen.⁸⁹

Die beiden letzten Punkte finden sich in den fortlaufenden Diskussionen immer wieder, wobei beim Punkt der Arbeitsplatzsicherung die Höhe des Gewinns,⁹⁰ die schlechte Arbeitsmarktlage und das Handelsdefizit angeführt wurden.⁹¹ Die hohen Einnahmen

84 Ö1-Mittagsjournal, 7.8.1980, 34:45–45:05 min.

85 Nachfolgend zählt er die Krisengebiete auf, an die Österreich bereits geliefert hatte: Ö1-Mittagsjournal, 21.8.1980, 37:50–43:55 min.

86 Ö1-Mittagsjournal, 13.8.1980, 4:55–5:50 min.

87 Ö1-Mittagsjournal, 7.8.1980, 34:45–45:05 min.

88 Ö1-Mittagsjournal, 28.7.1980, 14:45–15:50 min.

89 Ebd.

90 Immerhin hätte die chilenische Regierung in bar gezahlt, wodurch keine riskante staatliche Kreditgewährung nötig gewesen wäre: ebd.

91 Ö1-Mittagsjournale, 31.7.1980, 2.8.1980, 7.8.1980, 21.8.1980.

aus dem Rüstungssektor verwendete Steyr-Daimler-Puch laut Mittagsjournal vom 2. August für Neuinvestitionen in „anderen Bereichen“⁹² und auch Anton Benya betonte die Investition der Einnahmen in neuen Produktionsstätten neben der Arbeitsplatzsicherung als Legitimation für den Export.⁹³

Die krisisierende Seite führte als Antwort eine Studie der Internationalen Metallarbeiterföderation an, die den technologieintensiven Charakter der Rüstungsindustrie zeigte. Ihr zufolge sicherte nämlich eine Milliarde Dollar im Rüstungswesen 35.000 Arbeitsplätze, im Bauwesen 76.000 und im Bildungsbereich 100.000 Arbeitsplätze, wodurch die Rüstungsindustrie wenig arbeitsplatzfördernd und zudem noch abhängig von politischen Entscheidungen sei. Der Umstand, dass 1979 der Rüstungssektor von Steyr mit vier bis fünf Prozent der Belegschaft (800–1.000 von insgesamt 18.500 Angestellten) fünfzehn Prozent des Gesamtumsatzes⁹⁴ erwirtschaftete, bestätigte diese Erkenntnis.⁹⁵ Als Gefahr wurde daher eine Einschränkung der weniger profitablen breiten Palette ziviler Produkte zu Gunsten der Rüstungsindustrie und in der Folge eine zu große Abhängigkeit vom Waffenexport gesehen.⁹⁶ Auf die von der Sozialistischen Jugend geforderte Umstellung der Produktion auf den zivilen Sektor hatte ÖGB-Präsident Anton Benya eine eindeutige Antwort: „[D]as sind billige Argumente, aber im Praktischen ist das nicht drinnen. Wir brauchen Pflüge, wir brauchen Traktoren, wir haben Metall genug, um das und das zu erzeugen, also das sind nur Wortspielereien, die sehr schön klingen, aber im praktischen Leben keinen Sinn haben.“⁹⁷ Weshalb eine Umstellung so unmöglich wäre, blieb unbeantwortet und wahrscheinlich lag der „Kurier“ in seiner Einschätzung richtig: „Der Waffenexport ist für Steyr überlebenswichtig, alles andere ist Selbstbetrug.“⁹⁸ Michael Malzacher, Generaldirektor von Steyr, meinte immerhin, dass der Anteil der Rüstungsproduktion eine Obergrenze von 25 Prozent am Gesamtumsatz nicht überschreiten werde.⁹⁹

Der „Kolumnist Staberl“ schrieb in der „Neuen Kronenzeitung“: „Panzer wohl zu erzeugen, dann aber nicht verkaufen zu wollen, das ist doch wahrhaft der kristallklar und in Reinkultur herausdestillierte Unsinn.“¹⁰⁰ Der „Kurier“ meinte: „Wer A für Arbeitsplatz sagt, muss gelegentlich auch B für Blutgeschäft sagen.“¹⁰¹

Das zweite Kreisky-Argument, die österreichische Landesverteidigung und die Ausrüstung des Bundesheers mit österreichischen Rüstungsgütern, fand zum einen Verwendung, um den Waffenexport zu rechtfertigen (wie bereits erwähnt, reichte das Bundesheer als alleiniger Abnehmer angeblich nicht aus), zum anderen, um die

92 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

93 Ö1-Mittagsjournal, 31.7.1980, 11:35–17:00 min.

94 Helmut Gries in der SPÖ-nahen *Grazer Neue Zeit*, zit. in der Inlandspresseschau vom 30. Juli 1980: „[...] vorsichtig gerechnet mehr als die Hälfte des Ertrags.“: Ö1-Mittagsjournal, 30.7.1980, 20:50–23:55 min.

95 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min; Pilz, *Die Panzermacher*, S. 92.

96 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

97 Ö1-Mittagsjournal, 31.7.1980, 11:35–17:00 min.

98 Ö1-Mittagsjournal, 29.7.1980, 22:35–24:30 min.

99 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

100 Ö1-Mittagsjournal, 7.8.1980, 34:45–45:05 min.

101 Ö1-Mittagsjournal, 29.7.1980, 22:35–24:30 min.

Rüstungsproduktion in Österreich an sich zu legitimieren. Verteidigungsminister Rösch meinte in diesem Zusammenhang, dass im sozialistischen Parteiprogramm eine Ausrüstung des Bundesheers mit österreichischen Waffen klar vorgesehen sei und es daher keine Einschränkung der Produktion geben dürfe.¹⁰² Nach einem Beitrag von Karl Graber in „Die Presse“ (Inlandspresseschau vom 30. Juli) brauchte Österreich eine eigene Rüstungsproduktion „aus Gründen der Selbstbehauptung und der Neutralität“ und für ihn war es eine Frage der *economies of scale*¹⁰³, die den Waffenexport notwendig machte: Wenn das Bundesheer bei österreichischen Betrieben Waffen zu einem vertretbaren Preis kaufen wolle, müssten dieselben Waffen auch exportiert werden dürfen.¹⁰⁴

Die Gegner des Geschäfts schienen an der Idee der „Ausrüstung des Bundesheers aus österreichischer Produktion“ keinen Anstand genommen zu haben und erst später wurde dessen Nutzen relativiert. Peter Pilz widmete der Thematik ein eigenes Kapitel, in dem er das Konzept so umdeutet, dass nicht das Bundesheer die Rüstungsproduktion, sondern vielmehr die Rüstungsbetriebe das Bundesheer gebraucht hätten. Punkte, die er dabei anführt, sind ein geringer Wert der eigenen Rüstungsindustrie im Kriegsfall, Waffen für das Bundesheer, die um bis zu 25 Prozent teurer waren als vergleichbare Produkte aus dem Ausland und unentgeltliche Zusammenarbeit mit den Betrieben beim Entwickeln und Testen der Waffen sowie bei der Vermarktung.¹⁰⁵ Zudem kaufte das Bundesheer in den Krisenjahren des Konzerns (Steyr sollte die Verlustzone von 1982 bis Mitte der 1990er nicht verlassen)¹⁰⁶ Bestände, obwohl es sie nicht brauchte, als Wirtschaftshilfe.¹⁰⁷ Der spätere Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager meinte etwa bei der Diskussion um einen Panzerexport nach Marokko im Juni 1985, dass das Bundesheer, um den Steyr-Betrieb zu stützen, Kürassier-Panzer zu einem Zeitpunkt gekauft hatte, als sie nicht benötigt wurden.¹⁰⁸

Ein weiteres beliebtes Argument der Rechtfertigung war jenes, dass so gut wie jedes Land Waffenexport betreibt,¹⁰⁹ es genug Mitbewerber im Chile-Geschäft gegeben habe und es keinen Unterschied machen würde, ob Österreich lieferte oder nicht. Dazu meinte Benya: „Wenn die ganze Welt sich anbietet, dann wird Österreich nicht gerade der Faktor sein, der unbedingt alles ablehnt, was andere annehmen.“¹¹⁰ Reinhard Ablinger argumentierte in der sozialistischen Zeitung „Oberösterreichisches Tagblatt“, dass es für Chile keinen Unterschied machen würde, ob Österreich liefert oder nicht, da

102 Ö1-Mittagsjournal, 13.8.1980, 4:55–5:50 min.

103 Die *economies of scale* bezeichnen in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, große Waffenmengen zu produzieren, um den Stückpreis für den österreichischen Staat zu senken, wodurch der Überschuss exportiert werden müsste.

104 Ö1-Mittagsjournal, 30.7.1980, 20:50–23:55 min.

105 Pilz, Die Panzermacher, S. 68–75.

106 Hansjörg Seckauer/Josef Weidenholzer, Krise und Krisenbewältigung. Die Entwicklung der Steyrer Industrie in den letzten zwei Jahrzehnten, in: Roman Sandgruber/Michael John (Hrsg.), Tradition – Innovation. Industrie im Wandel. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft, Steyr 1998, S. 104–133, hier S. 109.

107 Pohl/Rüthemann u. a., Geschäfte, S. 167.

108 Ö1-Mittagsjournal, 3.6.1985, 19:00–26:50 min.

109 Ö1-Mittagsjournal, 30.7.1980, 20:50–23:55 min.

110 Der größte Konkurrent im Geschäft war laut ihm Frankreich: Ö1-Mittagsjournal, 31.7.1980, 11:35–17:00 min.

„[...] hunderte Waffenhändler überall auf dieser militärverseuchten Erde [darauf warten,] diesen Deal zu machen“, eine Tatsache die jedem „noch so linksstehenden Protestierer“ einleuchten müsse.¹¹¹ Als Argumente gegen den Export führt er die Schuld, Verantwortung und Moral des neutralen Österreich an.¹¹²

Argumente, die an frühere Waffenexporte erinnerten, gab es ebenfalls und Helmuth Joss-eck zählte jene Krisengebiete auf, an die Österreich bereits geliefert hatte (Argentinien, Vorderer Orient, Nordafrika), um mit der Frage anzuschließen: „Bitte warum dann nicht auch nach Chile?“¹¹³ Ein Kurzkomentar in „Die Presse“ vermutete zweierlei Maß, mit dem gemessen werde, da „kein Hahn danach gekräht“ hätte, wenn die Waffen für die Krisengebiete Syrien oder Saudi-Arabien bestimmt gewesen wären. Außerdem bräuch-te die Militärjunta die österreichischen Waffen ohnehin nicht, da für innere Auseinander-setzungen noch genug Material von sozialistischen Staaten vorhanden sei, welches sie 1974 an Allende geliefert hätte.¹¹⁴ Welches Material an einen 1974 bereits toten Allende geliefert worden sein soll, blieb ebenso offen wie die Frage, ob das Vorhandensein von Waffen den Export weiterer rechtfertigen kann.

Das Chile-Geschäft verschwand nach dessen Ablehnung zwar aus den Schlagzeilen, verfolgte die Steyr-Daimler-Puch AG jedoch noch lange. Zum einen blieb ein großes Loch in der Bilanz, zum anderen standen die bereits gebauten Kürassier-Panzer am Steyr-Areal auf Halde und erinnerten physisch an das missglückte Geschäft.¹¹⁵ Der Ausstellungskatalog „Tradition-Innovation. Industrie im Wandel“¹¹⁶ gibt an, die bereits gebauten Panzer hätten zur Gänze abgeschrieben werden müssen und verursachten einen Verlust von 1,5 Milliarden Schilling.¹¹⁷ Laut dem Waffenhandelsregister von SIPRI wurden jedoch jene 57 Panzer, die 1981 an Argentinien gingen, ursprünglich für Chile gebaut, wodurch sich die vorhergehende Aussage und die Höhe des Verlustes als falsch herausstellen würde.¹¹⁸

In Radiobeiträgen zum Steyr-Konzern und zu späteren österreichischen Waffenexporten kam das Chile-Geschäft noch häufig zur Sprache und es wurde vor allem in den einleitenden Worten von Beiträgen darauf verwiesen.¹¹⁹ Die Gesamtheit der Chile-Diskussion und das Engagement der kritisierenden Gruppen¹²⁰ war schließlich Teil der Debatte, wenn es um die finanzielle Krise und schlechte wirtschaftliche Lage des Steyr-Konzerns Mitte der 1980er- bis Anfang der 1990er-Jahre ging. Die dann propagierte These war,

111 Ö1-Mittagsjournal, 30.7.1980, 20:50–23:55 min.

112 Ebd.

113 Ö1-Mittagsjournal, 21.8.1980, 37:50–43:55 min.

114 Ö1-Mittagsjournal, 29.7.1980, 22:35–24:30 min.

115 Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 163.

116 Sandgruber/John, *Industrie*, S. 109.

117 Seckauer/Weidenholzer, *Krise*, S. 109.

118 Der Wortlaut im Waffenhandelsregister zu den Panzern an Argentinien lautet: „Originally ordered by and produced for Chile but delivery cancelled and sold to Argentina.“ SIPRI, *Transfers of major weapons*.

119 Ö1-Mittagsjournal, 17.7.1981, 29.5.1985, 3.6.1985.

120 In späteren Radioberichten scheinen die verschiedenen Bewegungen und Jugendgruppen der allgemeineren Friedensbewegung zugerechnet zu werden: Österreichische Mediathek (Hrsg.), *Im Brennpunkt: Die Steyr-Werke*, 13.1.1984, <https://www.mediathek.at/atom/0178325E-02B-01A83-00000BEC-01772EE2>, eingesehen 13.6.2021.

dass der Imageverlust von Steyr und die politischen Diskussionen zu Chile sowie zu späteren Panzerexporten einen Waffenexport so gut wie unmöglich gemacht hatten und damit das Geld für Investitionen fehle.¹²¹

Peter Pilz widersprach der Auffassung, die Regierung und die Friedensbewegung wären an den schlechten Verkaufszahlen schuld. Er gab bei einem Interview in der Sendung „Im Brennpunkt“ vielmehr den Wiedereinstieg der USA in den Waffenhandel mit der Dritten Welt als Ursache an.¹²² Dies sei eine Entwicklung, die bereits Jahre vorher absehbar gewesen wäre und dem Steyr-Management genug Zeit für eine Umstellung geboten hätte. Die Meinung der Steyr-Belegschaft war hingegen gefestigt, wie ein Interview mit zwei Steyr-Angestellten des Rüstungssektors zeigt: „Mir zwoa arbeiten in der Waffenproduktion, ned, da wärs halt die beste Lösung, man soll uns die Waffen verkaufen lassen, des war es beste, ned.“

Auf die Frage des Interviewers, „Ihr habts natürlich auch kein Verständnis für die Friedens...“, war die Antwort eindeutig:

„Na überhaupt net, na in dem Punkt net, na, weil i muss ja arbeiten. Sicher i bin a net für'n Krieg oder was, na, aber ... unsere Waffen machen in Krieg net, na sicher net, des sind ganz andere Waffen, was schrecklicher san, [...] Sicher, gegen Atomraketen kennen's eh demonstrieren, bis sie umfallen von mir aus, ja, aber nit gegen solche Sachen, ja ... wo fast der Betrieb dranhängt, ned, also größtenteils, wie sie jetzt immer waren [...].“¹²³

5.2 Bolivien

Ein zentrales Merkmal der Diskussion um Panzerexporte nach Bolivien ist ihre weitgehende Abwesenheit. Der Verkauf der 34 Jagdpanzer zwischen 1978 und 1980¹²⁴ fand unter absoluter Geheimhaltung statt, die Öffentlichkeit konnte daher weder reagieren noch protestieren, und auch als die Panzer beim Allerheiligenmassaker im November 1979¹²⁵ und beim Putsch von Luis Garcia Meza am 17. Juli 1980 aktiv gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wurden, blieb eine Reaktion zunächst aus.

121 Seckauer/Weidenholzer, *Krise*, S. 109.

122 Die Reagan-Regierung schaute im Gegensatz zur vorhergehenden Carter-Regierung bei Waffenexporten nicht länger auf die Menschenrechtssituation in den Empfängerländern: Volker Matthies, *Krieg in der Dritten Welt, Opladen-Leske-Budrich* 1982, S. 92. Gerald Hödl bezeichnet die Betonung der Menschenrechte unter der Carter-Regierung allerdings als „Schein“ und „ideologische Waffe“, da sie diktatorische Regimes und militärische Aggressoren gegen sozialistisch-revolutionäre Staaten unterstützte, teilweise sogar erst aufbaute: Hödl, *Österreich*, S. 33–34.

123 Österreichische Mediathek, *Im Brennpunkt: Die Steyr-Werke*.

124 SIPRI, *Transfers of major weapons*.

125 Der gescheiterte Putschversuch von Alberto Natusch Busch vom 1. bis 16. November 1979 wird als Allerheiligenmassaker („La masacre de Todos Santos“) bezeichnet. Die Sendung „Im Brennpunkt“ zum Putsch in Bolivien vom 27. Juni 1980 gibt die Opfer unter der Zivilbevölkerung in La Paz mit 200 Toten und 2.000 Verletzten an: Österreichische Mediathek (Hrsg.), *Im Brennpunkt: Putsch in Bolivien*, 27.6.1980, <https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=01782B91-2A5-00E6F-00000BEC-01772EE2&cHash=d26a2d3991794f8084a9047c34328196>, eingesehen 13.6.2021. Gerhard Müllauer, *Salesianer-Pfarrer in Bolivien*, sprach in der Sendung „Von Tag zu Tag“ (16.9.1980) von 400 Toten: Österreichische Mediathek (Hrsg.), *Von Tag zu Tag – Gerhard Müllauer – Salesianerpater aus Bolivien*, 16.9.1980, <https://www.mediathek.at/atom/10708929-30D-001F2-000008B0-106FA770>, eingesehen 13.6.2021.

„Tatsächlich geliefert wurde an Bolivien. Bilder vom Einsatz der Jagdpanzer im Bürgerkrieg dieses Landes gingen vor Jahren um die ganze Welt.“¹²⁶ Mit diesen Worten wurde fünf Jahre später in einem Beitrag zum Panzerexport an Marokko eine Debatte um das Bolivien-Geschäft suggeriert, bei der zeitnahen Berichterstattung lässt sich hingegen weder für 1979¹²⁷ noch 1980 eine Debatte feststellen.¹²⁸ Selbst dem Team der Sendung „Im Brennpunkt“ waren die Jagdpanzer im Besitz des bolivianischen Militärs offensichtlich unbekannt und ihre Herkunft wurde in einem vierzigminütigen Beitrag am 27. Juli 1980 zu den Ereignissen von 1979 mit keinem Wort erwähnt, auch wenn über den Vorfall berichtet wurde: „Die Putschtruppen versuchen den Widerstand zu brechen. Auf den Straßen vor der Kathedrale und auf dem Platz vor dem Parlament schießen Panzer in die protestierende Bevölkerung, die sich mit Steinen und Knüppeln zur Wehr setzt.“¹²⁹ Dass es sich bei eben diesen Panzern um österreichische handelte, steht außer Frage, denn es waren schlichtweg die einzigen Panzer im bolivianischen Arsenal,¹³⁰ und Fotografien von 1979 zeigen sie in den Straßen und auf dem Hauptplatz von La Paz.¹³¹

Auf die Diskussion um das Chile-Geschäft hatten die österreichischen Panzer in Bolivien aufgrund ihrer geringen Bekanntheit keinen Einfluss, obwohl sie ein Paradebeispiel dafür sind, was Waffenverkäufe in Militärdiktaturen anrichten können. In den Radiobeiträgen zum geplanten Waffengeschäft mit Chile gab es tatsächlich nur einen einzigen Verweis auf Jagdpanzer in Bolivien, wobei keine Einzelheiten genannt wurden. Im Ö1-Mittagsjournal vom 2. August 1980 hieß es: „Die großen Geschäfte der vergangenen Jahre wurden zum Teil in Griechenland [...], zum Teil mit Nigeria, aber auch mit Argentinien, Bolivien und Marokko gemacht.“¹³²

Wie unbekannt die Faktenlage zum Bolivien-Geschäft im Gegensatz zu Chile war, zeigte die Frage einer Hörerin in der Radiosendung „Von Tag zu Tag“ vom 16. September 1980, bei der Gerhard Müllauer, ein Salesianer Don Boscos in Bolivien, zu Besuch war:

„Ja, ich würde den Pater Müllauer noch bitten, ob er etwas sagen würde, wie das wirklich ist, ob Österreich tatsächlich Waffen an Bolivien geliefert hat, denn zum ersten Mal wurde eigentlich hier in der breiteren Öffentlichkeit nur über Chile gesprochen und ich glaube, viele Menschen wissen diese Dinge nicht und man sollte etwas Authentisches dazu sagen.“¹³³

126 Ö1-Mittagsjournal, 4.6.1985, 15:40–31:30 min.

127 Mittagsjournal-Beiträge, die zum Putsch 1979 berichteten, ohne auf die österreichischen Panzer in Bolivien einzugehen, gab es am 2.11., 3.11., 10.11. und 16.11.1979.

128 Ö1-Mittagsjournal, 18.7., 21.7., 22.7.1980.

129 Österreichische Mediathek, Im Brennpunkt: Putsch in Bolivien.

130 o. A., Latin America, in: *The Military Balance* (1979), Heft 1, S. 75–84; o. A., Latin America, in: *The Military Balance* (1980), Heft 1, S. 77–86; o. A., Latin America, in: *The Military Balance* (1981), Heft 1, S. 91–101.

131 Alexis Solaris T., La Paz, Noviembre de 1979, la masacre que festejó Pinochet, in: *Los Tiempos*, 31.10.2016, <https://www.lostiempos.com/oh/actualidad/20161031/paz-noviembre-1979-masacre-que-festejo-pinochet>, eingesehen 9.5.2021.

132 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

133 Österreichische Mediathek, Von Tag zu Tag.

Gerhard Müllauer meinte, dass es eine „traurige Feststellung“ war, als nach dem Putsch 1979 ein Journalist anhand von Fotografien feststellte, dass es österreichische Heerespanzer waren, die am Hauptplatz in La Paz standen:

„[Panzer,] die ja wirklich dem Volk überhaupt nichts helfen. In den letzten Jahrzehnten hat Bolivien nie Krieg gegen irgendein anderes Land gemacht. Die Waffen, und des weiß doch auch Österreich, wurden immer nur gegen es eigene Volk und gegen des arme Volk gerichtet.“¹³⁴

Während eine Diskussion um Panzer in Bolivien ausblieb, führte der Aufenthalt von 23¹³⁵ bolivianischen Armeetechnikern bei Hirtenberger zur Ausbildung an Munitionsmaschinen zu Protesten der Sozialistischen Jugend. Die Techniker waren am Tag nach dem Putsch Mezas am 18. Juli 1980 in Österreich eingetroffen und im Mittagsjournal am 12. August relativierte Herbert Hadwiger, Generaldirektor von Hirtenberger, die Vorwürfe und meinte, dass nicht alle Techniker Militärangehörige seien und Hirtenberger keine Munition direkt an Bolivien liefern würde. Ein Gespräch mit dem Völkerrechtsexperten Karl Zemanek im selben Beitrag brachte die Erkenntnis, dass der Aufenthalt der Techniker neutralitätspolitisch kein Problem darstellte und es keinen Unterschied machte, dass die Techniker für ein nunmehr diktatorisches Regime arbeiteten, da der Staat Bolivien nach außen hin unverändert weiter existierte.¹³⁶

Peter Pilz verweist in seinem Bolivien-Kapitel auf Zeitungsartikel vom Jahresende 1980 („Profil“ am 4. August 1980, „Volksstimme“ am 12. Oktober 1980 und „Profil“ am 9. Dezember 1980) und er schreibt von massiven Protesten gegen den Export weiterer Panzer (30–60 Stück) im Dezember.¹³⁷ Welche Gruppen diese Proteste durchführten, bleibt offen. In den Mittagsjournalen gab es in diesem Zeitraum keine Beiträge, die sich dem Panzerexport an Bolivien widmeten und es blieb bei vereinzelt Erwähnungen, ohne nähere Details: „Panzer für Bolivien, Panzer für Chile, [...] egal wohin diese, so die offizielle Sprache, geschützten Kettenfahrzeuge aus österreichischer Produktion exportiert werden sollen, das Geschäft wird ein Politikum.“¹³⁸

Der NS-Kriegsverbrecher und Gestapo-Chef von Lyon, Nikolaus Barbie, lebte unter dem Decknamen Klaus Altmann in Bolivien und war bei der Vermittlung der Jagdpanzer maßgeblich beteiligt. Im Jänner 1983 wurde Barbie von der bolivianischen Polizei verhaftet und Anfang Februar an Frankreich ausgeliefert. Verhaftung, Auslieferung und der Prozess 1987 erregten in der französischen und deutschsprachigen Medienwelt große Aufmerksamkeit und Ö1 berichtete in den Mittagsjournalen ebenfalls ausführlich zu den Vorgängen, wobei Barbies Verbindungen zum österreichischen Waffenhandel weitgehend ausgeklammert wurden.¹³⁹ Eine Ausnahme bildete das Mittagsjournal

134 Österreichische Mediathek, Von Tag zu Tag.

135 Bei Peter Pilz sind es 21 Techniker: Pilz, Die Panzermacher, S. 123.

136 Ö1-Mittagsjournal, 12.8.1980, 24:50–32:20 min.

137 Pilz, Die Panzermacher, S.122–124.

138 Ö1-Mittagsjournal, 17.6.1981, 44:50–48:00 min.

139 In Hinsicht auf Klaus Barbie ist das Bolivien-Geschäft ein blinder Fleck. Nachfolgend eine Auflistung von Ö1-Mittagsjournalen, die über Barbie berichten, ohne seine Verwicklung in den österreichischen Waffenhandel anzusprechen: 27.1.1983, 10.2.1983, 15.4.1987, 8.5.1987, 11.5.1987, 12.5.1987, 3.7.1987, 17.8.1987.

am 1. Jänner 1983, in dem Simon Wiesenthal im Interview über die geschäftlichen Verbindungen von Steyr mit Barbie sprach:

„[...] dann war er [Barbie] verwickelt in Kokainhandel, Waffenschmuggel, übrigens er war einer [...] der Provisionäre, für den Verkauf der Panzer von Steyr-Daimler-Puch an Bolivien. Gut, der Generaldirektor Malzacher sagte mir, man hat es hier nicht gewusst und versprochen, ich meine, in Hinkunft werde man sich anschauen, wer die Leute sind.“¹⁴⁰

Auffallend ist, wie diese Information als eine für die meisten Zuhörer*innen wohl unbekanntes Tatsache erwähnt wurde, was darauf schließen lässt, dass das Wissen um das Bolivien-Geschäft noch 1983 nur in kleinen Kreisen der Bevölkerung verbreitet war. Der geringe Bekanntheitsgrad der österreichischen Panzer in Bolivien gründete auf einer generell begrenzten österreichischen Berichterstattung zu Bolivien und hängt damit zusammen, dass es für Bolivien, etwa im Gegensatz zu Chile, keine Solidaritätsorganisationen gab, die über Verbindungen zu linken Gruppen aktiv Aufklärungsarbeit und Informationskampagnen betrieben.¹⁴¹

5.3 Argentinien

Im Fall Argentinien war es mit der „New York Times“ ein internationales Medium,¹⁴² das mit einem Artikel am 15. Juni 1981 die Aufmerksamkeit auf das Geschäft lenkte.¹⁴³ In den Ö1-Mittagsjournalen wurde am 17. Juni zum ersten Mal über geplante Panzerlieferungen berichtet und während die Kreisky-Regierung das Geschäft genehmigte, kam Kritik von der sozialistischen bis katholischen Seite.¹⁴⁴ Sie stellten die Situation in Argentinien auf eine Ebene mit Chile¹⁴⁵ und in der Folge wies die Debatte um das Argentinien-Geschäft zahlreiche Parallelen zur Chile-Diskussion auf: „Die Befürworter argumentieren mit Arbeitsplätzen und guten Gewinnen, die Gegner damit, dass die Produktion von Tötungsmaschinen unmoralisch sei und langfristig die Rüstungsarbeitsplätze erfahrungsgemäß wegrationalisiere.“¹⁴⁶

Fritz Prechtl (Obmann der Eisenbahnergewerkschaft und Präsident der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft) verwies in einem Interview im Mittagsjournal am 22. Juni auf die Spannungssituation zwischen Argentinien und Chile und meinte, dass beides Diktaturen der übelsten Sorte seien und im August mit einer kriegerischen

140 Ö1-Mittagsjournal, 7.2.1983, 23:10–32:40 min.

141 Der Journalist Helmut Waldert meinte etwa im Gespräch mit Gerhard Müllauer, dass „[...] in unseren Zeitungen eigentlich über Bolivien sehr wenig zu erfahren ist [...]“: Österreichische Mediathek, Von Tag zu Tag.

142 Erstmals an die Öffentlichkeit kam das Geschäft durch ein lokales Medium, die argentinische Tageszeitung *La Prensa*: Pilz, Die Panzermacher, S. 120.

143 Edward Schumacher, Argentina turns to Austria for \$180 Million in Arms, in: *The New York Times*, 15.6.1981, <https://www.nytimes.com/1981/06/15/world/argentina-turns-to-austria-for-180-million-in-arms.html>, eingesehen 25.4.2021.

144 Ö1-Mittagsjournal, 17.7.1981, 34:00–40:00 min.

145 „Zahlreiche Sozialisten argumentieren nun auch bei Argentinien, dass sich diese Militärdiktatur wenig bis gar nicht von Chile unterscheidet.“: Ö1-Mittagsjournal, 22.6.1981, 36:35–43:20 min.

146 Ö1-Mittagsjournal, 17.6.1981, 44:50–48:00 min.

Auseinandersetzung gerechnet werde.¹⁴⁷ Er kündigte an, die Internationale Transportarbeitergewerkschaft werde mit friedlichen Mitteln versuchen, den Export zu verhindern und sollte dies gelingen, so würde laut einem Telegramm aus Buenos Aires das „chilenische und argentinische Volk [...] ewig dankbar sein“.¹⁴⁸ Am 23. Juni 1981 gab es vor den Toren des Steyr-Werks in Simmering tatsächlich eine solche Aktion und etwa 60 Demonstrant*innen versuchten, den Abtransport der Panzer zu verhindern. Sie wurden von den Arbeiter*innen des Werks allerdings mit Faustschlägen und Fußtritten vertrieben.¹⁴⁹ Auf das Argument angesprochen, Rüstungsfirmen müssten exportieren, um das Bundesheer ausrüsten zu können, meinte Prechtl, dass sich die Befürworter*innen des Geschäfts ebenso vehement wie für Waffenexporte für den Kauf ziviler Produkte bei österreichischen Betrieben einsetzen müssten.¹⁵⁰ Vizekanzler Fred Sinowatz bezeichnete die Position Prechtls als einen „honorigen Standpunkt“, die Regierung könne jedoch „nicht immer auf der Sonnenseite regieren“: „Es müssen auch Beschlüsse gefasst werden, die halt nicht angenehm sind und die halt auch diskutiert werden in der Öffentlichkeit.“¹⁵¹ Indirekt wurden dadurch die Bedenken Prechtls anerkannt und bestätigt.

Die österreichische Friedensbewegung interessierte sich ebenfalls für österreichische Waffengeschäfte und eine Protestdemonstration am 27. Juni forderte hinsichtlich des Argentinien-Geschäfts die Einstellung österreichischer Waffenexporte. So richtete sich etwa gegen Michael Malzacher, Generaldirektor von Steyr-Daimler-Puch, der Slogan auf einem Plakat: „Schluss mit Waffenschacher, weg mit Malzacher“.¹⁵² Organisiert wurde die Demonstration von „mehreren christlichen, pazifistischen und linksgerichteten Organisationen“ und unter den etwa 1.000 Teilnehmer*innen waren „ziemlich alle politischen Lager Österreichs“ vertreten.¹⁵³

Im Gegensatz zu Chile konnte das Argentinien-Geschäft durch Protest und Demonstrationen nicht verhindert werden. Das letzte große Steyr-Waffengeschäft kam wie geplant zustande und diesem ist es zu verdanken, dass im Juni 1982 die Steyr-Bilanz im Rüstungssektor 1981 als „ganz gut“ bezeichnet werden konnte.¹⁵⁴ Weitere Waffenverkäufe an Argentinien wurden durch den Beginn des Falklandkrieges im April 1982 verhindert.¹⁵⁵

147 Gemeint ist damit der Konflikt um den Beagle-Kanal. Die *New York Times* gaben in ihrem Artikel ebenfalls den Beagle-Konflikt als Hintergrund des Waffengeschäfts an; Schumacher, *Argentina turns to Austria for \$180 Million in Arms*.

148 Ö1-Mittagsjournal, 22.6.1981, 36:35–43:20 min.

149 o. A., *Vor 20 Jahren im Falter. Panzerexporte – der österreichische Weg*, in: *Falter*, Nr. 29, 18.7.2001, <https://www.falter.at/zeitung/20010718/vor-20-jahren-im-falter/1840040003>, eingesehen 1.8.2021. Gerald Höchtler meinte dazu im sozialistischen *Oberösterreichischen Tagblatt*: „Eine derartige Vorgangsweise ist bestimmt nicht dazu angetan, eine brauchbare Gesprächsbasis zu finden.“: Ö1-Mittagsjournal, 25.6.1981, 43:00–46:00 min.

150 Ö1-Mittagsjournal, 22.6.1981, 36:35–43:20 min.

151 Ö1-Mittagsjournal, 23.6.1981, 26:40–27:20 min.

152 Ö1-Mittagsjournal, 27.6.1981, 15:40–20:30 min.

153 Ö1-Mittagsjournal, 27.6.1981, 15:40–20:30 min.

154 Ö1-Mittagsjournal, 3.6.1982, 40:00–45:00 min.

155 Im Mittagsjournal am 6. April 1982 ist von 27 Schützenpanzern die Rede, die durch den Falklandkrieg nicht geliefert werden konnten: Ö1-Mittagsjournal, 6.4.1982, 32:40–36:20 min.

5.4 Marokko

Fünf Jahre nach dem Verbot von Waffenlieferungen an Marokko dauerte der Krieg mit der Frente Polisario in der Westsahara an, die Wogen um die österreichischen Panzerverkäufe hatten sich jedoch geglättet und so startete Steyr einen weiteren Versuch. Wie beim Chile-Geschäft ist es unklar, wer die Absicht eines Panzerexports an Marokko öffentlich machte. Es waren Zeitungen, die Ende Mai und Anfang Juni 1985 das Geschäft in die öffentliche Aufmerksamkeit rückten.¹⁵⁶ Die letzte große Diskussion um einen Steyr-Panzerverkauf begann:

„Wieder einmal geht’s also um ein umstrittenes Waffenexportgeschäft von Steyr-Daimler-Puch – ein Thema, das die Firma seit dem geplatzten Chile-Export verfolgt. Jetzt will man nach Marokko liefern, die Bestellung lautet auf etwa fünfzig Jagdpanzer, aber wieder gibt es Stimmen in der Regierung, die die Ausfuhrgenehmigung verweigern wollen.“¹⁵⁷

Die Stimme in der Regierung war Innenminister Karl Blecha, der seine Ablehnung mit dem Gesetzestext des KMG (keine Lieferungen an kriegsführende Staaten) begründete; ein Standpunkt, für den er heftig kritisiert wurde.¹⁵⁸ So meinte etwa Alois Mock, Obmann der ÖVP, dass die Haltung Blechas „unmöglich“ sei und er nur aus „partei-politischen und ideologischen Affinitäten und Bindungen zur Polisario“ den Export verhindern wolle.¹⁵⁹ Die Polisario erhielt zu diesem Zeitpunkt noch immer „Entwicklungshilfe“ von der SPÖ, ein Umstand, auf den die Jungsozialist*innen verwiesen.¹⁶⁰ Unterstützung erhielt Blecha von SPÖ-Spitzenpolitikern und der Metallarbeitergewerkschaft, die in Marokko ein Krisengebiet sahen.¹⁶¹

Argumente für den Export waren fehlende Umsätze bei Steyr,¹⁶² Arbeitsplätze und die „Unsinnigkeit“, Panzer zu erzeugen und anschließend nicht zu verkaufen.¹⁶³ In gewisser Weise waren sich beide Seiten im letzten Punkt einig und es war eine Forderung der Kritiker*innen des Geschäfts, dass Steyr anstelle der Panzer zivile Produkte produzieren solle.¹⁶⁴ Schließlich wurde die Wirtschaftlichkeit des Geschäfts hinterfragt, da Marokko gebrauchte Bundesheer-Panzer zu einem günstigen Preis erhalten sollte. Weder Umsatz noch Produktion wären bei einem Verkauf daher wesentlich gefördert worden.¹⁶⁵

Der ehemalige Finanzminister, Hannes Androsch, nunmehr Steyr-Aufsichtsratspräsident und Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein, forderte bei einer Pressekonferenz der Steyr-Werke am 29. Mai die Verdoppelung der jährlichen Panzerkäufe durch

156 Laut dem *Kurier* vom 8. Juni 1985 gab es erste Anfragen bezüglich des Exports bereits im Frühjahr 1985 und eine Parlamentarische Anfrage vom 12. Juni 1985 berief sich auf Zeitungen, die über den Diskurs berichteten: NR-Protokoll, XVI. GP – 93. Sitzung – 12. Juni 1985.

157 Ö1-Abendjournal, 29.5.1985, 0:30–4:20 min.

158 Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 162.

159 Ö1-Mittagsjournal, 29.5.1985, 9:45–16:25 min.

160 Ö1-Abendjournal, 29.5.1985, 0:30–4:20 min.

161 Ö1-Abendjournal, 7.6.1985, 8:00–10:10 min.

162 Ö1-Mittagsjournal, 4.6.1985, 15:40–31:30 min.

163 Ö1-Mittagsjournal, 5.6.1985, 9:30–23:30 min.

164 Ö1-Mittagsjournal, 4.6.1985, 0:30–2:00 min.

165 Ö1-Mittagsjournal, 5.6.1985, 9:30–23:30 min.

das Bundesheer (von 400 auf 800 Millionen Schilling), staatliche Investitionen von 1,5 Milliarden Schilling¹⁶⁶ und eine Ausfallhaftung von 1,9 Milliarden Schilling, sollte die Exportgenehmigung verweigert werden. Besonders der letzte Punkt sorgte für Empörung, denn zum einen waren 1,9 Milliarden Schilling auf das Doppelte des internationalen Preises der Panzer (20 Millionen Schilling, in der Praxis 10 bis 15 Millionen Schilling) ausgelegt, zum anderen führten die Hintergründe der Ausfallhaftung zu Misstrauen. Steyr hatte nämlich laut der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ in den vorhergehenden Jahren 4.000 und allein 1984 1.380 Exportgenehmigungen für Panzer erhalten, ohne viele Verkäufe tatsächlich umgesetzt zu haben. In der Folge sahen Kritiker*innen in der Ausfallhaftung eine Möglichkeit für Steyr, an Geld zu kommen und eine Ausrede für die schlechte wirtschaftliche Lage des Unternehmens zu finden, nach dem Motto, das Holger Bauer, Staatssekretär von Finanzminister Franz Vranitzky, für das Steyr-Management ausformulierte: „[W]ir würden ja, wir könnten ja wunderschöne schwarze Zahlen schreiben, also positiv bilanzieren, wenn man uns nur ließe [...]“.

„Einen entscheidenden politischen Fehler hat jedoch CA-Generaldirektor Androsch begangen, indem er versuchte, die Regierung allzu massiv unter Druck zu setzen. [...] Diese Taktik ist offenbar einmal zu oft angewendet worden, wie aus den scharfen Reaktionen von Sinowatz und Finanzminister Vranitzky hervorgeht.“¹⁶⁷

Mit dieser Aussage als Reaktion auf die Forderungen Androschs hatte Hans Rauscher im „Kurier“ wohl recht und tatsächlich schlug die Diskussion um das Geschäft sehr schnell in scharfe Kritik am Steyr-Management um. Kritisiert wurde die Produktion des Jagdpanzers an sich und Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager meinte im Mittagsjournal am 3. Juni:

„Unser Wunsch wäre es, dass Steyr Panzer produziert oder Waffen produziert, wo wir einen dringenden Bedarf haben. [...] Unser Bedarf [an Kürassier-Jagdpanzern] ist weitestgehend gedeckt, die Exportlage scheint nicht sehr rosig zu sein, daraus müssten eigentlich Konsequenzen gezogen werden.“¹⁶⁸

Kreisky hatte eine Umstellung der Produktion bereits früher gefordert¹⁶⁹ und im Mittagsjournal am 4. Juni wurde eine Aussage des Altbundeskanzlers von 1982, die im Zusammenhang mit der Kritik am Steyr-Management stand, wiederholt: „Wir haben ja einen Versuch gemacht, ihnen [dem Steyr-Management] zu helfen, zu einem zivileren Produkt zu kommen. Das ist ja gescheitert, nicht zuletzt am Unvermögen der Herren.“¹⁷⁰

Die Berichterstattung zum Marokko-Panzerexport endete in den Mittagsjournals mit dem 8. Juni 1985, ohne dass die Regierung bis zu diesem Zeitpunkt eine Entscheidung getroffen hatte. Gerald Hödl meinte in „Österreich und die Dritte Welt“, der Export wäre

166 Ö1-Mittagsjournal, 29.5.1985, 9:45–16:25 min.

167 Ö1-Mittagsjournal, 5.6.1985, 9:30–23:30 min.

168 Ö1-Mittagsjournal, 3.6.1985, 19:00–26:50 min.

169 Ö1-Mittagsjournal, 21.8.1980, 37:50–43:55 min.

170 Ö1-Mittagsjournal, 4.6.1985, 15:40–31:30 min.

zustande gekommen.¹⁷¹ Tatsächlich verhielt es sich jedoch so, dass die marokkanische Seite selbst die Anfrage zurückzog, bevor es zu einem Beschluss kam – ob durch die ablehnende Haltung Blechas abgeschreckt oder aus anderen Gründen, bleibt unklar.¹⁷² Es bleibt außerdem offen, ob die Regierung einen Export genehmigt hätte und ob Steyr anschließend in der Lage gewesen wäre, das Geschäft zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

6. Fazit

Zum Abschluss kann festgehalten werden, dass die vorangestellte These teilweise bestätigt, teilweise widerlegt werden konnte. So lässt sich die Aussage, linke Gruppen hätten die Waffenexporte publik gemacht, mit dem untersuchten Quellenmaterial nicht belegen. Es waren in den Radiosendungen nicht näher beschriebene Zeitungen und Journalist*innen, welche die Geschäfte an die Öffentlichkeit gebracht hatten. Durch tieferegehende Recherchen könnten möglicherweise einzelne Personen, die als Erste über die Exporte berichteten, festgemacht werden. Ihre Abwesenheit im Rundfunk verdeutlicht jedoch, dass sie entweder nicht bekannt waren oder für die öffentliche Darstellung geringe Bedeutung als Akteur*innen hatten.

Eine Einteilung der Diskussionsteilnehmer*innen in linke Gruppen und konservative Kreise greift außerdem zu kurz, da Solidaritätsgruppen und katholische Organisationen auf der kritisierenden Seite keiner politischen Ausrichtung zuzuordnen sind, während der politisch fester verankerte ÖGB und die SPÖ auf beiden Seiten der Diskussion zu finden waren. Einigkeit lässt sich hingegen bei den jeweiligen Jugendgruppen feststellen, die geschlossen und unabhängig von ihrer politischen Couleur gegen die Waffenexporte auftraten. Vertreter*innen dieser Gruppen kamen in den Radiobeiträgen allerdings kaum direkt zu Wort und ihre Argumente wurden meist indirekt durch Presseschauen oder durch Reaktionen und Bezugnahmen der Politiker und Minister wiedergegeben.

Auf der befürwortenden Seite fanden sich wiederum mit Politiker*innen der Regierungspartei SPÖ Personen, die nicht dem konservativen Spektrum zuzuordnen sind, wobei die Trennlinien zwischen Politiker*innen und Verantwortlichen für die Betriebe, etwa im Fall Androsch, verschwimmen. Konservative Politiker*innen der ÖVP standen aus der Opposition heraus geschlossen für Waffenexporte ein und nutzten die Bekanntheit der gescheiterten Geschäfte auch Jahre später noch für ihre politischen Zwecke. Vollkommene Einigkeit herrschte allerdings auch bei der Volkspartei nicht und Aussagen von Politiker*innen wurden vom parteieigenen Presseorgan kritisiert.

171 Hödl, Österreich, S. 147.

172 Der Abgeordnete Wendelin Ettmayer (ÖVP) sah Blechas Haltung als Ursache für den Rückzug Marokkos vom Geschäft: NR-Protokoll, XVI. GP – 129. Sitzung – 20. Februar 1986, in: Parlament.gv.at (Hrsg.), https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVI/NRSITZ/NRSITZ_00129/imfname_144534.pdf, eingesehen 13.6.2021.

Die These hinsichtlich der Argumentationslinien lässt sich weitgehend bestätigen und tatsächlich baute die Kritik tendenziell eher auf der schlechten Menschenrechtssituation in den Empfängerländern auf, während die Geschäfte mit Blick auf Österreich, den Arbeitsmarkt, die möglichen Gewinne und die Versorgung des Bundesheers legitimiert wurden. Die Gefahr einer vereinfachten und zu eindeutig gefassten Antwort besteht auch hier, denn Kritiker*innen verwiesen ebenfalls auf Österreich und zeigten die wenig arbeitsplatzfördernden Eigenschaften der Rüstungsindustrie sowie ihre Risiken auf. Befürworter*innen relativierten andererseits die Situation in den Empfängerländern, verorteten die schlechte Menschenrechtssituation in der Vergangenheit oder erkannten sie an, um anschließend zu zeigen, dass die Vorteile für Österreich überwiegen würden.

7. Quellen

7.1 Internetquellen

International Institute for Strategic Studies, o. D., <https://www.iiss.org/>, eingesehen 28.6.2021.

Ö1-Journale. Ein Onlineportal der Österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/>, eingesehen 12.5.2021.

Österreichische Mediathek. Das österreichische Archiv für Tonaufnahmen und Videos aus Kultur- und Zeitgeschichte, o. D., <https://www.mediathek.at/>, eingesehen 12.5.2021.

Österreichische Mediathek (Hrsg.), Im Brennpunkt: Die Steyr-Werke, 13.1.1984, <https://www.mediathek.at/atom/0178325E-02B-01A83-00000BEC-01772EE2>, eingesehen 13.6.2021.

Österreichische Mediathek (Hrsg.), Im Brennpunkt: Putsch in Bolivien, 27.6.1980, <https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=01782B91-2A5-00E6F-00000BEC-01772EE2&cHash=d26a2d3991794f8084a9047c34328196>, eingesehen 13.6.2021.

Österreichische Mediathek (Hrsg.), Von Tag zu Tag – Gerhard Müllauer – Salesianerpater aus Bolivien, 16.9.1980, <https://www.mediathek.at/atom/10708929-30D-001F2-000008B0-106FA770>, eingesehen 13.6.2021.

STEYR ARMS GmbH (Hrsg.), Geschichte, o. D., <https://www.steyr-arms.com/de/unternehmen/geschichte/>, eingesehen 27.6.2021.

Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), o. D., <https://sipri.org/>, eingesehen 28.6.2021.

Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.), Transfers of major weapons, 1951–2020, Supplier: Austria, o. D., https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php, eingesehen 29.6.2021.

7.2 *Ö1-Abend- und Mittagsjournale*

Ö1-Abendjournal, 29.5.1985, 7.6.1985, in: Österreichische Mediathek (Hrsg.), <https://www.mediathek.at/>, eingesehen 13.6.2021.

Ö1-Mittagsjournal, 8.5.1979, 28.7.1980, 29.7.1980, 30.7.1980, 31.7.1980, 2.8.1980, 7.8.1980, 9.8.1980, 12.8.1980, 13.8.1980, 14.8.1980, 21.8.1980, 11.9.1980, 27.4.1981, 17.6.1981, 22.6.1981, 23.6.1981, 25.6.1981, 27.6.1981, 17.7.1981, 6.4.1982, 3.6.1982, 7.2.1983, 21.11.1984, 29.5.1985, 3.6.1985, 4.6.1985, 5.6.1985, 7.6.1985, 19.12.1985, in: Österreichische Mediathek (Hrsg.), <https://www.mediathek.at/>.

7.3 *Parlament der Republik Österreich*

3182/J XXI.GP, 7.12.2001, in: Parlament.gv.at (Hrsg.), https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/J/J_03182/fname_605131.pdf, eingesehen 28.6.2021.

NR-Protokoll, XVI. GP – 93. Sitzung – 12. Juni 1985, in: Parlament.gv.at (Hrsg.), https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVI/NRSITZ/NRSITZ_00093/imfname_144219.pdf, eingesehen 13.6.2021.

NR-Protokoll, XVI. GP – 129. Sitzung – 20. Februar 1986, in: Parlament.gv.at (Hrsg.), https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVI/NRSITZ/NRSITZ_00129/imfname_144534.pdf, eingesehen 13.6.2021.

7.4 *Rechtsnormen*

Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz – KMG), BGBl. 540/1977.

Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz – KMG), BGBl. 540/1977 idF 30a/1991.

Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz – KMG), BGBl. 540/1977 idF 358/1982.

8. **Literatur**

Drechsel, Clemens, Chilenische Flüchtlinge in Österreich. Biographische Studien zweier Generationen, Dipl. Innsbruck 2005.

Hödl, Gerald, Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995, Wien 2004.

Hubauer, Anton, Ö1-Journale im Wandel der Zeit. Aufbau und Veränderungen der Ö1-Journalsendungen von den 1960er bis in die 1980er Jahre, in: Ö1-Journale. Ein Onlineportal der österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/oe1-journale-im-wandel-der-zeit/>, eingesehen 12.5.2021.

Ders./Kapeller, Johannes, Dokumentation des Arbeitsablaufs. Workflow, in: Ö1-Journale. Ein Onlineportal der österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/arbeitsablauf/>, eingesehen 12.5.2021.

Lutz, Johannes, Waffenproduktion und Waffenexport: Rüstungsindustrie in Österreich – Eine Analyse betriebswirtschaftlicher und unternehmenshistorischer Aspekte der Waffenproduzenten Steyr-Mannlicher und Glock, Masterarbeit Graz 2019.

Matthies, Volker, Krieg in der Dritten Welt, Opladen-Leske-Budrich 1982.

o. A., Latin America, in: *The Military Balance* (1979), Heft 1, S. 75–84.

o. A., Latin America, in: *The Military Balance* (1980), Heft 1, S. 77–86.

o. A., Latin America, in: *The Military Balance* (1981), Heft 1, S. 91–101.

o. A., Vor 20 Jahren im Falter. Panzerexporte – der österreichische Weg, in: *Falter*, Nr. 29, 18.7.2001, <https://www.falter.at/zeitung/20010718/vor-20-jahren-im-falter/1840040003>, eingesehen 1.8.2021.

Pilz, Peter, Die Panzermacher. Die österreichische Rüstungsindustrie und ihre Exporte, Wien 1982.

Pohl, Walter/Rüthemann, Guido u. a., Geschäfte mit der Entwicklung. Österreich und die Dritte Welt, Wien 1986.

Reder, Eva, Audiomaterial als wissenschaftliche Quelle. Die Ö1-Mittagsjournale 1990–1999: Perspektiven, Probleme, Editionsmöglichkeiten, in: Ö1-Journale. Ein Onlineportal der österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/audiomaterial-als-wissenschaftliche-quelle/>, eingesehen 12.5.2021.

Schumacher, Edward, Argentina turns to Austria for \$180 Million in Arms, in: *The New York Times*, 15.6.1981, <https://www.nytimes.com/1981/06/15/world/argentina-turns-to-austria-for-180-million-in-arms.html>, eingesehen 25.4.2021.

Seckauer, Hansjörg/Weidenholzer, Josef, Krise und Krisenbewältigung. Die Entwicklung der Steyrer Industrie in den letzten zwei Jahrzehnten, in: Roman Sandgruber/Michael John (Hrsg.), Tradition – Innovation. Industrie im Wandel. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft, Steyr 1998, S. 104–133.

Solaris T., Alexis, La Paz, Noviembre de 1979, la masacre que festejó Pinochet, in: *Los Tiempos*, 31.10.2016, <https://www.lostiempos.com/oh/actualidad/20161031/paz-noviembre-1979-masacre-que-festejo-pinochet>, eingesehen 9.5.2021.

Stolle, Michael, Emotionale Wiedervereinigung: Das Radio und die Heimkehr der Kriegsgefangenen in die BRD, in: Frank Bösch (Hrsg.), Die Massen bewegen. Frankfurt am Main 2006, S. 325–343.

Tozzer, Kurt/Kallinger, Günther, Todesfalle Politik. Vom OPEC-Überfall bis zum Sekyra-Selbstmord, St. Pölten-Wien 1999.

Wurm, Jakob, „Solidarität mit dem chilenischen Volk“. Diskurspraxis der österreichischen Chile- Solidaritätsfront, Dipl. Wien 2008.

Leonhard Lorenz Knabl studiert an der Universität Innsbruck.

Leonhard.Knabl@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Leonhard Lorenz Knabl, Österreichische Waffenexporte in den Globalen Süden. Der Diskurs um Panzerexporte im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in: *historia.scribere* 14 (2022), S. 229–255, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 21.6.2022 (=aktuelles Datum).

Lobende Erwähnungen von *historia.scribere* 14

(gesponsert von **Hermann Kuprian** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

(gesponsert von **Christoph Ulf** und der
Philosophisch-Historischen Fakultät)

Freiwillige Feuerwehren und Erinnerungsräume: Denkmäler, Rituale, Festschriften – Fallbeispiele

Karlheinz Bachmann

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: assoz. Prof. Mag. Dr. Eva Pfanzerter, MA

eingereicht im: WiSe 2019/20

Rubrik: Bachelor-Arbeit

Abstract

Volunteer Fire Departments and Memory Spaces: Monuments, Rituals and Commemorative Publications

This bachelor thesis is a contribution to the research field of the history of associations and clubs. It deals with volunteer fire departments in South Tyrol. Based on Pierre Nora's concept of memory spaces ("lieux de mémoire"), relevant memory spaces of volunteer fire departments will be located and their importance for the legitimacy and identity of said departments will be analysed.

1. Einleitung

Das Sturmtief „Vaja“ im Herbst 2018, das Jahrhundertschäden in Südtiroler Wäldern verursachte, und die intensiven Schnee- und Regenfälle im November 2019, die Land und Menschen über Tage in Atem hielten, haben eine Rettungsorganisation wieder besonders in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt: die Freiwilligen Feuerwehren Südtirols.¹ Diese besondere, technisch bestens ausgerüstete Selbsthilfeorganisation ist seit jeher eine tragende Säule des Südtiroler Zivilschutzes und blickt in dieser Funktion auf eine lange Tradition zurück. Über ihre Tradition, ihre Geschichte und über die intensiv gepflegte Erinnerungskultur definieren die Freiwilligen Feuerwehren nicht nur ihr

¹ Wie aus dem Tätigkeitsbericht des Landesverbandes der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols von 2018 hervorgeht, verfügt die Autonome Provinz Bozen–Südtirol/Provincia Autonoma di Bolzano–Alto Adige über 306 Freiwillige Feuerwehren mit 13.060 aktiven Feuerwehrfrauen und –männern. Der Bericht weist 12.006 Einsätze und 582.865 geleistete Arbeitsstunden aus.

Selbstverständnis, sondern schöpfen daraus auch Kraft und Energie für ihre herausfordernden Aufgaben und die Weiterentwicklung der Organisation.

Da diese Feststellung in vorliegender Arbeit besondere Aufmerksamkeit erfährt, werden einleitend einige grundsätzliche Überlegungen zum Begriff „Erinnerungskultur“, der seit den 1990er-Jahren in der Wissenschaftssprache der modernen Kulturgeschichtsforschung verwendet wird, angestellt. Stand dieser Begriff anfangs „als lockerer Sammelbegriff für die Gesamtheit des nicht spezifisch wissenschaftlichen Gebrauchs der Geschichte in der Öffentlichkeit“, wird er nunmehr als „formaler Oberbegriff für alle denkbaren Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse“ verstanden.² In diesem Forschungsfeld kommt dem Konzept der „Erinnerungsorte“ – der „lieux de mémoire“ – welches der französische Historiker Pierre Nora in den 1980er-Jahren geprägt hat, besondere Bedeutung zu.³ Im Konzept der Erinnerungsorte wird der Wortbestandteil des Ortes im Sinne von „Topos“ verwendet.⁴ Dabei kann es sich um Orte im geografischen Sinn handeln, das Spektrum umfasst aber neben Ereignissen, Gedenkfeiern, Persönlichkeiten und Organisationen⁵ auch Slogans, mythische Figuren und Rituale.⁶ Diese Erinnerungsorte werden als „symbolische Repräsentationen“ verstanden, „von denen Forscherinnen und Forscher annehmen, dass sie in einem bestimmten soziohistorischen Zusammenhang eine traditions- und identitätsstiftende Rolle spielen.“⁷ In der Regel besitzen sie einen materiellen, einen symbolischen und einen funktionalen Sinn,⁸ sind historisch gewachsen und im Wandel begriffen.⁹ Besonders bedeutsam sind sie für Gemeinschaften und Organisationen, die Träger dieser Erinnerungskultur sind und sich durch die Vergegenwärtigung historischer Ereignisse ihrer selbst vergewissern können.¹⁰

In Anlehnung an das Konzept der „Erinnerungsorte“ von Pierre Nora werden in dieser Arbeit relevante Erinnerungsorte der Institution Freiwillige Feuerwehr, also „Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität“¹¹ ausfindig gemacht, die „die Vergangenheit in der Gegenwart lesbar machen“.¹² Dazu wird folgende forschungsleitende These aufgestellt: Der Geschichte kommt im freiwilligen Feuerwehrwesen eine identitätsstiftende und legitimatorische Funktion zu. Verschiedenen Erinnerungsorten bzw. Erinnerungsräumen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da sie der Organisa-

2 Christoph Cornelißen, *Erinnerungskulturen*, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, http://docupedia.de/zg/Cornelissen_erinnerungskulturen_v2_de_2012, eingesehen 23.11.2019.

3 Astrid Erl, *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung*, Stuttgart 2005, S. 23.

4 Cornelia Siebeck, *Erinnerungsorte, Lieux de Mémoire*, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 02.03.2017, http://docupedia.de/zg/Siebeck_erinnerungsorte_vl_de_2017, eingesehen 24.11.2019.

5 Christian Gudelus/Ariane Eichenberg/Harald Welzler (Hrsg.), *Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart 2010, S. 184.

6 Siebeck, *Erinnerungsorte*.

7 Ebd.

8 Gudelus, *Gedächtnis und Erinnerung*, S. 184.

9 Siebeck, *Erinnerungsorte*.

10 Gudelus, *Gedächtnis und Erinnerung*, S. 184.

11 Eva Pfanzelter, *Die (un)verdaute Erinnerung an die Option 1939*, in: Eva Pfanzelter (Hrsg.), *Option und Erinnerung. La memoria delle opzioni (Geschichte und Region/Storia e regione 2)*, Innsbruck 2013, S. 13–40, hier S. 15.

12 Martin Sabrow, *Zeitgeschichte schreiben. Von der Verständigung über die Vergangenheit in der Gegenwart*, Göttingen 2014, S. 247.

tion die Möglichkeit bieten, sich „ihrer Vergangenheit zu versichern“.¹³ Um diese These auch untermauern zu können, richtet sich der Fokus v. a. auf zwei Forschungsfragen: Welche materiellen und geistigen Erinnerungsorte werden von den Feuerwehren und von den Feuerwehrverbänden bewusst gepflegt? Wie äußert sich diese Traditionspflege im Vereinsleben und wie wird sie der Gesellschaft vermittelt?

Nach einem Exkurs in die historische Entwicklung des Südtiroler Feuerwehrwesens werden materielle und geistige Erinnerungsorte beschrieben, die für die Organisation Feuerwehr von Bedeutung und auch in der Gesellschaft öffentlichkeitswirksam präsent sind. Ein Forschungsschwerpunkt dieser Arbeit liegt in der Beschreibung und Analyse des „Erinnerungsraumes Festschrift“, da gerade in diesen Publikationen zu besonderen Vereinsjubiläen ersichtlich wird, wie im Feuerwehrwesen Geschichte konstruiert und verhandelt wird.

2. Forschungslage

Die akademische Forschung hat sich bisher kaum mit der Geschichte der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols beschäftigt. Es gibt aber zahlreiche populärwissenschaftliche Festschriften und Chroniken, die wichtige Einblicke in die Geschichte und das Wesen der Freiwilligen Feuerwehren ermöglichen. So bieten für das Bundesland Tirol der von Manfred Liebentritt und Martin Reiter publizierte Band „Das Tiroler Feuerwehrbuch“¹⁴ und die Publikation des Bezirksfeuerwehrverbandes „Die Feuerwehr Innsbruck. Geschichte, Gegenwart und Zukunft“¹⁵ einen ersten wichtigen Einblick in die Organisation Feuerwehr und ihre Entwicklung. Für Südtirol liefert die bereits 1980 erschienene Festschrift „25 Jahre Landesfeuerwehrverband Südtirol“¹⁶ wichtige Grundlagen. Christoph Sternbachs Bericht zum 50-jährigen Bestehen des Verbandes baut auf diesem Standardwerk auf.¹⁷

Für Teile Österreichs und Deutschlands ist die Forschungslage deutlich besser. So sind für diese Arbeit vor allem die Erkenntnisse der kulturwissenschaftlichen Studie zu Vereinsleben und -geschichte, die Moritz Jungbluth über die Freiwilligen Feuerwehren in der Region Nassau verfasst hat, relevant.¹⁸

In der Analyse der Jubiläumsschriften stützt sich die Arbeit vor allem auf zwei wissenschaftliche Untersuchungen: Zum einen auf den Sammelband „Das Heimatbuch. Geschichte, Methoden und Wirkungen“¹⁹, den Mathias Beer 2010 veröffentlicht hat,

13 Sabrow, Zeitgeschichte schreiben, S. 247.

14 Manfred Liebentritt/Martin Reiter, Das Tiroler Feuerwehrbuch, Telfs 2013.

15 Bezirksfeuerwehrverband Innsbruck-Stadt (Hrsg.), Die Feuerwehr Innsbruck. Geschichte, Gegenwart und Zukunft, Innsbruck-Wien 2007.

16 Hans Fink, Festschrift des Landesfeuerwehrverbandes Südtirol: 1955–1980, Bozen 1980.

17 Christoph Sternbach, 50 Jahre Landesverband und Bezirksverbände der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols. Ein Bericht zur Entwicklung des Feuerwehrwesens in Südtirol von 1955 bis 2005, Vipitan 2005.

18 Moritz Jungbluth, Freiwillige Feuerwehren in der Region Nassau. Eine kulturwissenschaftliche Studie zu Vereinsleben und -geschichte des Nassauischen Feuerwehrverbandes sowie der Freiwilligen Feuerwehren in Montabaur und Bad Ems bis 1938 (Regierungsbezirk Wiesbaden), Münster 2014.

19 Mathias Beer (Hrsg.), Das Heimatbuch. Geschichte, Methoden, Wirkungen, Göttingen 2010.

zum anderen auf den Tagungsband „Geschichtsbilder. Ortsjubiläen in Hessen“²⁰, der anlässlich der wissenschaftlichen Jahrestagung der Hessischen Vereinigung für Volkskunde 1992 erschienen ist.

3. Historischer Hintergrund

In Tirol bezeugen die zahlreich überlieferten Löschornungen das Bemühen der Bewohner*innen, der zerstörerischen Kraft des Feuers gezielt entgegenzutreten.²¹ Die Vorkehrungen zur Brandbekämpfung erlebten in der Mitte des 19. Jahrhunderts einen entscheidenden Qualitätssprung. Immer mehr setzte sich die Überzeugung durch, dass Katastrophen verschiedenster Art am besten mit einer gut organisierten und geschulten Truppe bekämpft werden könnten.²² In dieser Zeit entwickelten sich im süddeutschen Raum die ersten Freiwilligen Feuerwehren.²³

Der Innsbrucker Seilergeselle Franz Thurner begeisterte sich während seiner Wanderjahre für die Turnerbewegung in Deutschland und lernte dort auch neue Formen des Feuerlöschwesens kennen. Nach seiner Rückkehr wirkte er in Innsbruck am Aufbau der „akademischen Turnerbewegung“ mit. Diese bemühte sich um die körperliche Erziehung der Jugend, um die Ausbildung der Turnlehrer und um die Einführung des Turnunterrichts in den Pflichtschulen. Franz Thurner gelang es auch, Freunde aus den Turnerkreisen für seine neuen Feuerwehrideen zu gewinnen und 1857 in Innsbruck die erste Freiwillige Feuerwehr Tirols zu gründen.²⁴ Anfangs wurde dieser Verein von der Obrigkeit kritisch beäugt. Als seine Wehr sich aber am 12. Juli 1857 bei einem nächtlichen Brand hervorragend bewährte, verhalf diese Feuertaufe auch der Idee „Freiwillige Feuerwehr“ zum Durchbruch.²⁵ In der Folge kam es vorwiegend in Orten, in denen bereits Turnergruppen bestanden, zu Feuerwehrgründungen. Im südlichen Tirol wurde 1864 in Bruneck die erste Turnerfeuerwehr gegründet.²⁶

Die Aufhebung des Vereinsverbotes (1867) und der Erlass der „Feuerpolizei- und Feuerordnung“ (1881) erleichterten und stimulierten die Gründung weiterer Freiwilliger Feuerwehren, die als Vereine das Feuerlöschwesen in der jeweiligen Gemeinde übernahmen.²⁷ Bereits 1872 hatten sich in Lienz 13 Feuerwehren zum Landesverband der Tiroler Feuerwehren zusammengeschlossen. Das heutige Südtirol war mit den Wehren aus Brixen, Bruneck und Meran im Verband vertreten, der die Ziele „Hebung des Feuerlöschwesens in Tirol“ sowie „Unterstützung verunglückter Feuerwehrmitglieder“

20 Johanna Rolshoven/Martins Scharfe (Hrsg.), *Geschichtsbilder. Ortsjubiläen in Hessen*, Maarburg 1994.

21 Karlheinz Bachmann, *Die Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr Pfalzen 1901–2001. Eine Chronik*, Pfalzen 2001, S. 13.

22 Christoph Gasser, *1876–2001 Freiwillige Feuerwehr Klausen. Festschrift zum 125-jährigen Gründungsjubiläum*, Klausen 2001, S. 5.

23 Egon Kùhebacher, *Die Ehre geben wir Gott, die Hilfe den Menschen in Not. Festschrift herausgegeben von der Freiwilligen Feuerwehr Winnebach im 100. Jahr ihres Bestehens*, Winnebach 1998, S. 37.

24 Bezirksfeuerwehrverband Innsbruck-Stadt, *Die Feuerwehr Innsbruck*, S. 14.

25 Manfred Liebenritt/ Martin Reiter Martin (Hrsg.), *Das Tiroler Feuerwehrbuch*, Telfs 2013, S. 12.

26 Fink, *Festschrift des Landesfeuerwehrverbandes Südtirol: 1955–1980*, S. 56.

27 Liebenritt, *Das Tiroler Feuerwehrbuch*, S. 15.

verfolgte.²⁸ Dass sich die Idee der organisierten Selbsthilfe schnell ausbreitete, verdeutlichen folgende Zahlen: Hatte der Verband 1872 erst 13 Mitglieder, umfasste er im Jahre 1900 bereits 288 Freiwillige Feuerwehren (davon 93 aus Südtirol) und 1914 waren es 441 (davon 185 aus Südtirol). Im Jahre 1918 waren beim Tiroler Landesverband 30.000 Feuerwehrleute registriert.²⁹

Der Erste Weltkrieg stellte für die Entwicklung des Feuerwehrwesens in jeder Hinsicht eine tiefgreifende Zäsur dar. Durch die Einberufung der wehrfähigen Männer und später auch der Standschützen (16–60-jährige) brach das Feuerwehrwesen vielerorts zusammen und nicht selten mussten Frauen die entstandenen Lücken schließen.³⁰ Die Angliederung Südtirols an das Königreich Italien bedeutete für die Südtiroler Wehren auch das Ausscheiden aus dem Tiroler Landesverband. Da viele Männer im Krieg gefallen bzw. in Kriegsgefangenschaft geraten waren, gestaltete sich der Wiederaufbau schwierig.³¹ Besonders hart aber wurde das Südtiroler Feuerwehrwesen von den Maßnahmen des faschistischen Italiens getroffen. Am 9. Juni 1925 wurden per Dekret alle Freiwilligen Feuerwehren aufgelöst und von Amts wegen durch Berufs- und Gemeindefeuerwehren ersetzt.³²

Einen weiteren Einschnitt brachte 1939 die Option. Die Optanten – 86% der Bevölkerung hatte sich für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden – mussten aus den Feuerwehren ausgeschlossen werden. Als Südtirol 1943 nach der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht Teil der Operationszone Alpenvorland wurde, veranlasste der Oberste Kommissar Franz Hofer den systematischen Wiederaufbau des Feuerwehrwesens als Hilfspolizei. Die Feuerwehren waren also nicht mehr ein Verein im herkömmlichen Sinn.

Nach 1945 konnten sich die Freiwilligen Feuerwehren im Rahmen der demokratisch gewählten Gemeindeverwaltungen und der Vereinsfreiheit wieder neu organisieren.³³ Der Wiederaufbau wurde vor allem von der Generation der Kriegsteilnehmer getragen.³⁴ Da die italienische Gesetzgebung keine Freiwilligen Feuerwehren kannte, sondern nur die Berufsfeuerwehren, die zudem noch dem Innenministerium als „Corpo Nazionale dei Vigili del Fuoco“ unterstellt waren, bemühten sich die politischen Vertreter des Landes um eine autonome Lösung für das bewährte freiwillige Feuerwehrwesen.³⁵ Mit dem Autonomiestatut von 1948 erhielt die Region Trentino-Tiroler Etschland die primäre Gesetzgebungsbefugnis für das Feuerwehrwesen.³⁶ Die normativen Voraussetzungen für den Auf- und Ausbau dieses wichtigen Bereiches der öffentlichen Sicherheit schuf der Regionalrat am 20. August 1954 mit dem Gesetz Nr. 24.³⁷ Der

28 Fink, Festschrift des Landesfeuerwehrverbandes Südtirol: 1955–1980, S. 57.

29 Sternbach, 50 Jahre Landesverband, S. 17.

30 Christoph von Hartungen, Die Freiwilligen Feuerwehren in den Jahren 1918–1945, in: *Die Freiwillige Feuerwehr* 25 (1991), Heft 5, S. 12.

31 Fink, Festschrift des Landesfeuerwehrverbandes Südtirol: 1955–1980, S. 59.

32 Ebd., S. 60.

33 Sternbach, 50 Jahre Landesverband, S. 18.

34 Hartungen, Die Freiwilligen Feuerwehren in den Jahren 1918–1945, S. 14.

35 Sternbach, 50 Jahre Landesverband, S. 22.

36 Hartungen, Die Freiwilligen Feuerwehren in den Jahren 1918–1945, S. 14.

37 Sternbach, 50 Jahre Landesverband, S. 23.

damalige Regionalassessor Alfons Benedikter, der maßgeblich an der Ausarbeitung des Gesetzes mitgewirkt und viele bürokratische Hürden überwunden hatte, bezeichnete dieses Gesetz als die „Magna Charta des eigenständigen Feuerwehrwesens von Südtirol“.³⁸ Das Regionalgesetz ermöglichte auch die Gründung des Landesverbandes der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols, zu dem sich am 2. Oktober 1955 die neun Bezirksverbände mit ihren 260 Freiwilligen Feuerwehren und 8.250 aktiven Feuerwehrleuten zusammenschlossen.³⁹

Den autonomen Spielraum für das Südtiroler Feuerwehrwesen erweiterte das Regionalgesetz vom 2. September 1978, Nr. 17, das die Befugnisse in Verwaltung und Organisation von der Region auf die Autonomen Provinzen Trient und Bozen übertrug. Das Land Südtirol hatte nun erstmals die alleinige Kompetenz und somit auch Verantwortung über die Freiwilligen Feuerwehren erzielt.⁴⁰ Am 18. Dezember 2002 beschloss der Südtiroler Landtag das Landesgesetz Nr. 15 „Vereinheitlichter Text über die Ordnung der Feuerwehr- und Zivilschutzdienste“. Dieses Gesetz, das unter Berücksichtigung nationaler Vorgaben den Zivilschutzdienst in Südtirol regelt und die Rechtsgrundlage für das moderne Feuerwehrwesen bildet,⁴¹ versetzt die Feuerwehren des Landes in die Lage, „einen flächendeckenden Personen- und Sachschutz bei Bränden und anderen Notfällen“ zu gewährleisten.⁴²

4. Materielle und immaterielle Erinnerungsräume

Das in der Einleitung erwähnte Konzept der Erinnerungsorte von Pierre Nora fungiert in der kulturwissenschaftlichen Forschung als Oberbegriff für verschiedene Medien des Gedächtnisses und des Erinnerns. Über Medien des Erinnerns können Gemeinschaften und Gruppen die Vergangenheit vergegenwärtigen, sich ihrer Selbst vergewissern und diese Medien als Orientierung für die Zukunft nutzen.⁴³ In diesem Kapitel werden nun exemplarisch Medien des Erinnerns, die den Erinnerungsraum der Organisation Feuerwehr konstituieren, beschrieben und ihre Bedeutung für das Vereinsleben und die Vermittlung des Bildes nach außen angedeutet.

4.1 Lokale Feuerwehrmuseen

Das Bedürfnis, die eigene Geschichte zu bewahren, war und ist bei den Feuerwehren sehr stark ausgeprägt.⁴⁴ So verfügen – wie in der Folge an drei Beispielen exemplarisch aufgezeigt werden kann – einige von ihnen über Sammlungen an historischen Feuerwehrrequisiten und Motorfahrzeugen, die Einblick in die Technik- aber auch Vereinsgeschichte gewähren.

38 Fink, Festschrift des Landesfeuerwehrverbandes Südtirol: 1955–1980, S. 11.

39 Sternbach, 50 Jahre Landesverband, S. 27.

40 Ebd., S. 34.

41 Ebd., S. 36.

42 Landesverband der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols (Hrsg.), Bericht zum Jahr 2018, Vilpian 2019.

43 Gudelus, Gedächtnis und Erinnerung, S. 127–128.

44 Interview mit Christoph Sternbach, Uttenheim, 12.11.2019, Aufzeichnungen beim Verfasser.

Die Freiwillige Feuerwehr Klausen hat z. B. beim Neubau der Feuerwehrrhalle einen Platz für einen Schauraum vorgesehen, um die reiche Sammlung an historischen Exponaten öffentlichkeitswirksam präsentieren zu können. Die Museumsstücke laden zum Vergleich der Feuerlöschtechniken vergangener Zeiten mit den Einsatzmöglichkeiten in der Gegenwart ein, da der Ausstellungsraum nahtlos an die Halle, in der moderne Einsatz- und Tanklöschfahrzeuge abgestellt sind, anschließt. Das Schmuckstück der Sammlung bildet die Dampfspritze aus dem Jahre 1904, die noch funktionstüchtig ist und bei historischen Festumzügen vorgeführt wird.⁴⁵

Die Freiwillige Feuerwehr Pfalzen hingegen hat ihre Sammlung an historischen Exponaten in die verschiedenen Räume der neuen Feuerwehrrhalle integriert. In einem Vorraum werden die Spritze aus dem Jahre 1817, ein Pferdegeschirr und der Schlauchwagen neben der Ablichtung einer Löschorde von 1836 und der Prozessionsstatue des Hl. Florian ausgestellt. Im Schaufenster des Ausbildungsraumes finden sich Steigerbeile, Laternen, Alarm- und Signalhörner und das Trinkhorn mit der Erinnerungsplakette an das Gründungsfest. Die mustergültig restaurierte und hinter Glas verwahrte Fahne aus dem Jahre 1904 schmückt die Wände des Ausbildungsraumes.

Die Freiwillige Feuerwehr Bruneck verfügt über ein eigenes, großräumiges Feuerwehrmuseum in der Feuerwehrrhalle. Zahlreiche materielle Ausstellungsgegenstände ermöglichen eine sinnliche Erfassung der technischen Entwicklung; Protokolle aus der Gründerzeit, alte Schriften, Briefe und vor allem zahlreiche historische Aufnahmen ergänzen die Sammlung. Die Kommandofahne mit der roten Laterne verweist auf die Ursprünge der Wehr, während die Utensilien der Atemschutzträger die Verbindung zur Moderne herstellen. Das Museum wird während des Schuljahres auch von vielen Schulklassen besucht.

Diese lokalgeschichtlichen Initiativen tragen dem Bedürfnis nach Anschaulichkeit und Authentizität Rechnung und Geschichte kann über eine museale Darstellung einem interessierten Publikum vermittelt werden.

4.2 *Erinnerungszeichen – Gedenkstätte*

Nach dem Ersten Weltkrieg errichteten einige Freiwillige Feuerwehren Erinnerungszeichen für gefallene Vereinsmitglieder. So gemahnt in der Totenkapelle des Friedhofes von Steinhaus eine Marmortafel an diese Tragödie: „Zur Erinnerung an unsere im Weltkrieg gefallenen Kameraden Steger Johann, geb. 2. Dez. 1876 †24. Okt. 1917 [neun weitere Namen folgen] Euere [sic] Feuerwehr Kameraden 1921.“⁴⁶ Ein ähnliches Erinnerungszeichen hat die Freiwillige Feuerwehr Sand in Taufers in ein gut sichtbares Steinmonument vor der neuen Feuerwehrrhalle integriert. Neun im Ersten Weltkrieg gefallenen Feuerwehrkameraden, darunter auch dem damaligen Kommandanten, haben die Wehrmänner folgenden Wunsch in Stein gemeißelt: „Ruhet sanft in fremder Erde unvergeßlich unseren Deutschen Herzen. Euere Feuerwehrkameraden 5.IX.1920.“ Die-

45 Gasser, 1867–2001 Freiwillige Feuerwehr Klausen, S. 76.

46 Freiwillige Feuerwehr Steinhaus/St. Jakob/St. Peter (Hrsg.), Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr. 125 Jahre Freiwillige Feuerwehr 1892–2017. Eine Chronik, Steinhaus 2017, S. 15.

se Worte auf dem Erinnerungsstein spiegeln den politischen Hintergrund der fast auf den Tag genau ein Jahr zuvor beschlossenen Annexion Südtirols durch Italien wider.



Abbildung 1: Das Erinnerungszeichen vor der Feuerwehrrhalle Sand in Taufers, Foto von Karlheinz Bachmann

Die Freiwillige Feuerwehr Bruneck errichtete 2009 ihren im Krieg gefallenen bzw. im Einsatz verunglückten Vereinsmitgliedern ein „Ehrenmal“. Vor der Feuerwehrrhalle in einer gut einsehbaren Zone steht ein großer, zweigeteilter Granitblock mit folgender Gravur: „Den in den Weltkriegen gefallenen Kameraden 1914–1918 [es folgen elf Namen]/ 1939–1945 [es folgen fünf Namen] / Vom Einsatz für den Nächsten nicht heimgekehrt: Otto Knoll †14.7.1972.“

Der Landesverband der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols gestaltete 2004 auf dem Gelände der Landesfeuerwehrrschule in Vilpian eine Gedenkstätte. Das „Florianistöckl“ wurde am 7. Mai 2005 von Diözesanbischof Wilhelm Egger im Beisein von politischen Vertreter*innen und zahlreichen Fahnenabordnungen der Feuerwehren gesegnet. Den Mittelpunkt der Gedenkstätte bilden ein Kreuz und ein Bronzestandbild des Hl. Florian, das der Künstler Franz Kehrer geschaffen hat. Die Glocke stammt aus der Innsbrucker Glockengießerei Grassmayr und trägt die Inschrift „S. Floriano Patrono – Gratias et Honorem“ und das Emblem der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols. Auf einer Gedenkwall aus Beton sind unter dem Schriftzug „IN MEMORIAM“ die Bronzetafeln mit den eingestanzten Namen der verunglückten Feuerwehrleute angebracht.⁴⁷

Die vorerst letzte Gedenktafel wurde beim Landesfeuerwehrtag am 10. Mai 2019 im Rahmen einer schlichten Feier für den verunglückten Feuerwehrmann Giovanni Costa aus Lungiarü/Campill im Gadertal angebracht. Der 52-jährige Familienvater war bei den Aufräumarbeiten der Unwetterschäden, die das Sturmtief Vaja verursacht hatte, tödlich verunglückt.⁴⁸

4.3 Leit- und Sinnsprüche

Die Geisteshaltung von Gemeinschaften und Organisationen drückt sich auch treffend in Sinn- und Leitsprüchen aus. Im Feuerwehrwesen kann ihr Ursprung bis in die Gründungszeit zurückverfolgt werden. So warb der „Gauverband der Freiwilligen Feuerwehren Deutschtirols“ 1874 mit dem Slogan „Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott!“ für den Selbsthilfegedanken des freiwilligen Feuerwehrwesens.⁴⁹

Die Freiwillige Feuerwehr Bruneck, die aus der Turnerbewegung hervorgegangen ist, übernahm bei der Gründung im Jahre 1863 deren Motto „Frisch – froh⁵⁰ – fromm – frei“ und integrierte das Turnerkreuz in das Vereinswappen.⁵¹ Die Feuerwehrfahne von Innsbruck trug bereits 1875 den Wahlspruch „Dem Nächsten zum Schutz, dem Feuer zum Trutz.“⁵²

Wie bereits erwähnt, gingen von der deutschnationalen, freigeistigen Turnerbewegung bedeutende Impulse für das organisierte freiwillige Feuerwehrwesen aus. Bis um die Jahrhundertwende sperrte sich der konservative Klerus gegen das traditionell deutschnational ausgerichtete Turner- und Feuerwehrwesen. Unterstützung kam hingegen von den christlichsozialen Geistlichen, die sich nicht nur um das seelische, sondern auch um das leibliche Wohl der Menschen sorgten. Kleriker dieser Strömung formulierten um 1900 die neue Feuerwehrlosung „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr“, in der die christlichen Forderungen der Gottes- und Nächstenliebe treffsicher zusammengefasst wurden.⁵³

Auch in der Gegenwart hat dieser Leitspruch seine Bedeutung für die Organisation nicht eingebüßt. Einige Feuerwehren haben ihn für sich abgewandelt in „Helfen in Not, ist unser Gebot“⁵⁴ oder in „Die Ehre geben wir Gott und unsere Hilfe den Menschen in Not.“⁵⁵ Der traditionelle Wahlspruch prangt aber weiterhin von vielen Feuerwehrfahnen, er wird in großen Lettern auf Feuerwehrhallen angebracht und viele Festreden bei Versammlungen und Festlichkeiten enden damit.

48 Dolomiten, 30.10.2019.

49 Kühebacher, Die Ehre geben wir Gott, die Hilfe den Menschen in Not, S. 38.

50 In manchen Publikationen wird das „froh“ als „fröhlich“ wiedergegeben.

51 Freiwillige Feuerwehr Bruneck (Hrsg.), 140 Jahre Freiwillige Feuerwehr Bruneck 1864–2004, Bruneck 2004, S. 5.

52 Bezirksfeuerwehrverband Innsbruck-Stadt, Die Feuerwehr Innsbruck, S. 25.

53 Kühebacher, Die Ehre geben wir Gott, die Hilfe den Menschen in Not, S. 39.

54 Musikkapelle und Feuerwehr Proveis (Hrsg.), Festgehalten. Musikkapelle & Feuerwehr Proveis, Proveis 2010, S. 25.

55 Kühebacher, Die Ehre geben wir Gott, die Hilfe den Menschen in Not, S. 16.

4.4 Die Fahne

Der 28. August 1904 war in der Pustertaler Gemeinde Pfalzen ein besonderer Festtag. Die neue Feuerwehrfahne, die eine Abbildung des Hl. Florian und der Leitspruch „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr“ zierte, wurde feierlich gesegnet. Erst drei Jahre zuvor war die Freiwillige Feuerwehr Pfalzen–Issing–Greinwalden gegründet worden und nun verfügte auch sie über ein repräsentatives, identitätsstiftendes und öffentlichkeitswirksames Vereinszeichen.⁵⁶ Eine Fahne diente ursprünglich als wichtiger Orientierungs- und Kommunikationspunkt im Einsatz, wie aus den Gründungsstatuten der oben erwähnten Wehr hervorgeht: „Der Standplatz des Gemeindevorstehers und Feuer-Wehr-Hauptmannes bezeichnet bei Tag eine rothe Fahne, bei Nacht eine rothe Laterne.“⁵⁷

Neben der praktischen Funktion kam den Fahnen bereits in der Gründungszeit auch eine symbolische Bedeutung zu. Die Feuerwehren übernahmen diese Tradition in den 1880er-Jahren von den Turnerverbänden und entwickelten sie in der Folge weiter.⁵⁸ Die Vereinsfahne bildete bald einen wichtigen Referenzpunkt für die Organisation Freiwillige Feuerwehr und wurde zum Zeichen der Solidarität. In einfacher Bildsprache dokumentiert sie neben dem Alter der Wehr auch die historisch gewachsene Bedeutung der Gemeinschaft und macht mit dem Sinnspruch deren fundamentale Werte sichtbar.⁵⁹ Die Fahne steht für Werte wie Treue, Gemeinschaftssinn und Traditionsbewusstsein und auch das Zusammengehörigkeitsgefühl lässt sich über sie ausdrücken. Aufgrund der symbolischen und identitätsstiftenden Kraft, die von diesem Vereinszeichen ausgeht, war und ist es den Freiwilligen Feuerwehren ein Anliegen, eine eigene Fahne zu besitzen und diese bei gesellschaftlichen und religiösen Veranstaltungen sichtlich zur Schau zu stellen.⁶⁰

Feuerwehrfahnen weisen stets auch eine politische Dimension auf. Augenscheinlich wird dies meist in Zeiten, die von gesellschaftlichen Konflikten geprägt sind. Als im Jahre 1925 die Freiwilligen Feuerwehren Südtirols aufgelöst, das öffentliche Auftreten untersagt und z. T. auch das Inventar beschlagnahmt wurden, leisteten einige Feuerwehren Widerstand.⁶¹ So brachte die Freiwillige Feuerwehr Steinhaus ihr Vereinszeichen in Sicherheit⁶² und auch die Feuerwehr Pfalzen brachte die Fahne nach Innsbruck, um sie vor dem Zugriff der Faschisten zu retten.⁶³ In der Gemeinde Eppan verboten die staatlichen Sicherheitsorgane der Feuerwehr als Reaktion auf die Bombenanschläge in der „Feuernacht“ 1961, die Vereinsfahne bei der Fronleichnamsprozession mitzutragen. Erst 1968 durfte die Fahne offiziell wieder mitgeführt werden.⁶⁴

56 Bachmann, Die Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr Pfalzen 1901–2001, S. 30.

57 Tiroler Landesarchiv, Statthalterei, Präsidiale, Verein 1901, Zahl 12946.

58 Fink, Festschrift des Landesfeuerwehrverbandes Südtirol, S. 84.

59 Bezirksfeuerwehrverband Innsbruck-Stadt, Die Feuerwehr Innsbruck, S. 23.

60 Jungbluth, Freiwillige Feuerwehren in der Region Nassau, S. 345.

61 Freiwillige Feuerwehr Mühlbach (Hrsg.), 125 Jahre 1880–2005. Ein Rückblick aus 125 Jahren im freiwilligen Dienst der Feuerwehr. Freiwillige Feuerwehr Mühlbach, Mühlbach 2005, S. 103.

62 Freiwillige Feuerwehr Steinhaus, Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr, S. 17.

63 Bachmann, Die Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr Pfalzen 1901–2001, S. 28.

64 Freiwillige Feuerwehr St. Michael/Eppan (Hrsg.), 125 Jahre Freiwillige Feuerwehr St. Michael/Eppan, Eppan 2010, S. 55.

Interessanterweise gelang es der Freiwilligen Feuerwehr Runggaditsch aus dem ladinischsprachigen Grödental sich im Jahre 1930 mit einer Fahne auszustatten, zu einer Zeit, als der Faschismus die Feuerwehren stark einschränkte. Die Fahne weist den vollkommen unpolitischen Schriftzug auf: „Corpo Pompieri Roncadizza 1930–1960“, auf den Fahnenschleifen prangt „Dedicare dalle Madrine della Bandiera Anvidalfarei Caterina e Edvige.“⁶⁵

Auch in der Gegenwart stellen die Fahnen ein wichtiges „Statussymbol“ für die Feuerwehren dar. Allein im Feuerwehrbezirk Unterpustertal besitzen von den 48 Feuerwehren 46 eine eigene Vereinsfahne. Bei Aufmärschen, kirchlichen Festen und Prozessionen, bei Jubiläumsfeierlichkeiten, bei Feuerwehrtagen und Beerdigungen wird sie vom Fähnrich, der von zwei Männern begleitet wird, getragen.⁶⁶ Dieses generationenübergreifende und -verbindende Symbol weist aber auch in die Zukunft. Bei der Angelobung neuer Feuerwehrfrauen ⁶⁷und -männer berühren diese mit der rechten Hand die Fahne und sprechen vor der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister – verantwortlich für den Zivilschutz in der Gemeinde – und der versammelten Wehr die Worte: „Ich gelobe vor Gott, meinen Vorgesetzten gehorsam zu sein, meine freiwillig übernommenen Pflichten pünktlich und gewissenhaft zu erfüllen und mich unter Einsatz meiner ganzen Kraft zur Wehr für den Nächsten bereit zu halten.“⁶⁸

4.5 *Rituale und Bräuche*

Rituale und Bräuche symbolisieren für eine Gruppe die gemeinsame Mitgliedschaft und stiften deren Identität. Sie sind an lokale Konventionen gebunden und agieren auch als Medium der Erinnerung.⁶⁹

Eine wichtige Identifikationsfigur für Feuerwehrleute ist der Hl. Florian. Bereits vor der Herausbildung des freiwilligen Feuerwehrwesens wurde er als Helfer bei Feuer- und Wassergefahr besonders verehrt. Florian wirkte in der Stadt Lauriacum (heute Lorch bei Enns, Oberösterreich), war zuerst Offizier des römischen Heeres und später Vorstand in der Kanzlei des Statthalters Aquilinus. Im Zuge der Christenverfolgung durch Diokletian 303–304 wurde auch ihm das vorgeschriebene Götteropfer abverlangt. Er verweigerte, wurde daraufhin gefoltert und mit einem Stein beschwert in die Enns gestürzt. Über seinem Grab erhebt sich heute das berühmte Augustiner Chorherrenstift St. Florian. Er wird oft als römischer Soldat, der aus einem Schaff Wasser auf ein brennendes Haus gießt, dargestellt.⁷⁰ Als Schutzpatron der Feuerwehr verkörpert er die Werterhaltung der Organisation und verweist auf die enge Verflechtung dieser Selbsthilfeorganisation mit

65 „Freiwillige Feuerwehr Runggaditsch 1930–1960. Gewidmet von den Fahnenspatinnen Anvidalfarei Caterina und Edvige.“: Freiwillige Feuerwehr Runggaditsch/Destudafuech Runcadic/Vigili del Fuoco Roncadizza (Hrsg.), 100 ani Destudafuech Runcadic. 100 Jahre Freiwillige Feuerwehr Runggaditsch. 100 anni Vigili del Fuoco Volontari di Roncadizza, St. Ulrich 2007, S. 106–107.

66 Interview mit Reinhard Kammerer, St. Lorenzen, 24.10.2019, Aufzeichnungen beim Verfasser.

67 Frauen durften seit 1987 in die Reihen der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols aufgenommen werden: Sternbach, 50 Jahre Landesverband und Bezirksverbände der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols, S. 35.

68 Freiwillige Feuerwehr Bruneck, 140 Jahre Freiwillige Feuerwehr Bruneck 1864–2004, S. 12.

69 Gudelus, Gedächtnis und Erinnerung, S. 184.

70 Otto Wimmer, Lexikon der Namen und Heiligen, Innsbruck 1982¹, S. 283.

der katholischen Kirche. Er steht für das religiöse Bewusstsein, trotz bester technischer Ausrüstung in Gefahrensituationen auch des göttlichen Schutzes zu bedürfen. Sein Abbild findet sich auf Gerätehäusern, Fahnen und in den diversen Fest- und Jubiläumsschriften.

Am Florianisonntag, dem Tag des Schutzpatrons am ersten Sonntag im Mai, marschieren vielerorts die Feuerwehren unter den Klängen der Musikkapelle zur Kirche. Der gemeinsame Messbesuch und das anschließende gesellige Beisammensein bilden traditionell einen Fixpunkt im jährlichen Vereinskalendar. Der Ehrentag des Heiligen wird oft auch genutzt, ein neues Einsatzfahrzeug vom Priester segnen zu lassen und es anschließend der Öffentlichkeit vorzustellen.⁷¹

Rituellen Charakter haben auch die regelmäßig wiederkehrenden Aufmärsche der Freiwilligen Feuerwehren bei Bezirks- und Feuerwehrtagen, bei Jubiläumsfeierlichkeiten und bei kirchlichen Festtagen. Dabei werden die einzelnen Fahnen nicht nur öffentlichkeitswirksam dem Festzug vorangetragen, sondern wirken auch als Medium bei den verschiedenen rituellen Handlungen. Das Ritual der Segnung einer neuen Fahne mutet geradezu archaisch an. Bei dieser Zeremonie kreuzen die Fahnen spitzen der Nachbarwehr die neu gesegnete Fahne.⁷²

Beim Ableben eines Mitglieds der Feuerwehr wird ein besonderes Begräbnisritual gepflegt. Die Wehr nimmt im Friedhof Aufstellung, der Fähnrich tritt vor und schwenkt zum „Lied vom guten Kameraden“ die Vereinsfahne drei Mal über den Sarg.⁷³ In einem Beitrag in der Feuerwehrzeitung äußert sich der Feuerwehrkurat Pater Reinold Roman zu diesem Brauch: „Die Fahne, die sich zum letzten Gruß senkt, ist unser Gruß des Respekts für einen aus unserer Mitte.“⁷⁴

5. Erinnerungsraum Feuerwehrchronik

„Eine Festschrift ist eine der trefflichsten Höhepunkte, denn sie ist mehr als bloß das Niederschreiben der Vereinsgeschichte, sie ist mehr als ein erweiterter Rechenschaftsbericht. Sie ist eine persönliche Dokumentation der eigenen Vergangenheit, die nicht zuletzt zum Verständnis dieser Gemeinschaft beiträgt.“⁷⁵

Diese Zeilen stammen von Christoph Gasser, Stadtarchivar von Klausen. Er veröffentlichte 1991 in der Feuerwehrzeitung einen programmatischen Artikel zur Erstellung von Festschriften. Darin finden sich wertvolle Hinweise und Tipps zur Autor*innen- und Materialsuche, zur Quellenlage und Literatur, zu Bildmaterial und Zeitzeugenberichten, ja sogar zu Gestaltungs- und Finanzierungsmöglichkeiten.⁷⁶ Als Archivar wusste er, dass viele Tiroler Feuerwehren Ende des 19. bzw. Anfang des 20. Jahrhunderts gegründet worden waren und somit viele Jubiläumsfeierlichkeiten anstünden.

71 *Die Freiwillige Feuerwehr – Südtirols Feuerwehrzeitung* 53 (2019), Heft 2, S. 47–52.

72 Interview mit Reinhard Kammerer, St. Lorenzen, 24.10.2019, Aufzeichnungen beim Verfasser.

73 Ebd.

74 *Die Freiwillige Feuerwehr – Südtirols Feuerwehrzeitung* 52 (2018), Heft 4, S. 48.

75 Christoph Gasser, Die Erstellung von Festschriften, in: *Die Freiwillige Feuerwehr* 25 (1991), Heft 5, S. 7–11, hier S. 7.

76 Ebd., S. 7–11.

Mittlerweile hat sich ein beachtlicher Bestand an Feuerwehrchroniken sowie Fest- und Jubiläumsschriften angesammelt. So verwahrt der Landesfeuerwehrverband in seiner Bibliothek in Vilpian an die 226 Exemplare⁷⁷ und eine Recherche im Katalog der Landesbibliothek Tessmann ergab 223 Treffer.⁷⁸

Bereits diese Zahlen lassen den Schluss zu, dass es sich bei den Jubiläumsschriften um ein verbreitetes populärwissenschaftliches Erinnerungsmedium handelt und viele Freiwilligen Feuerwehren Südtirols über eine gedruckte Chronik verfügen.

Die Geschichtswissenschaft hat sich noch kaum mit der Verbreitungs- und Wirkungsgeschichte dieses Mediums befasst, es gibt aber einige interessante und auch kontroverse Meinungen dazu. So meint Moritz Jungbluth in seiner kulturwissenschaftlichen Studie:

„Auch die zu zahlreichen Jubiläumsfeiern der Feuerwehren und Verbände erstellten Festschriften verharren weitgehend in chronologischer Deskription, beschränken den Blick auf den eigenen Verein, lassen die Einordnung in größere Kontexte vermissen und versuchen aus einem ‚einseitigen festlichen Jubiläumswinkel‘ heraus Tradition und Kontinuitäten aufzubauen und zu vermitteln, so dass auch diese Art von Publikationen wissenschaftlichen Standards selten gerecht wird und diese daher besonders quellenkritisch eingestuft werden müssen.“⁷⁹

Auch Thomas Engelsing, der eine sozialgeschichtliche Studie zum Feuerwehrwesen verfasst hat, führt an, dass in den Festschriften „zur Begründung eines Traditionsbewusstseins geradlinige Entwicklungen aufgezeigt und ein Bild historischer Kontinuität und Harmonie gezeigt“ werde.⁸⁰

Renate und Georg Weber kommen in ihren wissenschaftlichen Untersuchungen zum Forschungsfeld „Heimatbuch“ hingegen zum Schluss, dass „Heimatbüchern“ in der Erinnerungskultur und bei der Tradierung lokaler Geschichte eine „nicht zu unterschätzende Rolle zukommt“.⁸¹ Sie böten meist einen besonderen Zugang zur Vergangenheit eines Ortes und seiner Bewohner und regten auch zu einer „spezifischen Art der Auseinandersetzung mit der Geschichte eines Ortes und seiner Bewohner“ an.⁸²

In diesem Spannungsfeld von kritischer Beurteilung und Bedeutungszumessung bewegt sich auch die nachstehende Untersuchung zum Forschungsschwerpunkt dieser Arbeit, für die folgende methodische Vorgangsweise gewählt wurde: Aus den konsul-

77 Interview mit Patrick Schmalzl, Vilpian, 20.11.2019, Aufzeichnungen beim Verfasser.

78 Landesbibliothek Dr. Friedrich Tessmann/Bibliotech Provinziela/Biblioteca Provinciale, o. D., <https://www.tessmann.it/de/home.html>, eingesehen 28.12.2019.

79 Jungbluth, *Freiwillige Feuerwehren in der Region Nassau*, S. 28.

80 Thomas Engelsing, *Im Verein mit dem Feuer. Die Sozialgeschichte der Freiwilligen Feuerwehr von 1830 bis 1950*, Konstanz 1990, S. 208.

81 Renate Weber/Georg Weber, *Zur Produktion von Heimatbüchern. Erfahrungen, Beobachtungen, Reflexionen*, in: Mathias Beer (Hrsg.), *Das Heimatbuch. Geschichte, Methoden, Wirkung*, Göttingen 2010, S. 279–309, hier S. 279.

82 Mathias Beer, *Das Heimatbuch als Schriftenklasse. Forschungsstand, historischer Kontext, Merkmale und Funktionen*, in: Mathias Beer (Hrsg.), *Das Heimatbuch. Geschichte, Methoden, Wirkung*, Göttingen 2010, S. 9–40, hier S. 11.

tierten Festschriften der Freiwilligen Feuerwehren von Abtei, Ahrntal, Bruneck, Graun, Klausen, Laas, Mühlbach, Pfalzen, Platt, Proveis, Runggaditsch, Sarnthein, St. Michael/Eppan und Winnebach werden zwei exemplarisch ausgewählt und kurz beschrieben, um die Bandbreite an verschiedenen Themen und Darstellungsformen aufzeigen zu können. Die Analyseergebnisse der Feuerwehrchroniken werden anhand folgender Schwerpunktthemen gebündelt wiedergegeben: Aufbau und Gestaltung – Kollektiver Erinnerungsraum – Bildquellen – Grußworte – Frauenbild – Ausblick und Zukunft. An ihnen werden Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der Geschichtskonstruktion erhoben und es wird dargelegt, wie Vereinsgeschichte und Traditionsbewusstsein der Öffentlichkeit vermittelt werden.

5.1 *Jubiläumsschriften – Kurzrezensionen*

5.1.1 Freiwillige Feuerwehr Winnebach

Die Freiwillige Feuerwehr Winnebach veröffentlichte 1998 anlässlich des 100-jährigen Bestehens die Festschrift „Die Ehre geben wir Gott, die Hilfe den Menschen in Not“⁸³. Der Historiker Egon Kühebacher beschreibt im ersten Teil kurz die Situation der Feuerwehr im Jubeljahr, bevor er in einem ausführlicheren Kapitel auf die Besiedlungsgeschichte und die Gründung des Dorfes Winnebach eingeht. Er verortet den Verein als einen wichtigen und prägenden Teil der Gemeinschaft und zeichnet in den folgenden Kapiteln die Entwicklung der Feuerwehr nach. Dabei geht er auch auf die großen Zäsuren Erster Weltkrieg und Zeit des Faschismus näher ein. In seinen Ausführungen wendet er sich auch den guten nachbarschaftlichen Beziehungen mit den Osttiroler Gemeinden zu und appelliert in seinem Nachwort, das „geschichtlich gewachsene Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen dieses Siedlungsraumes“ weiterhin zu pflegen.⁸⁴

Zahlreiche Schrift- und Bilddokumente, die mit einer Ausnahme in schwarz-weiß abgedruckt sind, bereichern die 138 Seiten umfassende Festschrift; auf ein Literatur- und Quellenverzeichnis wird verzichtet, Quellen (Statuten, Protokolle, Zeitungsartikel etc.) werden im Fließtext immer wieder angeführt.⁸⁵

5.1.2 Freiwillige Feuerwehr Klausen

Über eine umfangreiche Chronik verfügt die Stadt Klausen. Der von der Freiwilligen Feuerwehr Klausen aufgelegte Bildband „1876–2001 Freiwillige Feuerwehr Klausen. Festschrift zum 125-jährigen Gründungsjubiläum“⁸⁶ wurde von Christoph Gasser, seines Zeichens Stadtarchivar von Klausen, verfasst. Er bettet die Geschichte dieses erfolgreichen „Selbsthilfemodells“ in einen weiten Rahmen ein. So richtet er den Blick zu Beginn allgemein auf die Geschichte des städtischen Feuerwehrlöschwesens, beschreibt Brände, Feuersbrünste und Überschwemmungen, gewährt Einsicht in die ersten Feuer-

83 Egon Kühebacher, *Die Ehre geben wir Gott, die Hilfe den Menschen*. Festschrift herausgegeben von der Freiwilligen Feuerwehr Winnebach im 100. Jahr ihres Bestehens, Winnebach 1998.

84 Ebd.

85 Kühebacher, *Die Ehre geben wir Gott, die Hilfe den Menschen*.

86 Gasser, *1867–2001 Freiwillige Feuerwehr Klausen*.

löschordnungen und beschäftigt sich auch mit Nachtwächtern und Kaminkehrern. In einem nächsten Abschnitt wendet er sich der Vereinsgeschichte und der Einsatzchronik bis zum Millenniumswechsel zu. Neben zahlreichen, gezielt platzierten historischen Fotografien bereichern Nachdrucke von Urkunden und historischen Dokumenten die Festschrift; Vor- und Nachsatz weisen einen Stich der Stadt Klausen von M. Merian aus dem Jahre 1649 auf. Die Chronik schließt mit einer umfangreichen Quellen- und Literaturangabe; auf den wissenschaftlichen Apparat wird auch in diesem Fall verzichtet.⁸⁷

Dass eine derart umfangreiche (180 Seiten) und aufwändig gestaltete Festschrift auch eine finanzielle Herausforderung darstellt, lässt sich indirekt an den vielen privaten Firmen, öffentlichen Institutionen und Bankinstituten, denen vonseiten der Feuerwehr für die Unterstützung gedankt wird, ablesen: Autonome Region Trentino-Südtirol, Südtiroler Landesregierung, Abteilung für deutsche und ladinische Kultur und Sprache, Stadtgemeinde Klausen, Beton Eisack GmbH Klausen, Duka GmbH Brixen, J. Ossanna OHG Klausen, Südtiroler Landessparkasse, Südtiroler Volksbank.⁸⁸

5.2 *Analyse der Feuerwehrchroniken*

5.2.1 *Aufbau und Gestaltung*

Die untersuchten Feuerwehrchroniken sind ansprechend gestaltet und folgen im Aufbau durchwegs einem ähnlichen Muster: Zu Beginn stehen die verschiedenen Grußworte der politischen und internen Vertreter*innen, die sich an die Vereinsmitglieder und das gesamte örtliche Umfeld richten. Anschließend werden Themen wie „Die historische Entwicklung der Wehr“, „Einsatzchronik“, „Technische Entwicklung“, „Vereinsleben“ und „Struktur und Aufbau der Wehr“ abgehandelt. Meist liegt nur eine knappe Quellen- und Literaturangabe vor und auf einen wissenschaftlichen Apparat wird aus Gründen der Leserfreundlichkeit verzichtet. Über die Autor*innen ist wenig zu erfahren; als Herausgeber*innen fungieren die Feuerwehren selbst. Der Druck wird mit Eigenmitteln und Fördergeldern finanziert. Der finanzielle Aufwand ist nicht unerheblich. So betragen die Druckkosten der im Dezember 2019 veröffentlichten 204 Seiten umfassenden Chronik der Feuerwehr Astfeld bei einer Auflage von 800 Exemplaren 14.000 €.⁸⁹ Die Chroniken werden in der Regel an alle Haushalte verteilt. Die Feuerwehren sind sich des ideellen Wertes der Chronik durchaus bewusst und gehen von einer besonderen Wirkungsmacht dieses Erinnerungsmediums aus. So schreibt der Oberpustertaler Bezirksfeuerwehrpräsident Hans Hellweger in einem Grußwort:

„Besonders sinnvoll erscheint mir die Herausgabe dieser Festschrift. Was während des Festaktes an Ansprachen zu hören ist, gerät bald in Vergessenheit. Das geschriebene Wort in Verbindung mit Bildern bleibt der Nachwelt erhalten. In jeder Winnebacher Familie und darüber hinaus wird diese Festschrift als Tirolensie geschätzt werden.“⁹⁰

87 Gasser, 1867-2001 Freiwillige Feuerwehr Klausen.

88 Ebd.

89 *Dolomiten*, 23.12.2019, S. 14.

90 Kùhebacher, Die Ehre geben wir Gott, die Hilfe den Menschen, S. 8.

5.2.2 Kollektiver Erinnerungsraum

Wie sich bereits aus den Beschreibungen der vorgestellten Festschriften erschließen lässt, nimmt in den Feuerwehrchroniken die Vereinsgeschichte einen breiten Raum ein. Aber auch die Lokal- und Landesgeschichte mit wichtigen politischen Zäsuren werden berücksichtigt. Die Herausgabe der Festschrift hat stets das Ziel, ein „positives Selbstbild“⁹¹ zu konstruieren, um die Identifikation mit dem Verein und der Umgebung, in der dieser eingebettet ist, zu stärken. Der Autor Egon Daporta verleiht diesem Selbstverständnis in seinen einleitenden Worten zur Chronik der Freiwilligen Feuerwehr Mühlbach Ausdruck, wenn er schreibt: „Möge dieses Buch eine Bereicherung für Mühlbach sein, ein Stück Geschichte bezeugen und die vielen Leistungen unserer Feuerwehr in den letzten 125 Jahren anerkennen.“⁹²

Obwohl diese Schriften „auf einen bestimmten Ausschnitt dörflicher Realität fokussiert sind“,⁹³ bieten sie einen besonderen Zugang zur Vergangenheit des Ortes und des Vereins.⁹⁴ Auch die Jubiläumsfeier wird nicht als interne Feier angesehen, sondern richtet sich an die gesamte soziale Gemeinschaft, in die die Wehr eingebettet ist und für die sie wirkt.

Zwei Erinnerungsmuster lassen sich bei der Analyse feststellen. Einmal wird Geschichte als ein Kontinuum verhandelt, wobei dem technischen Fortschritt ein besonderer Stellenwert eingeräumt wird.⁹⁵ Nach dieser Lesart der Geschichte verläuft die Entwicklung der Feuerwehr linear; beliebt sind Darstellungen wie z. B.: „Von der Gründungsversammlung zur modernen Zivilschutzorganisation“ oder „Von der Dampfspritze zum modernen Tanklöschfahrzeug“. Auch das Muster „Herausforderung – Leistung“⁹⁶ ist erkennbar: Die Feuerwehr nimmt die Herausforderungen der neuen Zeit an und ist in der Lage, adäquate Antworten darauf zu geben. In einem Dorf entsteht eine neue Handwerkerzone und die Feuerwehr rüstet den Fuhrpark mit einem neuen Tanklöschfahrzeug auf. Die Entwicklung des Vereins wird meist im Zusammenhang mit den tiefgreifenden wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen und dem rasanten technischen Wandel beschrieben.

Da die Identifikation der Dorfbevölkerung mit der Feuerwehr in der Regel hoch ist, sind die Festschriften bei den Bürger*innen äußerst beliebt, wie auch die hohen Auflagen zeigen. So erschien die Chronik der Freiwilligen Feuerwehr Pfalzen 2001 in einer Auflage von 750 Exemplaren für eine Gemeinde mit ca. 2.500 Einwohner*innen.⁹⁷ Diese Festschriften berichten zwar nicht von „weltbewegenden“ Ereignissen, aber bedeuten-

91 Heinz Schilling, So möchten wir gerne gewesen sein. Festschriften zum Erinnern und Vergessen, in: Johanna Rolshoven/Martin Scharfe (Hrsg.), *Geschichtsbilder. Ortsjubiläen in Hessen*, Marburg 1994, S. 27–42, hier S. 40.

92 Freiwillige Feuerwehr Mühlbach (Hrsg.), *125 Jahre 1880–2005. Ein Rückblick aus 125 Jahren im freiwilligen Dienst der Feuerwehr*. Freiwillige Feuerwehr Mühlbach, Mühlbach 2005, S. 3.

93 Leo Hillebrand, „Von bleibendem Wert“ – Dorfbücher in Südtirol, in: *Geschichte und Region/Storia e regione* 13 (2004), Heft 1, S. 227–242, hier S. 239.

94 Utz Jeggle, *Geschichtsbilder. Eigentümlichkeiten unseres historischen Gedächtnisses*, in: Johanna Rolshoven/Martin Scharfe (Hrsg.), *Geschichtsbilder. Ortsjubiläen in Hessen*, Marburg 1994, S. 9–26, hier S. 25.

95 Schilling, So möchten wir gerne gewesen sein. Festschriften zum Erinnern und Vergessen, S. 29.

96 Ebd., S. 32.

97 Archiv der Freiwilligen Feuerwehr Pfalzen.

de Zäsuren haben auch in der Dorf- und Vereinsgeschichte ihren Niederschlag gefunden. Indem die Festschriften geschichtliche Themen des Ortes aufgreifen, erlauben sie eine Verortung des Einzelnen in seiner „Nahwelt“⁹⁸ wobei diesem Umstand in einer Zeit einer zusehends unübersichtlicher werdenden Außenwelt immer größere Bedeutung zukommt.⁹⁹ Auf Brüche und Diskontinuitäten wird meist nicht näher eingegangen, obwohl einige Chroniken für die schwierige Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus mit einigen interessanten Details aufwarten. Bestimmte „Schmerzens- und Schweigebzonen der Erinnerung“¹⁰⁰ könnten durchaus kritischer ausgeleuchtet werden. Fehlende Inhalte sind oft einer fehlenden Quellenlage geschuldet.

Obwohl der Wirkungsradius meist nicht nur auf das örtliche Umfeld beschränkt ist, kommen die Beziehungen des Vereins zu den Nachbarwehren und anderen Hilfsorganisationen kaum vor. Auch über die italienische Volksgruppe ist meist wenig zu lesen.

Matthias Beer macht in seiner Analyse der deutschen Heimatbücher eine Feststellung, die auch für die gegenständliche Analyse der Feuerwehrchroniken relevant ist:

„In der Struktur und Art der Darstellung überwiegen die Faktographie und die chronikale Methode. Dennoch ist der Blick selektiv. Bestimmte Epochen der Geschichte bleiben ausgeblendet [...] Der Reichtum der Details geht einher mit fehlender Kontextualisierung.“¹⁰¹

Bei kritischer Analyse stellen die Festschriften aber durchaus eine wichtige Quellensammlung für die weiterführende historische Forschung dar. Sie können, so wie auch die Heimatbücher, als „mentalitätsgeschichtliche Quelle“¹⁰² genutzt werden und liefern interessante Erkenntnisse zur historischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Dimension des Lebensraumes, in dem die Organisation verortet ist.¹⁰³

5.2.3 Bildquellen

Fotografien und Bildern kommen in der historischen Forschung eine besondere Bedeutung zu, da „unsere Vorstellungen von der Vergangenheit durch Bilder geprägt sind“.¹⁰⁴ Sie eröffnen einen spezifischen Zugang zur Vergangenheit und werden als notwendiger Teil historischer Erzählung auch zu kommunikativen Zwecken verwendet, um zu informieren, Standpunkte zu belegen, zu kritisieren und Emotionen zu wecken.¹⁰⁵ Zu Dokumentationszwecken festgehalten, werden sie als Fenster zur Vergangenheit aufgefasst und öffnen Raum für Imagination.¹⁰⁶

98 Jeggler, *Geschichtsbilder*, S. 25.

99 Hillebrand, „Von bleibendem Wert“ – Dorfbücher in Südtirol, S. 229.

100 Hans Heiss, *Wie Erinnern? Erinnerungskultur in Südtirol*, Bozen 2019, (unveröffentlichtes Manuskript), Kopie im Besitz des Verfassers, S. 1–7, hier S. 1.

101 Matthias Beer, *Das Heimatbuch als Schriftenklasse*, S. 18.

102 Ebd., S. 36.

103 Renate und Georg Weber, *Zur Produktion von Heimatbüchern*, S. 288.

104 Jens Jäger, *Bilder und historische Wahrheit*, in: *APuZ* 13 (2017), S. 34–39, hier S. 34.

105 Ebd., S. 39.

106 Cord Pagenstecher, *Cord, Private Fotoalben als historische Quelle*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 6, Göttingen 2010, S. 449–463.

Auch in den untersuchten Feuerwehrchroniken werden umfangreiche Bildquellen verwendet, um „Geschichte anschaulich und unterhaltsam zu präsentieren“.¹⁰⁷ Das ansprechende Bild- und Illustrationsmaterial der Festschriften weckt die Neugierde und das Interesse der Leser*innen. Mit historischen Fotografien, Ablichtungen alter Löschordnungen und Protokollen, aber auch zeitgenössischen Aufnahmen von Bränden, Unfällen und Vereinsfeierlichkeiten wird eine eigene Ereignisgeschichte erzählt. So weist die Chronik der Freiwilligen Feuerwehr Badia auf 110 Seiten 98 Abbildungen auf, die auch einem des Ladinischen unkundigen Leser Geschichte und Vereinsleben in Ansätzen erschließen lassen.¹⁰⁸ Die Chroniken wirken oft wie ein kollektives Fotoalbum des Vereins. Da in ihnen die Welt früherer Generationen lebendig wird, ist ihnen ein hohes Identifikationspotential immanent.

Die einzelnen Fotos ergänzen meist den Text und sind in der Regel mit Bildlegenden versehen. Es fehlen aber meist Bildanalysen und Interpretationen, obwohl viele Bilder einen hohen Grad an Komplexität aufweisen. So wird z. B. gerade über die Mannschaftsaufstellung, die in keiner Chronik fehlt, ein Bild der Geschlossenheit, Kompaktheit und Entschlossenheit vermittelt. Wie an den Mannschaftsfotos der Freiwilligen Feuerwehr Pfalzen aufgezeigt werden kann, hat sich auch das Muster der Aufstellung über Jahrzehnte hinweg kaum verändert:¹⁰⁹



Abbildung 2: Freiwillige Feuerwehr Pfalzen um 1910, Foto der Feuerwehr Pfalzen (mit Genehmigung derselben in die private Sammlung des Autors aufgenommen)

107 Michael Sauer, Bilder als historische Quellen, in: bpb, 28.12.2012, <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/bilder-in-geschichte-und-politik/73099/bilder-als-historische-quellen?p=3>, eingesehen 13.10.2017.

108 Stüdafüch de Badia, 100 agn Stüdafüch de Badia, Badia 2004.

109 Bachmann, Die Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr Pfalzen 1901–2001, S. 50 und S. 55.

Die historische Aufnahme der Freiwilligen Feuerwehr Pfalzen mit ihrer Feuerwehrkapelle stammt aus der Zeit um 1910. Die Mannschaft bezieht vor dem Dorfgasthaus Stellung: Zentral in der vorderen Reihe der Kommandant und weitere Chargen, in der hinteren Reihe der Fähnrich mit dem identitätsstiftenden Vereinszeichen, über das die Mannschaft seit 1904 verfügt.



Abbildung 3: Die Freiwillige Feuerwehr Pfalzen um die Jahrtausendwende, Foto der Feuerwehr Pfalzen (mit Genehmigung derselben in die private Sammlung des Autors aufgenommen)

Diese Aufnahme stammt aus dem Jahre 2000. Anlässlich des 100-jährigen Gründungsjubiläums versammelt sich die gesamte Feuerwehr erneut zum Mannschaftsfoto vor dem „Starklwirt“. Mit diesem symbolischen Akt wird die Verbundenheit mit der Gründungsgeneration aufgezeigt und Kontinuität demonstriert. Die Feuerwehrjugend, die Zukunft der Feuerwehr, platziert sich vor dem Kommandanten mit seinem Ausschuss, links im Bild die Fahnenabordnung mit dem Traditionszeichen des Vereins.

Ein weiteres Spezifikum vieler Chroniken ist, dass in ihnen seltene historische Fotografien abgedruckt sind. So findet sich in der Chronik der Freiwilligen Feuerwehr Sarnthein eine interessante Großformataufnahme mit der Bildlegende „Mannschaftsbild der FF Sarnthein – Astfeld am 27.9.1925“; der Kontext erschließt sich indirekt aus dem abgedruckten Protokoll: Der Kommandant beantragt „daß vor der Auflösung noch eine Aufnahme sämtlicher Wehrmänner durch den Fotografen Lörgiulli stattfinden sollte“.¹¹⁰

Aus den Anmerkungen zu den Bildquellen lässt sich nachvollziehen, dass historisches Erinnern auch über Fotografien verhandelt wird und diese ein hohes Identifikationspo-

tential beinhalten. Die Frage, ob die konstruierte Text- oder Bildgeschichte der Chroniken einen nachhaltigeren Eindruck bei Leser*innen hinterlässt, muss erst noch beantwortet werden.

5.2.4 Grußworte

Grußworte und Vorworte sind ein unverzichtbarer Bestandteil der verschiedenen Festschriften und Feuerwehrchroniken. Obwohl sich die Feuerwehren von ihrem Selbstverständnis her als „politisch wertfreie Träger des Nächstenhilfedankens“ sehen,¹¹¹ sieht Heinz Schilling in den Grußworten durchaus ein politisches Moment. Er glaubt, dass sich in ihnen die „kommunale Autoritätsstruktur in einem spezifischen Moment“¹¹² widerspiegelt und den Grußworten auch eine politische Funktion zukommt:

„Zweifellos stellt die Präsenz eines Politikers an einer derart exponierten Stelle einer Festschrift eine politische Intervention dar; bezogen auf den Anlass einer dörflichen Jubiläumsfeier jedoch erscheint er weniger als Repräsentant einer politischen Partei als der einer politischen Gesinnung. Diese Gesinnung weist eine konservative Färbung auf, vorgetragen in harmonisierendem Ton.“¹¹³

In den für die vorliegende Arbeit untersuchten Chroniken kommen in unterschiedlicher Ausprägung folgende Persönlichkeiten zu Wort: Landeshauptmann, Landesrat, Bürgermeister, Feuerwehrkommandant, Landesfeuerwehrpräsident, Inspektor des Bezirksverbandes Lienz, Bezirkspräsident, Bezirksinspektor, Abschnittsinspektor, Landesfeuerwehrkurat, Autor.

Meist eröffnet der Landeshauptmann den Reigen der Grußworte, die alle einem bestimmten Muster folgen und mit „Hochwertwörtern“¹¹⁴ wie „Freudentag“, „Glückwunsch“, „Gratulation“, „bewährter Kameradschaftsgeist“, „dauernde Einsatzbereitschaft“ und „bewährte Selbsthilfeorganisation“ gespickt sind.

Der Landeshauptmann lobt etwa den Gemeinschaftssinn und die Einsatzbereitschaft, wenn es darum geht, Leben, Gesundheit und Eigentum der Bürger*innen zu schützen. Die gute Ausrüstung und Ausbildung werden hervorgehoben und er betont, dass trotz moderner Technik es immer noch die Menschen sind, die die Geräte und Fahrzeuge bedienen. Abschließend stellt er fest, dass die Bürger*innen stolz auf ihre Wehr sind und verabsäumt es auch nicht, zu danken und beste Wünsche für die Zukunft auszusprechen.¹¹⁵

Die Bürgermeister sprechen der Wehr im Namen der Gemeinde vor allem ihre Anerkennung und ihren Dank aus. Sie loben die besondere Wertehaltung, die Veränderungsbereitschaft als Antwort auf die Herausforderungen der Zeit und verorten diese wichtige Selbsthilfeorganisation als „ruhigen Pol in der Dorfgemeinschaft“.¹¹⁶ Bürgermeister

111 Engelsing, Im Verein mit dem Feuer, S. 208.

112 Schilling, So möchten wir gerne gewesen sein, S. 30.

113 Ebd., S. 30.

114 Ebd., S. 32.

115 Freiwillige Feuerwehr Sarthein, Die Freiwillige Feuerwehr Sarthein und ihr Heimattal, S. 7.

116 Kùhebacher, Die Ehre geben wir Gott, die Hilfe den Menschen in Not, S. 6.

Helmut Klammer bringt die Haltung seiner Amtskollegen auf den Punkt, wenn er schreibt:

„Die Freiwilligen Feuerwehren nehmen im Ahrntal eine große und bedeutende Rolle als Einsatzorganisationen für die Sicherheit unserer Bevölkerung ein und stehen in enger Verbindung mit Gemeinde und Bürgern: sei es bei Bränden, Unwettern, Hochwasser, Sturmschäden, Verkehrsunfällen, Katastrophen – stets sind die Wehrmänner als Retter in der Not umgehend zur Stelle.“¹¹⁷

Die Vertreter der Organisation Feuerwehr nehmen auch den historischen Werdegang des Vereins in den Blick, verweisen auf die gesellschaftliche und technologische Entwicklung, konstatieren aber, dass sich die grundlegenden Werthaltungen durch alle Zeiten nicht verändert haben. So schreibt Kommandant Florian Oberhöller:

„Die Geschichte der Feuerwehr gibt Zeugnis vom großen Wandel der technischen Ausrüstung und deren Einsätze. Wenn dieser Fortschritt auch vieles geändert und erleichtert hat, so sind doch die wahren Werte durch all die Zeiten gleich geblieben: Der Idealismus und die Selbstlosigkeit der Feuerwehrmänner im Einsatz für den Nächsten.“¹¹⁸

5.2.5 Frauenbild

Aus den Festschriften lässt sich unschwer ablesen, dass das Feuerwehrwesen ein „männlich dominiertes Feld“ ist.¹¹⁹ Nicht nur die Protagonisten des Vereins sind meist Männer, sondern auch die Autoren der Festschriften und die institutionellen Vertreter, die sich in den Grußworten an die Festgemeinde richten. Frauen wirken vor allem im Hintergrund, haben Verständnis für den Verein und sind den Männern eine wichtige moralische Stütze. Dafür wird ihnen von offizieller Seite auch Dank entgegengebracht – z. B. hier von Landesfeuerwehrpräsident Rudolf Hofer: „In diesen Dank möchte ich auch die Ehefrauen einschließen, die immer viel Verständnis für unsere Arbeit zeigen und sich vielfach auch selbst zur Mithilfe bei den verschiedensten Aufgaben bereit erklären.“¹²⁰

Eine aktive Rolle kommt den Frauen in der Organisation zu, wenn sie als Fahnen- bzw. Fahrzeugpatinnen Verantwortung übernehmen. Sie sind dann bei offiziellen Anlässen präsent und so findet ihr Dienst auch in der Festschrift seinen Niederschlag.

Dass Frauen gerade in Krisenzeiten wie z. B. in der Kriegsjahren 1914–1918 den Feuerwehrdienst versehen haben, blitzt in den Chroniken – wohl auch aus Gründen der dürftigen Quellenlage – nur kurz auf. Zwei ausdrucksstarke historische Bildquellen geben bei entsprechender Kontextualisierung dazu wichtige Informationen preis. So sind auf einem Mannschaftsfoto der FF Sarnthein 21 Frauen und 28 Männer abgelichtet. Es

117 Freiwillige Feuerwehr Steinhaus/St. Jakob/St.Peter (Hrsg.), Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr, S. 4.

118 Freiwillige Feuerwehr Sarnthein, Die Freiwillige Feuerwehr Sarnthein und ihr Heimattal, S. 12.

119 Nikolaus Bliem, Brandbekämpfungstechnologie und Feuerwehren: Das Zusammenspiel von Technologie und Gesellschaft am Fallbeispiel Tirol, in: *historia.scribere* 7 (2015), S. 97–119, <https://historia.scribere.at>, eingesehen am 12.02.2016.

120 Freiwillige Feuerwehr Sarnthein, Die Freiwillige Feuerwehr Sarnthein und ihr Heimattal, S. 10.

trägt die Bildunterschrift „In den Kriegsjahren mussten vielfach Frauen den Feuerwehrdienst übernehmen.“¹²¹ Mehr weiß der Fließtext auch nicht zu berichten. Spannend ist auch die Aufnahme aus der Chronik von Klausen, die eine gemischte Gruppe anlässlich einer Feuerwehrprobe während des Ersten Weltkriegs vor dem Gasthaus zum Rössl am Tinneplatz zeigt.¹²²

Dass sich das traditionelle Rollenbild aber aufzuweichen beginnt, lässt sich an der Eppaner Festschrift 2010 nachvollziehen. Bürgermeister Wilfried Trettel bedankt sich auch für das „ehrenamtliche Engagement der Wehrfrau!“¹²³ Das Foto der Jugendgruppe, die sich aus Buben und Mädchen zusammensetzt, nimmt eine ganze Seite ein und im traditionellen Mannschaftsfoto reihen sich auch die Patinnen in die Aufstellung ein.

5.2.6 Blick in die Zukunft

Nach Dieter Kramer markieren Jubiläen immer eine Schnittstelle zwischen Vergangenheit und Zukunft und fordern heraus „darüber nachzudenken, wie Vergangenheit und Zukunft sich verbinden und welche Zukunft angestrebt werden soll“.¹²⁴ Mit der aktiven Geschichtsarbeit, die die einzelnen Feuerwehren durch die Festschriften anregen, werden stets auch Impulse für die Zukunft gegeben. Ziel dieser Geschichtsarbeit ist nicht, in Nostalgie zu schwärmen, sondern Antworten auf die veränderten Rahmenbedingungen und neuen Herausforderungen zu finden. Die Feuerwehren verbinden mit den Festschriften auch einen pädagogischen Auftrag, der in die Zukunft weist. Bezirkspräsident Walter Zanon und Bezirksinspektor Siegfried Lageder äußern sich dazu in der Chronik der Freiwilligen Feuerwehr Mühlbach: „Die Herausgabe dieser Chronik soll auch Ansporn für die Jugend sein, damit auch die zukünftigen Generationen mit einem wirkungsvollen Zivilschutz rechnen können.“¹²⁵

6. Fazit

Im 19. Jahrhundert wurde durch die Gründung von Freiwilligen Feuerwehren ein neues Kapitel in der Geschichte des Feuerlöschwesens und des Katastrophenschutzes aufgeschlagen. Es entwickelte sich eine erfolgreiche Zivilschutzorganisation, die zu einer unverzichtbaren Einrichtung im öffentlichen Leben wurde.¹²⁶

Wie in der Bachelorarbeit aufgezeigt werden konnte, herrscht im Feuerwehrwesen ein Bewusstsein vor, das um die „Konstruktivität von Geschichte, um die Wirkungskraft von Denkmälern und Symbolen [...] besonders aber um die identitätsstiftende Wirkung historischer Erinnerung weiß“.¹²⁷ Deshalb wurden in der vorliegenden Studie materielle und immaterielle Erinnerungsorte einer genaueren Betrachtung unterzogen und

121 Freiwillige Feuerwehr Sarntheim, Die Freiwillige Feuerwehr Sarntheim und ihr Heimattal, S. 119.

122 Gasser, 1867–2001 Freiwillige Feuerwehr Klausen, S. 92.

123 Freiwillige Feuerwehr Eppan (Hrsg.), 125 Jahre Freiwillige Feuerwehr St. Michael/Eppan, Eppan 2010, S. 4.

124 Dieter Kramer, Das Jubiläum als Schnittstelle zwischen Geschichte und Zukunft, in: Johanna Rolshoven/Martin Scharfe (Hrsg.), Geschichtsbilder. Ortsjubiläen in Hessen, Marburg 1994, S. 103–116, hier S. 103.

125 Freiwillige Feuerwehr Mühlbach, 125 Jahre 1880–2005., 125 Jahren im freiwilligen Dienst der Feuerwehr, S. 6.

126 Gasser, 1867–2001 Freiwillige Feuerwehr Klausen, S. 5.

127 Pfanztel, Die (un)verdaute Erinnerung an die Option 1939, S. 13–14.

es konnte gezeigt werden, dass sie für das Kollektiv Feuerwehr eine bedeutsame Vergangenheitsrepräsentation darstellen:¹²⁸ Gemeinschaftsgefühl und kollektive Identität sollen über Erinnerung gestiftet werden.¹²⁹

Um die Bedeutung des gemeinsamen Erinnerungsraumes zu unterstreichen, wurde auf die Beschreibung und Analyse des Erinnerungsraumes Festschrift ein besonderes Augenmerk gelegt. Es konnte sichtbar gemacht werden, dass über die Festschriften Vereins- und Ortsgeschichte im Fluss der Zeit verortet werden und von ihnen eine gemeinschaftsstiftende und identitätsbildende Wirkung ausgeht, da sie ein breiteres lokales Publikum ansprechen.¹³⁰

Dass der legitimatorischen Funktion von Geschichte in der politischen Praxis eine wichtige Bedeutung zukommt, vermittelt auch das Grußwort des für das Feuerwehrwesen zuständigen Regionalassessors Alfons Benedikter in der Festschrift zum 25-jährigen Bestehen des Landesfeuerwehrverbandes:

„Wenn es in Südtirol nicht die jahrhundertealte Tradition der Freiwilligen Feuerwehren gäbe und das Fortleben dieser Tradition nicht alltäglich bewiesen würde, hätte die Region nicht die primäre Gesetzgebung über Feuerwehr erhalten und wären die Feuerwehrgesetze von 1954 und von 1978 nicht zustande gekommen, d.h., wir haben es nur den Freiwilligen Feuerwehren zu verdanken, dass Südtirol, zusammen mit dem Trentino, allein in ganz Italien eine eigenständige, verfassungsrechtlich verankerte Zuständigkeit und Verantwortung für das Feuerwehrwesen, einschließlich Zivilschutz hat.“¹³¹

Zur Bestätigung der Eingangsthese sei noch auf eine aktuelle Initiative des Landesfeuerwehrverbandes verwiesen. Mit dem Aufbau des Sachgebietes „Feuerwehrgeschichte und Dokumentation“ richtet der Landesfeuerwehrverband seit 2017 den Fokus gezielt auf die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Es gehört zu den Aufgaben dieses Arbeitsbereiches, gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband Tirol die Geschichte des Feuerwehrwesens in Südtirol und Tirol zu erforschen und die Ortsfeuerwehren in Fragen zur Feuerwehrgeschichte zu unterstützen. Es werden digitale Foto- und Dokumentenarchive angelegt, aber auch Ausrüstungsgegenstände, Geräte und Fahrzeuge, welche die technische Entwicklung des Südtiroler und Tiroler Feuerwehrwesens repräsentieren, gesammelt und aufbewahrt. Gegenwärtig wird das Projekt „Die Motorisierung des Feuerwehrwesens von 1864 bis heute“¹³² vorangetrieben, mit dem Ziel, „die ideologische Basis des Feuerwehrwesens zu stärken und die Jugend zu begeistern“.¹³³ Es ist zu wünschen, dass sich das Sachgebiet „Feuerwehrgeschichte und Dokumentation“ in Zukunft auch gezielt Forschungsfragen zuwendet, die sich kritisch

128 Gudelus, *Gedächtnis und Erinnerung*, S. 247.

129 Ebd., S. 187.

130 Beer, *Das Heimatbuch als Schriftenklasse*, S. 36.

131 Fink, *Festschrift des Landesfeuerwehrverbandes Südtirol: 1955–1980*, S. 12.

132 Landesverband der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols, o. D., <https://www.lfvbz.it/feuerwehrgeschichte.html>, eingesehen 19.2.2020.

133 Landesverband der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols (Hrsg.), *Sachgebiet Feuerwehrgeschichte und Dokumentation. Info 1, Vilpian 2017*.

mit der Rolle der Feuerwehr in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus oder mit der Rolle der Frau in der Geschichte der Organisation Feuerwehr beschäftigen.

Abschließend ist noch festzustellen, dass die Organisation Feuerwehr ihr Selbstbewusstsein nicht nur aus aktuellen Bewährungsproben schöpft, sondern auch aus ihrer langen Tradition und Geschichte heraus. Auf diesen Aspekt verweist auch der 2017 produzierte Imagefilm des Landesverbandes der Südtiroler Feuerwehren¹³⁴, der wohl als Antwort auf die kritische Titelgeschichte der Wochenzeitschrift „FF. Südtiroler Illustrierte“: „Volkssport Feuerwehr: 306 Feuerwehren für 116 Gemeinden: Können wir uns das noch leisten?“¹³⁵ gelesen werden kann. Für diese Arbeit ist weniger die professionell aufbereitete Selbstdarstellung von Bedeutung als vielmehr der Umstand, dass in einer kurzen Sequenz auch die Geschichte der Organisation zu legitimatorischen Zwecken ins Spiel gebracht wird. So führt der Film die Zuschauer*innen – untermalt mit Einblendungen historischer Bilder, Ausrüstungsgegenständen und Dokumenten – in das Jahr 1864, in dem „die Bürger in Bruneck ihr Schicksal selbst in die Hand genommen haben, um in Eigenregie und Selbstverantwortung den Schutz der Bevölkerung zu garantieren“ und er betont, dass die Feuerwehren auch heute noch nach diesen Prinzipien handeln.¹³⁶ Geschickt werden in diesem Film Tradition und Emotion verwoben.

Die in der Bachelorarbeit angeführten Beispiele und auch der erwähnte Imagefilm führen vor Augen, dass es den Freiwilligen Feuerwehren in ihrer wechselvollen Geschichte immer wieder gelungen ist und gelingt, über verschiedene Erinnerungsräume eine Erinnerungskultur zu pflegen, in der ihr soziales und kulturelles Selbstverständnis wurzelt und der es gelingt, Verbindungen zu stiften, „die Herkunft, Gegenwart und Zukunft verknüpfen“.¹³⁷

7. Quellen

7.1 Archive

Archiv der Freiwilligen Feuerwehr Pfalzen.

Tiroler Landesarchiv, Statthaltereiregister, Präsidiale, Verein 1901, Zahl 12946.

7.2 Film

Ganthaler, Nora, Die Freiwilligen Feuerwehren Südtirols, DVD 8 min., o. O. 2017, <https://www.lfvbz.it/news/detail-ansicht/article/detail/imagefilm-der-freiwilligen-feuerwehren-suedtirols-1.html>, eingesehen 4.2.2020.

134 Nora Ganthalter, Die Freiwilligen Feuerwehren Südtirols, DVD 8 min., o. O. 2017.

135 *FF. Südtiroler Illustrierte*, Nr. 9, 26.2.–4.3.2015, S. 28–39.

136 Ganthalter, Die Freiwilligen Feuerwehren Südtirols, 05:30–06:01 min.

137 Hans Heiss, 70 Jahre Heimatpflegeverband in Südtirol im Spiegel der Verbandsgeschichte, in: 70 Jahre Heimatpflegeverband in Südtirol, Bozen 2019, S. 3–14, hier S. 14.

7.3 Interviews

Interview mit Reinhard Kammerer, St. Lorenzen, 24.10.2019, Aufzeichnungen beim Verfasser.

Interview mit Christoph Sternbach, Uttenheim, 12.11.2019, Aufzeichnungen beim Verfasser.

Interview mit Patrick Schmalzl, Vilpian, 20.11.2019, Aufzeichnungen beim Verfasser.

Interview mit Hansjörg Alton, Bruneck, 22.01.2020, Aufzeichnungen beim Verfasser.

8. Literatur

Bachmann, Karlheinz, Die Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr Pfalzen 1901–2001. Eine Chronik, Pfalzen 2001.

Beer, Mathias (Hrsg.), Das Heimatbuch. Geschichte, Methoden, Wirkung, Göttingen 2010.

Ders., Das Heimatbuch als Schriftenklasse. Forschungsstand, historischer Kontext, Merkmale und Funktionen, in: ders. (Hrsg.), Das Heimatbuch. Geschichte, Methoden, Wirkung, Göttingen 2010, S. 9–40.

Bezirksfeuerwehrverband Innsbruck-Stadt (Hrsg.), Die Feuerwehr Innsbruck. Geschichte, Gegenwart und Zukunft, Innsbruck-Wien 2007.

Bliem, Nikolaus, Brandbekämpfungstechnologie und Feuerwehren: Das Zusammenspiel von Technologie und Gesellschaft am Fallbeispiel Tirol, in: *historia.scribere* 7 (2015), S. 97–119, <https://historia.scribere.at>, eingesehen 12.02.2016.

Cornelißen, Christoph, Erinnerungskulturen, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, http://docupedia.de/zg/Cornelissen_erinnerungskulturen_v2_de_2012, eingesehen 23.11.2019.

Die Freiwillige Feuerwehr – Südtirols Feuerwehrzeitung 52, (2018), Heft 4.

Die Freiwillige Feuerwehr – Südtirols Feuerwehrzeitung 53, (2019) Heft 2.

Dolomiten, 30.10.2019.

Dolomiten, 23.12.2019.

Engelsing, Tobias, Im Verein mit dem Feuer. Die Sozialgeschichte der Freiwilligen Feuerwehr von 1830 bis 1950, Konstanz 1990.

Erl, Astrid, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart 2005.

FF. Südtiroler Illustrierte, Nr. 9, 26.2.–4.3.2015, S. 28–39.

Fink, Hans, Festschrift des Landesfeuerwehrverbandes Südtirol: 1955–1980, Bozen 1980.

Freiwillige Feuerwehr Bruneck (Hrsg.), 140 Jahre Freiwillige Feuerwehr Bruneck 1864–2004, Bruneck 2004.

Freiwillige Feuerwehr Laas (Hrsg.), 125 Jahre Freiwillige Feuerwehr Laas 1888–2013. Ergänzung zum Buch Freiwillige Feuerwehr Laas 1888–1988, Laas 2013.

Freiwillige Feuerwehr Mühlbach (Hrsg.), 125 Jahre 1880–2005. Ein Rückblick aus 125 Jahren im freiwilligen Dienst der Feuerwehr. Freiwillige Feuerwehr Mühlbach, Mühlbach 2005.

Freiwillige Feuerwehr Platt (Hrsg.), 1964–2014. 50 Jahre Freiwillige Feuerwehr Platt, Platt 2014.

Freiwillige Feuerwehr Runggaditsch/Destudafuech Runcadic/Vigili del Fuoco Roncadizza (Hrsg.), 100 ani Destudafuech Runcadic. 100 Jahre Freiwillige Feuerwehr Runggaditsch. 100 anni Vigili del Fuoco Volontari di Roncadizza, St. Ulrich 2007.

Freiwillige Feuerwehr Sarnthein (Hrsg.), Die Freiwillige Feuerwehr Sarnthein und ihr Heimattal. Festschrift zum 125-jährigen Gründungsjubiläum 1882–2007, Sarnthein 2007.

Freiwillige Feuerwehr Steinhaus/St. Jakob/St. Peter (Hrsg.), Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr. 125 Jahre Freiwillige Feuerwehr 1892–2017. Eine Chronik, Steinhaus 2017.

Freiwillige Feuerwehr St. Michael/Eppan (Hrsg.), 125 Jahre Freiwillige Feuerwehr St. Michael/Eppan, Eppan 2010.

Gasser, Christoph, 1876–2001 Freiwillige Feuerwehr Klausen. Festschrift zum 125-jährigen Gründungsjubiläum, Klausen 2001.

Ders., Die Erstellung von Festschriften, in: *Die Freiwillige Feuerwehr 25* (1991), Heft 5, S. 7–11.

Gudeleus, Christian/Eichenberg, Ariane/Welzer, Harald (Hrsg.), Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2010.

Hartungen, Christoph von, Die Freiwilligen Feuerwehren Südtirols in den Jahren 1918–1945, in: *Die Freiwillige Feuerwehr 25* (1991), Heft 5, S. 12–14.

Heiss, Hans, 70 Jahre Heimatpflegeverband in Südtirol im Spiegel der Verbandsgeschichte, in: 70 Jahre Heimatpflegeverband in Südtirol, Bozen 2019, S. 3–14.

Ders., Wie Erinnern? Erinnerungskultur in Südtirol, Bozen 2019, (unveröffentlichtes Manuskript), Kopie im Besitz des Verfassers. S. 1–7.

Hillebrand, Leo, „Von bleibendem Wert“ – Dorfbücher in Südtirol, in: *Geschichte und Region/Storia e regione 13* (2004), Heft 1, S. 227–242.

Jäger, Jens, Bilder und historische Wahrheit, in: *APuZ 13*, 2017, S. 34–39.

Jeggle, Utz, Geschichtsbilder. Eigentümlichkeiten unseres historischen Gedächtnisses, in: Johanna Rolshoven/Martin Scharfe (Hrsg.), *Geschichtsbilder. Ortsjubiläen in Hessen*, Marburg 1994, S. 9–26.

Jungbluth, Moritz, *Freiwillige Feuerwehren in der Region Nassau. Eine kulturwissenschaftliche Studie zu Vereinsleben und -geschichte am Beispiel des Nassauischen Feuerwehrverbandes sowie der freiwilligen Feuerwehren in Montabaur und Bad Ems bis 1938* (Regierungsbezirk Wiesbaden), Münster 2014.

Kramer, Dieter, *Das Jubiläum als Schnittstelle zwischen Geschichte und Zukunft*, in: Johanna Rolshoven/Martin Scharfe (Hrsg.), *Geschichtsbilder. Ortsjubiläen in Hessen*, Marburg 1994, S. 103–116.

Kühebacher, Egon, *Die Ehre geben wir Gott, die Hilfe den Menschen in Not. Festschrift herausgegeben von der Freiwilligen Feuerwehr Winnebach im 100. Jahr ihres Bestehens*, Winnebach 1998.

Landesbibliothek Dr. Friedrich Tessmann/Bibliotech Provinziela/Biblioteca Provinciale, o. D., <https://www.tessmann.it/de/home.html>, eingesehen 28.12.2019.

Landesverband der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols, o. D., <https://www.lfvbz.it>, eingesehen 4.2.2020.

Ders. (Hrsg.), *Bericht zum Jahr 2018*, Vilpian 2019.

Ders. (Hrsg.), *Sachgebiet Feuerwehrgeschichte und Dokumentation. Info 1*, Vilpian 2017.

Liebentritt, Manfred/Reiter, Martin (Hrsg.), *Das Tiroler Feuerwehrbuch*, Telfs 2013.

Musikkapelle und Feuerwehr Proveis (Hrsg.), *Festgehalten. Musikkapelle & Feuerwehr Proveis*, Proveis 2010.

Pagenstecher, Cord, *Private Fotoalben als historische Quelle*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 6, Göttingen 2010, S. 449–463.

Pfanzelter, Eva, *Die (un)verdaute Erinnerung an die Option 1939*, in: dies. (Hrsg.), *Option und Erinnerung. La memoria delle opzioni (Geschichte und Region/Storia e regione 2)*, Innsbruck 2013, S. 13–40.

Pomella, Gottlieb, Graun. *Eine Dorfgeschichte*, Graun 2011.

Rolshoven, Johanna/Scharfe, Martin (Hrsg.), *Geschichtsbilder. Ortsjubiläen in Hessen*, Marburg 1994.

Sarbrow, Martin, *Zeitgeschichte schreiben. Von der Verständigung über die Vergangenheit in der Gegenwart*, Göttingen 2014.

Sauer, Michael, *Bilder als historische Quellen*, in: bpb, 28.12.2005, <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/bilder-in-geschichte-und-politik/73099/bilder-als-historische-quellen?p=3>, eingesehen 13.10.2017.

Schilling, Heinz, *So möchten wir gerne gewesen sein. Festschriften zum Erinnern und Vergessen*, in: Johanna Rolshoven/Martin Scharfe (Hrsg.), *Geschichtsbilder. Ortsjubiläen in Hessen*, Marburg 1994, S. 27–42.

Siebeck, Cornelia, Erinnerungsorte, Lieux de Mémoire, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 02.03.2017, http://docupedia.de/zg/Siebeck_erinnerungsorte_v1_de_2017, eingesehen 24.11.2019.

Sternbach, Christoph, 50 Jahre Landesverband und Bezirksverbände der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols. Ein Bericht zur Entwicklung des Feuerwehrwesens in Südtirol von 1955 bis 2005, Vilpian 2005.

Stüdafüch de Badia, 100 agn Stüdafüch de Badia, Badia 2004.

Weber, Renate/Weber, Georg, Zur Produktion von Heimatbüchern. Erfahrungen, Beobachtungen, Reflexionen, in: Mathias Beer (Hrsg.), Das Heimatbuch. Geschichte, Methoden, Wirkung, Göttingen 2010, S. 279–308.

Wimmer, Otto, Lexikon der Namen und Heiligen, Innsbruck 1982⁴.

9. Abbildungen

Abbildung 1: Das Erinnerungszeichen vor der Feuerwehrhalle Sand in Taufers, Foto von Karlheinz Bachmann.

Abbildung 2: Freiwillige Feuerwehr Pfalzen um 1910, Foto der Feuerwehr Pfalzen (mit Genehmigung derselben in die private Sammlung des Autors aufgenommen).

Abbildung 3: Die Freiwillige Feuerwehr Pfalzen um die Jahrtausendwende, Foto der Feuerwehr Pfalzen (mit Genehmigung derselben in die private Sammlung des Autors aufgenommen).

Karlheinz Bachmann ist Student der Geschichte und absolviert derzeit ein Doktoratsstudium am Institut für Zeitgeschichte. Karlheinz.Bachmann@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Karlheinz Bachmann, Freiwillige Feuerwehren und Erinnerungsräume: Denkmäler, Rituale, Festschriften – Fallbeispiele, in: *historia.scribere* 14 (2022), S. 259–286, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 21.6.2022 (=aktuelles Datum).

Abdankung oder Absetzung? – Der Fall Königin Maria Stuarts als Zeugnis für die Macht des schottischen Adels

Theresa Möisinger

Kerngebiet: Neuzeit

eingereicht bei: Ass.-Prof. Dr. Niels Grüne

eingereicht im: WiSe 2020/21

Rubrik: Bachelor-Arbeit (Lehramt)

Abstract

Abdication or Deposition? – The Downfall of Queen Mary Stuart as Evidence for the Power of Scottish Nobility

The following paper aims to examine the influence of the Scottish nobility regarding the abdication of Queen Mary Stuart of Scotland in 1567. Furthermore, it raises the question whether the downfall of Mary Stuart can be defined as an abdication or rather a deposition from sides of the Scottish peers. As will be shown, Scottish nobility demonstrated their power and disfavor in various ways, which eventually resulted in a forced abdication i.e. a deposition of the Queen.

1. Einleitung

In zahlreichen Gemälden und Schriften aus der Frühen Neuzeit wird die Königin Maria Stuart von Schottland als Märtyrerin dargestellt, die aufgrund ihres katholischen Glaubens auf ihren Thron verzichten musste und schlussendlich sogar mit ihrem Leben bezahlte. Tatsächlich waren bereits einige wichtige schottische Clans zum protestantischen Glauben konvertiert, als sie aus dem französischen Exil in ihr Heimatland zurückkehrte, um dort zu regieren. Diese Reformation war vor allem durch die Gründung der schottisch-calvinistischen Kirche vorangetrieben worden, welche unter anderem durch den oppositionellen Prediger John Knox weite Verbreitung fand. Dieser Glaubenszwiespalt stellte eine der vielen Herausforderungen dar, denen sich Königin Maria im Laufe ihrer Regierungszeit stellen musste. Doch auch das Aufwachsen im Exil, die strenge französische Erziehung, eine kontroverse Ehe mit dem englischen Katholiken

Henry Stuart, Lord Darnley, und schließlich ein Mordkomplott, bei dem ihre Mittäterschaft nicht ausgeschlossen ist, waren Faktoren, die sich als Schwierigkeiten für ihre Regentschaft herausstellten.

Wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, so haben all diese Punkte eine Gemeinsamkeit: Sie verdeutlichen, wie einflussreich und ausschlaggebend die Meinung der Adelligen in Bezug auf das Aufrechterhalten einer Regentschaft in Schottland war. Während nämlich Marias Festhalten am Katholizismus sowie ihre schwache Verkörperung nationaler Traditionen zu einem gewissen Maß an Misstrauen innerhalb der schottischen Bevölkerung geführt hatten, war es letztendlich vor allem der dadurch entstandene fehlende Rückhalt der Adelligen, der die Abdankung der Königin erzwang. In dieser Arbeit soll nun genauer auf den Einfluss und die Rolle der schottischen Adelligen zur Zeit Maria Stuarts eingegangen werden. Mithilfe von Sekundärliteratur sowie einigen Briefen der Königin soll erforscht werden, ob und wie das zuvor beschriebene Bündel an Faktoren eine gewisse Skepsis unter den schottischen Adelsleuten auslöste, die sich allmählich in einen derart starken Widerstand verwandelte, dass Maria erzwungenermaßen zugunsten ihres Sohnes James VI. auf jegliche weiteren Regierungstätigkeiten verzichten musste.

Auf Basis dieses Forschungsinteresses wurde folgende Fragestellung formuliert: Welchen Einfluss hatte der schottische Adel auf Königin Maria Stuarts Abdankung und wie manifestierte sich dessen Machtposition? Es wird angenommen, dass der fehlende Rückhalt der Adelligen tatsächlich der ausschlaggebende von mehreren Punkten war, der ihrer Regentschaft im Weg stand. Weiters wird vermutet, dass die Macht des Adels vor allem durch offene Rebellionen kam und zahlreiche Verschwörungen sowie Mordkomplote von Adelligen geplant wurden. Maria Stuart versuchte zwar ihrerseits immer wieder, selbst Bündnisse mit verschiedenen Adelligen ihres Landes einzugehen, doch wurden diese häufig abgelehnt, waren nur von kurzer Dauer oder von geringem Nutzen für ihre Machterhaltung.

Um diese Thesen zu überprüfen, wird insbesondere auf die zentralen Werke der Sekundärliteratur zurückgegriffen. So handelt es sich etwa beim Werk „Mary Queen of Scots“¹ um eine umfassende Biografie, in welcher sich die Autorin Antonia Fraser detailliert mit Stuarts Regentschaft in Schottland auseinandersetzt und dabei insbesondere die sozialen Verhältnisse herausarbeitet, die damals in Schottland herrschten. Weiters geht Linda Porter in ihrer Monografie „Crown of Thistles: The Fatal Inheritance of Mary Queen of Scots“² auf die zahlreichen Herausforderungen ein, welchen sich die Königin seit ihrem Regierungsantritt stellen musste. Auch Kristen Post Walton widmet sich in „Catholic Queen, Protestant Patriarchy – Mary, Queen of Scots, and the Politics of Gender and Religion“³ in biografischer Form dem Leben der Königin und behandelt vor allem ihr Aufwachsen im französischen Exil, ihr Festhalten am katholischen Glauben und die

1 Antonia Fraser, *Mary Queen of Scots*. 40th Anniversary Edition, London 2010.

2 Linda Porter, *Crown of Thistles. The Fatal Inheritance of Mary Queen of Scots*, London 2013.

3 Kristen Post Walton, *Catholic Queen, Protestant Patriarchy. Mary, Queen of Scots, and the Politics of Gender and Religion*, New York 2007.

patriarchale schottische Gesellschaft, die all dem gegenüberstand.

Neben Beiträgen, die sich spezifisch auf Maria Stuart und deren engste Umgebung beziehen, wurden auch Publikationen zu den allgemeinen, sozialen und religiösen Verhältnissen in Schottland herangezogen. So liefert die Historikerin Jane E. A. Dawson mit ihrem Buch „The Politics of Religion in the Age of Mary, Queen of Scots“⁴ eine weitere zentrale Darstellung, in welchem sie sich dem Religionskonflikt widmet und dabei besonders auf die Rolle des schottischen Campbell Clans sowie dessen Anführer Archibald Campbell, 5. *Earl of Argyll*, eingeht. Auch Norman C. Milne beschäftigt sich in seinem Werk „Scottish Culture & Tradition“⁵ mit sozialen Entwicklungen und bezieht sich insbesondere auf schottische Adelsleute sowie deren Mitsprache in politischen Angelegenheiten.

Neben der Sekundärliteratur dienen aber auch Briefe der Königin selbst als wichtige und aufschlussreiche Quellen, besonders wenn es um die Frage geht, wie sie versuchte, sich mit den Adeligen auszusöhnen und zu verbünden. Im Zuge dessen werden Übersetzungen der Originalbriefe, gesammelt von Hans-Henning von Voigt-Alastair, untersucht. Diese Sammlung wurde 1941 publiziert und liefert neben den Briefen auch zahlreiche hilfreiche Zusatzinformationen über den Entstehungskontext der jeweiligen Schriftstücke.⁶ Diesbezüglich sollte erwähnt werden, dass sich die Sprachbarriere als zu groß erwies, um auf Originale zurückzugreifen. Maria Stuart verfasste den Großteil ihrer Briefe auf Französisch und jene, die sie an die schottischen Adeligen richtete, auf Scots. Aufgrund fehlender Französischkenntnisse sowie der stark abweichenden Scots-Variante des 16. Jahrhunderts, welche nur bedingt mit modernem Englisch verwandt ist, wurden Übersetzungen herangezogen, um auf schlüssige Ergebnisse zu kommen. Die deutschen Übersetzungen wurden allerdings mit mehreren modernen englischen Übersetzungen verglichen und stimmten überein. Demnach kann die Sammlung von Voigt-Alastair durchaus als vertrauenswürdig angesehen werden.

Die Strukturierung der Arbeit basiert nicht auf einer chronologischen Abfolge der Ereignisse, sondern auf Themenbereichen. So wird nach der Einleitung im zweiten Kapitel zunächst auf den fehlenden Rückhalt der Adeligen und die Gründe dafür eingegangen. Dieses Kapitel beinhaltet einige zentrale biografische Details über das Leben Maria Stuarts, erörtert aber auch, wie sie selbst diese fehlende Unterstützung der Adeligen wahrgenommen hat. Im Folgekapitel wird beschrieben, wie sich die Macht des Adels zeigte und wie dadurch die Abdankung Marias herbeigeführt wurde. Schließlich wird im vierten Kapitel genauer auf die Reaktionen der Königin eingegangen und untersucht, wie sie versuchte, sich mit verschiedenen Adelsleuten ihres Landes sowie außerhalb zu verbünden, um ihre Macht aufrechtzuerhalten.

4 Jane E. A. Dawson, *The Politics of Religion in the Age of Mary, Queen of Scots*, Cambridge 2004.

5 Norman C. Milne, *Scottish Culture & Tradition. During the late 17th and early 18th centuries*, Rothersthorpe 2010.

6 Hans-Henning von Voigt-Alastair, *Ich flehe, ich fordere, ich bekenne! Der Königin Briefe*, Hühig 1941.

2. Faktoren für den fehlenden Rückhalt der Adelligen

Bevor in den folgenden Unterkapiteln auf die Faktoren eingegangen wird, die den Rückhalt der Adelligen für Maria Stuart Regentschaft schwächten, soll zunächst die Organisation und Struktur des schottischen Adels erläutert werden. Dieser weist im europäischen Vergleich einige Besonderheiten auf. So sind die meisten schottischen Adelsfamilien (bis heute) in sogenannten „Clans“ organisiert, die eine spezifische innere Struktur aufweisen. Es gibt einen *Chief*, der das Oberhaupt des Clans darstellt, sowie mehrere *Chieftains*, welche die jeweiligen Familienoberhäupter innerhalb eines Clans sind. Weiters gab es Barden, die Gedichte schrieben und Erzählungen vortrugen, sowie Piper, die in Kriegszeiten Sammelpunkte für Truppen anboten.⁷ Bevor sich in Schottland WANN das Feudalsystem etablierte, gehörte die Verwaltung und Vergabe von Gebieten zu den wichtigsten Aufgaben des Chiefs. Doch auch nach der Durchsetzung des königlichen Lehnsrechts im 15. und 16. Jahrhundert lag die Loyalität der Clanmitglieder eher beim Chief als beim Monarchen.⁸ Dies war besonders in den schottischen Highlands der Fall und sollte auch in Bezug auf Maria Stuart nicht außer Acht gelassen werden.

Bezüglich der politischen Struktur können ab der Einführung des Feudalsystems einige Parallelen zum englischen Adel, den sogenannten „*Peers*“, gezogen werden. So gab es in absteigender Reihenfolge die Titel: *Duke* (Herzog), *Marquess* (Markgraf), *Earl* (Graf), *Viscount* (Vizegraf) und *Lord of Parliament*, nicht aber den Titel des Barons (Freiherr), der in England ebenfalls dazugehörte. In Schottland wäre dieser eher dem niederen Adel (Gentry) zuzuordnen. Als *Peers* wurden jene Personen des höheren Adels bezeichnet, die das Recht auf einen Sitz im *House of Lords* innehatten, also Mitglied des Oberhauses im Parlament sein durften.⁹ Streng genommen wurde der Adelstitel damit nur an Einzelpersonen übertragen und nicht an ganze Familien, wie es in Europa meist der Fall war. Eine weitere Besonderheit des schottischen Adels bildete die Erblichkeit in weiblicher Linie. So konnten die meisten Titel auch an Töchter vererbt werden, sollte kein männlicher Nachfolger vorhanden sein, während sie in England meist erloschen und vom König neu vergeben wurden.¹⁰

Die Ursprünge des schottischen Parlaments gehen auf das seit 1235 existierende „Kolloquium“ zurück, was eine Versammlung adeliger und geistlicher Vertreter als Rat des Königs darstellte. Es wird davon ausgegangen, dass 1326 das erste Parlamentstreffen in Anwesenheit der drei Stände stattfand: Geistliche, Adelige und „einfache Bürger“ ohne Adelstitel.¹¹ Zu den wesentlichen Aufgabenbereichen gehörten die Bewilligung von Steuergesetzen, außenpolitische Entscheidungen und Kriegserklärungen. Demnach konnten die Mitglieder des Parlaments wesentlichen Einfluss auf die Regierungsge-

7 Milne, *Scottish Culture & Tradition*, S. 14–22.

8 Malcolm Stewart, *The Decline of Scottish Clans*, in: *The Corvette* 3 (2015/16), Nr. 2, S. 7–22, hier S. 10.

9 John Burke, *A Genealogical and Heraldic Dictionary of the Peerage and Baronetage. Together with Memoirs of the Privy Councillors and Knights*, London 1891⁵³, S. 95.

10 Burke, *A Genealogical and Heraldic Dictionary of the Peerage and Baronetage*, S. 99.

11 Alan R. MacDonald, *The Burghs and Parliament in Scotland, c. 1550–1651*, Aldershot 2007, S. 14.

schäfte des Monarchen nehmen.¹² Auch dies ist ein bedeutender Punkt, gab es doch einige Faktoren, weshalb besonders die Adelige gegenüber Maria Stuart recht kritisch eingestellt waren. Dies wird nun in den folgenden Unterkapiteln erörtert.

2.1 *Aufwachsen im Exil: Französische Erziehung & Lebensstil*

Maria Stuart wurde am 8. Dezember 1542 als Tochter des schottischen Königs James V. und seiner Ehefrau Marie de Guise im Linlithgow-Palast nahe Edinburgh geboren. Aufgrund einer Kriegsverletzung, die er sich in einer Schlacht gegen die Engländer zugezogen hatte, starb James V. allerdings kurze Zeit später und so wurde seine Tochter bereits im Alter von sechs Tagen zur neuen Königin Schottlands. Aufgrund der politisch angespannten Lage zwischen Schottland und England wurde beschlossen, Maria in Sicherheit zu bringen und sie im Exil aufwachsen zu lassen.¹³ Bei der Auswahl des Landes spielten strategische Überlegungen eine wichtige Rolle. Auf Basis der *Auld Alliance*, einem Bündnis, das bereits 1295 zwischen Schottland und Frankreich gegen England geschlossen wurde, kam es zu Eheverhandlungen mit dem französischen Königshof, welche erfolgreich verliefen.¹⁴ Demnach genoss Maria am französischen Hof gemeinsam mit ihrem zukünftigen Ehemann Franz II. eine umfassende Bildung. Neben ihrer Muttersprache, welche zeitlebens Französisch war, erlernte sie Scots, Italienisch, Latein und Spanisch. Weiters beruhte ihre Erziehung auf den zeitgenössischen Idealen der Renaissance, weshalb viel Wert auf Kunst, Philosophie und fundierte Sprachkenntnisse in Latein und Altgriechisch gelegt wurde. Eine besondere Vorliebe entwickelte sie für die französische Dichtung und auch ihre Interessen bezüglich Musik, Tanz und Stickkunst spiegelten deutlich den Geschmack einer westeuropäischen Adelige wider.¹⁵

Während am französischen Hof der Heirat zwischen Maria und Franz nun verheißungsvoll entgegengeblickt und damit auf ein noch stärkeres Bündnis zwischen Schottland und Frankreich gegen den gemeinsamen Feind England gehofft wurde, zeichnete sich bereits ab etwa 1555 eine kritische Haltung von Seiten der Schott*innen ab, was mit den religiösen Umbrüchen dieser Zeit zu tun haben könnte (siehe Kapitel 2.2.).¹⁶ So ließen sich ab Mitte der 1550er-Jahre deutliche nationalistische Tendenzen erkennen, welche sich gegen die allgegenwärtige französische Intervention in die politischen Angelegenheiten Schottlands richteten. Die Tatsache, dass Marie de Guise, die zu diesem Zeitpunkt stellvertretend die Regierungsgeschäfte als Vormundin ihrer Tochter übernommen hatte, von einem der mächtigsten Adelsgeschlechter Frankreichs abstammte, trug zusätzlich zum wachsenden Misstrauen bei. Immer häufiger lehnten sich schottische Adelige gegen den Einfluss Frankreichs auf und waren sogar dazu bereit, den „Erzfeind“ England um Hilfe gegen die französische Machtentfaltung zu

12 Julian Goodare, *The Parliament of Scotland*, in: Clyve Jones (Hrsg.), *A Short History of Parliament. England, Great Britain, the United Kingdom, Ireland and Scotland*, Rochester 2012, S. 301–320, hier S. 301–302.

13 Allan Massie, *The Royal Stuarts. A History of the Family that Shaped Britain*, New York 2010, S. 93–96.

14 Walton, *Catholic Queen*, S. 166.

15 John Alexander Guy, *Queen of Scots. The True Life of Mary Stuart*, New York 2005, S. 84–99.

16 Porter, *Crown of Thistles*, S. 303.

bitten.¹⁷ Mit dem Tod Franz II. und Marie de Guises im Jahr 1560 nahm die Allianz zwischen Schottland und Frankreich ein jähes Ende.

Doch für Maria war Frankreich das Land, in dem sie aufgewachsen war. Wie ihr damaliger Begleiter Pierre de Bourdeille, ein französischer Renaissanceschriftsteller, vermerkte, wäre sie wohl lieber in Frankreich geblieben, hätte sie nicht in Schottland ihren Verpflichtungen nachkommen müssen.¹⁸ Als Maria Stuart 1561 schließlich nach Schottland zurückkehrte, um ihren Platz als Königin einzunehmen, drückte sie ihre Liebe zu Frankreich auch deutlich aus. So nahm sie einen großen Teil ihres Hofpersonals sowie zahlreiche Möbelstücke und Requisiten aus Frankreich mit und tendierte dazu, bei vielen Gelegenheiten Französisch zu sprechen. Überdies stammten die meisten Werke ihrer Bücherei aus Frankreich – oder aus Italien und Spanien. Es ließ sich dort nur wenig Literatur in englischer oder schottischer Sprache finden. Weiters wollte Maria Stuart bis an ihr Lebensende über politische Geschehnisse und Neuigkeiten aus Frankreich informiert bleiben, obwohl die *Auld Alliance* nicht mehr existierte.¹⁹ Sie pflegte regen Kontakt mit dem Bischof von Glasgow, James Beaton, den sie schließlich zu ihrem Botschafter am französischen Hof ernannte. Er sollte ihr regelmäßige Lageberichte zukommen lassen und in einem Brief vom 1. Oktober 1565 schrieb Maria beispielsweise: „Ich bin überaus erstaunt, weil ich seit so langer Zeit keinerlei Nachrichten von Euch erhalten habe, desgleichen nicht von Mauvissière, der sich Gesandter des Königs nennt; ich bitte Euch, dafür zu sorgen, daß ich öfter Nachricht erhalte.“²⁰

Ihre Liebe zu Frankreich sowie ihr französischer Lebensstil, den sie auch in Schottland weiterhin pflegte, stellten basierend auf den Konflikten zwischen 1555 und 1560 sicherlich einen Faktor für das Misstrauen des schottischen Adels dar (siehe Kapitel 2.2.). Hierzu trugen auch die fehlende Verbundenheit Maria Stuarts mit Schottland sowie ihr Mangel an Erfahrung bezüglich ihrer Heimat bei. So beruhte ihr Wissen über ihr eigenes Königreich bis 1561 grundsätzlich auf Erzählungen aus zweiter Hand.²¹ Darüber hinaus schien Marias persönliche Einschätzung von Schottland zunächst recht negativ. Basierend auf nationalen Klischees, welche auch in Frankreich weit verbreitet waren und in Marias Erziehung eine Rolle spielten, wurden Schott*innen als arm, wild und unzivilisiert wahrgenommen. Die Aussicht, das reiche, gebildete und luxuriöse Frankreich für ein verarmtes, rurales und kleines Reich wie Schottland zu verlassen, schien der Königin zu missfallen. So argumentiert beispielsweise die Historikerin Jenny Wormald, dass Stuarts desinteressierte Einstellung, mit der sie ihrem Land gegenübertrat, ein wesentlicher Faktor für ihre frühzeitige Abdankung gewesen sein könnte.²² Darauf wird im vierten Kapitel noch genauer eingegangen.

17 Alexander S. Wilkinson, *Mary Queen of Scots and French Public Opinion. 1542–1600*, Hampshire 2007, S. 20.

18 Pierre de Bourdeille, *Seigneur de Brantôme, Oeuvres Complètes*. Bd. II, Paris 1823, S. 136, zit. in: James Mackay, *In My End is My Beginning. A Life of Mary Queen of Scots*, Edinburgh 2000, S. 55.

19 Wilkinson, *Mary Queen of Scots and French Public Opinion*, S. 22–25.

20 Maria Stewart an den Bischof von Glasgow, 1.10.1565, in: Voigt-Alastair, *Der Königin Briefe*, S. 77.

21 Porter, *Crown of Thistles*, S. 325.

22 Jenny Wormald, *Mary Queen of Scots. A Study in Failure*, Edinburgh 2017⁴, S. 58.

2.2 *Katholischer Glaube und schottische Reformation*

Eine der bedeutendsten Entwicklungen des 16. Jahrhunderts, nämlich die Reformation, ließ auch das im Norden der britischen Inseln gelegene Schottland nicht unberührt. Ab circa 1555 gab es eine deutliche Hinwendung zum Protestantismus. Innerhalb weniger Jahre fand die Reformation eines Großteils der schottischen Bevölkerung statt. Auch der überwiegende Teil der Adligen trat zum Protestantismus über.²³ Begünstigt wurde der Aufschwung sicherlich auch durch die Krönung einer protestantischen Königin im Nachbarland: Am 15. Januar 1559 wurde Elizabeth I., Tochter von Henry VIII., in England zur Königin gekrönt und revidierte die konfessionspolitischen Maßnahmen, die ihre katholische Halbschwester Maria I., auch bekannt als Maria die Blutige, getroffen hatte. Noch im selben Jahr wandten sich protestantische Lords aus Schottland an Elizabeth I., um sich ihre Unterstützung zu sichern und den Katholizismus zu „bekämpfen“.²⁴

Diese anti-katholische Stimmung, kombiniert mit der zuvor erwähnten anti-französischen Einstellung äußerte sich in Aufständen gegen die Herrschaft von Marie de Guise. Ein Heer von James Stuart, Anführer der protestantischen Partei und Halbbruder von Maria Stuart, konnte de Guise und ihre französischen Verbündeten 1560 besiegen, und er wurde zum neuen Regenten Schottlands. Zudem wurde die Reformation vom radikalen Prediger John Knox vorangetrieben und eine Zerschlagung der katholischen Kirche forciert. Es wurden Häuser angezündet, Kirchen beraubt, Klöster zerstört und Heiligenbilder geschändet.²⁵ 1560 wurde von den treibenden Kräften außerdem ein Reformparlament gegründet. Zu dessen Beschlüssen gehörten das Verbot der katholischen Kirche, die Abkehr vom Papst, die Durchsetzung des protestantisch-calvinistischen Glaubens als neue Staatsreligion sowie eine umfassende Bildungsreform. Überdies entfaltete der protestantische Adel seine Macht.²⁶ Allein die Tatsache, dass eine neue Staatsreligion ohne die Zustimmung der Monarchin eingeführt wurde, verdeutlicht den Einfluss des schottischen protestantischen Adels um 1560.

Als Maria schließlich 1561 in Schottland ihren Thron bestieg, musste sie dieser Situation als katholische Regentin gerecht werden. Die Glaubensspaltung hatte in ganz Europa zu zahlreichen Konflikten zwischen den Herrschenden und ihren Untertan*innen geführt, doch in Maria Stuarts Fall war die Situation noch einmal spezieller. So versuchte sie, im Gegensatz zu den meisten anderen katholischen Monarch*innen, keinesfalls ihre Landsleute zum alten Glauben zurückzuführen. Während es in vielen europäischen Gebieten zu erzwungenen Versuchen der Gegenreformation kam, war Maria der Meinung, dass Bürger*innen diese Entscheidung selbst treffen müssen und dass Religion reine Privatsache sei. Ob dies nun ihre eigene persönliche Überzeugung oder aber eine rein strategische Überlegung war, um ihre Macht durch noch stärkere religiöse Unruhen nicht zusätzlich zu gefährden, ist aus heutiger Sicht schwierig zu beurteilen.

23 Robert A. Houston, Scotland, in: Jonathan Dewald (Hrsg.), *Europe 1450 to 1789. Encyclopedia of the Early Modern World*, Bd. 5, New York 2004, S. 352–353.

24 Dawson, *The Politics of Religion*, S. 96.

25 Walton, *Catholic Queen*, S. 20–25.

26 Wormald, *A Study in Failure*, S. 114–115.

Dennoch könnte ihre Herangehensweise als recht pragmatisch bezeichnet werden: Sie selbst wollte weiterhin ihren katholischen Glauben beibehalten, aber gleichzeitig nicht in die Glaubensentwicklung ihrer Untertan*innen intervenieren. Sie praktizierte religiöse Toleranz und versuchte, eine klare Linie zwischen dem privaten Glauben und der öffentlichen Politik zu ziehen.²⁷ Demzufolge ernannte sie drei – wenn auch gemäßigte – protestantische Adelige zu ihren engsten Beratern: James Stuart, *Earl of Moray*, Archibald Campbell, *Earl of Argyll* und William Maitland of Lethington. Außerdem bestand das einflussreichste Beratungsgremium der Monarchin, der *Privy Council*, aus zwölf Protestanten und vier Katholiken.²⁸ Auch hier ist ihr Pragmatismus erkennbar.

Trotzdem stellte der katholische Glaube der Königin einen wunden Punkt dar, da sie sich zeitlebens dagegen wehrte, ihn abzulegen. Viele radikale calvinistische Adelige und Geistliche, wie etwa John Knox, forderten eine einheitliche Religion in ihrem Land und betrieben deshalb Propaganda gegen Maria Stuart (siehe Kapitel 3.3). Die Katholik*innen verstanden hingegen nicht, weshalb sich die Königin nicht mehr für ihren Schutz einsetzte, da sie doch selbst diesem Glauben angehörte.²⁹ Dies stellte einen wesentlichen Konfliktbereich ihrer Regierungszeit dar und erweckte das Misstrauen des schottischen Adels immer wieder.

2.3 *Ehe mit Lord Darnley, dessen Ermordung und vermutete Mittäterschaft*

Nur einige Wochen nach dem Tod Franz II. wurden von Maria Stuart und ihrem engsten Umfeld bereits Überlegungen getroffen, wer als neuer Ehemann geeignet wäre. Als weibliche Monarchin musste sie immerhin an das Fortbestehen der Stuart-Dynastie denken. Deshalb wurden zunächst vor allem politische günstige Parteien berücksichtigt. Es gab einige Anwärter wie Erzherzog Karl von Österreich, Kronprinz Don Carlos von Spanien oder auch Robert Dudley, 1. *Earl of Leicester*.³⁰ Eine Entscheidung traf Maria allerdings erst im Jahr 1565. Ihre Wahl fiel auf Henry Stuart, Lord Darnley, der wie Maria selbst ein Enkel der Margaret Tudor und damit ihr Cousin war. Überdies hatten beide einen Anspruch auf den englischen Thron, denn Margaret Tudor war die Schwester des 1541 verstorbenen englischen Königs Henry VIII. Obwohl es sich in erster Linie um eine Liebesheirat handelte, gab es somit sehr wohl auch politische Überlegungen bezüglich einer Machtergreifung in England.³¹

Trotz dieser vielversprechenden Position waren viele Adelige gegen die Ehe, da Lord Darnleys Familie bereits sehr starken territorialen Einfluss in Schottland hatte und eine Monopolisierung ihrer Macht befürchtet wurde.³² Weiters war er gebürtiger Engländer und Katholik, was beides ein Problem für einige Schott*innen darstellte. Die jahrhundertelangen Kriege und Eroberungsversuche der Engländer*innen sowie die bürger-

27 Fraser, *Mary Queen of Scots*, S. 143.

28 Porter, *Crown of Thistles*, S. 335.

29 Retha Warnicke, *Mary Queen of Scots*, New York 2006, S. 69.

30 Mackay, *In My End is My Beginning*, S. 103–107.

31 Jane E. A. Dawson, *Mary Queen of Scots, Lord Darnley, and Anglo-Scottish Relations in 1565*, in: *The International History Review* 8 (1986), Heft 1, S. 1–24, hier S. 4.

32 Massie, *The Royal Stuarts*, S. 106.

kriegsartigen Religionskonflikte der jüngeren Geschichte führten zu einem persönlichen Misstrauen gegenüber Henry Stuart. Besonders groß war der Argwohn bezüglich einer potenziellen Gegenreformation und Rückkehr zum katholischen Glauben. Einige Adelige beteiligten sich 1565 an einer Rebellion, andere verließen sogar das Land.³³

Recht schnell bemerkte auch Maria selbst, dass Lord Darnley nicht die richtige Wahl gewesen war. Er hatte einen Hang zum Jähzorn, wurde sogar in der Öffentlichkeit gewalttätig und sorgte durch seine zahlreichen Besuche in Bordellen sowie mehrere Affären für Aufregung.³⁴ Nachdem ihm Maria mehrmals eine Krönung zum König verweigert hatte, beteiligte er sich an einem Mordkomplott an ihrem Sekretär David Rizzio, in dem er Marias heimlichen Liebhaber vermutete. Rizzio wurde in Hörweite der Königin, die ihm Rahmen dieses Mordkomplotts unter Hausarrest gestellt worden war, mit 56 Messerstichen getötet.³⁵ Obwohl Darnley die Fronten wechselte, um Maria zu befreien, und dadurch seine letzten Verbündeten in Schottland verprellte, zog sich die Königin von ihm zurück und wandte sich James Hepburn, 4. *Earl of Bothwell*, zu.³⁶ Dies geht auch aus einem Brief des französischen Gesandten du Croc hervor, der seiner Herrin Katharina von Medici berichtete, dass Maria Stuart allen Verschwörern verziehen hätte – bis auf ihrem Ehemann:

„Doch so gut sich die Beziehung zwischen der Königin und besagten Herren sich anläßt, das Verhältnis ihres Gatten, des Königs, zu ihr wie ihnen ist so schlecht als denkbar. Nach der Art seiner Aufführung kann es anders auch nicht sein, denn er will alle Macht an sich reißen und überall befehlen. Das Ende wird sein, daß er einen Weg einschlägt, der ihn zu gänzlicher Vernichtung führt.“³⁷

In diesem Schriftstück vom 17. Oktober 1566 sagte Herr du Croc Lord Darnleys grausames Schicksal voraus. Henry Stuart wurde schlussendlich bei einer Explosion seines Hauses am 9. Februar 1567 getötet. Obwohl der Fall bis heute nicht vollends geklärt werden konnte, wird der *Earl of Bothwell* als Auftraggeber und Hauptschuldiger angesehen, da er das Schießpulver in Darnleys Haus untergebracht hatte.³⁸ Ein Eid, den er und einige andere schottische Lords 1566 in Anwesenheit von Maria Stuart in Craigmillar abgelegt hatten, bestärkt diese Vermutung. Die Adelligen hatten nämlich geschworen, Lord Darnley zum Wohle des Staates zu beseitigen. Marias Mittäterschaft wird bis heute kontrovers diskutiert, doch der Anschlag gegen ihren verhassten Ehemann war sicherlich keine Überraschung für sie, hatte sie doch selbst bereits eingesehen, dass er von seiner mächtigen Position „beseitigt“ werden müsse.³⁹ Die Eheschließung mit dem Verdächtigen James Hepburn, 4. *Earl of Bothwell*, nur einige Wochen nach dieser Katastrophe kostete sie dann jegliches Vertrauen ihrer Untertan*innen und Adelligen. Sie

33 Walton, *Catholic Queen*, S. 122–131.

34 Alison Weir, *Mary, Queen of Scots, and the Murder of Lord Darnley*, New York 2004, S. 104–105.

35 Ebd., S. 125–126.

36 David Hume, *The Love Affairs of Mary Queen of Scots. A Political History*, New York 2020, S. 237.

37 Herr du Croc, *Gesandter Frankreichs in Schottland, an die Königin Katharina von Medici*, 17.10.1566, in: Voigt-Alastair, *Der Königin Briefe*, S. 112–113.

38 Hume, *The Love Affairs of Mary Queen of Scots*, S. 254–255.

39 Porter, *Crown of Thistles*, S. 370–376.

wurde allgemein als Skandal angesehen und führte schließlich zum Aufstand gegen ihre Regentschaft.⁴⁰

Hinzu kam die Geburt ihres Kindes, James VI., der als Sohn von Maria und Henry am 19. Juni 1566 in Edinburgh geboren wurde. Dieser stellte für den schottischen Adel – trotz seiner katholischen Taufe – einen vielversprechenden männlichen Thronfolger dar. Auch die Tatsache, dass er Anspruch sowohl auf die schottische als auch die englische Krone hatte und die Überlegung, diese zu vereinen (wie es dann 1603 auch geschah), schwebte bereits früh im Raum. Besonders als er in die Obhut seines protestantischen Onkels, James Stuart, *Earl of Moray*, kam und eine protestantische Erziehung genoss, schienen die Adelige nach jahrelangen Unruhen besänftigt zu sein.⁴¹ Am 24. Juli 1567 dankte Maria Stuart also offiziell zugunsten ihres einjährigen Sohnes ab. Tatsächlich kann jedoch vielmehr von einer Absetzung seitens der Adelige gesprochen werden, da sie die Königin in der Burg Lochleven einsperrten und dort während ihrer Gefangenschaft deutlich Druck auf sie ausübten beziehungsweise Gewalt androhten.⁴² Außerdem begann während ihrer andauernden Gefangenschaft in Lochleven ein Gerichtsprozess gegen sie und Lord Bothwell. Dabei tauchten erstmals die sogenannten Kassettenbriefe auf, eine Sammlung von Liebesbriefen, die vermeintlich von Maria an Lord Bothwell gerichtet waren und unter anderem ihre Beteiligung am Mord Darnleys beweisen sollten. Die Authentizität dieser Schriftstücke ist bis heute nicht geklärt, nicht zuletzt deshalb, weil die Originale nicht mehr existieren. Trotzdem dienten sie den Adelige damals als Mittel zum Zweck, um Maria offiziell zu verurteilen. Damit war eine erneute Thronbesteigung Marias ausgeschlossen.⁴³

Maria floh schließlich nach England, um Schutz bei ihrer Cousine Elisabeth I. zu suchen. Nach einigen Jahren Schutzhaft auf verschiedenen englischen Burgen wurde sie aufgrund ihrer Beteiligung an mehreren Verschwörungen gegen die Königin angeklagt und am 8. Februar 1587 enthauptet.⁴⁴ Obwohl die erzwungene Abdankung der offensichtlichste Beweis dafür ist, wie bedeutend der Einfluss der Adelige auf die Herrschaft der Monarchin war, gab es auch davor bereits einige Entwicklungen, anhand welcher sich die Macht des Adels illustrieren lässt. Darauf wird nun im folgenden Kapitel eingegangen.

3. Verdeutlichung der Macht des Adels

Wie bereits geklärt wurde, gab es verschiedene Faktoren für den fehlenden Rückhalt der Adelige, die schlussendlich zur Abdankung der Königin Maria Stuart führten. Doch bereits bevor sie ihre Krone erzwungenermaßen niederlegen musste, äußerte sich die Macht des schottischen Adels auf unterschiedliche Weise. So gab es zahlreiche Mordkomplotte und Verschwörungen gegen sie. Besonders zu Beginn ihrer Regie-

40 Weir, *Mary, Queen of Scots, and the Murder of Lord Darnley*, S. 427.

41 Anne McLaren, Gender, Religion, and Early Modern Nationalism. Elizabeth I, Mary Queen of Scots, and the Genesis of English Anti-Catholicism, in: *The American Historical Review* 107 (2002), Nr. 3, S. 739–767, hier S. 748.

42 Weir, *Mary, Queen of Scots, and the Murder of Lord Darnley*, S. 471.

43 Wormald, *A Study in Failure*, S. 179–187.

44 Porter, *Crown of Thistles*, S. 391–395.

rungszeit war eine politische Einflussnahme seitens der Adelligen spürbar. Weiters kam es zu öffentlichen Verunglimpfungen und Aufständen, die von Adelligen organisiert und unterstützt wurden.

3.1 *Politische Einflussnahme*

Nach dem Tod von Marie de Guise wurde Schottland von James Stuart, Anführer der protestantischen Partei, gemeinsam mit einigen anderen protestantischen Lords regiert. 1560 wurde das Reformparlament gegründet, welches unter anderem den Calvinismus als Staatsreligion festlegte, sich vom Papsttum lossagte und den katholischen Glauben offiziell verbot. All dies geschah ohne die Einwilligung der rechtmäßigen Herrscherin Maria Stuart und sollte sich auch nach ihrer Rückkehr 1561 nicht ändern. Vielmehr war es so, dass sich die Königin in den kommenden Jahren stark auf den Rat und die Zustimmung eben dieser protestantischen Adelligen verlassen musste.⁴⁵ Ihre Handlungen wurden besonders in den ersten Jahren der Regierungszeit streng kontrolliert und überwacht. Kristen Post Walton argumentiert diesbezüglich, dass unter anderem ihre Erziehung zur gehorsamen Ehefrau im streng patriarchalen Frankreich dazu geführt haben könnte, dass Maria sich nicht gegen den starken Einfluss der Lords wehrte, sondern deren bestimmende Art vielmehr begrüßte. Die Adelligen nutzten dies als vielversprechende Möglichkeit, ihre eigene Macht auszudehnen.⁴⁶

Maria wusste, dass ihr katholischer Glaube für einige Lords ein wesentliches Problem darstellte, deshalb entschloss sie sich, ein Treffen mit dem päpstlichen Gesandten Nicholas de Gouda geheim zu halten,⁴⁷ um niemanden auf Basis ihres Glaubens vor den Kopf zu stoßen und potenzielle Vorwürfe zu verhindern. Solch vorsichtiges Handeln könnte als Indiz dafür gedeutet werden, wie stark Maria Stuart durch die Macht des Adels eingeschüchtert bzw. eingeschränkt wurde. Dies sollte sich erst 1565 mit der eigenwilligen Entscheidung zur Eheschließung mit Henry Stuart, Lord Darnley, ändern, was vom Adel zwar anfangs positiv betrachtet wurde, aufgrund seiner teils schottischen Abstammung jedoch mit der Zeit immer mehr Erzürnung mit sich brachte. Mehr dazu kann in Kapitel 3.3 nachgelesen werden.

Doch auch nach ihrer Eheschließung war die bedeutende Position der Adelsleute in Schottland weiterhin spürbar. Als es nach der Ermordung Henry Stuarts zu einem Gerichtsprozess kommen sollte, betonte Maria, dass der Adel an der Urteilssprechung beteiligt sein müsse. So schrieb sie in einem Brief an den Grafen Lennox am 21. Februar 1567: „Was nun die Versammlung des Adels und der Stände angeht, die Ihr uns einzuberufen ratet, um die Mörder meines Gatten zu richten, so fühle ich ebenso wie Ihr, wie notwendig dies ist.“⁴⁸ Demnach waren die Lords ebenso in der Jurisdiktion von zentraler Bedeutung.

45 Walton, *Catholic Queen*, S. 15.

46 Ebd., S. 97.

47 Warnicke, *Mary Queen of Scots*, S. 74.

48 Die Königin von Schottland an den Grafen Lennox, 21.2.1567, in: Voigt-Alastair, *Der Königin Briefe*, S. 123.

3.2 Mordkomplotte und Verschwörungen

Die Adeligen zeigten ihre Macht jedoch nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch mittels physischer Gewalt. Maria Stuart war bereits seit ihrer Kindheit einigen Verschwörungen ausgesetzt gewesen. Beispielsweise plante der englische König Henry VIII., Maria Stuart mit seinem Sohn Eduard VI. zu verheiraten, um damit eine Union der beiden Königreiche herzustellen. Es wurde diesbezüglich ein Vertrag geschlossen, laut welchem Maria mit Eduard verheiratet werden sollte, doch dieser wurde bereits wenige Wochen später vom schottischen Parlament aufgelöst. Von Seiten der englischen Krone wurde dies jedoch als Vertragsbruch aufgefasst und demnach als unrechtmäßig deklariert. Deshalb gab es von 1543 bis 1547 immer wieder Versuche, die junge Königin zu entführen.⁴⁹ Doch es kam auch zu Mordkomplotten, die von Adeligen organisiert wurden und dann von Strohmännern ausgeführt werden sollten. 1551 wurde ein geplantes Giftattentat aufgedeckt, das von einem schottischen Wachmann durchgeführt werden sollte. Obwohl dieser vorgab, im Namen der englischen Regierung zu handeln, konnte nicht geklärt werden, wer tatsächlich den Auftrag gegeben hatte oder welches Motiv dahintersteckte.⁵⁰ Auch die zuvor beschriebene Ermordung ihres Sekretärs Rizzio sollte in einer längeren Gefangennahme Marias enden und war demnach gegen sie gerichtet. Nur durch ihre Überredungs- und Verführungskünste konnte sie ihren Ehemann umstimmen und dieser Inhaftierung entgehen.⁵¹

Bei anderen Verschwörungen wurde ihr das weibliche Geschlecht hingegen zum Verhängnis. So gab es besonders vor ihrer Hochzeit mit Darnley immer wieder Pläne, Maria Stuart zu entführen und zu vergewaltigen, was sie zu einer Heirat gezwungen hätte, um nicht den Ruf als ehrenwerte Frau zu verlieren. Als Beispiel für einen solchen Schändungsversuch ist James Hamilton, 3. *Earl of Arran*, zu nennen, der gemeinsam mit seinem Vater einen entsprechenden Plan schmiedete, um neuer schottischer König zu werden.⁵² Ihre Hochzeit mit James Hepburn, 4. *Earl of Bothwell*, geschah nach einer Entführung. Ob diese jedoch mit Maria Stuarts Einverständnis geplant wurde oder die Folge einer Vergewaltigung war, bleibt ungeklärt. So gibt es Berichte und Hinweise, welche sowohl die eine als auch die andere Version unterstützen würden.⁵³

Einen interessanten Fall stellt außerdem der Einbruch des Dichters Pierre de Châtellard dar, der sich zweimal in der Kammer der Königin versteckt hatte, um ihr aufzulauern. Hinter diesen Einbrüchen vermuteten einige ihrer engsten Vertrauten – darunter Maitland Lethington – eine Verschwörung der Hugenotten, um Marias Ehre zu beschmutzen. Der Poet soll sogar erwähnt haben, dass er von wichtigen französischen Adeligen gesandt wurde, um so nah wie möglich an die Königin heranzukommen. Auch ein Mordanschlag auf Stuarts Onkel, verübt von einem fanatischen Hugenotten,

49 Alison Plowden, *Two Queens in One Isle*, Cheltenham 2013, S. 28–29.

50 Fraser, *Mary Queen of Scots*, S. 71.

51 Hume, *The Love Affairs of Mary Queen of Scots*, S. 221.

52 Warnicke, *Mary Queen of Scots*, S. 77–78.

53 Ebd., S. 146–155.

würde zu dieser Theorie passen, denn dieser geschah nur drei Tage nach der Enthauptung Châtelards, die von der Königin selbst angeordnet worden war.⁵⁴

3.3 Öffentliche Diffamierung und Aufstände organisiert von Adelligen

Während diese Mordkomplotte, Verschwörungen und politischen Intrigen als Werke von Einzelpersonen angesehen werden können, kam es ebenso zur öffentlichen Diffamierung Stuarts und zu Aufständen mit zahlreichen Beteiligten. So gelang es dem calvinistischen Prediger John Knox, hunderte von Unterstützer*innen aus allen Bevölkerungsschichten hinter sich zu versammeln und öffentlich Propaganda gegen Maria Stuarts Regentschaft zu betreiben. Diese Predigten wurden auch von der Königin selbst als Funken für potenzielle Aufstände und damit als Gefahr für ihre Autorität angesehen.⁵⁵

Ein Vorfall, der bereits am ersten Sonntag nach ihrer Ankunft in Schottland geschah, ließ die Königin früh erkennen, wie einflussreich die protestantischen Adelligen und Prediger im Bezug auf die öffentliche Meinung sein konnten. Maria hatte sich in die private Kapelle des Holyrood-Palasts von Edinburgh begeben, um eine Messe zu besuchen, woraufhin sich draußen hunderte Menschen versammelten, um zu protestieren. Angeführt wurden diese Aufständischen von Patrick Lindsay, 6. *Lord of the Byres*, welcher unter anderem verlangte, dass der katholische Priester sofort gelyncht werden sollte.⁵⁶

Insgesamt kam es während Maria Stuarts Regierungszeit in Schottland zu vier offenen Rebellionen. Die ersten zwei wurden von protestantischen Lords organisiert, welche sich, durch Knox inspiriert, gegen Maria richteten, da sie keine katholische Königin anerkennen wollten. Ähnliche Motive standen hinter dem Aufstand, der 1565 von Marias Halbbruder James Stuart, 1. *Earl of Moray*, angeführt wurde. In diesem Fall richteten sich die protestantischen Adelligen gegen die geplante Hochzeit mit dem Katholiken Lord Darnley. Obwohl die Aufständischen besiegt werden konnten, erlitt die königliche Armee schwere Verluste.⁵⁷

Doch auch katholische Lords stellten sich offen gegen sie. So kam es unter George Gordon, 4. *Earl of Huntly*, 1562 zu einer Rebellion im Norden Schottlands. Huntly war Katholik und erwartete nach Marias Rückkehr eine Wiederherstellung der katholischen Kirche in Schottland – notfalls mit Gewalt. Als Maria dies vehement ablehnte und ihren protestantischen Stiefbruder James Stuart anstelle von George Gordon zum *Earl of Moray* ernannte, rief Gordon seine Truppen, bestehend aus 1.500 Personen, zusammen, um sich gegen die Königin zu erheben, unterlag aber der königlichen Armee unter Lord James. Maria nutzte diese Gelegenheit, um ihre Autorität zu verdeutlichen: Einige Beteiligte wurden an Ort und Stelle exekutiert, anderen wurde ein Prozess gemacht, in

54 Fraser, *Mary Queen of Scots*, S. 221–225.

55 Guy, *The True Life of Mary Stuart*, S. 155–158.

56 Mackay, *In My End is My Beginning*, S. 69.

57 Warnicke, *Mary Queen of Scots*, S. viii, 13, 110–111.

welchem sie wegen Hochverrats angeklagt und zum Tode verurteilt wurden.⁵⁸ Trotzdem hinterließ auch diese Rebellion Spuren und illustriert, wie einflussreich die Adligen in Schottland waren. Ansonsten wäre es Huntly wohl nicht gelungen, ein 1.500 Personen starkes Heer zu versammeln.

4. Reaktionen der Königin

All diese Geschehnisse und die Ablehnung, auf die Maria Stuart vielerorts traf, ließen die Königin nicht unberührt. So geht aus einigen Briefen und Handlungen deutlich hervor, dass sie immer wieder versuchte, verschiedene Adelige auf ihre Seite zu ziehen, um sich im Kampf gegen ihre Feinde auf Verbündete verlassen zu können. Unabhängig davon, ob es nun wichtige Lords in ihrem eigenen Land waren oder aber zentrale Figuren der europäischen Politik – Maria Stuart pflegte regen Briefkontakt mit unterschiedlichen Personen, um diese von ihren eigenen Regierungsgeschäften zu überzeugen und eine friedsame sowie vielversprechende Beziehung herzustellen.⁵⁹ Dies kann beispielsweise mehreren Briefen an Philipp II. von Spanien, an Karl IX. von Frankreich oder an den Rheingrafen Johann Philipp von Salm entnommen werden, in welchen sie den Empfängern zahlreiche schmeichelnde Komplimente macht und sich sehr dankbar für deren Unterstützung zeigt.⁶⁰

Besonders häufig schrieb Maria Stuart ihrer Cousine, der englischen Königin Elizabeth I., der sie immer wieder versicherte, wie essenziell der Frieden zwischen Schottland und England sei und welche enorme Bedeutung die Freundschaft zwischen den beiden Herrscherinnen habe. So kann beispielsweise im Brief vom 5. Januar 1562 an Elizabeth I. gelesen werden:

„Wir zweifeln nicht daran, daß dann hinfürder Unsere Beziehung in jeder Hinsicht der Welt sich darbietet als große und unumstößliche Freundschaft, wie sie nur je von der Historie zu irgendeiner Zeit zwischen berühmten Freundespaaren geschildert worden ist.“⁶¹

Doch nicht nur um Kontakte zu pflegen und Beziehungen zu verbessern, sondern auch um Gefallen einzufordern, verfasste die Königin einige Schriftstücke. So wandte sie sich etwa nach dem Attentat auf ihren Onkel, das von einem französischen Hugenotten ausgeführt worden war, an die damals in Frankreich stellvertretend regierende Katharina von Medici, um strenge Konsequenzen einzufordern. Im Brief vom 12. März 1565 schrieb Maria:

„Und um der schlimmen Anschläge willen, die von gewissen Leuten gegen meinen Onkel geplant waren, erkühne ich mich, euch inständig zu bitten,

58 Dawson, *The Politics of Religion*, S. 116–118.

59 Fraser, *Mary Queen of Scots*, S. 253.

60 Maria Stewart an Philipp II., König von Spanien, 1561 (ohne genaueres Datum); Maria Stewart an Karl IX, König von Frankreich, 11.9.1561.; Maria Stewart an den Rheingrafen Johann Philipp von Salm, 22.9.1563, in: Voigt-Alastair, *Der Königin Briefe*, S. 51, 57, 64.

61 Maria Stewart an die Königin Elisabeth, 5.1.1562, in: ebd., S. 61.

gewichtigere Maßnahmen zu treffen, bei der Aburteilung der Schuldigen; denn zu milde Anwendung des Gesetzes ist Ursache der Vorkommnisse.“⁶²

Besonders bedeutend sind schließlich jene Briefe, in denen sie versuchte, Anhänger*innen zu gewinnen und vermeintliche Falschmeldungen, die von ihren Gegner*innen verbreitet worden waren, richtigzustellen.⁶³ Sie verfasste beispielsweise einen Brief an einen schottischen Adligen, in dem sie das Gerücht widerlegte, sie und ihr neuer Ehemann Lord Darnley würden die freie Religionsausübung verbieten wollen:

„Damit nun dieses törichte Gerede wie schweifender Rauch abziehe, und sich verflüchtige, haben Wir, um Unseren Willen deutlich darzutun, an all unsere wohlmeinenden Untertanen geschrieben. [...] Wenn ihr Uns vor Gott gute Untertanen seid, werdet ihr stets eine wohlgesinnte Herrin und Herrscherin in Uns finden, die willens ist, Euch in Frieden und Ungestörtheit zu erhalten, ohne Neuerung oder Veränderungen irgendwelcher Art. Und im Falle man Euch zu einem Aufstand will oder irgendwer Euch aufgrund dieser unbegründeten Gerüchte zu einer Verschwörung zu gewinnen sucht, so bitten Wir Euch, ruhig zu verbleiben und jener nicht achtzuhaben, die Euch hierzu aufreizen wollen.“⁶⁴

In einem nachfolgenden Brief an eben diesen Adligen bat sie schließlich um seine Unterstützung gegen jene Aufständischen, die aufgrund der Hochzeit von Maria Stuart und Lord Darnley eine Rebellion angezettelt hatten. Gleichermäßen richtete sie auch einen Aufruf an ihr Volk:

„Die Rebellen rüsten sich zum Kampf, was Wir in Ehren keineswegs dulden dürfen. [...] Daher rufen Wir Euch, mit Euern Sippen, Freunden und ganzem Anhang auf, wohl gerüstet zum Kampf und befähigt [...] mit Uns in Edinburgh zusammentreffen am 25. Tag dieses August um 6 Uhr gegen Abend und dadurch Zuneigung bekunden zu wollen zu Uns und Unserer Herrschaft [...].“⁶⁵

Weiters geht aus Briefen an den schottischen Lord Barnbarroch und den Bischof von Glasgow, Marias Botschafter am französischen Hof, hervor, dass sie nichts unversucht ließ, um Waffen, Geld und Männer zur Unterstützung gegen die Aufständischen zu bekommen. Ebenso richtete sie sich an ihre „Schwester“ Königin Elizabeth I., um ihr zu versichern, dass sich bezüglich der freien Religionsausübung in ihrem Land nichts geändert habe und dass die Rebell*innen auf Basis bloßer Gerüchte handeln würden. In einem Brief vom 8. Oktober 1565 ersuchte sie außerdem Hilfe von Elizabeth I.⁶⁶ Doch auch nach der überstandenen Auflehnung versuchte Stuart ihren Ruf unter den Adligen zu verbessern, indem sie eine Art „Richtigstellung“ verfasste. Hier spricht die Königin von den Taten ihres Halbbruders James Stuart, 1. *Earl of Morray*, welcher gegen ihre Hochzeit mit Lord Darnley war und deshalb zahlreiche protestantische Adelige gegen

62 Maria Stewart an die Königin Katharina von Medici, 12.3.1565, in: Voigt-Alastair, *Der Königin Briefe*, S. 71.

63 Ebd., S. 73–75.

64 Maria Stewart an einen protestantischen schottischen Edelmann, 16.7.1565, in: ebd., S. 73–74.

65 Aufruf Maria Stewarts und König Heinrichs an alle Schotten und gegen die Rebellen, 22.8.1565, in: ebd., S. 75–76.

66 Maria Stewart an Lord Barnbarroch, Maria Stewart an den Bischof von Glasgow, 1.10.1565. Maria Stewart an die Königin Elisabeth, 8.10.1565, in: ebd., S. 76–80.

sie aufgehetzt hatte. Zudem hätte er nichts unversucht gelassen, um sie bei ihren Untertan*innen „verhaßt zu machen“⁶⁷ und habe sie sogar gefangen setzen wollen. Demnach wäre eine Bestrafung unumgänglich gewesen, um ihre Autorität vor dem Volk und den anderen Adelligen unter Beweis zu stellen. Sie schrieb dazu:

„[M]ich wollte er in eine Burg verschleppen, wie ich's beweisen kann durch Zeugnisse von hundert Edelleuten, die zu seiner Schar gehörten und die ich wiederum verzeihend annahm. [...] Auch daß ich nicht anders vorgehen kann hinsichtlich des besagten Grafen Murray, will ich meine Krone und Ansehen bei einer Reihe edler Herren bewahren, die mir jetzt zutiefst ergeben sind.“⁶⁸

Zum einen stellte sie sich hier als verzeihende, gütige Herrscherin dar, zum anderen erwähnte sie positive „Vorzeigemodelle“, die sich auf ihre Seite geschlagen hätten, um damit zu erzielen, dass diesen Modellen noch weitere Adelige folgten.

Wenngleich sich Maria Stuarts Bemühungen und rege Kontakte bei der Rebellion 1565 als überaus hilfreich erwiesen hatten, hatte sie zwei Jahre später nicht mehr genug Unterstützung auf ihrer Seite und wurde von den aufständischen Adelligen zum Abdanken gezwungen. Briefen, die sie während ihrer darauffolgenden Gefangenschaft im Schloss Lochleven verfasste, kann entnommen werden, dass sie erfolglos um die Unterstützung von Katharina von Medici und Elizabeth I. ansuchte.⁶⁹ Trotzdem ist der Wille, den Thron wiederzuerlangen und als Königin zu regieren, deutlich erkennbar – unter anderem auch an der Weigerung, den Vertrag von Edinburgh⁷⁰ anzuerkennen und damit ihren Anspruch auf die englische Krone aufzugeben. Dies wäre nämlich eine Bedingung gewesen, welche Elizabeth I. im Gegenzug für ihre Unterstützung gestellt hatte.⁷¹

Entgegen der These von Wormald, die das Scheitern der Königin auf ihr Desinteresse an Schottland zurückführt⁷², scheint es vielmehr so, als ob es ihr trotz mehrfacher Überredungsversuche, Aufrufe und Bündnisse nicht gelingen konnte, ihre Herrschaft zu sichern. Wie an den beschriebenen Beispielen und angeführten Quellen erkannt werden kann, hatte Maria Stuart einige Versuche unternommen, um ihre Macht zu stabilisieren und sich den Rückhalt der Adelligen sowie des Volkes zu sichern, was nicht unbedingt für eine Gleichgültigkeit gegenüber dem Land spräche. Ob es sich nun um ein ehrliches Interesse am Wohle ihrer Untertan*innen handelte, bleibt ungeklärt und kann kaum nachgewiesen werden. Trotzdem legte sie ihre Krone keinesfalls freiwillig ab und versuchte immer wieder, den Thron zu besteigen – sei es nun der schottische oder der englische – was sie schlussendlich das Leben kostete.⁷³

67 Maria Stewart an Paul von Foix, Gesandten Frankreichs in England, 8.11.1565, in: Voigt-Alastair, *Der Königin Briefe*, S. 84.

68 Maria Stewart an Paul von Foix, Gesandten Frankreichs in England, 8.11.1565, in: ebd., S. 84–85.

69 Maria Stewart an Katharina von Medici, Königin von Frankreich, 1.5.1568. Maria Stewart an die Königin Elizabeth, 1.5.1568, in: ebd., S. 137–138.

70 Der Vertrag beendete offiziell das Bündnis zwischen Schottland und Frankreich. Laut den Klauseln dieses Vertrages zog Frankreich seine Streitkräfte aus Schottland ab und erkannte Elizabeth I. als englische Thronfolgerin an.

71 Fraser, *Mary Queen of Scots*, S. 441.

72 Wormald, *A Study of Failure*, S. 58.

73 Porter, *Crown of Thistles*, S. 393–395.

5. Fazit

Das Leben der schottischen Königin Maria Stuart war gespickt von dramatischen Wendungen, Herausforderungen und Verschwörungen, weshalb es in zahlreichen Büchern, Theaterstücken und Filmen medial verarbeitet wurde. Mit dem Drama „Maria Stuart: Ein Trauerspiel“⁷⁴ von Friedrich Schiller oder dem Roman „Maria Stuart“⁷⁵ des Autors Stefan Zweig sollen nur zwei der vielen Werke erwähnt werden. In den beiden Klassikern wird Maria teils als Opfer, teils als faszinierende Verführerin dargestellt, welche trotz oder gerade aufgrund ihres menschlichen Fehlverhaltens das Mitleid und Wohlwollen des Publikums erregt. Von einer stabilen Regentschaft oder einer vom Volk geliebten Königin kann allerdings kaum gesprochen werden. Eine wesentliche Schwierigkeit stellte vor allem der fehlende Rückhalt der Adligen dar. Sowohl Maria Stuarts Aufwachsen im Exil, wo sie eine streng katholische, französische Erziehung und Bildung genoss, als auch ihr „falscher“ Glaube in Hinblick auf die schottische Reformation und schließlich ihre Eheschließung mit dem englischen Katholiken Henry Stuart, Lord Darnley, erweckten und festigten das Misstrauen der schottischen Lords. Überdies führte das Attentat auf Darnley, an dem Marias Mittäterschaft nicht auszuschließen ist, sowie die Hochzeit mit dem Hauptverdächtigen James Hepburn, 4. *Earl of Bothwell*, zu einem weitreichenden Skandal, der schlussendlich zu ihrer Abdankung führte. Dabei kann jedoch noch treffender von einer Absetzung seitens der Adligen gesprochen werden, da Stuart zu dieser Zeit bereits in Gefangenschaft war. Der starke Einfluss der Lords trat bereits während ihrer Regierungszeit deutlich zu Tage: In politischen Belangen verließ sie sich stets auf Ratschläge der mächtigsten Adligen und wagte es selten, ihnen zu widersprechen. Gleichermaßen wurden (teils von denselben Personen, teils von anderen Adligen) mehrere Mordkomplote und Verschwörungen geplant, sie wurde öffentlich diffamiert und es wurde militärischer Widerstand gegen sie geleistet. So kam es von 1561 bis 1565 zu vier Aufständen, die allesamt von Adligen angeführt wurden.

Anstatt sich jedoch zurückzuziehen, versuchte die Königin, einerseits Unterstützung im Ausland zu gewinnen und andererseits Rückhalt im eigenen Reich zu erlangen. Dies geht vor allem aus den Briefen Maria Stuarts hervor. Unter den Adressat*innen befanden sich unter anderem Elizabeth I. von England, Philip II. von Spanien und Karl IX. von Frankreich sowie verschiedene schottische Lords. Durch ihre diplomatische, höfliche Art zu schreiben, kombiniert mit schmeichelnden Worten der Überredung, erhoffte sie sich Hilfe zu bekommen, was ihr in mehreren Fällen zu Beginn ihrer Regentschaft auch zu gelingen schien. Durch die Eheschließung mit James Hepburn vergraulte sie allerdings den Großteil ihrer Anhänger*innen und musste sich der Dynamik des gegnerischen Adels geschlagen geben. Versuche, ihre Regierungstätigkeit in Schottland wiederaufzunehmen sowie den Thron Englands zu besteigen, scheiterten mehrmals, und so sollte sie den Rest ihres Lebens bis zu ihrer Hinrichtung 1587 in „Schutzhaft“ verbringen. Ob es hier allerdings tatsächlich um ihren Schutz ging oder aber um einen Schutz vor ihr, stellt eine Frage dar, die trotz eingehender Forschung noch nicht

74 Friedrich Schiller, *Maria Stuart. Ein Trauerspiel*, Weimar 1800.

75 Stefan Zweig, *Maria Stuart*, Wien 1935.

eindeutig geklärt ist. Sicher ist jedoch, dass die Person Maria Stuart trotz eingehender Beschäftigung in den letzten Jahrhunderten noch Potential für neue Erkenntnisse hat. So stellt beispielsweise die Beziehung zu ihrer Schwiegermutter Katharina von Medici einen Aspekt dar, der bisher noch weniger Beachtung in der Geschichtsforschung gefunden hat.

6. Literatur und Quellen

Bourdeille, Pierre de, Seigneur de Brantôme, Oeuvres Complètes. Bd. II, Paris 1823.

Burke, John, A Genealogical and Heraldic Dictionary of the Peerage and Baronetage. Together with Memoirs of the Privy Councillors and Knights, London 1891⁵³.

Dawson, Jane E. A., Mary Queen of Scots, Lord Darnley, and Anglo-Scottish Relations in 1565, in: *The International History Review* 8 (1986), Heft 1, S. 1–24.

Dies., The Politics of Religion in the Age of Mary, Queen of Scots, Cambridge 2004.

Fraser, Antonia, Mary Queen of Scots. 40th Anniversary Edition, London 2010.

Goodare, Julian, The Parliament of Scotland, in: Clyve Jones (Hrsg.), A Short History of Parliament. England, Great Britain, the United Kingdom, Ireland and Scotland, Rochester 2012, S. 301–320.

Guy, John Alexander, Queen of Scots. The True Life of Mary Stuart, New York 2005.

Houston, Robert A., Scotland, in: Jonathan Dewald (Hrsg.), Europe 1450 to 1789. Encyclopedia of the Early Modern World, Bd. 5, New York 2004, S. 352–357.

Hume, David, The Love Affairs of Mary Queen of Scots. A Political History, New York 2020.

MacDonald, Alan R., The Burghs and Parliament in Scotland, c. 1550–1651, Aldershot 2007.

Mackay, James, In My End is My Beginning. A Life of Mary Queen of Scots, Edinburgh 2000.

Massie, Allan, The Royal Stuarts. A History of the Family that Shaped Britain, New York 2010.

McLaren, Anne, Gender, Religion, and Early Modern Nationalism. Elizabeth I, Mary Queen of Scots, and the Genesis of English Anti-Catholicism, in: *The American Historical Review* 107 (2002), Nr. 3, S. 739–767.

Milne, Norman C., Scottish Culture & Tradition. During the late 17th and early 18th centuries, Rothersthorpe 2010.

Plowden, Alison, Two Queens in One Isle, Cheltenham 2013.

Porter, Linda, Crown of Thistles. The Fatal Inheritance of Mary Queen of Scots, London 2013.

Post Walton, Kristen, *Catholic Queen, Protestant Patriarchy. Mary, Queen of Scots, and the Politics of Gender and Religion*, New York 2007.

Schiller, Friedrich, *Maria Stuart. Ein Trauerspiel*, Weimar 1800.

Stewart, Malcolm, *The Decline of Scottish Clans*, in: *The Corvette* 3 (2015/16), Nr. 2, S. 7–22.

Voigt-Alastair, Hans-Henning von, *Ich flehe, ich fordere, ich bekenne! Der Königin Briefe*, Hühig 1941.

Warnicke, Retha, *Mary Queen of Scots*, New York 2006.

Weir, Alison, *Mary, Queen of Scots, and the Murder of Lord Darnley*, New York 2004.

Wilkinson, Alexander S., *Mary Queen of Scots and French Public Opinion. 1542–1600*, Hampshire 2007.

Wormald, Jenny, *Mary Queen of Scots. A Study of Failure*, Edinburgh 2017⁴.

Zweig, Stefan, *Maria Stuart*, Wien 1935.

Theresa Möisinger studiert im 2. Semester Master Lehramt in den Fächern Englisch und Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung an der Universität Innsbruck. Theresa.Moesinger@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Theresa Möisinger, *Abdankung oder Absetzung? – Der Fall Königin Maria Stuarts als Zeugnis für die Macht des schottischen Adels*, in: *historia.scribere* 14 (2022), S. 287–305, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 21.6.2022 (=aktuelles Datum).